

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab, Hans-Otto Kleinmann
und Hanns Jürgen Küsters

18. Jahrgang
2011



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

18. Jahrgang 2011

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab, Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2011 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Köln Weimar Wien

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, info@boehlau.de www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Druck: Strauss GmbH, Mörlenbach

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-20832-5

Erscheinungsweise: jährlich

Preise: € 19,50 [D] / € 20,10 [A]

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Böhlau Verlag unter:

vertrieb@boehlau.de, Tel. +49 221 91390-0, Fax +49 221 91390-11

Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

Inhalt

AUFSÄTZE

<i>Klaus Naumann</i>	1
Was ist von der Reform der Bundeswehr zu erwarten?	
<i>Stefan Donth</i>	13
Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Vertriebenenpolitik der CDU in Sachsen von 1945 bis 1952	
<i>Andreas Grau</i>	49
Goslar 1950. Vorbereitung, Konzeption und Ablauf des ersten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands	
<i>Dorothea Oelze</i>	87
Margot Kalinke und der Wechsel von neun Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei (DP) zur CDU 1960	
„DEM STAATE VERPFLICHTET“ – 100. GEBURTSTAG VON GERHARD SCHRÖDER	
<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	119
Einführung	
<i>Torsten Oppelland</i>	125
Wehrhafte Demokratie und demokratisches Staatsbewusstsein: Der Bundesminister des Innern in der Regierung Adenauer	
<i>Joachim Wintzer</i>	139
Zwischen Mauerbau und NATO-Doppelbeschluss: Der Außen- und Sicherheitspolitiker Gerhard Schröder	
<i>Thomas de Maizière</i>	161
Gerhard Schröder – Ein Politiker mit Augenmaß	

Inhalt

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

XI. 20 Jahre Wiedervereinigung CDU (West) und CDU (Ost)

<i>Hanns Jürgen Küsters</i>	167
Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990	

LEBENSBLIDER

<i>Christopher Beckmann</i>	193
Jugendarbeit und politische Bildung als lebenslanges Kontinuum – Josef Rommerskirchen (1916–2010)	
<i>Denise Lindsay</i>	229
Helga Wex (1924–1986)	

AUS DEM ACDP

<i>Manfred Agethen</i>	249
20 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit: Die wichtigsten Neuerscheinungen der Gedenkjahre 2009 und 2010	

NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE 291

Abstracts – Résumés – Zusammenfassung	299
---	-----

Mitarbeiter dieses Bandes	309
---------------------------------	-----

AUFSÄTZE

Was ist von der Reform der Bundeswehr zu erwarten?*

Klaus Naumann

Einleitung

Die Bemühungen des Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg um die Reform der Bundeswehr, insbesondere die Entscheidung, die Wehrpflicht auszusetzen, haben das allgemeine Desinteresse an der Bundeswehr aufgelöst und die seit dem Ende des Kalten Krieges und mit der Einheit Deutschlands überfällige Diskussion über die deutsche Sicherheitspolitik angestoßen. Das gelang bislang noch keinem Verteidigungsminister, obwohl dies spätestens nach 9/11, als die Welt sich so dramatisch veränderte, hätte geschehen müssen. Dies ist sicher ein Verdienst des früheren Verteidigungsministers zu Guttenberg, dem es aber nicht mehr gelang, sein Haus zu bestellen. Es ist daher richtig, dass Minister Thomas de Maizière sich erst einmal Zeit nimmt und Weisung erteilt hat, die Gesamtheit der Reformschritte in einem zusammenhängenden Konzept zusammen zu fassen. Bislang drehte sich die Diskussion – wie so oft – nur um Personalumfänge und um die Wehrpflicht, die aber ist nur ein Instrument zur Erfüllung des Verfassungsauftrages nach Art. 87 GG. Die Diskussion um die Finanzen hat begonnen, und es ist durchaus zu befürchten, dass dem eine Diskussion um Standorte, vielleicht noch um Aufträge an die deutsche Industrie folgen wird, obwohl weder die Gegenwart der Bundeswehr in der Fläche noch die Auftragsbücher der Industrie, die für die Gestaltung moderner Streitkräfte ausschlaggebenden Faktoren sein dürfen, auch übrigens nicht die Kassenlage, wie die Kanzlerin Angela Merkel, wie einst Bundeskanzler Helmut Kohl, mehrfach betont hat, auch wenn sie sich im Zweifelsfall so wie er nicht daran erinnern wird. Die Diskussion müsste mit Fragen beginnen wie: Gegen welche Gefahren muss sich Deutschland schützen, welche Verpflichtungen gegenüber NATO, EU und auch UN hat unser Land zu erfüllen und kann es uns gelingen, durch diese Reform den im letzten Jahrzehnt dramatisch gesunkenen Einfluss Deutschlands in der NATO wieder zu stärken und einen Beitrag zur weiteren Integration Europas zu leisten? Ich möchte diese Fragen beantworten und daraus eine Antwort auf die Frage mei-

* Vortrag bei der Tagung des Krone/Ellwanger-Kreises am 22. Januar 2011 in Schloss Eichholz.

nes Themas entwickeln: Was ist von der Reform der Bundeswehr zu erwarten, also welche Chancen bietet sie und welche Risiken bestehen?

Doch bevor ich dies tue und dabei auch Fehlentwicklungen und Versäumnisse des letzten Jahrzehnts anspreche, möchte ich doch noch ein Wort zur Wehrpflicht sagen. Ich tue dies als Bürger und Soldat, der die Allgemeine Wehrpflicht stets für richtig gehalten hat, der vermutlich ohne die Wehrpflicht nicht Soldat geworden wäre und dem es schwer fiel, die in der gegebenen Lage richtige Entscheidung des Verteidigungsministers zu befürworten. Deutschland hat im Herbst 2010 nach 55 Jahren Bundeswehr und abgehend von einer fast durchgehend anhaltenden 200-jährigen Tradition seine Verteidigungspolitik dramatisch verändert und den Grundwehrdienst ab Sommer 2011 ausgesetzt, obwohl die Wehrpflicht sich gerade in der Bundeswehr bewährt hat. Sie hat geholfen, die Bundeswehr rasch aufzustellen und sie im Kalten Krieg zu einer der schlagkräftigsten Armeen Europas zu machen. Sie trug dazu bei, die Bundeswehr, die erste und einzige Wehrpflichtarmee einer deutschen Demokratie, zu einem der großen Erfolge der alten Bundesrepublik zu machen. Zum ersten Male gelang es, den Grundgedanken unseres Grundgesetzes, den Bürger durch rechtsstaatliche Ordnung vor der Macht des Staates zu schützen, mit dem unersetzlichen Funktionsprinzip aller Streitkräfte der Welt, Befehl und Gehorsam, zu versöhnen und diesen Schutz dem als Soldat dienenden Bürger zu gewähren. Das ist der Kern der Inneren Führung, und so entstand der Staatsbürger in Uniform. Diese Ordnung bewährte sich, als es vor zwanzig Jahren galt, die Armee einer Parteidiktatur, die NVA (Nationale Volksarmee) der früheren DDR, aufzulösen und ihr Personal zum Teil in die Armee der Einheit zu integrieren.

Millionen von Deutschen haben seit 1955 als Wehrpflichtige gedient, Tausende von ihnen fanden aus dem Grundwehrdienst den Weg in die Streitkräfte und dienen nun als Offiziere oder Unteroffiziere. Geprägt durch die Bedingungen der Wehrpflicht, aber keineswegs auf die Wehrpflichtigen beschränkt, wurde Innere Führung regelrecht zum Exportschlager als die Diktaturen des Warschauer Paktes zerbrachen und es dort galt, Streitkräfte in Demokratien zu schaffen und sie parlamentarischer Kontrolle zu unterwerfen. Die Wehrpflicht hatte aber auch eine äußerst wertvolle gesellschaftspolitische Funktion, ist sie doch die nahezu einzige Pflicht, die unser Staat seinen jungen Männern als Preis für ein Leben in Freiheit und Frieden abverlangt. Durch die Wehrpflicht wurden alle Schichten der Bevölkerung zusammengeführt, es entstand eine feste Klammer zwischen Gesellschaft und Armee, mit der die Politik einen ständigen Einblick in das Innenleben der Streitkräfte hatte. Die Bundeswehr wurde so eine wahre Armee des Volkes, die Armee seiner Söhne. Sie blieb jung und im Volk verankert und sie führte nie ein Eigenleben.

Ihre Soldaten aller Ränge waren und sind Staatsbürger in Uniform. Das sind Vorteile, auf die zu verzichten schwer fällt, aber entscheidend ist eben die Bedingung, die der frühere Bundespräsident Roman Herzog bei einer von mir geleiteten Kommandeurtagung nannte: „Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet.“ Er sagte damals auch: „Ihre (der Wehrpflicht) Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können.“

Diese Bedingungen sind nicht mehr erfüllt. Die Beurteilungen von Bundesregierung wie NATO sind eindeutig: „Eine unmittelbare territoriale Bedrohung Mitteleuropas und damit Deutschlands mit konventionellen militärischen Kräften besteht heute nicht mehr. Das wird ... auf absehbare Zukunft auch so bleiben.“ Keine politische Kraft in Deutschland ist anderer Ansicht. Man kann deshalb von den jungen Männern Deutschlands nicht länger das Opfer des Grundwehrdienstes verlangen. Das war auch schon so, als die Regierungskoalition ihren kaum begründbaren Beschluss fasste, die Dauer des Grundwehrdienstes von neun auf sechs Monate zu verringern. Das war der Todesstoß, er nahm dem Wehrdienst damit jeden Sinn und machte ihn zum sozialen Pflichtdienst mit der Möglichkeit, diesen auch mit der Waffe abzuleisten. Dort liegt die Wurzel des Übels und die politische Debatte, die dem in dieser Lage richtigen Vorschlag des Verteidigungsministers folgte, einen weder sinnvollen noch gerechten Dienst auszusetzen, war ebenso unehrlich heuchlerisch, es ist besser, sie nicht mehr zu erinnern. Deutschland reiht sich nun in die Mehrheit von 23 aus 28 NATO-Staaten ein, die die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft haben. Sogar in Schweden, also da wo 1630 erstmals eine selektive Wehrpflicht eingeführt wurde, wurde sie im Jahr 2010 beendet.

Sorge macht allerdings die erst Ende März verabschiedete gesetzliche Grundlage der Aussetzung des Grundwehrdienstes in Verbindung mit nicht ausreichend klaren Bedingungen für eine künftige Mannschafts-Laufbahn und der unglaublich kurzen Zeit des Übergangs zu Freiwilligen-Streitkräften. Die Folge könnte ein deutliches Absinken der Personalstärke der Bundeswehr sein, möglicherweise auf rund 150.000 Soldaten. Dies wäre ein Einbruch, der erst nach Jahren, wenn überhaupt, aufgefangen werden könnte. Die Folge wäre, dass der Umfang von rund 185.000 Soldaten über Jahre hinweg nicht erreichbar wäre. Das könnte zu unerwünschten Folgen für den Fortbestand von Truppenteilen und Standorten führen.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht ist nun die Zeit gekommen, über das gebotene Maß an Schutz, über deutsche Verpflichtungen gegenüber UN, NATO und EU, über die Folgen der seit 1992 anhaltenden

Unterfinanzierung der Bundeswehr und über die ständige Auszehrung des Budgets durch die Verlagerung von Gehaltssteigerungen, Pensionen und Einsatzkosten in den Verteidigungshaushalt bei gleichzeitiger Erweiterung der Auslandseinsätze nachzudenken. Auch die hausgemachten Übel, wie die vor allem im letzten Jahrzehnt geschaffenen kopflastigen Strukturen, verfehlte Rüstungsentscheidungen oder die entgegen bereits getroffenen Entscheidungen immer noch überdimensionierte zivile Verwaltung der Bundeswehr, müssen nun angepackt werden. Dafür Lösungen zu finden, das beschreibt einen Teil der Chancen, aber auch der Risiken, die in der Reform der Bundeswehr liegen.

Teil des vom Minister in Auftrag gegebenen Gesamtkonzeptes für die Reform der Bundeswehr müssen nun die Antworten auf die offenen Fragen sein, wie beispielsweise: Wie gliedert man die Bundeswehr, wie rüstet man sie aus und ist eine solche Bundeswehr personell und finanziell machbar? Erst dann kann man bewerten, welches Restrisiko verbleibt und wie die Auswirkungen auf Deutschlands Stellung und Einfluss in NATO und EU sein werden. Erst dann können und müssen Regierung und Parlament entscheiden, wie viel sie für Verteidigung ausgeben wollen. Eines möchte ich aber schon hier sagen: Blicke es bei der heutigen Unterfinanzierung und würde es bei dem gegenwärtigen, unzureichenden Anteil für modernes Material bleiben, dann wäre es sinnlos, der Truppe erneut die Last einer wertlosen Reform aufzubürden. Die ursprüngliche finanzielle Auflage, eine so tief greifende Reform ohne jegliche Anschubfinanzierung anzugehen und ihr sogar noch abzuverlangen, die Sparauflage von 8,4 Mrd. bis 2014 zu erbringen, war eine Zumutung. Sie beizubehalten hätte bedeutet, dass die Reform gescheitert ist, bevor sie begonnen hat.

Die Streckung des Sparzieles um ein Jahr ist eine Erleichterung, doch möglicherweise auch nicht ausreichend. Die politische Dimension ist, dass dann die Verteidigungspolitik von einer Regierung, die sich bei Banken großzügig zeigte und beim Abbau von Subventionen zögerlich, nach Kassenlage betrieben würde. Die Chance zur Reform des wichtigsten Instruments deutscher Sicherheitspolitik und zur Stärkung des nach Libyen angeschlagenen deutschen Einflusses in NATO und EU würde verspielt. In den Augen vieler Soldaten und ihrer Angehörigen würde diese Regierung dann als diejenige im Gedächtnis bleiben, die die Bundeswehr mehr beschädigt hat als jede ihrer Vorgängerinnen.

Risiken und Gefahren

Deutschland hat den Risikobewertungen der NATO und der EU stets zugestimmt, so zuletzt im November letzten Jahres, als die Bundesregierung dem

Strategischen Konzept der NATO auf dem Gipfel von Lissabon zustimmte. Abweichende Ansichten der Opposition habe ich nicht feststellen können, sieht man einmal von der notorischen Verantwortungsverweigerung der Linkspartei ab.

Die NATO hat in Lissabon nochmals festgestellt, dass die Gefahr eines Angriffs auf die NATO als Ganzes gering ist, weil niemand die NATO militärisch besiegen könnte. Die NATO betont aber, dass es Gebiete und Staaten gibt, in denen in beträchtlichem Maße gerüstet wird, dass die Weitergabe von ballistischen Raketen ebenso wenig zu leugnen ist wie die Gefahr der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und dass daraus Gefahren auch für das NATO-Gebiet entstehen können. Das Konzept erwähnt die Gefahren, die von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Extremismus ausgehen, und es stellt die Verwundbarkeit moderner Gesellschaften gegenüber Cyber Attack und ihre Abhängigkeit von sicheren Transport- und Versorgungswegen heraus.

Fasst man dieses Bild zusammen, dann hat die NATO als Konfliktursachen der Zukunft Ressourcenmangel und Klimawandel erwähnt, hat erstaunlicherweise den demographischen Wandel nicht erwähnt und hat als Konfliktformen feindliche Handlungen von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, geführt mit oder ohne Massenvernichtungswaffen und unter Nutzung von elektronischer Kriegsführung, benannt.

Die NATO hat sich in Lissabon mit deutscher Zustimmung entschieden, diesen Gefahren, aber auch Instabilitäten, die sich durch zerfallende Staaten ergeben können, auch künftig gemeinsam entgegenzutreten und hat sich deshalb zu drei Kernaufgaben durchgerungen:

- Kollektive Verteidigung und Abschreckung, ohne auszuführen, wie man nicht-staatliche Akteure abschrecken kann, und ohne zu definieren, was Verteidigung im 21. Jahrhundert heißt;
- Krisenbewältigung einschließlich Verhinderung von Proliferation und von Terrorismus;
- Kooperative Sicherheit, was bedeutet, dass keiner der künftigen Konflikte allein mit militärischen Mitteln zu lösen sein wird und dass die NATO auf die Zusammenarbeit mit anderen, allen voran der EU und Russland angewiesen ist.

Diese Aufgaben will die NATO auch künftig gemeinsam für das gesamte Vertragsgebiet, durch unteilbare Sicherheit für alle Partner und auf der Basis gemeinsam getragener Lasten und geteilter Risiken bewältigen. Die NATO hat in Lissabon unterstrichen, dass sie sich gegen niemanden richtet, hat aber auch betont, dass sie zwar das Ziel der globalen Beseitigung aller Atomwaffen teilt, aber an Atomwaffen festhalten wird, so lange es Atomwaffen gibt.

Daraus folgt, dass die Staaten am Rande des NATO-Gebietes besonders gefährdet sind und deshalb von allen die Bereitschaft und die Fähigkeit zu fordern ist, diesen solidarischen Beistand zu leisten. Landesverteidigung verliert damit die Bindung an das eigene Staatsgebiet, Bündnisverteidigung ist Landesverteidigung, und Landesverteidigung ist immer auch Bündnisverteidigung. Durch das Prinzip, den Risiken dort zu begegnen, wo sie entstehen, das schon das Weißbuch 2006 betont hatte, soll erreicht werden, dass Gefahr für das Bündnisgebiet und seine Bürger gar nicht erst entstehen kann.

Daraus folgt, dass Deutschland nicht nur, aber vor allem mit der Bundeswehr insbesondere Beiträge leisten muss zum Schutz vor Raketen- und Luftangriffen mit und ohne ABC-Waffen, zum Schutz der Seewege und zu Einsatzkräften von NATO oder EU, die an den Grenzen des NATO-Gebietes oder darüber hinaus Gefahren vorbeugend bekämpfen. Daraus ergeben sich die künftigen Kernfähigkeiten der Streitkräfte, es ergeben sich daraus aber auch zahlreiche Forderungen an die Zusammenarbeit mit allen Sicherheitskräften und mit nicht militärischen Organisationen, und es entstehen Folgerungen für parlamentarisch-politische Entscheidungsprozesse.

Das Konzept

Will man diesen Forderungen entsprechen und somit deutschen Einfluss in der NATO stärken, zumindest aber wahren, dann braucht man rasch verfügbare und schnell einsatzbereite, schlank gegliederte, straff geführte und modern ausgerüstete Streitkräfte, die schnell im gesamten NATO-Gebiet und darüber hinaus verlegbar sind, die im gesamten Spektrum von intensiven Kampfhandlungen bis hin zu Stabilisierungseinsätzen und Katastrophenhilfe verzugsarm einsetzbar sind, und die mit verbündeten Streitkräften uneingeschränkt kooperieren können. Vergleicht man diese Forderung mit der heutigen Bundeswehr, die im vergangenen Jahrzehnt nicht den Kurs der 1990er Jahre fortsetzte, sondern immer kopflastiger wurde, dann ist der Reformbedarf unabweisbar, und es wird erneut deutlich, dass die Entscheidung, die Wehrpflicht auszusetzen, richtig ist, denn Forderungen dieser Art sind mit Wehrpflichtigen nicht zu bewältigen, ihr Einsatz wäre unverantwortlich.

Die Bundesregierung hat im Dezember letzten Jahres entschieden, den Personalumfang der Bundeswehr mit bis zu 185.000 Soldaten und 55.000 Zivilbediensteten festzulegen.

Unter den Soldaten sollen bis zu 15.000 kurz dienende Freiwillige mit einer Dienstzeit zwischen neun und 23 Monaten sein. Diese Größenordnung erscheint vor dem Hintergrund der Aufgaben richtig und im europäischen Kontext gesehen angemessen.

Gegenwärtig werden die Einzelheiten für die Gliederung der Teilstreitkräfte erarbeitet. Als Vorgabe wurde festgelegt, dass die Zahl der sofort einsetzbaren Soldatinnen und Soldaten rund 15.000 und damit etwas mehr als doppelt so viel wie gegenwärtig betragen soll. Will man Einsätze dieser Größenordnung über längere Zeit durchhalten können, dann braucht man ungefähr die dreifache Menge an Soldaten, die modern und identisch ausgerüstet und bewaffnet sein sollten.

Eine andere Größenordnung ist der sogenannte Ausbildungsumfang, also die Zahl von Soldaten, die in Ausbildung sind oder die als Ausbilder gebraucht werden. Der Generalinspekteur geht davon aus, dass dazu etwa 40.000 Soldaten erforderlich sind.

Zwischen diesen beiden gesetzten Größen muss die Ausplanung der Strukturen erfolgen und es ist ein Personalstruktur-Modell zu entwickeln, das sich vom gegenwärtigen deutlich unterscheiden muss, weil eine Armee aus Freiwilligen und Berufssoldaten eine veränderte Schichtung von Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren aufweisen muss. Damit sind viele noch offene Fragen verbunden, wie: Kann es bei den gegenwärtigen Besoldungen bleiben, welche Anreize kann und muss man schaffen und was kosten diese, kann es gelingen, einen jährlichen Ergänzungsbedarf von 17.000 Soldaten in einer immer älter und kleiner werdenden Gesellschaft zu decken und wird der freiwillige Dienst angenommen werden? All diese Fragen führen zu Kosten, die in der Gesamtheit aller Personalkosten und aller Betriebsausgaben aber nicht mehr als höchstens 70 Prozent des Verteidigungshaushaltes ausmachen dürfen, damit ein Anteil von mindestens 30 Prozent für Investitionen in Material, Infrastruktur und Forschung und Entwicklung bleibt.

Risiken der Reform

Damit habe ich einen Teil der Risiken im personellen Bereich angedeutet und zugleich gesagt, dass man das Risiko, ob diese Planungen personell realisierbar sind, zur Zeit noch nicht abschätzen kann.

Politisch schwerer dürften jedoch die finanzplanerischen Risiken wiegen. Dem Verteidigungsminister wurden durch den Beschluss des Kabinetts zum Haushalt 2011/44. Finanzplan vom 7. Juli 2010 folgende Globale Minderausgaben auferlegt: 838 Mio./2011, 1,240 Mio./2012, 2,484 Mio./2013, 4,334 Mio./2014, insgesamt also 8,8 Mrd. bis zum Jahr 2014.

Der Bericht des Generalinspektors Ende August schlug einen Umfang der Bundeswehr von 156.000 Zeit- und Berufssoldaten und 7.500 freiwillig Wehrdienst leistende Soldaten (FWDL) vor und stellte fest, dass die dann verbleibenden, durch Reduzierung der Zahl der Soldaten nicht zu erreichenden

Einsparungen in den Jahren bis 2014 folgende seien: 2011: 532 Mio., 2012: 190 Mio., 2013: 1,057 Mio., 2014: 2,699 Mio., insgesamt also 4,478 Mio.

Der im Dezember 2010 entschiedene höhere Personalumfang von 14.000 zusätzlichen Zeit- und Berufssoldaten und 7.500 weiteren FWDL bedeutet Mehrkosten von rund 500 Mio./Jahr und zeigt, dass der Kabinettsbeschluss vom Dezember wohl kaum in Einklang mit der Finanzvorgabe vom Juli 2010 zu bringen ist.

Hinzukommt, dass die durchaus richtige und längst überfällige Reduzierung des viel zu umfangreichen Zivilpersonals von gegenwärtig 104.000 (nach Abzug Altersteilzeit usw.: 81.000/Zielstruktur 2010: 76.200) auf 55.000 (Weise-Kommission¹: 50.000) vermutlich erst weit nach 2014 zu erreichen sein wird. Im Bericht des Generalinspektors wurde festgestellt, dass bei konsequenter Reduzierung des Zivilpersonals in den Jahren 2011 bis 2014 nicht mehr als 233,6 Mio. insgesamt einzusparen seien.

Aus diesem Exkurs möchte ich festhalten, dass die Auflagen des Finanzplans mit Personaleinsparungen allein nicht zu erfüllen sind. Die zwischenzeitlich erfolgte Streckung der finanziellen Auflagen um ein Jahr ist daher ein erster, allerdings möglicherweise nicht ausreichender Schritt. Ich merke an, dass die Reduzierung der Zeit- und Berufssoldaten um rund 30.000 natürlich auch nicht von heute auf morgen erfolgen kann, sondern vermutlich in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren zu vollziehen sein wird, dann aber in den Jahren nach dem Finanzplan, also ab 2015, eine dauerhafte Entlastung des Haushaltes um circa 1,5 Mrd./Jahr bringen wird. Vielleicht liegt hier der Schlüssel zum Kompromiss im Streit um die Finanzvorgabe. Ein Festhalten an den Personalumfängen des Kabinettsbeschlusses vom Dezember 2010 und der Einsparauflage würde bedeuten, dass der Verteidigungsminister aus den Ausgabenbereichen Investitionen und Betrieb mindestens 5 Mrd. in den Jahren bis 2014 zu erwirtschaften hätte. Angesichts der Tatsache, dass die Bundeswehr im Einsatz steht und vor dem Hintergrund der Bindungsstände in den Großprojekten wie Eurofighter, Airbus A400M, Transporthubschrauber NH 90, Kampfhubschrauber Tiger und der verschiedenen Marineprojekte sowie der riesigen Summen im Bereich IT halte ich es für ausgeschlossen, dass der Minister der Auflage entsprechen kann. Wer darauf besteht, muss entweder

1 Der Bundesminister der Verteidigung, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, hat die Strukturkommission am 12. April 2010 als einen Baustein zur grundlegenden Erneuerung der Bundeswehr eingesetzt. Hauptaufgabe dieser Reform ist es, die Konzentration auf Kernaufgaben, mehr Flexibilität und höhere Effizienz in der Bundeswehr zu erzielen und dadurch die Bundeswehr als wirksames Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Vorsitzender ist Dr. h. c. Frank-Jürgen Weise (Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit).

völlig freie Hand bei der Neuverhandlung abgeschlossener Verträge mit dem Ziel der Streichung erheblicher Stückzahlen geben oder er muss bereit sein, die Einsparungsaufgabe auf der Zeitachse zu strecken. Auf ihr zu beharren, hätte unweigerlich zum Scheitern der Reform geführt.

In der finanzplanerischen Dimension sehe ich unverändert das größte Risiko, das nun allerdings durch die Gefahr absinkender Personalumfänge sogar noch erhöht wird. Es kann sogar noch wachsen, wenn man auf allen getroffenen Rüstungsentscheidungen beharrt, da durch sie enorme Betriebskosten und damit den Investitionsspielraum einengende Belastungen für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte entstehen. Dies wäre fatal, denn die erkennbare technische Entwicklung ist durch vielfache Möglichkeiten gekennzeichnet, die Wirksamkeit zu erhöhen, den Schutz der Soldaten im Einsatz zu vergrößern und Personal einzusparen, vor allem aber zu neuen Formen und Wegen europäischer Zusammenarbeit zu finden. Es wäre schlimm, wenn Deutschland jetzt Fehlentscheidungen treffen würde, die die Hände der Verteidigungsminister des nächsten Jahrzehnts binden.

Das politische und planerische Risiko dürfte allerdings noch weiter wachsen, wenn der Minister im Herbst 2011 nach seiner Entscheidung über die Strukturen daran gehen muss, die Zahl der Standorte erneut deutlich zu verringern und diesmal hoffentlich weniger nach Wünschen der Länder als nach Gesichtspunkten wie Effektivität und Attraktivität zu entscheiden. Der Widerstand gegen die Aufgabe so manchen wirklich unsinnigen Standorts wird gewaltig sein, und jeder Kompromiss verringert die Chance auf Einsparung. Großes Geld lässt sich mit den Standorten allerdings kaum sparen, vor allem nicht schnell, dennoch bietet ein Schrumpfen auf weniger, aber sinnvollere Standorte in meinen Augen mehr Chancen für die Streitkräfte wie die Länder als ein Festhalten an den gegenwärtigen vielfach unzweckmäßigen Lösungen.

Soweit die Risiken, doch nun zu den Chancen.

Chancen der Reform

Ich sehe in der Umstellung auf eine Freiwilligenarmee große Chancen, den Einfluss Deutschlands in NATO und EU wieder auf den Stand der 1990er Jahre zu heben. Damals wurde in der NATO nichts gegen den Willen Deutschlands entschieden, ja wir waren sogar in der Lage, die Entscheidungen im Vorfeld so zu lenken, dass unsere Politiker keine Probleme hatten, sich dem Konsens anzuschließen. Einen Einbruch erlebten wir allerdings durch unsere anfängliche Haltung in den jugoslawischen Sezessionskonflikten. Heute, in Kenntnis der Person des Hauptschuldigen, Slobodan Milošević, die ich damals nicht hatte, sage ich, Deutschland hat durch sein Zögern damals Fehler gemacht.

In der NATO wie auch in der EU zählt nur, wer sich einbringen kann, wer nicht nur Formeln findet, sondern diese auch durch Handeln untermauern kann. Die Zeit Genscherscher Floskelpolitik ist in der globalisierten Welt von heute unwiderruflich vorbei. Heute zählt nur, wenn die gute Idee durch den Willen und die Fähigkeit zu entschlossenem Handeln untermauert wird. Der Verteidigungsminister will dies mit seinen Vorschlägen möglich machen, und ich sehe darin eine gewaltige strategische Chance für Deutschland. Man wird das in Berlin möglicherweise negieren, aber der Eindruck, dass Deutschlands Stimme an Gewicht verloren hat, ist kaum von der Hand zu weisen, vor allem weil Deutschland meist nur reagiert, während wir früher die Gestalter waren.

Nehmen Sie nur die Idee einer europäischen Aufgabenteilung, die Minister zu Guttenberg zusammen mit Schweden in die Diskussion eingeführt hat. Sie bedeutet, dass man neue Aufgaben oder solche, die das Leistungsvermögen einer Nation auch von der Größe Deutschlands überfordern, wie zum Beispiel die Nutzung unbemannter Flugzeuge im vollen Spektrum von der Aufklärung bis zum Luftangriff, künftig gemeinsam mit anderen Nationen wahrnimmt. Darin liegt eine echte Chance für das weitere Zusammenwachsen Europas, bottom up, denn die Idee top down eine europäische Armee zu schaffen, wird auch im kommenden Jahrzehnt nicht durchsetzbar sein. Dazu braucht unser Land planerischen Spielraum, es braucht politische Glaubwürdigkeit, die durch Entscheidungen wie die zwischenzeitlich korrigierte AWACS-Entscheidung vom Januar und nun das Verhalten in der Libyen-Frage allerdings schwer beschädigt wird, und es braucht den Willen, auch politisch heilige Kühe wie den Parlamentsvorbehalt den Realitäten des 21. Jahrhunderts anzupassen. Ich füge an, jede gemeinsame Lösung der Europäer erhöht auch das Gewicht Europas in den USA und könnte sogar die Tür zu transatlantischer technischer Zusammenarbeit öffnen. Damit könnte man vielleicht den Spalt in der Türöffnung, der sich aus Euro Hawk und AGS (Alliance Ground Surveillance = Programm der NATO zum Aufbau einer Fähigkeit zur Gefechtsfeldaufklärung und -überwachung unter Nutzung unbemannter Luftfahrzeuge vom Typ RQ-4B Global Hawk) ergibt, nutzen und erweitern.

In der Reform sehe ich auch eine Chance, endlich schlanke Strukturen zu schaffen. Die Vorschläge des Ministers zur Reorganisation des Bundesministerium der Verteidigung halte ich für grundsätzlich zweckmäßig, auch wenn der erste Entwurf keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Generalinspektors nach sich gezogen hätte und ich auch die Entscheidung bedauere, es bei zwei beamteten Staatssekretären zu belassen. Ich finde es allerdings richtig mit der Umgliederung an der Spitze zu beginnen und hoffe, dass die Linie der Verschlankung sich nach unten fortsetzt.

Die heute bestehenden Führungsebenen müssen reduziert werden. In meinen Augen wäre es durchaus möglich, zwischen dem Einsatzführungskommando und dem deutschen Kontingent in Afghanistan oder sonst wo nicht mehr als eine weitere Kommandobehörde zu haben und die Führung insgesamt nach dem in der NATO bewährten Prinzip supported : supporting zu organisieren. Damit hätten die künftigen Kommandos der Teilstreitkräfte, auch eine richtige Entscheidung, die in den 1990er Jahren leider nicht durchsetzbar war, eine klare Aufgabe: Sie einschließlich der Streitkräftebasis bilden für den Einsatz aus und übergeben dann die Verantwortung für den Einsatz an den Generalinspekteur. Hätte dann in einer vermutlich fernen Zukunft noch jemand den Mut, den Anachronismus der Trennung von Truppe und Verwaltung nach Art. 87 GG anzupacken, dann hätte man eine Chance, Kopflastigkeit dauerhaft zu beseitigen und damit langfristig zusätzliche Einsparungen zu erzielen.

Eine weitere große Chance der Reform liegt in der Durchforstung und Neugestaltung von Rüstung und Beschaffung. Die Vorschläge der Weisekommission sollten so schnell wie möglich und so weitgehend wie möglich umgesetzt werden. Die Beschaffungsverfahren sind viel zu langsam, es wird durch den Rüstungsbereich viel zu wenig auf Vorhandenes aufmerksam gemacht und deshalb wird zu oft aufwändig neu entwickelt, was der Industrie mehr als recht ist, anstatt die Truppe sofort mit auf dem Markt verfügbarem Material auszustatten, das vielleicht anfänglich nur 70 Prozent der gewünschten Leistung bringt. Jeder Truppenführer wird aber sagen: Besser jetzt 70 Prozent, als zu hoffen, in fünf Jahren 85 Prozent zu einem deutlich höheren Preis zu bekommen. Im Rüstungsbereich und in der Industrie muss endlich vom Einsatz her gedacht werden, doch die Zeitabläufe spiegeln noch immer Muster des Kalten Krieges wider. Würde man die Beschaffungsplanung insgesamt noch einmal auf den Prüfstand stellen, dann wären andere Entscheidungen zu erwarten als die in den letzten 15 Jahren getroffenen. Das wird leider vermutlich kaum möglich sein, obwohl es letztlich auch im Interesse unserer Industrie wäre. Doch für den Minister bietet die Überprüfung der Entwicklung und der Beschaffung im Rahmen der Strukturplanung eine gute Chance sich einerseits auf das zu konzentrieren, was die Truppe im Einsatz braucht, also besseren Schutz bis hin zu zeitgemäßem ABC-Schutz, auf Bekleidung und Ausrüstung, die die Durchhaltefähigkeit erhöht, auf die Befähigung zu Netzwerk zentrierten Operationen, die 24 Stunden am Tag/7 Tage pro Woche Informationsüberlegenheit garantieren und die Fähigkeit bieten, aus dem Abstand den Feind präzise zu treffen. Andererseits würde eine solche Überprüfung es erlauben, sich auf die Felder zu konzentrieren, wo künftig Schutz wie Wirkung zu erzielen sind: Nano-Technologie, Robotik, Bio-Chemie, neue Antriebe, neue Sensorik und Cyber Operations.

Schlusswort

In meinen Augen bietet der eingeleitete Reformprozess mehr Chancen als Risiken, wenn man denn zulässt, dass er als Reform gestaltet wird.

Würde dem Minister die Chance verwehrt, einen Gesundungsprozess der Bundeswehr einzuleiten, dann ist die Gefahr, die Bundeswehr dauerhaft zu beschädigen, groß. Es muss deshalb erlaubt sein, über Anschubfinanzierung ebenso nachzudenken, wie über ein Hinausschieben der Einsparauflage auf der Zeitachse. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch anführen, dass man in Europa im Durchschnitt im Jahre 2009 1,67 Prozent des Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgab, in Deutschland dagegen allenfalls 1,4 Prozent, obwohl unser Land nach wie vor zu den reichsten und wirtschaftlich stabilsten in Europa gehört. Wäre die Bundesregierung also nicht bereit, die Frage einer grundlegenden Reform der Bundeswehr mit etwas Flexibilität in den Finanzvorgaben zu begleiten, dann würde man in ganz Europa annehmen müssen, dass der deutschen Regierung moderne Streitkräfte nicht viel bedeuten. In der Folge dürfte sich dann niemand wundern, wenn Deutschlands Gewicht in NATO und EU noch weiter abnehmen würde.

Es wäre deshalb wünschenswert, wenn alle am Entscheidungsprozess Beteiligten stets im Auge behielten, dass sie über das wohl auch in der Zukunft wichtigste Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik befinden. Nur mit einer leistungsfähigen, zum Einsatz auch in intensiven Kampfhandlungen fern der Heimat befähigten Bundeswehr kann es gelingen, Deutschlands Stimme in der NATO wie in der EU zu Gehör zu bringen, die Integration Europas voranzubringen, also nicht zum Vollzugsgehilfen britisch-französischer Ideen zu werden, und würde es möglich sein, gemeinsam mit unseren Partnern in Europa, Europas Gewicht in dem von den deutschen Medien voreilig als Weltmacht im Niedergang abbeschriebenen, aber für die Stabilität Europas und die Zusammenarbeit mit Russland noch immer und auch künftig unentbehrlichen Washington geltend zu machen. Diese große Perspektive sollte man im Auge behalten, wenn man in der Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr über die kleinen Schrauben im Getriebe wie Finanzen, Standorte oder Rüstungsvorhaben befinden muss. Deshalb kann es auch nur eine Bitte eines „alten“ Soldaten an alle in der Politik Handelnden geben: Unterstützen Sie bitte den Verteidigungsminister, er will das Richtige, kann es aber nur erreichen, wenn ihm alle helfen, die ernst nehmen, was die Pflicht Nummer 1 eines jeden Staates ist und bleibt: Den Schutz seiner Bürger vor Gefahren aller Art auch in den turbulenten Jahren vor uns zu gewährleisten.

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Vertriebenenpolitik der CDU in Sachsen von 1945 bis 1952

Stefan Donth

Vorbemerkungen

Trotz zahlreicher neuerer Arbeiten weist die Forschung zur Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) gegenüber der CDU nicht zuletzt aufgrund der Situation in den russischen Archiven noch Lücken auf.¹ Erste Untersuchungen nach dem Wegfall der politischen Restriktionen nach 1989/90 haben unseren Kenntnisstand zur Geschichte der CDU in Sachsen aber wesentlich erweitert.² Wenig erforscht ist jedoch das

-
- 1 Bernd Bonwetsch (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 20). Bonn 1998. Stefan Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 3). Weimar u. a. 1996. Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 44). Berlin 1999. Norman Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation. Cambridge u. a. 1995. Alexandr Haritonow: Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949 (Dresdner Historische Studien 2). Weimar 1995. Gerhard Wettig: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955. München 1999. SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949. Hg. von Horst Möller und Alexandr O. Tschubarjan. München 2009.
 - 2 Manfred Agethen: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hg.): „Bürgerliche Parteien“ in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953. Köln 1994, S. 47–72. Ralf Baus: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 2 (1995), S. 83–117. Ralf Baus/Volkmar Hänel: „Wir gehören alle zusammen ...“. Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945, in: Das Forum der Sächsischen Union 7 (1998), S. 4–30. Günter Buchstab (Hg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1998. Michael Richter: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19). 2. Aufl. Düsseldorf 1991. Hermann Wentker: Die Anfänge der bürgerlichen Parteien unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzung (1945/46), in: Hartmut Mehringer/ Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone. München 1999, S. 189–214. Gerhard Wettig: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945 im Spiegel sowjetischer Akten, in: Historisch-Politische Mitteilungen 6 (1999), S. 109–137. Manfred Wilde: Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg. München 1998. Stephan Zeidler: Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der

Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht gegen die Vertriebenenpolitik der sächsischen Union. Die Eingliederung der Vertriebenen zählte zu den größten Aufgaben der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Vertriebenen mussten sich unter neuen Bedingungen zurechtfinden, während die Alteingesessenen vor der Herausforderung standen, mehrere Millionen von ihnen dauerhaft unterzubringen und zu versorgen. Sachsen nahm zwischen 1945 und 1952 etwa eine Million Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten auf, deren Anteil damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug. Dadurch verschärfen sich die ökonomischen und sozialen Probleme des Landes am Ende des Zweiten Weltkrieges. Die CDU zählte zu denjenigen Parteien, die konsequent versuchten, die Interessen der Vertriebenen wahrzunehmen, und dabei in Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht gerieten. Das Engagement der Union für diese wichtige Bevölkerungsgruppe wirkt bis heute fort, wie die politischen Auseinandersetzungen um die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und die Konzeption der Dauerausstellung zeigen.

Durch ein vom Sächsischen Staatsministerium des Innern gefördertes Forschungsprojekt am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Leipzig bei Prof. Dr. Ulrich von Hehl wurde dieser Aspekt der Nachkriegsgeschichte für Sachsen im Vergleich zu den anderen Territorien der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) am systematischsten untersucht. Neben der Vertriebenenpolitik der SMAD und der SED wurden dabei auch die administrative Durchführung in den sächsischen Landkreisen, die Politik der LDP sowie das Selbstbild der Vertriebenen behandelt.³

Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–1953. Hamburg 1996. Ralf Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36). Düsseldorf 2001. Stefan Donth: Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945 bis 1952 – Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht, in: Historisch-Politische Mitteilungen 7 (2000), S. 109–133.

- 3 Irina Schwab: Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945–1952. Die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration. Frankfurt/Main 2001. Christian Kurzweg: Die Vertriebenenpolitik der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands. Das Beispiel Sachsen 1945–1950 (Studien zur Zeitgeschichte 41). Hamburg 2004. Notker Schrammek: Alltag und Selbstbild von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen 1945–1952. Frankfurt/Main 2004. Andreas Thüsing/Wolfgang Tischner: „Umsiedler“ in Sachsen. Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945–1952. Eine Quellensammlung. Leipzig/Berlin 2005. Ulrike Winterstein: Vertriebener Klerus in Sachsen 1945–1955 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: 118). Paderborn u. a. 2010. Stefan Donth: Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945–1952. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED (Geschichte und Politik in Sachsen 15). Köln u. a. 2000, auf das sich die nachfolgenden Ausführungen zum großen Teil stützen.

Auf diesen Untersuchungen und weiteren Arbeiten zu dieser Thematik aufbauend soll hier das komplexe Verhältnis von SMAD und CDU analysiert und bewertet werden.⁴ Diese Studie stützt sich auf Unterlagen der SMAD und der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS), die im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), im Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RCChIDNI) und im Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF) eingesehen werden konnten.⁵ Zudem wurden Aktenbestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), des Sächsischen Hauptstaatsarchivs (SächsHStA) und des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) mit einbezogen.

Der erste Teil dieses Aufsatzes befasst sich mit den Konflikten zwischen sowjetischer Besatzungsmacht und der Vertriebenenpolitik der CDU, die Ende 1945 in der Absetzung der CDU-Führung um Andreas Hermes mündeten. Danach geht die Untersuchung im zweiten Teil auf die Vertriebenenpolitik der sächsischen Union von 1946 bis 1950 ein. Schwerpunkt dabei sind die Auseinandersetzungen insbesondere um die Oder-Neiße-Grenze. Der dritte Teil befasst sich mit der Vertriebenenpolitik der CDU im sächsischen Landtag.

Die SMAD und die Vertriebenenpolitik der CDU 1945: Erste Konflikte und die Absetzung von Andreas Hermes

Die im Juni/Juli 1945 eingerichtete Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit ihren Ablegern in den Ländern (in Sachsen: SMAS) verfügte über nahezu unbeschränkte Machtbefugnisse zur Steuerung und Kontrolle von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichem Leben in der SBZ.

4 Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 1: Ankunft und Aufnahme 1945 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19,1). Wiesbaden 1996. Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 2: Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946–1949 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19,2). Wiesbaden 1999. Manfred Wille (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. 3: Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 19,3). Wiesbaden 2003. Philipp Ther: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und Polen 1945–1956 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127). Göttingen 1998. Andreas Kossert: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Bonn 2008. Michael Schwartz: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 61). München 2004.

5 Zum besseren Verständnis der für die Untersuchung herangezogenen Quellen werden die Titel der Dokumente in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

Für die Lenkung und Überwachung der Parteien, darunter auch der CDU, war neben dem dem sowjetischen Außenministerium zugeordneten Politischen Berater Vladimir S. Semenov die SMAD-Propagandaverwaltung (seit 1947 Informationsabteilung) unter Leitung von Oberst Sergej I. Tjulpanov mit ihren Abteilungen in den Länder-SMA zuständig.⁶ Deren Mitarbeiter waren bei allen wichtigen Zusammenkünften der Parteien zugegen, zensierten Reden und Verlautbarungen und wirkten auf die Personalpolitik ein. Die SMAD bestimmte mit Befehlen, Anweisungen, Anordnungen, „Hinweisen“ und „Ratschlägen“ in kaum zu überschätzendem Ausmaß das politische Leben der SBZ.⁷ Nicht zu unterschätzen sind zudem die in der SBZ operierenden sowjetischen Geheimdienste.⁸

Mit ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erlaubte die SMAD die Tätigkeit „antifaschistischer Parteien“, allerdings nur „unter der Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen

-
- 6 Anordnung für die Sowjetische Militäradministration über die Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 6. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949. Berlin (Ost) 1968, S. 51–53. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. XXIX. Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 38. Übersicht der SMAD-Finanzabteilung vom 9. August 1946, in: Gosudarstvennyi Archiv Rossijskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation] (GARF); fond (f.) 7317, opis (op.) 8, delo (d.) 36a, Bl. 444–446. Donth: Vertriebene, S. 19–42.
- 7 „Die dreijährige Arbeiterfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1. SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1945. Berlin 1946, S. 13f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 6. Anlage zur Anweisung der SMAD Nr. 015 vom 20. März 1946, in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 36a, Bl. 93–106. Vgl. die entsprechenden Stellenpläne in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 38a. Haritonow: Hochschulpolitik, S. 60. Michael Richter/Mike Schmeitzner: „Einer von beiden muß so schnell wie möglich entfernt werden“. Der Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs vor dem Hintergrund des Konfliktes mit Innenminister Kurt Fischer 1947. Leipzig 1998, S. 79–84. Jan Foitzik: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 44). Berlin 1999, S. 99–140. Möller/Tschubarjan: SMAD-Handbuch, S. 243–271 und S. 470–477. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. XXIX.
- 8 Vladimir Vladimirovic Sacharov/Dmitrij Nikolaevic Filippovych/Michael Kubina: Tschechen in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsorgane in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945–1949), in: Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin). Berlin 1998, S. 293–336. Nikita Petrov: Die Apparate des NKVD/MVD und des MGB in Deutschland (1945–1953). Eine historische Skizze, in: Alexander von Plato (Hg.): Studien und Berichte (Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950 I). Berlin 1998, S. 143–157. Nikita Petrov: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der SBZ und der DDR von 1945–1954. Berlin 2010.

Instruktionen“.⁹ Im Sommer 1945 gründeten sich daraufhin KPD und SPD, die sich im April 1946 auf Druck der SMAD zur SED vereinigen mussten, sowie die beiden bürgerlichen Parteien LDP und CDU. Vor allem deren Gründung am 26. Juni 1945 überraschte die SMAD. Oberst Tjulpanov betrachtete die Verankerung der CDU im christlichen Milieu als Gefahr, da für ihn beide Kirchen, vor allem jedoch die katholische, „reaktionär“ waren.¹⁰

Ziel kommunistischer Nachkriegspolitik war der Aufbau einer am sowjetischen Modell orientierten sozialistischen Gesellschaftsordnung. Um die Durchsetzung der „Diktatur des Proletariats“ abzusichern, sollten die Konkurrenten von KPD/SED aus dem bürgerlichen Lager durch die Blockpolitik an Entscheidungen beteiligt, eingebunden und damit von einer Fundamentalopposition abgehalten werden. Die von der SMAD geforderte Verpflichtung der Parteien zu einer dauerhaften Zusammenarbeit bedeutete für die Union eine drastische Einschränkung ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten.¹¹

Zu den wichtigsten Aufgaben der SMAD gehörte es, eine eigenständige Politik der CDU zu verhindern und ihre Zustimmung zu den Umge-

-
- 9 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der SMAD vom 10. Juni 1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Sammelheft 1945. Berlin 1946, S. 9f. Gerhard Keiderling: Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 265–268. Wentker: Anfänge.
- 10 Bericht Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block, in: Rossijskoi centr chranenija i izucenija dokumentov novejszej istorii [Russisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte] (RCChIDNI), f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 85–91. Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62ff. Bericht Tjulpanovs über die politische Lage der SBZ vom 27. Dezember 1945, in: Archiv Vnesnej Politiki Rossijskoj Federacii [Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation] (AVP RF), f. 0457b, op. 1, papka (p.) 2, d. 8, Bl. 120–130. „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 241–245. Wolfgang Tischner: Zur Formierung der katholischen Subgesellschaft in der SBZ/DDR 1945–1951, in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 299–324, hier S. 304ff. Georg Wilhelm: Die Diktaturen und die evangelische Kirche. Totaler Machtanspruch und kirchliche Antwort am Beispiel Leipzigs 1933–1958. Göttingen 2004. Wettig: Konflikt, S. 113.
- 11 Siegfried Suckut: Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfrontausschusses. Köln 1986, S. 7–53. Protokoll der Versammlung des Parteiaktivs der SMAD vom 9. März 1949 mit den Ausführungen des Obersten SMAD-Chefs, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 682, Bl. 16. Auskunft Semenovs über den Block vom 21. Dezember 1945. Aktennotiz Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 26. Dezember 1945. Jochen Laufer/Georgij P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation. Teil 2 (9. Mai 1945–3. Oktober 1946). Russ. Moskau 2000, S. 312–334, S. 336–344.

staltungsmaßnahmen in der SBZ zu erzwingen.¹² Letztlich war die Gleichschaltung der CDU nur möglich, weil die SMAD auf die ihr zur Verfügung stehenden Zwangsmittel rigoros zurückgriff, um damit den Widerstand zahlloser CDU-Mitglieder zu brechen.¹³

Im Gründungsaufwurf der CDU vom 26. Juni 1945 wurden die Belange der Vertriebenen noch nicht erwähnt.¹⁴ Doch im Aufruf der Christlich-Sozialen Volkspartei, der Vorläuferorganisation der CDU in Sachsen, vom 14. August 1945 wurden Flüchtlinge neben anderen Kriegsoptionen genannt, für die eine „gesetzlich angeordnete Staatshilfe festzulegen“ sei.¹⁵

Bereits im Sommer 1945 wuchs die Bedeutung vertriebenenpolitischer Aspekte in der politischen Auseinandersetzung. Zahlreiche führende CDU-Mitglieder nahmen befreundete Funktionäre der Zentrums- und schlesische Katholiken aus den Ostgebieten auf und erfuhren von ihnen von den Vertreibungsverbrechen und dem Elend der Vertriebenen.¹⁶ Früher als andere Parteien nahm sich die CDU dieser Problematik an. Mitte Juli 1945 kündigte Andreas Hermes, Vorsitzender der CDU in der SBZ und Groß-Berlin, „jede mögliche Initiative in dieser Frage“ an.¹⁷ Als Leiter des Berliner Ernährungsamtes konstatierte er schon Ende Juni 1945 zur „Lage im russischen Raum“, dass die Russen durch die Vertreibung Millionen Menschen dem

12 „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948)“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 65–87. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Teil 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 44–47. Mängel der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen. o. D., in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62–66. Sergej Tjulpanow: Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Berlin (Ost) 1987, S. 236–256.

13 Buchstab: Verfolgt und entrechtet.

14 CDU-Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945. Vgl. Siegfried Suckut: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950 (Mannheimer Untersuchungen zur Politik und Geschichte der DDR). Köln 1982, S. 117–178, hier S. 129–131. Agethen: CDU, S. 47–50. Wentker: Anfänge, S. 189–204. Gerhard Keiderling: Scheinpluralismus, S. 279–282. Baus: CDU, S. 69–98.

15 Aufruf der Christlich-Sozialen Volkspartei für Sachsen. Vgl. Baus: Gründung, S. 114–117; Baus/Hänel: Gründung; Baus: CDU, S. 98–131.

16 Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht, Köln 1990, S. 62. Wolfgang Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: 90). Paderborn u. a. 2001, S. 169–180.

17 Protokoll der 3. Sitzung des Gründungsausschusses der Union vom 3. Juli 1945, in: ACDP 07-010-708. Rede von Hermes auf der Gründungsversammlung der CDU am 22. Juli 1945, in: ACDP 01-090-015/4.

Untergang aussetzen würden und die Besatzungsmacht damit offensichtlich auch darauf verzichte, „die innere Gewinnung der Bevölkerung für das bolschewistische System“ herbeizuführen.¹⁸ Diese Ansichten trugen mit dazu bei, dass die SMAD Hermes aus dem Ernährungsamt zu verdrängen suchte.¹⁹ Zu diesem Zweck wurde ihm auch die schlechte Versorgung eines Flüchtlingstransportes vorgeworfen.²⁰ Wegen der unerträglichen Arbeitsbedingungen trat Hermes am 31. Juli 1945 als Leiter des Berliner Ernährungsamtes zurück.²¹

Im Rahmen der Vertriebenenpolitik war die Auseinandersetzung mit der Oder-Neiße-Grenze von besonderer Bedeutung. Die „Westverschiebung“ Polens und der damit verbundene neue deutsch-polnische Grenzverlauf an Oder und Neiße gehörte zu den wichtigsten Kriegszielen Stalins. Kritik an der neuen Grenzziehung implizierte in den Augen der Sowjets die Ablehnung der massiven gewaltsamen Zwangsmigrationen in diesem Teil Europas und rührte damit an einem der Fundamente der sowjetischen Nachkriegspolitik. Das grundsätzliche Einverständnis der westlichen Alliierten zur Vertreibung der dort ansässigen Deutschen als Folge des vom Dritten Reich entfesselten Zweiten Weltkrieges wurde im Potsdamer Abkommen festgeschrieben.²² Laut „Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte“ wurde „vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung territorialer Fragen bei einer Friedensregelung“ Ostpreußen zwischen der Sowjetunion und Polen aufgeteilt und die neue deutsche Ostgrenze entlang von Oder und westlicher Neiße festgelegt. Die in den nun unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung stehenden Gebieten sowie die in der CSR und Ungarn lebende deutsche Bevölkerung sollte „organisiert und human“ umgesiedelt werden.²³ Dabei war es für die

18 Die Lage im russischen Raum nach dem Stande von Ende Juni 1945, in: Gerhard Keiderling (Hg.): „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April–Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentenedition. Berlin 1993, S. 601–617.

19 Schreiben Ulbrichts an Dimitroff vom 22. Juni 1945, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 742, Bl. 154–157. Aktennotiz Filippovs an Vyschinskij und Bokov vom 29. Juli 1945 zur CDU, in: Laufer/Kynin: UdSSR und deutsche Frage, Teil 2, S. 188f.

20 Protokoll der außerordentlichen Magistratssitzung am 27. Juli 1945, in: ACDP 07-010-701. Keiderling: Scheinpluralismus, S. 282.

21 Anna Hermes: Und setzt ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen. Stuttgart 1971, S. 210.

22 Jochen Laufer: Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage (Zeithistorische Studien 46). Köln u. a. 2009. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteuropa. In Verbindung mit Adolf Diestelkamp u. a. bearbeitet von Theodor Schieder. 5 Bde. Hg. vom Bundesministerium für Vertriebene 1954. Nachdruck München 1984.

23 Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte, in: Alexander Fischer (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“. 3. Aufl. Köln 1985, S. 391–404. Zirkular Molotovs vom 5. August 1945, in: Laufer/Kynin: UdSSR und deutsche Frage, Teil 2, S. 195–207.

SMAD selbstverständlich, dass Vertriebene in ihren neuen Ansiedlungsorten Quartier und ihrer beruflichen Qualifikation entsprechende Arbeitsplätze erhielten. Die Einheimischen hatten etwas enger zusammenzurücken, während SMAD und SED von den Vertriebenen eine völlige Anpassung an die Gegebenheiten vor Ort erwarteten. Grundbedingung für die Umsetzung dieses Eingliederungskonzeptes war, die Bevölkerung von der Endgültigkeit der Grenzziehung an Oder und Neiße und damit von der Unabänderlichkeit der dauerhaften Ansiedlung der Vertriebenen zu überzeugen. Als wichtigste Hindernisse galten nicht unterschiedliche Dialekte, Konfessionen und Lebensweisen von Vertriebenen und Einheimischen, sondern das Wirken von „Demagogen“, die diese Vorgaben nicht widerspruchsflos akzeptierten.²⁴

Die SMAD erstellte schon im Sommer 1945 detaillierte Meinungsbilder über Äußerungen aus der deutschen Bevölkerung zur Oder-Neiße-Grenze.²⁵ Besonders sorgfältig wurden bürgerliche Politiker wie der Vizepräsident der Landesverwaltung Sachsen, Gerhard Rohner (CDU), beobachtet, der aus Schlesien stammte, von 1925 bis 1945 als selbständiger Handelsvertreter in Dresden, Chemnitz und Berlin tätig war und zu den Mitbegründern der sächsischen Union gehörte. Dieser soll geäußert haben: „In den [Potsdamer] Beschlüssen ist gesagt, daß die Flüchtlinge aus Polen und der CSR human umgesiedelt werden, doch wir beobachten, daß sie aus diesen Staaten hinausgeworfen und wie Vieh fortgetrieben werden.“²⁶

Um zu verhindern, dass die bürgerlichen Parteien von ihrer ablehnenden Position in der Grenzfrage politisch profitieren konnten, sollten die Potsdamer Beschlüsse nach den Vorgaben der SMAD nicht nur von der KPD, sondern auch von SPD, CDU und LDP „begrüßt“ werden. Dazu wurde eine gemeinsame Kundgebung aller Parteien für den 12. August 1945 mit der Verkündung einer Resolution anberaumt.²⁷ Hierfür schlug die CDU

24 Paul Merker: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems. Berlin (Ost) 1947, S. 7–22.

25 Übersicht der Siebenten Abteilung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlavPURKKA) vom 22. August 1945 für den Chef der Propagandaverwaltung des ZK der VKP/b, Alexandrov, in: RCChIDNI, f. 17, op. 125, d. 319, Bl. 51–58.

26 Schreiben Serovs vom 8. August 1945 an Berija, das dieser an Stalin, Molotov und Malenkov weiterleitete, in: GARF, f. 9401, op. 2, d. 98, Bl. 95–109 und Bl. 138–144.

27 Keiderling: Scheinpluralismus, S. 294. Protokoll der Blocksitzung vom 3. August 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 80. Übersicht zur Blockpolitik vom 25. September 1945, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), ZPA, NY 4036/718. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 7. und 9. August 1945, in: Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.): Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946 (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46 1). München 1993, S. 57 und S. 59. Nicht gekennzeichnete Entwurf einer Erklärung zu den Potsdamer Beschlüssen vom 9. August 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 67f.

vor, die Vorläufigkeit der alliierten Beschlüsse zu betonen und der Hoffnung auf „weitere entlastende Entwicklungen“ Ausdruck zu verleihen.²⁸ Dem widersprach die KPD mit ihrer Passage zur Grenzfrage: „Die geplanten Gebietsabtrennungen im Osten sind die unvermeidliche Folge verbrecherischer Gewaltpolitik. So ist verständlich, daß die angegriffenen Völker sich damit eine Garantie gegen neue deutsche Aggressionen schaffen wollen.“²⁹ Als CDU und LDP dies ablehnten, führte das zu einer ersten ernsten Krise der Blockpolitik.³⁰ Zudem brachte die CDU einen Alternativvorschlag ein: „Wir kennen den Machtmißbrauch, zu dem der Nazismus gegenüber anderen Völkern fähig war. Die Welt hat ihn gerichtet. Wir erblicken in der einmütigen Zusammenarbeit der drei demokratischen [sic!] Großmächte, die in der Berliner Konferenz aufs Neue ihren welthistorischen Ausdruck gefunden hat, die sichere Gewähr dafür, daß die neue Weltordnung des Rechts und des Friedens auch unserem Volke gegenüber kein Unrecht zulassen und auch die Grenzfragen des deutschen Ostens, die uns mit großer Sorge erfüllen, zu einer Regelung führen wird, die den ethnographischen und kulturellen Gegebenheiten Rechnung trägt und die wirtschaftliche Lage unseres Volkes nicht hoffnungslos macht. Die eindeutige Erklärung, daß dem deutschen Volk genügend Wirtschaftskraft bleiben soll, um ohne Hilfe von außen zu leben und zu einer mittleren europäischen Lebenshaltung zu gelangen, ermutigt uns zu diesem Vertrauen.“³¹ Schließlich setzten CDU und LDP die Streichung der kommunistischen Formulierungen durch. In der „Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz“ vom 12. August 1945 hieß es nur, dass „wir nicht über die Härte der Bedingungen klagen können“, während die Oder-Neiße-Grenze oder Gebietsverluste nicht direkt genannt werden.³² Auch Hermes hatte auf der Kundgebung ausgeführt, dass die territo-

28 Protokoll der 6. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 9. August 1945, in: ACDP 07-010-708.

29 Protokoll der Sitzung des Sekretariats vom 10. August 1945, in: Benser/Krusch: Protokolle des Sekretariats, S. 63; SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 60–63. Resolutionsentwurf zur Berliner Konferenz vom 10. August 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 82f.

30 Schreiben Hermes an Kaiser vom 11. August 1945. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 83. „Stellung der 4 Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen“ vom 14. August 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66 sowie RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 793, Bl. 103–105.

31 SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66. Diese Formulierungen sind fast gleichlautend mit denen eines Schreibens Bischof Legges an Marschall Shukov vom 10. Juli 1945, in: GARF, f. 7317, op. 2, d. 1, Bl. 6f. Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. VI: 1943–1945. Bearb. von Ludwig Volk (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: 38). Mainz 1985, S. 710f.

32 „Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien Deutschlands zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz“, am 14. August 1945 in der Presse veröffent-

riale Gestaltung Deutschlands noch „keine endgültige Regelung gefunden“ habe und die CDU hoffe, dass ein Friedensvertrag „unseren elementaren Lebensbedürfnissen Rechnung“ tragen wird.³³ Walter Ulbricht versuchte, es der SMAD als „Erfolg“ zu verkaufen, dass CDU und LDP in der Grenzfrage „etwas“ gebunden werden konnten. General Fedor E. Bokov, Mitglied des Kriegsrates der SMAD, machte ihn trotzdem für die in seinen Augen nicht eindeutige Entschließung verantwortlich.³⁴

Diese Konstellation prägte die Auseinandersetzungen der folgenden Jahre. Während SMAD und KPD/SPD versuchten, zur Grenzfrage nur positive Stellungnahmen zuzulassen, wies vor allem die CDU deutlich auf den laut Potsdamer Abkommen provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze hin.

Kurz nach der Blockkündigung vom 12. August 1945 beschloss der CDU-Gründungsausschuss am 24. August 1945 auf Vorschlag von Hermes, „unverzüglich [...] eine Stellungnahme der Partei zur Flüchtlingsfrage vorzubereiten“.³⁵ Am 30. August 1945 beantragte die CDU im zentralen Block die Einsetzung eines Sonderausschusses.³⁶ Zudem entwarf die Union eine Presseerklärung, nach der die Einrichtung einer „zentralen Stelle“ unerlässlich sei, um den Flüchtlingsstrom zu stoppen und die Vertriebenen an ihrem derzeitigen Aufenthaltsort provisorisch unterzubringen, bis ihre „Verteilung und Seßhaftmachung [...] im ganzen Reich möglich“ wäre. Der letzte Passus wurde durch die handschriftliche Formulierung „ihrer Rückführung geschaffen ist“ ersetzt.³⁷ Dies lehnte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck ab, weil die Vorschläge der Union sowjetischen Vorstellungen widersprachen.³⁸

licht. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 83f. Michael Schwartz: „Umsiedler“ in der Zusammenbruchsgesellschaft. Soziale und politische Dimensionen des Vertriebenenproblems in der frühen SBZ, in: Mehringer/Schwartz/Wentker: Erobert oder befreit, S. 235–262, hier S. 261.

- 33 Auszüge aus Hermes Rede im Sondermaterial „Unsere Haltung zu den Potsdamer Beschlüssen“, in: ACDP 01-090-015/3.
- 34 Schreiben Ulbrichts vom 14. August 1945 „Stellung der Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen“, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–67. Memorandum Bokovs vom 18. November 1946 über die Lage in der SED, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 147, Bl. 170–179. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. XXXV.
- 35 Protokoll der 8. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 24. August 1945, in: ACDP 07-010-708.
- 36 Protokoll der Blocksitzung vom 30. August 1945. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 85. Die Initiative der CDU ist vielfach belegt. Protokoll der 9. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 31. August 1945, in: ACDP 07-010-708. Entwurf eines Rundschreibens an die Landesverbände vom 18. Oktober 1945, in: ACDP 01-090-015/4.
- 37 Protokoll der Blocksitzung vom 30. August 1945, in: ACDP 01-090-017/2. Entwurf einer Mitteilung an die Presse, in: ACDP 01-090-021/2.
- 38 Protokoll der Blocksitzung vom 30. August 1945, in: ACDP 01-090-017/2.

Davon ließ sich die Union nicht abhalten. Sie versuchte, „eine interalliierte Kontrolle in den polnischen Gebieten zu erwirken“ und drängte gemäß dem Potsdamer Abkommen auf eine „humane und ordnungsgemäße Durchführung der Ausweisung der Deutschen“.³⁹ Ähnliche und weitergehende Vorschläge legten Innere Mission, Caritasverband und Deutsches Rotes Kreuz dem Alliierten Kontrollrat am 5. September 1945 vor und plädierten für eine begrenzte Rückkehr Vertriebener in die polnisch besetzten Gebiete.⁴⁰

In Sachsen bremste Jenny Matern, die Staatskommissarin für Flüchtlingsfragen in der Landesverwaltung und Ehefrau des KPD-Vorsitzenden Hermann Matern, Anfang September 1945 ähnliche Vorschläge der CDU – obwohl sie eine Zentralisierung der Flüchtlingsverwaltung begrüßte.⁴¹ Auf die Frage „der Belassung deutschen Lebensraums im Osten“ ging sie erst gar nicht ein. Der Vizepräsident der Landesverwaltung für Finanzen und Steuern, Gerhard Rohner (CDU), informierte seine Parteiführung vertraulich über Vorgänge im Verwaltungsapparat der SBZ zur Lösung des Flüchtlingsproblems, bei dem die CDU außen vor gelassen werden sollte.⁴²

Am 13. September 1945 lag der Bericht des Block-Sonderausschusses für Flüchtlingsfragen vor, in dem zwar eine zentrale Lösung auf „Reichsebene“ gefordert, ansonsten aber an das Mitgefühl der einheimischen Bevölkerung appelliert wurde.⁴³ Mit ihren viel weitergehenden Vorschlägen wie der Durchführung eines Sofortprogramms war die CDU gescheitert.⁴⁴

In der Mitte September 1945 von der SMAD auf Zonenebene installierten „Zentralverwaltung für Umsiedler“ (ZVU) und den entsprechenden Sonderverwaltungen in den Ländern war die CDU an keiner herausgehobenen Stelle vertreten. Alle wichtigen Posten wurden ausnahmslos mit Kommunisten

39 Protokoll der 9. Sitzung des Gründungsausschusses der CDU vom 31. August 1945, in: ACDP 07-010-708. Denkschrift „Das Elend der deutschen Flüchtlinge. Die notwendigen Sofortmaßnahmen zu seiner Bekämpfung“, o. D., in: ACDP 01-090-021/2.

40 Abschrift des Schreibens von Innerer Mission, Caritas und Deutschem Roten Kreuz an den Kontrollrat vom 5. September 1945, in: ACDP 01-090-021/2. Die mit denen der CDU größtenteils identischen Formulierungen und Vorschläge sowie der Fundort deuten auf eine enge Abstimmung hin. Schreiben von Caritas, Innerer Mission und DRK an den Alliierten Kontrollrat vom 31. August 1945, in: Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, S. 711–718.

41 Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismuskforschung 40). Hg. von Andreas Thüsing. Göttingen 2010, S. 165. Schwab: Flüchtlinge, S. 50–72.

42 Reisebericht Dresden 4. und 5. September 1945, in: ACDP 01-090-021/2.

43 Protokoll der Blocksitzung vom 13. September 1945. Vgl. Suckut: Blockpolitik, S. 88ff.

44 Sondermaterial zur Flüchtlingsfrage aus dem Jahre 1945, in: ACDP 01-090-015/3. Protokoll der 10. Sitzung des CDU-Gründungsausschusses vom 14. September 1945, in: ACDP 07-010-708.

besetzt, weil die SMAD diesen für sie wichtigen Politikbereich unter ihrer besonderen Kontrolle behalten wollte.⁴⁵

Ein weiterer Konfliktpunkt waren die bereits im Sommer 1945 entstandenen überparteilichen oder kirchlichen Hilfsorganisationen. Sie wurden ab Oktober 1945 durch die KPD in die von ihr in Sachsen als Vorbild für die SBZ initiierte Volkssolidaritätsbewegung eingebunden, die dem Parteienblock ähnlich funktionierte. FDGB, Landesverwaltung, bürgerliche Parteien und kirchliche Organisationen sollten gemeinsam Hilfsmaßnahmen für die notleidende Bevölkerung tragen. Zur Unterstützung Hilfsbedürftiger, zu denen ausdrücklich auch „Umsiedler“ gehörten, wie die Vertriebenen nach einer Vorgabe der SMAD bezeichnet werden mussten, waren freiwillige Spenden vorgesehen.⁴⁶ Die Volkssolidarität war insbesondere gegen die CDU und die kirchlichen Hilfsorganisationen gerichtet, da die SMAD deren Einsatz und vor allem die aus dem kirchlichen Bereich stammenden Spenden als unliebsame Konkurrenz empfand.⁴⁷

45 Donth: Vertriebene, S. 95–128.

46 Aufruf der KPD, SPD, LDPD, CDUD, des FDGB-Landesausschusses und der „Landeskirchen“ vom 19. Oktober 1945 zur Volkssolidarität, in: Hans-Joachim Krusch: Irrweg oder Alternative? Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/46 und gesellschaftspolitische Forderungen. Bonn 1996, S. 71. Günter Braun: Volkssolidarität, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. 2. Aufl. München 1993, S. 793–802. Dierk Hoffmann: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956 (Studien zur Zeitgeschichte 47). München 1996, S. 64f. Ulrich von Hehl/Wolfgang Tischner: Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1989, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg. vom Deutschen Bundestag. Bd. VI/2. Baden-Baden 1995, S. 875–949, hier S. 887. Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR, S. 417–428. Christoph Kösters (Hg.): Caritas in der SBZ/DDR 1945–1989. Paderborn 2011. Christoph Kösters (Hg.): Staatssicherheit und Caritas 1950–1989. Paderborn 2001. Rede Hermann Materns „Volkssolidarität – ein Weg zum glücklicheren Leben“ auf einer Parteiarbeiterkonferenz am 24. Oktober 1945 in Dresden, in: Hermann Matern: Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Reden und Schriften. Band I: 1926–1956. Berlin (Ost) 1963, S. 163–185. Protokoll der Sitzung des erweiterten Sekretariats des ZK der KPD am 19./20. November 1945, in: Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.): Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946 (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46 2). München u. a. 1994, S. 204. Michael Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Hartmut Mehringer (Hg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). München 1995, S. 43–96, S. 60–62. Michael Schwartz: „Umsiedler“ in der Zusammenbruchsgesellschaft, S. 237–239.

47 Auskunft über die Volkssolidarität vom 30. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4. p. 17, d. 9, Bl. 63–66. Informationsbrief Nr. 1 der Reichsgeschäftsstelle der CDU, Ende

In Sachsen besetzte die KPD in der Volkssolidarität alle entscheidenden Positionen. Als Konzession an die Union und kirchliche Organisationen wurde dem aus der Bekennenden Kirche stammenden CDU-Landesgeschäftsführer Martin Richter die Leitung des Landesausschusses der Volkssolidarität in Sachsen übertragen. Es ist ein Indiz für die Bedeutung, die die Union diesem Politikfeld zumaß, dass sie diesen Spitzenpolitiker dorthin entsandte.⁴⁸ Die Möglichkeiten der Volkssolidarität, Vertriebene zu unterstützen, dürfen mit Blick auf die allgemeine Not unmittelbar nach Kriegsende jedoch nicht überschätzt werden.⁴⁹

Die vielfältigen Aspekte der Vertriebenenpolitik der Union, insbesondere aber deren Kritik an der Oder-Neiße-Linie, gehören zu den wichtigsten Ursachen der Absetzung der beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Walther Schreiber durch die Sowjets Ende 1945, wie die Archivalien der SMAD zeigen. Weitere Gründe waren die ablehnende Haltung der Union zu den Demontagen und zur Bodenreform, bei der die Berücksichtigung Vertriebener nach Ansicht von Hermes nicht die deutsche Ostgrenze präjudizieren dürfe. Hinzu kam dessen politischer Führungsanspruch.⁵⁰ Jakob Kaiser

1945, in: ACDP 07-011-1286. Beschlussprotokoll der 11. Sitzung des Antifaschistisch-demokratischen Landesausschusses vom 25. Oktober 1945, in: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), SED-BPA Dresden, I/A/014. Beschlussprotokoll der 12. Sitzung Landesblocks Sachsen vom 22. November 1945, ebd. Rundschreiben des Sekretariats des Landesausschusses der Volkssolidarität vom 22. November 1945, in: SächsHStA, LRS, MASF 1029, Bl. 57–60. Donth: Vertriebene, S. 185–188.

48 Braun: Volkssolidarität, S. 800. Baus/Hänel: Gründung, S. 29.

49 Tätigkeitsbericht des Unterbezirkes Hoyerswerda der SPD vom 18. Februar 1946, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.007. Bericht über die Wochenarbeit der KPD Hainewalde vom 30. November 1945, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, I/B/090. Broschüre „Leipzig gestern-heute-morgen“ der SED-Kreisleitung vom August 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/629. Schwartz: „Umsiedler“ in der Zusammenbruchsgesellschaft, S. 248. Ther: Vertriebene, S. 282–291.

50 Bericht des Informationsbüros der SMAD über die politische Lage in Deutschland vom 3. November 1945, in: Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. 25. Schreiben Burzevs an Ponomarev vom 11. Dezember 1945 über den Block, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 796, Bl. 90f. Tagesbericht der Propagandaverwaltung vom 29. November 1945, in: AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 19. Bericht Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ vom 27. Dezember 1945 an Shikin, in: AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 120–130. Schreiben Ulbrichts an Dimitroff vom 22. Juni 1945, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 742, Bl. 154–157. Informationsbericht Tjulpanovs vom 20. Dezember 1945, in: AVP RF, f. 0457b, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 92–96. Bericht von Hermes und Schreiber gegenüber dem Gründungsausschuss vom 20. Dezember 1945, in: ACDP 01-090-015/1. Tagebuch Anna Hermes vom 15. Dezember 1945, in: ACDP 01-090-160. Ulbrichts Bericht „Stellung der 4 Parteien zu den Potsdamer Beschlüssen“ vom 14. August 1945, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 64–66. Protokoll der Blocksitzung vom 22. November 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 104. Keiderling: Scheinpluralismus, S. 288–294. Friederike Sattler: Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46, in: Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED

und Ernst Lemmer übernahmen nach diesem von den Sowjets erzwungenen Führungswechsel die frei gewordenen Posten an der Spitze der CDU. Die SMAD schätzte beide zunächst im Vergleich zu den Vorgängern als loyaler ein.⁵¹

Die Vertriebenenpolitik der sächsischen Union von 1946 bis 1950 zwischen sozialem Engagement und der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze

Kaiser forderte schon im Januar 1946, die Lage der Vertriebenen zu verbessern und sie enger an die CDU zu binden.⁵² Die CDU gab ihre prinzipielle Ablehnung der Neubauernhilfe auf und versuchte, Flüchtlinge, die im Zuge der Bodenreform Land erhalten hatten, für die Partei zu gewinnen.⁵³ Die Reichsgeschäftsstelle der CDU intensivierte Anfang 1946 ihre diesbezüglichen Bemühungen, verzichtete aber auf die Thematisierung der Grenzfrage, um Konflikte mit der SMAD zu vermeiden.⁵⁴ Zudem arbeitete die Reichsgeschäftsstelle mit ihrem Umsiedlerreferat eng mit dem sächsischen CDU-Landesverband zusammen.⁵⁵ Unter Leitung Bruno Kammlers, dem als Vertriebenen die Belange dieser Bevölkerungsgruppe besonders vertraut waren, existierte im Landesverband seit dem 12. März 1946 ein entsprechendes Referat, das versuchte, die Betreuung von Transporten und Lagern zu verbessern und die ablehnende Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Vertriebenen abzubauen. Kammlers Schwerpunkt war die Unterstützung der Suchstellen, um den Vertriebenen Kontakte zu Familienangehörigen zu ermöglichen. Weiterhin setzte sich die CDU ein für eine weitere Zuteilung

auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 154–158. Alexander Fischer: Andreas Hermes und die gesamtdeutschen Anfänge der Union, in: Michael Richter/Martin Rißmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar 1995, S. 12–21. Siegfried Suckut: Der Konflikt um die Bodenreform in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in: Deutschland Archiv 55 (1982), S. 1045–1080. Agethen: CDU, S. 50f. Wentker: Anfänge, S. 210f. Baus: CDU, S. 203–245. Ausführlich hierzu Donth: Vertriebene, S. 82–92.

- 51 „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 65–67. Wentker: Anfänge, S. 208f.
- 52 Redenotizen Kaisers von Anfang Januar 1946. Vgl. Suckut: Wandel, S. 137f.
- 53 Beschlussfassung der Einheitsfront in Fragen einer Hilfe für die Neubauern von Kaiser vom 7. Januar 1946. Informationsbrief Nr. 8 der CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 10. Januar 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 157–158; ACDP 07-011-1286. Brief des Kreisvorsitzenden der CDU Rochlitz an die SMA vom 12. April 1946, in: ACDP 03-035-010.
- 54 Informationsbrief Nr. 8 der CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 10. Januar 1946, in: ACDP 07-011-1286. Rundschreiben Nr. 7 des Generalsekretariats der CDU vom 22. Januar 1946, ebd.
- 55 Rundschreiben Nr. 14 der CDU-Reichsgeschäftsstelle, ebd.

von Bodenreformland an Flüchtlinge, die Verteilung ausländischer Spenden bereits in den Auffanglagern und Übergangsbahnhöfen, eine Auszahlung der Sparguthaben und die Weiterbeschäftigung von geflüchteten Angestellten und Beamten sowie die Regelung von deren Altersversorgung. Geflüchtete Handwerker und Kaufleute sollten als „Betriebsführer“ arbeiten können. Damit wandte sich die CDU vor allem an Bauern, Teile des städtischen Mittelstandes und Angestellte.⁵⁶ Besonders aufmerksam verfolgte die SMAD den Parteitag der CDU vom 15. bis 17. Juni 1946 in Berlin, der auch die Situation der Vertriebenen thematisierte.⁵⁷ Die Union unterstützte Kredite und Beihilfen zur Existenzgründung und eine bevorzugte Behandlung bei Stellenbesetzungen in Wirtschaft und Verwaltung. Weiterhin trat die CDU für „landsmannschaftlich geschlossene Siedlungen“ und das „Zusammenwirken der Flüchtlinge in einwandfreien Selbsthilfeorganisationen auf genossenschaftlicher Grundlage“ ein.⁵⁸

Für alle Parteien war die Gewinnung von Mitgliedern unter den Vertriebenen problematisch. Konflikte zwischen Einheimischen, die letztendlich die Mehrheit der Bevölkerung stellten, und Vertriebenen sind auch in der CDU nachweisbar. Nur selten gelangten diese in Leitungsgremien, da hier einheimische Persönlichkeiten bevorzugt wurden – auch im Hinblick auf die Wahlchancen.⁵⁹

1946 prägten die Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen die politischen Auseinandersetzungen in Sachsen.⁶⁰ Aufgabe der SMAD war es, einen Sieg der SED sicherzustellen und die bürgerlichen Parteien zu behindern. Im Vergleich zur LDP war aus sowjetischer Sicht die CDU auch wegen ihrer Vertriebenenpolitik der gefährlichere Gegner der SED.⁶¹ Weitere Gründe da-

56 Monatsbericht des Landesvorstandes der CDU für März 1946, in: ACDP 03-035-006. Schreiben Kammlers vom 1. April 1946, in: ACDP 03-035-058. Thesenpapier des CDU-Umsiedlerreferenten Bruno Kammler vom Sommer 1946. Redeskizze für Umsiedlerversammlungen Sommer/Herbst 1946, in: Thüsing/Tischner: „Umsiedler“, S. 276–279.

57 Agethen: CDU, S. 52f. Werner Conze: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949. Stuttgart 1969, S. 81–97. Ausarbeitungen Dr. Geisler, die auf dem Parteitag diskutiert wurden, in: ACDP 07-011-712.

58 Rede Kaisers vom 16. Juni 1946, in: ACDP 01-090-016/2. Entschließung des Parteitages zur Flüchtlingsfrage vom 17. Juni 1946, in: ACDP 01-188-001/1.

59 Schreiben Dr. Johannes Beda an Koring vom 10. Oktober 1945, in: ACDP 03-035-027. Donth: Vertriebene, S. 92.

60 Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 44–110.

61 Schreiben Tjulpanovs an Suslov vom 28. August 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 245–248. Schreiben Tjulpanovs an den SMAD-Stabschef vom 17. Juli 1946, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 272–278. Ausführungen Vatriks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September

für waren neben der von Jakob Kaiser vertretenen These vom „christlichen Sozialismus“ die von den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf erhobene Kritik, nach der die SED zu Diktatur und Sozialisierung strebe, die Gleichsetzung der Methoden der SED mit denen der Nazis, das Fehlen von Demokratie, die Korruption in den Verwaltungen sowie der Kampf um die Revision der östlichen Grenze.⁶² Gerade deren „Erörterung“ wünschte Tjulpanov nicht.⁶³ Über dieses Verbot setzte sich Kaiser auf einer Wahlkampfveranstaltung in Görlitz hinweg. Die SMAD verhinderte daraufhin entsprechende Berichte in der CDU-Presse.⁶⁴ Trotzdem verbreitete sich die Forderung Kaisers „blitzschnell“ unter der sächsischen Bevölkerung und führte zu einem Ansehensverlust der SED.⁶⁵ Auch der sächsische CDU-Vorsitzende Hugo Hickmann bezog sich bei einigen seiner Wahlkampfauftritte auf Kaiser.⁶⁶ Die Reaktion der SMAD war drastisch: Der Leiter der Abteilung „Arbeit in den antifaschistischen Parteien“ der SMAD-Propagandaverwaltung, Oberst Prokofij F. Nazarov, drohte Kaiser das gleiche Schicksal wie Hermes an, sollte er seine Position in der Grenzfrage nicht ändern.⁶⁷

1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 48 und Bl. 126. Bericht der Abteilung für Kommandantendienst der SMAS für April 1946, in: GARF, f. 7317, op. 9, d. 8, Bl. 157–171. Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 67f. Agethen: CDU, S. 51. Baus: CDU, S. 303–341. Kurzweg: Vertriebenenpolitik, S. 112–165. Naimark: Russians, S. 327–335. Mike Schmeitzner/Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 21). Köln u. a. 2002, S. 245–257. Schreiben „Maßnahmeplan zur Vorbereitung der Wahlen in der SBZ“ Tjulpanovs an Semenov vom 22. Mai 1946, in: Laufer/Kynin: UdSSR und deutsche Frage, Teil 2, S. 420–423.

- 62 Zum Wahlkampf der CDU und zum „christlichen Sozialismus“ Agethen: CDU, S. 51f. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Dresden 1948, Bd. 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 125–127.
- 63 Memorandum über die Lage der SED von Tjulpanov vom 1. Juli 1946, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 279–281. Informationsbrief Nr. 10 des Stellvertretenden Chefs der Politabteilung beim Politischen Berater Filipov für den Zeitraum vom 20. Juli–15. August 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 146, Bl. 214–235.
- 64 Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 55. Conze: Jakob Kaiser, S. 104. Der sowjetischen Zensur fielen auch vertriebenenpolitisch motivierte Teile eines Aufrufs der CDU an die Jugend zum Opfer. Vgl. den entsprechenden Vorgang, in: ACDP 03-035-040.
- 65 Bericht des Chefs der Propagandaabteilung der Zwickauer Bezirkskommandantur über die Ergebnisse der Gemeindewahlen im Bezirk Zwickau vom 15. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 152, Bl. 166–172.
- 66 Kurze Charakteristik Hugo Hickmanns von Hauptmann Kratin vom 27. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 117–120.
- 67 Stenogramm der Beratung der Kommission des ZK zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwaltung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 19. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 150, Bl. 62.

Als sich die SED mit ihrer bedingungslosen Unterstützung der Oder-Neiße-Grenze immer mehr isolierte und auch durchsichtige Wahlkampfmanöver wie u. a. ihre Erklärung „SED und Grenzfragen“⁶⁸ (19. September 1946) keine Entlastung brachten, versuchten SMAD und SED, mit sozialen Wohltaten bei den Vertriebenen zu punkten.⁶⁹ Dazu griff die Partei die schon seit längerem von der CDU geforderte Freigabe von Sparkonten auf und instrumentalisierte dieses Thema im Wahlkampf. In erster Linie ging es darum, materielle Leistungen als Erfolg der eigenen und nicht der Politik der CDU herauszustellen. Bei der Vorgeschichte dieses Konflikts fiel dies der SED schwer.

Bereits ein Jahr zuvor – am 13. September 1945 – hatte die CDU im Block vorgeschlagen, Sparern bis zu einer bestimmten Höhe ihre Guthaben zugänglich zu machen, scheiterte aber am Nein von KPD und SPD.⁷⁰ Eine Grundsatzentscheidung der SMAD von Ende Januar 1946, nach der „kleine Sparer“ bei Vorlage des Sparbuches bis zu 500 Mark ratenweise erhalten konnten, berücksichtigte viele Vertriebene nicht, weil diese ihre Sparbücher verloren hatten.⁷¹ Nach zähen Verhandlungen setzte die CDU eine Absichtserklärung durch, wonach vor allem Vertriebenen geholfen werden müsse.⁷² Der Block-Beschluss vom 14. März 1946, der für diese zum Aufbau einer neuen Existenz Beihilfen und Kredite in Aussicht stellte, griff nach Ansicht der CDU zu kurz.⁷³ Ende April 1946 bat ZVU-Chef Rudolf Engel die SMAD um die Freigabe der Sparguthaben der Vertriebenen und um Rentenzahlungen.⁷⁴ Erst am 25. Juni 1946 konnte er über eine Anweisung der SMAD informieren, nach der Vertriebene Renten und Pensionen erhalten könnten.⁷⁵ Da damit das Problem

68 Abdruck in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland. Berlin (Ost) 1948, S. 92f.

69 Donth: Vertriebene, S. 219–225.

70 Protokoll der Blocksitzung vom 13. September 1945, in: Suckut: Blockpolitik, S. 88. Protokolle der Blocksitzungen vom 25. Oktober und 22. November 1945. Antrag der CDU zur Frage der Altkonten, ebd., S. 91f., S. 102 und S. 106f. Protokoll der Blocksitzung vom 10. Januar 1946, ebd., S. 108. Schreiben Engels an die Landesverwaltungen vom 17. Januar 1946, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2266.

71 Notizen Piecks zu einer Besprechung mit General Bokov vom 23. Januar 1946, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994, S. 64.

72 Gemeinsamer Entwurf von KPD und SPD vom 21. Februar 1946. Protokoll der Blocksitzung vom 28. Februar 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 117 und S. 120ff.

73 Schreiben des Verbindungsbüros des Blocks an Pieck vom 8. März 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718. Aktennotiz Gradls vom 11. März 1946. Protokoll der Blocksitzung vom 14. März 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 125 und S. 130.

74 Schreiben Engels an die SMAD vom 29. April 1946, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2265. Protokoll der Umsiedlerkonferenz vom 14. Juni 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 952, Bl. 84–113.

75 Schreiben Engels vom 25. Juni 1946, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2264. Telefonnotiz vom 19. August 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/744, Bl. 4.

der Sparguthaben immer noch ungelöst war, brachte die CDU dies am 22. August 1946 erneut im Block zur Sprache. Bis zu den Gemeindewahlen erfolgte keine Regelung.⁷⁶ Die SED spielte weiter auf Zeit, zum einen, um zu verhindern, dass bürgerliche Politiker eine Regelung als eigenen Erfolg ausgeben konnten, zum anderen, weil die SMAD bereits die Verkündung materieller Unterstützungsleistungen mit einem eigenen Befehl plante, um so den größtmöglichen Effekt für die SED zu erzielen.⁷⁷ Kurz vor den Wahlen stellte dann der SMAD-Befehl Nr. 304 vom 15. Oktober 1946 für alle arbeitsunfähigen „Umsiedler“ eine einmalige Unterstützung von 300 Mark und für deren Kinder unter 14 Jahren von je 100 Mark in Aussicht. Kredite für den Neuaufbau einer wirtschaftlichen Existenz waren nicht vorgesehen. Eine Auszahlung in großem Stil vor den Wahlen war wegen der kurzen Zeitspanne nicht möglich, zumal auch die Finanzmittel fehlten. Der Wahlbetrug wurde offensichtlich, als bereits Ende Oktober 1946 erste Richtlinien den Kreis der Begünstigten einschränkten.⁷⁸

Bei den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen 1946 erzielte die sächsische Union aufgrund der massiven Behinderungen nur ein Ergebnis zwischen 20 und 25 Prozent und wurde damit nach den Liberalen zur zweitstärksten bürgerlichen Partei. Die SED erreichte eine knappe absolute Mehrheit.⁷⁹ Als wichtigsten Grund für die schlechten Ergebnisse der SED nannte der Leiter der SMAS-Propagandaabteilung, Oberstleutnant Abram Vatnik, die Position der Partei zur Ostgrenze.⁸⁰ Auch Tjulpanov ging davon

76 Protokoll der Blocksitzung vom 22. August 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 164. Ther: Die Vertriebenen, S. 159ff. Vorlage Lehmanns an das ZS vom 5. September 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/744, Bl. 5–7. Entwurf der CDU „Kredithilfe für Umsiedler“, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/718, Bl. 289.

77 Protokoll der Blocksitzung vom 2. Oktober 1946, in: Suckut: Blockpolitik, S. 168. Aktennotiz der SMAD für Pieck vom 11. Oktober 1946, vgl. Badstübner/Loth: Aufzeichnungen, S. 85. Niederschrift über die am 2. Oktober 1946 bei der SMAD in Karlshorst stattgefunden Besprechung, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 82, Bl. 1. Beschlussprotokoll des ZS vom 14. Oktober 1946, in: SAPMO-BA, ZPA, IV 2/2.1/38.

78 Befehl Nr. 304 des Obersten Chefs der SMAD vom 15. Oktober 1946, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 82, Bl. 10. Richtlinien über die Auszahlung von einmaligen Unterstützungsbeträgen an unbemittelte Umsiedler vom 15. Oktober 1946 und die Durchführungsverordnung über die Auszahlung von einmaligen finanziellen Unterstützungen an Umsiedler entsprechend dem Befehl des Obersten Chefs der SMAD, die am 22. Oktober 1946 durch die Finanzverwaltung der SMAD bestätigt wurde. Bundesarchiv Potsdam (nunmehr Berlin-Lichterfelde), in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 82, Bl. 11–12 und Bl. 6–8.

79 Jürgen Falter/Cornelia Weins: Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse, in: Mehringer/Schwartz/Wentker: Erobert oder befreit, S. 215–233.

80 Weitere Punkte waren u. a. die schlechte Versorgungslage, die Demontagen und die Konflikte zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der SED. Ausführungen Vatniks auf der Beratung der Kommission des ZK der KPdSU zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD mit den leitenden Mitarbeitern der Propagandaverwal-

aus, dass die „Umsiedler“ mehrheitlich für bürgerliche Parteien gestimmt hätten.⁸¹

Die Bildung von Allparteienregierungen in allen Ländern der SBZ und die Fortsetzung der Blockpolitik zur Verhinderung von Alleingängen von CDU und LDP waren die Grundlagen der Regierungsbildung in den Ländern der SBZ.⁸² In diesen von der Besatzungsmacht vorgegebenen Rahmen fügte sich die administrative Umsetzung der sächsischen Vertriebenenpolitik ein.⁸³ Tjulpanov befahl, bürgerlichen Politikern Posten in den Verwaltungsorganen zu übertragen.⁸⁴ Bereits Ende 1946 hatte die Besatzungsmacht entschieden, dass die Union bei der Vergabe „undankbarer Posten“ zu „berücksichtigen“ sei. In der sächsischen Landesregierung besetzten mit Gerhard Rohner und Georg Knabe zwei Unionspolitiker die Ressorts für Finanzen sowie Handel und Versorgung. Weitere CDU-Mitglieder traten als Ministerialbeamte der Regierung bei. Die Leitung der Umsiedlerabteilung im Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge unter Minister Walther Gäbler (SED) wurde der Liberaldemokratin Ruth Fabisch übertragen, ohne die Dominanz der SED in dieser Abteilung jedoch ernsthaft zu gefährden.⁸⁵ Spitzenpolitiker der Union befürchteten, die SED werde an die Adresse der von der CDU geführten Ministerien „demagogische“ Forderungen stellen, um die Union in der Bevölkerung zu diskreditieren.⁸⁶

tung und den Leitern sonstiger sowjetischer Propagandaorganisationen in Deutschland vom 17. September 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 149, Bl. 4–18.

- 81 Memorandum Tjulpanovs vom 25. September 1946 über die Ergebnisse der Gemeindevahlen in der SBZ, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 49–61. Undatiertes Memorandum Tjulpanovs zum Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, n. 8, d. 14, Bl. 125–132. Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945 – Oktober 1948), in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 5. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1945–1948, Bd. 2, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 126. Undatierte und nicht namentlich gekennzeichnete Ausarbeitung „Mängel in der Arbeit der SMAD-Propagandaverwaltung bei der Führung der Parteien, Frauen-, Jugend- und anderen Organisationen“, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 153, Bl. 62–66. Arbeitsbericht für die 2. Jahrestagung der CDU in Berlin vom 6.–9. September 1947, in: ACDP 01-090-016/3.
- 82 Kreuzberger: Besatzungsmacht, S. 115.
- 83 Bericht über die Parteiarbeiterkonferenz im Land Sachsen vom 4./5. Juli 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 952, Bl. 129–156.
- 84 Schreiben Tjulpanovs über den Ausgang der Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ, o. D., in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 125–132.
- 85 Donth: Vertriebene, S. 233–244. Kurzweg: Vertriebenenpolitik, S. 201–207.
- 86 Informationsauskunft des stellvertretenden Chefs der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152. Bericht über Äußerungen des 2. Vorsitzenden der sächsischen CDU im kleinen Kreis über die Beziehungen zur Regierung und die Vorhaben der nächsten Zeit. Bulletin für internationale und innerdeutsche Information 92/96 vom 27. Dezember 1946, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 159, Bl. 241f.

Diese Befürchtungen sollten sich bewahrheiten. In Leipzig erhielt Ernst Eichelbaum (CDU) als 2. Bürgermeister die Zuständigkeit über das Sozial-, Wohnungs- und Umsiedleramt.⁸⁷ Seine Arbeit wurde von der SED systematisch behindert.⁸⁸ Mitte Oktober 1948 flüchtete Eichelbaum deshalb in den Westen. Auch für andere sächsische Kommunen sind ähnliche Vorgänge nachweisbar.⁸⁹ Die Beteiligung bürgerlicher Politiker an den Entscheidungsprozessen nutzte die SED aus, um von ihrer Alleinverantwortung für unpopuläre Maßnahmen abzulenken. Ende 1948 instrumentalisierte die SED Versorgungsschwierigkeiten, um gezielt gegen den sächsischen Minister für Handel und Versorgung Knabe (CDU) vorzugehen. Damit wollte die SED die Position der Union bei den Vertriebenen untergraben.⁹⁰

Kritisch beobachtete die SMAS die detaillierten vertriebenenpolitischen Richtlinien der Union.⁹¹ Führende Repräsentanten der Partei wie Jakob Kaiser und Hugo Hickmann sprachen sich weiterhin für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze aus. Für Tjulpanov war dies der Versuch, die CDU als Flüchtlingspartei zu etablieren. Ziel der SMAD war, dies zu unterbinden.⁹² Gerade in der Grenzfrage war die Besatzungsmacht immer weniger bereit, Kritik zu tolerieren, nachdem Stalin der SED-Führung Anfang 1947 erklärte, dass er die Oder-Neiße-Linie als endgültig betrachtete.⁹³

Kaisers Politik, vor allem die Verteidigung des Marshallplanes, die Aufkündigung der Mitarbeit im Block, sein Auftreten gegen Reparationen und Demontagen, die Forderungen nach einer Revision der Oder-Neiße-Grenze sowie der Freilassung der Kriegsgefangenen und nach einem Ende der Verhaftungen in der SBZ ebenso wie die sich anbahnende engere Zusammenarbeit mit der

87 Eichelbaums Bericht „Vertriebenenpolitik in der SBZ“, in: ACDP 01-201-002/1. Manja Winkler: Die Christlich Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 125–142.

88 Ausführungen Selbmanns vom 6. Januar 1947 auf der Sekretariatssitzung des SED-Landesvorstandes, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 8.

89 Ausführungen des Chemnitzer SED-Chefs Friedels auf der SED-Landesvorstandssitzung am 9. Januar 1947, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/756, Bl. 57.

90 Donth: Vertriebene, S. 300–302.

91 Kurzweg: Vertriebenenpolitik, S. 169.

92 Informationsbericht Tjulpanovs an den Obersten Chef der SMAD Sokolovskij vom 17. Mai 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 224–227.

93 Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov: Stalin und die SBZ. Ein Besuch der SED-Führung in Moskau vom 30. Januar–7. Februar 1947, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), S. 279–303. Jochen Laufer/Georgij P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die Deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Teil 3. Russ. Moskau 2000, S. 136–156. Badstübner/Loth: Aufzeichnungen, S. 110–126. Von der SED-Führung vorbereitete Materialien „Über den Friedensvertrag und die Regierung für das gesamte Deutschland“, die Suslov am 31. Januar 1947 an Stalin, Molotov und Shdanov weiterleitete, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 1091, Bl. 27–31.

CDU der westlichen Zonen im Rahmen der Fraktionsgemeinschaft führte dazu, dass die SMAD gezielt seine Absetzung als CDU-Vorsitzender forcierte. Konkreter Anlass war dessen Ablehnung des Volkskongresses, mit dem die Sowjets in der Deutschlandpolitik die Initiative von den Westmächten zurückgewinnen wollten. Die SMAD beendete die „Kaiser-Krise“, als sie am 20. Dezember 1947 die „progressiven“ CDU-Politiker Otto Nuschke und Georg Dertinger davon unterrichtete, sie betrachte bis auf weiteres die Führung der sechs Landesverbände unter Leitung von Hugo Hickmann und Reinhold Lobedan (Mecklenburg) als oberste Vertretung der Partei. Wie bei der Absetzung von Hermes spielten auch bei der Kaisers vertriebenenpolitische Aspekte eine nicht zu unterschätzende Rolle.⁹⁴

Auch unter der neuen, sowjetfreundlicheren CDU-Spitze verstummten die Forderungen nach einer Revision der Ostgrenze nicht. Diesbezügliche Äußerungen des sächsischen CDU-Vorsitzenden Hickmann verstärkten das Misstrauen der SMAS, die wusste, dass er damit für die Mehrheit der CDU-Mitglieder sprach. Bis zum Herbst wollte die SMAD dafür sorgen, dass wenigstens auf zentraler Ebene die Führungen von CDU und LDP die Oder-Neiße-Grenze begrüßten. Dies wollte die Besatzungsmacht dann dazu nutzen, um die CDU-Landesverbände unter Druck zu setzen und dort die Ablehnungsfront aufbrechen. In Sachsen setzte die SMAS eine Reihe von CDU-Kreisvorsitzenden wegen deren Position zur Grenze ab und hiewte „fortschrittliche Kräfte“ in die freigewordenen Stellungen. Eine Anerkennung der neuen Grenzziehung durch den Landesvorstand stand allerdings Ende 1948 immer noch aus.⁹⁵

94 Ausführlich hierzu Donth: Vertriebene, S. 303–320. Nachfolgend aufgeführte Materialien wurden herangezogen: Bericht Kratins über die Lage in der CDU vom 30. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 102–108. Informationsbericht Tjulpanovs vom 9. September 1947 über den Parteitag der CDU, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 370–381. Bericht der Informationsverwaltung der SMAD an das ZK der KPdSU über den Parteitag der CDU vom 9. September 1947. Bonwetsch: Sowjetische Politik, S. 127–129. Bericht Tjulpanovs über die Tätigkeit der Informationsverwaltung der SMAD von Juli bis September 1947 vom 7. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 12, Bl. 63–85. Übersicht Makarovs an Suslov vom 3. Januar 1948 über die Lage in der CDU, in: GARF, f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 8–17. „Die dreijährige Arbeitserfahrung der SMAD-Informationsverwaltung (Oktober 1945–Oktober 1948), Berlin 1948“, in: GARF, f. 7317, op. 19, d. 1, Bl. 74ff. Bericht Tjulpanovs an Baranov vom 6. Mai 1948 über die Lage in der CDU, in: RCChIDNI, f. 17, op. 128, d. 568, Bl. 62–93. Bericht Makarovs an Kuzentsov vom 16. Januar 1948 über „Die besonderen Maßnahmen der SMAD im Dezember 1947“, in: GARF, f. 7317, op. 3, d. 1, Bl. 21–36. Johann Baptist Gradl: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981, S. 177–189. Baus: CDU, S. 353–404. Conze: Jakob Kaiser, S. 162–201. Wettig: Konflikt, S. 127ff.

95 Bericht der SMAS-Informationsabteilung über die Arbeit im 4. Quartal 1947 vom 10. Januar 1948 an Tjulpanov, in: AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 34, d. 15, Bl. 4–49. Bericht der SMAS-Informationsabteilung vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948,

Während des III. Parteitages der CDU (18. bis 20. September 1948) forderte die SMAD die Umwandlung der Union in eine „prokommunistische Partei“ (Richter). Die herausgehobene Bedeutung der Grenzproblematik wird dadurch besonders sichtbar, dass Tjulpanov sie nach der Anerkennung der sozialökonomischen Reformen in der SBZ an die zweite Stelle setzte und erst danach die Anerkennung der Führungsrolle der SED und des Zweijahresplanes forderte.⁹⁶

Im Zusammenhang mit den Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress (15./16. Mai 1949) in der SBZ, mit denen die SMAD auf die Staatsgründung im Westen reagierte und die erstmals als Einheitslistenwahlen stattfanden, intensivierte die Besatzungsmacht ihre Vertriebenenpolitik, weil eine Mehrheit dieser Bevölkerungsgruppe weiterhin die Politik der SED ablehnte.⁹⁷ Schon im Januar 1949 hatte die SED den Sieg der CDU bei einer Neuwahl in Bennewitz, die durch die Zusammenlegung mehrerer Gemeinden notwendig geworden war, auf die Wahlentscheidung dieser Bevölkerungsgruppe zurück-

in: AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113. Bericht der Informationsabteilung der SMAS vom 19. April 1948 über die Arbeit im ersten Quartal 1948, in: AVP RFm f. 0457b, op. 6, p. 36, d. 15, Bl. 67–113, Auskunftsbericht zur Frage der Umsiedler in der SBZ der Abteilung für Druckerzeugnisse und außenpolitische Information des Politischen Beraters an Smirnov vom 27. März 1948, in: AVP RF, f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 36–45 und Bericht vom 7. Februar 1948 über die Arbeit der Informationsverwaltung im Januar 1948 sowie Bericht Tjulpanovs über die Arbeit im Februar 1948, in: AVP RF, f. 0457b, op. 6, p. 33, d. 12, Bl. 41–49 und Bl. 50–62. Siehe Informationsbericht Tjulpanovs über die Ergebnisse des Volkskongresses vom 8. Dezember 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 11, Bl. 76–85.

96 Richter: Ost-CDU, S. 119–125. Baus: CDU, S. 449–451.

97 Günter Braun: Wahlen und Abstimmungen, in: Broszat/Weber: SBZ-Handbuch, S. 381–431, hier S. 390ff. Klarschrift von Notizen Piecks über Petitionen von Flüchtlingen von 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/743, Bl. 1f. Berichte der SED-Kreisleitungen Döbeln und Zittau vom 24. und 25. Juni 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/194, Bl. 30 und Bl. 44. Bericht der SED-Kreisleitung Großenhain vom 14. Juli 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/400, Bl. 15. Bericht einer SED-Kreisdelegiertenkonferenz vom 5./6. November 1949 in Pirna, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, IV/4.12.001. Zusammenstellung der Org.-Instrukteurabteilung des SED-Landesvorstandes Dresden vom 10. November 1949 zu den Diskussionen in der SED über die Oder-Neiße-Grenze, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/367, Bl. 67f. Zusammenstellungen für Merker zur Oder-Neiße-Grenze Juni und Juli 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2022/33. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 223 und Bl. 230. Auszug aus dem Halbjahresbericht der Landesregierung an die DVdI-Umsiedlerabteilung vom 10. September 1949, in: BAP, DO I, B 10, Nr. 23, Bl. 150. Berichte von SED-Funktionären von Kreisratssitzungen vom November 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/985, Bl. 73 und Bl. 104ff. Berichte aus den sächsischen Kreisen von August und September 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 6/4051.

geführt.⁹⁸ Ähnliches galt es bei den Volkskongresswahlen zu verhindern.⁹⁹ Die SMAD sollte deshalb die gesellschaftliche Tätigkeit der Kirchen stärker kontrollieren und deren Einfluss auf Vertriebene begrenzen.¹⁰⁰ Anfang 1949 kontrollierte die SMAS die Versorgung Vertriebener mit Wohnraum in sechs sächsischen Städten, deren Wohnungsdezernenten Mitglieder der LDP oder CDU waren, und stellte eine massive Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe fest. Daraufhin warf die Besatzungsmacht den bürgerlichen Parteien vor, ihre eigene Klientel vor Einquartierungen zu schützen, und versuchte so, die CDU bei den Vertriebenen zu diskreditieren.¹⁰¹ Als sich Hickmann am 30. März 1949 bei einem Auftritt in Leipzig u. a. für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze eingesetzt hatte, ging die SMAS gegen ihn und „reaktionäre Tendenzen“ in der sächsischen Union vor. Auch der Chemnitzer CDU-Vorsitzende Pfarrer Ludwig Kirsch sprach von der „nicht richtigen östlichen Grenze“.¹⁰²

Mit 62,3 Prozent Ja-Stimmen und 37,7 Prozent Nein-Stimmen lag Sachsen bei diesen Delegiertenwahlen trotz massiver Manipulationen unter

98 Protokoll der Sitzung vom 17. Januar 1949 des Sekretariats des SED-Landesvorstandes, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/785, Bl. 102–103. Schreiben des CDU-Kreisverbandes Wurzen-Grimma vom 17., 20. und 21. Januar 1949 an den CDU-Landesvorstand, in: ACDP 03-035-064.

99 Schreiben des Chefs der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten an den Stellvertreter des Politischen Beraters vom 25. April 1949 und vom 3. Mai 1949 an Semenov, in: AVP RF, f. 0457a, op. 7, p. 37, d. 4, Bl. 94 und Bl. 122–124. Schreiben der SED-Landesleitung an das ZK vom 26. März 1949, in: BAP DO 1, B 10, Nr. 86.

100 Anweisung Tjulpanovs vom 8. Februar 1949 an die Informationsabteilungen der Länder, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 58, d. 30, Bl. 19–21. Ausführungen Weidauers vor dem SED-Landesvorstand am 30. Dezember 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/769, Bl. 308. Schreiben des DVdI-Präsidenten vom 21. März 1949 an den sächsischen Innenminister, in: SächsHStA, LRS, Mdl 277. Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR, S. 238–245. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 9. Mai 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/786. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 207. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391.

101 Bericht der Abteilung für Zivilverwaltung der SMAS an die SMAD-Verwaltung für Zivilverwaltung vom 13. April 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 263, Bl. 101–113.

102 Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 247. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Bericht Tjulpanovs vom 18. Juli 1948 an Russkich über die Tätigkeit der SMAD-Informationsverwaltung im 1. Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 7, d. 12, Bl. 125–146, Bl. 134.

dem SBZ-Durchschnitt.¹⁰³ Das schlechte Ergebnis führte die SMAS wiederum auf die Wahlentscheidung der Vertriebenen zurück, die in ihrer Mehrheit zur CDU tendierten und deshalb die hohe Zahl von Neinstimmen in dieser Bevölkerungsgruppe zu verantworten hatten.¹⁰⁴ Daraufhin bekämpfte die SMAS noch entschiedener als ohnehin schon Funktionäre und Mitglieder von CDU und LDP, wenn diese die Oder-Neiße-Grenze kritisierten oder sich für die Vertriebenen engagierten. Der CDU-Vorsitzende von Hoyerswerda, der aus Schlesien stammte, floh in den Westen, während die SMAS die CDU-Kreisvorsitzenden von Auerbach und Kamenz absetzte.¹⁰⁵ Pieck führte am 12. August 1949 vor Vertriebenen aus, dass „mit dieser Aussiedlung [...] die Grenze endgültig festgelegt“ sei, die bei guten Beziehungen zu Polen aber viel von ihrer Härte verlieren werde. Letztlich führe kein Weg an der endgültigen Eingliederung der Vertriebenen in die SBZ-Gesellschaft vorbei.¹⁰⁶ Schließlich konnte die CDU im zentralen Block die Zustimmung zu einer Erklärung nicht mehr verweigern, die für jeden „fortschrittlichen Deutschen [...] die nationale Verpflichtung“ gegeben sah, „gegen alle Elemente aufzutreten, die versuchen, die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland zur Verhetzung der Völker und Entfesselung eines neuen Krieges zu mißbrauchen“.¹⁰⁷ Am 23. November

-
- 103 Günter Braun: Die Delegiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress, in: Elke Scherstjanoi (Hg.): Provisorium für längstens ein Jahr. Protokoll des Kolloquiums „Die Gründung der DDR“, September 1991. Berlin 1993, S. 362–368. Richter: Ost-CDU, S. 182–189. Protokolle der Sitzungen der Landeswahlkommission vom 19. und 20. Mai 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/349, Bl. 210–214 und Bl. 223–225. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Memorandum Tjulpanovs über die politische Lage in der SBZ im Mai 1949 vom 7. Juni 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 54, d. 15, Bl. 87–98.
- 104 Schreiben der Zivilverwaltungsabteilung der SMAS an die vorgesetzte Dienststelle in der SMAD vom 24. Mai 1949 über die Ergebnisse der Volkskongresswahlen, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 263, Bl. 118ff. Bericht der SMAS über Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum 3. Volkskongress an Tjulpanov vom 7. September 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 267–391. Protokoll der Sitzung des Kleinen Sekretariats vom 17. Juni 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/J IV 2/3/33. Bei den Gegenstimmen argumentierte die CDU ähnlich. Schreiben des CDU-Kreisverbandes Dresden an den Landesvorstand vom 15. Juni 1949, in: ACDP 03-035-149.
- 105 Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 246. Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949, in: AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156–255.
- 106 Rede Piecks vor Umsiedlern in Berlin vom 12. August 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4036/440, Bl. 104–123. Redemanuskript von Buchwitz und Text einer Rundfunkansprache Merkers, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, V/2.01.018 und SAPMO-BA, ZPA, NY 4102/45, Bl. 91–93.
- 107 Protokolle der Blocksitzungen vom 17. Juni 1949, 4. Juli 1949 und 19. August 1949, in: Suckut: Blockpolitik, S. 428–506. Wettig: Bereitschaft, S. 171–175. Protokoll der Sitzung

1949 konnten SMAS und SED im Landesblock Sachsen eine Entschließung durchsetzen, in der es hieß: „Wer jetzt noch für eine Revision der Oder-Neiße-Grenze Stellung nimmt, kann keinen Platz in den antifaschistisch-demokratischen Parteien haben.“¹⁰⁸ Unter Rückgriff auf diese Blockvereinbarung ging die SMAS gezielt gegen CDU-Politiker vor, die ein positives Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze ablehnten. In Görlitz und Grimma kam es deshalb zu schweren Konflikten.¹⁰⁹ Noch Anfang 1950 griff die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), die nach der Gründung der DDR installierte Nachfolgeorganisation der SMAD, in die Konflikte des Kreisblocks Grimma ein und zwang die CDU- und LDP-Kreisverbände, einer Resolution zuzustimmen, die die Oder-Neiße-Grenze als „Friedensgrenze“ bezeichnete.¹¹⁰

Einen besonderen Stellenwert besaß für die SMAD die Auflösung eigenständiger Vertriebenenorganisationen, die dazu ihren Sicherheitsapparat mobilisierte.¹¹¹ Für die gesamte SBZ sind Versuche Vertriebener nachweisbar, sich auf landsmannschaftlicher Grundlage zusammenzuschließen – vielfach unter Mithilfe der Kirchen und der CDU sowie aus dem Westen. In welchem Ausmaß dies angesichts der Vorgehensweise des sowjetischen Geheimdienstes Erfolg und auch über einen längeren Zeitraum Bestand hatte, lässt sich nicht abschließend beurteilen. Unter kirchlichem Schutz und mit entsprechender „Tarnung“ konnten zahlreiche Gruppen mit einer beschränkten Öffentlichkeitswirkung arbeiten.¹¹² Im Mai 1948 vereitelte die SMAD Versuche von Ferdinand Friedensburg (CDU), mit Berliner Magistratsmitarbeitern und Vertretern der Kirche eine Suchzentrale als Gegengewicht zu dem „Zentralen Suchdienst

des SED-Landesvorstandes vom 19./20. März 1949, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/766.

108 Entschließung des Landesblocks Sachsen vom 23. November 1949, in: ACDP 03-035-025.

109 Ein von der SED in Görlitz eingebrachter Entschließungsentwurf und die beiden Berichte über die Blocksitzung vom 22. Oktober 1949 in einem Schreiben der Görlitzer CDU an Hickmann vom 23. Oktober 1949 und des Görlitzer FDGB an den Landesblockausschuss vom 28. Oktober 1949. Zu Grimma Schreiben des SED-Landesvorstandes an den CDU-Landesvorstand vom 14. Dezember 1949. Schreiben Jenschs an den SED-Landesvorstand vom 21. Dezember 1949, in: ACDP 03-035-024.

110 Protokoll der Sitzung des Kreisblocks Grimma vom 11. Januar 1950, in: SächsHStA, LRS, MP 498.

111 Die SED-Führung erhielt bei ihrem Besuch bei Stalin Ende 1948 die Anweisung, sich stärker um die Eingliederung der Vertriebenen zu kümmern. Notizen Piecks über den Besuch bei Stalin vom 12. bis 24. Dezember 1948. Notizen Piecks über eine Besprechung mit dem Chef des MGB-Apparates für die SBZ, Generaloberst Kowaltschuk, vom 10. November 1948, in: Badstübner/Loth: Aufzeichnungen, S. 246–274.

112 Bericht des Stellvertretenden Politischen Beraters Gribanov vom 12. Juli 1948 an Smirnov über „Nichtlegale Tätigkeit der Umsiedler in der SBZ“, in: AVP RF, f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 73–93. Heike Amos: Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). München 2009.

für vermißte Deutsche“ der ZVU aufzubauen. Dessen Präsident August Mayr (SED), der irrtümlich eine Einladung zu ersten Vorgesprächen erhalten hatte, informierte frühzeitig die SMAD von den Plänen. Daraufhin konnte die Besatzungsmacht diese ins Leere laufen lassen.¹¹³ Generell ist festzuhalten, dass SMAD, SED und deutsche Verwaltung gesonderte Programme für Vertriebene vermieden. Eine „Sonderstellung“ dieser Bevölkerungsgruppe sollte gar nicht erst entstehen.¹¹⁴

Die Vertriebenenpolitik der CDU im Sächsischen Landtag von 1947 bis Anfang der 1950er Jahre

Da CDU und LDP im sächsischen Landtag gemeinsam über fast so viele Mandate wie die SED verfügten, war es im Interesse der Besatzungsmacht, beiden bürgerlichen Parteien die Möglichkeit zur Totalopposition zu nehmen.¹¹⁵ Die SMAS behinderte die parlamentarische Arbeit der Union von Beginn an. Es müsse vermieden werden, so die SMAS, dass die bürgerlichen Parteien den Landtag als „Arena des Parteienkampfes“ nutzten.¹¹⁶

Dem sächsischen Landtag gehörten nur wenige Vertriebene an. In der SED-Fraktion lassen sich die ehemaligen Sozialdemokraten Richard Babicke, Otto Buchwitz, Emil Fischhausen, Emil Kleinfeld, Paul Lehmann, Maria Lobe und Max Rausch sowie das ehemalige KPD-Mitglied Robert Bialek im weitesten Sinne zu den Vertriebenen zählen. In der CDU-Fraktion gilt dies für die Abgeordneten Hans-Wolfgang Feist, Many Jost, Karl Pelz und Finanzminister Gerhard Rohner.¹¹⁷

113 Schreiben Mayrs vom 21. Mai 1948 an den Chef der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten, das auch zu Gribanov gelangte, in: AVP RF, f. 0457a, op. 5, p. 27, d. 5, Bl. 61–63. Schreiben des Suchdienstes bei der LRS-Hauptabteilung Umsiedler an die Superintendenturen vom 13. Dezember 1948, in: SächsHStA, LRS, MP 1004, Bl. 83.

114 Dierk Hoffmann: Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950), in: Ders./Michael Schwartz (Hg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer). München 1999, S. 173–192.

115 Informationsauskunft des stellvertretenden Leiters der SMAD-Propagandaverwaltung vom 4. Dezember 1946 über die Taktik der bürgerlichen Parteien nach den Wahlen, in: AVP RF, f. 0457b, op. 2, p. 8, d. 14, Bl. 147–152.

116 Die SED konnte auf die Stimmen der VdGB zählen und verfügte damit über eine knappe Mehrheit gegenüber den 30 bzw. 28 Stimmen von LDP und CDU. Manfred Koch: Landtage, in: Broszat/Weber: SBZ-Handbuch, S. 329–348. Bericht des Leiters der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 13. August 1947 über die Tätigkeit der Parteien in den Parlamenten, in: AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 15, d. 5, Bl. 67–84. Zur Rolle der SMAD bei der Erarbeitung der Verfassungen vgl. Creuzberger: Besatzungsmacht, S. 124–133.

117 Mike Schmeitzner/Michael Rudloff: Geschichte der Sozialdemokratie im Sächsischen Landtag. Darstellung und Dokumentation 1877–1997. Dresden 1997, S. 129. Michael

Für die Behandlung vertriebenenpolitischer Aspekte im sächsischen Landtag war der Ausschuss für Arbeit, soziale Fürsorge und Umsiedlerfragen zuständig. Dessen Vorsitz reklamierte anfangs die SED für sich, trat diesen aber während der Verhandlungen zur Regierungsbildung an den CDU-Abgeordneten Paul Nowak ab.¹¹⁸ Dieser erklärte bereits während der konstituierenden Sitzung am 21. Dezember 1946, dass das „Umsiedlerproblem“ einen zentralen Platz in der Arbeit des Gremiums einnehmen werde.¹¹⁹

Es kennzeichnete die parlamentarische Tätigkeit, dass wesentliche Entscheidungen weiterhin einstimmig im Block getroffen wurden und die SMAD trotz anfänglicher Schwierigkeiten die Arbeit der Landtage steuerte und beeinflusste. Aufgabe der SED war, zu verhindern, dass sich die bürgerlichen Parteien mit vertriebenenpolitischen Vorstößen profilierten.¹²⁰

Die beiden bürgerlichen Fraktionen ergriffen im Landtag die Initiative. Am 11. Januar 1947 beantragte die LDP-Fraktion, Vertriebene durch Steuererleichterungen und eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens zu unterstützen, während die CDU-Fraktion eine Verbesserung der religiösen Betreuung der Umsiedlerlager forderte.¹²¹ Beide Anträge verwies die SED an die zuständigen Ausschüsse, um sie möglichst ohne viel Aufsehen „totzuberaten“.¹²²

Hermes/Gert Noack: Aufstieg und Fall des Robert Bialek. Berlin 1998. Übersicht über gewählte Landtagsabgeordnete, in der die Namen Babicke und Bialek den Zusatz „Umsiedler“ tragen, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/1099. Übersicht über die Landtagsabgeordneten der CDU in Sachsen vom 4. Februar 1947, in: ACDP 07-012-1245.

118 Für die CDU gehörten dem Ausschuss neben Nowak noch Marianne Spangenberg und Else-Maria Müller, seitens der LDP Max Salomon, Gertrud Thürmer und Marianne Legler sowie von der SED Olga Körner, Ernst Fischer, Grete Groh-Kummerlöh, Richard Babicke, Luise Bäumel und Susanne Pflugbeil an. Protokoll der Sekretariatsitzung vom 3. Dezember 1946, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/778, Bl. 291. Niederschrift der gemeinsamen Sitzung der Landtagsfraktion mit dem geschäftsführenden CDU-Landesvorstand vom 9. Dezember 1946, in: ACDP 03-035-001.

119 Schreiben Nowaks an Gäbler vom 21. Dezember 1946, in: SächsHStA, LRS, MASF 61, Bl. 7.

120 Koch: Landtage, S. 329–332. Creuzberger: Besatzungsmacht, S. 133–142.

121 Übersicht der Anträge der 1. Wahlperiode des Landtages, in: SächsHStA, LT 9. Drucksache der CDU Nr. 19 vom 14. Januar 1947, in: SächsHStA, LT 47. Auszugsweises Material von den bisherigen Landtagssitzungen Sachsens zur LDP, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 220.

122 Protokoll des Sekretariats vom 16. Januar 1947, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/779, Bl. 33. Protokoll der Landtagssitzung vom 17. Januar 1947, S. 97–99. Bericht der SED-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 2. Mai 1947, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4182/1088, Bl. 196f. Antrag der LDP-Fraktion vom 13. März 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 220. Anträge der 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Protokoll der Sitzungen vom 27./28. Januar und 27./28. Februar 1947 des Ausschusses für Arbeit und Soziales, in: SächsHStA, LT 47. Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Protokoll der Landtagssitzung vom 22. April 1947, S. 335.

Die SED brachte am 13. Februar 1947 ihren ersten Gesetzesvorschlag zur Versorgung der Umsiedler, Bombengeschädigten und „Opfer des Faschismus (OdF)“ mit Möbeln und Hausgerät ein, zog ihn aber sofort wieder zurück, weil er wahrscheinlich mit der Position der Partei zu den Ortsgesetzen mit ihren unterschiedlichen Zwangsmaßnahmen nicht übereinstimmte.¹²³ Die Konflikte verschärften sich, als am 18. Februar 1947 die CDU ein Gesetz über eine Soforthilfe für Umsiedler und Bombengeschädigte forderte und damit auf die Abschaffung der Ortsgesetze zielte, die ihrer Meinung nach aufgrund der „rechtlichen Ungleichheit“ durch ein Landesgesetz abgelöst werden sollten. Zudem sollte eine Meldepflicht für unbenötigte Möbel, Hausratsgegenstände und Öfen deren Vergabe an Bedürftige regeln.¹²⁴ Ähnliche Überlegungen kursierten seit Anfang 1947 auch in der Landesregierung, die eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Ortsgesetze beabsichtigte. Das war auch eine der Forderungen der CDU.¹²⁵ Noch während der parlamentarischen Beratung des CDU-Antrages informierte die SED-Führung Minister Gäbler von ihren „Bedenken“ gegen Zwangsmaßnahmen, da bei der Unterbringung der Vertriebenen Härten für die einheimische Bevölkerung so weit wie möglich vermieden werden sollten, um keinen Unmut zu provozieren. Eine Behandlung dieses Problems im Landtag war daher unerwünscht.¹²⁶ Der sächsische Landtag verabschiedete deshalb auch kein eigenes Flüchtlingsgesetz, weil die SED sich ihren Handlungsspielraum nicht durch gesetzliche Regelungen einschränken wollte, an denen die Vertriebenen die Bemühungen der Partei zur Verbesserung ihrer Lage messen könnten.¹²⁷

Der Antrag der LDP attackierte die SED-Vertriebenenpolitik und forderte die Ernennung eines direkt dem Ministerpräsidenten unterstehenden Sonderbeauftragten für das „Flüchtlingswesen“ sowie die Einrichtung eines „Beirats für Flüchtlingswesen“ aus Vertretern des Landtages, der Freien

123 Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Beispiele für Ortsgesetze aus Sachsen, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 7. Schreiben Plenikowski an Ulbricht und Fechner vom 29. November 1946 zur Neuregelung der Umsiedlerfrage durch die Landtage der Länder und Provinzen, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 114f. Beschlussprotokoll vom 3. Dezember 1946 der ZS-Sitzung, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/51.

124 Antrag der CDU-Fraktion vom 18. Februar 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641.

125 Verordnungsentwurf der Zentralverwaltung für Finanzen. Besprechungsnotiz vom 22. Januar 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 89–103 und Bl. 80. Bericht der Abteilung für Verwaltung und Kommunalpolitik des SED-Landesvorstandes vom 19. August 1947, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/747, Bl. 118.

126 Schreiben der Abteilung für Arbeit und Sozialpolitik an Gäbler vom 19. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 19.

127 Gesetz Nr. 18. Wohnungsgesetz, in: Arbeit und Sozialfürsorge. Amtliches Organ der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland 1946, S. 360–365. Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 18 der Alliierten Kontrollbehörde – Kontrollrat – (Wohnungsgesetz) vom 27. Juli 1946, ebd., S. 436–441.

Wohlfahrtspflege und der „Flüchtlinge selbst“.¹²⁸ Hier hätte die SED nur schwer eine Mehrheit gefunden.

Bei der Landtagsdebatte am 20. März 1947 über die von CDU und LDP auch gemeinsam eingebrachten Anträge wurden die Unterschiede zwischen der SED und den bürgerlichen Parteien bei der Einbeziehung der Besitzstände der alteingesessenen Bevölkerung deutlich. Während CDU und LDP diese auf landesgesetzlicher Grundlage zur Versorgung der Vertriebenen heranziehen wollten, setzte die SED auf freiwillige Sammlungen und lehnte gesetzliche Zwangsabgaben u. ä. strikt ab. Der SED gelang es, beide Anträge voneinander abzukoppeln und den CDU-Antrag einstimmig in den Ausschuss für Arbeit und Soziales zu überweisen, während der LDP-Antrag gar nicht erst zur weiteren Beratung weitergeleitet wurde.¹²⁹

Die Besatzungsmacht kritisierte, dass es den bürgerlichen Parteien gelungen war, durch gezielte Anträge ihre Popularität unter den Vertriebenen auszubauen.¹³⁰ Deshalb befahl die SMAD-Informationsverwaltung eine engere Zusammenarbeit mit „fortschrittlichen“ Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und Massenorganisationen, um damit deren Ablehnungsfront von innen her aufzubrechen und zukünftig „Agitationsanträge und unliebsame Polemiken“ zu vermeiden. Alle Anträge waren vor einer Behandlung im Parlament der SMA zuzustellen und im Block zu behandeln.¹³¹

Die Forderung der CDU nach einer klaren rechtlichen Grundlage bei der Einbeziehung der Besitzstände der alteingesessenen Bevölkerung beschäftigte den Landtag bis in den Juni 1947 hinein.¹³² Damit sollten Willkürakte der

128 Antrag der LDP-Fraktion vom 4. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641.

129 Protokoll der Landtagssitzung vom 20. März 1947, S. 276–281. Aktennotiz Chwalczyks vom 29. März 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 35, Bl. 134.

130 Bericht Vátniks an Tjulpanovs vom 21. März 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 7, p. 16, d. 6, Bl. 7–8. Schreiben Vátniks an Tjulpanov vom 4. Mai 1947, ebd., Bl. 91–99.

131 Schreiben Tjulpanovs an Makarov, Serov u. a. vom 18. März 1947 über die Tätigkeit der SED-Fraktionen in den Landtagen der SBZ, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 10, Bl. 141–145. Bericht eines Referenten der Abteilung für Parteien der SMAD-Informationsverwaltung an Tjulpanov vom 1. April 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 16, d. 8, Bl. 49–57. Ausführungen Koenens im Protokoll der Sitzung des Landesblocks vom 25. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 497, Bl. 208–219. SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/175, Bl. 17–19.

132 Am Beispiel der Auseinandersetzungen um das Chemnitzer Ortsgesetz werden die von den Parteien vertretenen Standpunkte deutlich. Im November 1946 hatte sich die CDU an die Kommandantur gewandt, um gegen die als „oberflächlich“ bezeichneten Bestimmungen des Ortsgesetzes zu protestieren. Die Union wolle sich dem Gehalt des Gesetzes nicht verschließen, sondern lediglich Willkürmaßnahmen vermeiden und eine einheitliche Regelung für die gesamte Zone erreichen. In der Stadtverordnetenversammlung schlug die CDU einen Lastenausgleich vor, dessen Erörterung die LDP von der Tagesordnung absetzen wollte. Das wurde mit den Stimmen von CDU und SED verhindert. Um eine Kampf- abstimmung zu vermeiden, die das enge Zusammenwirken beider bürgerlicher Parteien

Verwaltung vermieden werden, unter denen auch die eigene Klientel innerhalb der alteingesessenen Bevölkerung litt. Die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben lag zudem bei der durch die SED dominierten Verwaltung, so dass dieser die Schwierigkeiten angelastet worden wären, während die Vertriebenen eine Verbesserung ihrer Lage der CDU zugute gehalten hätten.

Das lag nicht im Interesse der SED, die das Kabinett am 11. März 1947 einen Aufruf zur freiwilligen Sammlung ungenutzten Hausrates verabschieden ließ.¹³³ Vor allem die beiden SED-Spitzenpolitiker Innenminister Kurt Fischer und der Dresdner Bürgermeister Walter Weidauer plädierten gegen gesetzlich abgestützte Beschlagnahmeaktionen.¹³⁴ Die SED forderte Minister Gäbler auf, von Zwangsmaßnahmen abzusehen und bis zu einer Regelung auf Landesebene alles zu unterlassen, „was politisch sich zum Schaden unserer Partei auswirken könnte“.¹³⁵ Im Landtagsausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge sprach sich die SED für die Beibehaltung freiwilliger Unterstützungsmaßnahmen für die Vertriebenen aus. „Nach längerer Debatte“ zog die CDU ihren Antrag schließlich zurück.¹³⁶

Das Thema blieb jedoch auf der politischen Agenda Sachsens, weil in der Plenarsitzung am 8. Mai 1947 der Ausschussvorsitzende Nowak die erneute Beratung einer geänderten Fassung des im Ausschuss abgelehnten CDU-Antrages erreichte: Die SED könne nicht eine freiwillige Sammelaktion durchführen und gleichzeitig die zahlreichen unterschiedlichen Ortsgesetze beibe-

beschädigt hätte, brachte Pfarrer Kirsch (CDU) einen von allen Parteien akzeptierten Vermittlungsvorschlag ein. Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete das Ortsgesetz und versah die Ausführungsbestimmungen mit Gesetzeskraft. Zur Behandlung von Streitfällen einigten sich die Abgeordneten auf die Einsetzung eines paritätisch besetzten Schlichtungsausschusses. Bericht des CDU-Kreisverbandes Chemnitz für November und Dezember 1946, in: ACDP 03-035-012.

133 Schreiben des LRS-MASF an Friedrichs vom 11. März 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641.

134 Fischer hatte dies in einem Artikel am 10. April 1947 in der „Sächsischen Zeitung“ getan. Protokoll vom 16. April 1947 der Sitzung des erweiterten SED-Landesvorstandes, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, A/757, Bl. 345 und Bl. 364.

135 Schreiben der Abteilung für Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Landesvorstand vom 19. März 1947 an Gäbler, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 19. Schreiben der ZS-Abteilung für Kommunalpolitik an Fischer vom 15. April 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 506, Bl. 130. Protokoll der Sitzung des ZS vom 19. Mai 1947, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/2.1/88. Rundschreiben der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Parteivorstand an die Landesvorstände vom 27. Mai 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 4, Bl. 140. Paul Merker hatte dagegen eine „gesetzliche Verpflichtung zum Verkaufsangebot“ angekündigt, wenn freiwillige Maßnahmen nicht genügen sollten, vgl. Merker: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, S. 7–22.

136 Protokoll vom 23. April 1947 der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge, in: SächsHStA, LT 47. Antrag zum mündlichen Bericht des Ausschusses vom 23. April 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641. Monatsbericht der SED-Fraktion im Landtag für April 1947, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/176.

halten. Zumindest Ortsgesetze, die Zwang androhten, müssten aufgehoben werden.¹³⁷

Das setzte die SED zunehmend unter Druck, weil die Ergebnisse der Sammlungen der Volkssolidarität enttäuschten.¹³⁸ Sie konnte im Ausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge am 5. Juni 1947 gegenüber der CDU die „stillschweigende Verfügung“ durchsetzen, bestehende Gesetze nicht außer Kraft zu setzen. Nach der Zusage Gäblers über eine Befristung der Ortsgesetze zog die CDU ihren Antrag zurück.¹³⁹ Nun galt es, die Situation der Vertriebenen auf der Basis freiwilliger Spenden und einer vordringlichen Versorgung aus der laufenden Produktion zu verbessern.¹⁴⁰ Dazu war das Ministerium für Handel und Versorgung jedoch nicht in der Lage, da die SMAS-Wirtschaftsabteilung andere Prioritäten setzte.¹⁴¹

Mit der Einrichtung der auch vom Alliierten Kontrollrat geforderten Wohnungsausschüsse versuchte die SED vor Ort, die bürgerlichen Parteien an den unbeliebten Einweisungen in Wohnungen Alteingesessener zu beteiligen. Im Landeswohnungsausschuss, dem keine Vertriebenen angehörten, verfügte die SED über eine sichere Mehrheit.¹⁴² Zentrale Vorgaben zur Zusammensetzung der Wohnungsausschüsse beschränkten den Anteil Vertriebener auf unter 50 Prozent, so dass Vertreter der Kernbevölkerung immer über eine Mehrheit verfügten.¹⁴³ 1949 lebte immer noch nur etwa die Hälfte der Vertriebenen in einer eigenen Wohnung, während die anderen zur Untermiete oder in Lagern und Massenquartieren wohnten.¹⁴⁴ Eine Verbesserung ihres Lebensstandards war für die Mehrzahl der Vertriebenen nur langfristig zu erwarten.¹⁴⁵

137 Protokoll der Landtagssitzung vom 8. Mai 1947, S. 420–429.

138 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes der Volkssolidarität vom 16. Mai 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 35–41.

139 Landtagsdrucksache Nr. 278 vom 5. Juni 1947, in: SächsHStA, LRS, MP 1641. Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge vom 5. Juni 1947, in: SächsHStA, LT 47, Bl. 5ff.

140 Schreiben Buchwitz an Friedrichs vom 6. Juni 1947, in: SächsHStA, LRS, MASF 24, Bl. 8.

141 Schreiben Gäblers an Friedrichs vom 13. Oktober 1947, in: SächsHStA, LRS, Mdi 2223.

142 Ihm gehörten je ein Landtagsabgeordneter von SED, CDU und LDP, Vertreter von FDGB, VVN und Volkssolidarität sowie Mitarbeiter der Umsiedlerabteilung und der Abteilung Wohnungswesen des MASF an. Aktennotiz vom 10. März 1948 zur Bildung des Landeswohnungsausschusses, in: SächsHStA, LRS, MASF 75, Bl. 28. Bericht über die Wohnungsausschusssitzung vom 3. April 1948, in: SächsHStA, LRS, Mdi 2588.

143 Materialien der Direktorenkonferenz der ZVU in Eisenach vom 16. Juni 1947, hier das Protokoll der Kommissionssitzung II „Wohnung“, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 174–193.

144 Umsiedlerbetreuung in Sachsen vom 5. November 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, NY 4074/146, Bl. 13–17.

145 Bericht über die Lage der Umsiedler von 1949, in: SächsHStA, LRS, Mdi 2746. Vertriebene verfügten mit durchschnittlich 5,6 Quadratmetern Wohnfläche pro Person über we-

Ein weiterer Konfliktpunkt war die Betreuung der Vertriebenen in den Quarantänelagern („Umsiedlerlager“), in die diese unmittelbar nach ihrer Ankunft in Sachsen kamen, bevor sie von dort aus in die einzelnen Kommunen des Landes zur Ansiedlung gelangten.¹⁴⁶ Auf Befehl der SMAD sollten mit „politischer Betreuung“ in den Quarantänelagern die Vertriebenen für die Politik der SED gewonnen und der Einfluss kirchlicher Organisationen und der CDU neutralisiert werden.¹⁴⁷ Mit parlamentarischen Initiativen versuchte die Union, ihren Einfluss auf die Betreuung der Umsiedlerlager zu erweitern. Zahlreiche Kontrollfahrten konnten im Sommer 1947 Missstände in Lagern aufdecken und die Lage der Vertriebenen partiell verbessern.¹⁴⁸ Die SMAS verfolgte derartige Bestrebungen jedoch sehr kritisch und behinderte entsprechendes Engagement von Union und kirchlicher Seite massiv.¹⁴⁹

-
- niger Wohnraum als die alteingesessene Bevölkerung, bei der durchschnittlich 9,2 Quadratmeter pro Person gezählt wurden. Entwurf einer Denkschrift der DWK vom 1. Juli 1949 zum Stand der Einbürgerung der Umsiedler in der SBZ. Stellungnahme der Abteilung Wirtschaftspolitik des ZS vom 5. September 1949 zur Frage der Gewährung von Teilzahlungskrediten an Umsiedler, in: SAPMO-BA, ZPA, DY 30/IV 2/13/388. Ausarbeitung Edels vom 17. April 1952 „Aufgaben der Wohnraumlengung 1952“, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2200. Protokoll der Sitzung des Landeswohnungsausschusses vom 8. Februar 1952, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2199. Ther: Vertriebene, S. 208.
- 146 Rechenschaftsbericht Sachsens auf der ZVU-Direktorenkonferenz am 28. Juli 1947, in: BAP, DO 1, B 10, Nr. 31, Bl. 239. Aufstellung über Lager in Sachsen 1947, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2216. SMAS-Befehle vom 7. Dezember 1946, 3. Juni 1947 und 25. November 1947, in: SächsHStA, LRS, Mdl 89 und 2557. Befehl Nr. 255 des Obersten Befehlshabers der SMAD vom 19. November 1947, in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 13, Bl. 189f. Tätigkeitsbericht der SMAD-Umsiedlerabteilung für das vierte Quartal 1947, in: GARF, f. 7317, op. 9, d. 58, Bl. 50–62. Befehle der SMAS und die Besprechungsprotokolle von Gesprächen mit der LRS-Umsiedlerabteilung in den Beständen SächsHStA, LRS, Mdl 2225, 2741, 2742 und SächsHStA, LRS, MP 1004. SMAD-Befehl Nr. 189 vom 2. Dezember 1948 zum Abbau der Zahl der Quarantänelager in der SBZ, in: GARF, f. 7317, op. 8, d. 16, Bl. 111f. Protokolle von Besprechungen der LRS-Umsiedlerabteilung mit der SMA, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2735. Jahresberichte der LRS-Umsiedlerabteilung für 1948 und 1949, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2751.
- 147 Schriftwechsel zwischen Hickmann, Gäbler und Burghard, in: SächsHStA, LRS, MASF 25. Behinderung seelsorgerischer Tätigkeit in Umsiedlerlagern Anfang der fünfziger Jahre, in: SächsHStA, LRS, Mdl 2307. Ulrich von Hehl: Flüchtlinge, Vertriebene und die Kirchen, in: *Flucht. Vertreibung. Integration.* Hg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2006, S. 132–143. Birgit Mitzscherlich: *Diktatur und Diaspora. Das Bistum Meißen 1932–1951* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: 101). Paderborn u. a. 2005, S. 386ff. Thüsing/Tischner: „Umsiedler“, S. 291–332. Tischner: *Katholische Kirche in der SBZ/DDR*, S. 385–433. Schwartz: *Vertriebene*, S. 544–571.
- 148 Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9. Protokoll der Landtagssitzung vom 22. April 1947, S. 335. Protokoll der Landtagssitzung vom 6. Juni 1947, S. 476. Protokoll einer Besprechung der Abgeordneten mit Fabisch vom 10. Juli 1947. Berichte der Kontrollfahrten, in: SächsHStA, LRS, MASF 923, Bl. 101f. und Bl. 95–100.
- 149 Bericht Vatriks an Tjulpanov vom 13. August 1947 über die Arbeit des Landtages, in: AVP RE, f. 0457b, op. 7, p. 15, d. 5, Bl. 67–84. Bericht „Charakterisierung der Tätigkeit

Nach der durch die SMAD 1948 vorgenommenen Umstrukturierung der staatlichen Umsiedlerverwaltung in der SBZ – die ZVU wurde von der SMAD aufgelöst und andere Institutionen wie die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) mit der Bewältigung der zweifellos noch anstehenden Aufgaben betraut – brachte die CDU das Thema erneut auf die Tagesordnung und machte sich für die Interessen der Vertriebenen stark.¹⁵⁰ Am 10. Januar 1949 beantragte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag, die Landesregierung solle sich bei der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) für die Einrichtung einer zonalen „Zentralstelle für Flüchtlingsfragen“ einsetzen. Bei der parlamentarischen Behandlung des Antrages setzte die SED wieder auf Verzögerungstaktik.¹⁵¹ Erst Ende September 1949, neun Monate später, befasste sich der Ausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge erneut mit dem CDU-Antrag. Hier sprachen sich Vertreter beider bürgerlicher Parteien für die Errichtung einer „Zentralstelle für Umsiedlerfragen“ auf Zonenebene aus, da die Eingliederung der Vertriebenen eben bei weitem noch nicht abgeschlossen war. Dagegen wandte sich die SED, die auch nicht auf einen von Nowak vorgeschlagenen Kompromiss einging, wonach die DVdI-Umsiedlerabteilung aufgefordert werden sollte, „die Arbeit für die Umsiedler in verstärktem Maße zusammenzufassen und mit allen Kräften im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion weiter zu fördern“.¹⁵² Am 27. Oktober 1949 beriet der Ausschuss erneut den CDU-Antrag. Zwischenzeitlich lag ein Vorschlag Ruth Fabischs vor, bei der neu gebildeten DDR-Regierung eine Stelle einzurichten, „die sämtliche Belange der Umsiedler nach wie vor wahrnimmt und deren Interessen im zonalen Maßstab einheitlich vertritt“. Nowak schlug daraufhin erneut vor, die Landesregierung zu beauftragen, sich in Berlin für die Schaffung einer „Zentralstelle für Umsiedlerfragen“ einzusetzen. Minister Gäbler konnte eine Vertagung durchsetzen, so dass der CDU-Antrag im Sande verlief. Die SED vermochte es während des gesamten Jahres 1949 nicht, das geschlossene Auftreten der CDU-Abgeordneten zu verhindern.¹⁵³ Offensichtlich konnte die CDU sich hier einen erstaunlich großen Freiraum erhalten, solange die Grenzfrage nicht thematisiert wurde.

der Landtage, der Landesregierungen und der Organe der Selbstverwaltungen in der SBZ“ vom 30. Oktober 1947, in: AVP RF, f. 0457b, op. 4, p. 17, d. 9, Bl. 2–9.

150 Donth: Vertriebene, S. 254–267.

151 Anträge 1. Wahlperiode, in: SächsHStA, LT 9, Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge vom 31. März 1949, in: SächsHStA, LT 49.

152 Protokoll der Sitzung vom 29. September 1949 des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge, ebd.

153 Protokoll der Sitzung vom 27. Oktober 1949 des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge, ebd. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS 1948–1949, Dresden 1949, in: GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 284.

Die Situation der Vertriebenen in Sachsen blieb bis in die 1950er Jahre hinein weitaus schlechter als die der Kernbevölkerung. Die Unterprivilegierung der „Umsiedler“ insbesondere im Hinblick auf Wohnraum und Arbeitsplätze konnte auch durch das Umsiedlergesetz von 1950 nicht aufgebrochen werden.¹⁵⁴ Erst später boten sich Aufstiegschancen vor allem für junge Vertriebene beispielsweise im Bildungswesen.¹⁵⁵

Fazit

In Sachsen gelang es der CDU zumindest partiell, die Vertriebenen durch eine an deren Interessen orientierte Politik an sich zu binden. Erleichtert wurde dies dadurch, dass die Union sich lange gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aussprach. Die sowjetische Besatzungsmacht empfand die sächsische CDU als Hemmnis für die reibungslose Umsetzung ihrer Eingliederungspolitik. Deshalb musste aus Sicht der SMAD verhindert werden, dass die Union Vertriebene in großem Maße an sich binden und so das Potenzial der Menschen vergrößern konnte, das die Politik der SED ablehnte.

In erster Linie lag der SMAD daran, die CDU zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie zu verpflichten und jegliche gegen die neue Grenzziehung gerichteten Äußerungen bereits im Ansatz zu unterbinden. Bisher wurde weitgehend unterschätzt, dass die SMAD bei der Absetzung der beiden CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes und Jakob Kaiser auch auf deren Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze reagierte. Die Union fand mit ihrer Forderung nach einer Revision dieser Grenze gerade in Sachsen, wo Vertriebene in geringerem Umfang als beispielsweise in Mecklenburg von der Bodenreform profitiert hatten, großen Zuspruch.¹⁵⁶

Eines der wichtigsten Instrumente von SMAS und SED zur Gleichschaltung der CDU war die Blockpolitik. Hatten sich die bürgerlichen Parteien 1945/46 noch erfolgreich einer Festlegung ihrer Parteien auf die offizielle Anerkennung der neuen deutschen Ostgrenze widersetzen können, so mussten sie spätestens nach dem Görlitzer Abkommen von 1950 zwischen der DDR und Polen im Block ihre Position ändern. Vertriebenenpolitische Aspekte spielten bei der Gleichschaltung der sächsischen Union zu Beginn der 1950er Jahre eine große Rolle.

¹⁵⁴ Schwab: Flüchtlinge, S. 247–262. Schwartz: Vertriebene, S. 973–1115.

¹⁵⁵ Amos: Vertriebenenpolitik der SED. Michael Parak, Integration durch Bildung? „Umsiedlerstudenten“ und „Umsiedlerkinder“ in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR (Gesprächskreis Geschichte 77). Bonn 2007.

¹⁵⁶ Zur geringen Bedeutung der Bodenreform in Sachsen für die Eingliederung der Vertriebenen siehe Donth: Vertriebene, S. 169–175 und S. 345–349.

Besonders öffentlichkeitswirksam konnte sich bürgerliche Vertriebenenpolitik während der Sitzungen des sächsischen Landtages präsentieren. Hier boten sich noch Freiräume, die erst nach und nach durch SMAS und SED eingeschränkt wurden. Mit von der Besatzungsmacht als „Agitationsanträge“ denunzierten Initiativen machte die CDU auf die schwierige Situation Vertriebener aufmerksam und forderte Verbesserungen. Die SED verhinderte mit ihrer Mehrheit im Plenum jedoch, dass sich die bürgerlichen Parteien mit ihren Anträgen im Landtag durchsetzen.

Die Distanz vieler Vertriebener zum SED-Regime vergrößerte sich damit, wie deren hohe Abwanderungsrate in den Westen zeigt. 1949 gehörte etwa die Hälfte der „Sowjetzonenflüchtlinge“ dieser Bevölkerungsgruppe an. Später waren unter denjenigen, die aus politischen und ökonomischen Gründen die DDR verließen, immer noch ein Drittel Vertriebene. Der im Westen Deutschlands von Bundeskanzler Konrad Adenauer vorangetriebene Lastenausgleich verstärkte den Abwanderungsdruck seit den 1950er Jahren zusätzlich und trug wesentlich dazu bei, dass große Teile der Vertriebenen in der CDU ihre neue politische Heimat fanden.¹⁵⁷

157 Helge Heidemeyer: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/46–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 100). Düsseldorf 1994, S. 44. Peter-Heinz Seraphim: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge 7/1). Berlin 1954, S. 63. Michael Schwartz: „Ablenkungsmanöver der Reaktion“. Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR. In: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 397–409. Kossert: Kalte Heimat, S. 92–110 und S. 215–228.

Goslar 1950

Vorbereitung, Konzeption und Ablauf des ersten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Andreas Grau

Einleitung

Der erste Bundesparteitag der CDU fand vom 20. bis 22. Oktober 1950 in der alten Kaiserstadt Goslar statt. Dort wurde das Statut der CDU beschlossen und Konrad Adenauer zum ersten Parteivorsitzenden gewählt. Doch sowohl der Ort als auch das Datum des Parteitages werfen Fragen auf. Obwohl in Goslar die Bundes-CDU gegründet wurde und die Veranstaltung eines Bundesparteitages ein Novum für die CDU war, ist der erste Bundesparteitag in der Literatur bisher nicht ausführlich behandelt worden.¹ Zumeist wird er nur als notwendige Folge des Erfolgs der Union bei der Bundestagswahl 1949 und der Regierungsbildung durch Bundeskanzler Adenauer dargestellt. Dieser Aufsatz möchte deshalb die Vorbereitungen, die Konzeption und den Ablauf des ersten Bundesparteitages auf Grundlage der vorhandenen Quellen nachzeichnen. Neben den schon veröffentlichten Protokollen der Konferenzen der Landesvorsitzenden und der Sitzungen des Bundesvorstands wurden Archivalien des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) und des Archivs der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) ausgewertet. Die Entstehung des Parteistatuts wird dabei nur am Rande berücksichtigt, da dies Stoff für einen eigenen Beitrag bieten würde.

1 Einen kurzen Überblick über den Goslarer Parteitag bietet Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU. Stuttgart 1993, S. 126–130. Winfried Becker: CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei. Mainz 1987, S. 264–269 analysiert die Parteitagsreferate ohne den Ablauf des Parteitages selbst darzustellen. Die Vorgeschichte von Goslar wird von Günter Buchstab: Einleitung, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. 2. Aufl. Stuttgart 1986, S. VII–XII beschrieben. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart 2001 behandelt den ersten Bundesparteitag nur am Rande.

Die Vorgeschichte

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands war 1945/46 dezentral auf lokaler Ebene entstanden. Fast gleichzeitig mit den Kreisverbänden waren auch Landesverbände gegründet worden. 1950 existierten in der Bundesrepublik Deutschland 16 selbständige Landesverbände, wie etwa Baden-Nord und -Süd, Braunschweig oder der Landesverband Oder und Neiße für die Vertriebenen. Im September 1950 wurde in Berlin noch die Exil-CDU für die aus der DDR geflüchteten CDU-Mitglieder gegründet. Als übergeordnete Gremien bestanden bis 1950 die Berliner „Reichsleitung“ der CDU in der sowjetischen und der Kölner Zonenausschuss der CDU in der britischen Besatzungszone. In der amerikanischen und in der französischen Besatzungszone hatte sich keine überregionale Organisation der CDU herausgebildet.² Ohne Zweifel war die CDU in der britischen Zone mit ihrem Vorsitzenden Konrad Adenauer die „bedeutendste Regionalorganisation der CDU“ in Deutschland.³ Einziges gesamtdeutsches Dach der Partei war der Anfang 1946 eingerichtete Zonenverbindungsausschuss in Frankfurt/Main, aus dem 1947 die Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU Deutschlands hervorging.⁴ Dessen Generalsekretariat unter der Leitung von Bruno Dörpinghaus hatte aber keine nennenswerten Kompetenzen.⁵ Es sorgte lediglich für den Informationsaustausch zwischen den Parteigremien auf Länder- und Zonenebene. Als im August 1948 von der Arbeitsgemeinschaft ein Statut für CDU und CSU mit gemeinsamem Hauptausschuss und Parteivorstand vorgeschlagen wurde, scheiterte dieser Vorstoß am Einspruch der CSU.⁶ Im Januar 1949 lehnte die CSU ein gemeinsames Statut endgültig ab. Nachdem im Mai 1949 Josef Müller den Parteivorsitz an Hans Ehard abgeben musste, waren alle Hoffnungen, die CSU noch in die Gesamtunion integrieren zu können, aussichtslos geworden.⁷ Durch die Erfolge der partikularistischen Bayernpartei ab 1947/48 war die CSU sehr darauf bedacht, eigenständig zu bleiben.⁸ Der Wahlkampf für die erste Bundestagswahl am 14. August 1949 wurde

2 Vgl. Helmuth Pütz: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bonn 1975, S. 87f.

3 Ebd., S. 91.

4 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenz der Landesvorsitzenden (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 17). Bearb. von Brigitte Kaff. Düsseldorf 1991, S. 687f.

5 Vgl. Pütz: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, S. 90.

6 Vgl. ebd., S. 90f.

7 Vgl. Günter Müchler: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis. München 1976, S. 52f.

8 Vgl. ebd., S. 58f.

deshalb maßgeblich von der Arbeitsgemeinschaft der CDU und CSU organisiert.⁹

Nach der Konstituierung des Deutschen Bundestages am 7. September 1949 und der Bildung der ersten Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer am 15. September 1949 genügte das Frankfurter Sekretariat den Anforderungen nach einer einheitlichen, bundesweiten Parteiführung nicht mehr. Es war vielmehr die Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU, die sich in den Jahren 1949/50 „zur zentralen Schaltstelle der Partei entwickelte“.¹⁰ Auf einer seiner letzten Sitzungen am 20. August 1948 hatte der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft zusammen mit den Vorsitzenden der Landesverbände allerdings noch eine Kommission eingerichtet, die Vorschläge für eine „organisatorische Zusammenfassung der CDU/CSU“ ausarbeiten sollte.¹¹ Dieser Kommission gehörten unter dem Vorsitz von Alois Zimmer¹² noch Heinrich von Brentano, Hugo Scharnberg, Otto Lenz und August Haußleiter an. Im Oktober 1949 griff Zimmer dann das Problem der fehlenden Zentralisierung der CDU wieder auf. Nachdem die staatliche Organisation nun zum Abschluss gekommen sei, so schrieb Zimmer, sei es ein unhaltbarer Zustand, dass „die stärkste Partei des Bundesstaates organisatorisch gegenüber allen anderen Parteien am weitesten zurückgeblieben“ sei.¹³ Da die CSU offenbar keine gemeinsame Partei mit der CDU bilden wolle, wie die Gründung einer eigenen Landesgruppe in der Bundestagsfraktion von CDU und CSU zeige¹⁴, müsse die CDU allein eine föderal aufgebaute Parteiorganisation schaffen. Als Grundlage könne das im August 1948 von der Arbeitsgemeinschaft ausgearbeitete Statut dienen, das er den veränderten Bedingungen angepasst habe. Zimmer bat die Landesverbände darum, das Statut bis Ende Oktober 1949 zu beraten. Eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit könne „eines Tages zu untragbaren und gefährlichen Konsequenzen führen“.¹⁵

9 Vgl. Günter Buchstab: Einleitung, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. VIII.

10 Ebd.

11 Brief Alois Zimmers vom 9. Oktober 1949, in: ACDP 07-001-3204.

12 Alois Zimmer (1896–1973), Jurist, Landrat, MdL Rheinland-Pfalz, Innen- und Sozialminister in Rheinland-Pfalz, MdB. Zu Zimmer allgemein vgl. Abgeordnete in Rheinland-Pfalz 1946–1987. Bearb. von Heidi Mehl-Lippert/Doris Maria Peckhaus. Hg. vom Landtag Rheinland-Pfalz. Koblenz 1991, S. 319f.

13 Brief Alois Zimmers vom 9. Oktober 1949, in: ACDP 07-001-3204.

14 Am 1. September 1949 schlossen sich die CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion zusammen, vgl. Günter Buchstab: Ein parlamentarisches Unikum: die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft, in: Hans-Peter Schwarz (Hg.): Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München 2009, S. 255–274, hier S. 259f.

15 Brief Alois Zimmers vom 9. Oktober 1949, in: ACDP 07-001-3204.

Offenbar hatte der Vorstoß von Zimmer nicht das gewünschte Ergebnis. Auf der Konferenz der Landesgeschäftsführer am 9. November 1949 stand das Thema „Organisationsfragen der Partei“ nämlich erst an dritter Stelle auf der Tagesordnung. Dabei wurde aber nicht über das von Zimmer versandte Statut diskutiert, sondern nur der Wunsch nach engerer Zusammenarbeit der Landesverbände geäußert und festgestellt, dass der Zusammenschluss der CDU auf Bundesebene dringend erforderlich sei.¹⁶ Selbst bei der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden in Königswinter am 27. Februar 1950 war die Gründung der CDU-Bundespartei noch kein Thema. In der offiziellen Pressemitteilung über die Konferenz taucht dieser Punkt gar nicht auf. In der Diskussion hatten allerdings die Vertreter der CDU Badens, Fridolin Heurich und Anton Dichtel, eine Neuorganisation der Partei vorgeschlagen und eine straffere Leitung befürwortet. Adenauer ging auf diesen Vorstoß jedoch nicht ein.¹⁷ Die Unzufriedenheit über die fehlende Parteiorganisation auf Bundesebene reichte allerdings weit über den Landesverband Baden hinaus. Anfang Februar 1950 hatte der Zonenausschuss der CDU für die britische Zone in einer Resolution „die Notwendigkeit intensiver Vertiefung und Belebung der Parteiarbeit“ und den „beschleunigten Zusammenschluss mit den Landesverbänden des Bundesgebietes“ gefordert. Er rief die Landesverbände der amerikanischen und französischen Zone dazu auf, sich mit dem Zonenausschuss der britischen Zone zusammenzuschließen.¹⁸ Wie der Informationsdienst „Union in Deutschland“ (UiD) weiter meldete, habe das Zonensekretariat in Köln schon zu Jahresanfang Maßnahmen eingeleitet, die „dem beschleunigten Aufbau einer Parteiorganisation dienen sollen“.¹⁹ Ebenfalls klagte der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag über Mängel in der Organisation der CDU. In einem Bericht über seine Italienreise im April 1950 hob der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano die schlagkräftige Organisation der Schwesterpartei „Democrazia Cristiana“ in Italien hervor. Der Vorstand beschloss daraufhin, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Vorschläge für eine zentrale Organisation der CDU/CSU ausarbeiten sollte. Zu Mitgliedern der Arbeitsgruppe wurden Friedrich Holzapfel²⁰, Kurt Georg Kiesinger, Franz

16 Vgl. Protokoll der Tagung der Landesgeschäftsführer der CDU/CSU der Westzonen einschließlich Berlins am 9. November 1949 in Frankfurt am Main, ebd.

17 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 693f.

18 Resolution des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone vom 6. Februar 1950, in: ACDP 07-001-3201.

19 Union in Deutschland, Nr. 12, 15. Februar 1950.

20 Siehe zu Holzapfel auch den biographischen Artikel von Christopher Beckmann: Friedrich Holzapfel (1900–1969), in: Historisch-Politische Mitteilungen 12 (2005), S. 129–155.

Josef Strauß, Hugo Scharnberg und Heinrich von Brentano bestimmt.²¹ Das von Alois Zimmer vorgelegte Parteistatut war in der Bundestagsfraktion offenbar noch unbekannt.

Erfolg hatten die Forderungen zur Gründung einer Bundespartei erst, als sich der Mitgründer der CDU und Oberbürgermeister von Siegen, Ernst Bach²², Mitte April 1950 der Sache annahm. Einem Schreiben an Adenauer vom 12. April fügte Bach „Vorschläge zur organisatorischen Zusammenfassung der CDU/CSU in der Bundesrepublik Deutschland“ bei. Danach solle der Bundeskanzler einen Parteitag einberufen, auf dem die bisherige Parteiorganisation zu „einer einheitlichen Bundesorganisation“ zusammengeschlossen werden würde. Außerdem müsse der Parteitag den Parteivorsitzenden und seine Stellvertreter sowie den Parteiausschuss wählen. Der Parteiausschuss wiederum solle die übrigen Mitglieder des Parteivorstands wählen, der die Geschäfte der Partei zu führen hätte.²³ Zwei Tage später legte Bach nochmals nach: Da er eine besondere organisatorische Begabung habe, so ließ er Adenauer wissen, wolle er beim Aufbau der CDU helfen. Er glaube, der CDU „auf organisatorischem Gebiet einige Dienste leisten zu können.“ Falls Adenauer damit einverstanden sei, wäre er bereit, in der CDU „entweder das Amt des Bundesschatzmeisters oder des geschäftsführenden Vorsitzenden zu übernehmen.“ Für das andere der beiden Ämter stehe sein Freund Friedrich Holzapfel zur Verfügung. Notwendig sei jetzt vor allem „die baldmöglichste Einberufung eines außerordentlichen Parteitages für das Bundesgebiet“, um den Aufbau der Bundespartei zu beschließen.²⁴

Die Initiativen Bachs sowie die zahlreichen Klagen über die fehlende Bundesebene der CDU und das Bild der Zerrissenheit, das die Partei bot, führten dazu, dass sich die Konferenz der Landesvorsitzenden dieses Themas annahm. Ende April 1950 lud Bruno Dörpinghaus die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände für den 11. Mai 1950 nach Königswinter ein, um über die Gesamtorganisation der Partei zu beraten.²⁵ Auch Ernst Bach drängte weiter auf die Gründung der CDU-Bundespartei. Am 2. Mai schrieb er an

21 Vgl. Aktennotiz zur Vorstandssitzung am 24. April 1950, in: ACDP 08-001-1501/1.

22 Ernst Bach (1902–1965), Kaufmann, Oberbürgermeister von Siegen, Bundesschatzmeister der CDU. Zu Bach allgemein vgl. Alois Vogel: 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten (Schriftenreihe des Landtags Nordrhein-Westfalen 17). Düsseldorf 2006, S. 126f.

23 Brief von Bach an Adenauer vom 12. April 1950, in: StBKAH 11.03.

24 Brief von Bach an Adenauer vom 14. April 1950, ebd.

25 Vgl. Einladung der AG der CDU/CSU vom 29. April 1950, ACDP 01-247-004/2. Zunächst sollte die Konferenz am 6. Mai 1950 stattfinden, wurde aber dann auf den 11. Mai 1950 verschoben. Punkt 1 der Tagesordnung war die Organisation der Partei auf Bundesebene.

Dörpinghaus, dass er am 11. Mai unbedingt das Referat über die Organisation der Bundespartei halten wolle. Noch im Sommer müssten die Landesverbände von CDU und CSU zu einer Partei zusammenfasst werden. Aller Voraussicht nach werde die CSU aber eigenständig bleiben. Daran dürfe die Gründung einer CDU-Bundespartei aber nicht scheitern. Die Zusammenarbeit mit der CSU könne aber auch in Form einer Arbeitsgemeinschaft erfolgen.²⁶

Konrad Adenauer und die Bundesregierung im Jahr 1950

Im Frühjahr 1950 stand Bundeskanzler Adenauer vor einer äußerst schwierigen Situation: Während die Bundesregierung ständig Angriffen der Opposition, insbesondere der Sozialdemokraten ausgesetzt war, war die Position des Kanzlers alles andere als gefestigt. Wie Adenauer auf der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden am 27. Februar 1950 ausführte, sei die Bundesregierung noch nicht richtig organisiert und schlagkräftig. Auch seine Stellung wäre noch recht schwach. Zudem sei die Zusammenarbeit in der Regierungskoalition nicht immer einfach. In der Außenpolitik könne er durch die Haltung Frankreichs in der Saarfrage sich nicht für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschlands zum Europarat einsetzen und zugleich werde die Aussöhnung mit Frankreich blockiert.²⁷ Wenige Tage später erfüllten sich Adenauers Befürchtungen: Am 3. März 1950 unterzeichneten Frankreich und das Saarland in Paris die sogenannten Saar-Konventionen. Nach Auffassung des Bundeskanzlers fügte dieser Akt den Verständigungsbemühungen zwischen Deutschland und Frankreich schweren Schaden zu und gab den nationalistischen Kreisen in der Bundesrepublik Auftrieb. Zudem war jetzt nicht mehr mit einer Mehrheit im Bundestag für den Beitritt zum Europarat zu rechnen.²⁸ Erst durch den Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950, einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl zu schaffen, erhielt die Westpolitik Adenauers wieder Auftrieb. Der sogenannte Schuman-Plan entsprach nicht nur den von Adenauer „seit langem vertretenen Vorstellungen einer Verflechtung der europäischen Schlüsselindustrien“, sondern musste auch seine Situation hinsichtlich der Saarkonventionen und des Beitritts der Bundesrepublik zum Europarat „außerordentlich erleichtern“.²⁹ Der Stillstand, der die Außenpolitik Adenauers in den ersten Monaten des Jahres 1950 gekennzeichnet hatte, wurde durch die französische Initiative beendet und sie entkräftete zugleich die Argumente der Opposition.

26 Vgl. Brief von Bach an Dörpinghaus vom 2. Mai 1950, in: StBKAH 11.03.

27 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 690–693.

28 Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953. Stuttgart 1965, S. 306f., S. 318.

29 Vgl. ebd., S. 328.

Zu den außenpolitischen Problemen der Bundesrepublik kam zu Anfang des Jahres 1950 noch eine schwierige Wirtschaftslage: Die Produktionskurve ging ab November 1949 deutlich zurück und die Arbeitslosigkeit stieg im Winter 1949/50 an. Die Kapitalknappheit machte sich überall bemerkbar und zur Versorgung der durch die Vertriebenen vergrößerten Bevölkerung mussten in großem Umfang Nahrungsmittel importiert werden.³⁰ Während der Erfolg der von Ludwig Erhard und der CDU propagierten Sozialen Marktwirtschaft noch auf sich warten ließ, schien die SPD mit ihren Forderungen nach stärkeren Eingriffen des Staats in die Wirtschaft Recht zu behalten.³¹ Vor diesem Hintergrund muss die Entscheidung gesehen werden, die Organisation der CDU zu reformieren und eine Bundespartei zu gründen. Dies schien auch deshalb geboten, weil der Partei nicht nur die Wähler, sondern auch die Mitglieder weglichen. Bei den Landtagswahlen 1950 in Schleswig-Holstein und Hessen musste die CDU herbe Verluste hinnehmen. Außerdem war 1950 der Lizenzierungszwang für Parteien weggefallen, was zur Gründung neuer Parteien vor allem im bürgerlichen Lager führte. Seit der Währungsreform 1948 war die Mitgliederentwicklung der CDU deshalb rückläufig. Erst nach dem Erfolg bei der Bundestagswahl 1953 stiegen die Mitgliederzahlen wieder an. Insbesondere in protestantischen Gebieten konnte die CDU nur schwer Fuß fassen und hatte noch lange mit dem Vorurteil zu kämpfen, eine katholische Partei zu sein.³²

Die Saarfrage und die Verhandlungen über den Schuman-Plan wurden aber schon bald von einem anderen außenpolitischen Problem in den Hintergrund gedrängt: der Frage nach einem deutschen Wehrbeitrag. Durch den Überfall nordkoreanischer Truppen auf Südkorea am 25. Juni 1950 wurde die prekäre Sicherheitslage in Mitteleuropa blitzartig deutlich. Angesichts der hochgerüsteten sowjetischen Truppen in der DDR und der paramilitärischen Kasernierten Volkspolizei der ostdeutschen Regierung forderte der Bundeskanzler eine Sicherheitsgarantie der Westmächte für die Bundesrepublik Deutschland und eine Verstärkung der Besatzungstruppen. Seine Gedanken über einen deutschen Wehrbeitrag fasste er in einem Memorandum zusammen, das er ohne Absprache mit dem Bundeskabinett am 30. August 1950 den Alliierten Hohen Kommissaren übergab. Darin sprach er sich für den Aufbau einer Bundespolizei als Gegengewicht zur Kasernierten Volkspolizei und für deutsche Kontingente im Rahmen einer europäischen Armee aus.³³ Innenpolitisch

30 Vgl. Hans Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957. Stuttgart 1981, S. 77f.

31 Vgl. ebd., S. 83f.

32 Vgl. Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 135–137 und Bösch: Die Adenauer-CDU, S. 96–98.

33 Vgl. Adenauer: Erinnerungen, S. 355–359.

schlugen Adenauers Memorandum und seine Bereitschaft zur Aufstellung deutscher Truppen hohe Wellen. Die Sozialdemokraten liefen Sturm gegen einen deutschen Wehrbeitrag. Auch große Teile der Evangelischen Kirche, deren prominentester Vertreter der Adenauer-Kritiker Kirchenpräsident Martin Niemöller³⁴ war, waren dagegen. Im Bundeskabinett trat Innenminister Gustav Heinemann am 9. Oktober 1950 wegen eines grundlegenden Dissenses mit dem Bundeskanzler in dieser Frage sogar zurück. Die Auseinandersetzungen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag bestimmten noch auf Jahre hinaus die innenpolitische Diskussion.³⁵

Von Königswinter nach Goslar

Auf der Tagung der CDU-Landesvorsitzenden in Königswinter am 11. Mai 1950 wurde über die Notwendigkeit zur Gründung einer bundesweiten Parteiorganisation gar nicht mehr diskutiert. In seinem Referat blickte Bundeskanzler Adenauer auf die organisatorische Entwicklung der Union zurück und erklärte, dass sich die nicht gefestigte Organisation mittlerweile politisch störend bemerkbar mache. Der Entschluss, die Partei auf gesamtdeutscher Basis zu organisieren, werde das Ansehen der Partei in Deutschland und Europa stärken.³⁶ Heinrich von Brentano hielt einen Zusammenschluss auf Bundesebene ebenfalls für erforderlich, da die Fraktion jetzt im luftleeren Raum arbeite. Bei seinen Besuchen im Ausland habe er die Wirkung straff organisierter christlicher Parteien kennengelernt.³⁷ Anschließend berichtete Alois Zimmer über die Entstehung des Parteistatuts, das schon 1948 durch den Organisationsausschuss der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU formuliert worden sei. Der von Bach kürzlich vorgelegte Satzungsentwurf sei in der Diskussion als nicht geeignet angesehen worden. Kern der CDU-Bundespartei sollten die Landesverbände sein. Den Vorstellungen Zimmers stimmten die Anwesenden einmütig zu.³⁸ In der folgenden Diskussion über den Aufbau der Bundespartei forderte Jakob Kaiser, dass „der deutsche Osten“ unbe-

34 Emil Gustav Martin Niemöller (1892–1984), ev. Theologe, Mitglied der Bekennenden Kirche, Kirchenpräsident von Hessen und Nassau. Vgl. Artikel von Carsten Nicolaisen: Niemöller, Emil Gustav Martin, in: *Neue Deutsche Biographie* 19 (1998), S. 239–241, Onlinefassung: www.deutsche-biographie.de/sfz71923.html (Zugriff: 14. März 2011). Niemöller gehörte von Beginn an zu den schärfsten Kritikern von Adenauers Politik und insbesondere der Wiederbewaffnung, gegen die er heftig polemisierte. Vgl. Hans-Peter Schwarz: *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*. Stuttgart 1986, S. 771f.

35 Vgl. ebd., S. 771–774.

36 Vgl. *Die Unionsparteien 1946–1950*, S. 694f.

37 Vgl. ebd., S. 695.

38 Vgl. ebd., S. 696.

dingt in den Führungsgremien vertreten sein müsse. Auch diesem Vorschlag wurde zugestimmt.³⁹ Auf Anregung von Brentanos wurde beschlossen, die Parteivorsitzenden durch den Bundesparteitag wählen zu lassen und die übrigen Vorstandsmitglieder durch den Hauptausschuss.⁴⁰ Der Frankfurter Heinrich Lünendonk forderte, schon jetzt einen vorläufigen Vorstand zu wählen. Parteivorsitzender solle Adenauer werden. Die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände verständigten sich darauf, den Parteitag im Herbst abzuhalten. Für die weiteren Arbeiten und die Verhandlungen mit der CSU wurde ein Ausschuss eingesetzt. Ihm gehörten Ernst Bach, Friedrich Holzapfel, Anton Hilbert, Heinrich Lünendonk, Walther Schreiber, Rudolf Vogel, Helene Weber und Alois Zimmer an. Zum vorläufigen CDU-Vorsitzenden wurde einstimmig Konrad Adenauer gewählt.⁴¹

Noch am gleichen Tage trat der Arbeitsausschuss bzw. vorbereitende Ausschuss unter dem Vorsitz von Zimmer zu seiner ersten Sitzung zusammen und verabschiedete das „Statut der CDU Deutschlands“, das schon am 17. Mai 1950 an die Landesverbände verschickt wurde. Nach diesem Statut gliedert sich die CDU in Landesverbände. Ihre Organe sind der Bundesparteitag, der Parteiausschuss und der Vorstand. Der Bundesparteitag wählt den Bundesvorsitzenden und drei Stellvertreter, während die sieben weiteren Vorstandsmitglieder vom Parteiausschuss gewählt werden. Der Parteiausschuss wiederum wird aus dem Vorstand, den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen sowie Delegierten der Landesverbände gebildet.⁴²

Gleich nach dem Zusammenschluss der CDU-Landesverbände ging die Auseinandersetzung um Ämter los. Es war wieder Bach, der Adenauer daran erinnerte, dass er bereit sei, das „Amt des Reichsschatzmeisters“ zu übernehmen. Robert Pferdmeiges sei mit dieser Regelung einverstanden. Außerdem forderte er den Bundeskanzler auf, sich über seine Stellvertreter als Parteivorsitzender klar zu werden. Es sollte je ein Parteifreund aus Nord- und Süddeutschland und aus Berlin sein. Für Norddeutschland schlage er Friedrich Holzapfel vor. Der Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, Carl Schröter, komme für dieses Amt ebenso wenig in Frage wie der Vorsitzende von Hannover, Günther Gereke.⁴³

39 Ebd.

40 Vgl. ebd., S. 697.

41 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 697f.

42 Vgl. ebd., Anlage 3, S. 703–705 sowie Günter Buchstab: Einleitung, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. IX. Ein Protokoll dieser Sitzung liegt nicht vor.

43 Brief von Bach an Adenauer vom 24. Mai 1950, in: StBKAH 11.03. Dass Bach Friedrich Holzapfel für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden vorschlug, verwundert nicht: Zum einen gehörte Holzapfel damals zu den prominenten und einflussreichen Spitzenpolitikern der CDU und zum anderen sollte der Protestant Holzapfel im Parteivorstand

Neben den Personalfragen war auch der Austragungsort des Parteitages noch ungeklärt. Als erster Interessent meldete sich der Oberbürgermeister von Heidelberg, Hugo Swart, der am 22. Juni diesbezüglich an den vorbereitenden Ausschuss schrieb. Heidelberg gehöre zu den wenigen Städten, die „einen wirklich reibungslosen Ablauf eines großen, mehrere Tage dauernden Parteitages garantieren“ könne. Die Verkehrslage der Stadt sei „die beste in ganz Deutschland“, und Heidelberg und seine Umgebung böten vielfältige Erholungsmöglichkeiten.⁴⁴

Wenig später befasste sich auch der vorbereitende Ausschuss mit dem Ort des Parteitages. Wie Zimmer dem Parteivorsitzenden am 15. Juli 1950 mitteilte, sei für die Abhaltung des Parteitages „der Ort sehr wichtig“. Falls Adenauer diesbezüglich Wünsche habe, möge er sie mitteilen. Für weitere Beratungen, habe er den vorbereitenden Ausschuss sowie drei Vertreter der CSU am 21. Juli 1950 zu einer Sitzung eingeladen.⁴⁵

Gleich zu Beginn dieser Sitzung, die von Zimmer im Auftrag Adenauers geleitet wurde, berichtete er über einen Anruf des Berliner Landesverbandes, den Parteitag doch in Berlin durchzuführen. Neben Berlin und Heidelberg seien als Tagungsorte für den Bundesparteitag auch noch Mainz und Stuttgart vorgeschlagen worden. Aus „politischen Gründen“ sahen die Ausschussmitglieder Berlin als den „gegebenen Tagungsort“ an. Starke Bedenken wurden allerdings wegen der mit Berlin verbundenen organisatorischen Probleme erhoben. Falls der Parteitag nicht in Berlin abgehalten werden könne, müsse auf jeden Fall der nächste Bundesparteitag dort stattfinden. Nach der Diskussion über das Parteistatut wurde der Ablauf des Parteitages angesprochen.⁴⁶

Noch am gleichen Tag informierte Zimmer Adenauer über die Sitzung. Der Ausschuss sei der Ansicht, dass der Parteitag „unter allen Umständen noch in diesem Jahr stattfinden“ müsse. Als mögliche Tagungsorte kämen

ein Gegengewicht zu dem Katholiken Adenauer bilden. Außerdem kam Holzapfel aus dem mitgliederstarken Landesverband Westfalen, der ohnehin Anspruch auf einen Platz im Parteivorstand hatte. Nicht zuletzt hatte Holzapfel als ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und stellvertretender Vorsitzender CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen großen Anteil an den bisherigen Erfolgen der CDU. Vgl. Beckmann: Friedrich Holzapfel, S. 146–151.

44 Brief des Oberbürgermeisters von Heidelberg an den vorbereitenden Ausschuss vom 22. Juni 1950, in: ACDP 01-009-010/1.

45 Brief von Zimmer an Adenauer vom 15. Juli 1950, in: StBKAH 10.03. Zunächst sollten der vorbereitende Ausschuss und die Konferenz der Landesvorsitzenden schon am 3. Juli 1950 tagen. Da an diesem Termin viele Teilnehmer verhindert waren, wurden die Sitzungen auf den 21. Juli 1950 verschoben. Vgl. Union in Deutschland, Nr. 50, 1. Juli 1950 und Nr. 51, 5. Juli 1950.

46 Vgl. Protokoll der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses am 21. Juli 1950, in: ACDP 07-001-3204.

Heidelberg, Berlin und vielleicht noch Mainz in Frage. Gegen Berlin seien viele Bedenken geäußert worden, weshalb Heidelberg „die meisten Sympathien“ habe. Schließlich müsse noch über die Beteiligung der CSU an dem Parteitag entschieden werden.⁴⁷

In seiner Antwort sprach sich der Bundeskanzler eindeutig gegen Berlin als Tagungsort aus: „Wie sollen die Leute denn nach Berlin kommen?“ Es komme nur Heidelberg in Frage. Hinsichtlich der Referenten solle nicht auf aktive Politiker zurückgegriffen werden, damit sich die Referate „über das übliche Tagesniveau erheben und grundsätzlicher Natur“ seien. Was die Beteiligung der CSU angehe, so solle Zimmer mit ihr Kontakt aufnehmen.⁴⁸

Dass der Bundeskanzler inzwischen die Notwendigkeit zur Neuorganisation der CDU erkannt hatte und auf eine starke Bundespartei drängte, zeigt sein Brief vom 24. Juli 1950. Aus seinem Urlaubsort im Schwarzwald beklagte er sich bei Zimmer über den Zustand der CDU. Sie sei „sehr schnell aus verschiedenartigsten Elementen entstanden“. Mittlerweile trete die „einheitliche weltanschauliche Grundlage“ immer mehr zurück. Die Landesverbände beanspruchten eine „zu große Selbständigkeit“, und auch die Bundestagsfraktion marschiere „ganz selbständig“. Insgesamt biete die CDU „viel zu wenig das Bild einer großen, geschlossenen Partei“. Deshalb sei eine stärkere Zentralisation unbedingt erforderlich. Er bat Zimmer, diesen Dingen bei den Beratungen des Parteistatuts „besondere Aufmerksamkeit“ zu widmen. Auch müssten die Vereinigungen „in engere Verbindung mit der Gesamtleitung gebracht werden“.⁴⁹

Auf der Sitzung der CDU-Landesvorsitzenden am 31. Juli 1950 in Königswinter wurden die Planungen für den Parteitag dann weiter vorangetrieben. Unmittelbar vor der Sitzung tagte noch der vorbereitende Ausschuss, der ausführlich über das Parteistatut beriet. Aus Zeitmangel wurde die Organisation des Parteitages nur kurz angesprochen.⁵⁰ Auch die Landesvorsitzenden diskutierten zunächst das Statut. Dabei wurde der Bundesparteiausschuss um den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und fünf Vertreter für die Gebiete jenseits von Oder und Neiße erweitert. Auch der Bundespartei Vorstand wurde um die Person des Schatzmeisters vergrößert. Auf Vorschlag von Alois Zimmer, der die Sitzung für den verhin-

47 Brief von Zimmer an Adenauer vom 21. Juli 1950, in: StBKAH 10.03.

48 Brief von Adenauer an Zimmer vom 26. Juli 1950, ebd; Abdruck in: Adenauer. Briefe 1949–1951. Bearb. von Hans Peter Mensing. Berlin 1985, S. 257.

49 Brief von Adenauer an Zimmer vom 24. Juli 1950, ebd; Abdruck ebd.

50 Vgl. Sitzung des Organisationsausschusses der CDU am 31. Juli 1950, in: ACDP 07-001-3204. Rudolf Vogel schlug im Auftrag der CDU Nordwürttemberg in der Sitzung noch Stuttgart als Tagungsort für den Parteitag vor.

derten Parteivorsitzenden leitete, sprach sich eine große Mehrheit für den 20.–22. Oktober 1950 als Termin für den Parteitag aus. Hinsichtlich des Tagungsortes schlug Zimmer vor, zuerst nur über Berlin abzustimmen. Daraufhin wiesen die anwesenden „Berliner“ Jakob Kaiser, Walther Schreiber und Ferdinand Friedensburg auf die große Wirkung eines Parteitages in Berlin hin. In der folgenden Abstimmung konnte sich Berlin durchsetzen. Als Zimmer danach erklärte, Adenauer habe sich eindeutig gegen Berlin ausgesprochen, fing die Diskussion wieder an. In einer zweiten Abstimmung wurde dann das erste Abstimmungsergebnis wieder aufgehoben. Es wurde beschlossen, zuerst mit Adenauer Rücksprache zu halten und erst dann den Tagungsort festzulegen.⁵¹

Um die Vorstellungen Adenauers zur Organisation der Partei und zum Parteitag zu erfahren, ließ sich Alois Zimmer Anfang August einen Termin im Kanzleramt geben.⁵² Zu der Besprechung brachte Zimmer offenbar einen von Ernst Bach ausgearbeiteten konkreten Ablaufplan für den Parteitag mit, dem Adenauer mit einer Ausnahme zustimmte.⁵³ Nach dem von Bach entworfenen Plan sollte der Bundesparteitag der CDU am Freitag, dem 20. Oktober 1950, um 19.30 Uhr mit einem Begrüßungsabend beginnen. Weiterer Programmpunkt an diesem Abend war eine Festrede des Parteivorsitzenden zum Thema „Deutschlands Stellung und Aufgaben in der Welt“. Die eigentliche Delegiertentagung sollte am Samstag, dem 21. Oktober 1950, um 9.00 Uhr durch Adenauer eröffnet werden. Anschließend war die Wahl des Parteivorsitzenden und der Stellvertreter vorgesehen sowie die Beratung und Annahme des Parteistatuts. Um 14.00 Uhr sollte eine Sitzung des Parteiausschusses stattfinden, um die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder durchzuführen. Gegen 16.00 Uhr würde der Parteitag dann mit Referaten zum geschichtlichen und kulturellen Auftrag der CDU fortgesetzt werden. Am Sonntag, dem 22. Oktober 1950, sah der Plan um 8.00 Uhr Gottesdienste beider Konfessionen vor. Gegen 10.00 Uhr sollten wieder Referate folgen: am Vormittag zum sozialen Auftrag der CDU und am Nachmittag zum Thema

51 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 707–717. Zum Statut siehe ebd., S. 719–721. In der ersten Abstimmung erhielt Berlin zehn Stimmen bei drei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen. In der folgenden Abstimmung stimmten sieben für und fünf gegen die Aufhebung der ersten Abstimmung bei zwei Enthaltungen. – Wie der UiD daraufhin berichtete, habe sich die Mehrheit der Landesvorsitzenden für Berlin ausgesprochen. Eine endgültige Entscheidung werde aber erst von der nächsten Konferenz getroffen. Vgl. Union in Deutschland, Nr. 60, 5. August 1950.

52 Vgl. Brief Zimmers an das Bundeskanzleramt vom 9. August 1950, in: StBKAH 10.03.

53 Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 17. August 1950, in: StBKAH 11.03. „Dr. Zimmer teilt mir heute mit, daß Sie mit meiner Aufstellung über den 1. Parteitag einverstanden sind.“

„Die CDU und die Wirtschaft“. Eine öffentliche Abschlusskundgebung war für 19.30 Uhr geplant. Dabei sollten der Parteivorsitzende und seine Stellvertreter sprechen.⁵⁴

Weil über den Ort des Parteitages immer noch nicht entschieden war, versuchten sowohl Heidelberg als auch Berlin für sich zu werben. So wandte sich der Vorsitzende der CDU Badens, Anton Heurich, am 10. Juli 1950 an Adenauer und teilte mit, dass der Landesausschuss der CDU Baden den Vorschlag der Kreisverbände Heidelberg unterstützen würde, den Bundesparteitag in Heidelberg abzuhalten.⁵⁵ Mitte August 1950 wiesen nochmals die CDU-Vorsitzenden der Kreise Heidelberg-Stadt und -Land sowie der Vorsitzende der Jungen Union Heidelberg in einem Rundschreiben an die CDU darauf hin, dass Heidelberg „durch seine historische Vergangenheit“, seine „günstige, zentrale Lage“ und durch „seine Unzerstörtheit“ „auch den stärksten Anforderungen gewachsen“ sei und deshalb als Tagungsort für den ersten Bundesparteitag gewählt werden sollte. Obwohl sicher wichtige politische Gründe für Berlin sprechen würden, seien doch auch Punkte zu beachten, „denen die Stadt Berlin in der gegenwärtigen Situation wohl kaum gewachsen ist.“⁵⁶ In einer umfangreichen Erwiderung setzte sich der stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin, Ferdinand Friedensburg, mit den Argumenten der Heidelberger auseinander. Die Union habe sich klar zur gesamtdeutschen Aufgabe bekannt, so Friedensburg. Diesem Ziel entspreche aber nicht „das peripher gelegene Heidelberg“, sondern allein Berlin „als Bollwerk und Schlüsselpunkt der gesamtdeutschen Entwicklung“. In Berlin könne die CDU damit rechnen, dass der Parteitag von tausenden Männern und Frauen besucht werde und Hunderttausende daran Anteil nehmen würden. Außerdem verfüge die Stadt über eine ausgeprägte Presselandschaft. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 3. Dezember 1950 könne die Wahlchancen der CDU nichts „besser beeinflussen als die Abhaltung eines Parteitages“. Er könne natürlich keine unzerstörte Stadt in Aussicht stellen, aber eine anspruchsvolle politische Bewegung, sollte „sich nicht in das Idyll von gestern begeben, sondern die harte, nüchterne Gegenwart aufsuchen, um sich mit ihr auseinanderzusetzen“.⁵⁷

54 Vgl. ebd., Anlage. Vermutlich wurde der Ablauf des Bundesparteitages bei einer Sitzung des vorbereitenden Ausschusses am 23. August 1950 im Bundeskanzleramt weiter beraten. Ein Protokoll von dieser Sitzung liegt nicht vor. Vgl. Einladung der AG der CDU/CSU vom 16. August 1950, in: ACDP 01-009-010/1.

55 Vgl. Brief von Heurich an Adenauer vom 10. Juli 1950, ebd.

56 Brief der CDU-Heidelberg vom 17. August 1950, in: ACDP 03-002-150/3.

57 Brief von Friedensburg an die CDU in Heidelberg vom 24. August 1950, in: ACDP 03-007-001/1.

Da die Planungen für den Parteitag stockten und Dörpinghaus wegen eines Autounfalls längere Zeit ausfiel, fragte Adenauer Ende August 1950 etwas ratlos bei Zimmer an, was nun zu tun sei. Bis zum Parteitag bleibe nicht mehr viel Zeit und er mache sich Sorgen.⁵⁸ In seiner Antwort schrieb Zimmer, es sei notwendig, jetzt Ort und Termin⁵⁹ festzulegen. Beides könnten nur die Landesvorsitzenden bestimmen. Was den Tagungsort angehe, so käme es auf die süddeutschen Landesverbände an, ob deren Delegierten auch wirklich nach Berlin fahren würden. Allerdings müsse der Parteitag keine machtvollere Demonstration nach außen sein, sondern sollte eher einen harmonischen Verlauf haben. Die weiteren Vorbereitungen des Parteitages sollte ein kleines Gremium übernehmen, wofür sich der vorbereitende Ausschuss anbieten würde.⁶⁰

Die Entscheidung für Goslar

Einen großen Fortschritt für die Vorbereitung des Parteitages bedeutete die Konferenz der Landesvorsitzenden am 11. September 1950. Unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers wurde in erster Linie die Organisation des Bundesparteitages beraten. Nach einem kurzen Lagebericht wandte sich Adenauer dem Parteitag zu. Er solle der Besinnung auf die ideologischen Grundlagen der Partei dienen. Die Verhältnisse in einigen Landesverbänden erforderten es, alle Kräfte zusammenzufassen und ein weiteres Auseinanderleben der Partei zu verhindern. Er sei in ernster Sorge um die CDU. Hinsichtlich des Tagungsortes habe er zwar großes Verständnis für Berlin, doch sei die Partei im Moment zu zersplittert, um dort einen geschlossenen Eindruck zu machen. Der Landesverband Rheinland erklärte daraufhin, er sehe sich nicht in der Lage, Delegierte nach Berlin zu schicken. Auch Hessen sprach sich gegen Berlin und für Heidelberg oder Mainz aus. Für den Landesverband Hannover machte Adolf Cillien den Vorschlag, den Parteitag in der Nähe der Zonengrenze zu veranstalten, z. B. in Goslar. Nachdem Jakob Kaiser nochmals für Berlin geworben hatte, sprach sich der Landesverband Rheinland-Pfalz gegen Berlin aus. In der folgenden Abstimmung stimmten acht Landesverbände gegen und fünf für Berlin.⁶¹ Da offenbar keiner der bisher vorgeschlagenen Orte mehrheitsfähig war, entwickelte sich in der Debatte „die Stimmung immer stärker für Goslar“. Schließlich stimmten die Landesvorsitzenden mit 11 zu 3 Stimmen bei ei-

58 Vgl. Brief von Adenauer an Zimmer vom 28. August 1950, in: StBKAH 10.04.

59 Offenbar war Zimmer entfallen, dass als Termin schon der 20.–22. Oktober festgelegt worden war.

60 Vgl. Brief von Zimmer an Adenauer vom 5. September 1950, in: StBKAH 10.04.

61 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 723–727.

ner Enthaltung für Goslar. Als Termin des Parteitages wurde der 20. bis 22. Oktober 1950 beibehalten. Um die weiteren Vorbereitungen zu klären, wurde eine technische Kommission gebildet, der Alois Zimmer, Ernst Bach, Otto Fricke, Ewald Samsche, Heinz Lubbers und Peter Müllenbach angehörten. Bei der Beratung des Programms wurde der von Ernst Bach vorgelegte Ablauf ohne größere Diskussionen mit einer Änderung akzeptiert.⁶² Zur Frage der Referenten gab es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Während sich Adenauer gegen aktive Politiker aussprach, meinten u. a. Josef Hermann Dufhues und Anton Hilbert, die Delegierten wollten aktive Politiker hören. Als Kompromiss einigte man sich darauf, sowohl Wissenschaftler als auch Politiker sprechen zu lassen. Außerdem sollte das Programm noch um Referate über „den deutschen Osten“ und „die junge Generation“ ergänzt werden. Zur weiteren Ausarbeitung des Programms wurde ein Ausschuss eingesetzt, dem Heinrich von Brentano, Jakob Kaiser, Josef Hermann Dufhues, Paul Bausch, Georg Strickrodt und Margarete Gröwel angehörten. Als erster Sitzungstermin des Ausschusses wurde der 14. September 1950 in Bonn festgelegt. Die technische Kommission tagte erstmals am 18. September in Goslar.⁶³

Nach den Sitzungen der am 11. September in Königswinter eingerichteten Ausschüsse nahm der Parteitag immer konkretere Formen an. In einem Rundschreiben an die Landesverbände unterrichtete die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU über das Treffen der technischen Kommission am 17. September 1950 in Goslar und forderte die Landesverbände auf, die stimmberechtigten Delegierten zu wählen und die nichtstimmberechtigten Delegierten zu benennen. Dem Schreiben war ein Anmeldeformular für die Teilnehmer des Parteitages beigefügt.⁶⁴ Wie im UiD über den Ortstermin der technischen Kommission zu lesen war, sei man der Überzeugung, „Goslar werde ein idealer Tagungsort sein“. Die Kommission plane mit 450 Delegierten sowie rund 500 weiteren Teilnehmern. Die organisatorische Zentrale solle das Hotel Achtermann sein. Der Parteitag selbst werde im nahegelegenen Odeon-Theater stattfinden, das rund 1.200 Personen Platz biete. Im näheren Umkreis stünden darüber hinaus noch weitere Besprechungsräume zur Verfügung. Insgesamt seien in Goslar „ideale Voraussetzungen für einen reibungslosen Verlauf der Arbeit“ gegeben.⁶⁵

62 Vgl. ebd., S. 727f. Die von Bach vorgesehene Diskussion der Leitsätze der CDU wurde gestrichen. Zur Wahl Goslars hat vermutlich auch die gute Bekanntschaft Adenauers mit dem aus Goslar stammenden niedersächsischen Wirtschaftsminister Otto Fricke beigetragen. Vgl. Rolf Zick: Die CDU in Niedersachsen. Eine Chronik. Sankt Augustin 2009, S. 58f.

63 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 730–732.

64 Vgl. Brief der AG der CDU/CSU vom 19. September 1950, in: ACDP 03-007-001/1.

65 Union in Deutschland, Nr. 75, 27. September 1950.

In einem weiteren Rundschreiben vom 21. September 1950 informierte die Arbeitsgemeinschaft die Landesverbände über die Einrichtung von neun Arbeitskreisen für den Bundesparteitag. Es waren Arbeitskreise für Frauen, die Junge Union, für Kulturpolitik, Soziales, Wirtschaft, Landwirtschaft, die Kommunalpolitische Vereinigung, den öffentlichen Dienst und für Presse, Rundfunk und Film vorgesehen. Mit gleicher Post erhielten die Landesverbände einen Programmentwurf.⁶⁶

Um das Programm für den ersten Bundesparteitag und das Parteistatut abschließend zu beraten und vor allem um die Zusammensetzung des Parteivorstands zu klären, regte Bach in einem Brief an Adenauer an, doch am 6. Oktober 1950 nochmals eine Sitzung der Landesvorsitzenden einzuberufen. Da Adenauer sicher zum Parteivorsitzenden gewählt werde, müsse er jetzt schon überlegen, mit wem er als Stellvertreter zusammenarbeiten wolle. Bach schlug dafür Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser und Adolf Süsterhenn vor. Aus Baden oder Württemberg komme wohl niemand für diese Posten in Frage, aus Hessen vielleicht noch Werner Hilpert. Er könne sich aber nicht vorstellen, dass Adenauer mit Hilpert einverstanden sei. Falls Adenauer wünsche, dass er das Amt des Schatzmeisters übernehme, dann müsse er ihn auch vorschlagen. Damit die Wahl des Parteivorstandes reibungslos verlaufe, müsse Adenauer bald die notwendigen Gespräche mit den Landesvorsitzenden führen.⁶⁷

66 Brief der AG der CDU/CSU vom 21. September 1950, in: ACDP 03-007-001/1. Nach dem Programmentwurf würde der erste Bundesparteitag am 20. Oktober 1950 um 17.00 Uhr mit einer Sitzung der Landesvorsitzenden und der Konstituierung der Arbeitskreise beginnen. Um 19.30 Uhr würde der Parteitag im Odeon-Theater in Goslar offiziell eröffnet werden. Anschließend sollte Bundeskanzler Adenauer eine Festansprache zum Thema „Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“ halten. Um 22.00 Uhr fände noch ein Presseempfang im Hotel Achtermann statt. Am 21. Oktober 1950 würde um 9.00 Uhr die eigentliche Delegiertentagung beginnen. Zuerst fände die Wahl des Parteipräsidiums statt sowie die Wahl des Parteivorsitzenden und seiner drei Stellvertreter. Im Anschluss würde das Parteistatut angenommen. Um 11.00 Uhr sollte ein Referat über „Den geschichtlichen Auftrag der CDU“ folgen. In der Mittagspause sollte der Parteiausschuss tagen, um die übrigen Vorstandsmitglieder zu wählen. Ab 15.00 Uhr würden weitere Referate zum kulturellen Auftrag der CDU, über die junge Generation und über Europa folgen. Der Parteitag würde dann um 22.00 Uhr mit einem geselligen Beisammensein enden. Wegen der Gottesdienste sollte der Parteitag am 22. Oktober 1950 erst um 11.00 Uhr mit einem Referat über den sozialen Auftrag der CDU beginnen. Danach um 15.00 Uhr sei ein Referat zum Thema „Die CDU und die Wirtschaft“ vorgesehen. Um 19.30 Uhr käme die öffentliche Schlusskundgebung. Der Parteivorsitzende und seine Stellvertreter sollten dabei über „Deutschland und der deutsche Osten“ sprechen. – Später wurden noch Arbeitskreise für Vertriebene, Kriegssopfer und Berufssoldaten gebildet. Vgl. Brief der AG der CDU/CSU vom 10. Oktober 1950, ebd.

67 Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 27. September 1950, in: StBKAH 11.03. Zu dieser Zeit waren noch drei stellvertretende Parteivorsitzende vorgesehen. Offenbar hatte Bach mit seinem Schreiben keinen Erfolg, denn am 10. Oktober 1950 wandte er sich nochmals an den Bundeskanzler. Er bat um ein Gespräch, um die Zusammensetzung des Partei-

Anstatt der von Bach vorgeschlagenen Konferenz der Landesvorsitzenden fanden am 6. Oktober 1950 Sitzungen des vorbereitenden Ausschusses, der technischen Kommission und des Programmausschusses statt. Wie der Vorsitzende Zimmer zu Beginn der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses berichtete, seien zahlreiche Schreiben von der Partei eingegangen, die „um Berücksichtigung ihrer Vertreter im demnächstigen Parteivorstand bäten“. Er forderte die Ausschussmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass der „Bundesvorstand der CDU zu einer Gesamtrepräsentation der Partei“ werde und nicht zu einer Versammlung von Interessenvertretern. Laut Parteistatut entschieden allein der Parteitag und der Parteiausschuss über die Zusammensetzung des Bundesvorstands. Danach diskutierte der Ausschuss die noch offenen Fragen hinsichtlich des Parteistatuts. Die letzte Fassung des Statuts wurde den Landesvorsitzenden zur endgültigen Genehmigung zugeschickt.

Am Nachmittag stand dann das Parteitagsprogramm im Mittelpunkt der Beratungen. Dabei drängte Zimmer darauf, sofort die Rednerliste festzulegen. Wie Dörpinghaus ergänzte, habe Bundeskanzler Adenauer vorgeschlagen, zum Grundsatzreferat außer Professor Stier aus Münster noch den Bundestagsabgeordneten Kiesinger sprechen zu lassen. Auch über die Referenten zur Kulturpolitik sollte nochmals nachgedacht werden. Linus Kather warf daraufhin ein, dass die Vertriebenenverbände Bedenken gegen Bundesminister Hans Lukaschek als Redner geäußert hätten. Als Jakob Kaiser den gesamten Programmwurf kritisierte, erklärte Zimmer, es sei der Wunsch Adenauers, sich beim Parteitag den geistigen Grundlagen der CDU zuzuwenden. Heinrich von Brentano pflichtete Zimmer bei und ergänzte, der Bundeskanzler sei mit der Rednerliste im Großen und Ganzen einverstanden. Paul Bausch warf die Frage auf, ob denn Ludwig Erhard sein Referat zur Wirtschaftspolitik auch aus christlicher Sicht halten werde? Darüber habe er mit Erhard bereits gesprochen, bemerkte daraufhin von Brentano. Der Wirtschaftsminister werde die in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllen. Nach intensiver Debatte über die Referenten zum Thema Kulturpolitik einigte sich der Ausschuss darauf, an den vorgesehenen Rednern festzuhalten. Eine weitere Diskussion entspann sich über die Frage von Kaiser, wie denn die Ergebnisse des Parteitages der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Es wurde beschlossen, in Goslar eine Gesamtresolution zu verabschieden. Entschließungen zu Einzelfragen könnten an den Bundesvorstand oder an den Parteiausschuss überwiesen werden.

vorstands zu diskutieren. Wie auf dem Brief vermerkt ist, fand dieses Treffen am 13. Oktober 1950 im Bundeskanzleramt statt. Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 10. Oktober 1950, ebd.

Daraufhin wandte sich der Ausschuss den einzelnen Programmpunkten zu. Als Verantwortliche für den Ablauf des ersten Bundesparteitages und als Verbindungsstelle zu den zwölf Arbeitskreisen wurde abschließend eine kleine Kommission gebildet, der Heinrich von Brentano, Georg Strickrodt und Ernst Bach angehörten.⁶⁸

Letzte Planungen

Über den endgültigen Ablauf des Bundesparteitages wurde erst auf der Konferenz der Landesvorsitzenden am 13. Oktober 1950 in Königswinter entschieden. Zunächst wurde das Programm beraten. Der gesamte Parteitag mit Ausnahme der Wahlen am Samstagvormittag solle öffentlich sein, so Zimmer. Es sollten Grundsatzreferate gehalten werden, die über die Tagespolitik hinausgingen. Bach stimmte Zimmer zu und schlug vor, den Programmentwurf ohne Diskussion zu beschließen. Adenauer regte an, das Parteistatut am 20. Oktober durch die Landesvorsitzenden unterzeichnen und am nächsten Tag durch die Delegierten bestätigen zu lassen.⁶⁹ Trotz des Hinweises von Bach hatte Adenauer noch einige Änderungswünsche. So sollte das Referat von Professor Hans Erich Stier durch ein Korreferat des Bundestagsabgeordneten Kurt Georg Kiesinger ergänzt werden. Da in der Rednerliste noch eine evangelische Frau fehle, schlage er dafür Luise Rehling vor. Auch zum Thema „Der deutsche Osten“ müsse noch ein evangelischer Referent gefunden werden. Eugen Gerstenmaier falle wegen einer Amerikareise aus und müsse ersetzt werden. Er frage sich außerdem, so Adenauer weiter, ob neben den Bundesministern Erhard und Niklas nicht noch ein weiterer Referent über die Wirtschaftspolitik sprechen solle. Es wurde beschlossen, ein Korreferat von Kiesinger ins Programm aufzunehmen und Frau Rehling zur Kulturpolitik sprechen zu lassen. An Stelle von Gerstenmaier sollte Robert Tillmanns das Referat halten.⁷⁰

Daraufhin wandten sich die Landesvorsitzenden der Besetzung des Bundesvorstands zu. Wie Heinrich Lünendonk erklärte, gäbe es doch gar keinen Zweifel, dass nur Konrad Adenauer als Parteivorsitzender in Frage komme. Diesem Vorschlag stimmte die Konferenz zu. Danach gab Zimmer einen schematischen Überblick über die Verteilung der Vorstandsmitglieder auf die einzelnen Landesverbände entsprechend der Wahlerfolge und Mitgliederzahlen. Demnach erhielten Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ein Vorstandsmitglied und einen Stellvertreter. Auch auf Hannover,

68 Vgl. Protokoll der Sitzung des vorbereitenden Ausschusses am 6. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-3205.

69 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 734–736.

70 Vgl. ebd., S. 736–739.

Braunschweig und Oldenburg entfielen ein Vorstandsmitglied und ein Stellvertreter. Rheinland-Pfalz, Hessen und der Südwesten würden je ein Vorstandsmitglied und einen Stellvertreter erhalten. Für Nordrhein-Westfalen sei neben Adenauer noch ein weiteres Vorstandsmitglied, ein Stellvertreter und Schatzmeister Bach vorgesehen. Auf Vorschlag von Ernst Bach wurde nun Jakob Kaiser zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Die Forderung von Linus Kather nach einem eigenen Vertreter der Vertriebenenverbände im Parteivorstand wurde von Heinrich Krone zurückgewiesen. Schließlich vertrete auch Kaiser nicht nur Berlin, sondern zudem die Sozialausschüsse und die SBZ.⁷¹

Der Bundeskanzler, der die Konferenz mittlerweile verlassen hatte, kehrte jetzt zurück und griff die Frage nach den Referenten zur Wirtschaftspolitik wieder auf. Er berichtete über sein Gespräch mit Erhard, der unbedingt auf dem Parteitag sprechen wolle. Daraufhin wurde die Rednerliste zum Thema Wirtschaftspolitik genehmigt. Weiter beschlossen die Landesvorsitzenden, Kather zum Vertriebenenproblem sprechen zu lassen. Für das Thema „Deutschland und der deutsche Osten“ wurde noch ein evangelischer Vertriebener benannt. Als die Konferenzteilnehmer wieder zu den Personalfragen zurückkehrten, schlug Anton Hilbert Kurt Georg Kiesinger als stellvertretenden Parteivorsitzenden vor. Hugo Scharnberg unterstützte diesen Vorstoß und sprach sich für Kiesinger und Holzapfel aus. Adenauer, der sich zunächst für seine Nominierung bedankte, wies auf seine große Belastung als Bundeskanzler hin. Er brauche deshalb „eine junge frische Kraft“ an seiner Seite. Holzapfel habe sich „zu sehr von der Arbeit der Partei distanziert.“ Es müsse eine Frau im engeren Vorstand mitarbeiten, und die Jugend werde durch Kiesinger vertreten. Er könne „gleichzeitig Vorstandsmitglied und Hauptgeschäftsführer werden.“ Als Frauenvertreterin sei Margarete Gröwel „sehr geeignet“. Daraufhin warf Bach ein, die norddeutschen Landesverbände hätten sich bereits auf Holzapfel geeinigt. Wer fungiere als Hauptgeschäftsführer, wenn Kiesinger und Holzapfel stellvertretende Parteivorsitzende würden, fragte Adenauer zurück. Es müsse auf die konfessionelle Parität geachtet werden. Lünendonk unterstützte dieses Argument und schlug vor, vier Stellvertreter zu wählen.

71 Vgl. ebd., S. 739f. An der Wahl von Jakob Kaiser zum stellvertretenden CDU-Vorsitzenden führte kaum ein Weg vorbei: Als CDU-Gründer und ehemaliger Vorsitzender der CDU in der SBZ sowie als Minister für gesamtdeutsche Fragen, Vorsitzender der Sozialausschüsse der Union und der Exil-CDU gehörte er zu den prominentesten Köpfen der Union. Allerdings war Kaiser, der Repräsentant des linken CDU-Flügels, in vielen politischen Fragen ein Gegenspieler Adenauers. Besonders in der Saarfrage und in der Europapolitik vertrat er eine ganz andere Auffassung als der Bundeskanzler. Vgl. Christian Hacke: Jakob Kaiser, in: Torsten Oppland (Hg.): Deutsche Politiker 1949–1969. Bd. 1. Darmstadt 1999, S. 55–57.

Hessen sei sowohl für Kiesinger wie für Holzapfel. Bei zwei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern sei es schwierig, die Kompetenzen abzugrenzen, gab Krone zu bedenken. Bach sprach sich gegen einen Hauptgeschäftsführer aus, der zugleich stellvertretender Parteivorsitzender sei. Der Geschäftsführer „müsse sich der Organisation widmen“. Da auf ihn selbst nicht zu zählen sei, so Adenauer, brauche er eine echte Entlastung – eben einen politischen Generalsekretär. Dieser solle auch sein Stellvertreter sein. Bach erklärte, nach dem Parteistatut werde der Bundesgeschäftsführer vom Vorstand bestellt. Dann solle einer der vorgeschlagenen Herren Stellvertreter werden und der andere Generalsekretär, warf nun Johannes Albers ein. Diesem Vorschlag schloss sich Bach an. Es könnten dann statt drei nur zwei stellvertretende Parteivorsitzende gewählt werden. Der Generalsekretär müsse „seine ganze Kraft der Partei zur Verfügung stellen“, erklärte Adenauer. Holzapfel sei aber durch seinen Privatberuf „zu sehr in Anspruch genommen“. Von Zimmer wurde nun vorgeschlagen, das Parteistatut dahingehend zu ändern, dass der Parteitag nur den Parteivorsitzenden und zwei Stellvertreter wählen solle. Der Parteiausschuss solle dann die übrigen Vorstandsmitglieder, den Schatzmeister und den Generalsekretär wählen. Als stellvertretende Vorsitzende wurden daraufhin Kaiser und Holzapfel nominiert. Das Amt des Generalsekretärs sollte Kiesinger und das des Schatzmeisters Bach übernehmen.⁷²

In einer längeren Diskussion wurden dann die übrigen Vorstandsmitglieder benannt. Statt der ursprünglich vorgesehenen sieben nominierten die Landesvorsitzenden zehn Vorstandsmitglieder. Das Parteistatut wurde dementsprechend geändert. Der Parteitag wählte jetzt nur noch zwei stellvertretende Parteivorsitzende. Vom Parteiausschuss sollten ein geschäftsführender Generalsekretär, der Schatzmeister und zehn weitere Vorstandsmitglieder gewählt werden. Das Statut sollte endgültig durch die Landesvorsitzenden am 20. Oktober 1950 verabschiedet werden. Schließlich beschloss die Konferenz noch, dass Heinrich von Brentano, Ernst Bach und Georg Strickrodt als permanentes Komitee für den Parteitag verantwortlich sein sollten.⁷³

72 Die Unionsparteien 1946–1950, S. 741–744. Zur Diskussion um Kiesinger und das Amt des Bundesgeschäftsführers siehe auch Kurt Georg Kiesinger: *Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958*. Stuttgart 1989, S. 402f.

73 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 745f. Als Vorstandsmitglieder wurden nominiert: für Hessen Werner Hilpert als Mitglied und Heinrich Lünendonk als Vertreter; für Württemberg als Mitglied Wilhelm Simpfendörfer und als Vertreter Rudolf Vogel; Anton Hilbert als Mitglied und Anton Dichtel als Vertreter für Baden; für Rheinland-Pfalz Alois Zimmer als Mitglied sowie als Vertreter ein Protestant; Georg Strickrodt als Mitglied und Adolf Cillien als Vertreter für Niedersachsen. Weil Nordrhein-Westfalen schon den Parteivorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden stellte, wurde mit Johannes Albers nur noch ein Vertreter benannt. Berlin sollte durch Walther Schreiber als Mitglied und Heinrich Krone als Vertreter repräsentiert werden. Hamburg, Schleswig-Holstein und Bre-

Die Ergebnisse der Konferenz vom 13. Oktober 1950 – insbesondere die Personalentscheidungen – stellten Zimmer nicht zufrieden. Bereits einen Tag später schrieb er dem Bundeskanzler, er habe wegen der gestrigen Beschlüsse „erhebliche Bedenken“. Von den 15 Vorstandsmitgliedern seien acht Mitglieder der Bundestagsfraktion – darunter der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter und der Generalsekretär. Er sehe darin „eine Gefährdung der wahren Aufgabe des Bundespartei Vorstandes“. Auch beim Parteiausschuss bestehe die Gefahr, dass „die Bundestagsfraktion zu stark zur Geltung“ komme. Aus ideellen Gründen sei er außerdem nicht mit einem Gehalt für den Generalsekretär einverstanden. Kiesinger sei schließlich Bundestagsabgeordneter. Er habe diese Bedenken gestern nicht geäußert, weil das Ergebnis der Konferenz „im Ganzen nicht schlecht und besser als gar keines“ sei.⁷⁴

Auch der Bundeskanzler war mit den getroffenen Beschlüssen nicht ganz einverstanden und kritisierte die große Zahl von Bundestagsabgeordneten im Parteivorstand. Er wunderte sich, dass ausgerechnet der Fraktionsvorsitzende von Brentano nicht nominiert worden sei. Dessen Anwesenheit sei aber unbedingt erforderlich. Die Bedenken hinsichtlich der Bezahlung des Generalsekretärs teilte er hingegen nicht. Wie Adenauer Zimmer weiter mitteilte, sei Dörpinghaus über die Personalentscheidungen sehr verstimmt.⁷⁵

Tatsächlich bewarb sich Bruno Dörpinghaus für das Amt des Bundeschatzmeisters der CDU, was bei Ernst Bach zu großer Beunruhigung führte. Adenauer habe doch ihn gebeten, dieses Amt zu übernehmen, schrieb er dem Bundeskanzler. Außerdem sei er einstimmig gewählt worden. Das Amt des Schatzmeisters könne nur eine ehrenamtliche Aufgabe sein und bei einer Wahl von Dörpinghaus würde sich außerdem die konfessionelle Verteilung im Parteivorstand zugunsten der Katholiken verschieben. Adenauer möge ihm bitte umgehend mitteilen, ob er noch sein Vertrauen habe oder ob ihm Dörpinghaus als Schatzmeister lieber sei.⁷⁶

Die Klärung der noch offenen Fragen und die abschließende Beratung des Parteistatuts erfolgten erst am Vorabend des ersten Bundesparteitagess auf der Konferenz der Landesvorsitzenden am 20. Oktober 1950 in Goslar.

men durch Ewald Samsche als Mitglied und Carl Schröter als Vertreter. Für die Frauen wurde als Mitglied Margarete Gröwel nominiert und Anne Marie Heiler als Vertreterin. Josef Hermann Dufhues wurde für die Jungen Union als Mitglied benannt. Ein Vertreter war nicht vorgesehen. Die Vertriebenen sollten durch Linus Kather als Mitglied und Hermann Eplée als Vertreter repräsentiert werden. Zum endgültigen Programm des ersten Bundesparteitagess vgl. Union in Deutschland, Nr. 80, 14. Oktober 1950 sowie Einladung zum ersten Bundesparteitag, in: ACDP 01-009-010/1.

74 Brief von Zimmer an Adenauer vom 14. Oktober 1950, in: StBKAH 10.04.

75 Vgl. Brief von Adenauer an Zimmer vom 18. Oktober 1950, ebd.

76 Vgl. Brief von Bach an Adenauer vom 17. Oktober 1950, in: StBKAH 11.03.

Nach der Begrüßung durch Adenauer machte Zimmer einige Ausführungen zum Verhalten der Delegierten: Da Goslar in der Nähe der Zonengrenze liege, sei bei Gesprächen Vorsicht geboten und es solle unbedingt auf die Disziplin geachtet werden. Er ging dann auf das Statut ein und empfahl den Landesvorsitzenden, den jüngsten Änderungen zuzustimmen. Für den Parteivorstand seien Adenauer als Vorsitzender und Kaiser sowie Holzapfel als Stellvertreter nominiert worden. Generalsekretär und geschäftsführendes Vorstandsmitglied solle Kiesinger werden und Bach Schatzmeister. Bei den übrigen Vorstandsmitgliedern sei es noch zu kleinen Änderungen gekommen: Bei Baden sei nun Dichtel das Vorstandsmitglied und Hilbert der Vertreter. Ebenso hätten Schröter und Samsche bei Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen die Plätze getauscht. Zusätzlich sollte noch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag in den Vorstand aufgenommen werden. Der bisherige Generalsekretär Dörpinghaus werde weiterhin die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU leiten sowie Sonderaufträge des Parteivorstands erhalten. Adenauer würdigte die Arbeit von Dörpinghaus ausdrücklich. Auf seine Bitte hin nahmen die Teilnehmer der Konferenz das vorliegende Statut an.⁷⁷ Auf die Frage von Johannes Albers, ob die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden gleichberechtigt seien, erwiderte Adenauer, aus konfessionellen Gründen sollte zunächst Holzapfel und dann Kaiser genannt werden. Mit dieser Regelung waren auch Kaiser und Holzapfel einverstanden. Nach längerer Debatte verständigten sich die Landesvorsitzenden auf die übrigen Vorstandsmitglieder.⁷⁸

Danach wurden die Mitglieder des Präsidiums des Parteitages nominiert: Adolf Cillien, Ernst Lemmer, Alois Zimmer, Otto Fricke und Paula Doell. Der ebenfalls genannte Johannes Gronowski lehnte wegen seiner Schwerhörigkeit ab. Außerdem wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, der Heinrich von Brentano, Ernst Bach, Georg Strickrodt, Adolf Süsterhenn und Robert Tillmanns angehörten. Zum Schluss erläuterte Zimmer noch die Arbeit der eingerichteten Arbeitskreise. In ihnen sollten jene Debatten stattfinden, die im Plenum aus Zeitmangel nicht geführt werden könnten. Außerdem sollten sie

77 Vgl. Die Unionsparteien 1946–1950, S. 748f.

78 Das Ergebnis der Diskussion sah folgendermaßen aus: Anton Dichtel als Mitglied und Fridolin Heurich als Vertreter; Margarete Gröwel als Mitglied und Anne Marie Heiler als Vertreterin; Werner Hilpert als Mitglied und Heinrich Lünendonk als Vertreter; Linus Kather als Mitglied und Oskar Wackerzapp als Vertreter; Ernst Majonica als Mitglied für die Junge Union und Johannes Albers als Vertreter; Walther Schreiber als Mitglied und Robert Tillmanns als Vertreter; Carl Schröter als Mitglied und Ewald Samsche als Vertreter; Wilhelm Simpfendorfer als Mitglied und Rudolf Vogel als Vertreter; Georg Strickrodt als Mitglied und Adolf Cillien als Vertreter; Alois Zimmer als Mitglied und ein noch zu benennender Vertreter sowie Kurt Georg Kiesinger und Heinrich von Brentano als Mitglieder. Vgl. ebd., S. 749f.

die Bildung der Bundesfachausschüsse vorbereiten und bei der Formulierung der Schlussresolution des Parteitages mithelfen. Bevor dann die Vorsitzenden der 15 Landesverbände der CDU einschließlich Berlins sowie der Exil-CDU und der Vereinigung für die Mitglieder aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße einzeln das Parteistatut unterzeichneten, dankte Adenauer ausdrücklich Alois Zimmer für die geleistete Arbeit.⁷⁹

Bevor nun der Parteitag geschildert wird, sollen zuerst die Bedingungen beschrieben werden, unter denen die Tagung in Goslar stattfand.

Goslar und der erste Bundesparteitag der CDU

Die Stadt hatte sich für die Tagung extra herausgeputzt. Vor den öffentlichen Gebäuden waren Fahnen aufgezo- gen. Auf dem Weg vom Bahnhof zum nahe gelegenen Hotel Achtermann, in dem das Tagungsbüro untergebracht war, wehten die Fahnen der deutschen Länder sowie der Länder in der DDR und der ehemaligen preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße.⁸⁰ Die Delegierten waren nach Landesverbänden getrennt in verschiedenen Hotels in Goslar, Hahnenklee, Bad Harzburg und Oker untergebracht. Die Veranstaltungen des Parteitages fanden alle im Odeon-Theater in Goslar statt.⁸¹ Der 1899 unter dem Namen „Röttgers Kaisersaal“ eingeweihte Theaterbau war erst von 1947 bis 1949 umfassend renoviert worden.⁸² Die Bühne des Odeon-Theaters zierte in goldener Schrift das Motto des Parteitages „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Darüber war noch ein großes grün-weißes „Europa-E“ angebracht.⁸³ Zusammen mit den Tagungsunterlagen erhielt jeder Delegierte einen Stadtplan von Goslar sowie eine Broschüre, in der die wichtigsten Sehenswürdigkeiten vorgestellt wurden. Außerdem wurden extra für den Parteitag am Samstag, Sonntag und Montag Stadtführungen zum Preis von 50 Pfennig angeboten. Für alle Delegierten, die noch am Montag in Goslar bleiben konnten, fanden kleine bzw. große Harzrundfahrten für drei bzw. fünf DM statt. Außerdem stand noch eine Fahrt zum Steinberg mit Blick auf Goslar und einem Nachmittagskaffee für eine DM auf dem Programm.⁸⁴ Die führenden CDU-Politiker wurden von der Stadt Goslar am Sonntagmittag zu einem offiziellen Empfang in den Huldigungssaal des Rathauses eingeladen. Nach

79 Vgl. ebd., S. 751f.

80 Vgl. Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Hg.): Erster Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Goslar, 20.–22. Oktober 1950. Bonn 1950, S. 9.

81 Vgl. Einladungsheft zum ersten Bundesparteitag, in: ACDP 01-009-010/1.

82 Vgl. www.odeon-theater.de/theater/geschichte (Zugriff: 17. Dezember 2010).

83 Vgl. CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 9.

84 Vgl. die Tagungsunterlagen von Bruno Dörpinghaus, in: ACDP 01-009-010/1.

der Begrüßung durch Oberbürgermeister Pfaffendorf stellte Archivdirektor Bruchmann die Geschichte Goslars vor und zeigte einige Prunkstücke aus dem städtischen Archiv.⁸⁵

Der erste Bundesparteitag der CDU: Freitag, 20. Oktober 1950

Bei der offiziellen Eröffnung des Parteitages am 20. Oktober 1950 war das Odeon-Theater mit 386 Delegierten und rund 600 Gästen bis auf den letzten Platz gefüllt. Adolf Cillien, der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, begrüßte die Delegierten und Gäste und grüßte die „Brüder und Schwestern dort in Mitteldeutschland“ aus Goslar, „nahe der blutenden Wunde Deutschlands“. Die Wahl Goslars sei auch Beleg dafür, dass „das Schicksal der Vertriebenen und die Not der in ihrer Arbeit gefährdeten von uns nicht vergessen wird“. Ausdrücklich hieß Cillien die Vertreter verschiedener christdemokratischer Parteien aus den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien, der Schweiz und Österreich sowie die Parteifreunde der CSU aus Bayern herzlich willkommen. Weiter begrüßte er die Bundesminister Storch, Erhard, Lukaschek, Lehr, Kaiser und Niklas sowie die Ministerpräsidenten Arnold, Altmeier und Bartram. Auf die Begrüßung von Bundeskanzler Adenauer folgte „stürmischer, lang anhaltender Beifall“. Abschließend forderte Cillien die Delegierten auf, die dritte Strophe des Deutschlandliedes anzustimmen.⁸⁶ Dies war keineswegs selbstverständlich, da die Bundesrepublik Deutschland 1950 noch keine Nationalhymne hatte. Erst im April/Mai 1952 verständigten sich Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss darauf, das Deutschlandlied von Hoffmann von Fallersleben zur Nationalhymne zu erklären.⁸⁷

In der Eröffnungsansprache zum Thema „Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“ erklärte Adenauer, die jetzige Situation sei gekennzeichnet durch den Antagonismus zwischen Sowjetrussland und seinen Satellitenstaaten einerseits und den USA mit ihren Verbündeten andererseits. Dazwischen liege die Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr müsse es für jeden Deutschen eine Erleichterung sein, dass die Westmächte ihre Truppen in Deutschland verstärken würden. Deutschland müsse einen Damm gegen das Einsickern sowjetrussischer Ideen aufrichten und die Menschheit darüber aufklären, was jenseits des Eisernen Vorhangs vor sich gehe. Das christliche Gedankengut der CDU sei eine große Hilfe beim Kampf gegen den „Bolschewismus“. Zu einem möglichen deutschen Beitrag

⁸⁵ Vgl. Goslarsche Zeitung, 23. Oktober 1950.

⁸⁶ CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 9–11.

⁸⁷ Vgl. Hans Hattenhauer: Deutsche Nationalsymbole. Geschichte und Bedeutung. 4. Aufl. München 2006, S. 103f.

zur Verteidigung Europas erklärte Adenauer, dass er für „die Beteiligung eines deutschen Kontingents in einer europäischen Armee sei“. Durch seine Behauptungen, die Bundesregierung betreibe die Remilitarisierung Deutschlands mit allen Mitteln, habe Pastor Martin Niemöller dem deutschen Volke schwersten Schaden zugefügt.⁸⁸ Es könne doch nicht der Wille Gottes sein, „unser Vaterland und Westeuropa der Herrschaft des antichristlichen Bolschewismus“ tatenlos zu überlassen. Er sei der festen Überzeugung, so der Kanzler, dass es keinen neuen Krieg geben werde, wenn Russland eine gleichwertige Macht gegenüberstehe. Zum Schluss bekannte sich Adenauer noch zum großen Ziel der „Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“, die man auch erreichen werde.⁸⁹

Der erste Bundesparteitag der CDU: Samstag, 21. Oktober 1950

Der zweite Tag in Goslar begann mit der Verabschiedung des neuen Parteistatuts. In einer kurzen Ansprache erklärte Konrad Adenauer, die Landesvorsitzenden wollten das Statut von den Delegierten genehmigen lassen. Mit dem Statut trete „nunmehr die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ins Leben“. Das enge Verhältnis zur CSU, zu der „kein Unterschied“ bestehe, bleibe natürlich erhalten. Heute zeige sich außerdem, dass in der CDU die beiden christliche Bekenntnisse Deutschlands „Hand in Hand gehen und arbeiten“ würden.⁹⁰ Durch Aufstehen von den Sitzen wurde das Parteistatut danach von den Delegierten mit „großer Geschlossenheit und Einmütigkeit“ angenommen.⁹¹ Anschließend fand die Wahl des Parteivorsitzenden und der Stellvertreter statt. Einzige Kandidaten für diese Ämter waren Konrad Adenauer, Friedrich Holzapfel und Jakob Kaiser. Wie Zimmer erklärte, würden sie mit gutem Gewissen als oberste Spitze der CDU vorgeschlagen. Ergänzend fügte Bach hinzu, dass mit Kurt Georg Kiesinger als geschäftsführendem Vorstandsmitglied auch Süddeutschland in der Parteispitze vertreten sei.

Bei den Vorstandswahlen erhielt Adenauer 302 von 335 Stimmen. Friedrich Holzapfel wurde mit 297 von 342 Stimmen gewählt und auf Jakob Kaiser entfielen 304 von 336 Stimmen.⁹²

88 Kurz vor dem Goslarer Parteitag hatte sich Niemöller mit dem Vorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher, getroffen. In einer Stellungnahme hatten sie der Bundesregierung das Recht abgesprochen, über eine mögliche Wiederbewaffnung zu entscheiden. Vgl. Torsten Oppeland: Adenauers Kritiker aus dem Protestantismus, in: Ulrich von Hehl (Hg.): Adenauer und die Kirchen (Rhöndorfer Gespräche 17). Bonn 1999, S. 137f.

89 CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 11–21.

90 Ebd., S. 22.

91 Vgl. ebd., S. 23.

92 Vgl. ebd., S. 23f.

Mit der Rede von Professor Hans Erich Stier über „Den geschichtlichen Auftrag der CDU“ begann danach die eigentliche „Arbeitstagung“.⁹³ Stier stellte dem sowjetischen Kommunismus mit seiner Nichtachtung der Person die christlich-abendländische Kultur gegenüber, bei der das Individuum im Mittelpunkt stehe. Die Staatsform dieser Kultur sei die Demokratie. Während sich die CDU rückhaltlos zur Demokratie bekenne, schein dies bei der SPD nicht unbedingt der Fall zu sein, da sie für die Planwirtschaft eintrete. Wer aber im wirtschaftlichen Sektor die Allmacht des Staates predige, werde vor dem politischen Sektor nicht haltmachen. Außerdem bekenne sich die SPD nach wie vor zur Revolution. Revolution und Christentum seien aber Gegensätze. Deshalb wandte er sich gegen jede Koalition mit der SPD. Die CDU vereine der feste Glaube, dass allein der Abfall von Gott das deutsche Volk ins Unglück gestürzt habe. Sie sei weder eine Standes- noch eine Wirtschaftspartei, sondern eine Partei der Menschen. Sie sei dazu geeignet, ein Bollwerk gegen den Bolschewismus aufzurichten. Das größte Problem der CDU sei zurzeit ihre gefährliche Selbstüberschätzung. Sie müsse sich bemühen, mit einer Stimme sprechen.⁹⁴

In seinem Korreferat versuchte nun Kurt Georg Kiesinger, die „Theorie“ von Stier in die praktische Politik zu übertragen. Seit ihrer Gründung im Jahre 1945 habe die CDU vom deutschen Volk immer wieder ein Mandat zum Aufbau eines demokratischen Staates auf christlichen Grundsätzen erhalten. Außerdem habe sie die Aufgabe, dass das deutsche Volk sich mit seiner ganzen Kraft gegen die bolschewistische Gefahr aus dem Osten zur Wehr setze. Deshalb müsse die CDU einen Staat aufbauen, der sowohl demokratisch sei als auch die heutigen Probleme bewältigen könne. Als neue Partei, in der alle Stände, alle Konfessionen und alle Interessengruppen vereint sind, habe sie aber die nötige Energie dazu. Er sei der festen Überzeugung, dass die CDU das Vertrauen des deutschen Volkes auch in Zukunft behalten werde.⁹⁵

In der folgenden Mittagspause fand die erste Sitzung des Parteiausschusses statt. Adenauer berichtete zunächst über die Aufstellung der Vorstandsliste durch die Landesvorsitzenden. Eine heftige Diskussion entzündete sich sogleich an der Personalie Kiesinger. Ferdinand Friedensburg bat um eine Vertagung der Wahl, weil Berlin „erhebliche Bedenken“ gegen Kiesinger habe. Wenn er damit auf dessen Vergangenheit anspiele, entgegnete Adenauer, so halte er diese Bedenken nicht für stichhaltig. Kiesinger sei auf Drängen kirch-

93 Siehe zu Stier den biographischen Artikel von Jörg-Dieter Gauger: Hans Erich Stier (1902–1979). Althistoriker, Mitgründer der CDU, Kulturpolitiker, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14 (2007), S. 187–212.

94 Vgl. CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 25–41.

95 Vgl. ebd., S. 42–44 sowie Kiesinger: Dunkle und helle Jahre, S. 402f.

licher Stellen in die NSDAP eingetreten. Später habe er „unter Gefährdung seiner eigenen Sicherheit zahlreiche Menschen vor dem Gefängnis und dem Konzentrationslager, viele sogar vor der Hinrichtung bewahrt“. Von Brentano pflichtete dem Bundeskanzler bei. Kiesinger könne „unersetzliche Dienste für die Partei leisten“. Franz Etzel sprach sich ebenfalls für Kiesinger aus, der „eine der fundiertesten Persönlichkeiten der Fraktion“ sei. Dagegen wandte Johann Baptist Gradl ein, in seinem Amt würde Kiesinger „der allererste politische Repräsentant der Partei“ sein. Deshalb müsse der Eindruck im Ausland und in der Sowjetzone bedacht werden. Das sei doch nicht entscheidend, entgegnete Adenauer. Kiesinger solle in die Partei hinein wirken. Für die Repräsentation nach außen seien er und seine Stellvertreter zuständig. Für den guten Ruf Kiesingers spreche doch, dass er bei der Wahl des Bundestagspräsidenten 55 Stimmen erhalten habe, ohne zu kandidieren. Wenn man die Wahl jetzt vertage, sei man beim nächsten Mal auch nicht klüger. Trotzdem hielt Gradl an seinem Antrag fest. In der folgenden Abstimmung sprach sich die Mehrheit gegen eine Vertagung aus. Allerdings erhielt Kiesinger bei der Wahl zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied nur eine sehr knappe Mehrheit.⁹⁶ Adenauer nannte dieses Ergebnis „unerfreulich“ und schlug vor, eine Kommission aus Zimmer, von Brentano, Schröter, Friedensburg, Gradl und Kiesinger zu bilden, die bis zum nächsten Tag das „Ergebnis aus der Welt“ schaffen solle.

Nachdem noch einige Namen ausgetauscht worden waren, wurden die Vorstandsmitglieder in einem Wahlgang gewählt.⁹⁷ Mit einem großen Lob für die vorbildliche Arbeit von Zimmer und einem Hinweis auf die Verdienste von Dörpinghaus schloss Adenauer dann die Sitzung.⁹⁸

96 Kiesinger erhielt im Parteiausschuss 39 Stimmen, bei 18 Gegenstimmen, 16 Enthaltungen und zwei ungültigen Stimmen sowie einer Stimme für Ernst Lemmer. Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 21. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-019/1. Siehe dazu auch Philipp Gassert: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Stuttgart 2006, S. 248–251.

97 Der erste Parteivorstand der CDU bestand aus Ernst Bach als Schatzmeister, Anton Dichtel als Vorstandsmitglied für Südbaden und Fridolin Heurich als Vertreter für Nordbaden; Margarete Gröwel als Vorstandsmitglied und Anne Marie Heiler als Vertreterin für die Frauen; Werner Hilpert als Vorstandsmitglied und Heinrich Lünendonk als Vertreter für Hessen; für die Vertriebenen Linus Kather als Mitglied und Oskar Wackerzapp als Vertreter; Kurt Georg Kiesinger für Württemberg; Ernst Majonica als Vorstandsmitglied für die Junge Union und Johannes Albers als Vertreter; Wilhelm Simpfendörfer als Mitglied und Albert Sauer als Vertreter für Württemberg; für Berlin Walther Schreiber als Mitglied und Robert Tillmanns als Vertreter; Carl Schröter für Schleswig-Holstein als Mitglied und Ewald Samsche für Hamburg als Vertreter; Georg Strickrodt als Mitglied und Adolf Cillien als Vertreter für Niedersachsen; für Rheinland-Pfalz Alois Zimmer als Mitglied und Adolf Süsterhenn als Vertreter sowie Heinrich von Brentano für die Bundestagsfraktion.

98 Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 21. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-019/1.

Das erste Referat der Nachmittagssitzung wurde von der Staatssekretärin aus Rheinland-Pfalz, Mathilde Gantenberg, über den kulturpolitischen Auftrag der CDU gehalten. Die Kulturpolitik sei „das Herzstück der CDU-Arbeit überhaupt“. Im Augenblick finde eine Auseinandersetzung darüber statt, ob der Mensch nur eine Zahl, ein anonymes Rädchen sei oder ob er ein Individuum, ein lebendiges Glied sei. Die CDU habe dabei die Aufgabe, „das Bewußtsein von dem echten Menschenwesen lebendig zu machen“. Zu ihren Grundsätzen zähle vor allem das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder. Daraus leitete Gantenberg Forderungen zur Reform des Schulwesens ab. Sie warnte davor, aufgrund der aktuellen Not bei der Kultur zu sparen. Faschismus und Bolschewismus setzten für Erziehung, Wissenschaft und Kunst „erhebliche Summen“ ein.⁹⁹

Ebenfalls zur Kulturpolitik der CDU sprach im Anschluss der hessische Kultusminister Erwin Stein. Auch er sah die freie Welt und die demokratische Lebensweise in Gefahr. Trotz vieler Zeichen des Zerfalls gebe es seit der Währungsreform von 1948 doch Grund zum Optimismus. Die wichtigste kulturelle Aufgabe der CDU müssten die Volksbildung und die Jugenderziehung sein, da beide über Geist und Seele der Menschen entscheiden würden. Die CDU trete dafür ein, das Erziehungswesen föderal zu gestalten. Ihre Bemühungen, die Säkularisierung aller Lebensbereiche zu überwinden, seien aber angesichts der modernen Presse-, Rundfunk- und Filmlandschaft zum Scheitern verurteilt. Der „Schmutz und Schund“ in den Medien könne nur durch die Schärfung des Gewissens bekämpft werden. Es sei jetzt notwendig, den eigenen Lebensstil einer Generalrevision zu unterziehen. Je untadeliger das Verhalten der CDU, um so eher werde sie die Jugend und die Wähler für sich gewinnen.¹⁰⁰

Schließlich widmete sich noch die Bundestagsabgeordnete Luise Rehling, unter besonderer Berücksichtigung der Familie, der Kulturpolitik. Sie betonte, die Familie sei für die CDU „der Grundpfeiler der menschlichen Gemeinschaft“. Wer Ehe und Familie nicht mehr als „Schöpfungsordnung Gottes“ betrachte, trage zu ihrem Verfall bei. Indizien für den Verfall der Familie seien die große Zahl der Ehescheidungen und unehelichen Geburten sowie das „unheimliche Anschwellen der Geschlechtskrankheiten“. Jedes Parteimitglied könne durch ein vorbildliches Familienleben dazu beitragen, der Familie „als Urzelle des staatlichen Organismus“ die innere Unabhängigkeit zurückzugeben.¹⁰¹

99 CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 50–56.

100 Vgl. ebd., S. 57–65.

101 Ebd., S. 65–68.

Über „Die junge Generation“ sprach am Nachmittag dann der Vorsitzende der Jungen Union, Josef Hermann Dufhues. Trotz aller Bemühungen stehe die junge Generation dem Staat und den politischen Parteien insgesamt skeptisch gegenüber. Grund dafür seien die Erlebnisse während der NS-Zeit. Um dies zu verändern, müsse zuerst die Not der Jugend überwunden werden. Neben Sofortmaßnahmen forderte Dufhues die Einrichtung eines Bundesjugendwerkes, um die Probleme der Jugend zu studieren und Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Im Namen der Jungen Union forderte er außerdem den Aufbau einer Konrad-Adenauer-Bildungsstätte. Seit ihrer Gründung setze sich die Junge Union für die Verständigung in Europa ein – auch über den Eisernen Vorhang hinweg. Europa sei die große Aufgabe und das Ziel der Jugend. Das freie und geeinte Europa sei in den Herzen der Jugend schon jetzt lebendig.¹⁰²

Als letzter Referent trug um 20.00 Uhr noch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, seine Gedanken über den „europäischen Auftrag der CDU“ vor. Dabei ging es ihm um den Beitrag der Christlichen Demokraten zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Eine unerlässliche Voraussetzung für die Errichtung des neuen Europas sei die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Deshalb wolle man sich an der Arbeit des Europarates beteiligen und „Mitverantwortung für die Gestaltung Europas übernehmen“. Der beste Beitrag „zur Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt“ sei dabei der Wiederaufbau Deutschlands. Die CDU wolle in das neue Europa „ein neues Deutschland einbringen“. Dieses neue Europa solle geprägt sein durch soziale Gerechtigkeit, die menschliche Freiheit und lebendiges Christentum.¹⁰³

Der erste Bundesparteitag der CDU: Sonntag, 22. Oktober 1950

Am Sonntag sah das Programm zunächst Gottesdienste vor – getrennt für evangelische und katholische Christen. Danach eröffnete der Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Josef Gockeln, mit seinem Referat „Der soziale Auftrag der CDU“ wieder den Parteitag. Als Christen wolle man nicht nur das eigene Leben christlich gestalten, sondern auch die Zeit und die Geschichte. Die CDU habe die Überzeugung, dass eine aus christlicher Verantwortung gestaltete Lebensordnung jeder anderen überlegen sei. Mit dem Christentum unauflösbar verbunden sei die Freiheit. Deshalb bestehe die soziale Aufgabe der CDU darin, in der Staats- und Sozialordnung die Freiheit zu sichern. Die CDU

102 Vgl. ebd., S. 69–76.

103 Ebd., S. 86–94.

wolle einen starken Staat, der sich gegenüber allen Interessengruppen behaupten könne. Aus der christlichen Auffassung von der Gesellschaft leitete er noch weitere politische Vorgaben ab: z. B. die Förderung der Berufsorganisationen, die Freiheit im Wirtschaftsleben, die Freiheit der Berufswahl und das Recht auf Privateigentum.¹⁰⁴

Über den sozialen Auftrag der CDU referierte auch der Berliner Bundestagsabgeordnete Robert Tillmanns. Die Kriegszerstörungen und die sozialen Verwerfungen seien nur durch eine neue Sozial- und Wirtschaftsordnung zu beheben. Es sei das Anliegen der CDU, eine Sozialordnung zu entwickeln, die die Würde des Menschen auch gegenüber der technisierten Wirtschaft wahre, die das Verantwortungsbewusstsein des Menschen und der Sozialpartner für die Gemeinschaft fördere und soziale Gerechtigkeit anstrebe. Die CDU favorisiere deshalb die Soziale Marktwirtschaft. Im Unterschied zu anderen Wirtschaftsformen werde in ihr die soziale Wohlfahrt bewusst gewollt. Der Staat habe die Aufgabe, bei falschen Entwicklungen regulierend einzugreifen und die Wohlhabenden an die soziale Verpflichtung des Eigentums zu erinnern.¹⁰⁵

Am Ende der Vormittagssitzung ergriff noch der württembergische Minister Wilhelm Simpfendorfer das Wort. Wegen der Angriffe von Pastor Martin Niemöller gegen den Bundeskanzler hätten die evangelischen Delegierten aller Landesverbände gestern eine Erklärung verfasst. Darin werde festgestellt, dass nur eine Politik aus christlicher Verantwortung, die von allen Konfessionen getragen werde, das deutsche Volk „aus den Nöten der Gegenwart herausführen kann“. Wichtigstes Ziel dieser Politik sei „die Wiedervereinigung Deutschlands in einem geeinten Europa“. Der Weg dahin führe nur über die „wirtschaftliche und soziale Gesundung des freien Deutschlands und seine Sicherung.“ Man unterstütze die Politik von Bundeskanzler Adenauer und der Bundesregierung, die allein berechtigt sei, für ganz Deutschland zu sprechen. Die Erklärungen der evangelischen Kirche, insbesondere von Kirchenpräsident Niemöller aus der letzten Zeit, erfüllten die Delegierten mit „tiefer Sorge“.¹⁰⁶

In der anschließenden Mittagspause trat nochmals der Parteiausschuss zusammen, um die am Vortag offen gebliebene Wahl Kiesingers durchzuführen. Friedensburg berichtete über die Beratungen der von Adenauer eingesetzten Kommission. Diese empfehle dem Parteiausschuss, die Liste der zu wählenden Vorstandsmitglieder – inklusive Kiesinger – en bloc zu wählen. Der Vorstand könne Kiesinger ja mit besonderen Aufträgen betrauen. Eine endgültige

104 Vgl. ebd., S. 95–102.

105 Vgl. ebd., S. 102–107.

106 Ebd., S. 112.

Regelung solle bis zur nächsten Sitzung des Parteiausschusses vertagt werden. Wie bisher solle Zimmer die Organisationsarbeiten weiterführen. Zimmer stimmte diesem Vorschlag zu. Kiesinger könne ihm bei der praktischen Arbeit gut helfen. Wie Friedensburg ergänzte, sei der Vorschlag sorgfältig überlegt worden. Es dürften keinesfalls irgendwelche Titel in der Vorstandsliste auftauchen. Wenn alle Vorstandsmitglieder gleich behandelt würden, sei er damit einverstanden, warf Gradl ein. Unwirsch meinte daraufhin Adenauer, Gradl sei doch gestern damit einverstanden gewesen, Kiesinger Sonderaufträge zu übertragen. Bisher sei die Parteiorganisation nur eine Fassade gewesen. Nun müsse intensive Partearbeit geleistet werden. Offenbar sei der Vorstand mit dem Vorschlag der Kommission einverstanden, so Adenauer weiter, und der Vorstand somit gewählt.¹⁰⁷

Nach der Pause sprach der Vorsitzende des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen, Linus Kather, über „Die CDU und das Vertriebenenproblem“. Er dankte der Bundesregierung, dass sie gegen die Vertreibungen protestiert habe. Auch die alliierten Hohen Kommissare hätten sich diesem Protest angeschlossen. Nicht Hass oder Rache sei das Ziel der Heimatvertriebenen, sondern ein freies und vereintes Europa, in dem sie ihre Heimat zurückerhalten könnten. Die Grundforderungen der Vertriebenen seien in der Charta der Heimatvertriebenen vom August diesen Jahres niedergelegt: das Recht auf Heimat, der Verzicht auf Rache, die Bereitschaft zum Aufbau Deutschlands und Europas, die Forderung nach Lastenausgleich und die Gewährung der vollen Gleichberechtigung. Zu der Charta sollte sich auch die CDU bekennen. Es sei ein Fehler gewesen, die Vertriebenen sich selbst zu überlassen, wie man in Schleswig-Holstein sehen könne. Dort sei der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) bei der Landtagswahl 1950 auf Anhieb in den Landtag eingezogen. Wenn sich an der Lage der Vertriebenen nichts ändere,

107 Vgl. Protokoll der Sitzung des Parteiausschusses am 22. Oktober 1950, in: ACDP 07-001-019/2 sowie Kiesinger: *Dunkle und helle Jahre*, S. 403f. Mit der Entscheidung in Goslar war die Angelegenheit „Kiesinger“ aber nicht endgültig geregelt. Zunächst versuchte Adenauer seinen Kandidaten noch durchzusetzen, indem er den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Gebhard Müller, um einen „Persilschein“ für Kiesinger bat. Bei der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 5. Dezember 1950 wurde das Thema „geschäftsführendes Vorstandsmitglied“ dann vom Vorsitzenden der Jungen Union, Ernst Majonica, angesprochen. Nachdem Ernst Bach und Jakob Kaiser darum gebeten hatten, diesen Punkt vorerst zurückzustellen, erklärte Kiesinger, er habe sich nur auf Bitten des Kanzlers zur Verfügung gestellt. Offenbar werde aber von Teilen der Partei und der Presse gegen ihn gearbeitet. Deshalb bitte er darum, von seiner Berufung abzusehen, da er die Angriffe satt habe. Adenauer, der nun einsah, dass er seinen Kandidaten nicht durchbringen konnte, bat darum, es bei der jetzigen Arbeitsverteilung im Bundesvorstand zu belassen. Vgl. Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. XI–XII und Gassert: Kurt Kiesinger, S. 252–254.

würden sich die Erfolge des BHE fortsetzen. Eindringlich warb Kather deshalb für einen gerechten Lastenausgleich. Als ermutigendes Zeichen wertete er die Tatsache, dass den Vertriebenen im Statut der CDU der Status eines eigenen Landesverbandes zugestanden worden sei.¹⁰⁸

Mit „besonderer Spannung“ wurde der Vortrag von Ludwig Erhard über „Die CDU und die Wirtschaft“ erwartet.¹⁰⁹ Der Bundeswirtschaftsminister zählte zuerst die Erfolge seiner Politik der Sozialen Marktwirtschaft seit 1948 auf. Die Union habe allen Grund, die Folgerichtigkeit ihrer Wirtschaftspolitik herauszustellen. Sie müsse daran festhalten, den Wettbewerb „mit aller Schärfe zur Entfaltung kommen zu lassen“. Erhard war davon überzeugt, dass sich dann alle Schwierigkeiten lösen würden. Die CDU würde sich selbst preisgeben, falls sie „den Boden der sozialen Marktwirtschaft verlassen würde“. Er warnte davor, bei steigenden Aufwendungen – wie etwa einem deutschen Verteidigungsbeitrag – eine Inflation herbeizuführen. Bei Beibehaltung der Sozialen Marktwirtschaft und einer soliden Finanzpolitik werde die Bundesrepublik zweifellos in der Lage sein, einen Beitrag zur europäischen Verteidigung zu leisten.

An die Ausführungen von Ludwig Erhard schloss sich ein Referat von Bundesminister Wilhelm Niklas zur Landwirtschaftspolitik der CDU an. Durch die Teilung Deutschlands stehe heute viel weniger landwirtschaftliche Nutzfläche zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Die Folge seien verstärkte Nahrungsmiteleinfuhren. Die im Sinne der europäischen Idee betriebene enge wirtschaftliche Zusammenarbeit bedeute auch für die Landwirtschaft eine Wohlfahrtsförderung.¹¹⁰

Mit einer öffentlichen Abschlusskundgebung unter dem Motto: „Deutschland und der deutsche Osten“ endete am Sonntagabend der erste Parteitag der CDU. Zu Beginn der Kundgebung wurde eine von den Arbeitskreisen erarbeitete Entschließung angenommen, die mit den Worten beginnt:

„Der 1. Parteitag der CDU Deutschlands hat durch die einmütige Wahl des Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter bewiesen, daß die CDU in den fünf Jahren ihres Bestehens in Ost und West, in Nord und Süd zu einer Einheit zusammengewachsen ist. Uns eint die Überzeugung, daß nur aus christlicher Verantwortung das Leben unseres Volkes und Vaterlandes in demokratischer Ordnung neu gestaltet werden kann.“ Goslar habe gezeigt, dass die CDU geschlossen zusammenstehe. Die Ergebnisse des Parteitages könnten „als Grundlage des zukünftigen Gesamtprogramms der Partei dienen“. In der

108 Vgl. CDU (Hg.): Erster Parteitag, S. 113–124.

109 Vgl. ebd., S. 127–140.

110 Vgl. ebd., S. 140–143.

Entschließung bekennt sich die CDU des Weiteren zu „Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt“, zu Europa, zum „von Gott gegebenen Recht des Menschen auf seine Heimat“ und zur Sozialen Marktwirtschaft. Nach den Grundsätzen des Marshall-Planes sollen die Volkswirtschaften Europas miteinander verbunden werden. In der Grundstoffversorgung müsse dabei der Schuman-Plan Anwendung finden. Der gegenwärtige Ost-West-Konflikt wird als Kampf zur „Rettung der menschlichen Freiheit vor den Gefahren des totalitären Staatszwanges“ gesehen. Die Kulturpolitik sei deshalb für die CDU „ein wesentlicher Bestandteil ihrer gesamten politischen Arbeit“. Ziel müsse die „Erziehung zum deutschen Menschen und guten Europäer“ sein.¹¹¹

Die Abschlusskundgebung wurde von Bundesminister Jakob Kaiser eröffnet. Er ging zunächst auf die Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten und die Lage in der DDR ein und erinnerte an die Gründung der CDU in Berlin und in der SBZ 1945. Er sei der festen Überzeugung, so der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, dass der Wille der deutschen Bevölkerung, die Zone von der kommunistischen Herrschaft zu befreien, eines Tages Erfolg haben werde. Darüber dürften allerdings die Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht vergessen werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auf ganz Deutschland Anwendung finden. Europa könne ohne ein gleichberechtigtes und wiedervereintes Deutschland nicht befriedet werden. Solange der jetzige Zustand andauere, sei es Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, den Tag der Rückkehr vorzubereiten und die Kultur des deutschen Ostens im gesamtdeutschen Bewusstsein zu erhalten.¹¹²

Auf die Probleme der Vertriebenen ging anschließend Bundesminister Hans Lukaschek ein. Es sei für ihn eine besondere Freude, dass die CDU an der Hilfe für die Vertriebenen stets an führender Stelle mitgewirkt habe. Der Staat allein werde nie eine vollständige Eingliederung der Vertriebenen erreichen können. Dazu sei er auf die christliche Opferbereitschaft der eingesessenen Bevölkerung angewiesen. Ein gerechter Lastenausgleich könne allerdings einen wichtigen Beitrag zum sozialen Ausgleich leisten.¹¹³

Schließlich sprach noch der Bundestagsabgeordnete Oskar Wackerzapp über die Einstellung der Vertriebenen zur CDU. Die Umsiedlung der Vertriebenen innerhalb des Bundesgebietes müsse vorangetrieben werden. Erst danach könne der Lastenausgleich seine volle Wirkung entfalten. Damit sich die enttäuschten Vertriebenen bis dahin nicht von der CDU abwenden würden, sollten verschiedene Gesetzesvorhaben vordringlich umgesetzt wer-

111 Ebd., S. 147–149.

112 Vgl. ebd., S. 149–154.

113 Vgl. ebd., S. 154–165.

den. Nur Taten könnten einige Kreise der Vertriebenen vom Abgleiten in den Radikalismus bewahren.¹¹⁴

Mit einem Schlusswort des stellvertretenden Parteivorsitzenden Friedrich Holzapfel endete dann der Parteitag. Zunächst erinnerte er an die spontane Gründung der CDU 1945 und stellte dabei die Verdienste von Andreas Hermes heraus, dem der Bundeskanzler vom Parteitag aus extra ein Grußtelegramm gesandt habe. In der weiteren Entwicklung habe die CDU stets die „maßgebende Verantwortung getragen“. Der Parteitag sei ein Markstein in der Parteigeschichte. Für dessen Durchführung und die Ausarbeitung der Satzung gebühre vor allen anderen Alois Zimmer und Ernst Bach großer Dank. Auch dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Goslar, Otto Fricke, dem Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, Bruno Dörpinghaus, und dem Redakteur des *UiD*, Heinz Lubbers, müsse er danken. Zu guter Letzt gelte sein Dank aber „in ganz besonderem Maße unserem verehrten Ersten Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler Dr. Adenauer (Stürmischer, tosender Beifall, anhaltende Ovationen)“. Der Bundeskanzler habe die schwere Aufgabe, die Trümmer aufzuräumen, die der Nationalsozialismus hinterlassen habe, sowie den Neuaufbau Deutschlands zu gestalten. Das neue Deutschland solle als „gleichwertiges und gleichberechtigtes Glied“ in die europäische Völkerfamilie eingebracht werden, denn „ohne Deutschland gibt es kein Europa!“

Wie schon zu Beginn sangen die Delegierten auch zum Abschluss des Parteitages wieder die dritte Strophe des Deutschlandliedes.¹¹⁵

Adenauer und der erste Parteitag

Ohne Zweifel war Konrad Adenauer die Hauptfigur in Goslar. Wie die „*Neue Zeitung*“ berichtete, habe jedes Erscheinen des Bundeskanzlers „die Grenzen konventioneller Höflichkeit weit überschreitenden Beifall“ ausgelöst. Goslar habe seine Stellung in der CDU gestärkt.¹¹⁶ Sein Amt als Parteivorsitzender habe nie zur Diskussion gestanden, und bei seiner Wahl habe er ein „imponierendes und undiskutierbares Vertrauensvotum“ erhalten. Durch den Parteitag sei einmal mehr deutlich geworden, dass die CDU „die Partei Adenauers ist“.¹¹⁷ Auch die „*Frankfurter Allgemeine Zeitung*“ wertete den Parteitag als „Adenauers Erfolg“. Goslar sei ein politischer Erfolg für den Bundeskanzler gewesen, dem „immer wieder Ovationen entgegengebracht“ worden sei-

114 Vgl. ebd., S. 165–169.

115 Ebd., S. 169–172.

116 *Neue Zeitung*, 26. Oktober 1950.

117 *Neue Zeitung*, 23. Oktober 1950.

en.¹¹⁸ In einem Beitrag für den Deutschland-Union-Dienst (DUD) bezeichnete Adenauer selbst den ersten Bundesparteitag als „Abschluß einer Periode des organisatorischen Wachstums und Beginn einer umfassenden gemeinsamen Arbeit nach föderalistischen Grundsätzen im gesamtdeutschen Raum“. Goslar sei als „Beginn einer strafferen organisatorischen Arbeit“ der CDU sehr zu begrüßen. Die neue äußere Form müsse aber mit dem richtigen Geist gefüllt werden. Es sei deshalb sein Wunsch gewesen, sich wieder auf die Grundsätze und Ideale der CDU zu besinnen, die in den vergangenen Jahren unter dem Druck der Tagespolitik häufig verloren gegangen seien.¹¹⁹ In seinen Erinnerungen erwähnt Adenauer den Parteitag in Goslar allerdings mit keinem Wort. Auch sein Biograph Hans-Peter Schwarz schenkt dem ersten Bundesparteitag keine Beachtung. Dies mag daran liegen, dass der Bundeskanzler neben dem Parteitag, bei dem er nur das Eröffnungsreferat hielt und das Parteistatut vorstellte, noch andere Termine wahrnahm. So besuchte er am Samstag zusammen mit Bundesarbeitsminister Anton Storch und dem ehemaligen niedersächsischen Finanzminister Georg Strickrodt das nahe gelegene Salzgitter. Dort ließ er sich über den Stand der Demontagen informieren und sicherte dem Oberbürgermeister der Stadt die Unterstützung der Bundesregierung zu.¹²⁰ Am Sonntag brach Adenauer nach dem Gottesdienst zu einer kurzen Rundfahrt durch den Harz auf. Direkt im Anschluss nahm er am Empfang des Oberbürgermeisters von Goslar im Rathaus für die Parteispitze der CDU teil.¹²¹

Fazit

Obwohl es schon lange Pläne zur Gründung einer CDU-Bundespartei gab und seit Herbst 1948 auch ein ausgearbeitetes Parteistatut vorlag, fehlte bis zum Frühjahr 1950 der politische Wille, diese Pläne auch umzusetzen. Die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, denen sich die Bundesregierung unter Führung von Konrad Adenauer im März und April 1950 gegenüber sah, gaben dann aller Wahrscheinlichkeit nach den Anstoß, die CDU zu reorganisieren, um die Schlagkräftigkeit der Partei zu erhöhen. Nachdem von den Landesvorsitzenden am 11. Mai 1950 der Beschluss zum bundesweiten Zusammenschluss der CDU ohne die CSU gefasst und Adenauer zum vorläufigen Parteivorsitzenden gewählt worden war, ging es Schlag auf Schlag. Allerdings erschwerte der föderale Charakter der Partei sowohl die Wahl des Tagungsortes als auch die Nominierung der Mitglieder des Parteivorstands,

118 FAZ, 23. Oktober 1950.

119 Deutschland-Union-Dienst, 20. Oktober 1950.

120 Vgl. Goslarsche Zeitung, 23. Oktober 1950.

121 Zum Empfang vgl. ebd.

dessen Zusammensetzung bis zum Beginn des Parteitages immer wieder geändert wurde. Bei den gesamten Vorbereitungen lag das letzte Wort stets bei Adenauer, der auch die entscheidenden Sitzungen leitete. So entschied er u. a., dass der Parteitag eine Arbeitstagung sein solle, um sich auf die Grundlagen der CDU zu besinnen. Außerdem beeinflusste er die Rednerliste und legte das Programm fest. Obwohl Adenauer der unbestrittene Kopf der CDU war, war er noch keineswegs unangefochten, wie die Auseinandersetzungen um die Wahl Kiesingers zum geschäftsführenden Parteivorsitzenden zeigen. Wichtige Vorarbeiten leisteten daneben noch Alois Zimmer und Ernst Bach. So kümmerte sich Zimmer, intensiv um die Ausarbeitung des Parteistatuts und leitete in Abwesenheit des Bundeskanzlers die Konferenzen der Landesvorsitzenden. Außerdem war er Vorsitzender des wichtigen vorbereitenden Ausschusses. Bach hingegen ist der grobe Ablauf des Parteitages zu verdanken und er drängte Adenauer, die Gründung der CDU-Bundespartei endlich anzugehen. Des Weiteren gehörte er der technischen Kommission und der Redaktionskommission in Goslar an.

Alle Referate, die in Goslar gehalten wurden, zeichneten sich dadurch aus, dass sie den Delegierten eindringlich die kommunistische Bedrohung vor Augen hielten, sich für den Neuaufbau Deutschlands auf christlicher Grundlage aussprachen und die Verdienste der CDU beim Wiederaufbau Deutschlands betonten. Breiten Raum nahm auch das Vertriebenenproblem ein. Überschattet wurde die Goslarer Tagung von den Auseinandersetzungen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag. In dieser Frage nahmen neben der SPD auch große Teile der evangelischen Kirche, wie Kirchenpräsident Niemöller, eine ablehnende Haltung ein.¹²² Der insgesamt harmonische Verlauf des Bundesparteitages wurde dadurch jedoch nicht beeinträchtigt.

Der erste Bundesparteitag in Goslar war zweifellos ein Wendepunkt in der Geschichte der CDU: Er beendete die verspätete Konsolidierung der Partei und war der Beginn ihrer gemeinsamen Parteiarbeit auf Bundesebene.¹²³

122 Vgl. Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung.* München 2000, S. 144–146.

123 Vgl. Günter Buchstab: *Einleitung*, in: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“, S. XII.



1. Bundesparteitag der CDU in Goslar 20.–22.10.1950





Odeon-Theater in Goslar

Margot Kalinke und der Wechsel von neun Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei (DP) zur CDU 1960

Dorothea Oelze

Nur noch wenige kennen den Namen Margot Kalinke. Sie widmete ihr Leben der Politik und vertrat ihre Ziele ehrgeizig, wie es für Frauen ihrer Zeit ungewöhnlich war. Sie fügte sich nicht in das Bild der Frau, die, nach getaner Trümmerarbeit, ihren Lebensinhalt darin sah, sich auf die drei „K“s zu beschränken: Kindern, Küche und Kirche. Das Andenken an diese kraftvolle, ungewöhnliche und sicherlich bisweilen auch unbequeme Persönlichkeit ist in Vergessenheit geraten, so dass niemand mehr beim Gedanken an Margot Kalinke die Begriffe Mut, Expertise und Leistungsbereitschaft assoziiert.

Margot Kalinkes Leidenschaft lag in der Politik. Sie gehörte als eine der wenigen Frauen bereits ab 1947 dem Zonenbeirat der britischen Zone an. Ebenfalls 1947 zog sie als eine von nur acht Frauen in den ersten gewählten niedersächsischen Landtag ein. Sie verließ diesen jedoch bereits 1949 – aber nur, um von nun an den Kollegen im Bundestag ‚in die Waden zu beißen‘. Hier investierte sie ihre Energie und Kampfeslust in die Lösung drängender sozialpolitischer Probleme. In ihren Reden trat sie insbesondere für Fragen der Sozial- und Krankenversicherung, der Angestellten- und Frauenpolitik ein.

1960 gehörte Margot Kalinke zu den neun Abgeordneten der Deutschen Partei (DP), die in dieser Partei nunmehr ein funktionsuntüchtiges Konstrukt sahen und in der Konsequenz zur CDU übertraten. Die einschlägige Literatur simplifizierte den Vorgang bislang stark und schloss sich weitgehend der Presseerklärung der DP zum Austritt neun ihrer Bundestagsabgeordneten an. Sie konstatierte, die Übergetretenen hätten aus Angst um ihre Ämter im Bundestag Ausschau „nach einem Rettungsanker bei einer anderen Partei“ gehalten.¹ Die Politik der Bundestagsfraktion habe überhaupt erst zum Richtungsstreit innerhalb der DP geführt. In seiner Folge sei seit Ende 1959 mit einer Spaltung zu rechnen gewesen.² Carl-Wilhelm Reibel führt lediglich aus, die Spaltung sei eine „direkte Konsequenz des Parteitags“ von Heilbronn gewesen.³ Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter belassen es bei dem Hinweis

1 Hermann Meyn: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945. Düsseldorf 1965, S. 60 und S. 69.

2 Vgl. ebd., S. 68.

3 Carl-Wilhelm Reibel: DP. Deutsche Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte

auf die Verhandlungen zwischen DP und FDP, ohne dazu ein Urteil abzugeben.⁴ Die wenigen personenbezogenen Bemerkungen zu diesem Vorgang werden den beiden beteiligten Bundesministern Hans-Christoph Seebohm⁵ und Hans-Joachim von Merkatz⁶ gewidmet.

Die Perspektive der Übergetretenen und insbesondere die Rolle Margot Kalinkes blieben in einschlägigen Werken weitgehend unbeachtet. Dabei erklärte der „Spiegel“ die Spaltung der Fraktion eindeutig zum Werk Kalinkes: Im Artikel „Der Abfall“ wird Kalinke als „Abtrünnigen-Chefin“ und „zielstrebige Chef-Verschwörerin“ bezeichnet, die ihre „Kalinke-Gruppe“ um sich scharte und den Übertritt organisierte.⁷ Darüber hinaus sind zahlreiche Quellen überliefert, in denen die „Abtrünnigen“ ihre Position darlegen. Persönliche und öffentliche Stellungnahmen liegen von Margot Kalinke⁸, Hans-Christoph Seebohm⁹, Hans-Joachim von Merkatz¹⁰ und Willy Steinmetz¹¹ vor.

Mit der Person Kalinkes hat sich die historisch-politische Forschung ebenfalls wenig auseinandergesetzt. Es gibt lediglich zwei Lebensbilder,

Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 12). Bearb. von Oliver Gnad u. a. Düsseldorf 2005, S. 175–218, hier S. 188.

- 4 Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter: Die Mitte, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik (Studien zur Geschichte und Politik 282). Bonn 1990, S. 335–348, hier S. 337. Die ausführliche Arbeit von Ingo Nathusius befasst sich ausschließlich mit der Entwicklung der DP bis 1953. Die Vorgänge um die Spaltung der DP–Bundestagsfraktion finden daher keine Berücksichtigung. Vgl. Ingo Nathusius: Am rechten Rande der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953. Diss. Mainz 1992.
- 5 Hans-Christoph Seebohm (4. August 1903–17. September 1967), 1946–1951 MdL, 1949–1967 MdB, 1946–1948 Landesminister für Aufbau, Arbeit und Gesundheitswesen, 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, DP, 1960 Wechsel zur CDU.
- 6 Hans-Joachim vom Merkatz (7. Juli 1905–25. Februar 1982), 1949–1969 MdB, 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1956–1957 Bundesjustizminister, 1960–1961 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, DP, 1960 Wechsel zur CDU.
- 7 Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 20.
- 8 18-seitiges persönliches Schreiben an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP (Archiv für Christlich-Demokratische Politik) 01-026-002/4.
- 9 Persönliche Stellungnahme: In eigener Sache, 15. August 1960, in: Bundesarchiv (BA) N 1178/5; öffentliche Stellungnahme: Die Entwicklung der DP seit 1953, 1961, in: ACDP 01-026-004/4.
- 10 Hans-Joachim von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5; veröffentlichte Stellungnahme (auch im Namen der anderen Übergetretenen): Unser Weg in die Union, 1960, in: ACDP 01-026-002/4. Die Veröffentlichung „Unser Weg in die Union“ ist auf Initiative der CDU und unter Leitung von Otto Fricke erstellt worden. Es ist eine Art Weißbuch, das den Übertritt der Neuen und deren Aufnahme in die CDU rechtfertigen sollte. Zum Vorgang der Veröffentlichung siehe ACDP 01-148-051/02, -051/03.
- 11 Kurze Stellungnahme, in: ACDP 01-148-051/01. – Willy Steinmetz (20. August 1900–20. Dezember 1969), 1955–1957 MdL, 1957–1969 MdB, DP, seit 1960 CDU.

wobei nur Regine Marquardt eine Persönlichkeits- und Politikanalyse vorlegte.¹²

Wer war Margot Kalinke und welche Position hatte sie in der DP? Welche Entwicklungen führten zur Spaltung der DP im Jahr 1960 und welchen Einfluss nahm Kalinke auf diese? Wie begründeten die neun Bundestagsabgeordneten ihren Übertritt zur CDU und welche Motive lagen Kalinkes persönlicher Entscheidung zu Grunde? Vernachlässigte die einschlägige Literatur mit Margot Kalinke bisher eine Persönlichkeit, die maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der DP und damit auch auf das Parteiensystem der Bundesrepublik nahm und ist dem „Spiegel“ und seiner zeitgenössischen Beurteilung der Rolle von Margot Kalinke zuzustimmen?

Margot Kalinke – Ein Leben als Vollblutpolitikerin

Margot Kalinke wurde am 24. April 1909 in Bratschin im Landkreis Posen geboren.¹³ Sie besuchte in Bromberg, heute Bydgoszcz, das Deutsche Lyzeum und anschließend das dortige Deutsche Privatgymnasium, eine Jungenschule, die nur in Ausnahmefällen Mädchen zum Unterricht zuließ. Sicherlich wurde hier der eine oder andere Charakterzug Margot Kalinkes geprägt, der ihr später das Kompliment Konrad Adenauers¹⁴ einbrachte, mehr wert zu sein als drei Männer.¹⁵ Durchsetzungsfähigkeit, Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit sind sicherlich ebenso in dieser Zeit gereift wie ihre Dominanz und bisweilen scharfe, ja durchdringende Art des Argumentierens.

Nachdem Bromberg im Zuge des Versailler Vertrags Polen zugesprochen worden war, verließ die deutsche Familie Kalinke ihre Heimat und siedelte 1926 nach Niedersachsen über.

Diese Erlebnisse prägten die Persönlichkeit der Politikerin und bestimmten ihre politische Position. Sie setzte sich ein Leben lang für die Belange der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ein, gehörte bis zu ihrem Tod der Landsmannschaft Westpreußen an und zählte 1972 zu den 18

12 Ausführliche Biographien zu Margot Kalinke legten vor: Regine Marquardt: Margot Kalinke (1909–1981). „Mein ‚Ja‘ zur Politik war 1946 ein Bekenntnis zur Mitverantwortung“, in: Dies. (Hg.): Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag (1949–1961). Ausgewählte Biographien. Opladen 1999, S. 253–281 und Hanna Neumeister: „Mehr wert als drei Männer!“ Margot Kalinke (1909–1981), in: Renate Hellwig (Hg.): Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft. Stuttgart u. a. 1984, S. 204–211. – Der schriftliche Nachlass von Margot Kalinke liegt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Bestandssignatur 01-026.

13 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 255f.

14 Konrad Adenauer (5. Januar 1876–19. April 1967), 1949–1967 MdB, 1949–1963 Bundeskanzler, CDU.

15 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 259; vgl. Neumeister: Kalinke, S. 206.

Bundestagsabgeordneten, die gegen die Ostverträge stimmten.¹⁶ Daraus wird ersichtlich, wie wertkonservativ Kalinke ihre Erfahrungen verarbeitete: Sie machte ihre Lebenserfahrungen nicht zur Grundlage einer flexiblen und offenen Weltsicht. Im Gegenteil: Ihre Anforderungen an Staat, Gesellschaft und Personen bemaßen sich an den Werten Sicherheit, Fürsorge, Bewahrung, Zuverlässigkeit und Standfestigkeit. Es galt, die alte Ordnung grundsätzlich zu erhalten, mit gewissen Änderungen innerhalb des Systems jedoch zu Verbesserungen beizutragen. Insofern ist Konservatismus ein Schlagwort, das Kalinkes politische Position, aber auch ihre privaten Beziehungen bestimmte.

1926 wurde Kalinke in der Textilindustrie Goslars angestellt und bald schon zur leitenden Angestellten befördert. Ab 1937 beschäftigte sie sich als Bezirksgeschäftsführerin einer großen Angestelltenkrankenkasse in Hannover und Geschäftsführerin des Verbandes der Angestelltenkrankenkassen, den sie zunächst in Hamburg und dann in Bonn vertrat, aktiv mit sozialwirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen.

In der Weimarer Republik war Kalinke ausschließlich im vorpolitischen Raum aktiv. Ihre Hauptinteressen galten dabei der Stellung der Frau und der sozialen Sicherung der Angestellten. Bereits 1926 war sie dem Verband der Weiblichen Angestellten (VWA) beigetreten. Mit dem Beitritt des VWA zur Deutschen Arbeitsfront (DAF) 1933 verwischen sich allerdings die Spuren ihres politischen Engagements. Sicher ist nur, dass sie nicht aus dem Verband austrat, sondern die Mitgliedschaft der DAF erwarb. Auch war sie seit 1934 Mitglied in der NS-Frauenschaft. Ob sie Mitglied in der NSDAP war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren, zumal Kalinke selbst diesen Zeitraum nie thematisierte und auch keine Quellen dazu hinterließ.

Nach dem Ende des Krieges wurde sie schnell parteipolitisch aktiv. Sie trat 1946 der Niedersächsischen Landespartei (NLP) bei und blieb ihr auch 1947 beim Wandel dieser niedersächsischen Regionalpartei hin zur überregionalen Deutschen Partei treu. Der Anschluss an die NLP lag für Kalinke nah, sah sie doch ihre protestantisch-konservativen Werte in dieser Partei gut vertreten.

In der NLP und später DP erkämpfte sie sich bald Respekt, der vermutlich auf ihre Redebegehung, ungewöhnliche Expertise im Versicherungswesen und Verbindungen zu den christlichen Gewerkschaften zurückging.¹⁷ Kalinkes Position in der DP war offenbar unangefochten, wie ihre Delegation in die wichtigsten politischen Gremien zeigt: 1947 wurde sie als einer von nur zwei Vertretern der DP in den Zonenbeirat, das parlamentsähnliche deutsche Beratungsgremium der britischen Militärregierung, abgeordnet und als

16 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 258f.

17 Vgl. ebd., S. 265f.

Kandidatin für die erste Landtagswahl in Niedersachsen aufgestellt. Die Wahl in den niedersächsischen Landtag glückte, doch gehörte sie dem Landtag nur bis 1949 an. In diesem Jahr zog sie in den Deutschen Bundestag ein, für den sie auf der DP-Landesliste Niedersachsens kandidiert hatte. Kalinke vertrat die DP zunächst von 1949 bis 1953 im Parlament. Zur Bundestagswahl 1953 wurde sie zwar wieder auf der niedersächsischen Landesliste aufgestellt, konnte jedoch auf Grund des katastrophalen Wahlergebnisses von nur 3,3 Prozent für die DP nicht in den Bundestag einziehen. Erst 1955 betrat sie wieder das Bonner Parkett, als Nachrückerin für Heinrich Hellwege¹⁸, der sein Bundestagsmandat aufgab, um die Regierungsverantwortung in Niedersachsen zu übernehmen.

Mit ihrem Wiedereintritt in den Bundestag wurde Kalinkes herausgehobene Stellung in ihrer Partei besonders deutlich: Persönliche Beziehungen, die Mitgliedschaft in wichtigen Parteigremien und der Abgeordnetenstatus machten Kalinke zu einer einflussreichen Persönlichkeit. So pflegte sie insbesondere eine enge Verbindung mit dem Bundesvorsitzenden und niedersächsischen Landesvorsitzenden Heinrich Hellwege. Sie war seine Vertraute und eine seiner ältesten Weggefährten in der NLP/DP. Auch mit Hans-Joachim von Merkatz und Hans-Christoph Seebohm unterhielt sie einen regen Austausch. Daneben war sie Mitglied des Direktoriums, des „bei weitem wichtigsten Gremiums“ der DP, das „in der praktischen Politik tatsächlich den Kurs der DP“ steuerte¹⁹ und von 1955 bis 1960 stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion. Hier trat sie wegen ihrer Fachkompetenz und ihrer rhetorischen Begabung als eine der wenigen „politische[n] Aktivisten“ in Erscheinung.²⁰ In diesen Positionen war sie maßgeblich an der Gestaltung der politischen Linie der DP, insbesondere hinsichtlich ihres sozialpolitischen Programms und der Abstimmung mit dem größeren Koalitionspartner, der Union, beteiligt.

Früh schon erkannte Kalinke, dass die DP mit ihrer Politik in eine Sackgasse steuerte. Sie mahnte wiederholt, die Partei müsse ihr eigenes Profil schärfen. Bald jedoch kam sie zu dem Schluss, die DP könne allein in der engen Zusammenarbeit mit der CDU eine Zukunft haben. Folglich musste sie alle Bestrebungen des mitgliederstärksten und dominierenden niedersächsischen DP-Landesverbandes und auch der DP-Bundespartei ablehnen, die ihr Heil in der Bindung an andere Parteien suchten. Über diese Frage kam es am

18 Heinrich Hellwege (18. August 1908–4. Oktober 1991), 1947–1952 MdL, 1949–1955 MdB, 1949–1955 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats, 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1947–1961 Bundesvorsitzender der DP, 1946–1960 Landesvorsitzender der NLP/DP in Niedersachsen, 1961 Wechsel zur CDU.

19 Meyn: Die Deutsche Partei, S. 104. Zur Konkurrenz von DP-Bundestagsfraktion und Direktorium vgl. ebd., S. 105–107.

20 Nathusius: Am rechten Rande der Union, S. 319.

1. Juli 1960 zum Auseinanderbrechen der DP-Bundestagsfraktion, als neun Abgeordnete, darunter die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kalinke, aus der DP aus- und der CDU beitraten.²¹

Hauptanliegen Kalinkes politischer Tätigkeit war die Sozialpolitik. Diese vertrat sie in Niedersachsen wie auch im Bund; als Abgeordnete der DP, wie auch als Abgeordnete der CDU. Daneben engagierte sie sich, selbst aus ihrer Heimat Posen ausgewiesen und doch keine im engeren Wortsinne „Vertriebene“, als niedersächsische Landtagsabgeordnete besonders für die Vertriebenen und Flüchtlinge.

Im Bund arbeitete sie für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, die über die Verbesserung des Sozialversicherungssystems, also der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Sozial- und Unfallversicherung, erreicht werden sollte. Die Anti-Kommunistin negierte dabei jedoch stets einen egalitären Ansatz: „Nicht allen das Gleiche, sondern jedem das Seine“ ist ein Satz, der von ihr bezüglich der sozialen Gerechtigkeit geprägt wurde.²² Sie wirkte unter anderem bei der Neustrukturierung der Rentenversicherung, beim Aufbau der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und bei der Einführung des Selbstverwaltungsprinzips in den Sozialversicherungen mit.²³

Auch der Frauenpolitik blieb Kalinke ein Leben lang treu. Diese war in der frühen Bundesrepublik vor allem von Diskussionen um den Mutterschutz sowie die Mitarbeit von Frauen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich geprägt.²⁴ Aber auch das große Thema der Gleichberechtigung von Mann und Frau und insbesondere die Berufstätigkeit der Frau standen auf Kalinkes Agenda. Ihr Glaube an die Stärke von Frauen speiste sich hauptsächlich aus ihrem festen Glauben an die Kraft des Individuums, unabhängig vom Geschlecht. Sie trat folglich nicht für einen radikalen Rollenwechsel, sondern für eine grundsätzliche Öffnung der Gesellschaft ein, die Frauen Zutritt zu neuen Verantwortungsbereichen ermöglichen sollte. Zwar vermied sie dadurch einen Gegensatz mit der konservativen Grundhaltung der DP, respektive der CDU. Es hat sie jedoch nicht davor bewahrt, eine Einzelkämpferin auf diesem Gebiet zu sein. Von Seiten der – überwiegend männlichen – Fraktionskollegen und Parteifreunde erhielt sie nur wenig Unterstützung für frauenpolitische

21 Wie später noch zu zeigen sein wird, trifft es jedoch nicht zu, dass Kalinke und ihre Weggefährten „mit offenen Armen“ in der CDU aufgenommen wurden. Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 271.

22 Ebd., S. 268.

23 Vgl. Neumeister: Kalinke, S. 207.

24 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 268f.

Anliegen.²⁵ Aus diesem Grund versuchte sie später über die Frauenvereinigung der CDU, die sie einige Jahre in Niedersachsen leitete, Einfluss auf die Politik der CDU zu nehmen.

Kalinkes Politikstil war geprägt von Offenheit, Mut und Klarheit. Insofern mag man Konrad Adenauers Ausspruch beipflichten: Ihr Verhältnis zur Macht war klar und eindeutig und damit männlicher als das der meisten ihrer Zeitgenossinnen.²⁶ Sie erklärte ihre Position in zahllosen temperamentvollen Bundestagsreden und ließ sich dabei nicht in eine Parteischablone einfügen. Verpflichtet war sie nur ihrem eigenen Gewissen, und sie scheute sich nicht, die eigene Position über Parteigrenzen hinweg zu verteidigen. Mit welcher Konsequenz sie diese Position vertrat, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass sie 1960 den Absprung von der DP wagte, einer Partei, in der sie keinen Raum mehr sah, ihr politisches Programm weiter zu verfolgen.

Auch im vopolitischen Raum widmete sich Kalinke nach 1945 weiterhin dem Sozialversicherungswesen und der Frauenpolitik. Von 1949 bis 1969 war sie Vorsitzende des Hauptausschusses des VWA, der nach 1945 wieder seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Daneben war sie langjährig in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, im Verband der Privaten Krankenversicherungen und als Bundessozialrichterin tätig.²⁷ Darüber hinaus vertrat sie ihre Position in zahlreichen publizierten Artikeln und Aufsätzen.²⁸

Wie häufig bei politisch aktiven Frauen der frühen Bundesrepublik, blieb Kalinke Zeit ihres Lebens Jungesellin. Sie verkörperte jedoch alles andere als das Bild einer „verbitterten alten Jungfer“, sondern war im privaten Rahmen eine lebensfrohe und gesellige Person. In ihrer knappen Freizeit ging sie ihrer zweiten, für Frauen ungewöhnlichen Leidenschaft nach: Sie liebte schnelle Autos und nahm mit ihrem Opel-Olympia selbst an Autorennen teil. Sie stiftete sogar eigens einen Preis für ein solches Rennen.

Nach ihrem freiwilligen Ausscheiden aus der Politik im Jahr 1972 zog sie sich ins Privatleben zurück und widmete sich in München vor allem ihren Patenkindern und dem Garten. Neun Jahre währte diese Ruhe. 1981 verstarb Margot Kalinke in München.

25 Vgl. ebd., S. 274; vgl. Robert G. Moeller: Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik. München 1997, S. 139, S. 318.

26 Vgl. Neumeister: Kalinke, S. 206.

27 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 269.

28 Siehe dazu die Sammlung von Kalinkes Publikationen im Bestand, in: ACDP 01-026-011/2, -012/1 und -010/3.

Grundzüge der Entwicklung der Deutschen Partei

Die Deutsche Partei (DP) wurde 1945 als Niedersächsische Landespartei gegründet. Ihre Wurzeln gingen zurück auf die 1869 ins Leben gerufene protestantische Deutsch-Hannoversche Partei (DHP), die regionalistische Interessen der Welfen vertrat. Zusammen mit dem katholischen Zentrum bemühte sie sich, zentralistische Tendenzen Preußens abzuwehren. Neben der föderalistischen Staatsauffassung einte Zentrum und DHP auch das jeweilige Grundverständnis, eine christliche Partei zu sein. Angesichts der konfessionellen Bindung der DHP an den Protestantismus und des Zentrums an den Katholizismus kam es in der Provinz Hannover über die enge inhaltliche Zusammenarbeit der beiden Parteien daher zu ersten Ansätzen einer überkonfessionellen politischen Kraft.²⁹

Bei der Begründung von Parteien 1945 und 1946 traten konfessionelle Spaltung und Konfrontation im Allgemeinen hinter Bestrebungen zur Einigung politischer Kräfte zurück. Große Teile der katholischen Zentrums gingen dabei in der überkonfessionellen CDU auf. Die Deutschhannoversche Partei schloss sich dieser Tendenz indes nicht an und wagte 1945 bei ihrer Wiederbelebung als NLP den Alleingang. Sie trat als Heimatpartei für die Bildung eines eigenen niedersächsischen Landes sowie für die Aufrechterhaltung konservativer und christlicher Werte ein.³⁰ Gleichwohl verlor sie ihren dezidiert protestantischen Charakter, auch wenn sich in ihr weiterhin hauptsächlich Protestanten zur politischen Partizipation sammelten. Sie wollte und konnte sich nicht als Partei des Protestantismus und in Abgrenzung zur überkonfessionellen CDU im Parteiensystem der jungen Bundesrepublik Deutschland etablieren.

Mit der Gründung des Landes Niedersachsen war die zentrale heimatpolitische Forderung der NLP erfüllt. Aus diesem Grund war sie gezwungen, eine Akzentverlagerung vorzunehmen, die die Erweiterung ihres politischen Aktionsradius ermöglichte. Die Partei war bestrebt, im ganzen westdeutschen Bereich für konservative Politik einzutreten, wobei sie ihren Schwerpunkt nun auf ökonomische, vor allem mittelstandspolitische sowie soziale Fragen verlegte. Mit diesem Positionswechsel ging 1947 auch die Änderung des Namens von Niedersächsische Landespartei in Deutsche Partei einher. Die Deutsche Partei konnte in allen Bundesländern Fuß fassen, wobei die Stärke der Landesverbände erheblich variierte. Waren die Landesverbände in den nord-

29 Vgl. Hans-Georg Aschoff: *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 83). Düsseldorf 1987, S. 7.

30 Vgl. Meyn: *Die Deutsche Partei*, S. 14; Schmollinger: *Deutsche Partei*, S. 1028.

deutschen Stammländern der DP, in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und natürlich Niedersachsen gut aufgestellt, konnte sich die ehemalige niedersächsische Heimatpartei in Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nie im gleichen Maße etablieren. Die dortigen Landesverbände blieben stets mitgliederschwach (1960 wiesen sie zusammen 2.400 Mitglieder auf) und damit ohne nennenswerten Einfluss. Der mit Abstand stärkste und einflussreichste war der niedersächsische Landesverband. Im Stammland der DP vereinte dieser allein 35.000 Mitglieder, während alle anderen Landesverbände zusammen nicht einmal 10.000 Mitglieder zählten.³¹

Seit 1949 war die DP an den Regierungskoalitionen der CDU im Bund beteiligt. Auch nach der Bundestagswahl 1957 holte Konrad Adenauer sie mit ins Boot, obwohl die CDU/CSU die absolute Mehrheit erreicht hatte und folglich nicht auf die Mitarbeit der DP angewiesen war. Vermutlich ergriff Adenauer bereits zu diesem Zeitpunkt die Gelegenheit, die Partei so eng an die Union zu binden, dass eine Trennung der DP von der CDU, zumindest im Bundestag, fast unmöglich wurde. Die Koalitionsgemeinschaft verlieh den DP-Abgeordneten Gewicht im Bundestag und eine Machtposition in der Partei. Sie unterstützten im Gegenzug Adenauers politische Linie im Parlament wie im Kabinett, vor allem in Fragen der Außenpolitik. Da die Abgeordneten jedoch stets von der Gunst der Union abhängig waren, gewann Adenauer Einfluss auf innerparteiliche Entwicklungen der DP.

Seit der Bundestagswahl 1953, in den Ländern sogar noch früher, bestanden Wahlbündnisse zwischen DP und CDU, die es den Kandidaten der DP in allen Bundesländern ermöglichten, in den Deutschen Bundestag gewählt zu werden. Bereits 1953 verzeichnete die DP einen massiven Rückgang von Stimmen: Sie erhielt nur 3,3 Prozent aller Stimmen, wobei die Hälfte dieser Stimmen ihrem Stammland Niedersachsen zu verdanken war.³² 15 DP-Abgeordnete konnten, dank der Kandidatenabsprachen mit der CDU, in den Deutschen Bundestag einziehen und eine eigene Fraktion bilden. Dies verstärkte die Abhängigkeit der DP-Bundestagsfraktion von der CDU.³³

Seit 1953 schwankte die DP zwischen einer großen programmatischen Nähe zur CDU und den Versuchen, sich von ihr zu distanzieren, um ein eigenes Profil zu entwickeln. Angesichts der schlechten Wahl- und Umfrageergebnisse stellte sich zunehmend die Frage nach der Existenzberechtigung der Partei.³⁴

31 Vgl. ebd., S. 1097. Zahlen gelten für 1956 und 1960.

32 Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 42.

33 Vgl. ebd., S. 51.

34 Laut Schmollinger hatte die DP bis Mitte 1955 ihre „gesellschaftliche Relevanz“ weitgehend eingebüßt – mit Ausnahme ihrer Stammländer Niedersachsen, Hamburg und Bremen, vgl. Schmollinger: Deutsche Partei, S. 1036.

Spätestens seit der Bundestagswahl 1957 war sie zu einem „Anhängsel“ der CDU geworden.³⁵ In ökonomischen und politischen Grundsatzfragen der Bundesrepublik Deutschland stimmten die Programme der beiden Parteien weitgehend überein. Allein das Bemühen der DP um eine spezifische Mittelstandspolitik reichte nicht aus, ihre Selbständigkeit zu begründen. Gegen die Vereinnahmung durch die CDU ankämpfend, versuchte die DP auf verschiedenen Wegen, eine Stärkung der eigenen Position zu erreichen. Zum einen bemühte sie sich um eine Konzentration im Lager der kleinen bürgerlichen Parteien. So fusionierte sie 1957 mit der Freiheitlichen Volkspartei (FVP), einer Abspaltung der FDP. Zum anderen war sie bemüht, in den Bundesländern an der Regierungsverantwortung beteiligt zu sein. Zu diesem Zweck ging sie Koalitionen mit verschiedenen Partnern ein, unter anderem auch mit der SPD.

Die Profilierungsversuche der DP sowie die grundsätzliche Frage nach ihrer Zukunft und Existenzberechtigung führten schließlich zur Entfremdung der DP-Bundestagsfraktion von der Bundespartei sowie vom dominierenden Landesverband Niedersachsen. Beide Gruppen legten unterschiedliche Lösungsansätze zur drängenden Existenzfrage der Partei vor. Die Auseinandersetzungen mündeten 1960 im Austritt von neun prominenten Fraktionsmitgliedern und in ihrem Wechsel zur CDU.

Konflikte und Konstellationen

Der Bruch der Bundestagsfraktion lässt sich natürlich nicht allein auf die Profilsuche der DP zurückführen. Neben dieses strukturelle Problem traten konkrete Konflikte, die zur Zuspitzung der Lage beitrugen. Wiederholt entzündeten sich an der Politik der Bundestagsfraktion Auseinandersetzungen. Im Laufe der Jahre sah sich die DP-Fraktion immer wieder der Kritik der Bundespartei und der Landesverbände ausgesetzt. Es wurde zunehmend deutlich, dass die Fraktion zu Gunsten der Regierungskoalition, insbesondere in Fragen der Innenpolitik, auf eine eigene Politik verzichtete und auch entgegen programmatischen Absprachen der Partei stimmte. Besonders zwei Positionen der Bundestagsfraktion brachten ihr viel Kritik und den Vorwurf des „Anlehnsbedürfnisses“³⁶ an die CDU ein. Zum Ersten unterstützte die Fraktion 1958 die Forderung nach der Ausstattung der Bundeswehr mit Trägersystemen für atomare Waffen, zum Zweiten stimmte sie der Einrichtung

35 Ebd., S. 1056.

36 Ebd., S. 1039. Auch Nathusius bescheinigt der DP-Bundestagsfraktion chronische Schwäche, die eine eigenständige Politik verhinderte, vgl. Nathusius: Am rechten Rande der Union, S. 321.

des Bundesministeriums für Wissenschaft, Unterricht und Erziehung zu. Vor allem der niedersächsische Landesverband sah in dieser Maßnahme einen Verstoß gegen die verfassungsmäßig föderale Organisation des Schulwesens.³⁷ Die Nähe der DP-Bundestagsfraktion zur Union konnte bei der Partei und in den Landesverbänden nicht auf Gegenliebe stoßen, ergaben sich doch daraus für sie keine unmittelbaren Vorteile. Stattdessen hatten sie vor Ort gegen den Vorwurf der Profillosigkeit anzukämpfen.

Auf der anderen Seite verprellte gerade der niedersächsische Landesverband die Bundestagsfraktion. Er brachte sie in eine schwierige Lage, als sich der DP-Bundes- und Landesvorsitzende Heinrich Hellwege 1957 entschloss, in Niedersachsen eine Regierungskoalition mit der SPD einzugehen. Wie sollte sich die Bundestagsfraktion der DP in der Bundeskoalition positionieren, während ihr stärkster Landesverband und der Bundesvorsitzende mit jener Partei koalitierten, die die stärkste Oppositionspartei im Bund darstellte? Die Regierungskoalition in Hannover provozierte jedoch nicht nur den Widerspruch der Bundestagsfraktion, sondern rief auch die Landesverbände Hessen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Rheinland-Pfalz auf den Plan, die sich vehement gegen die Koalition aussprachen.

Der Schlingerkurs der DP um die eigene Position führte ebenfalls zu einer Entfremdung vom Partner CDU. So brüskierte die Bundestagsfraktion der DP die CDU mit ihrer Weigerung, Konrad Adenauer bedingungslos als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu unterstützen. Sie stellte sich zudem bei der Frage der Nachfolge im Bundeskanzleramt hinter Ludwig Erhard³⁸ und trug damit ebenfalls nicht zur Beruhigung der Beziehungen zu Adenauer bei. Weiterhin schwächte der Fraktionsvorsitzende Herbert Schneider³⁹ die Position der Fraktion gegenüber ihrem Koalitionspartner mit einer eigenmächtigen Initiative. 1959 versandte er ein Telegramm an die Landesregierungen in Niedersachsen, Bremen und im Saarland, wo die CDU mit der SPD koalierte und forderte dazu auf, die Koalitionen mit den Sozialdemokraten aufzulösen. Selbstverständlich entsprach keine Landesregierung dem Wunsch Schneiders, vielmehr musste sich die Bundestagsfraktion die Frage gefallen lassen, ob sie an einer übersteigerten Selbstwahrnehmung litte.

Auch die Konstellation der DP-Führungspersönlichkeiten beeinflusste die Entwicklung und Entfremdung der DP-Gremien maßgeblich. Seit 1946 stand

37 Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 62.

38 Ludwig Erhard (4. Februar 1897–5. Mai 1977), 1949–1977 MdB, 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1967 Bundeskanzler, CDU.

39 Herbert Schneider (25. November 1915–12. Dezember 1995), 1947–1962 MdBB, 1953–1961 MdB, 1957–1960 Vorsitzender der DP-Bundestagsfraktion, 1960–1961 Bundesvorsitzender der DP.

Heinrich Hellwege zunächst der NLP als Vorsitzender in Niedersachsen und seit der Erweiterung zur DP als Bundes- und Landesvorsitzender in Niedersachsen der Partei vor. Er war in seiner Partei zwar eine Autorität, doch nie unangefochten.⁴⁰ Bereits 1953 musste er sich auf dem Bundesparteitag bei der Wahl des Bundesvorsitzenden Hans-Christoph Seebohm geschlagen geben. Dieser verzichtete jedoch auf das Amt und überließ es Heinrich Hellwege. Stellvertretender Vorsitzender des einflussreichsten Landesverbandes Niedersachsen war der dortige Justiz- und Kultusminister Richard Langeheine.⁴¹ Ehrgeizig verfolgte er das Ziel, Hellwege vom Vorsitz des Landesverbandes Niedersachsen zu verdrängen. Dritter im Bunde der widerstreitenden Persönlichkeiten war der Vorsitzende der DP-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Bremer DP-Landesverbandes, Herbert Schneider. Auch er verfolgte das Ziel, Hellwege zu verdrängen, reflektierte dabei aber auf dessen Amt als Bundesvorsitzender. Bereits 1958 ließ er sich beim Bundesparteitag der DP als Kandidat für das Amt des Bundesvorsitzenden gegen Hellwege aufstellen, verzichtete dann aber doch auf eine Kampfabstimmung. Letztlich wurde die DP auch das Opfer des politischen Ehrgeizes ihrer Führungspersönlichkeiten.

Eskalation der Auseinandersetzungen und Austritt der Neun aus der DP-Bundestagsfraktion

Die Diskussionen, denen sich die DP seit Jahren schon zu stellen hatte, spitzten sich angesichts der Bundestagswahl 1961 bereits im Jahr 1959 zu. Die Partei stand vor dem Dilemma: Sollte man wieder ein Wahlbündnis mit der CDU eingehen? War diese überhaupt bereit dazu? Sollte man einen Alleingang wagen, um das eigene Profil zu schärfen? Sollte man eine neue Lösung suchen? Die Antworten, so viel war klar, würden über die Zukunft der Partei entscheiden: Auflösung, Partnerschaft mit der CDU oder Selbständigkeit? Das war das Dreieck, in dem die Führungspersönlichkeiten der DP und einzelne Gremien wie die Bundestagsfraktion taktierten. Adenauer heizte den Konflikt an, indem er die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und zwischen den einzelnen Persönlichkeiten meisterhaft gegeneinander ausspielte.

So war es Adenauer, der das Ringen um Wahlabsprachen bereits 1959 eröffnete. Er teilte Hans-Joachim von Merkatz, DP-Bundesminister in seinem

⁴⁰ Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 152–156.

⁴¹ Richard Langeheine (16. Februar 1900–29. Dezember 1995), 1955–1974 MdL, 1955–1956 Justizminister in Niedersachsen, 1956–1959 und 1965–1970 Kultusminister in Niedersachsen, 1959–1961 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, 1953–1960 stellvertretender Landesvorsitzender der DP in Niedersachsen, 1961 Wechsel zur GDP, 1962 Wechsel zur CDU.

Kabinetts, mit der CDU sei nur zu Wahlabsprachen mit der DP bereit, wenn eine Klärung der Verhältnisse zwischen DP und CDU in Niedersachsen erreicht würde.⁴² Diese waren zerrüttet, seitdem die DP-Landesregierung in Niedersachsen 1957 eine Koalition mit der SPD eingegangen war. Anstatt im Kontakt mit der Bundesleitung der DP zu treten, verlagerte Adenauer die entscheidenden Verhandlungen über die Zusammenarbeit von CDU und DP im Bund auf die Ebene des Landesverbandes Niedersachsen. Hier konnte er sicher gehen, dass es zu Machtkämpfen zwischen Langeheine und Hellwege sowie zwischen dem selbstbewussten Landesverband Niedersachsen und den anderen, vor allem süddeutschen Landesverbänden kommen würde. Anders als diese argumentierten die Niedersachsen aus der Position einer fest im Land verankerten Partei heraus und traten vehement für die Selbständigkeit der DP ein.

Auf Grund der Anregung Adenauers trafen die Spitze der CDU in Niedersachsen und Vertreter der DP Niedersachsens am 3. Oktober 1959 in Hellweges Haus in Neuenkirchen zusammen. Von Seiten der CDU erschienen Adolf Cillien⁴³ und Otto Fricke⁴⁴, beides Vertraute Adenauers, sowie August Wegmann⁴⁵. Die DP war mit Heinrich Hellwege, Richard Langeheine, Hans-Joachim von Merkatz und Werner Schönfelder⁴⁶ vertreten. Das Gespräch, so hielt von Merkatz⁴⁷ fest, gestaltete sich nicht als Verhandlung zweier gleichberechtigter Partner. Die CDU machte deutlich, sie sei weder zu Wahlabsprachen noch zur Änderung des Wahlgesetzes bereit. Ebenso wenig sei sie willens, „das selbständige Nebeneinander DP-CDU zu bejahen“⁴⁸. Cillien bot den DP-Vertretern eine enge Zusammenarbeit – „nicht Fusion“ – an, gleichzeitig lehnte er einen stufenweisen Anschluss der DP an die CDU ab.⁴⁹ Die Zusammenarbeit sollte in Form eines Zusammenschlusses von DP und CDU bei „weitgehen-

42 Vgl. handschriftliche Gesprächsvermerke von Hans-Joachim von Merkatz, 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

43 Adolf Cillien (23. April 1893–29. April 1960), 1946–1951 MdL, 1953–1960 MdB, 1949–1960 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Hannover, 1950–1960 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen.

44 Otto Fricke (10. März 1902–3. September 1972), 1947–1951 und 1955–1970 MdL, 1952–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Braunschweig, 1960–1968 präsidierender Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen.

45 August Wegmann (21. Oktober 1888–6. Juni 1976), 1946–1953 Verwaltungspräsident von Oldenburg, 1955–1967 MdL, 1955–1957 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Niedersachsen, 1957–1959 Finanzminister von Niedersachsen, CDU.

46 Werner Schönfelder (3. März 1908–22. August 1982), 1947–1970 MdL, DP, seit 1962 CDU.

47 Vgl. handschriftlicher Vermerk von Hans-Joachim von Merkatz, o. D., in: ACDP 01-148-050/03.

48 Ebd.

49 Ebd.

der paritätischer Verteilung der Vorstandsämter auf allen Ebenen“ vollzogen werden.⁵⁰ Die CDU ließ der DP nur die Möglichkeit, über dieses Angebot zu entscheiden. Eigene Vorschläge der DP wurden von der CDU nicht zugelassen.

Heinrich Hellwege wollte und konnte Cillien am 3. Oktober keine Antwort auf das Angebot geben. Zuvor musste in verschiedenen Parteigremien diskutiert und darüber abgestimmt werden. Einige Mitglieder der DP-Bundestagsfraktion waren zuvor über die Absichten der CDU informiert worden und unterstützten ihre Initiative.⁵¹ Nicht so der Fraktionsvorsitzende Herbert Schneider, der zur gleichen Zeit in Bremen einen Landtagswahlkampf gegen die CDU führte und daher kein Interesse daran haben konnte, im benachbarten Bundesland mit dieser Partei zu fusionieren. Margot Kalinke dagegen empfand das Angebot Cilliens als „fair“, vor allem weil er deutlich machte, „dass ein besseres nicht kommen würde“.⁵²

Um die DP zu einer raschen Entscheidung zu drängen und um die innerparteilichen Kämpfe anzufachen, ließ Cillien Informationen zu den Verhandlungen an die Presse durchsickern, obwohl zuvor Stillschweigen vereinbart worden war. So berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ im Oktober 1959 von Fusionsverhandlungen in Niedersachsen.⁵³ Sofort beeilten sich das Direktorium der DP, das zuvor offensichtlich nicht über die Gespräche in Neuenkirchen informiert worden war, und die Bundestagsfraktion, die Meldungen zu dementieren. Insbesondere Herbert Schneider giftete gegen die Veröffentlichung: Solche Meldungen in der Presse bedeuteten einen „schwarze[n] Tag“ für die Politik.⁵⁴ Beide Gremien waren sich einig, es handle sich nicht um Fusionsverhandlungen, sondern lediglich um ein „inoffizielles Gespräch“ über ein Angebot der CDU.⁵⁵ Schneider verfolgte in seiner Stellungnahme der Fraktion durchaus eigene Bremer Interessen, wenn er dazu aufforderte, „alle sogenannten Fusionsverhandlungen und ähnliche Erörterungen unverzüglich zu unterbinden, um damit die Klarheit auch in den eigenen Reihen wiederherzustellen“⁵⁶. So unter Druck geraten, ruderte auch der niedersächsische Landesvorstand zurück und brach weitere Verhandlungen mit der CDU ab. Er stellte fest, die Selbständigkeit der DP müsse weiterhin das Ziel der Partei sein.

50 Meyn: Die Deutsche Partei, S. 64.

51 Vgl. handschriftliche Vermerke von Hans-Joachim von Merkatz, 15. September 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

52 Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, Zitat Margot Kalinke S. 20.

53 FAZ, 13. Oktober 1959.

54 Handschriftliches Protokoll zur Sitzung der DP-Bundestagsfraktion am 14. Januar 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

55 Rundschreiben der DP-Bundesgeschäftsführung, 15. Oktober 1959, ebd.

56 Telegramm Schneider an Landesvorstand Niedersachsen, 15. Oktober 1959, ebd.

Da das Manöver der CDU nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, schaltete sich Adenauer persönlich ein und empfing am 21. Oktober 1959 Hellwege, Cillien und Vertreter der DP-Bundestagsfraktion, um ein vermittelndes Gespräch zu führen. Dabei wichen die Vertreter der CDU nicht von ihrer Position ab und verneinten alle Vorschläge der DP.⁵⁷ Man trennte sich, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben. Adenauers Autorität hatte keine Wirkung gehabt. Bei ihm blieb der Eindruck zurück, die „ganze Angelegenheit“ sei „äußerst schwierig“.⁵⁸

Mit diesen Initiativen hatte die CDU schließlich den Bogen überspannt. Sie hatte zuviel Druck auf die Führung der DP aufgebaut. Statt „Anhänglichkeit“ einer verzweifelten DP zu erreichen, reagierte die DP offensiv. Dies erkannte auch Margot Kalinke. Sie warnte: „Eine psychologisch falsche und zu schnelle, u. U. gar erpresste Fusion würde die Gefahr haben, dass sich in einer dann bestehenden bleibenden Rest-DP radikale Kräfte sammeln könnten.“ Die CDU sei nicht in der Lage, diese Kräfte aufzunehmen oder zu neutralisieren.⁵⁹ Insofern seien die „Cillien-Vorschläge und die Art der Diskussion über diese Probleme psychologisch falsch und politisch ungut“.⁶⁰ Auch berge das Vorgehen der CDU die Gefahr, die DP zu radikalisieren. Sie fürchtete, „starke oppositionelle Kräfte, die unter der Führung der DP bisher nicht zum Tragen kamen“, könnten „eine Frontstellung gegen die CDU beziehen“.⁶¹

Dennoch ließ Adenauer nicht von seinem Kurs ab. Die CDU gab in inoffiziellen Gesprächen noch 1959 bekannt, sie plane, die FDP an der Bundesregierung zu beteiligen.⁶² Dies machte Wahlabsprachen und die Einbindung der DP an der Regierungsbildung 1961 endgültig abwegig.

Schließlich forderte Adenauer von Christian Kuhlemann⁶³, dem Präsidenten der hannoverschen Industrie- und Handelskammer und des Instituts für die Niedersächsische Wirtschaft, das die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf monetär unterstützte, der DP „den Gashahn“ zuzudrehen⁶⁴ – wohl wissend, dass Kuhlemann selbst der DP angehörte. Hellwege empfand dies naturgemäß als „Drohung“, und Schneider schimpfte: „Das ist Demokratie wie man sie im Kloster in Maria-Laach lernt – mein lieber Mann, da nehme ich doch

57 Vgl. handschriftliches Protokoll, 21. Oktober 1959, ebd.

58 Schreiben Globke an von Keudell zu den Gesprächen, 23. Oktober 1959, ebd.

59 Vgl. Schreiben Kalinke an von Merkat, 24. Oktober 1959, ebd.

60 Vermerk von Kalinke für von Merkat zu einem Gespräch mit Gerstenmaier, 24. Oktober 1959, ebd.

61 Schreiben Kalinke an von Merkat, 24. Oktober 1959, ebd.

62 Vgl. handschriftlicher Vermerk zu Gesprächen von Kalinke und Gerstenmaier, 25. Oktober 1959, ebd.

63 Christian Kuhlemann (4. Februar 1891–3. September 1964), 1949–1953 MdB, DP.

64 Hannoversche Presse, 31. Oktober 1959.

das Buschmesser zwischen die Zähne. Das ist doch die schlimmste, brutalste Erpressung, die es gibt.“⁶⁵

In dieser aufgeheizten Stimmung kamen am 30. Oktober 1959 die Delegierten der DP in Niedersachsen zu einem Landesparteitag in Verden zusammen, um über das Neuenkirchener Angebot der CDU zu entscheiden. Von Merkatz wie auch Kalinke kritisierten, die Delegierten seien „völlig unvorbereitet“ gewesen und nur mit der Frage konfrontiert worden: „Willst Du selbständig bleiben oder mit der CDU fusionieren?“⁶⁶ So blieb die DP Niedersachsens „gefangen in der Ablehnung eines Huckepacksystems“⁶⁷ und lehnte jegliche Zusammenarbeit mit der CDU ab. Die Neuenkirchener Verhandlungen waren damit endgültig gescheitert.

Der Landesparteitag von Verden machte deutlich, wie die Entscheidung über die Zukunft der DP in das Machtspiel zwischen den Protagonisten der Partei geriet und darin zerrieben wurde. Herbert Schneider trat aus taktischen Gründen gegen die Fusion mit der CDU ein, um seine Position im Bremer Landesverband zu sichern. Gleichzeitig konnte er sich so gegen Hellwege positionieren, der sich auf die Verhandlungen mit der CDU eingelassen hatte. Allerdings streckte er parallel auch „recht massive Fühler“ in Richtung CDU aus.⁶⁸ Schneider erschien so in zwiespältiger Stellung. Er war „der Vertreter der selbstbewussten Koalitionstreue, die nach seiner Ansicht aber unter keinen Umständen der absoluten Eigenständigkeit der Deutschen Partei gegenüber der CDU Abbruch tun darf“.⁶⁹ Wie er diesen Spagat erreichen wollte, konnte er indes nicht formulieren.

Heinrich Hellwege verfolgte in seiner Haltung zur CDU nie einen eindeutigen Kurs: So führte er in Niedersachsen eine Regierungskoalition mit der SPD, nahm aber gleichzeitig Verhandlungen mit der CDU auf. Letztendlich lehnte er deren Vorschläge jedoch ab und betonte die Selbständigkeit der DP auch für die Zukunft. Angesichts der innerparteilichen Entwicklungen, sah er sich in seiner Position durch Schneider und Langeheine bedroht. Hellwege positionierte sich schließlich gegen die CDU. Er versuchte so einerseits Schneider

65 Ebd. Schneider spielte damit auf Konrad Adenauers Aufenthalt im Kloster von Maria Laach an, wo er 1933 und 1934 Schutz vor Verfolgung durch die Nationalsozialisten gesuchte hatte. Gleichzeitig griff er bewusst das katholische Element in der CDU an und versuchte die konfessionellen Gräben zwischen DP und CDU zu betonen.

66 Hans-Joachim von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5; zu den Äußerungen von Margot Kalinke vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960.

67 Hans-Christoph Seebohm: Die Entwicklung der Deutschen Partei seit 1953, 1961, in: ACDP 01-026-004/4.

68 Von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5

69 Düsseldorf Nachrichten, 3. Mai 1960.

„den Wind aus den Segeln zu nehmen“⁷⁰ und andererseits eine Gegenposition zu Langeheine einzunehmen. Hellweges Haltung war taktischen Überlegungen geschuldet und verriet nichts über seine eigentliche Haltung gegenüber der CDU.

Langeheine hatte anfangs die Vorschläge der CDU unterstützt, drehte sich dann um „180°“, als er die Aussichtslosigkeit seiner Haltung erkannte.⁷¹ Auch er trat nun mit Macht gegen die Fusion mit der CDU ein und versuchte, Hellwege als Gegner der CDU in den Schatten zu stellen. Als neues Ziel hatte er sich die Etablierung einer dritten konservativen Kraft unter Führung der DP gesetzt.

Die Tagung von Verden hatte die Haltung des stärksten Landesverbandes entschieden. Dieser stand damit im Widerspruch zur Bundestagsfraktion, die sich mehrheitlich für einen Anschluss an die CDU aussprach. Aber auch andere Landesverbände votierten für diese Lösung oder aber für die Bildung einer dritten Kraft. Kalinke schloss für sich, das Ergebnis von Verden stelle nicht „Glück, sondern die Möglichkeit zu einem Unglück“ dar.⁷² Von diesem Zeitpunkt an ist die Abdrängung der Bundestagsfraktion aus den politischen Diskussionen und Entscheidungen, die in der Parteileitung unter massivem Einfluss des niedersächsischen Landesverbandes getroffen wurden, zu verzeichnen. Die Spannungen zwischen Bundestagsfraktion und dem niedersächsischen Landesverband nahmen kontinuierlich zu. So druckte der DP-Dienst Niedersachsens eine Erklärung der Fraktion zur Lage der DP nur in völlig veränderter Form ab.⁷³ Im November 1959 forderte Langeheine die Bundesabgeordneten in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestagsfraktion und niedersächsischer Landtagsfraktion auf, die Verdener Beschlüsse endlich als „Realität“ zu „respektieren“.⁷⁴ Auch aus der Bundesführung der DP wurden die Abgeordneten ausgegrenzt. Die Januar-Sitzung des Direktoriums wurde auf eine Bundestagssitzungswoche terminiert, was die Teilnahme der Abgeordneten an der Sitzung ausschloss.⁷⁵

Bei einer gemeinsamen Sitzung von niedersächsischem Landesvorstand und Bundestagsfraktion am 28. Januar 1960 wurde schließlich in heftigen Debatten deutlich, dass sich die beiden Positionen nicht vereinbaren ließen. Während Langeheine dafür eintrat, der „Hybris der CDU“ Einhalt zu gebieten,

70 Von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5.

71 Hans-Joachim von Merkatz: Unser Weg in die Union, in: ACDP 01-026-002/4.

72 FAZ, 10. Juni 1960.

73 Vgl. Schreiben Kalinke an Hellwege, 13. November 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

74 Handschriftliches Protokoll, 17. November 1959, ebd.

75 Vgl. Beschwerdebrief Kalinke an Hellwege, 5. Januar 1960, in: ACDP 01-026-004/3.

völlige Koalitionsfreiheit nach allen Seiten zu bewahren und eine Koalition mit der CDU nur „ohne Preis“ einzugehen, wehrten sich die Abgeordneten.⁷⁶ Kalinke machte deutlich, die Verdener Beschlüsse seien „nicht geeignet [...], den Weg in die Zukunft zu wagen.“⁷⁷ Von Merkatz trat klar für den Anschluss an die CDU ein. Man müsse bedenken, die CDU sei „keine Einheit“ und es gelte, den konservativen Flügel der CDU zu stärken. Hier könne die DP ein „mahndes Gewissen“ sein.⁷⁸ Kern der Verdener Beschlüsse sei schließlich die Bewahrung der Handlungsfreiheit, verkleidet in der Forderung nach Eigenständigkeit. Handlungsfreiheit könne man als konservativer Flügel der Volkspartei CDU ebenso entfalten wie als DP.⁷⁹

Der niedersächsische Landesverband hatte längst die Führung innerhalb der Partei übernommen, wie sich an diesen Entwicklungen zeigte. Langeheine erscheint als Sprachrohr der Partei, während Hellwege und die Bundesleitung der Partei schwiegen und außen vor blieben. Es hat fast den Anschein, als habe Hellwege die Verantwortung an Langeheine abgetreten und sich aus der aktiven Parteiführung zurückgezogen.

Im Februar 1960 nahmen Kalinke und Schneider wieder Verhandlungen mit der CDU auf, um nochmals die Möglichkeit einer Wahlabsprache für die Bundestagswahl 1961 zu besprechen.⁸⁰ Sie kamen damit Forderungen Langeheines nach. Dieser spekulierte darauf, eine endgültige Absage der CDU zu provozieren und damit den Weg zur Bildung einer dritten Kraft frei zu machen. Mit diesem Hintergedanken und ohne die Bundestagsfraktion zu informieren, nahm Langeheine gleichzeitig Verhandlungen mit der FDP im Bund auf, um eine Fusion von DP und FDP in Niedersachsen zu beraten.⁸¹ Im März berichtete er dem niedersächsischen Landesvorstand von den Gesprächen, jedoch unter der Auflage strengster Geheimhaltung. Margot Kalinke, selbst Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsen, sah in diesem Vorstoß Langeheines einen solchen Vertrauensbruch, dass sie die Bundestagsfraktion darüber informierte.⁸² Ihre Entscheidung, die Kollegen der Fraktion einzuwei-

76 Handschriftliches Protokoll, 28. Januar 1960, ebd.

77 Ebd.

78 Ebd.

79 Vgl. ebd.

80 Adenauer berichtete auf der CDU-Bundesvorstandssitzung am 29. Januar 1960, Kalinke und Schneider hätten ihn um ein Gespräch gebeten. Bevor er sich mit ihnen treffe, wolle er jedoch mit Vertretern der CDU in Niedersachsen beraten, welche weitere Entwicklung zu erwarten sei. Das Treffen fand am 8. Februar 1960 statt. Vgl. Protokoll, 29. Januar 1960, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994, S. 590.

81 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 20.

82 Vgl. ebd.

hen, beschleunigte den Prozess der Entfremdung. Die Abgeordneten der DP befürchteten zu Recht, es handle sich dabei um den Versuch, eine neue bürgerliche Koalition gegen die CDU zu bilden, während sie selbst keinen Grund für die Aufkündigung der Koalition mit der CDU sahen.

Im Vorfeld des Bundesparteitages der DP in Heilbronn am 7. Mai 1960 schaltete sich erneut Adenauer in die Geschicke der DP ein. Er provozierte wiederum Konfrontationen, indem er öffentlich erklärte, die DP müsse „sich erst einmal einen Vorsitzenden schaffen“, bevor weitere Verhandlungen möglich seien.⁸³ Dies konnte man als Empfehlung zur Abwahl Hellweges vom Amt des Bundesvorsitzenden und Wahl Schneiders, der sich einer Kampfkandidatur um das Amt des Bundesvorsitzenden stellte, verstehen. Der Parteitag geriet zu einer „offene[n] Feldschlacht“.⁸⁴ Hellwege konnte sich mit 144 zu 130 Stimmen knapp gegen Schneider durchsetzen, weil er den niedersächsischen Landesverband zusammen mit den Landesverbänden Baden-Württemberg und Bayern hinter sich versammeln konnte. Schneiders Unterstützung durch die Landesverbände Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein reichte nicht aus, um einen Wechsel in der Parteiführung herbeizuführen. Margot Kalinke und auch Hans-Christoph Seebohm nutzten den Parteitag, sich aus Führungspositionen zurückzuziehen. Kalinke kandidierte mit der Begründung „große[r] Arbeitsüberlastung“⁸⁵ nicht wieder für das Direktorium, und Seebohm gab sein Amt als Schatzmeister ab.

Konnte sich Hellwege auf dem Bundesparteitag noch als Bundesvorsitzender durchsetzen, verlor er seine Position in Niedersachsen am 9. Juni 1960. Auf dem Landesparteitag in Peine erreichte Langeheine eine Satzungsänderung, die die Personalunion von Bundes- und Landesvorsitzendem ausschloss und Hellwege daher zwang, sein Amt als Landesvorsitzender an Langeheine abzugeben.⁸⁶ Dies war eine Entmachtung Hellweges. Darüber hinaus kam es zwischen Langeheine und Kalinke zu einem „Disput, der in aller wünschenswerte[r] Deutlichkeit die nun unüberbrückbar gewordenen Fronten markierte“.⁸⁷ Während Langeheine der Bundestagsfraktion „Schleppenträgerdienste“ für die CDU vorwarf, konterte Kalinke damit, der Landesverband Niedersachsen leiste „Schleppenträgerdienste“ für die FDP.⁸⁸ Kalinke beschwerte sich später bei Hellwege, Langeheine hätte sie „in der ungehörigsten Weise beleidigend“

83 Düsseldorf Nachrichten, 3. Mai 1960.

84 Meyn: Die Deutsche Partei, S. 65.

85 Schreiben Hellwege an Kalinke, 27. Mai 1960, in: ACDP 01-026-002/4.

86 Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 67.

87 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 21.

88 Ebd.

angegriffen.⁸⁹ Die Auseinandersetzung gipfelte schließlich in der vorzeitigen Abreise von Kalinke und von Merkatz vom Parteitag.

Wie weit die Entwicklung inzwischen fortgeschritten war, zeigt auch die Zusage Adenauers vom 24. Juni 1960, die beiden DP-Minister Hans-Joachim von Merkatz und Hans-Christoph Seebohm in seinem Kabinett auch ohne Fraktionsanhang in ihrem Ämtern zu belassen. Er wolle das Kabinett nicht ein Jahr vor der Bundestagswahl umbilden.⁹⁰ Der „Spiegel“ kommentierte süffisant: „Der alte Herr, der sich nicht mehr gern an neue Gesichter gewöhnt“.⁹¹

Nach der Entmachtung Hellweges verfolgte Langeheine verstärkt seine Fusionspläne. Für Ende Juni waren erneut geheime Gespräche zwischen DP und FDP angesetzt. Diese wurden jedoch durch eine Unachtsamkeit des FDP-Abgeordneten Kohut⁹² am 26. Juni 1960 öffentlich. Während Hellwege, Langeheine und Schneider dies dementierten oder verharmlosten, ließ sich Kalinke bei dem früheren FDP-Bundesvorsitzenden Thomas Dehler⁹³ die Angaben bestätigen.⁹⁴ Nun schien ein Austritt der Bundestagsfraktion aus der DP kaum noch aufzuhalten. Der konkrete Anlass bot sich am 29. Juni 1960 schneller als erwartet. Nach einer Sitzung der Bundestagsfraktion gab Schneider der „Frankfurter Rundschau“ ein Interview, in dem er zum Rundumschlag gegen die Anhänger der CDU ausholte.⁹⁵ Er bestätigte öffentlich, dass die Fraktion vor der Spaltung stehe, da nicht alle die Affinität zur CDU teilten. Diese Spaltung sei wahrscheinlich am 7. August fällig, da von Merkatz mit diesem Tag als Bundesratsminister pensionsberechtigt würde und keine Gefahr mehr laufe, durch eine etwaige Entlassung aus dem Ministeramt finanzielle Nachteile zu erleiden. Zu Kalinke bemerkte er: „Tun Sie mir einen Gefallen. Schreiben Sie, dass Frau Kalinke bei der DP sowie so nicht mehr aufgestellt wird.“⁹⁶ Kalinke sah daraufhin Handlungsbedarf. Tatsächlich hatten die Abgeordneten bereits vorher ihren Austritt aus der DP beschlossen oder ins Auge gefasst⁹⁷, den Termin auf Drängen Kalinkes aber von der Pensionsberechtigung von Merkatz' abhängig gemacht.⁹⁸ Nun drohte

89 Schreiben Kalinke an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP 01-026-002/4.

90 Vgl. Hans-Christoph Seebohm: In eigener Sache, 15. August 1960, in: BA N 1178/5.

91 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 23.

92 Oswald Adolph Kohut (19. Januar 1901–23. Juli 1977), 1954–1957 MdL, 1957–1965 MdB, FDP.

93 Thomas Dehler (14. Dezember 1897–21. Juli 1967), 1946–1949 MdL, 1949–1967 MdB, 1949–1953 Bundesjustizminister, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP.

94 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 23.

95 Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1960.

96 Ebd.

97 Wann diese Entscheidung fiel, lässt sich nicht nachvollziehen.

98 „Du wirst Verständnis dafür haben, dass wir auf unserem Freund von Merkatz aus Gründen einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit nicht die Verdächtigung sitzen lassen

dies aber von Merkatz öffentlich in Verruf zu bringen, was Kalinke nicht akzeptieren konnte. Am nächsten Tag, dem 30. Juni 1960, versammelte sie die übertrittswilligen Abgeordneten in ihrer Wohnung, um die Modalitäten eines Parteiaustritts zu vereinbaren. Sie war in dieser Situation die treibende Kraft der Spaltung.

Hellwege erkannte, dass mit dem Schneider-Interview die Zukunft der DP vor der Entscheidung stand und versuchte mit einem Schreiben an von Merkatz zu intervenieren. Kalinke sei der Feind „im Schafspelz des Freundes“. Sie habe in den letzten Monaten ihre Position in der DP unmöglich gemacht und ihr bliebe nur der Übertritt zur CDU, wenn sie sich weiterhin politisch betätigen wolle. Hellwege hatte Kalinke zu diesem Zeitpunkt bereits aufgegeben und war nun bemüht, eine ganze Austrittswelle zu verhindern.⁹⁹ Doch Hellweges Brief vom 1. Juli erreichte von Merkatz nicht rechtzeitig. Noch am gleichen Tag trat der „Ministerflügel“ aus der Partei und Bundestagsfraktion aus: Hans-Christoph Seebohm, Hans-Joachim von Merkatz, Margot Kalinke, Ludwig Preiß¹⁰⁰, Victor-Emanuel Preusker¹⁰¹, Wilhelm Probst¹⁰², Georg Ripken¹⁰³, Heinrich Schild¹⁰⁴ und Willy Steinmetz verließen das sinkende Schiff. Nur Herbert Schneider, Heinz Matthes¹⁰⁵, Peter Tobaben¹⁰⁶, Helmuth Schranz¹⁰⁷ und Ludwig Schneider¹⁰⁸ verblieben in der DP, die ihren Fraktionsstatus und die damit verbundene Teilhabe an Bundestagsausschüssen verlor. Kalinke selbst übergab eine Stellungnahme der Abgeordneten an den Präsidenten

durften, dass er seine politische Entscheidung in Verbindung mit seinem 55. Geburtstag bringen würde. Ich selbst habe im Laufe der vergangenen Monate immer wieder diejenigen Kollegen, die meinten nicht länger warten zu können, herzlich und dringend gebeten, auf diesen Termin Rücksicht zu nehmen; Herr von Merkatz hat das seinerseits niemals getan.“ Schreiben Kalinke an Heinz Matthes, 7. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

99 Vgl. Schreiben Hellwege an von Merkatz, 1. Juli 1960, ebd.

100 Ludwig Preiß (25. Juli 1910–14. Mai 1996), 1949–1961 und 1964–1972 MdB, FDP, seit 1956 FVP, seit 1957 DP, seit 1960 CDU.

101 Victor-Emanuel Preusker (25. Februar 1913–13. Mai 1991), 1949–1961 MdB, 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau, FDP, seit 1956 FVP, seit 1957 DP, seit 1960 CDU.

102 Wilhelm Probst (11. August 1912–22. Januar 1979), 1957–1961 MdB, DP, seit 1960 CDU.

103 Georg Ripken (10. Mai 1900–26. Oktober 1962), 1958–1961 MdB, DP, seit 1960 CDU.

104 Heinrich Schild (22. Oktober 1895–18. Februar 1978), 1953–1961 MdB, DP, seit 1960 CDU.

105 Heinz Matthes (13. April 1897–2. Juli 1976), 1949–1961 MdB, 1953–1960 Parlamentarischer Geschäftsführer der DP-Bundestagsfraktion, DP, seit 1961 GDP.

106 Peter Tobaben (1. Juli 1905–17. Dezember 1972), 1955–1957 MdL, 1949–1953 und 1957–1972 MdB, DP, seit 1961 CDU.

107 Helmuth Schranz (7. Januar 1897–7. Mai 1968), 1953–1961 MdB, DP, seit 1961 GDP.

108 Ludwig Schneider (20. September 1898–23. April 1978), 1949–1957 und 1958–1961 MdB, FDP, seit 1956 FVP, seit 1957 DP, seit 1961 CDU.

des Bundestages und an den CDU-Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner.¹⁰⁹ Kalinke trat insgesamt als Initiatorin und Organisatorin des Übertritts auf. Das wird nicht nur aus der Berichterstattung des „Spiegel“ deutlich, sondern auch aus den Stellungnahmen leitender DP-Mitglieder. Neben Hellwege schimpfte auch der DP-Generalsekretär Wilderich Graf von Galen¹¹⁰ gegen Kalinke: Die Spaltung der DP sei eine „Kurzschlusshandlung“, die „fast ausschließlich durch Frau Kalinke ausgelöst wurde.“¹¹¹

Herbert Schneider hatte sich mit seinem Taktieren im Vorfeld so ins Abseits manövriert, dass er sich nicht den Neun anschließen konnte. Sie kritisierten, er habe sich nicht dazu durchringen können, offen Stellung in der Auseinandersetzung zwischen der niedersächsischen DP und der DP im Bund und im Bundestag zu beziehen.¹¹² Mit dem Interview in der „Frankfurter Rundschau“ hatte er sich endgültig selbst aus dem Kreis um Kalinke ausgegrenzt.

Heinrich Hellwege und die Parteileitung reagierten hart. Der Übertritt sei „unfair und üble Brunnenvergiftung“.¹¹³ Öffentlich erklärte die Partei, die Abgeordneten seien allein aus Angst um ihr Mandat aus der Partei ausgeschieden.¹¹⁴ Die Presse griff die Erklärung der Partei nur allzu gern auf, allein der „Spiegel“ bemühte sich um eine ausgeglichene Berichterstattung, um die Hintergründe für den Parteiwechsel aufzudecken. Er ließ auch die Neun zu Wort kommen und zitierte Kalinke: „Hellwege führt nicht. Er schweigt, wo er reden und handeln müsste.“¹¹⁵ Damit thematisierte von der bundesdeutschen Presse nur der „Spiegel“ ausführlich die internen Auseinandersetzungen und das Führungsvakuum in der DP.

Noch am Tage des Übertritts boten Seebohm und von Merkatz dem Bundeskanzler ihren Rücktritt an.¹¹⁶ Dieser lehnte die Gesuche jedoch, wie bereits angekündigt, ab. Hierbei offenbarte Adenauer, er sei „über die Verhandlungen mit der FDP und ihren Inhalt genau unterrichtet“ gewesen.¹¹⁷ Offenbar hatte Adenauer die selbstzerstörerische Dynamik erkannt, die von der eigenmächtigen Kontaktaufnahme von DP und FDP in Niedersachsen ausging und deshalb keinen weiteren Handlungsbedarf von seiner Seite gesehen.

109 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 15. – Will Rasner (14. Juni 1920–15. Oktober 1971), 1953–1971 MdB, 1955–1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, CDU.

110 Wilderich Graf von Galen (*1913), 1956–1961 DP-Generalsekretär.

111 Schreiben von Galens an von Merkatz, 6. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

112 Vgl. von Merkatz: Unser Weg in die Union, in: ACDP 01-026-002/4.

113 Die Welt, 2. Juli 1960.

114 Vgl. dpa-Meldung, 2. Juli 1960.

115 Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 18.

116 Vgl. Schreiben Seebohm an Adenauer, 1. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

117 Schreiben Seebohm an Albert Walter, 8. Juli 1960, in: BA N 1178/5.

Heinrich Hellwege empfand den Austritt der Neun nicht nur als parteipolitischen, sondern auch als persönlichen Schlag. Er fühlte sich aufs tiefste gekränkt, zumal er von Weggefährten verlassen worden war, die ihn seit Gründung der NLP/DP begleitet hatten. In der Sitzung des Direktoriums am 2. Juli erlitt er deshalb offensichtlich einen „leichten Nervenzusammenbruch“ und erklärte, „er könne nicht mehr und wolle sein Amt niederlegen“.¹¹⁸ Es gelang der Partei aber noch, ihn zur Weiterarbeit zu bewegen. Als die DP 1961 allerdings vor der Frage stand, eine Fusion mit dem GB/BHE einzugehen, legte Hellwege sein Amt nieder und trat ebenfalls zur CDU über.

Der Bundesvorsitzende war nicht in der Lage gewesen, einen Ausweg aus dem Dilemma der DP zu finden. Er hatte die widerstreitenden Interessen von niedersächsischer Landespartei und Bundestagsfraktion nicht koordinieren können, womöglich, weil er sich selbst über seine Position nicht im Klaren war. Zum einen war er daran interessiert, die DP als eigenständige politische Kraft zu erhalten. Insbesondere in seinem Heimatland Niedersachsen war die DP gut aufgestellt und Regierungsbeteiligungen schienen auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Zum anderen war ihm bewusst, dass die DP auf Bundesebene keine nennenswerte Rolle mehr spielte und Gefahr lief, konservative Werte politischer Radikalisierung preiszugeben. Als Bundes- und Landesvorsitzender vertrat Hellwege jeweils grundsätzlich widerstrebende Interessen. Die Unfähigkeit, sich für eine Position zu entscheiden, lähmte ihn. Diese offensichtliche Führungsschwäche eröffnete schließlich insbesondere Richard Langeheine die Möglichkeit, maßgeblich in die Entwicklung einzugreifen. Als dieser Hellwege aus dem Amt des Landesvorsitzenden von Niedersachsen verdrängte, waren die Ereignisse bereits weit fortgeschritten, und Hellwege hatte einen Großteil seiner Autorität eingebüßt. Ein spätes Einlenken auf die Position der Bundestagsfraktion kam nicht mehr in Frage, hätte sie doch den endgültigen Gesichtsverlust Hellweges bedeutet. Er hielt seine Position folglich ein und der DP blieb in offiziellen Stellungnahmen nichts anderes übrig, als die Neun zur Niederlegung der Mandate und Ausschussmitgliedschaften im Bundestag aufzufordern.

Stellungnahmen von Merkatz', Seebohms und Kalinkes zu ihrem Parteiwechsel

Die Bundestagsabgeordneten lehnten eine Niederlegung ihrer Ämter grundsätzlich ab, da weder eine satzungsmäßige noch politische Notwendigkeit zu diesem Schritt vorlag. Sie seien auf Grund der Wahlabsprachen ohnehin

118 Gedächtnisprotokoll, 2. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

mehrheitlich von CDU-Wählern gewählt worden. Darüber hinaus hätten sie die Stimmen für das von ihnen vertretene Programm der Regierungskoalition von CDU und DP erhalten. Nicht die Abgeordneten hätten ihre Position aufgegeben, vielmehr hätte sich die DP von ihrer traditionellen Politik abgewandt.

Hans-Joachim von Merkatz stellte seinen Übertritt zur CDU in den großen Kontext der Evolution der deutschen Parteienlandschaft. Für ihn war die Deutsche Partei „an nichts anderem zerbrochen als an sich selbst“, da es ihr nicht gelungen sei, sich im System der neuen Volksparteien zu positionieren.¹¹⁹ Es sei der DP „misslungen“, die „Position einer national-konservativen Partei im Bundesstab zu gewinnen“ und sie zu einer „wirklich stabilisierenden, modernen konservativen Partei“ zu entwickeln.¹²⁰ Sie habe versäumt, „national führende“ Wähler an sich zu binden. Es sei die Aufgabe der DP gewesen, diese „an den heutigen deutschen Staat heranzuführen“, ihre „Mitverantwortung zu wecken“ und „ihnen die politische Gegenwart und Zukunft einsichtig zu machen“. Nun seien diese Wähler von der politischen Entwicklung enttäuscht. Zugleich habe ein Konzentrationsprozess innerhalb der Parteienlandschaft eingesetzt, der zur Bildung großer Volksparteien führe. Diese Volksparteien vereinten verschiedenste gesellschaftliche Gruppen, Schichten und Interessenvertretungen, so dass ein „Ausgleich widerstreitender Interessen in sich selbst“ ermöglicht werde, „bevor es zu einer parlamentarischen Entscheidung kommt“. In dieser veränderten Parteienlandschaft könnten Vertreter von Partikularinteressen und kleine Parteien nicht mehr bestehen. Da bei der DP „in allen wesentlichen politischen Fragen mit der CDU Übereinstimmung“ herrsche, sei ein Anschluss an die Volkspartei CDU nunmehr notwendig, um das politische Kernziel der DP weiter verfolgen zu können: die Bewahrung des Konservativen in der praktischen Politik. Es sei ein „Gebot der politischen Einsicht“, den konservativen Flügel der CDU zu stärken. Von Merkatz erachtete den Wechsel zur CDU also als notwendige Reaktion auf die Weiterentwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems.

Daneben übte er Kritik an der Leitung der DP. Die Führung der Partei habe angesichts der Herausforderungen versagt und sich „lähmende[r] Verdrossenheit“ hingegeben. Anstatt neue politische Wege einzuschlagen, um das konservative Element in der Politik zu wahren, habe man in Fusionsverhandlungen lediglich die Sicherung der eigenen Position gesucht und „typische Funktionärspolitik“ betrieben.¹²¹ Die Verhandlungen der Parteileitung mit der FDP sowie die

119 Entwurf eines Schreibens von Merkatz an einen unbekanntem Adressaten, o. D., in: ACDP 01-148-051/01.

120 Von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5. Folgende Zitate, ebd.

121 Von Merkatz: Unser Weg in die Union, in: ACDP 01-026-002/4. Folgende Zitate, ebd.

Ausgrenzung der Bundestagsfraktion von wichtigen Entscheidungen hätten die Kabinetts- und Fraktionsmitglieder darüber hinaus in eine „peinliche Lage“ versetzt, die nicht hingenommen werden könne. Von Merkatz befürchtete, die schwache Position der Abgeordneten in der eigenen Partei könnte sich auch auf ihre Stellung im Kabinett und Parlament auswirken. Die persönlichen Auseinandersetzungen hätten inzwischen zu „unüberbrückbaren Gegensätzen“ geführt.

Hans-Christoph Seebohm argumentierte weniger (partei-)politisch, sondern aus einem Gefühl der gekränkten Ehre heraus. Seinen ersten Bruch mit der DP-Führung führte er auf die Koalitionsverhandlungen der niedersächsischen DP mit der SPD zwecks Koalitionsbildung in Niedersachsen zurück. Dies sei für ihn als DP-Landesvorsitzenden Hamburgs während der Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt 1957 ein „Dolchstoß“ gewesen.¹²² Er kritisierte weiter die Ausgrenzung der DP-Bundestagsfraktion und der Bundesminister aus den Verhandlungen mit der FDP. Die mangelnde Unterrichtung der Bundesminister sei eine „Kränkung von außerordentlichem Ausmaß“, die zum Verlust ihrer Glaubwürdigkeit im Kabinett geführt habe.¹²³ Ziel der Parteileitung sei offensichtlich gewesen, die Bundesminister und Fraktionsangehörigen „durch vollendete Tatsachen bis auf die Knochen zu blamieren“, was eine „kaum zu überbietende, unter Freunden unmögliche Treulosigkeit“ darstellte.¹²⁴ Auch dass die Parteileitung Verhandlungen mit der FDP aufgenommen hatte, nachdem das liberale Parteiorgan „Das Freie Wort“ heftige Angriffe gegen Seebohm veröffentlicht hatte, war für Seebohm ein Vertrauensbruch.¹²⁵

Margot Kalinke bezog in einem ausführlichen persönlichen Schreiben an Heinrich Hellwege Stellung zu ihrem Austritt aus der Partei. Sie begründete ihre Entscheidung auf zwei Ebenen: zum einen mit einem politischen Bruch mit der DP, zum anderen mit einem persönlichen Bruch mit Hellwege. Wie von Merkatz erachtete sie die Organisation der DP als nicht mehr zweckmäßig.

122 Hans-Christoph Seebohm: Die Entwicklung der Deutschen Partei seit 1953, in: ACDP 01-026-004/4.

123 Hans-Christoph Seebohm: In eigener Sache, 15. August 1960, in: BA N 1178/5. Vgl. Schreiben Seebohm an Hellwege, 3. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

124 Seebohm: Die Entwicklung der Deutschen Partei seit 1953, in: ACDP 01-026-004/4.

125 Vgl. Schreiben Seebohm an Hellwege, 3. Juli 1960, in: BA N 1178/5. Die Wochenzeitung „Das Freie Wort“ forderte mehrfach Seebohms Rücktritt. Am deutlichsten wurde sie am 16. April 1960: „Die überaus ernste außenpolitische Situation, in der sich die Bundesrepublik am Vorabend der Gipfelkonferenz [in Paris] befindet, lässt es angeraten erscheinen, dass sich das Kabinett rechtzeitig von einem Manne trennt, der nicht nur fachlich auf der ganzen Linie versagt, sondern der darüber hinaus auch noch durch seine teutonischen Kraftsprüche [Seebohms berüchtigte Sonntagsreden] das internationale Ansehen der deutschen Regierung fortgesetzt auf das Schwerste diskreditiert hat.“ Vgl. Das Freie Wort, Nr. 15, 16. April 1960, S. 1, in: Archiv des Liberalismus (ADL) D04-00003.

Sie war nicht bereit, den „konservativen Gedanken“ zu opfern, nur „weil die DP als Partei gescheitert“ sei.¹²⁶ Die Verbindung mit der FDP sei nicht geeignet, den konservativen Gedanken weiter zu verfolgen. Denn die FDP zeichne sich vor allem durch politische Unzuverlässigkeit bzw. „Experimente bei den Regierungsbildungen“, dubiose „schillernde [...]“ Persönlichkeiten und politische Grundpositionen aus, die nicht mit den Grundsätzen der DP zu vereinen seien. Weder die „zentralistische und unitaristische Grundhaltung“, ihr außenpolitischer Kurs, noch die „liberalen Wurzeln ihrer Ideen“ stünden der Haltung der DP nah. Folglich müsse die Fusion mit der FDP den „Verzicht auf die politische Vertretung des konservativen Gedankengutes bedeuten“. Ausschließlich im Rahmen der CDU („unser geborener Koalitionspartner“) sei dies möglich. „In der Innenpolitik ist die Verwirklichung konservativer Vorstellungen aus christlich-sozialer Verantwortung heute nur dann möglich, wenn der konservative Flügel der CDU verstärkt wird.“ Zudem eile eine politische Richtungsentscheidung. Die DP stehe angesichts der Konzentrationstendenzen in der Parteienlandschaft vor nur zwei Möglichkeiten: dem Anschluss an die CDU oder der Unterstützung der SPD.¹²⁷ Dabei müsse doch klar feststehen, dass die CDU die „politische Chance“ des Konservatismus sei.

Obwohl Kalinke ausführlich politisch argumentierte und deutlich wurde, wie sehr die Führungskrise der DP die Partei erschüttert hatte, dominierte in ihrer Stellungnahme nicht das politische Kalkül, sondern die Enttäuschung über die Zerrüttung des persönlichen Verhältnisses. Hellweges Politik habe es „unmöglich gemacht, Ihnen [Hellwege] weiterhin in der alten freundschaftlichen Weise [...] zu begegnen.“ Während Kalinke selbst und andere Fraktionsangehörige sich wiederholt gegen die Zukunftspläne der Parteileitung und etwaige Kontaktaufnahmen zur FDP geäußert hätten, habe Hellwege es vorgezogen, jegliche Kommunikation mit der Fraktion zu verweigern, sie auszugrenzen und das Problem auszusitzen. Führungskrise und Bruch hätten vermieden werden können, wenn er seine zuvor wiederholt geäußerte Meinung, „dass nur ein Arrangement mit der CDU sittlich, moralisch und auch politisch glaubwürdig war und dass nur ein Arrangement mit der CDU der DP die Möglichkeit gegeben hätte, auch nach 1961 mit einer unabhängigen

126 Schreiben Kalinke an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP 01-026-002/4. Folgende Zitate, ebd.

127 „Niemand kann es auf die Dauer für menschlich erträglich und politisch für tragbar ansehen, daß sich Parteien, die die gleichen Wähler ansprechen und deren Programme weitgehend übereinstimmen, gegenseitig zerfleischen, um damit dem lachenden Dritten, nämlich den zielbewussten Kräften der SPD Tür und Tor für die Übernahme der Macht im Lande und im Bundesrat aufzumachen. Niemand kann begreifen, warum es auf einmal eine Todsünde sein soll, mit der CDU Absprachen zu treffen.“, ebd. Dort auch die folgenden Zitate.

Bundestagsfraktion und einer eigenen Parteiorganisation in den Bundestag zu kommen“ offen und mutig vertreten hätte. Ohne öffentlich klar für eine Position einzutreten, habe er die Bundestagsfraktion „im Stich“ gelassen und „Zwischenträgern und Leuten, die bösen Leumund machen, mehr geglaubt als den Freunden“. Hellweges Verhalten sei geprägt von „unglückselige[m] Taktieren“ und „unverständliche[r] Sorglosigkeit“.

Für Margot Kalinke stand fest: Ohne das menschliche Versagen Hellweges als Parteivorsitzender wäre es nicht zum Bruch der DP gekommen. „Die jetzige Führung der DP hat versagt und besitzt nicht mehr das Vertrauen ihrer Bundestagsfraktion.“ Aus Gründen „menschlicher Rücksichtnahme“ sei dieses Argument in der Begründung zum Übertritt der Neun hinter politische Gründe wie den Verhandlungen mit der FDP zurückgestellt worden. Die Stellungnahme der DP, die Abgeordneten seien ausschließlich aus Angst um ihre Mandate übergetreten, lehnte Kalinke als Diffamierung und „schlechten politischen Stil“ ab.

Hellwege konnte mit den Angriffen gegen seine Person nicht umgehen. Statt inhaltlich Stellung zu Kalinkes Brief zu beziehen, warf er ihr „unwahre Behauptungen und Unterstellungen“ vor. „Mit der Lüge kommt man durch die ganze Welt, aber nicht wieder zurück“, antwortete er ihr am 10. August 1960.¹²⁸

Fazit: Gründe für die Spaltung der DP-Bundestagsfraktion

Es ist nicht zu leugnen, dass die Angst der Abgeordneten um das eigene Mandat die Entscheidung zum Austritt aus der DP beeinflusste. Dennoch wird in der Analyse der Vorgänge und Stellungnahmen deutlich, wie vielschichtig die Ursachen für den Bruch der DP-Bundestagsfraktion waren.

Erstens verursachte das strukturelle Ungleichgewicht der Landesverbände und der Bundespartei Konflikte. Der niedersächsische Landesverband dominierte die Politik der gesamten Bundespartei. Selbstherrlich und ohne Abstimmung oder Konsens der anderen Gremien führte der Landesverband Fusionsverhandlungen, von denen die gesamte Partei betroffen war.

Zweitens lähmte der Dualismus von Bundesvorsitz und niedersächsischem Landesvorsitz die Führungspersönlichkeit Heinrich Hellwege. Er konnte das Dilemma der widerstreitenden Interessen der DP im Bund und in Niedersachsen nicht lösen. Ebenso wenig wollte er sich auf eine der Positionen festlegen und die DP in diese Richtung weiterentwickeln. Seine Starre ermöglichte die Ausgrenzung der DP-Bundestagsfraktion, die vom niedersächsi-

128 Schreiben Hellwege an Kalinke, 10. August 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

schen Landesvorstand und Richard Langeheine systematisch betrieben wurde, um die Bundestagsfraktion als internen politischen Gegner auszuschalten. Die DP wurde in den Stellungskämpfen ihrer Führungspersonlichkeiten aufgerieben. Bei den Abgeordneten der Bundestagsfraktion ließ vermutlich gerade die fehlende Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse das verschwörerische Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das später in dem Ausdruck „wir Neun“ zum Tragen kam.

Drittens bestimmte Konrad Adenauer mit seiner Einflussnahme die Dynamik der Entwicklung. Er verstand es in entscheidenden Situationen, Zwietracht und Unsicherheit zu säen. Adenauer spielte dabei die Führungspersonlichkeiten Schneider, Hellwege und Langeheine gegeneinander aus, schürte durch die Absage von Wahlabsprachen die Angst der Abgeordneten, nicht wieder ins Parlament einzuziehen und drohte mit der Kappung von Finanzflüssen. Der CDU-Vorsitzende zielte bewusst auf das Ende der DP und war bereit, freiwerdende Kräfte in die CDU zu integrieren. Er konnte damit eine Stärkung der CDU gegenüber der SPD erreichen. Gleichwohl bestritt Adenauer ein solches Ansinnen. Im CDU-Bundesvorstand betonte er nach dem Auseinanderbrechen der DP-Fraktion, er habe „sich die größte Mühe gegeben, die DP am Leben zu erhalten, auch als Partei in Niedersachsen.“¹²⁹

Viertens erkannten die Neun, dass die Entwicklung des Parteiensystems das Ende der kleinen Parteien und damit auch der DP einläutete. Um die praktische Wirksamkeit konservativer Werte zu erhalten und konservative Politik vom Stillstand zu befreien, sahen sich die Abgeordneten gezwungen, die DP zu verlassen. Sie gaben daher ihre Positionen in der DP auf und wagten den Übertritt in die CDU. Eigenen Angaben zufolge hatte keiner von ihnen zuvor Rückversicherungsgespräche mit der CDU geführt.¹³⁰ Die neuen CDU-Mitglieder wurden nicht von allen Christdemokraten mit offenen Armen empfangen. Insbesondere die Vertreter des linken Flügels innerhalb der CDU wehrten sich gegen die Integration der DPler. So widersetzte sich Hans Katzer zunächst der Mitarbeit Kalinkes in der CDA. Im CDU-Bundesvorstand mahnte Otto Schmidt¹³¹, Margot Kalinke in der CDU-Bundestagsfraktion mehr

129 Adenauer, 6. Juli 1960, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“, S. 709.

130 Vgl. Schreiben Kalinke an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP 01-026-002/4. Diese Angabe wird durch die Mitteilung Adenauers vor dem CDU-Bundesvorstand bestätigt. Er berichtete am 6. Juli 1960, der CDU lägen nun „acht oder neun Anträge“ vor. Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“, S. 709.

131 Otto Schmidt (1. August 1902–12. Dezember 1984), 1948–1949 Oberbürgermeister von Wuppertal, 1950–1954 Minister in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, 1950–1958 MdL, 1957–1972 MdB.

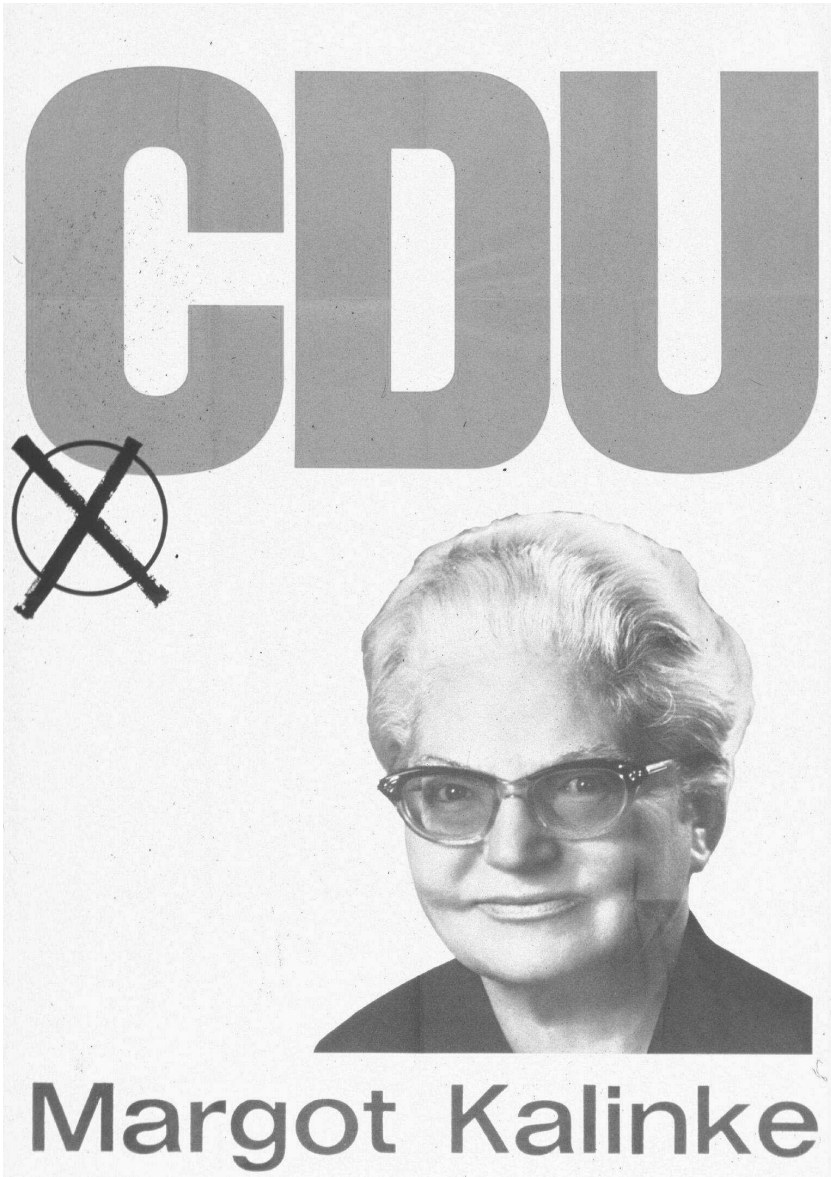
zu respektieren und als politische Führungskraft einzubinden.¹³² Noch im November 1960 stellte der „Telegraf“ fest, die ehemaligen „Deutschparteiern“ seien in „eine völlige Isolation“ geraten.¹³³ Dies zeigte sich auch bei der Bundestagswahl 1961: Von den neun Abgeordneten zogen nur noch die Prominenten Kalinke, Seebohm und von Merkatz sowie Steinmetz ins Parlament ein. Preiß, Preusker, Probst, Ripken und Schild verloren ihr Mandat.

Fünftens machten persönliche Gründe den Bruch der DP unumgänglich. Die Ausgrenzung der Bundestagsfraktion und die Kommunikationsverweigerung der Parteileitung zerstörten das Vertrauen der Abgeordneten in ihre Partei. Seebohm und von Merkatz verstanden dies als Demütigung und Gesichtsverlust vor den Koalitionspartnern. Kalinkes persönliche Reaktion gründete sich weniger auf die Sorge um ihren Ruf als das bei Seebohm und von Merkatz der Fall war. Sie fühlte sich besonders durch die persönliche Entzweiung mit Hellwege und durch die Enttäuschung über dessen Handlungsunfähigkeit und mangelnde politische Weitsicht getroffen.

Betrachtet man den gesamten Vorgang um den Bruch der DP-Fraktion, bestätigt sich Konrad Adenauers Urteil über Margot Kalinke: Sie war mehr wert als drei Männer, als es darum ging, zu handeln und Worten Taten folgen zu lassen. Die Einheit der Fraktion war unter den gegebenen Umständen nicht zu halten, das war den Neun klar und bedurfte nicht Kalinkes Zutuns. Sie trat jedoch in ihrer Partei als ständige Mahnerin in Erscheinung, warnte vor Fehlentwicklungen und hoffte, Hellwege zum Eingreifen bewegen zu können. Als das Scheitern ihrer Versuche offensichtlich wurde, trieb sie die Spaltung der Fraktion initiativ voran. Der persönliche Angriff auf von Merkatz war die Initialzündung, auf die sie gewartet hatte. Sie versammelte den Kreis der „Verschwörer“ um sich und organisierte die Abspaltung von der DP-Bundestagsfraktion sowie die Aufnahme der Neun in die CDU. Damit leitete sie den Anfang vom Ende der Deutschen Partei ein.

132 Vgl. Schmidt, 22. September 1960, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“, S. 840.

133 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 23; Telegraf, 11. November 1960.



Wahlplakat zur Bundestagswahl 1969 (Quelle: ACDP Plakatsammlung).



Margot Kalinke am Rednerpult des Deutschen Bundestages 1969 (Quelle: ACDP Bildarchiv, Fotograf: Josef A. Slominski).

„DEM STAATE VERPFLICHTET“ – 100. GEBURTSTAG VON GERHARD SCHRÖDER

Einführung*

Hanns Jürgen Küsters

Am 11. September 2010 feiern wir den 100. Geburtstag von Gerhard Schröder. „Dem Staate verpflichtet“, unter dem Titel der Festgabe, die 1980 Bischof Hermann Kunst, Helmut Kohl und Peter Egen¹ zusammen dem Jubilar dedizierten, wollen wir heute an die Persönlichkeit und das politische Wirken eines Mitbegründers und einer herausragenden Persönlichkeit der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands erinnern, die über bald drei Jahrzehnte die Geschicke der Partei und der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltete: als Abgeordneter des Deutschen Bundestages, in seinen Funktionen als Bundesministers des Innern, des Auswärtigen und der Verteidigung und als führender Vertreter der Protestanten in der Union.

16 Jahre lang war Gerhard Schröder Bundesminister, nur einer hat ihn in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Zahl der Amtsjahre übertroffen: Bundesminister a. D. Hans-Dietrich Genscher. Er ist der einzige, der wie Gerhard Schröder zunächst das Amt des Bundesministers des Innern und anschließend das Amt des Bundesaußenministers bekleidet hat.

Preußische Tugenden des Pflichtbewusstseins wie Nüchternheit, Verantwortungsethos und Loyalität zeichneten Gerhard Schröder aus. Bischof Kunst charakterisierte ihn als einen Menschen, der „in seinen Diagnosen, Urteilen und in seinem Handeln von einer schwer zu überbietenden Nüchternheit bestimmt“ war und die „Gabe und Aufgabe, Weite und Grenze eines säkularen Rechtsstaates“ kannte. „Der christliche Glaube ist die Quelle der Nüchternheit, weil er keine Spekulation über Gott als einer Wirklichkeit ausgeht. Diese Anerkennung der Realität Gottes ertüchtigt den Politiker, Realitäten der Welt überhaupt, als das Wesen der mit ihm oder gegen ihn agierenden Menschen und die jeweilige Situation mit Nüchternheit zu erkennen und entsprechend seinen Dienst zu gestalten. Die Nüchternheit des Christen weist sich aus durch Klarheit und Selbstbeherrschung. Eben dieses beobachten wir bei Gerhard Schröder bei der Wahrnehmung aller seiner Verantwortungen.“

* Einführungsvortrag anlässlich der Veranstaltung „Dem Staate verpflichtet“ zum 100. Geburtstag von Gerhard Schröder am 9. September 2010 im Wasserwerk Bonn.

1 Hermann Kunst/Helmut Kohl/Peter Egen (Hg.): Dem Staate verpflichtet. Stuttgart 1980.

Der in Saarbrücken als Sohn eines ostfriesischen Reichsbahnbeamten geborene Gerhard Schröder besuchte in Trier das humanistische Kaiser-Wilhelm-Gymnasium, studierte ab 1929 Jura, Philosophie und Geschichte an den Universitäten Königsberg, Edinburgh, Berlin und Bonn und legte 1932 sein Erstes Juristisches Staatsexamen ab. Politisch aktiv wurde er erstmals als Vertreter der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei im AStA der Bonner Universität. Dort wurde er auch 1933 mit einer Dissertation über das Tarifrecht zum Dr. jur. promoviert.² Das von den Nationalsozialisten 1933 erlassene Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums setzte bei Aufnahme in den Staatsdienst das aktive Eintreten für die nationalsozialistische Bewegung voraus. Somit trat Schröder 1933 der NSDAP bei und beantragte die Mitgliedschaft in der Sturmabteilung. Doch schon 1934 schloss sich der junge Assistent an der Juristischen Fakultät der Bonner Universität der Bekennenden Kirche an. Im selben Jahr wechselte er an das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Berlin, bestand dort 1936 das Zweite Juristische Staatsexamen und war zwei Jahre lang in einer Rechtsanwaltskanzlei tätig. Seine Distanzierung zur NSDAP wuchs auch aufgrund der Heirat mit der Bankierstochter Brigitte Landsberg, die wegen der Nürnberger Gesetze von 1935 als nicht hinreichend „rasse-rein“ galt. Nach erteilter Sondergenehmigung für die Heirat 1941 trat er aus der NSDAP aus, auch weil ihm als Soldat im Kriegsdienst die Beförderung zum Offizier verweigert wurde. Nach Kriegsende 1945 kam er für kurze Zeit in britische Kriegsgefangenschaft, wurde aber schon im Juni 1945 wieder entlassen.

Politische Erfahrungen sammelte er bald als persönlicher Referent von Hans Fuchs, dem damaligen Oberpräsidenten der Rhein-Provinz in Düsseldorf und ehemaligen Reichsminister. Damit begann sein politischer Aufstieg parallel zu seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt und Abteilungsleiter der Stahltruhändlervereinigung unter Heinrich Dinkelbach. In dieser Zeit knüpfte er enge Kontakte zu Wirtschaftsunternehmen, die ihm auch späterhin nutzten. Konrad Adenauer wurde auf ihn aufmerksam und unterstützte 1947 seine Zuwahl in den Landesvorstand der rheinischen CDU. Adenauer hätte ihn gerne an der Seite von Hermann Pünder in der bizonalen Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt/Main gesehen, doch die Eisen- und Stahlindustrie schien vielversprechender zu sein. Die Direktwahl zum Abgeordneten des Wahlkreises Düsseldorf-Mettmann bei der

2 Ein gedrucktes Exemplar der Dissertation zum Thema „Die außerordentliche Kündigung von Tarifverträgen“ liegt nicht vor. Vgl. Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002, S. 79f.

ersten Bundestagswahl 1949 bestimmte maßgeblich seinen Entschluss, auf bundespolitischer Ebene aktiv zu werden.

Im ersten Deutschen Bundestag wirkte Schröder an der Gesetzgebung für die Montan-Mitbestimmung mit. Trotz seines hohen Ansehens in der CDU/CSU-Fraktion verfügte Schröder eigentlich nie über eine eigene Hausmacht. Dennoch berief Bundeskanzler Adenauer ihn 1953 und 1957 in sein zweites und drittes Kabinett zum Bundesminister des Innern. Dort hatte Schröder turbulente Jahre zu überstehen. Ihm wurde wohl als erstem deutschem Politiker der Ruf eines „Law-and-order“-Manns zuteil, dessen Plädoyer für die Wiedereinführung der Todesstrafe nicht ungeteilte Zustimmung fand. Mit seiner Warnung, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion würde die innere Sicherheit der Bundesrepublik gefährden, stand er allerdings nicht alleine da. Angesichts heftiger Kontroversen über die Wahlrechtsreform mit der beabsichtigten Einführung des Mehrheitswahlrechts sowie die Affäre um den ersten Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, und dessen mysteriösen Aufenthalt in Ost-Berlin, nahm er Kritik gelassen hin. Weitere Streitpunkte waren in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre sein Widerstand gegen eine politische Amnestie westdeutscher Kommunisten nach dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil 1956, die Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung, die letztlich unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger 1968 verabschiedet wurden, und die Rundfunkreform mit dem Ziel, ein Bundesfernsehen zu schaffen.

Aufgrund seiner Erfahrungen in der Weimarer Republik gehörten die wehrhafte Demokratie und demokratisches Staatsbewusstsein für Gerhard Schröder untrennbar zusammen. Sein Staatsverständnis war geprägt von der Notwendigkeit, dass der Staat Autorität ausstrahlt, Hoheit und Heiligkeit, die ihm einst Platon und Aristoteles zuschrieben. Das Gesetz des Handelns durfte seiner Meinung nach nicht der Straße überlassen bleiben, sondern verlangte eine Regierung, die durch Besonnenheit und Durchsetzungskraft beim Bürger überzeugend wirkt, Ordnung schafft und aufrecht erhält, ihn an die Demokratie bindet und ihn zum Mithandeln animiert.

Schröders Ernennung zum Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1955 – das Amt übte er 23 Jahre bis 1978 aus – hatte seinen Ursprung darin, dass er evangelischer Christ war. Zwar übte er nie ein kirchliches Mandat als Presbyter oder Synodaler aus, dennoch war er einer der prominentesten Vertreter der Protestanten in der CDU. Ihm ging es um die geistige Haltung, die Klärung der Grundfragen, ob es in der deutschen Politik einen eigenständigen evangelischen Beitrag zu Fragen der politischen Ethik gibt. Dabei ging es um das Verhältnis von Staat und Kirche, von möglichen Grenzüberschreitungen, die es in seinen Augen nicht geben durfte.

Als ihn Bundeskanzler Adenauer am 13. Dezember 1961 als Nachfolger von Heinrich von Brentano das Amt des Bundesaußenministers antrug, waren auf den Tag genau vier Monate seit dem Mauerbau in Berlin vergangen. Noch tief saß der Schock über dieses Sinnbild der deutschen Teilung, und das Vertrauen der Westdeutschen in die Schutzmacht USA hatte einen spürbaren Dämpfer erlitten. In dieser Krise war es Gerhard Schröders Hauptanliegen, die engen Bindungen der Bundesrepublik Deutschland an die Vereinigten Staaten und das nordatlantische Bündnis intakt zu halten. Überschattet wurden diese Jahre vom Streit um die Ausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik. Schröder überlebte politisch im Amt des Außenministers den Gründungskanzler der Bundesrepublik, weil er sich offen zu den „Atlantikern“ bekannte und von Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard freie Hand bekam, jenseits der Hallstein-Doktrin eine „Politik der Bewegung“ gegenüber den osteuropäischen Nachbarn auszuloten. Das Ergebnis war die Eröffnung der Handelsmissionen in Polen, Rumänien und Ungarn 1963 und ein Jahr später in Bulgarien sowie die Friedensnote der Bundesregierung vom 25. März 1966 mit dem Bekenntnis zur Abrüstung und dem Angebot zum Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Bewahrung der nordatlantischen Allianz und Neuerung im Dialog mit den osteuropäischen Staaten gehörten zu seinen Maximen. Festigkeit der eigenen Position, Standhaftigkeit in der Krise, Geduld und Ausdauer, vor allem in der Deutschlandpolitik, kennzeichneten seine Politik. Dennoch waren seine Positionen nicht immer einfach nachzuvollziehen. Obwohl er die Ratifizierung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages unterstützte, beurteilte er wie de Gaulle supranationale Bestrebungen in den Europäischen Gemeinschaften mit Skepsis. Er misstraute dem General, gleichwohl teilte er wie dieser die Meinung, die Westeuropäer bräuchten mehr Selbständigkeit und Mitsprache in der Weltpolitik.

Als Außenminister zweier Bundeskanzler war es nach dem Rücktritt von Ludwig Erhard 1966 nur natürlich, dass Schröder selbst das Amt des Regierungschefs im Blick hatte. Doch blieben ihm allerhöchste Staatsämter versagt. Bei der Vorentscheidung in der CDU/CSU-Fraktion unterlag er dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger, der über eine bessere Hausmacht verfügte und ihn als Verteidigungsminister in das Kabinett der Großen Koalition mit der SPD berief, was angesichts der parteipolitischen Machtverhältnisse nicht anders lösbar war, weil Willy Brandt das Außenministerium für sich beanspruchte. Bei der Bundespräsidentenwahl am 5. März 1969 unterlag Schröder nur knapp dem SPD-Kandidaten Gustav Heinemann, der von der FDP mitgetragen wurde. Viele Beobachter sahen Gründe für beide politischen Niederlagen in der reservierten Haltung Gerhard Schröders, aber auch in der mangelnden Unterstützung durch einflussreiche

Gruppen der eigenen Fraktion und Partei. Daher blieb auch nach dem Rücktritt Rainer Barzels im Mai 1973 seine Kandidatur um das Amt des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion gegen Karl Carstens erfolglos. Als Konsequenz aus dieser Niederlage legte er einen Monat später den stellvertretenden Parteivorsitz nieder. Dem Bundesvorstand der CDU gehörte er aber weiterhin an.

In den damaligen Diskussionen über die Ostverträge trat Schröder zwar für eine aktive Osteuropapolitik ein, lehnte aber den Grundlagenvertrag mit der DDR 1972 als „Anerkennungsdiplom“ ab. Immer wieder machte er als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages mit spektakulären Begegnungen auf sich aufmerksam. Mit seinem Namen bleibt die Wendung der bundesdeutschen Politik gegenüber der Volksrepublik China eng verbunden. Bei seinem Treffen mit Tschou En-lai im Juli 1972 ebnete er den Weg für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit, die kurze Zeit später nach Walter Scheels China-Besuch erfolgte. Auch in der bundesdeutschen Nahostpolitik preschte Schröder durch Treffen mit Ägyptens Präsident Sadat, Syriens umstrittenem Präsidenten Assad und dem Chef der PLO, Arafat, vor. Diese Beispiele zeigen schon, wie sehr ein Parlamentarier aus der Opposition heraus die bundesdeutsche Außenpolitik zu beeinflussen vermag, auch wenn ihm das anschließend den Rüffel des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes einbrachte: „Die Fraktion hätte es begrüßt“, so heißt es im Protokoll, „wenn Herr Schröder sich vor seinem Gespräch mit Herrn Arafat mit der Fraktion abgestimmt hätte“.

In Gerhard Schröder ehren wir heute einen Vertreter der ersten Generation der neuen deutschen Demokratie, die alle Tugenden der Bonner Republik in sich vereinte: Lernen aus den Fehlern der Weimarer Republik, Aufbau einer stabilen Demokratie im Innern, Bindung an die westlichen Demokratien, Zuverlässigkeit, Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien und Vertragstreue, um nur einige zu nennen. Die Bonner Republik hat Schröder maßgeblich mitgeprägt. Mehr denn je war angesichts des zerrissenen Vaterlandes, der gespaltenen Welt, Sicherheit, Standfestigkeit, Geduld und Ausdauer erforderlich, um ans Ziel zu kommen. Nachdem er 1980 aus dem Parlament ausgeschieden war, mahnte er in seiner letzten großen Rede vor dem Hohen Haus am 17. Juni 1984 einmal mehr das Ziel der Wiedervereinigung an. Den Mauerfall am 9. November 1989 hat er noch erlebt, bevor er uns in der Sylvesternacht 1989 für immer verließ.

Wehrhafte Demokratie und demokratisches Staatsbewusstsein: Der Bundesminister des Innern in der Regierung Adenauer*

Torsten Oppelland

Als Gerhard Schröder am 21. Oktober 1953 nach dem fulminanten Wahlsieg der CDU die Führung des Innenministeriums übernahm, war die eigentliche Aufbauphase bereits vorüber; er war nach Gustav Heinemann und Robert Lehr bereits der dritte Bundesinnenminister. Das Ministerium war 1949 in einer ehemaligen Kaserne in der Rheindorfer Straße untergebracht worden, die schon den französischen Besatzungstruppen nach dem Ersten und den englischen Truppen nach dem Zweiten Weltkrieg als Unterkunft gedient hatte. In dem ziemlich trostlosen Komplex, genauer in der ersten Etage des Hauses 1, war bis Ende der 1960er Jahre der Ministerbereich, in dem Gerhard Schröder für acht Jahre residieren sollte.

Sieht man von diesen Äußerlichkeiten ab, so war das Innenministerium damals ein sehr „preußisches“ Haus – jedenfalls werden in einer umfangreichen Publikation von ehemaligen Angehörigen des Ministeriums die führenden Beamten auffällig oft als „preußisch“ oder gar „urpreußisch“ beschrieben. Der Grund dafür war, dass – zum Teil am ersten Minister Heinemann vorbei – dem Personalaufbau des Hauses ein restauratives personalpolitisches Konzept zugrunde lag. Bei der Beurteilung der Bewerber wurden Erfahrung im ministeriellen Dienst, zumindest aber Verwaltungserfahrung zur obersten Richtschnur gemacht. Hintergrund war das aus der Sicht Adenauers schlechte Arbeiten der Bizonen-Behörden, die überwiegend auf Unbelastete ohne Verwaltungserfahrung zurückgegriffen hatten. So wurden die entscheidenden Führungspositionen im Innenministerium – stets in Abstimmung mit Hans Globke, der selbst aus dem Reichsinnenministerium stammte und im Bundeskanzleramt einer der engsten Adenauer-Berater war – mit Beamten besetzt, die über diese gewünschte Erfahrung in verschiedenen ehemaligen Reichsministerien verfügten. Dabei war das Ziel nicht etwa, ehemalige Nationalsozialisten reinzuwaschen, sondern vielmehr Effizienz sicherzustellen, was, wie man nach diesen Erfahrungen glaubte, nur mit dem bewährten und erprobten Personal möglich sei. Personifiziert wurde diese Tendenz in den beiden Staatssekretären, Hans Ritter von Lex (CSU) und Karl Theodor Bleek

* Der folgende Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser auf der Veranstaltung „Dem Staate verpflichtet“ zum 100. Geburtstag von Gerhard Schröder am 9. September 2010 im Wasserwerk Bonn gehalten hat.

(FDP), die zwar aus Bayern und Hessen stammten, also landsmannschaftlich keine Preußen, aber eben gestandene Verwaltungsbeamten waren, bei denen der Staat und das Ministerium weit wichtiger waren als das Parteibuch; beide übrigens aus dem Ersten Weltkrieg schwer kriegsbeschädigt. Lex war, obwohl im Dritten Reich Beamter des Reichsinnenministeriums, nie der NSDAP beigetreten, Bleek erst 1942; Schröder wusste Letzteres einzuschätzen, er kannte die Realität des „Dritten Reiches“ aus eigenem Erleben und wusste, dass viele Beamte, wie auch sein Vater als Reichsbahnbeamter, der 1937 der Partei beigetreten war, sich lediglich mit dem Regime arrangiert hatten.

Gerhard Schröder passte in dieses „preußische“ Ministerium wie der berühmte Deckel auf den Topf. Das hatte viel mit seiner Sozialisation zu tun, vor allem durch den eben erwähnten Vater. Dieser war ein ausgesprochener sozialer Aufsteiger, der seine ländliche ostfriesische Herkunft weit hinter sich gelassen hatte; aber er war dabei auch ein ganz traditioneller preußischer Beamter mit all dem, was an Werten und an Habitus dazu gehörte. Im Grunde war beides, traditionelles Beamtentum und sozialer Aufstieg, kein Gegensatz; denn im Staatsdienst hatte sich, ermöglicht durch günstige Umstände in der Marine und der Reichsbahn, aber vor allem durch Flexibilität und Mobilität, durch Ehrgeiz und Beharrlichkeit, dieser soziale Aufstieg vollzogen. Deshalb hat Gerhard Schröder auch nie ein Bild von Staat und Beamten gehabt, das von Bürokratie und Bürokraten geprägt war, sondern von einer dynamischen, leistungsfähigen Verwaltung, die leistungswilligen Menschen wie seinem Vater den Aufstieg ermöglichte.

Eine zweite Sozialisationsinstanz ist natürlich das Milieu und die Zeit, in denen er aufwuchs. Saarbrücken und Trier, wo er seine Kindheit und Schulzeit verbrachte, waren katholisch geprägte Städte, in denen die preußische Verwaltungselite aber kaum integriert war, sondern als mehr oder weniger abgeschlossene Gemeinde existierte. Dazu gehörte die evangelische Kirchengemeinde ebenso wie das protestantisch-national geprägte Gymnasium. Besonders letzteres war für die politische Sozialisation Gerhard Schröders von großer Bedeutung. Hier wurde ihm – in der Begrifflichkeit eines anderen bekannten Trierers – der „ideologische Überbau“ für die lebensweltlich erfahrene Beamtenrealität vermittelt. Hier lernte er die Größen eines positiv besetzten Preußenbildes, von Friedrich dem Großen bis Kant und Bismarck, kennen und schätzen. Ein Zitat aus seinem damals preisgekrönten Abitur-Aufsatz zum Thema: „Der Sieg des Staatsgedankens in Kleists ‚Prinz von Homburg‘ und in Hebbels ‚Agnes Bernauer‘“ macht das deutlich: „Sie zeigen uns mit zwingender Schärfe und unbarmherziger Folgerichtigkeit Bedeutung, Sinn und Forderung des Staates. Der ‚Prinz von Homburg‘ lehrt den Pflichtgedanken. Nicht umsonst hat Kleist Kant studiert. So ist ihm die Pflicht das Größte, das

Letzte. Der kategorische Imperativ wird dem Prinzen schließlich Gesetz. ‚Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung‘, das ist es, was ihm klar wird. Allgemeine Gesetzgebung, nicht Eigenwille, nicht Eigennutz sollen Leitstern des Handelns sein. Nur so ist der Bestand des Staates, ist das Allgemeinwohl gesichert. Dienst am Staate, Dienst am Volk, Dienst an der Gemeinschaft. Wer denkt da nicht auch an den großen Preußenkönig, der nichts als der erste, der eifrigste Diener des Staates sein wollte und war.“¹

Freilich war sein Preußentum von Anfang an republikanisch und demokratisch eingefärbt, was schon daran deutlich wurde, dass er sich als Student in der Weimarer Republik für die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) Gustav Stresemanns engagiert hatte.

Im Grunde hat Gerhard Schröder diese Neigung zum „Dienst am Staate“ immer bewahrt, auch wenn er sich im Dritten Reich für eine Karriere als Anwalt und damit bewusst gegen den Dienst am nationalsozialistischen Staate entschieden hatte. Aber schon bei der ersten Gelegenheit nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft griff er zu, als ihn im Herbst 1945 das Angebot erreichte, in Düsseldorf im Stab des Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, Hans Fuchs, eines alten Verwaltungsfachmanns, den Schröder sehr bewunderte, anzufangen. Nach der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde er Oberregierungsrat im Innenministerium von NRW, wo er aber schon ein Jahr später wieder ausschied, aufgrund von Differenzen mit dem sozialdemokratischen Minister Walter Menzel, der ironischer Weise später als Vorsitzender des Bundestagsausschusses zum Schutze der Verfassung sein politischer Gegenspieler wurde. Zwar hatte Schröder seit 1949 in der Bundestagsfraktion der CDU einen schnellen Aufstieg zum stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion erlebt, aber Staatsdienst – das war eben für ihn in erster Linie die Exekutive. Insofern war die Berufung an die Spitze des Innenministeriums auch so etwas wie eine Heimkehr in die Exekutive. Gestaltende Politik, so hatte er es mehrfach postuliert, ließ sich in erster Linie aus der Regierung verwirklichen. Damit war freilich die Versuchung verbunden, von der Regierungsbank aus die Bedeutung von Fraktion und Partei zu unter-, ja gering zu schätzen. Das Spannungsfeld zwischen Staat und Partei wurde von nun an ein Schröders Karriere prägendes Element. Klagen der Unionsfraktion, dass sie sich von Minister Schröder vernachlässigt fühlte, begleiteten seinen weiteren Weg.

Aber nicht nur von seiner Sozialisation her, auch inhaltlich passte Schröder ideal in dieses Ministerium. Schon 1949 hatte er im Zusammenhang mit der Reformdiskussion um die zukünftige Stellung des Berufsbeamtentums die

1 Der Aufsatz ist als Fotokopie im Nachlass enthalten, in: ACDP 01-483-095/2.

Frage „Kann und soll das traditionelle deutsche Berufsbeamtentum heute noch aufrechterhalten werden?“ unter der Voraussetzung, dass es an die parlamentarische Demokratie angepasst würde, d. h. die Loyalität der Beamten zur neuen Staatsform sichergestellt sei, grundsätzlich positiv beantwortet. Warum? „Weil das Berufsbeamtentum, wenn die Beamten richtig vorgebildet, qualitativ gesehen und zu einem gesteigerten Pflicht- und Verantwortungsgefühl erzogen werden, für unser Staatsleben einen hervorragenden (und sehr notwendigen) Integrationsfaktor abgibt.“²

Dieses Bekenntnis zum Berufsbeamtentum ist typisch für Schröders Staatsgesinnung, in der der Staat als eigenständige Größe jenseits der politischen Parteien existierte; freilich war es für einen liberalkonservativen Unionspolitiker natürlich auch relativ einfach, sich für einen über den Parteien stehenden Staat auszusprechen, solange dessen Beamte im Großen und Ganzen dieselbe liberalkonservative Gesinnung teilten.

Schröder jedenfalls sprach dieselbe Sprache wie die Beamten im Ministerium, und das half ihm, neben einem energischen, aber kooperativen Führungsstil, schnell Anerkennung und Respekt zu finden trotz seiner relativen „Jugend“ (auch wenn der Staatssekretär Ritter von Lex im kleinen Kreis gelegentlich von „Herrn Junginger“ sprach, wenn der Minister gemeint war). Das war auch nötig, denn er hatte ein enorm großes Haus zu führen, das neben den eigentlichen Kernaufgaben in den Bereichen Verfassung, Staatsrecht und Verwaltung sowie der inneren Sicherheit im weitesten Sinne für eine ganze Reihe von Dingen zuständig war, aus denen später eigenständige Ministerien hervorgingen: Wissenschaft und Forschung, insbesondere auch die Atomforschung, Jugend, Gesundheit, Soziales und Fürsorge, Frauen, Umwelt, Kultur. Lediglich die Abteilung „Familie“ war schon bei der Kabinettsbildung 1953, als Schröder das Ministerium übernahm, ausgegliedert und verselbständigt worden.

Von den genannten Zuständigkeiten, die später verloren gingen, nahm Schröder die für die Jugend besonders ernst. Dabei ging es um inhaltliche Fragen wie die Begabtenförderung, aber vor allem war die Jugend für den Minister der Ansatzpunkt für die Entwicklung einer demokratischen Staatsgesinnung; deshalb hat er sich bei vielen Gelegenheiten in Reden immer wieder an die Jugend gewandt. Dies kam bereits in seiner ersten programmatischen Rede nach der Amtsübernahme, die er am 22. Oktober 1953 im Hessischen Rundfunk hielt, zum Ausdruck: „Nicht die Regierung und nicht das Parlament machen allein oder zusammen den Staat aus. Die junge Generation vor allem muss der Träger des Staatsgedankens sein. In ihren Herzen muss

2 Gerhard Schröder: „Kann und soll das traditionelle deutsche Berufsbeamtentum heute noch aufrechterhalten werden?“, in: Die Wandlung vom 10. Januar 1949, Manuskript, in: ACDP 01-483-133/2.

der Wille leben, im Staate mitarbeiten zu können. Darum sehe ich es als eine wichtige Aufgabe der Staatsführung an, durch politische Bildungsarbeit auf breiter Basis der heranwachsenden Jugend die Möglichkeit zu verschaffen, ... politisch mitdenken und mit handeln zu können.“³

Der Staat, das war für Schröder das demokratische Gemeinwesen als Ganzes. So formulierte er in einer programmatischen Rede vor der Hauptversammlung des Bundesjugendringes im Kaisersaal des Hamburger Rathauses 1954, dass die Jugend „früh das Ganze sehen und ihre Verantwortung für das Ganze“ erkennen müsse.⁴

Für Schröder war diese demokratische Staatsgesinnung Voraussetzung für das Gelingen der zweiten deutschen Demokratie; immer wieder warnte er davor, allein das wirtschaftlich-materielle Wohlergehen in den Mittelpunkt zu stellen und vor einem Leben „von einem Radio-, Kühlschranks- und Motorradprospekt zum anderen“, vor den Verlockungen eines allzu „schnell erworbenen Wohlstandes“ und dem „Dauertanz ums goldene Kalb“.⁵ Doch es gab auch konkretere politische Zwecke, auf die er in seinen Reden abzielte. Zum einen befürchtete er, dass die westdeutsche Bevölkerung der geistigen Auseinandersetzung mit dem „Bolschewismus“ – und das war nun einmal das große Thema in dieser frühen Phase des Kalten Krieges – ohne eine Staatsgesinnung, die nicht über bloßen Materialismus hinaus ging, nicht gewachsen sein würde. Zum anderen hatte der Appell an das Gemeinschaftsbewusstsein und die damit verbundenen Rechte, aber auch Pflichten einen weiteren konkreten Hintergrund, nämlich die Überwindung des sogenannten „Ohne-mich“-Standpunkts in der Wehrfrage. Die (männliche) Jugend sollte auf die bevorstehende Einführung der Wehrpflicht vorbereitet werden. Es wäre jedoch falsch, Schröders Staats- und Gemeinschaftsrhetorik allein auf diese zweckrationalen Aspekte zu verkürzen. Dazu war dieses Thema viel zu sehr in seiner Biographie verankert.

3 „Leitmotiv: Gesundheit – Arbeit – innerer und äußerer Frieden“. Rede vom 22. Oktober 1953, in: ACDP 01-483-134/1. Abgedruckt in: Bulletin, Nr. 204, 24. Oktober 1953, S. 169f.

4 „Was erwartet der Staat von seiner Jugend?“ war der Titel der programmatischen Rede, die Schröder am 19. November 1953, also noch ziemlich am Anfang seiner Amtszeit, vor der Hauptversammlung des Deutschen Bundesjugendringes im Kaisersaal des Hamburger Rathauses hielt, in: ACDP 01-483-134/1; die Rede ist mehrfach gedruckt worden: Bulletin Nr. 222 vom 20. November 1953, S. 1841–1843 sowie in: Gerhard Schröder: Freie Jugend im freien Staat. Reden über die Pflichten des Staatsbürgers. Hg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn 1958, S. 9–16.

5 Das erste Zitat stammt aus der eben zitierten Rede vom 19. November 1953, in: ACDP 01-483-134/1, das zweite aus dem Artikel „Mit anpacken!“ in: Rheinische Post, 1. Januar 1955, in: ACDP 01-483-136/1.

Heute, da vom Staat meist nur noch die Rede ist, wenn es entweder um Sozialleistungen oder um dessen schwindende Souveränität in entgrenzten Demokratien und Mehrebenensystemen geht, wirkt der Duktus von Schröders Reden vielleicht fremd und sehr zeitgebunden. Das ist bei näherem Hinsehen jedoch ganz falsch: Anfang der 1960er Jahre veröffentlichten zwei amerikanische Politologen, Gabriel Almond und Sidney Verba, eine inzwischen zu einem Klassiker gewordene Studie, in der die politische Kultur in fünf Ländern, darunter die Bundesrepublik, verglichen wurde.⁶ Für Deutschland kamen sie unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerung zwar auf der kognitiven Ebene vergleichsweise gut über das politische System informiert sei und aus einem gewissen Pflichtbewusstsein auch mehr als anderswo an Wahlen teilnehme, aber es fehle auf der affektiv-emotionalen Ebene an Bindung an den Staat und an das demokratische System, die für die Verwurzelung und damit die Stabilität der Demokratie absolut essentiell seien – um nichts anderes ging es Schröder im Grunde auch, wenn auch in einer etwas anderen Begrifflichkeit. Und vor ähnlichen Problemen stehen wir heute wieder, wo zwar einerseits viel von neuer Bürgerlichkeit und neuem Patriotismus die Rede ist, andererseits aber ganze Bevölkerungsschichten, und zwar keineswegs nur solche mit Migrationshintergrund, sich von der Politik und der Demokratie komplett abkoppeln. Vor diesem Hintergrund ist der Schrödersche Diskurs von der Staatsgesinnung gar nicht so altbacken, wie er vielleicht auf den ersten Blick wirken mag.

Die Ursache für die Probleme der Verwurzelung der Demokratie in Deutschland lag wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus natürlich auf der Hand. Wenn man sich die entsprechenden Reden von Schröder der 1950er Jahre anschaut, so ist dort immer wieder von der Aufgabe die Rede, „unser Geschichtsbewußtsein zu läutern, zu wandeln und zu vertiefen. Denn geschichtliches Bewußtsein und Staatsgefühl eines Volkes entsprechen einander. Beide sind den Verwüstungen zum Opfer gefallen, die das deutsche Volk an Leib und Seele erlitten hat. Wir müssen sie pfleglich wiederaufrichten.“⁷

An anderer Stelle drückte er es so aus: „Zur ‚Bewältigung der Vergangenheit‘ gehört auch die Heilung aller alten Wunden, sowohl aus der Zeit vor 1945 wie nach 1945. 13 Jahre nach den Schrecken des nationalsozialistischen Systems und des Krieges und 10 Jahre nach den Übertreibungen des alliierten

6 Gabriel A. Almond/Sidney Verba: *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton 1963.

7 Rede gehalten bei der Gedenkfeier für den Reichsfreiherrn vom und zum Stein in Münster am 29. Juni 1956, in: ACDP 01-483-135/2; teilweise abgedruckt in: Gerhard Schröder: *Wir brauchen eine heile Welt. Politik in und für Deutschland*. Hg. und bearb. von Alfred Rapp. Düsseldorf u. a. 1963, S. 101–103, Zitat S. 101f.

Säuberungssystems sollte es keine Diskriminierung irgendwelcher Art mehr geben, zumindest nicht gegen solche, die heute unsere freiheitliche Ordnung bejahen und die Gesetze achten.“⁸

Auch wenn das letzte Zitat etwas nach „Schlusstrich“ klingt, ging es ihm nicht unbedingt um Verdrängung der Vergangenheit, aber doch um Versöhnung und Heilung; das schloss die Aufarbeitung durch Institutionen wie dem Institut für Zeitgeschichte und der Bundeszentrale für Heimatdienst nicht aus, im Gegenteil, aber es ging Schröder eben in erster Linie um die Deutschen und weniger um die Opfer der deutschen Verbrechen.

Eine deutliche Änderung im Ton seiner Reden zu diesem Thema war jedoch Ende 1959 zu erkennen, und zwar in seiner Reaktion auf die damals national und international aufsehenerregenden Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge. Anders als manchen in CDU und CSU reichte ihm die polizeiliche Aufklärung der Tat, die ergeben hatte, dass die jugendlichen Täter einen rechtsradikalen Hintergrund, aber auch Verbindungen in die DDR hatten, nicht aus. Namentlich Franz Josef Strauß betonte, dass das Ereignis der sowjetischen Propaganda „eine diebische Freude“ bereite,⁹ und wollte mit der altbekannten antikommunistischen Gegenpropaganda reagieren.

Schröder reagierte zugleich vorsichtiger und abgewogener. In seiner Bundestagsrede vom 18. Februar 1960 sprach er wie schon früher davon, dass die Geschichtswissenschaft mit der Erforschung des Nationalsozialismus „zur Wiederherstellung eines ausgewogenen nationalen Selbstbewußtseins ... der Deutschen“ beitragen könne.¹⁰ Aber daneben sagte er auch Dinge, die man so vorher von ihm noch nicht gehört hatte. So sann er darüber nach, warum das Wissen um die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes in der jungen Generation trotz der Aufklärungsarbeit der erwähnten Institutionen und trotz der politischen Bildungsarbeit in den Schulen so ungenügend sei. Er wollte dies nicht den Lehrern allein vorwerfen: „Die Abwehr manchen Elternhauses gegen die vermeintliche Aufforderung der Schule an die Kinder, mit ihren Vätern unerbittlich ins Gericht zu gehen; das *Vergessen-Wollen* und das *Verdrängen-Wollen* der älteren Generation, die übrigens nicht nur das Kapitel ‚Drittes Reich‘ aus ihrer Erinnerung löschte, sondern die Historie überhaupt.“

Zustimmend zitierte er Hannah Arendt, die bei der Entgegennahme des Hamburger Lessing-Preises über die Schwierigkeiten der Vergangenheits-

8 Referat auf der Tagung des Politischen Seminars der Staatsbürgerlichen Vereinigung in Schloss Auel vom 4. März 1958, in: ACDP 01-483-137/2, Manuskriptseite 12.

9 Auszug aus dem Protokoll der Fraktionssitzung vom 19. Januar 1960, in: ACDP 01-483-022/3.

10 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 45, S. 5579 (auch die folgenden Zitate).

bewältigung gesprochen hatte, die daraus resultierten, dass das NS-Regime es verstanden habe, alle – Mitläufer, Parteimitglieder und innere Emigranten – in Schuld zu verstricken. Das höchste, was man an Bewältigung erreichen könne, sei „zu wissen und auszuhalten“. Dieses Wissen aber sei, „moralische Verpflichtung und politische Notwendigkeit“. Damit waren die bis heute zentralen Topoi der Vergangenheitsbewältigung angesprochen: Ablehnung von Verdrängung sowie Bewältigung als moralische Verpflichtung zur Erinnerung. Offenbar hatte Schröder durchaus ein Sensorium für sich wandelnde gesellschaftliche Bedürfnisse hinsichtlich der Aufarbeitung der Vergangenheit.

Aber damit ist schon fast das Ende von Schröders Amtszeit als Innenminister erreicht, ohne dass der wesentliche Aspekt dieser Amtszeit mehr als nur am Rande gestreift worden wäre, der Kalte Krieg. Als Innenminister war Gerhard Schröder natürlich in erster Linie für die innere Sicherheit zuständig, die in vielfacher Hinsicht mit dem Kalten Krieg und der deutschen Teilung zu tun hatte. Zu denken ist hier an die Zuständigkeit des Ministers für den Verfassungsschutz, was 1954 zur ersten großen Krise seiner Amtszeit wurde, als der Präsident des Bundesamtes, Otto John, verschwand und in der DDR wieder auftauchte – heute scheint einigermaßen gesichert zu sein, dass Schröders erste Reaktion, das für eine Entführung zu halten, wohl richtig war. Zur Zuständigkeit des Innenministeriums gehörte auch der Bundesgrenzschutz, der bei der Aufstellung der Bundeswehr arg dezimiert wurde, was zu einigen Auseinandersetzungen mit Verteidigungsminister Strauß führte. Ein weiterer, wichtiger Komplex im Zusammenhang von innerer Sicherheit und Kaltem Krieg waren die Notstandsgesetze. Schröder scheiterte mit seinem Versuch, zu der dafür notwendigen Verfassungsänderung zu kommen, an der Opposition im Bundestag, die ihn insbesondere wegen seines Wortes vom Notstand als „Stunde der Exekutive“ heftig kritisierte. Aber wenn man sich mit dem Begriff der „wehrhaften Demokratie“ beschäftigen will, dann stehen vor allem die Parteiverbote der 1950er Jahre im Vordergrund.

Die Verbotsanträge der Bundesregierung gegen beide extreme Parteien, Sozialistische Reichspartei Deutschlands (SRP) und Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), waren bereits im November 1951 beim Bundesverfassungsgericht gestellt worden, fast zwei Jahre vor Schröders Amtsantritt. Während das Verbot der SRP schon knapp ein Jahr später erfolgte, dauerte es im Falle der KPD bis zum Sommer 1956. In die eigentliche Prozessführung hat er sich wenig eingemischt; dies oblag der Verantwortung des Staatssekretärs von Lex, den Schröder in diesem Bereich weitgehend selbstständig agieren ließ.

Wenn Schröder sich in dieses Verfahren nicht weiter persönlich einschaltete, so bedeutet dies indes nicht, dass er sich davon distanziert hätte. Im Gegenteil; in zahlreichen öffentlichen Reden setzte er sich mit der Kritik am KPD-Prozess

auseinander und ließ keinen Zweifel daran, dass er diesen für richtig und notwendig hielt. Dem Einwand, der selbst im Kabinett erhoben worden war, es sei besser, die KPD offen agieren zu lassen, da sie verdeckt gefährlicher sei, hielt Schröder entgegen, „daß die Bundesregierung nach dem Grundgesetz die Verpflichtung hat, gegen verfassungswidrige Parteien vorzugehen; sie kann es sich nicht leisten, unter Mißachtung des Grundgesetzes in Ruhe zuzusehen, wie ein nicht zu unterschätzender Gegner gefährliche Minierstollen gegen die innere Ordnung der Bundesrepublik vorzutreiben sucht. Im übrigen: Man kann nicht eine rechtsradikale Partei verbieten und eine noch gefährlichere linksradikale Partei verschonen.“¹¹

Sein Antitotalitarismus führte Schröder auch dazu, beide extreme Parteien, SRP und KPD, mit derselben Elle zu messen und das KPD-Verbot immer wieder mit dem bereits erfolgten Verbot der SRP zu begründen. Die KPD hielt er für gefährlicher, weil diese die Unterstützung der DDR im Rücken hatte. Zugleich orientierte er sich damit strikt am Legalitätsprinzip mit dem Ziel, eine rechtliche Handhabe zu bekommen, „aktiv gegen die KPD vorzugehen ..., ihre Tarnorganisationen, die kommunistische Presse und die sonstigen Propagandaorgane ... mit allen zulässigen Mitteln des Rechtsstaates auszuschalten.“ Denn: „Der Staatsfeind ist nie geschlagen, mag auch zuweilen sein Angriffsschwung gelähmt erscheinen. Die grundlegende ideologische Konzeption des Kommunismus ist die eines weltumspannenden Kampfes, der letztlich nur durch Gewalt entschieden werden und, nach der Dialektik der Geschichte, nur mit dem Siege des Kommunismus enden könne. Wer den Marsch dieser militanten Ideologie allein mit wirtschaftlicher Prosperität, mit Motorrollern und Musiktruhen aufhalten will, der ist auf dem Holzweg.“¹²

Hatte in den ersten Jahren von Schröders politischem Wirken mit den beiden großen Themen Wahlrecht und Mitbestimmung der politik- und gesellschaftsreformerische Wille im Vordergrund gestanden, so lag nunmehr, vor allem natürlich dem Amt geschuldet, der Akzent stärker auf der Abwehr der kommunistischen Bedrohung mit den repressiven Mitteln, die der Rechtsstaat unter den Bedingungen der wehrhaften Demokratie zur Verfügung stellte.

Auch wenn Innenminister Schröder sich nur wenig am eigentlichen Verbotsprozess beteiligte, so war er doch sehr direkt mit den Folgen des Urteils konfrontiert und an den Debatten beteiligt, die sich daran anschlossen. Schon am Tag der Urteilsverkündung erklärte der Innenminister, dass jeder „Versuch der Kommunisten ... ihre Tätigkeit offen oder getarnt fortzusetzen“, unterbunden würde.

11 Rede vor dem Wirtschaftsbeirat der Union, 7. November 1955, in: ACDP 01-483-135/1.

12 Rede „Alarmzeichen, die zu denken geben“ vom 30. Dezember 1955, in: ACDP 01-483-136/1, abgedruckt in: Bulletin, Nr. 244, S. 2401.

Aber ganz so einfach war es nicht, denn durch die deutsche Teilung wurde die Materie kompliziert. In der DDR war eine Reihe von politischen Häftlingen amnestiert worden, und es bestand in der Bundesrepublik, etwa im Bundestagsausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, die Hoffnung, mit Hilfe einer Amnestie politischer Straftaten, die in erster Linie Angehörige der KPD betroffen hätte, zu einer Erleichterung der Lage der verbliebenen politischen Häftlinge in der DDR beitragen zu können. Deshalb sprach sich der Bundesjustizminister Fritz Neumayer (FDP) sehr vorsichtig, aber letztlich doch eindeutig für eine Amnestie in Form eines Straffreiheitsgesetzes für politische Delikte aus, die sich auf die Zeit vor dem Verbotsurteil bezogen.

Im Innenministerium stieß dieser Vorstoß auf wenig Gegenliebe. Staatssekretär Lex teilte die Sicht des Justizministeriums gar nicht, und Schröder schloss sich der Auffassung seines Staatssekretärs an und schrieb in diesem Sinne an den Bundeskanzler: „Ich fürchte, daß der Bequemlichkeitsdruck ... in Richtung ‚Amnestie‘ drängt. Eine Amnestie aber würde die Wirkung des Verbots der KPD außerordentlich abschwächen und die Bekämpfung der von draußen gesteuerten illegalen KP-Tätigkeit sehr beträchtlich erschweren. Ich bin daher der Meinung, daß die Bundesregierung sich klipp und klar gegen eine Amnestie wenden sollte ...“.¹³ Im Kabinett konnte Schröder sich mit seiner Position durchsetzen. Eine Amnestie wurde zwar abgelehnt, ein im Einzelfall großzügiges Vorgehen aber ausdrücklich befürwortet. Trotz dieses ersten Erfolges seiner Linie befürchtete Schröder, dass Initiativen des Bundestags für eine Amnestie erfolgreich sein könnten. Tatsächlich kündigte Thomas Dehler, der Partei- und Fraktionsvorsitzende der FDP, wenig später an, dass seine Fraktion einen Entwurf für ein Straffreiheitsgesetz im Bundestag einbringen werde. Seine Fraktion sei „dabei im Gegensatz zu dem Herrn Bundesinnenminister vom Vertrauen zu der inneren Stärke zur Bundesrepublik getragen. Sie hat nicht wie er den Glauben, daß Unsicherheit über uns kommt, wenn 36 Menschen aus der Haft entlassen und etliche Hunderte mehr oder weniger fragwürdige Strafverfahren eingestellt werden.“¹⁴ Dass der Angriff gegen die Haltung des Innenministers gerade von der FDP kam, war wenig überraschend, denn die Liberalen waren inzwischen aus der bürgerlichen Koalition ausgeschieden.

Am 4. April 1957 wurde der Amnestiegesetzentwurf im Bundestag debattiert. Dabei kam es zu einem ganz unerwarteten Eklat. Schröder hatte in seiner Rede die Vorgeschichte der Amnestiediskussion einseitig und etwas

13 Schröder an Adenauer vom 5. Oktober 1956, in: ACDP 01-483-288/1.

14 FDP-Informationsdienst vom 23. Oktober 1956, S. 5f., Zitat S. 6, Exemplar in: ACDP 01-483-083/2.

polemisch verkürzt dargestellt. Sie habe im Herbst 1955 mit einer koordinierten Kampagne von SED und KPD begonnen, die sich bereits fast ein Jahr vor dem Verbotsurteil für die Freilassung der inhaftierten kommunistischen Funktionäre eingesetzt hätten. Ziel der Kampagne sei es in Wirklichkeit jedoch gewesen, die Bundesrepublik zu diskreditieren und zudem eine gewisse Wirkung bei der Bundestagswahl des Jahres 1957 zu entfalten. Im Übrigen enthielten weder die Rede Schröders noch der Rest der Debatte wesentliche neue Argumente – bis der Abgeordnete Herbert Wehner ans Rednerpult trat. Wehner warf dem Innenminister vor, eine Legende zu verbreiten. Der Gedanke der Amnestie als „Mittel zur Entspannung der innerdeutschen Gegensätze“ sei in der nächtlichen Bundestagssitzung vom 3. Mai 1956 von der SPD ins Spiel gebracht worden und habe Unterstützung aus allen Fraktionen erfahren. Ausführlich zitierte Wehner aus der damaligen Sitzung die Stellungnahmen von FDP- und CDU-Abgeordneten, die alle den Gedanken, dass durch eine Amnestie die Lage der politischen Gefangenen der SBZ zu verbessern sei, unterstützt hätten. Der Ausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen – Wehner war dessen Vorsitzender – habe sogar einstimmig für die Vorlage eines Straffreiheitsgesetzes gestimmt. Provoziert von einigen Zwischenrufen fuhr Wehner fort: „Das, meine Damen und Herren, war der Ausgangspunkt jener Forderung, der Ausgangspunkt für den Versuch, ein Straffreiheitsgesetz, ein Amnestiegesetz zustande zu bringen, und es war – ich sage es noch einmal – nicht so, wie es in der uns heute hier vorgetragenen Legende scheinen soll ... Man könnte beinahe an die Konstruktionen des Anklägers Wyschinski denken, vom Format abgesehen, wenn man das hier sieht.“¹⁵

Dieser Vergleich des Bundesinnenministers mit Stalins willigem Werkzeug in den Moskauer Schauprozessen löste in der Unionsfraktion Empörung aus; es kam zu erregten Zwischenrufen und tumultartigen Szenen, ein Teil der Unionsfraktion verließ unter Protest den Plenarsaal. Wehner hatte Glück, dass der präsidierende Bundestagsvizepräsident den Satz nicht genau verstanden hatte, und ersparte sich so einen Ordnungsruf oder gar eine Ordnungsstrafe.

Direkt nachdem Wehner seine Rede beendet hatte, ergriff Schröder noch einmal das Wort und forderte Wehner auf, die Tatsachen, die er, Schröder, referiert habe, zu widerlegen, und verwahrte sich dann gegen dessen Äußerung: „Ich will dem Herrn Kollegen Wehner in diesen Tagen auch persönlicher Erlebnisse für ihn allerhand zugute halten. Und trotzdem glaube ich nicht, daß er selbst in einer so geradezu gespenstischen Weise die Schatten seiner Vergangenheit beschwören sollte. Ich neide dem Herrn Kollegen Wehner die-

15 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 36, S. 11456–11460.

se hohe Einschätzung des Anklägers Wyschinski nicht. Seine Kenntnis von ihm ist größer als meine. Ich verahre mich aber dagegen, daß dieser Mann im Zusammenhang mit mir genannt wird.“ Damit spielte er auf Wehners Vergangenheit als KPD-Funktionär an und provozierte wütende Zwischenrufe. Im Protokoll der Sitzung wurden unter anderem der Zwischenruf des SPD-Abgeordneten Wittrock „Sie haben heute noch die geistigen SA-Stiefel an!“ und weitere nicht zugeordnete Zurufe von der SPD „Ihnen fehlt nur der schwarze Schnurrbart!“ sowie „Führer eines SA-Rollkommandos, aber nicht Innenminister“ verzeichnet.

Aus heutiger Sicht wirkt dies eher wie eine anekdotische Episode. Aber sie wirft ein Licht auf zweierlei: zum einen auf den zum Teil sehr ruppigen Stil der Debatte und der aufrechnenden Art der Vergangenheitsbewältigung, gewissermaßen nach dem Motto, „schlägst du meinen alten Kommunisten, schlag ich deinen alten Nazi“. Wobei nicht genug betont werden kann, dass Schröder *kein* alter Nazi war. Er war zwar als Referendar, als es für ihn darum ging, seine Berufsausbildung abschließen zu können, der SA und der NSDAP beigetreten, hatte die SA aber schon wenig später verlassen und war aus der NSDAP 1941, auf dem Höhepunkt von Hitlers Macht, ausgetreten, um seine Verlobte Brigitte, die teilweise jüdischer Abstammung war, heiraten zu können. Zum anderen zeigt dieser Vorfall schlaglichtartig Schröders besondere Stärke, die Schlagfertigkeit in der parlamentarischen Debatte, in Rede und Gegenrede, die auch seiner besonderen Vorliebe für das „Forensische“ an der Politik entsprach, was wiederum mit seiner Vergangenheit als Anwalt zu tun hatte.

Wehners Äußerung, die, wie er später in einem Entschuldigungsbrief schrieb, infolge seiner „inneren Erregung“ gefallen sei,¹⁶ war natürlich nicht nur schlechter Stil, sondern auch ein politischer Fehler, denn er lieferte der CDU im Wahlkampfsjahr 1957 eine willkommene Gelegenheit, sich in ihrer Propaganda auf den ‚heimlichen Parteivorsitzenden‘ der SPD, den früheren Kommunisten Herbert Wehner einzuschießen. Zugleich wurde Schröder im Wahlkampf erstmals überregional herausgestellt; auf seinem Wahlplakat wurde der Erhardsche Buchtitel und Wahlslogan „Wohlstand für alle“ in „Sicherheit für alle“ umgemünzt.

Diese polarisierende Art der Auseinandersetzung mit der SPD war im Übrigen ganz nach dem Geschmack Adenauers. So ist es kaum überraschend, dass Schröder sich nach der Wahl an der Seite Adenauers wiederfand, als in der Unionsfraktion darüber gestritten wurde, ob man Wehners schriftliche Entschuldigung bei Schröder als hinreichend für dessen Wiederwahl zum Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses akzeptieren solle. Adenauer,

16 Wehner an Schröder vom 7. November 1957, in: ACDP 01-483-098/2.

Schröder und einige andere waren mit Blick auf die Rolle, die der „Fall Wehner“ im Wahlkampf gespielt hatte, unversöhnlich. Aber in der hart umkämpften Fraktionsabstimmung Ende November unterlagen sie knapp. Vor allem der Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone und Kurt Georg Kiesinger waren die Exponenten derjenigen, die das Verhältnis zur SPD entkrampfen wollten – interessanterweise genau diejenigen, die knapp zehn Jahre später zum Architekten bzw. sogar zum Kanzler der Großen Koalition werden sollten.

Schröders öffentliches Image wurde durch diese Kontroversen nachhaltig geprägt. Auch in seiner zweiten Amtszeit von 1957 bis 1961 tat er nichts, um von dem Bild des harten, allein auf die Staatssicherheit bedachten Innenpolitikers loszukommen, sondern er tat das, was er für seine Pflicht hielt. Ob es um das Verbot der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, einer kommunistisch unterwanderte Organisation, oder der Deutschen Friedensunion ging, stets profilierte er sich als Vertreter einer harten Linie, mit der er zwar Anerkennung für seine Kompetenz, aber keine Popularität in der Öffentlichkeit erwerben konnte. Erst 1961, mit dem Wechsel ins Auswärtige Amt, vollzog sich die für manche Zeitgenossen geradezu wundersame Verwandlung Gerhard Schröders in einen sehr viel konzilianteren, auf überparteilichen Konsens in der Außenpolitik Wert legenden Politiker, der plötzlich auch in der Öffentlichkeit an Beliebtheit gewann. Aber damit sind wir bereits beim nächsten Thema, dem Außenpolitiker Gerhard Schröder, angelangt.

Zwischen Mauerbau und NATO-Doppelbeschluss: Der Außen- und Sicherheitspolitiker Gerhard Schröder

Joachim Wintzer

Dieser Beitrag¹ befasst sich mit dem Abschnitt der Biographie von Gerhard Schröder, in welchem der CDU-Politiker in unterschiedlichen Funktionen zu einem der führenden Außenpolitiker der alten Bundesrepublik avancierte. Dabei übte er maßgeblichen Einfluss auf die Formulierung der Außenpolitik aus und wirkte auf die innenpolitische Auseinandersetzung um die Außenpolitik ein. Der hier betrachtete Zeitraum umfasst die Amtszeiten des Außenministers Schröder von 1961 bis 1966 und die des Verteidigungsministers von 1966 bis 1969, in denen er als Repräsentant der Exekutive fungierte. In den Legislaturperioden, in denen sich die Unionsparteien CDU und CSU in der Opposition befanden und die von der sozial-liberalen Koalition betriebene Außenpolitik bekämpften, hatte der Christdemokrat als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses von 1969 bis zum Jahre 1980 eines der wenigen Ämter mit außenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten inne.

Zu Schröders Wirken als Bundesminister des Auswärtigen liegen bereits zwei Studien vor. Torsten Oppelland hat in seiner Biographie² die Ministerzeit unter den Bundeskanzlern Konrad Adenauer und Ludwig Erhard ausführlich untersucht – wie ebenso Franz Eibl in seiner Monographie.³ Da Schröders Tätigkeit als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bisher noch nicht zusammenfassend gewürdigt worden ist, wird diese Facette des Außenpolitikers Schröder ausführlich dargestellt werden. Durch die von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien edierten Protokolle lässt sich das Wirken des Parlamentariers Schröder nun en detail nachzeichnen.⁴

Der Überblick beginnt mit der Darstellung der Besonderheiten der deutschen Außenpolitik. Eine Betrachtung des Außenpolitikers Schröder wäre un-

1 Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, den der Verfasser auf der Veranstaltung „Dem Staate verpflichtet“ zum 100. Geburtstag von Gerhard Schröder am 9. September 2010 in Bonn gehalten hat.

2 Vgl. Torsten Oppelland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002.

3 Vgl. Franz Eibl: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966. München 2001.

4 Vgl. dazu: Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1969–1972. 2 Teilbde. Bearb. von Joachim Wintzer und Wolfgang Hölscher. Düsseldorf 2007; Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1972–1976. 2 Teilbde. Bearb. von Wolfgang Hölscher und Joachim Wintzer. Düsseldorf 2010. Die Edition der achten Wahlperiode 1976–1980 ist derzeit in Bearbeitung.

vollständig, wenn nicht jeweils auf die Karrierechancen hingewiesen würde, welche sich Schröder eröffneten. Ferner wird die innenpolitische Auseinandersetzung über die Außenpolitik Berücksichtigung finden.

Von der Innen- zur Außenpolitik

Durch den Beitrag von Torsten Oppelland in diesem Band⁵ wird anschaulich dargelegt, wie Gerhard Schröder aufgrund der eigentümlichen Rechtslage Deutschlands bereits in seiner Amtszeit als Innenminister Außen- und Sicherheitspolitik betreiben konnte und musste. Außenpolitik bezeichnet die Beziehungen eines souveränen Staates zu anderen Staaten. Für die besondere Lage der Bundesrepublik war kennzeichnend, dass die analytische Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik keine Geltung hatte: Die Wehrmacht hatte im Zweiten Weltkrieg bedingungslos kapitulieren müssen. Die Koalition angeführt von den vier Siegermächten Vereinigte Staaten von Amerika, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich übernahm die „oberste Gewalt“. Im Potsdamer Abkommen vom 1. August 1945 einigten sich die Siegermächte auf die Grundlagen einer gemeinsamen Besatzungsherrschaft.⁶ Die weit reichenden Entscheidungen betrafen bekanntlich auch die Grenzen. Ausgehend vom Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 wurden die deutschen Ostgebiete der polnischen Verwaltung übergeben. Diese Entscheidungen waren indes nicht endgültig, sondern sollten – wie es im Völkerrecht üblich war – in einem Friedensvertrag unter deutscher Beteiligung geregelt werden. Bei der Konferenz in Potsdam saß kein Vertreter der Deutschen am Verhandlungstisch. Die Juristen bezeichnen eine derartige Maßnahme als eine „res inter alios acta“, also eine Angelegenheit, die zwischen Vertragspartnern vereinbart wurde, andere aber nicht binden kann. Es ist ein Wesensmerkmal der deutschen Außenpolitik, dass einige ihrer bedeutendsten Vertreter wie Schröder, Konrad Adenauer, Karl Carstens, Walter Hallstein und Wilhelm Grewe Juristen bzw. Völkerrechtler waren.

Bezeichnend für das Selbstverständnis der Bundesrepublik war ferner, dass der westliche Teilstaat das Verhältnis zum anderen deutschen Staat, der DDR, nicht als Außenpolitik betrachtete. Die Deutschlandpolitik – die Beziehungen

5 Zum Beitrag „Wehrhafte Demokratie und demokratisches Staatsbewusstsein: Der Bundesminister des Innern in der Regierung Adenauer“ vgl. S. 125–137.

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, S. 2101–2148.

zum anderen deutschen Staat, der DDR – fiel aus rechtlichen Gründen ressortmäßig nicht in die Kompetenz des Auswärtigen Amts.

Das Engagement des Innenminister Schröder für eine grundgesetzliche Regelung der Notstands hatte zum Ziel, die Rechte der alliierten Siegermächte – also ausländischer Staaten – in der Bundesrepublik Deutschland durch Gesetzgebung zu beschränken.⁷ Schröder selbst hat seine Zeit im Innenministerium als „Ministerentwicklungsstelle“ bezeichnet. Schon damals galt sein Interesse der auswärtigen Politik.

Die außenpolitischen Rahmenbedingungen 1961

Die internationalen Rahmenbedingungen änderten sich in dem Jahr, in dem Gerhard Schröder Bundesminister des Auswärtigen wurde. Durch den Mauerbau vom 13. August 1961 hatte die DDR einräumen müssen, dass sie ihre Existenz nur aufrechterhalten konnte, wenn sie ihren Bürgern die Ausreise verwehrte, sie einsperrte. Dieser Erfolg der Bundesrepublik mit ihrem „Schaufenster“ West-Berlin in der Konkurrenz der beiden Systeme führte indes nicht zum erhofften Ziel, der Wiedervereinigung.

Der Mauerbau hatte zu einer Ernüchterung über den amerikanischen Verbündeten geführt. Wie konnten die mächtigen USA es hinnehmen, dass der freie Verkehr zwischen den Sektorengrenzen von den Machthabern in der „Zone“ eingeschränkt wurde? Die neue Administration von Präsident John F. Kennedy war verständlicherweise nicht bereit, eine militärische Auseinandersetzung mit unbekanntem Folgen für den freien Transfer zwischen den Sektorengrenzen zu riskieren. Die offensive, vom amerikanischen Außenminister John Foster Dulles verfochtene Konzeption des „roll-back“ war somit gescheitert.

Durch den Mauerbau wurde offensichtlich, dass die Wiedervereinigung nicht durch eine „Politik der Stärke“ herbeigeführt werden konnte – zumindest nicht in absehbarer Zeit. Die Schließung des letzten Schlupflochs im „Eisernen Vorhang“ ermöglichte der SED-Diktatur eine zeitweilige Konsolidierung.

Die Berlin-Krise führte den beiden Supermächten zudem vor Augen, dass die Gefahr eines nicht gewollten Atomkrieges beträchtlich war, wenn kein gegenseitiges Einverständnis über die Einflussphären bestand. Dies wurde ein Jahr später bei der Kuba-Krise offensichtlich.

7 Schröder blieb nicht der einzige Innenminister der Bundesrepublik, welcher aus dem Bundesministerium des Innern in das Auswärtige Amt wechselte: Hans-Dietrich Genscher folgte ihm ein Jahrzehnt später auf diesem Weg.

Kennedy zog aus der Berlin- und der Kuba-Krise die Schlussfolgerung, dass die beiden Supermächte zu einer Verständigung kommen müssten. Eine Verständigung zwischen den beiden Supermächten bedeutete einen Abbau der Spannungen in Mitteleuropa. Welche Konzessionen konnte der Westen der Sowjetunion machen? Dies betraf die Anerkennung des Status quo in Berlin beziehungsweise die Umwandlung Berlins in eine freie Stadt und den Atomwaffenverzicht.⁸

Der Mauerbau wirkte als Wahlhelfer für SPD und FDP. Bundeskanzler Adenauer zögerte, sofort nach Berlin zu reisen, um seine Solidarität mit den Berlinern zu zeigen. Wenn man den Umfragen vor dem Mauerbau Glauben schenken kann, büßte die Union deshalb ihre absolute Mehrheit ein.⁹ Bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 verlor die CDU/CSU ihre absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag. Sie musste erneut mit der FDP koalieren. Der Einfluss des kleineren Koalitionspartners war noch nicht ausreichend, um der FDP den Zugriff auf das wichtige Auswärtige Amt zu sichern. In den Koalitionsverhandlungen setzte die FDP durch, dass Adenauer vor dem Ende der Wahlperiode zurücktreten musste.

Schröders Amtsantritt und sein außenpolitisches Weltbild

Nach dem Ausscheiden von Heinrich von Brentano aus der Bundesregierung wurde Schröder am 14. November 1961 dessen Nachfolger und der dritte Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Sein persönliches Verhältnis zu Konrad Adenauer war gut. Schröder hat es selbst einmal als ein Vater-Sohn-Verhältnis beschrieben.

Schröder hat einige programmatische Reden gehalten, in denen er seine Auffassung über die Ziele und Mittel der deutschen Außenpolitik darlegte. Diese tragen Titel wie „Verantwortung für Deutschland“¹⁰, „Frieden, Freiheit, Ordnung“¹¹ und „Politik der Vernunft“¹²

Schröder war kein Verfechter des „Primats der Außenpolitik“. Seiner Auffassung nach war die Außenpolitik mit den inneren Verhältnissen so ver-

8 Vgl. dazu Rolf Steininger: Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlin-Krise 1958–1963. München 2001, S. 280–285.

9 Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991, S. 666f.

10 Gerhard Schröder: Verantwortung für Deutschland. Bonn 1968.

11 Ders.: Frieden, Freiheit, Ordnung. Grundlinien der deutschen Außenpolitik. Bonn 1962.

12 Ders.: Politik der Vernunft. Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik. Düsseldorf 1963. – Vgl. ferner: Ders.: Grundprobleme der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Europa-Archiv 17 (1962), S. 581–594.

flochten, als dass sich aus analytischer Sicht ein Vorrang der Außenpolitik ergeben konnte.

Umgekehrt lehnte er die marxistische Auffassung ab, welche die Außenpolitik nur als Funktion der Wirtschaft betrachtete. Als eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive und erfolgreiche Außenpolitik betrachtete er die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik. Dank ihrer Wirtschaftskraft sei die Bundesrepublik für viele Staaten zu einem attraktiven Partner geworden. Die Wirtschaftskraft und der hohe Lebensstandard allein seien „für den Rang eines Volkes vor der Geschichte“ nicht maßgebend.¹³ Die Außenpolitik eines Landes erscheine nur dann glaubwürdig, wenn die Ziele der demokratisch gewählten Vertreter vom Volk geteilt würden. Dies erschöpfe sich nicht in der Zustimmung zu Deklarationen, sondern bedeute, dass für diese Ziele Lasten und Risiken in Kauf genommen werden müssten.

Als Frontstaat im Kalten Krieg müsse sich die Bundesrepublik darauf einstellen, dass der sowjetische Druck zunehmen könne. Schröder warnte vor der Illusion, Sicherheit durch wirtschaftliche Güter zu erkaufen. Die Bundesrepublik dürfe dem sowjetischen Druck nicht einfach nachgeben und sich passiv verhalten. Als Realist wusste Schröder, dass es keine „Zauberformel“ gab, um Gefahren zu bannen. Er empfahl einen nüchternen Blick, Geduld und Entschlossenheit.¹⁴

Als seine Ziele definierte Schröder Frieden, Freiheit und Ordnung: Ohne Frieden sei Ordnung nicht möglich, denn der Krieg zerstöre die Ordnung der Völker. Freiheit ohne Ordnung führe zur Anarchie. Dies gelte für die Innen- und die Außenpolitik. Jedes Volk müsse sich für eine gerechte Ordnung der Völker einsetzen. Ordnung ohne Freiheit bedeute Diktatur, wie das Beispiel des Nationalsozialismus und die kommunistische Herrschaft im Osten Europas zeigten. Frieden ohne Freiheit sei ein Zustand, in dem nur Unterdrücker und Knechte gediehen. Dies sei der Zustand, wie er in der DDR herrsche.¹⁵

Als gebürtiger Saarländer, der in Königsberg studiert hatte, war der deutsche Nationalstaat der Bezugspunkt seines Handelns. Die deutsche Teilung war für ihn nicht hinnehmbar. Die Deutschen hatten nach Ansicht Schröders allen Grund, auf ihr Land stolz zu sein, auf dessen Vergangenheit – das „Dritte Reich“ ausgenommen – und dessen Qualitäten. Diesen Stolz brauche ein Volk, um seine beste Wirksamkeit zu entfalten.¹⁶ Wenn man Schröders Haltung an-

13 Vgl. Gerhard Schröder: Frieden, Freiheit, Ordnung, S. 3.

14 Vgl. ebd., S. 5.

15 Vgl. ebd., S. 6f.

16 Vgl. Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss (ZDF-Sendereihe „Zeugen des Jahrhunderts“). Stuttgart u. a. 1989, S. 75.

hand der Theorien der internationalen Beziehungen beschreiben sollte, müsste er als ein Neorealist bezeichnet werden.

In den Jahren von Schröders Amtszeit hatte die deutsche Außenpolitik mit vielfältigen Herausforderungen zu kämpfen. Im Folgenden wird am Beispiel der Deutschland- und Ostpolitik, der Beziehungen zu Frankreich und der Lage im Nahen Osten aufgezeigt werden, wie der Außenminister auf die Wechselfälle der sich verändernden Weltlage reagierte.

Deutschland- und Ostpolitik

Schröder hielt an der Nichtanerkennungspolitik der DDR fest. Gemäß der Hallstein-Doktrin drohte die Bundesrepublik allen Staaten, welche diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahmen, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.¹⁷ Schröder dehnte die Hallstein-Doktrin sogar noch aus. Die DDR versuchte in den 1960er Jahren mit allen Mitteln, die Nichtanerkennungspolitik der Bundesrepublik zu unterlaufen. So bot sie den mit dem Deutschen Reich im Krieg befindlichen Staaten Verhandlungen über den Abschluss von Friedensverträgen ab. Die „Schröder-Doktrin“ sah in dem Abschluss von Separatfriedensverträgen einen unfreundlichen Akt gegenüber der Bundesrepublik.¹⁸

Die Friedensnote ist von den von Schröder angeregten diplomatischen Initiativen die bekannteste und bedeutendste.¹⁹ Bundeskanzler Erhard gab am 25. März 1966 eine außenpolitische Regierungserklärung vor dem Bundestag ab, in der er das Parlament über den Inhalt einer Note in Kenntnis setzte, welche die Bundesregierung an fast alle anderen Staaten übermittelt hatte.

Die Bundesregierung stellte in dieser Note fest, dass sie weder eine Revanchepolitik noch eine restaurative Politik verfolge. Sie strebe „eine ge-

17 Am 22. September 1955 erklärte Bundeskanzler Adenauer vor dem Bundestag: „Ich muß unzweideutig feststellen, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der ‚DDR‘ durch dritte Staaten, mit denen sie offizielle Beziehungen unterhält, als einen unfreundlichen Akt ansehen würde, da er geeignet wäre, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen.“ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 26, S. 5647.

18 Vgl. dazu die kritischen Bemerkungen aus der Sicht der DDR bei Herbert Kröger: Von der Hallstein-Doktrin zur Schröder-Doktrin. Vom Völkerrechtsbruch zum Aggressionsverbrechen, in: Staat und Recht 11 (1962), S. 1893–1918.

19 Vgl. Karl Carstens: Die deutsche Friedensnote vom 25. März 1966, in: Gerhard Schröder et alia (Hg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Frankfurt/Main u. a. 1972, S. 383–392; Hans-Dietrich Genscher: Neue Ansätze in Gerhard Schröders Ostpolitik – Die Friedensnote vom 25. März 1966, in: Hermann Kunst/Helmut Kohl/Peter Egen (Hg.): Dem Staate verpflichtet. Stuttgart 1980, S. 85–90.

rechte, auf friedlichen Vereinbarungen beruhende europäische Ordnung“ an, in der alle Völker „frei und als gute Nachbarn miteinander leben“ könnten. Die Note enthielt mehrere Vorschläge für eine Entspannung der Lage in Europa, welche in den 1970er Jahren im Rahmen der KSZE umgesetzt wurden. Die Umsetzung der Vorschläge sollte mit Fortschritten in der deutschen Frage gekoppelt werden.

Die Bundesregierung zeigte sich bereit, einem Abkommen zuzustimmen, in dem die in Frage kommenden Staaten sich verpflichten, die Zahl der Atomwaffen in Europa nicht weiter zu erhöhen, sondern sie stufenweise zu verringern. Die Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt sollten als eine vertrauensbildende Maßnahme Manöverbeobachter austauschen.²⁰ Dieser Vorschlag wurde in den 1970er Jahren im Rahmen der KSZE-Verhandlungen realisiert.

Ein weiteres zukunftsweisendes Element war ferner die Bereitschaft, Verträge über einen Gewaltverzicht abzuschließen. Schröder hatte die Schlusssätze verfasst: „Wenn wir keine großen Schritte tun können, vielleicht können wir Schritt um Schritt weiter vorankommen.“ Willy Brandt hat dieses Bild aufgegriffen und später die „Politik der kleinen Schritte“ propagiert.

Um den natürlich massiv erhobenen Vorwürfen von östlicher Seite entgegenzutreten zu können, die Bundesrepublik betreibe eine aggressive Politik, initiierte Schröder die „Politik der Bewegung“. Der Kern dieser neuen Politik war es, durch Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten eine Gesprächsgrundlage unterhalb der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu finden. Zu diesem Zweck sollten Handelsvertretungen eingerichtet werden, so dass die Bundesrepublik zwar nicht durch einen Botschafter, aber immerhin durch einen Vertreter in dem jeweiligen Land vertreten war. Die Sowjetunion ließ diese Isolierung der DDR zu, weil sie an der Intensivierung des wirtschaftlichen Handels interessiert war. Die Propaganda gegen die angeblich revan-chistische Politik nahm jedoch nicht ab. Die Friedensnote blendete die Grenzfrage aus, womit insbesondere das polnische Interesse, in friedlichen Grenzen zu leben, keine Beachtung fand.

Frankreich und die europäische Einigung

Ein besonderes Kapitel der deutschen Außenpolitik nahmen in den 1960er Jahren die Beziehungen zu Frankreich und die damit verbundene Entwicklung der europäischen Integration ein. Unter der Präsidentschaft Charles de Gaulles

20 Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 („Friedensnote“) vgl. Bulletin 1966, S. 329–331. – Vgl. dazu auch AAPD 1966, Bd. 1, Dok. 58.

konsolidierte sich Frankreich nach der Unabhängigkeitserklärung Algeriens und wurde zu einer Atommacht mit dem Anspruch, Westeuropa unter seiner Führung zu einen.

Einige Monate vor dem Ende seiner Amtszeit schloss Bundeskanzler Adenauer mit de Gaulle im Januar 1963 einen Freundschaftsvertrag ab.²¹ Der Vertrag konnte so interpretiert werden, als ob sich die Bundesregierung von der atlantischen Gemeinschaft mit den USA weg hin zu Frankreich orientieren wolle. Schröder sah diesen Vertrag mit Skepsis. De Gaulle war Schröders Haltung wohl bekannt. Bei der Unterzeichnung des Vertrages umarmte der französische Staatspräsident Adenauer und küsste ihn. Dann wandte er sich an Schröder und sagte: „Sie küsse ich nicht, noch nicht. Aber die Gefühle sind dieselben.“²²

Der Vertrag wurde schließlich vom Bundestag ratifiziert. In einer Präambel zum Ratifizierungsgesetz wurde gegen den Willen Adenauers festgestellt, dass die Bundesrepublik ihre außenpolitische Orientierung nicht verändern werde.

Nach dem Wechsel von Adenauer zu Erhard behielt Schröder sein Amt. Wie Schröder später bekannte, hatte er sich mit Erhard nie über die Ziele der auswärtigen Politik unterhalten müssen. Die Übereinstimmung war so weitgehend, dass Schröder Erhards Außenpolitik vollkommen zustimmen konnte.²³

In der zeitgenössischen Publizistik wurde eine Konfrontation zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“, den Befürwortern einer Anlehnung der Bundesrepublik an die USA oder Frankreich, konstruiert.²⁴ Schröder lehnte eine enge Anbindung an das gaullistische Frankreich auf Kosten der Beziehungen zur westlichen Vormacht ab. In den Medien wurde er deswegen als einer der Wortführer der „Atlantiker“ bezeichnet.²⁵ Seiner – zutreffenden – Auffassung

21 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BGBl. 1963, II, S. 706–710.

22 Vgl. Herbert Blankenhorn: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979. Frankfurt/Main 1980, S. 438.

23 Vgl. Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 54.

24 Vgl. dazu Klaus Hildebrand: ‚Atlantiker‘ versus ‚Gaullisten‘. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre, in: Revue d’Allemagne 22 (1990), S. 583–592. Günter Buchstab: Zwischen „Zauber und Donner“. Die CDU/CSU und de Gaulle, in: Wilfried Loth/Robert Picht (Hg.): De Gaulle, Deutschland und Europa. Opladen 1991, S. 95–107. Eckart Conze: Staatsräson und nationale Interessen: Die „Atlantiker-Gaullisten“-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre, in: Ursula Lehmkuhl/Clemens A. Wurm/Hubert Zimmermann (Hg.): Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und internationale Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Gustav Schmidt zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2004, S. 197–226. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969. München 2008.

25 Zu Schröders Image in den Medien vgl. Peter Hoeres: Außenpolitik, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung. Deutsche Streitfälle in den „langen 1960er Jahren“, in: Historische Zeitschrift 291 (2010), S. 689–720.

nach konnte Frankreich die Verteidigung der Bundesrepublik nicht gewährleisten. Schröder sah selbst Adenauer nicht als einen Gaullisten an, da diesem die Abhängigkeit vom atomaren Schutzschirm der USA immer gegenwärtig gewesen sei. Durch die Intensivierung des Verhältnisses zu einer der westlichen Siegermächte konnte die Bundesrepublik dem Druck der USA und Großbritanniens etwas entgegensetzen, in den oben erwähnten Fragen Konzessionen auf Kosten der Bundesrepublik einzugehen.

Trotz aller Versuche der „Gaullisten“ in der CDU/CSU-Fraktion, eine zweite Amtszeit des Außenministers zu verhindern, wurde der „Atlantiker“ Schröder bei der Regierungsbildung 1965 von Erhard erneut berücksichtigt. Die sogenannte Affäre Huyn überschattete die Regierungsbildung.²⁶ Der Legationsrat im Auswärtigen Amt Graf Huyn hatte am 21. Oktober 1965 „aus Gewissensgründen“ den Freiherrn von und zu Guttenberg davon in Kenntnis gesetzt, dass Schröder angeblich entgegen den Bestimmungen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages einen Konsultationspakt mit Großbritannien vorbereite.

Gegen Ende von Schröders Amtszeit wurden die Europäischen Gemeinschaften und die NATO durch de Gaulle herausgefordert. Der General entschied, dass Frankreich die militärische Integration der NATO verlassen müsse. Im EWG-Ministerrat betrieb der französische Vertreter eine Politik des „leeren Stuhls“, weil sich Frankreich in Fragen nationaler Bedeutung nicht überstimmen lassen wollte.²⁷ Schröder zeigte für diese Haltung ein gewisses Verständnis, weil er sich auch Konstellationen vorstellen konnte, in denen die Bundesrepublik ihre nationalen Interessen wahren wollte. Aus französischer Sicht mussten neben der Frage der Finanzierung des Agrarmarkts zwei offene Fragen gelöst werden, einerseits der zum 1. Januar 1966 vorgehene Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im EWG-Ministerrat und die Stellung der EWG-Kommission im Institutionengefüge. Schröder bezweifelte, dass die Gemeinschaft Mehrheitsentscheidungen durchsetzen könne, „wenn sie solche Interessen verletzen oder berühren, die von einem Mitglied als lebenswichtig bezeichnet werden“. Er verwahrte sich gegen den Vorwurf, die Bundesrepublik dominiere in Abwesenheit des französischen Vertreters den EWG-Ministerrat. Die Bundesregierung setze sich schließlich dafür ein, Großbritannien den Beitritt gegen den französischen Widerstand zu gestat-

26 Vgl. Martin Schaad: Eine „gaullistische“ Inszenierung: Zur Affäre um den Grafen Huyn, in: Historisch-Politische Mitteilungen 8 (2001), S. 94–111.

27 Vgl. dazu Torsten Oppelland, „Entangling Alliances With None“ – Neither de Gaulle Nor Hallstein. The European Politics of Gerhard Schröder in the 1965/66 Crisis, in: Wilfried Loth (Hg.): Crises and Compromises: The European Project 1963–1969. Baden-Baden 2001, S. 227–243.

ten. Die deutsche Außenpolitik strebe nicht nach Dominanz, sondern nach Gleichberechtigung.²⁸

Am 9. Februar 1966 berichtete Schröder dem Auswärtigen Ausschuss über ihre Bewertung der Tagung des EWG-Ministerrats am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg. Gemäß dem zwischen den EWG-Staaten vereinbarten „Luxemburger Kompromiß“ sollte bei Abstimmungen im Rat eine einstimmige Beschlussfassung angestrebt werden, wenn sehr wichtige Interessen eines oder mehrerer Partner auf dem Spiel standen.

Am 21. Februar 1966 kündigte de Gaulle auf einer Pressekonferenz an, Frankreich aus der militärischen Integration der NATO herauszulösen.²⁹ Diese Wendung gab dem „Atlantiker“ Schröder Gelegenheit, Festigkeit gegenüber dem französischen Verbündeten zu demonstrieren. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 27. Mai 1966 kündigte er baldige Verhandlungen mit der französischen Regierung über eine neue Rechtsgrundlage für den weiteren Aufenthalt der französischen Truppen in der Bundesrepublik an. Der deutschen Öffentlichkeit warf er vor, die NATO-Krise und die damit zusammenhängenden Fragen zu „häufig und zu offen debattiert“ zu haben. Dadurch sei seiner Meinung nach die Verhandlungsposition der Bundesregierung erheblich beeinträchtigt worden.³⁰ Schröder wiederholte seine Kritik gegenüber den außenpolitischen Experten am 6. Oktober 1966: Die deutsche Öffentlichkeit überschlage sich geradezu in Konzessionsbereitschaft. Das französische Ziel, um nahezu jeden Preis mehr Unabhängigkeit gegenüber den USA zu erlangen, könne er nicht teilen. Die USA blieben der Garant der deutschen Sicherheit.³¹

Der Nahe Osten

Die Bundesrepublik hatte in den 1950er Jahren diplomatische Beziehungen zu den arabischen Staaten aufgenommen – zum Staat Israel indes nicht. Als das Wiedergutmachungsabkommen mit dem Staat Israel im Jahre 1952 verhandelt worden war, hätte Bundeskanzler Adenauer gerne die Beziehungen zu Israel aufgenommen. Der Widerstand der öffentlichen Meinung in Israel machte einen derartigen Schritt illusorisch. Im Laufe der nächsten Jahre drehte sich dieses Verhältnis um. Die Bundesrepublik wurde als ein geachtetes Mitglied der Staatengemeinschaft betrachtet – voll integriert in die europäischen Gemeinschaften und die NATO. In Israel überlagerten zunehmend pragmati-

28 Vgl. dazu Auswärtiger Ausschuss 1965–1969, Dok. 2, SVP B; Zitat S. 9.

29 Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. Charles de Gaulle: Discours et messages, Bd. 5, S. 6–23.

30 Vgl. Auswärtiger Ausschuss 1965–1969, Dok. 12, SVP A; Zitat S. 146.

31 Vgl. ebd., Dok. 17, SVP A; insbes. S. 204.

sche Überlegungen die verständlichen Gefühle. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß erklärte sich nach einer inoffiziellen Anfrage der israelischen Regierung bereit, Waffen nach Israel zu liefern.

Diese Waffenlieferungen konnten lange geheim bleiben, im Jahre 1964 wurden sie indes bekannt. Die arabischen Staaten reagierten empört. Nachdem bekannt geworden war, dass Walter Ulbricht zu einem Besuch in Ägypten empfangen werden sollte, stellte sich die Frage, wie die Bundesrepublik darauf reagieren sollte. Bundeskanzler Erhard entschied sich – ohne Anhörung seines Außenministers – dafür, den gordischen Knoten zu durchschlagen und schlug Israel die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor. Als Reaktion darauf brachen die arabischen Staaten ihre Beziehungen zur Bundesrepublik ab.³² Schröder sprach sich in der Folgezeit dagegen aus, die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen „mit großen Summen“ zu erkaufen.³³ Eine Friedensregelung zwischen Israel und seinen Nachbarn blieb ihm ein wichtiges Anliegen. In den folgenden Jahren unternahm er zahlreiche Reisen in die Region.

Vom Sicherheitspolitiker zum Verteidigungsminister

Die Bundesrepublik hatte in der Londoner Schlussakte vom 3. Oktober 1954 auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen verzichtet³⁴, sich in den folgenden Jahren aber darum bemüht, Einfluss auf die atomare Einsatzplanung der NATO zu erhalten, den Kennedy den NATO-Partnern im Rahmen einer Multilateral Force (MLF) angeboten hatte. Es war Schröder ein persönliches Anliegen, auf diese Weise den Einfluss der Bundesrepublik im Bündnis zu vergrößern. Nachdem der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen am 1. Juli 1968 unterzeichnet worden war, stellte sich die Frage, ob eine Unterzeichnung und Ratifikation ohne den Inhalt erläuternde Interpretationen der Nuklearmächte ratsam sei. Nach Auffassung Schröders gab der Verzicht auf atomare, biologische und chemische Waffen der Bundesrepublik das Recht, sich mit Vorschlägen und Nachfragen an die Staatenwelt zu wenden. Die deutsche Außenpolitik müsse allerdings vermeiden, in eine Situation zu geraten, in der sich alle anderen Staaten auf einen Nichtverbreitungsvertrag geeinigt hätten und die Frage im Raume stünde: „Alle anderen machen die Sache mit, nur die Deutschen nicht; was steckt dahinter?“³⁵

32 Vgl. dazu Kurt Birrenbach: Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel, in: Schröder et alia (Hg.): Ludwig Erhard, S. 363–381.

33 Vgl. Auswärtiger Ausschuss 1965–1969, Dok. 17, S. 209.

34 Für den Wortlaut vgl. Europa-Archiv 1954, S. 6979f.

35 Vgl. Auswärtiger Ausschuss 1965–1969, Dok. 17, SVP A und D; Zitate S. 195

Das Auseinanderbrechen der Koalition zwischen CDU/CSU und FDP führte zum Rücktritt Bundeskanzler Erhards. Bei einer Abstimmung der CDU/CSU-Fraktion über die Nachfolge Erhards unterlag Schröder dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Kurt Georg Kiesinger. Dieser bildete am 1. Dezember 1966 eine Große Koalition mit der SPD. Weil der SPD-Vorsitzende Willy Brandt das Amt des Außenministers für sich beanspruchte, wechselte Schröder in das Bundesministerium der Verteidigung.

Als Verteidigungsminister hatte Schröder wenig Einfluss auf die operative Außenpolitik. Er setzte sich weiterhin für den Mitbesitz von Atomwaffen ein. In einem 1989 geführten Gespräch bekannte er rückblickend: „Ich habe oft bedauert, daß eine solche Sache nicht stärker in das deutsche Bewußtsein gebracht worden ist, denn hier war die einzige Stelle, an der die Deutschen eine unmittelbare aktive Nähe zu Atomwaffen haben konnten.“³⁶

Ausschussvorsitzender und Schattenaußenminister 1969–1972

Im Wahljahr 1969 scheiterte Schröder mit seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten knapp am SPD-Kandidaten Gustav Heinemann. Heinemanns Diktum, seine Wahl sei als „ein Stück Machtwechsel“ anzusehen, bestätigte sich kurze Zeit später. Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 erzielten SPD und FDP eine knappe Mehrheit. Nach kurzen Verhandlungen kam es zur Bildung einer sozial-liberalen Koalition. Willy Brandt wurde der Nachfolger Kiesingers im Amt des Bundeskanzlers. Zum ersten Mal erhielt die FDP den Zugriff auf das Auswärtige Amt. Der FDP-Vorsitzende Walter Scheel wurde neuer Außenminister.

In den Unionsparteien gingen nicht wenige davon aus, dass dieser „Betriebsunfall“ bei den nächsten Wahlen revidiert werden könne. Doch zunächst einmal mussten sich die führenden Männer der CDU/CSU damit abfinden, dass ihnen der Zugriff auf repräsentative Ämter weitgehend entzogen war. Fraktionsvorsitzender blieb Rainer Barzel, der sich damit gute Chancen ausrechnen konnte, als Spitzenkandidat für die nächste Wahl nominiert zu werden. Kai-Uwe von Hassel übernahm das Amt des Bundestagspräsidenten. Eine hervorgehobene Stellung unter den Parlamentariern hatten – und haben – ferner die Ausschussvorsitzenden.

Heute erinnert man sich an die ersten Regierungsjahre von Willy Brandt als eine Zeit der Auseinandersetzung um die neue Ostpolitik. Die Koalition hatte indes auch weitreichende innenpolitische Reformpläne. Sie überließ die Vorsitze der beiden wichtigsten Ausschüsse zur Außen- und Deutschlandpolitik

36 Vgl. Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 50.

der Opposition: den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen. Diese Haltung war nicht ohne Vorbild. Bundeskanzler Adenauer hatte sich nach der ersten Bundestagswahl dafür eingesetzt, dass die SPD-Fraktion den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses erhielt. Carlo Schmid wurde der erste Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses.³⁷ 1955 begleitete er Adenauer bei dessen Moskaureise. Die parlamentarische Einbindung der Opposition mochte aus Sicht der neuen Bundesregierung die Weiterführung einer gemeinsamen Außenpolitik erleichtern.³⁸

Da Schröder als ehemaliger Außen- und Verteidigungsminister einer der profiliertesten Außenpolitiker der Union war, wurde sein Name bereits Wochen vor der Konstituierung der Ausschüsse als Kandidat für den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses gehandelt. Indes war er nicht der einzige Interessent. Walter Hallstein, ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Präsident der EWG-Kommission, sowie der Sicherheitspolitiker Georg Kliesing warfen ihren Hut in den Ring. Der langjährige Ausschussvorsitzende Hermann Kopf hatte den Wiedereinzug in den Bundestag nicht geschafft. Die CDU/CSU-Fraktion entschied im November 1969, Schröder als ihren Kandidaten für den Ausschussvorsitz zu benennen. Aufgrund der interfraktionellen Vereinbarung über die Vergabe der Ausschussvorsitze war Schröders Wahl in der ersten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nur eine Formalität.³⁹

Der parlamentarische Grundsatz, dass ein Bundesminister nicht Vorsitzender in „seinem“ Ausschuss werden solle, wurde durch Schröders Amtszeit im Verteidigungsministerium eingehalten: Schröder wurde schließlich nicht Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, sondern des Auswärtigen Ausschusses. Wenn man es akademisch ausdrücken möchte: Es war keine Hausberufung.⁴⁰

Schröder galt aufgrund seines Temperaments, seines Auftretens und seines unbestreitbaren Sachverstands als der richtige Mann, die bevorstehende Auseinandersetzung um die Außenpolitik in ruhige Bahnen zu lenken. Als stellvertretender CDU-Bundenvorsitzender und als Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises gehörte Schröder zu den Schwergewichten seiner Partei. Aufgrund der von Barzel betriebenen Verjüngung der Führungsebene

37 Vgl. dazu Auswärtiger Ausschuss 1949–1953, S. XXV–XXVIII.

38 Zum Problem einer gemeinsamen Außenpolitik vgl. Wolfgang Hölscher: Abschied vom Konzept der gemeinsamen Außenpolitik. Zur parlamentarischen Auseinandersetzung über die neue Ostpolitik in den Jahren 1969 bis 1972, in: Historische Zeitschrift 290 (2010), S. 347–385.

39 Vgl. dazu Auswärtiger Ausschuss 1969–1972, Dok. 1, S. 4.

40 Zu Schröders Amtsführung als Vorsitzender vgl. ausführlich Auswärtiger Ausschuss 1969–1972, S. XIV–XXI.

der CDU/CSU-Fraktion wurde Schröder indes nicht zu einem der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.⁴¹

Als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses musste Schröder die Sitzungen unparteilich moderieren, seine Chance, mit pointierten Wortbeiträgen in die Diskussion einzugreifen, war gering. Dieser Nachteil zog indessen nicht so schwer, weil die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses vertraulich waren (und sind). Im Bundestagsplenum hatte er wie jeder Abgeordnete die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen. Wichtig indes war, dass er sein Amt als einer der außenpolitischen Experten der Bundesrepublik in die Waagschale werfen konnte – und dies in einer Wahlperiode, die wie keine andere von außenpolitischen Dingen überlagert war.

Durch den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses erhielt der Außenpolitiker Schröder eine Bühne, um sich für höhere Ämter zu empfehlen. In seinem ersten Interview nach der Übernahme des Ausschussvorsitzes gab Schröder seine Vorstellungen bekannt:⁴² Von der neuen Regierung erhoffte er ein ernsthaftes Bemühen, die gemeinsame Außenpolitik der letzten Jahre weiterzuführen. Seine Fraktion werde versuchen, die Außenpolitik durch eigene konstruktive Vorschläge zu beeinflussen. Damit werde sie ihren Anspruch deutlich machen, die deutsche Außenpolitik bald wieder selbst gestalten zu können. Schröder erwartete von der sozial-liberalen Koalition, das „dringendste Problem“ nämlich die „Verständigungspolitik gegenüber den östlichen Nachbarn“ offensiv anzugehen.

Wie sah die Amtsführung des neuen Vorsitzenden aus? Als Bundesminister hatte er darauf bestanden, dass die unterschiedlichen Rollen von Exekutive und der Legislative beachtet werden mussten.⁴³ Gemäß Schröders Verständnis von parlamentarischer Außenpolitik waren die Abgeordneten für ihre Fragen und Äußerungen verantwortlich – so wie die Vertreter der Exekutive für ihre Antworten. Die Ausschussmitglieder sollten durch die Auskünfte der Exekutive in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Schröder sah es daher nicht als seine Aufgabe an, zwischen den unterschiedlichen Positionen zu vermitteln. Ihm ging es um einen verträglichen

41 Vgl. dazu Andreas Grau: *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47). Düsseldorf 2005, S. 32–37.

42 Vgl. Schröder steckt den neuen Kurs ab, in: *Welt am Sonntag*, 16. November 1969, S. 2.

43 Vgl. dazu Auswärtiger Ausschuss 1953–1957, S. LXIV, LXX; Auswärtiger Ausschuss 1961–1965, S. LXXXV–LXXXIX. Zur Betonung der Prärogative der Regierung durch Schröder vgl. auch Oppelland: *Gerhard Schröder*, S. 716, Anm. 153; Georg Kliesing: *Gerhard Schröder als Parlamentarier in den Jahren 1969 bis 1976*, in: *Kunst/Kohl/Egen: Dem Staate verpflichtet*, S. 129–138, hier S. 130f.

Ablauf der Sitzungen ohne emotionale Ausbrüche. Jeder Abgeordnete konnte schließlich seine Apologie oder Kritik der auswärtigen Politik der Regierung vor dem Bundestagsplenum öffentlich machen.

Der Auswärtige Ausschuss war mehr als jeder andere Ausschuss darauf angewiesen, dass Bundeskanzler und Außenminister ihn über die Entwicklung der auswärtigen Beziehungen fortlaufend und ausführlich informieren. Im Unterschied zu anderen Ausschüssen können die von ihm federführend zu bearbeitenden Gesetzesvorlagen nicht abgeändert werden. Ein von einem Regierungsmitglied paraphierter Vertrag mit einem anderen Staat kann vom Ausschuss nur angenommen oder abgelehnt werden, der Wortlaut darf nicht geändert werden. Die einzige Möglichkeit der Einflussnahme sind Klarstellungen im Ratifizierungsgesetz wie etwa beim deutsch-französischen Vertrag vom Januar 1963.⁴⁴

Die Regierung Brandt/Scheel beeilte sich, ihre neue Ostpolitik umzusetzen. Der in Moskau verhandelnde Emissär des Bundeskanzlers, Egon Bahr, konnte sich nach wenigen Monaten mit dem sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko auf den Wortlaut des Moskauer Vertrages einigen.⁴⁵ Im Dezember 1970 erfolgte die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages mit Polen. Die Verträge erkannten die Oder-Neiße-Grenze für die Bundesrepublik an. Diese Anerkennung stand unter dem Vier-Mächte-Vorbehalt für ganz Deutschland.⁴⁶ Die Verträge enthielten einen Artikel über den Gewaltverzicht. In diesem Punkt wurde das Angebot der Friedensnote umgesetzt.

Zwischen den Verhandlungen der Bundesrepublik mit der UdSSR, Polen und der DDR über einen Grundlagenvertrag gab es ein Junktim zu den

44 Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nur einen Vertrag gegeben, den der Auswärtige Ausschuss dem Plenum nicht zur Annahme empfohlen hat. Dies ist der deutsch-französische Vertrag über die Abtretung des Mundatwaldes, der schließlich neu verhandelt wurde.

45 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BGBl. 1972, II, S. 354f.

46 Artikel 1 des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 lautete: „(1) Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. (2) Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität. (3) Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“ Vgl. BGBl. 1972, II, S. 362. – In der Diskussion zu den Vorträgen der Veranstaltung zum 100. Geburtstag von Gerhard Schröder am 9. September 2010 bekräftigte Hans-Dietrich Genscher, der seinerzeit als Innenminister die rechtliche Prüfung des Vertrages mitverantwortlich gewesen war, dass die Bundesrepublik die Grenze damit nicht anerkannt habe.

Verhandlungen der Vier Mächte über ein Abkommen über Berlin, welches am 3. September 1971 abgeschlossen wurde.⁴⁷ Der Westen – und natürlich auch die Bundesrepublik – war daran interessiert, die Bindungen und Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin zu bewahren und auszubauen. Die Ratifizierung der Ostverträge war somit auch im Interesse der westlichen Alliierten. Aus der Perspektive der UdSSR betraf das Vier-Mächte-Abkommen nur das Gebiet von Berlin (West).

Schröder zeigte Verständnis für die Bundesregierung, wenn diese sich bei laufenden Verhandlungen nicht in die Karten schauen lassen wollte. Der Ausschuss konnte schließlich einem Minister nicht die Verantwortung für sein Regierungshandeln abnehmen. In dieser Hinsicht versuchte er die Erwartungen seiner eigenen Fraktionskollegen zu dämpfen, welche eine rasche und umfassende Information erwarteten.

In den ersten Monaten seiner neuen Tätigkeit begann Schröder eine Medienoffensive. In zahlreichen Interviews mit Zeitungen, im Rundfunk und auch im Fernsehen meldete er sich zu Wort. Ohne sein parlamentarisches Amt als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses wäre es wesentlich schwieriger für ihn gewesen, in der Öffentlichkeit Gehör zu finden. Auf diese Weise konnte Schröder kaschieren, dass er bei den außenpolitischen Debatten im Bundestag nicht der Wortführer seiner Fraktion war, sondern Barzel, Kiesinger und Strauß den Vortritt lassen musste. Im Unterschied zu der auf Konfrontation angelegten Linie der Unionsfraktion hielt Schröder sich mit einem abschließenden Urteil über die beginnende neue Ostpolitik zurück.⁴⁸ In den Medien wurde sogar darüber spekuliert, ob Schröder den Ostverträgen zustimmen werde.

Schröders Zurückhaltung war Ausdruck seines Verständnisses der Gewaltenteilung und entsprach seiner Rolle als Ausschussvorsitzendem. Indem er sich von den anderen Unionspolitikern absetzte, konnte er zudem für sich reklamieren, dass er sein Urteil nicht in erster Linie parteitaktisch, sondern nach sachlichen Erwägungen fällen werde. Falls die Koalition scheitern sollte, konnte er für sich in Anspruch nehmen, die Brücken für eine gemeinsame Außenpolitik nicht abgerissen zu haben. Als Brückenbauer, der die Gräben zwischen den Lagern zuschütten konnte, würde er die Außenpolitik der sozial-liberalen Koalition fortsetzen können, wenn die Union wieder einmal die Regierungsverantwortung übernehmen konnte – sei es als Bundeskanzler oder als Außenminister.

47 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 vgl. Europa-Archiv 1971, D443–453.

48 Zur Rolle Schröders vgl. auch Grau: Gegen den Strom, S. 517–519.

Schröder folgte dem Beispiel anderer Ausschussvorsitzenden. Über seine zahlreichen Auslandsreisen wurde in der Presse berichtet. Sein parlamentarisches Amt wie sein Renommee öffneten ihm die Türen zu hochrangigen Gesprächspartnern. Auf diese Weise konnte er den deutschen Standpunkt bzw. den der Unionsparteien erläutern und sich ein eigenes Bild von den internationalen Entwicklungen machen. So wurde er im Januar 1971 von Außenminister Gromyko und Ministerpräsident Alexei Kossygin zu Gesprächen in Moskau empfangen.⁴⁹ Schröder mag sich bei seinen Berichten im Ausschuss über diese Reisen an seine frühere Auftritte als Außenminister erinnern haben.

Im Oktober 1971 änderten sich die innerparteilichen Rahmenbedingungen. Barzel wurde zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Der von Schröder unterstützte rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl unterlag. Damit war die Frage der Kanzlerkandidatur zugunsten des Fraktionsvorsitzenden entschieden.⁵⁰

Schröder mag diese Personalentscheidung mit dazu veranlasst haben, endlich seine Auffassung zur neuen Ostpolitik darzulegen.⁵¹ Wenn er seinen Einfluss in der Fraktion nicht einbüßen wollte, musste er sich mit der konfrontativen Haltung der CDU/CSU arrangieren. Zum ersten Mal wandte er sich in einem Interview am 19. Dezember 1971 gegen eine Ratifizierung des Moskauer Vertrags. In einem Beitrag für die Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 4. Februar 1972 bekräftigte er seine Kritik.⁵² Schröder setzte sich somit an die Spitze der Kritiker, während der Fraktionsvorsitzende Barzel bei der Ratifizierung auch Rücksicht auf die Geschlossenheit der Fraktion nehmen musste. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Willy Brandt hatte bewiesen, dass die Vertragspolitik der Regierung Brandt/Scheel vom Ausland begrüßt wurde.

Schröders Ablehnung der neuen Ostpolitik war nicht taktisch motiviert, sondern entsprach seinen Überzeugungen. In seiner ersten großen Plenarrede in der sechsten Wahlperiode am 23. Februar 1972 rechnete er mit der Bundesregierung ab. Bei der ersten Lesung der Ratifizierungsgesetze zu den Verträgen von Moskau und Warschau setzte er dem „So nicht!“ Barzels⁵³, das eine Zustimmung der Union nicht gänzlich ausschloss, eine – wie es Wolfgang Hölscher formuliert hat – „rhetorisch meisterhafte „So-ganz-und-gar-nicht-Rede“ entgegen. Schröder monierte, dass die Verträge die Teilung Deutschlands vertieften. Sie erschwerten die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts

49 Zum Besuch Schröders in der UdSSR vgl. AAPD 1971, Bd. 1, Dok. 22.

50 Vgl. dazu Oppelland: Gerhard Schröder, S. 721–724.

51 Vgl. Auswärtiger Ausschuss 1969–1972, S. XIX.

52 Vgl. ‚Nein‘ zu den Ostverträgen, in: Die Zeit, 4. Februar 1972, S. 3.

53 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 79, S. 9762, S. 9764.

für alle Deutschen. Nicht zuletzt gefährde die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition langfristig den Zusammenhalt des Westens und stelle das „empfindliche Machtgleichgewicht“ in Europa in Frage.⁵⁴

Diese sachliche vorgetragene Kritik von einem außenpolitischen Experten verfehlte ihre Wirkung nicht. Aus Sicht der Parlamentsmehrheit war damit die Hoffnung obsolet geworden, dass Schröder die CDU/CSU-Fraktion zu einer Zustimmung zu den Verträgen würde bewegen wollen. In der eigenen Fraktion erhielt Schröder große Zustimmung. Er wurde als „Schattenaußenminister“ nach einem Regierungswechsel gehandelt. Der parlamentarische Kampf um die Ratifizierung kulminierte in dem gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt am 27. April 1972.

Der parlamentarische Widerstand der Union stärkte die Verhandlungsposition der Bundesregierung. Die UdSSR zeigte sich bereit, gewisse Bedenken der CDU/CSU auszuräumen. Durch eine gemeinsame EntschlieÙung von Bundestag und Bundesrat zu den Ostverträgen sollte das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen bekräftigt werden. Die sowjetische Regierung war bereit, diese deutsche Interpretation hinzunehmen.

Vor der Schlussabstimmung über die Ratifizierungsgesetze am 13. Mai 1972 erklärte sich der Ausschussvorsitzende zwar dazu bereit, die vorgelegte EntschlieÙung mitzutragen. Dies änderte aber nichts an seinem grundsätzlichen Widerstand gegen die Verträge. Schließlich unterwarf er sich der Fraktionsdisziplin und enthielt sich wie die Mehrheit der Unionsabgeordneten am 17. Mai 1972.⁵⁵

Wie berechtigt war Schröders Kritik an der neuen Ostpolitik? Sein Vorwurf, Bahr habe bei den Verhandlungen in Moskau unter hohem Zeitdruck verhandelt, um so schnell wie möglich zu einem Vertragsabschluss zu kommen, ist nicht von der Hand zu weisen.⁵⁶ Wenn die Union die Bundestagswahl 1969 gewonnen hätte, hätten sich die Verhandlungen vermutlich über einen längeren Zeitraum erstreckte. Ob die sowjetische Regierung hinsichtlich Berlins mehr Konzessionen gemacht hätte, ist indes zu bezweifeln. Die Hoffnung der Architekten der neuen Ostpolitik, dass diese der Auftakt zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems und der Liberalisierung des Ostblocks sein werde, hat sich nicht erfüllt. Die Einberufung der KSZE Jahre später führte

54 Vgl. ebd., S. 9820–9825.

55 Zur Haltung Schröders in dieser Phase vgl. Grau: Gegen den Strom, S. 339f., S. 345f., S. 358.

56 Zu den Unterschieden zwischen der Konzeption Schröders und der Brandts vgl. Ernst Kuper: Frieden durch Konfrontation und Kooperation. Die Einstellung von Gerhard Schröder und Willi Brandt zur Entspannungspolitik. Stuttgart 1974; ferner Torsten Oppeland: Der „Ostpolitiker“ Gerhard Schröder. Ein Vorläufer der sozialliberalen Ost- und Deutschlandpolitik, in: Historisch-Politische Mitteilungen 8 (2002), S. 73–93.

aber auch nicht zu der befürchteten Schwächung des Westens. Die Kodifizierung der Menschenrechte stärkte die Opposition in den Warschauer-Pakt-Staaten.

Reisediplomatie eines „elder statesman“

Zwischen der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der sechsten Wahlperiode am 15. Juni 1972 und der ersten Sitzung in der siebten Wahlperiode am 31. Januar 1973 lagen siebeneinhalb Monate. Normalerweise gilt die sitzungsfreie Zeit als Stunde der Exekutive, in der sie ohne Kontrolle des Parlaments schalten und walten kann. Aber auch Ausschussvorsitzende können sich diese Situation zunutze machen.

Vom 14. bis 28. Juli 1972 reiste Schröder auf Einladung des chinesischen Volksinstituts für Außenpolitische Angelegenheiten in die Volksrepublik China.⁵⁷ Begleitet wurde er von sechzehn Journalisten. Entgegen den Intentionen von Brandt und Scheel, die mit Rücksicht auf die Sowjetunion die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik nicht forcieren wollten, bereitete „der Bonner Marco Polo“, wie er in der Presse genannt wurde, diese Annäherung durch seine Gespräche mit der chinesischen Führung vor.

Der „Mann der Exekutive“ kam mit einem gemeinsam von ihm und dem chinesischen Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua unterzeichneten Dokument nach Bonn zurück. Darin wurde der Wunsch beider Staaten nach normalen Beziehungen, auch auf diplomatischer Ebene, zum Ausdruck gebracht. Im Auswärtigen Amt wurde aufmerksam registriert, wie Schröder seinen Ausschussvorsitz instrumentalisierte. Referent Schollwer notierte am 27. Juli 1972 für den Parlamentarischen Staatssekretär Moersch, es sei nicht anzunehmen, dass Schröder dieselben ostpolitischen Ziele verfolge wie die Bundesregierung, wenn diese eine Normalisierung der Beziehungen zu Peking anstrebe. Schröder informierte auf einer Pressekonferenz am 31. Juli 1972 über seine Reise und die Ergebnisse. Damit brachte er die Bundesregierung in Zugzwang. Nach Vorgesprächen im August und September wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bei einem Besuch von Bundesminister Scheel in Peking im Oktober 1972 vereinbart. Schröder hat über diese Reise ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Mission ohne Auftrag“ verfasst.⁵⁸

57 Zur Reise Schröders vgl. Oppelland: Gerhard Schröder, S. 731f.; Ilse Dorothee Pautsch: „Worte, die wir ausgesprochen haben, gelten wie immer!“ Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China 1972, in: Wolfgang Elz/Sönke Neitzel (Hg.): Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag. Paderborn u. a. 2003, S. 458–480.

58 Vgl. Gerhard Schröder: Mission ohne Auftrag. Die Vorbereitung der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Peking. Bergisch Gladbach 1988.

Der Ausgang der Bundestagswahl am 19. November 1972 bot der zur stärksten Fraktion aufgestiegenen SPD die Gelegenheit, die letzte christdemokratische Bastion auf dem Felde der Außenpolitik zu schleifen. Bereits eine Woche nach der Wahl wurde in der Presse berichtet, dass sich die Koalitionsfraktionen SPD und FDP darauf geeinigt hätten, sich bei der Verteilung der Ausschussvorsitze den Auswärtigen Ausschuss zu sichern.

Zur Begründung wurde angegeben, dass die Sozialdemokraten „diesmal jedoch unter allen Umständen den Auswärtigen Ausschuss“ wollten, „weil sie erkannt haben, welch starken öffentlichen Einfluss diese Funktion einem Oppositionspolitiker einräume, wenn sie so wahrgenommen wird wie den letzten Jahren von Schröder, beispielsweise bei seiner Einladung nach Peking“.⁵⁹

Von diesen Pressemeldungen aufgeschreckt, reagierte Schröder umgehend. Am 29. November 1972 telefonierte er mit Außenminister Scheel, der sich im Urlaub auf Sylt befand. Wie Scheel ihm versicherte, hatten sich die zuständigen Gremien noch nicht mit dieser Frage befasst.⁶⁰ Dem Außenpolitiker Schröder drohte seine Machtbasis verloren zu gehen. Die Fraktionen kamen schließlich nach langen Verhandlungen überein, dass die CDU/CSU den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses behalten könne. Damit war Schröders Verbleiben im Amt gesichert.

In der sechsten Wahlperiode hatte Schröder seine Schlüsselstellung als Ausschussvorsitzender verwandt, um seine politischen Ambitionen zu untermauern. In der siebten und in der achten Wahlperiode beschränkte sich seine Außenwirkung weitgehend auf seine Auslandsreisen. Neben der bereits erwähnten Reise nach China sorgte insbesondere sein Treffen mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat für Aufsehen.⁶¹ Auch diesmal handelte es sich um eine „Mission ohne Auftrag“, weil die Reise nicht mit der CDU/CSU-Fraktion abgestimmt war.

Die Chance, durch seine außenpolitische Expertise wieder in höchste Ämter der Exekutive aufzusteigen, schwand mit zunehmendem Zeitablauf. Er konzentrierte sich daher zunehmend darauf, die außenpolitische Debatte zu moderieren. Seine Auffassung vom Umgang der außenpolitischen Experten untereinander resümierte er in der Sitzung vom 13. November 1974: Er beabsichtige, „daß wir in Deutschland möglichst ungeachtet der Parteigrenzen eine realistische, natürliche und gesunde Auffassung entwickeln. Dies dauert ein Stück, bis wir an die Stelle kommen.“⁶²

59 Vgl. Schröder verliert Ausschuß, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 25. November 1972, S. 2.

60 Vgl. die Notiz vom 30. November 1972, in: ACDP 01-483-165/1.

61 Vgl. dazu Auswärtiger Ausschuss 1972–1976, S. LXXV.

62 Vgl. ebd., Dok. 37, S. 938.

Die Fortentwicklung der neuen Ostpolitik, die in den KSZE-Prozess einmündete, lehnte Schröder mit denselben Argumenten ab wie die Ostverträge. Eine wirkliche Entspannung konnte seiner Ansicht nach nicht durch die Anerkennung des Status quo erreicht werden. Die KSZE-Schlussakte beseitige keine einzige der Spannungsursachen für den Ost-West-Konflikt.⁶³ Auch in der achten Wahlperiode 1976–1980 wurde Schröder erneut von seiner Fraktion zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses bestimmt. In den Sitzungen begnügte er sich mit der Rolle des Moderators, der nur zuweilen eine realistische Analyse der internationalen Lage anmahnte.

Fazit

Ein vergleichender Blick erleichtert die Einordnung des Außenpolitikers Schröder. Zwischen den Rivalen und Partnern seiner Alterskohorte liegen nur wenige Jahre Abstand: Schröder (Jahrgang 1910), Brandt (Jahrgang 1913), Carstens (Jahrgang 1914), Strauß (Jahrgang 1915) und Scheel (1919) prägten die Außenpolitik der 1960er und 1970er Jahre. Die größte Nähe gab es eindeutig zwischen Schröder und seinem zeitweiligen Mitarbeiter Carstens. Diesem gelang es, was Schröder verwehrt blieb: durch die außenpolitische Expertise in höhere Ämter aufzusteigen. Strauß besaß einen viel stärker ausgeprägten Machtinstinkt. Im Vergleich zu Schröder neigte Strauß zu einem sprunghaften, manchmal bedenkenlosen Verhalten. Während Strauß es genoss zu polarisieren, versuchte Schröder zu überzeugen. Die außenpolitische Konzeption Brandts und Scheels war optimistischer als die kühle Analyse Schröders.

Schröder begann seine Karriere als Außenpolitiker als Bundesminister und beendete sie als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. In diesen Jahren hat er die Außenpolitik der Bundesrepublik maßgeblich mitgestaltet. Die von ihm initiierte Politik der Bewegung war der Ausgangspunkt für die neue Ostpolitik, wenn deren Weiterführung auch nicht seiner ursprünglichen Intention entsprach. Seinen Grundüberzeugungen blieb er über die Jahre hinweg treu. Sein Fraktionskollege Kliesing sagte über Schröder: Ein Grundsatz der Schröderschen Außenpolitik lautete, man müsse jeden Schritt zum richtigen Zeitpunkt tun.⁶⁴

In seinem Vorwort zu einem Buch über ein Journalistengespräch mit Gerhard Schröder nannte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt ihn einen *elder statesman*, „einen Mann mit großem Wissen und großer Erfahrung;

63 Vgl. Gerhard Schröder: Unsere Vorbehalte gegenüber der KSZE, in: *Evangelische Verantwortung* 9 (1975), S. 8–11.

64 Vgl. Kliesing: Gerhard Schröder als Parlamentarier, S. 134.

einen Mann, der über den politischen Moden und den politischen Trends steht; einen Mann, der die Politik seines Landes nicht so sehr durch ein bestimmtes Amt beeinflusst, sondern weil sein Rat gesucht ist“. Die Deutschen hatten nur wenige Persönlichkeiten wie ihn, deren Urteil im Ausland gefragt war und auf den man sich bei allen Meinungsunterschieden verlassen konnte.⁶⁵

65 Vgl. Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 7.

Gerhard Schröder – Ein Politiker mit Augenmaß*

Thomas de Maizière

Wir wollen uns heute in Dankbarkeit erinnern an Gerhard Schröder, einen Mann, der unser Land und unseren Staat maßgeblich geprägt hat.

„Politik ist kein Beruf, Politik ist eine Leidenschaft“¹, das war sein Credo. Durch Jahrzehnte hindurch hat er unserem Land in Schlüsselstellungen gedient.

Wir erinnern uns heute an den Mitbegründer und strategischen Gestalter einer Katholiken und Protestanten verbindenden CDU, den Schlüssel-Minister in fast zwei Jahrzehnten „Bonner Republik“, den konsequenten Verfechter der öffentlichen Sicherheit im Innenministerium und den „Atlantiker“ im Außen- und Verteidigungsministerium.

Geboren wurde er am 11. September 1910 in Saarbrücken als Sohn eines ostfriesischen Reichsbahnbeamten. Er starb am 31. Dezember 1989 in Kampen auf Sylt. Seine Kindheit und Schulzeit verbrachte er in Saarbrücken und in Trier.

Als der Erste Weltkrieg begann, war er vier Jahre alt. Regelmäßig spazierte seine Mutter mit ihm zu den Grab- und Gedenkstätten des Deutsch-Französischen Krieges. Er selbst sagte über seine (ansonsten sehr wohl behütete) Kindheit: „Ich lebte schon als Kind in einer Umgebung, in der Krieg nicht etwas ganz Fernes, sondern stets gegenwärtig war.“²

In Trier prägten ihn der Bibelkreis und eine philosophische Arbeitsgemeinschaft. Bereits kurz nachdem er in die Quinta des humanistischen „Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums“ gekommen war, wurde er zum Klassenbesten. Er war jedoch keinesfalls das, was man heute gemeinhin als „Streber“ bezeichnet. Sein alter Schulfreund Prof. Gerhard Wolf-Heidegger berichtet von Fußballspielen auf dem verwahrlosten Platz einer Fabrik in Trier-West, bei denen man es jedoch nie zu einer vollständigen Elf, geschweige denn zu zwei Mannschaften gebracht hatte.³ Später gingen die beiden Freunde dann zur „unvermeidbaren“

* Der folgende Artikel ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Verfasser auf der Veranstaltung „Dem Staate verpflichtet“ zum 100. Geburtstag von Gerhard Schröder am 9. September 2010 im Wasserwerk Bonn gehalten hat.

1 Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss (ZDF-Sendereihe „Zeugen des Jahrhunderts“). Stuttgart u. a. 1989, S. 15.

2 Ebd., S. 17.

3 Gerhard Wolf-Heidegger: Schulkameradschaft – eine Bindung fürs Leben, in: Hermann Kunst/Helmut Kohl/Peter Egen (Hg.): Dem Staate verpflichtet. Stuttgart 1980, S. 207–217.

Tanzstunde bei dem gestrengen Fräulein Hedwig Menzel – ohne jedoch jemals (so Wolf-Heidegger) zu „Tanzlöwen“ zu werden.⁴

Gerhard Schröder studierte Jura, Philosophie und Geschichte in Königsberg, Edinburgh, Berlin und Bonn. Vom britischen Regierungssystem bleibt er zeitlebens fasziniert. Der promovierte Jurist begann als Assistent an der Juristischen Fakultät der Universität Bonn, wurde Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für internationales Privatrecht in Berlin und Anwaltsassessor. Dann kamen Kriegsteilnahme, ab 1939 als Obergefreiter der Wehrmacht und Gefangenschaft 1945. Während des Krieges heiratete er 1941 seine Frau Brigitte. Die Hochzeit war aufgrund deren jüdischer Herkunft nur mit einer Ausnahmegenehmigung der Wehrmacht möglich. Er blieb ihretwegen Obergefreiter. Im gleichen Jahr, im Mai, trat der Protestant nach Begegnungen mit Mitgliedern der Bekennenden Kirche aus der NSDAP aus. Zwischen Anpassung und Distanzierung werden Biografen diese Etappe seines Lebens später charakterisieren.⁵

Bald nach Kriegsende gehörte Schröder zu den Mitbegründern der CDU, von 1967 bis 1973 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei. Ein besonderes Anliegen war ihm die interkonfessionelle Öffnung der bis dahin katholisch dominierten Partei, von 1955 bis 1978 war er Leiter des Evangelischen Arbeitskreises von CDU und CSU, 23 Jahre lang.

Gerhard Schröder war von 1953 bis 1961 Bundesminister des Innern, von 1961 bis 1966 Bundesminister des Auswärtigen und von 1966 bis 1969 Bundesminister der Verteidigung. Bis zum Ende der Großen Koalition führte er also fast zwei Jahrzehnte Schlüsselministerien in den Anfängen der Bonner Republik. Von 1949 bis 1980 war er zudem 31 Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 1969 auch Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Anfang der 1970er Jahre gehörte er bereits zur Kernmannschaft des CDU-Kanzlerkandidaten Rainer Barzel – zusammen mit Franz Josef Strauß und Hans Katzer.

Nach 1945 hatte Gerhard Schröder, stets gefördert von Konrad Adenauer, eine steile und rasante politische Karriere absolviert. Der kühle Analytiker galt als dynamisch und höchst kompetent.

Als Innenminister erwarb er sich den Ruf eines harten Sicherheitspolitikers. Zu den Erfolgen seiner Amtszeit zählen die Umstrukturierung des Bundesgrenzschutzes und das Verbot der KPD. Es geht ihm der Ruf nach, das Innenministerium erst zu einer wirklich effizienten Behörde gemacht zu ha-

4 Ebd., S. 211.

5 Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 20–22.

ben. Als Innenminister in Zeiten des „Kalten Kriegs“ war er verantwortlich für die Festigung der jungen Republik als Rechtsstaat.

Mit der Rolle des Staates und des Bürgers in der demokratischen Gesellschaft beschäftigte er sich intensiv: „Die Demokratie wird oftmals die anspruchsvollste aller Staatsformen genannt. Sie verlangt von den Bürgern größte Disziplin, das größte Verantwortungsgefühl. Dieses Verantwortungsgefühl wird jedoch heute von den Menschen oft nur recht schwach oder gar nicht mehr empfunden... Wenn unsere freie Demokratie jedoch auch künftig lebensfähig bleiben soll, so muss der Staatsbürger sich auch im modernen Massenstaat der Bedeutung seiner Rechtsstellung bewußt bleiben.“⁶

Staatsbürgerliche Pflicht, Verantwortungsgefühl, demokratische Teilhabe – diese Themen diskutieren wir auch heute noch, gerade wenn wir uns über die Veränderungen in unserer Gesellschaft Gedanken machen. Besorgt äußerte er sich in den 1960er Jahren auch über die drohende Entwicklung hin zum „Wohlfahrtsstaat“: „Erkennen wir wirklich nicht die Gefahr, die in einer Entwicklung zum totalen Wohlfahrtsstaat liegt, der unter Ausschaltung jeder persönlichen Initiative und persönlicher Verantwortung eine lückenlose Betreuung von der Wiege bis zur Bahre mit staatlichen Mitteln und staatlichem Zwang über unseren Kopf stülpt?“⁷

Bürgersinn, Eigenverantwortung, Deregulierung – diese Gedanken zeigen, dass Gerhard Schröder sich auch gerne etwas grundsätzlicher mit den Dingen beschäftigt hat und sich nicht auf die aktuelle Tagespolitik beschränken lässt. Gedanken zu entwickeln, sie hin- und her zuwenden und kritisch zu prüfen, das war wohl auch eine seiner großen Leidenschaften.

Gräfin Dönhoff interviewte Gerhard Schröder an seinem letzten Arbeitstag als Innenminister, einen Tag vor seinem Dienstantritt als Außenminister. Sie, die sehr kritisch in das Gespräch mit dem Minister gegangen war, schrieb später in der „Zeit“ über ihn: „Ihn kennzeichnen offenbar beide Aspekte: das Dozierende eines Mannes, der alles durchdacht hat, der von einem festen Weltbild ausgeht, in dem Ereignisse und Beobachtungen eingeordnet allmählich zu unumstößlichen Ansichten werden, und gleichzeitig auch die geistige Beweglichkeit, die Freude am gedanklichen Exerzieren eines – ja, einfach eines intelligenten Menschen.“⁸

6 2. Politische Tugenden. Rede bei der Jungbürgerfeier am 16. Mai 1956 in Karlsruhe, in: Gerhard Schröder: Freie Jugend im freien Staat. Reden über die Pflichten des Staatsbürgers von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder. Hg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst. Bonn 1958, S. 17–26, hier S. 18.

7 Gerhard Schröder: Wir brauchen eine heile Welt. Politik in und für Deutschland. Hg. und bearb. von Alfred Rapp. Düsseldorf u. a. 1963, S. 22.

8 Marion Gräfin Dönhoff: Außenminister Gerhard Schröder. Eine Unterhaltung mit dem neuen Chef des AA, in: Die Zeit, 17. November 1961.

Gerhard Schröders eigentliche Leidenschaft galt der Außen- und Sicherheitspolitik. In den Herbsttagen 1961, als er das Amt des Bundesministers des Auswärtigen übernahm, lastete auf Deutschland, Europa und der ganzen Welt die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung.

Der Berliner Mauerbau hatte Land und Leute erschüttert. Am Checkpoint Charlie standen sich in diesen herbstlichen Oktobertagen Panzer der USA und der Sowjetunion feindselig gegenüber.

Als er im Jahr 1989 gefragt wurde, ob nach dem Mauerbau die Gefahr eines dritten Weltkriegs bestanden hatte, antwortete er wie folgt: „Ich habe das nicht geglaubt. Brandt, der ursprünglich eine stark antikommunistische Politik vertrat, wertete die Tatsache, dass zum Zeitpunkt des Mauerbaus nichts passiert sei, anders als ich. Bildlich gesprochen war Brandts Meinung: Die Bühne ging auf, und sie war leer. Ich dagegen meinte: Die Bühne war nicht leer, auf der Bühne lag Dynamit, und sowohl die Sowjets wie die Amerikaner hüteten sich, mit diesem Dynamit zu spielen. Dies ist, plastisch ausgedrückt, nach meiner Meinung der Grund, warum es keinen Weltkrieg gab.“⁹

Als Außenminister prägte der „Atlantiker“ die Ostpolitik jener Jahre und die enge Partnerschaft der Bundesrepublik Deutschland zu den USA und Großbritannien. Die enge Westintegration setzte er bisweilen auch gegen den Frankreich-orientierten „Gaullisten“ Adenauer durch. So wird es jedenfalls gerne berichtet. Er selbst ließ sich nicht gerne in solch eine Schablone pressen. Und wahr ist auch, dass er Adenauer gestützt hatte, als dieser schwankte, ob er den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag durchbringen würde.¹⁰

Gerhard Schröder steht aber auch für die Anfänge der Ostpolitik in den 1960er Jahren. Er sorgte mit Nachdruck für bessere Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und trug dazu bei, Brücken zur Überwindung der Spaltung Europas zu bauen. Er war der erste prominente deutsche Politiker, der 1972 nach China reiste und mit Tschou En-Lai diplomatische Beziehungen vorbereitete.¹¹

Eine besondere Herzensangelegenheit war ihm die interkonfessionelle Öffnung der bis dahin katholisch dominierten CDU. Von 1955 bis 1978 war er Leiter des Evangelischen Arbeitskreises von CDU und CSU. Als er einmal gefragt wurde, wie denn Konrad Adenauer zum Evangelischen Arbeitskreis stehe, gab er schmunzelnd wieder, was Adenauer dazu in einem Gespräch gesagt hatte: „Es gibt Fragen, in denen wir Katholiken mit den Protestanten durchaus übereinstimmen, nur brauchen die Protestanten eine andere Begründung,

9 Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 40.

10 Ebd., S. 44–46.

11 Gerhard Schröder: Mission ohne Auftrag. Die Vorbereitung der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Peking. Bergisch Gladbach 1988.

als wir sie haben.“¹² So sah es jedenfalls der Rheinländer Adenauer. Gerhard Schröder wird dazu möglicherweise eine andere Meinung gehabt haben. Die Zusammenarbeit funktionierte jedenfalls bestens.

Im Jahr 1967 wechselte er (unter Kiesinger) ins Verteidigungsministerium und traf dort auf meinen Vater, Generalinspekteur Ulrich de Maizière. Mein Vater schilderte die Zusammenarbeit mit Gerhard Schröder als eng und vertrauensvoll. Es war damals eine spannende Zeit. Die NATO arbeitete an einer neuen Bündnisstrategie der „angemessenen Reaktion“ („flexible response“). Militärische Automatismen in Richtung nuklearer Eskalation sollten verhindert werden. Nukleare Teilhabe Deutschlands in gewisser Form wurde diskutiert. Themen wie Entspannung und Rüstungsbegrenzung gewannen an Bedeutung.

Die Krise in der Tschechoslowakei 1968 durch den Einmarsch von Warschauer-Pakt-Truppen zum Sturz des reformorientierten Dubcek-Regimes galt es zu bewältigen. Mein Vater berichtet von reibungsloser und sehr effizienter Zusammenarbeit der beiden in Haltung und Werten so nahen Männer. In den Lagebesprechungen im Lagezentrum des Verteidigungsministeriums arbeiteten sie tagtäglich miteinander.

Bei der Wahl des deutschen Bundespräsidenten 1969 unterlag Gerhard Schröder knapp dem SPD-Kandidaten Gustav Heinemann. Ab 1969 war er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Als er aber 1973 nach Barzels Rücktritt noch einmal für den Fraktionsvorsitz kandidierte und an Carstens scheiterte, war der Weg vom „Reservekanzler“ zum „elder statesman“ eingeleitet.¹³

Nach der Bundestagswahl 1980 schied er aus dem aktiven politischen Leben aus. Er verbrachte seine letzten Lebensjahre in seinem Haus auf dem Bonner Heiderhof (in der Nähe meines Elternhauses) oder im Sylter Feriendomizil.

Im Hinblick auf den politischen Lebensweg Gerhard Schröder hat der Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt einmal bewundernd gesagt: „Er hat sich auch nach Enttäuschungen nicht zurückgezogen, weil es ihm nicht um die Ämter ging, sondern um die Sache. Er ist vorbehaltlos dem gefolgt, was er als Gebot der Lage ansah.“¹⁴ Schon sein Abituraufsatz handelte von der zivilen Pflicht zum Dienst für den Staat – kantisch klang das schon damals, und in vieler Hinsicht blieb es das Programm seines Lebens. Die Wertschätzung des preußischen Beamtensohns für die strenge Lebensauffassung Immanuel Kants führte ihn schon zum Studium nach Königsberg, wo Kant gelebt und gelehrt hat. Dessen strenge Auffassung von Leben, Pflichten und Beruf war Gerhard

12 Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 60f.

13 Torsten Oppeland: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002, S. 685.

14 Helmut Schmidt: Statt eines Vorworts, in: Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 7.

Schröder Leitstern – in 31 Jahren Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag und in 16 Ministerjahren.

Eine Biographie von Torsten Oppelland trägt den Untertitel „Politik zwischen Staat, Partei und Konfession“ und beschreibt einen liberal-konservativen, gläubigen norddeutschen Protestanten, in Gestus und Habitus distinguiert und bildungsbürgerlich. Vom Scheitel bis zur Sohle akkurat – verlässlich, bürokratisch, etatistisch –, konnte er für diejenigen, die ihn nur oberflächlich kannten, bisweilen distanziert wirken. Sein Leben spiegelt das Spannungsverhältnis eines Politikers, der zwischen älterem preußisch und national-protestantisch geprägten Staatsdenken und der neueren Parteiendemokratie stand.¹⁵ Gefragt nach seinem Staatsverständnis, verwies er gerne auf das Grundgesetz.

Aus heutiger Sicht steht Gerhard Schröder wie kaum ein anderer für eine Etappe deutscher Nachkriegs-Identität im bürgerlichen Spektrum der Bonner Republik – nüchtern, pragmatisch und effizient. Seine 16 Jahre als Minister zeigen ein Maß an politischer Kontinuität, das heutzutage Erstaunen hervorruft. In den Erinnerungen seiner früheren Mitstreiter häufen sich die Beschreibungen „kompetent, kühl, sachlich“.¹⁶ Und so habe auch ich ihn als Junge oder junger Mann erlebt. Und doch ist das wohl nur die halbe Wahrheit.

Im Jahr 1989 (in seinem Todesjahr) wurde er in einem Interview (mit Meinold Krauss, ZDF) nach seinem Hobby gefragt. Er antwortete – und seine Antwort ist so schön, dass ich sie in voller Länge zitieren möchte –: „Gelegentlich antworte ich auf die Frage nach einem Hobby, dass ich gerne träume. Träumen kann etwas sehr Gutes haben. Ich habe gerade in der vergangenen Nacht den Mond gesehen. Den Mond zu sehen ist immer wieder ein Erlebnis, mir ist dabei ein Vers von Matthias Claudius in den Sinn gekommen:

Seht Ihr den Mond dort stehen?
 Er ist nur halb zu sehen
 Und ist doch rund und schön.
 So sind wohl manche Sachen,
 die wir getrost belachen,
 weil unsre Augen sie nicht sehn.“¹⁷

In Erinnerung bleibt uns ein Mann mit Augenmaß, für den Politik kein Beruf, sondern eine Leidenschaft war, ein Mann, der an sich selbst und andere hohe Anforderungen stellte. In Erinnerung bleibt uns ein Mann, dem unser Land viel zu verdanken hat. Gerhard Schröder gehört zum Besten, was die junge Bonner Demokratie hervorgebracht hat.

15 Oppelland: Gerhard Schröder, S. 17.

16 Ebd., S. 743.

17 Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, S. 81.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990*

Hanns Jürgen Küsters

„Wir sind jetzt wieder eine Partei“, stellte Generalsekretär Volker Rühle fest. Mit Aufnahme der Landesverbände der CDU in der DDR in die Christlich Demokratische Union Deutschlands am 1. Oktober 1990 in Hamburg schlossen sich die Christlichen Demokraten erstmals in ihrer Geschichte zu einer Partei in ganz Deutschland zusammen. Im Manifest zur Vereinigung hieß es dazu: „Die CDU hat bewiesen, daß sie in Zeiten des Wandels und des Aufbruchs die Partei für historische Weichenstellung ist.“¹ Anscheinend war es nur folgerichtig, zwei Tage vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit auch CDU (West) und CDU (Ost) zu einer gesamtdeutschen Partei zu vereinen. Bislang hat die Zeitgeschichtsforschung diesen Vorgang, der parallel zu den Regierungsverhandlungen über die Wiedervereinigung ablief, quasi als Selbstverständlichkeit betrachtet. Doch war die Vereinigung der CDU kein Selbstläufer, sondern in Wirklichkeit ein komplexer und komplizierter Vorgang, bestimmt von gegenseitigem Misstrauen, zögerlichen Entscheidungen, dem langsamen Schaffen von Vertrauen und dem Schließen von Kompromissen auf beiden Seiten.

Im Folgenden gilt es, drei Fragen nachzugehen: Welche Einschätzungen bestanden 1989 auf beiden Seiten? Wie entwickelten sich die Parteikontakte? Und welche Entscheidungen führten 1990 zum Zusammenschluss?

I.

Betrachten wir zunächst die gegenseitigen Einschätzungen. Erstens, in den Augen der CDU (West) war die CDU (Ost) eine von der SED gleichgeschaltete Partei, die seit Ende der 1940er Jahre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sowjets gezeigt und sich der Blockpolitik unterworfen hatte, statt Selbstbehauptungswillen zu demonstrieren. Die Gleichschaltung geschah durch den Zwang der Sowjets zu einem Bündnis mit der SED in der

* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags vom 30. September 2010 in Berlin. Für Recherchehinweise sei Konrad Kühne vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) gedankt.

1 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Protokoll. Hamburg, 1.–2. Oktober 1990. Hg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1990, S. 18.

Nationalen Front der DDR bei gleichzeitiger Schwächung der CDU durch die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD).

Zweitens, seit Gründung der DDR 1949 unterschied die CDU (West) in ihrer Bewertung der politischen Rolle der CDU (Ost) strikt zwischen deren Parteiführung und den dortigen Mitgliedern. Nach Ansicht der CDU (West) hatte sich die Parteiführung der CDU (Ost) dem Willen der SED unterworfen. Infolgedessen repräsentierten Äußerungen ihrer Parteispitzen nicht mehr den wirklichen Willen der echten CDU, denn den Mitgliedern waren die freie Meinungsäußerung und freie Wahlen verwehrt. Viele von ihnen bewahrten jedoch die ursprünglichen Ideen der Christlichen Demokratie. Weil die CDU (Ost) keine offene Opposition mehr betreiben konnte, engte sich ihr politischer Bewegungsspielraum² allmählich ein. Um den Parteimitgliedern aus diesem Teil Deutschlands bei Treffen der westdeutschen CDU-Verbände eine Vertretung zu ermöglichen, wurde die Exil-CDU gegründet. Die Mitglieder des Hauptvorstandes verstanden sich als die „rechtmäßigen, die verantwortlichen Repräsentanten der christlichen Demokraten der Sowjetzone“, wie Jakob Kaiser am 24. September 1950 vor Gründung der Bundespartei im Oktober in Goslar betonte.³ Anfang der 1980er Jahre wies der Parteivorsitzende Helmut Kohl verstärkt auf die Verfolgung von Mitgliedern der Union in der DDR hin, die dort Widerstand gegen die „rote Diktatur der kommunistischen SED“⁴ leisteten. Zudem verschob sich in der Führung der CDU (West) die Argumentationslinie im Hinblick auf die Deutung der Nachkriegsvorgänge. Nicht die Parteispitze der CDU (Ost) gab ihre Mitglieder nach dem Krieg preis, sondern die Sowjets trennte die Parteispitze von den Mitgliedern.⁵

Drittens hielt die CDU (West) der Parteispitze der CDU (Ost) vor, sie missbrauche das Christentum für Zwecke der kommunistischen Machthaber in der DDR. Die zentralen Vorwürfe lauteten: Die CDU (Ost) dulde die Bevormundung der Kirchen in der DDR im Auftrage der SED, sie erhebe keine Klage gegen Menschenrechtsverletzungen und die marxistisch-leninistische Doktrin in den Schulen. Ferner tue sie zu wenig, den begrenzten Schutzraum

2 Jörg Schönbohm: CDU. Porträt einer Partei. München u. a. 1979, S. 38f.

3 Rede Kaiser, Exil-Parteitag der CDU, Titania-Palast, Berlin, 24. September 1950, in: Christian Hacke (Hg.): Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1988, S. 485–492, hier S. 485.

4 Rede Kohl, 17. Juni 1980, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 116, Plenarprotokoll 8/222, S. 17947–17955, hier S. 17951.

5 Heinrich Windelen: Zum 80. Geburtstag von Johann Baptist Gradl, in: Mut zur Einheit. Festschrift für Johann Baptist Gradl. Köln 1984, S. 9–12, hier S. 9f.

für Christen, die sich der SED entziehen wollen,⁶ aufrechtzuerhalten. Letzter gemeinsamer Anknüpfungspunkt sei der sich auf ganz Deutschland beziehende Parteiname.

Die Parteispitze der CDU (Ost) hingegen entwarf in den 1950er Jahren ihrerseits ein Negativbild von der CDU (West), das durch zwei Entwicklungen geprägt wurde: die Wiederaufrüstungs- und die Westintegrationspolitik Konrad Adenauers⁷. Die CDU (West) widersetze sich dem Ziel der Wiedervereinigung und übe einen „Generalverrat an Deutschland“. Eigentliche Bewahrerin gesamtdeutscher Interessen sei die CDU (Ost). Die Politik der CDU (West) werde nicht von christlicher Verantwortung, sondern von Verantwortungslosigkeit der „westdeutschen Kriegstreiber“ aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Großkapital und des Einflusses der USA bestimmt. Sie missbräuchten das Christentum. In den 1970er Jahren wurde von der Spitze der CDU (Ost) das Christentum, die eigentliche Klammer, in der politischen Propaganda durch die Gleichsetzung von Christlicher Demokratie und Konservatismus überlagert. Herausgestellt wurden die Unterschiede im Bekenntnis zu Frieden und Sicherheit – Stichwort: KSZE – sowie die Unantastbarkeit und Endgültigkeit der Grenzen in Europa, die im Aktionsprogramm zur Deutschlandpolitik der CDU (West) 1977 offengehalten wurden. In der Aufrüstungsdebatte Anfang der 1980er Jahre mit dem Eintreten der CDU (West) für den NATO-Doppelbeschluss erblickte die Parteiführung der CDU (Ost) den Widerspruch der westlichen Christlichen Demokraten zur christlichen Ethik.

II.

Wie entwickelten sich die Parteikontakte zwischen CDU (West) und CDU (Ost)? Eigentlich waren sie zu keinem Zeitpunkt vollständig zum Erliegen gekommen, gleichwohl die Intensität schwankte. Das Präsidium der CDU (West) hatte im Frühjahr 1966 seine Haltung bekräftigt, die CDU (Ost) als Gesprächspartner abzulehnen.⁸ Grund war das Schreiben der CDU (Ost) vom

6 Peter Joachim Lapp: Blockparteien im politischen System der DDR. Hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, Melle 1988, S. 7.

7 Dazu Günter Buchstab: Das Adenauer-Bild in der Ost-CDU, in: Hans Günter Hockerts (Hg.): Das Adenauer-Bild in der DDR (Rhöndorfer Gespräche 15). Bonn 1996, S. 186–204.

8 In einer Pressemitteilung der CDU vom 22. April 1966 (ACDP 07-001-1401) betonte das Präsidium, die CDU sei „nicht bereit, einem Mann wie Ulbricht oder einen einflusslosen Satelliten wie die sogenannte Ost-CDU als Gesprächspartner anzuerkennen oder Versuchen nachzugeben, die mit Sicherheit nicht der Einheit Deutschlands, sondern nur seiner Unterwerfung unter die kommunistische Herrschaft dienen würden“.

21. März 1966.⁹ Auch nach Verabschiedung des Parteiengesetzes 1967 gab die CDU (West) ihre gesamtdeutsche Organisation jedoch nicht auf. Durch den Grundlagenvertrag von 1972 kam es zunächst auf Regierungsebene zwar wieder zu Parteikontakten, doch waren in der CDU (Ost) vom Kreisvorsitzenden an aufwärts keine Verbindungen mit der CDU (West) erlaubt. Es blieb daher zumeist bei regelmäßigen kommunalen Kontakten im Rahmen des Besuchsverkehrs und bei den regelmäßigen Fahrten der Jungen Union nach Berlin und in die DDR. Einzelne Begegnungen auf höherer Ebene gehörten zu den Besonderheiten wie die Treffen Richard von Weizsäckers mit Günter Wirth und von Walther Leisler Kiep mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU (Ost), Wolfgang Heyl, 1974 oder die Zusammenkunft Wirths mit der Familie Süßmuth Anfang der 1980er Jahre. Gerald Göttings Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, von Weizsäcker, am Rande des Kirchentages 1983 in Wittenberg und das Treffen von Lothar Späth mit Hartmut Mitzenheim, dem CDU-Volkskammerabgeordneten und Mitglied des Hauptvorstands, 1986 waren eher Ausnahmen.¹⁰ Im Rahmen der Städtepartnerschaft Bonn–Potsdam kam es 1988 zu Begegnungen, und DDR-Post- und Fernmeldeminister Rudolph Schulze traf seinen Amtskollegen Christian Schwarz-Schilling. Dabei war stets von der Führung der CDU (West) die Linie beibehalten worden: keine offiziellen Kontakte, jedoch Kontakte auf kommunaler Ebene sind möglich.

Das war die Ausgangslage im September 1989. Genau betrachtet, gab es unter den Mitgliedern der CDU (Ost) verschiedenste Motive für eine Mitgliedschaft. Ein Teil war als Mitglied geworben worden, andere suchten dadurch dem Druck, SED-Mitglied zu werden, zu entgehen und ihre Ruhe vor gesellschaftlichem Drangsal zu haben. Gleichwohl gab es auch überzeugte Christen, die sich an den Grundwerten christlich-demokratischer Politik aus den Gründertagen orientierten.¹¹

Ein „Brief aus Neuenhagen“ im Jahre 1988¹² und der „Brief aus Weimar“, ein Aufruf zur Erneuerung der CDU (Ost) vom 11. September, der erst all-

9 Schreiben des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU an die Delegierten des 14. Parteitages der CDU, an die Mitglieder und Wähler der CDU und CSU in der Bundesrepublik, o. D., übergeben am 21. März 1966 (dazu Vermerk Rathke für Ministerialdirektor Hohmann, Brief der Ost-CDU, 24. März 1966), beide in: ACDP 07-001-10119.

10 Dazu Peter Wenzel: Die CDU (Ost) im Bild der CDU (West). Magisterarbeit Universität Kiel 1994, S. 96–104.

11 Christine Lieberknecht: CDU und Bürgerbewegung in der DDR, in: Dies./Arnold Vaatz/Steffen Heitmann: Unterwegs zur Einheit (Aktuelle Fragen der Politik 20). Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 1994, S. 7–17, hier S. 10.

12 Manfred Agethen: Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 89–114. Wolfgang Jäger/Michael Walter: Die

mächlich bis zu den unteren Parteigliederungen durchdrang, machten bestehendes Unruhepotenzial und Reformbestrebungen an der Parteibasis sichtbar. Der Aufruf hatte eine gesamtgesellschaftliche Zielrichtung mit breiter Öffentlichkeitswirkung, nämlich das Verhalten der Parteiführung im Block kritisch zu hinterfragen und Veränderungen anzustoßen. Zur gleichen Zeit formierten sich neue Bürgerrechtsgruppen wie das „Neue Forum“ am 11. September und „Demokratie Jetzt“ am 12. September sowie der „Demokratische Aufbruch – ökologisch + sozial“ (DA) am 1. Oktober¹³. Sie einte mehr der Veränderungswille, „Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten“, als eine klare politische Richtung.¹⁴ In der CDU (Ost) verliefen in diesen Tagen Gespräche von Kirchenvertretern wie Christine Lieberknecht, Gottfried Müller und Martin Kirchner mit Vertretern des Hauptvorstands der CDU (Ost) in Berlin zunächst ergebnislos. Erst die Begegnung am 1. November mit dem CDU-Parteichef Gerald Götting zeigte Wirkung. Er trat am nächsten Tag zurück.¹⁵

In der CDU (West) nahm die CDU Hessen die Vorreiterrolle bei der Anknüpfung von Kontakten zu den reformerischen Kräften der CDU (Ost) ein. Schon am 20. September 1989 hatte der hessische CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung die Unterzeichner des Briefes aus Weimar, Gottfried Müller und Martin Kirchner, zu einem Deutschland-Kongress des Landesverbandes Ende Oktober eingeladen und Unterstützung bei der Einleitung eines Reformprozesses zugesagt.¹⁶ Unabhängig von diesem Vorpreschen dominierte bei den Skeptikern, allen voran Generalsekretär Volker Rühle, die Ansicht, die CDU (Ost) sei ein abhängiger Bündnispartner der SED, umgeben von dem Geruch, eine Blockpartei zu sein. In der Satzung von 1982 bekenne sich die CDU (Ost) zum demokratischen Zentralismus und bezeichne sich als „Partei des Sozialismus“. Die „Treue zum Sozialismus“ passe nicht zu dem Bekenntnis zur christlichen Demokratie. Die Partei habe alle Kursänderungen der SED nachvollzogen: beim Aufstand 1953, beim Mauerbau 1961, beim Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 in Prag und bei Verhängung des Kriegsrechts 1981 in Polen. Ihrem Selbstverständnis als „Interessenvertreter

Allianz für Deutschland. CDU, Demokratischer Aufbruch und Deutsche Soziale Union 1989/90. Köln u. a. 1998, S. 1–3.

13 Zur Entstehungsgeschichte des DA ebd., S. 97–113.

14 Gemeinsame Erklärung Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Gruppe Demokratischer SozialistInnen, Initiative Frieden und Menschenrechte, Initiativegruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, Neues Forum, Vertreter von Friedenskreisen, 4. Oktober 1989, in: ACDP 06-064-003/1.

15 Lieberknecht: CDU und Bürgerbewegung in der DDR, S. 10–12.

16 Schreiben Jung an Müller, 20. September 1989, Faksimile, in: Franz Josef Jung: Die letzten Tage der Teilung. Wie die deutsche Einheit gelang. Freiburg/Breisgau u. a. 2010, S. 61.

der Christen“ in der DDR komme die Parteispitze nicht nach. Als Reaktion auf den Rücktritt Göttings forderte Rühle „die Mitglieder der CDU Deutschlands auf, ihre Kontakte zu den Kirchen, zu den Reformbewegungen in der DDR und zu den Reformkräften in der Ost-CDU zu intensivieren“.¹⁷

Im Präsidium der CDU (West) herrschte in diesen Tagen weitgehend Übereinstimmung, der CDU (Ost) werde von der eigenen Bevölkerung die Legitimation verweigert, daher sei Zurückhaltung in Kontakten zur Schwesterpartei angebracht.¹⁸ Kohl gab zwar die Devise aus, es bleibe bei der alten seit 1966 vereinbarten Linie: keine amtlichen, offiziellen Kontakte zur CDU (Ost), denn das seien alles Stasi-Leute, allenfalls könnten Kontakte auf kommunaler Ebene gepflegt werden. Wolfgang Schäuble hielt die Devise, „keine amtlichen Kontakte“ für zu defensiv und plädierte dafür, „keine institutionellen Kontakte“ zu den Blockparteien aufzunehmen. Kohl riet, genau hinzusehen, wenn sich etwas bewege und keine Berührungsängste zu zeigen. Die CDU (West) stehe nicht unter Zeitdruck. Für ihn lagen die Ansatzpunkte vornehmlich außerhalb der CDU (Ost) bei liberalen Gruppen wie der Bürgerbewegung „Demokratischer Aufbruch“. Er befürwortete zwar Kontakte zu möglichst vielen unbelasteten oppositionellen Kräften und vermied aber, sich festzulegen.

Eberhard Diepgen, Walter Wallmann, Franz Josef Jung, Erwin Teufel, der deutschlandpolitische Sprecher der CDU-Sozialausschüsse, Uwe Lehmann-Brauns, der Vertreter der Exil-CDU, Siegfried Dübel, und Christoph Böhr sprachen sich für informelle Kontakte mit Kräften aus, bei denen ein Wandel erkennbar sei.¹⁹ Sie argumentierten, neben SED-Hörigen gebe es auch vernünftige Köpfe in der CDU (Ost), eben jene Sammelbecken engagierter Christen, die zumeist auf mittlerer Ebene und an der Basis anzutreffen seien. Begründung: Man müsse der CDU (Ost) helfen, sich aus der Umklammerung der SED zu lösen.²⁰ Die Führung der hessischen CDU²¹ und der West-Berliner CDU wollten durch persönliche Kontakte die reformerischen Kräfte in der CDU (Ost) ermutigen, auf personelle Veränderungen im dortigen Hauptvorstand hinzuwirken und die Partei zu einer glaubwürdigen Alternative zur SED aufzubauen.

17 Erklärung Rühle zum Rücktritt Götting, in: Deutschland-Union-Dienst, 3. November 1989.

18 Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 25. Oktober 1989, in: ACDP 07-001-1422.

19 Zu den angebahnten Gesprächen vgl. Ansgar Vössing: Die Kontakte der Berliner CDU zur Opposition und zu den neuen Parteien in der DDR. Erinnerungen aus der Zeit zwischen September 1989 und Oktober 1990, in: Deutschland Archiv 1 (2010), S. 52–59.

20 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 9. Oktober 1989, in: ACDP 07-001-1110.

21 Jung: Die letzten Tage der Teilung, S. 72–83.

Anfang November trafen Diepgen, sein damaliger Pressesprecher und Vetter von Lothar de Maizière, Thomas de Maizière, sowie der CDU-Bezirksvorsitzende von Berlin (Ost), Siegfried Berghaus, in einem Gästehaus der CDU (Ost) zu einem Gespräch zusammen.²² Denn Göttings Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden am 2. November 1989 hatte Signalfunktion und wurde in der CDU (West) ebenso als erstes Zeichen des Umbruchs verstanden wie der versuchte Brückenschlag des designierten Vorsitzenden Lothar de Maizière. Am 9. November 1989 bereitete mit einem Treffen im Konsistorium der Evangelischen Kirche in Berlin (Ost) der hessische CDU-Generalsekretär Franz Josef Jung die geplante Begegnung mit dem hessischen CDU-Vorsitzenden Walter Wallmann vor.²³ Schon bevor Lothar de Maizière am nächsten Tag durch den Hauptvorstand der CDU (Ost) zum Vorsitzenden gewählt wurde,²⁴ sprach er öffentlich davon, die CDU sei eine Partei, „in der christliche Bürger aller Konfessionen ihr Zuhause finden können“.²⁵ Dabei erinnerte er an die gemeinsamen historischen Wurzeln, die sich in unterschiedliche Richtungen entwickelt hätten. Man trage nun gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas.

Nach dem Mauerfall war zwar in der Führung der CDU (West) die Erkenntnis gewachsen, je unabhängiger die CDU (Ost) von der SED würde, desto mehr Möglichkeiten bestünden zur Zusammenarbeit mit starken reformerischen Kräften. Doch dominierte bei Kohl, Rühle, Kurt Biedenkopf und anderen unverändert Skepsis. Denn Altvordere in der CDU (Ost) wie das Mitglied des Hauptvorstands Winfried Wolk pochten wegen der unterschiedlichen Gesellschaftsformen darauf, dass beide Parteien „keine Bruderparteien“ seien. Nachdem bereits 30 Unionspolitiker Kontakte zur CDU (Ost) unterhielten, erging nun nach dem Mauerfall Kohls Auftrag an Rühle zu informellen Gesprächen mit der Führung CDU (Ost). Dabei ging es vor allem um die Klärung der entscheidenden Frage, ob die CDU als ehemalige Blockpartei vom Sozialismus Abschied nehmen und Chancen bei freien Wahlen in der DDR haben würde.²⁶

Das Gespräch mit Rühle am 24. November 1989, an dem auch Diepgen und Thomas de Maizière teilnahmen, empfand Lothar de Maizière als „examinie-

22 Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Unter Mitarbeit von Volker Resing. Freiburg/Breisgau u. a. 2010, S. 72–74.

23 Ebd., S. 75f.

24 Ebd., S. 57–59.

25 Menso Heyl: Ost-CDU glaubt weiter an den Sozialismus, in: Bild am Sonntag, 19. November 1989.

26 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 15. November 1989, in: ACDP 07-001-1112.

ren“. Rühle fühlte de Maizière auf den Zahn, fragte nach dessen ideologischer Haltung zur parlamentarischen Demokratie und zum Begriff „Sozialismus“, der Bereitschaft des neuen Vorsitzenden, das Regierungsbündnis mit der SED zu verlassen. Zugleich bekräftigte Rühle seine strikte Abneigung gegen den Aufbau von „ständigen Kontakten“ zwischen der CDU (West) und der CDU (Ost). De Maizière blieb jedenfalls nicht verborgen, dass in der Führung der CDU (West) zwei Lager existierten, nämlich die Befürworter und Gegner einer Zusammenarbeit.²⁷

Tatsächlich steckte die CDU (West) in einem Dilemma. Einerseits konnte sie die CDU (Ost) als Ansprechpartner nicht negieren; andererseits wollte sie ihr keine Legitimation verleihen, die ihr große Teile der eigenen Anhängerschaft verweigerte. Zudem bestand für die CDU (West) die Gefahr, durch die ehemalige Blockpartei in der öffentlichen Meinung der DDR Ansehen zu verlieren und damit potenzielle Einbußen bei möglichen ersten gesamtdeutschen Wahlen zu erleiden. Praktisch war es jedoch unvermeidbar, den vielen Parteimitgliedern, die unter der SED-Diktatur gelitten und Zuflucht in der Kirche und in der Partei gesucht hatten, nun Unterstützung zu gewähren.

In der Sitzung des Bundesausschusses am 11. Dezember 1989, an der erstmals Martin Ziegler, Frank Rothmann, Dietmar Czork, Martin Kirchner und Winfried Wolk von der CDU (Ost) sowie Wolfgang Schnur, Rainer Eppelmann und Brigitta Kögler vom Demokratischen Aufbruch als Gäste teilnahmen, betonte Rühle, die CDU (West) sei bereit, mit Parteien auf allen politischen Ebenen politisch, organisatorisch, technisch zusammenzuarbeiten, die für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, die deutsche Einheit und Soziale Marktwirtschaft einträten.²⁸ Mit Verabschiedung des Leipziger Programms auf dem Gründungsparteitag am 16./17. Dezember 1989 bestätigte der „Demokratische Aufbruch sozial + ökologisch“²⁹ die Erwartungen der CDU (West). Diepgen sah bereits den DA und die CDU (Ost) sich aufeinander zu bewegen.³⁰ Denn mit der personellen Erneuerung und der programmatischen Wandlung auf ihrem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 schlug die CDU (Ost) zwar den Weg der Erneuerung ein und war als erste Partei aus dem sozialistischen Einheitsblock ausgeschieden. Für die neue Satzung war in wesentlichen Teilen die Satzung der CDU (West) Vorbild.³¹ Doch fehlte die klare

27 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 74–76.

28 Rede Rühle vor dem Bundesausschuss der CDU, Berlin, 11. Dezember 1989, in: ACDP 07-001-642.

29 Demokratischer Aufbruch sozial + ökologisch, Gründungsparteitag, Leipzig, 16.–17. Dezember 1989, in: ACDP 06-064-003/1.

30 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes, Bonn, 27. November 1989, in: ACDP 07-001-1113.

31 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 65–71.

Trennung. Zudem hatte de Maizière davon gesprochen, die Mehrheit der CDU (Ost)-Mitglieder sei der Idee eines „erneuerten Sozialismus“ verhaftet³². 40 Jahre DDR-Geschichte und CDU-Geschichte hätten den Bankrott vorbereitet. Der demokratische Sozialismus sei „der genetische Defekt der DDR und des in ihr betriebenen Pseudosozialismus“ gewesen. Damit wären „Mißerfolg und das Ende dieses Systems und auch in unserer Partei vorprogrammiert“ worden.³³ Hinzu kam, dass seine Rolle, die er in der Regierung Modrow als stellvertretender Ministerpräsident spielte, keineswegs klar war.³⁴ Er wiederum glaubte, in dieser Krisensituation werde bei einem Austritt der CDU aus der Regierung in der DDR das totale Chaos ausbrechen.³⁵

Ein weiteres Zeichen zur Kooperationsbereitschaft mit der CDU (Ost) ging von dem Treffen der CDU-Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen der westdeutschen Länder am 18. Dezember in Frankfurt am Main aus. Als Begründung wurde das kompromisslose Eintreten für die Soziale Marktwirtschaft und die Einheit der Deutschen genannt. Doch auch CSU-Generalsekretär Erwin Huber macht deutlich, „wir sind offen für mehrere Gruppierungen“. Zugleich schlugen die Fraktionsvorsitzenden Regelungen für die deutsch-deutsche Zusammenarbeit auf Länderebene vor und sprachen sich für ein regionales „Netzwerk von Partnerschaften“ zwischen CDU-Landes- und Kreisverbänden mit den entsprechenden Parteigliederungen der CDU (Ost) aus.³⁶

In Kohls Augen nutzte de Maizière um den Jahreswechsel zu wenig die Gelegenheit, mit den Kreisverbänden Partnerschaften aufzunehmen, um die Revitalisierung der Kreisverbände in der DDR voranzutreiben. Gleichwohl sagte Ruhe organisatorische und finanzielle Unterstützung für den Wahlkampf in der DDR zu.

Weitere Kontaktabbauungen erfolgten bei Gesprächen von Vertretern der rheinland-pfälzischen CDU, an der Spitze Karl Geimer und Christoph Böhr, mit CDU (Ost)-Generalsekretär Martin Kirchner und deren stellvertretenden Vorsitzenden Gottfried Müller am 5. Januar 1990³⁷ und auf Einladung des Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, an Lothar

32 Jung: Die letzten Tage der Teilung, S. 81f.

33 CDU-Sonderparteitag, Berlin, 15. Dezember 1989, Referat des Vorsitzenden der CDU, Lothar de Maizière, auf dem CDU-Sonderparteitag am 15. Dezember 1989, Pressematerial, in: ACDP 07-011-3855.

34 Hans-Rüdiger Karutz: Kein „Wendehals“, in: Die Welt, 13. November 1989. Menso Heyl: Ost-CDU glaubt weiter an den Sozialismus, in: Bild am Sonntag, 19. November 1989.

35 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 75.

36 Parteien/DDR. Union erkennt DDR-CDU als Partner an – Hilfen bei Parteaufbau, dpa-Meldung, 18. Dezember 1989, in: ACDP Dokumentation 2/20/10.

37 Ergebnisvermerk der Gespräche mit der CDU der DDR in der zentralen Parteischule in Burscheidungen/DDR vom 5. Januar 1990, 8. Januar 1990, in: ACDP 07-001-6907.

de Maizière. Das Gespräch kam am 8. Januar 1990 in Bonn zustande, dauerte aber erheblich kürzer als geplant und führte – mehr durch Zufall – zur ersten, unerwarteten Visite de Maizières in der CDU-Bundesgeschäftsstelle auf der Bonner Adenauerallee mit unliebsamen Folgen. Angeblich verhängten Rühle und Bundesgeschäftsführer Peter Radunski „eine Kontaktsperre“ für die Mitarbeiter gegenüber de Maizière.³⁸

Am 10. Januar 1990 vereinbarten die westdeutschen Landesverbände bei ihrer konzertierten Unterstützung für den Volkskammerwahlkampf eine regionale Arbeitsteilung: West-Berlin für den Ostteil der Stadt, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein für Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen für Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen für Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland für Thüringen, Baden-Württemberg für Sachsen.³⁹

Damit verstärkte sich die innere Abhängigkeit. Kohl erkannte die schwierige Situation für die CDU (West), eine Partnerpartei zu finden und zögerte Mitte Januar 1990 die Festlegung auf eine Gruppe so lange wie möglich hinaus. Er war nach wie vor davon überzeugt, die CDU (Ost) werde als ehemalige Blockpartei bei freien Wahlen in der DDR angesichts ihrer Diskreditierung in der Bevölkerung alleine keine Chance haben.⁴⁰ Dort gebe es „eine Menge vernünftiger Leute“, aber „auch schwer belastete Mitglieder“. Eine Art „Entnazifizierung“ der CDU (Ost) lehnte er ab. Stattdessen forderte er die Auswechslung der Galionsfiguren in der Spitze und in lokalen Bereichen.⁴¹ Eigentlicher Grund war jedoch die Befürchtung, auf das falsche Pferd zu setzen. Denn die noch für den 6. Mai geplante Volkskammerwahl würde „die Vollendung der Revolution in der DDR per Stimmzettel, die Abwahl der SED“ sein. Angesichts des Autoritätsverlustes der CDU (Ost) als „Blockflötenpartei“ und schwindender Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung der DDR könnte sie auch der CDU (West) bei der kommenden Bundestagwahl schaden.⁴² Zu genau wusste man im Bonner Adenauer-Haus: „Moderne Wahlkämpfe verlaufen wie eine Fahrt auf der Achterbahn.“⁴³ Für die CDU (West) war ein Wahlkampf un-

38 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 78f.

39 CDU-Landesverbände teilen sich die Unterstützung des Pendants im Osten, in: Die Welt, 11. Januar 1990. Daraus entwickelte sich eine flächendeckend Unterstützung der westdeutschen CDU-Kreisverbände. Dazu CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Organisation, Patenschaften in der DDR (gegliedert nach Bezirken u. Kreisen in der DDR), Stand: Mai 1990, in: ACDP 07-001-A12500.

40 Helmut Kohl: Erinnerungen 1990–1994. München 2007, S. 37f.

41 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Saarbrücken, 15. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1114.

42 Carsten Tessmer: Innerdeutsche Parteienbeziehungen vor und nach dem Umbruch in der DDR. Erlangen 1991, S. 186f.

43 Vorlage Radunski an Rühle, Wahlkampfkonzeption zu Ihrem Vortrag im Bundesvorstand am 23. Januar 1990, 18. Januar 1990, in: ACDP 07-011-1348.

ter Umgehung der CDU (Ost) nicht möglich.⁴⁴ Umso wichtiger war es, für die CDU (West) in der DDR eigene Ansprechpartner zu haben. Die Ideallösung sah eine große Sammlungsbewegung aller nichtsozialistischen Kräfte unter Einschluss einer erneuerten CDU (Ost) vor.⁴⁵ Wiederum war nicht absehbar, ob es zur Spaltung des DA in SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR) und Neues Forum kommen würde und wie viele dann noch die CDU (Ost) unterstützten.⁴⁶ Deutsche Soziale Union (DSU) als Sammelbecken verschiedenster Oppositionsgruppen⁴⁷, die erst am 20. Januar 1990 offiziell in Leipzig gegründet wurde⁴⁸, und Deutsche Forumpartei (DFP) standen der CDU (West) am nächsten. Doch beide befanden sich noch in der Gründungs- bzw. Konsolidierungsphase. Zudem war das Engagement der Kirchen für die CDU (Ost) nicht zu vernachlässigen. Insgeheim hoffte Kohl, CDU (Ost) und oppositionelle Gruppen fänden von selbst zueinander, und das Problem würde sich für die CDU (West) von alleine lösen. Nicht zuletzt, weil die Mehrheit im Bundesvorstand offizielle Kontakte mit der Führung CDU (Ost) ablehnte, sollte der Arbeitskreis „DDR-Kontakte“, bestehend aus Rühle, Wallmann, Ernst Albrecht, Hermann Gröhe, Bernhard Worms und Bernhard Vogel,⁴⁹ die Koordinierung leisten.

Bis Ende Januar 1990 blieb die CDU (West) bei ihrer Doppelstrategie: Fortsetzung der Kontakte zur „Schwesterpartei“ CDU (Ost) auf regionaler und kommunaler Ebene sowie Offenhalten der Option, zu neuen Parteien Beziehungen aufzubauen. Deshalb war nach Kohls Ansicht ein gemeinsames Dach für die CDU (Ost) erforderlich.⁵⁰

Gleichwohl nahm der Druck auf ihn zu. Bei dem Treffen des Krone/Ellwanger-Kreises am 13. Januar 1990 warb der neue Generalsekretär der CDU (Ost), Kirchner, bei der CDU (West) um Vertrauen in die neue Führung, betonte die gemeinsamen programmatischen Ziele und ließ den geplanten Austritt der CDU (Ost) aus der Regierung Modrow durchblicken. Die Worte zielten

44 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die Deutsche Einheit verhandelte. Stuttgart 1991, S. 41.

45 Vorlage Radunski an Rühle, Wahlkampfkonzeption zu Ihrem Vortrag im Bundesvorstand am 23. Januar 1990, 18. Januar 1990, in: ACDP 07-011-1348.

46 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums, Kanzlerbungalow, 10. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1423.

47 Forumpartei, Fortschrittliche Volkspartei, CSU/DSU, Freie Demokratische Union, Sozialbürgerliche Union, Deutsche Freiheitsunion, Vereinigte Union Sachsen, CDSU, Deutsche Friedensunion, Thüringische Friedensunion und Thüringische Forumpartei.

48 Zur Entstehung der DSU Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 149–166.

49 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums, Kanzlerbungalow, 10. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1423.

50 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 23. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1115.

darauf, die Skepsis von Helmut Kohl zu mildern.⁵¹ Für dessen Bereitschaft zu dem Treffen mit de Maizière in der zweiten Januarhälfte⁵², mit Wolfgang Schnur und Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling⁵³ sowie für dessen Gespräche am 1. und 5. Februar 1990 in West-Berlin⁵⁴ über die Bildung eines Wahlbündnisses waren verschiedene Gründe maßgeblich.

Erstens setzte die Vorverlegung des Termins der Volkskammerwahl vom 6. Mai auf den 18. März die CDU (West) unter enormen Zugzwang. Zweitens wurden angesichts der Umbenennung der SDP in der DDR in SPD⁵⁵ seitens der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Besorgnisse und Forderungen nach einem klärenden Wort des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden laut. Ein Gesamtkonzept sollte her und Kohl sich auf Ansprechpartner festlegen, die keiner Zersplitterung Vorschub leisteten.⁵⁶ Drittens hatte die CDU (Ost) mit ihrem Austritt aus der Regierung Modrow nach Beschluss des Präsidiums am 25. Januar 1990⁵⁷ endlich die geforderte Trennung vollzogen. Die CDU (West) feierte diesen Schritt als Befreiungsschlag der CDU (Ost) aus 40 Jahren „babylonischer Gefangenschaft der SED-Diktatur“⁵⁸. Viertens war eine wachsende Einsicht beim DA zur Zusammenarbeit mit der CDU (Ost)⁵⁹ erkennbar. Somit ging es nicht allein um die CDU (Ost), sondern um den Aufbau einer potenziellen christlichen Volkspartei. Fünftens hatte de Maizière offenbar Gefallen daran gefunden, die westdeutsche CDU aufzumischen. Denn seine Begegnung am 27. Januar 1990 in Neuss mit dem Bundestagsabgeordneten Willy Wimmer schlug im Adenauer-Haus wie eine Bombe ein. Wimmer, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung und Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederrhein, setzte damit ein Zeichen. Ziel der Aktion war, Kohl zusätzlich unter Druck zu setzen.⁶⁰ De Maizière betonte in dem Gespräch mit Wimmer, so könne es nicht weitergehen. „Die Bundes-CDU kann nicht wollen, daß die DDR-CDU zerbricht.“ Differenzpunkte müssten nun „außen vorgelassen werden. Es geht jetzt dringlich um die Frage der Unterstützung der Bundes-CDU im Wahlkampf der DDR. Die CSU würde vom Süden her (nach

51 Jäger/Walter: Die Allianz für Deutschland, S. 49f.

52 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 38f.

53 Ebd., S. 39.

54 Ebd., S. 40.

55 Ebd., S. 39.

56 Nachricht der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen, an den Parlamentarischen Geschäftsführer Bohl, Vorgezogener Wahltermin, 29. Januar 1990, in: ACDP 07-001-6901.

57 Protokoll der Präsidiumssitzung, 25. Januar 1990, in: ACDP 07-011-3510.

58 Nach langem Zögern lädt Kohl de Maizière ein, in: Die Welt, 29. Januar 1990.

59 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums, Bonn, 29. Januar 1990, in: ACDP 07-001-1423.

60 De Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen, S. 79f.

Einfluß) ‚grapschen‘. Die DSU sei nicht aus sich heraus entstanden, sondern von der CSU ‚gebastelt‘. De Maizière habe besonders das ‚C‘ betont⁶¹ und neben dem Bekenntnis zur Wiedervereinigung, Sozialen Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit eine Absage an den Sozialismus erteilt. Damit war die programmatische Übereinstimmung hergestellt.

Die Verhandlungen über das Zustandekommen der ‚Allianz für Deutschland‘ stellten ein eigenes Kapitel dar⁶², vor allem wegen der Vorbehalte des DA gegen die Deutsche Forumpartei. Denn immerhin war der DA nach der CDU (Ost) zweitstärkste Kraft⁶³, ganz abgesehen von dem Sonderfall Thüringen, wo bereits ein Wahlbündnis zwischen CDU (Ost), DA, DSU und DFP zustande gekommen war und nun Hoffnung auf die Signalwirkung für die Bildung der ‚Allianz für Deutschland‘ bestand.

Am 3. Februar 1990 entschied der Hauptausschuss des DA in Halle, ein Bündnis mit CDU (Ost), der DSU und der DFP für die Volkskammerwahl zu schließen. Maßgeblicher Grund soll die finanzielle Wahlkampfunterstützung der CDU (West) gewesen sein. In dieser Frage hatte sich Schnur offenbar gegen Eppelmann durchgesetzt. Parallel dazu nahm der Vorsitzende der Jungen Union (JU), Hermann Gröhe, als Gast an der 1. Bundeskonferenz der Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ) der DDR in Burgscheidungen bei Halle teil. Die CDJ hatte sich noch vor dem Mauerfall am 9. November 1989 in der Absicht gegründet, der Jugend der DDR ein Forum für ‚einen eigenständigen christlich-demokratischen Beitrag zur Erneuerung der DDR‘⁶⁴ zu leisten, um die Vormacht der FDJ (Freie Deutsche Jugend) und der SED in der Jugendarbeit zu brechen. Die Bundeskonferenz hatte zugleich dem Bundesvorstand unter Leitung von Christoph Bender den Auftrag erteilt, mit der Initiative Jugend im Demokratischen Aufbruch und der Jungen Union der DSU über die Bildung eines gemeinsamen Christlich-Demokratischen Jugendverbandes zu verhandeln. Die Organisationsform sollte über den Begriff ‚Bündnis oder Allianz‘ hinausgehen.⁶⁵ Ziel der Jungen Union war es, einen gesamtdeutschen christlich-demokratischen Jugendverband herzustellen. Der Arbeitsausschuss von

61 Vorlage Roik an Kohl, Gespräch Lothar de Maizière mit Willy Wimmer am vergangenen Samstag, 31. Januar 1990, in: ACDP 07-001-6907.

62 Dazu Michael Richter: Die Bildung der Allianz für Deutschland, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 335–346.

63 Unions-Strategie für DDR gescheitert, in: Die Welt, 3./4. Februar 1990.

64 Junge Union Deutschlands, Pressemitteilung 8/90, Christlich-Demokratische Jugend der DDR beendet 1. Bundeskonferenz. Christoph Bender zum Vorsitzenden gewählt, 6. Februar 1990, in: ACDP 07-001-6909.

65 Vorlage Roik an Kohl, 5. Februar 1990, ebd.

JU und CDJ diene dazu als Koordinierungsinstrument.⁶⁶ Im Hintergrund spielte vor allem der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Anton Pfeifer, eine Rolle, der in einem Gesprächskreis ein Konzept für „den beabsichtigten Beitrag der Bundesregierung zur Unterstützung demokratischer Strukturen einer pluralen Jugend- und Studentenarbeit in der DDR“ zusammengerufen hatte.⁶⁷

Mit Gründung der „Allianz für Deutschland“ am 5. Februar 1990, übrigens ohne die DFP, wurde unter dem Motto „Nie wieder Sozialismus“ eine Wahlkampfplattform geschaffen. Mit Blick auf die Zukunft des deutschen Parteiensystems war es für die CDU (West) wichtig, möglichst viele Partner zu haben. Bernd Neumann, der vor Ort als Koordinator der „Allianz für Deutschland“ beim Demokratischen Aufbruch die Mitglieder beriet, bekam sehr bald zu spüren, wie „schwierig und mühsam“ sich die Zusammenarbeit gestaltete.⁶⁸

Die Neugründung der CDU-Landesverbände bedeutete den ersten Schritt zur organisatorischen Anpassung an die CDU (West). Zuerst gründete sich der Landesverband Thüringen am 20. Januar 1990 in Weimar, am 17. Februar folgte die Gründung des Landesverbandes Berlin für den Ostteil der Stadt in Berlin-Weißensee sowie die Neugründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt am 25. Februar in Magdeburg. Entsprechende Neugründungen der Landesverbände Brandenburg in Potsdam, Mecklenburg-Vorpommern in Rostock und Sachsen in Dresden kamen am 3. März zustande. Der überwältigende Sieg der „Allianz“ bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990, der trotz der Enttarnung des DA-Vorsitzenden Schnur als Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, vier Tage vor der Wahl, zustande kam, wirkte wie ein Katalysator auf die Wiedervereinigung insgesamt, aber auch auf den Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien. Radunski sprach gar vom größten Erfolg Kohls in seiner politischen Laufbahn. Es war nicht zuletzt der vorhandene organisatorische Unterbau der CDU (Ost), der der „Allianz“ im Wahlkampf in den ehemaligen Hochburgen der SPD aus den Zeiten der Weimarer Republik entscheidende strategische Vorteile bescherte.

Schon am nächsten Tag verkündete Helmut Kohl im Bundesvorstand: „Ziel sei *eine* Partei in West und Ost“. Die jetzige Formierung der CDU (Ost) sei noch

66 Junge Union Deutschlands, Pressemitteilung 8/90, JU-Vorsitzender Hermann Gröhe bei der Bundeskonferenz der Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ) der DDR, 1. Februar 1990, ebd.

67 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Politik, Abteilung Innenpolitik, Vorlage Bergner an Rühle, Unterstützung der Jugendarbeit in der DDR, 1. Februar 1990, ebd.

68 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Zum Bericht des Generalsekretärs für die Präsidiumssitzung am 5. März 1990 über die Unterstützung unserer Partnerparteien in der DDR, 2. März 1990, in: ACDP 07-001-1488.

nicht abgeschlossen, und die DSU-Anhänger würden am ehesten potenzielle CDU-Mitglieder werden. Erwin Teufel brachte es auf den Punkt: Die Allianz sei eine notwendige Zwischenlösung gewesen, die Zusammenführung nun zwingend notwendig. Es könnten in einem Land nicht zwei C-Parteien konkurrieren. Aufgrund des Wahlsiegs hielt Heiner Geißler die CDU-Ost für „praktisch salviert“. Hans-Otto Wilhelm schlug vor, einen Parteirat für ganz Deutschland zwischen der CDU (West) und den Allianz-Parteien in Berlin zu bilden.⁶⁹

Zwei Tage später, am 21. März 1990, kamen Lothar de Maizière, Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) und Rainer Eppelmann (DA) bei einem Treffen mit Kohl und Waigel überein, „die im Wahlkampf bewährte Zusammenarbeit“ nunmehr „in der Parlaments- und Regierungsarbeit fortzusetzen“ und eine „Arbeitsgemeinschaft der Abgeordneten der Allianz für Deutschland in der Volkskammer“ zu bilden.⁷⁰ Damit war eine wichtige institutionelle Verankerung erreicht. Mit der Aktion „Freunde helfen Freunden“⁷¹ sicherten sich die Allianz-Parteien zugleich die Wahlkampfunterstützung durch die Profis aus dem Adenauer-Haus in Bonn für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf in der DDR.

Gegen Ende März konkretisierten sich die Überlegungen für das Zusammengehen von CDU (West) und CDU (Ost), für die vor allem die Hessen und Berliner plädierten.⁷² Kohl wollte nun die bisherige Vorreiterrolle der Landesverbände bremsen. Über die Fusion „könne nicht von einzelnen Parteigliederungen vorab darüber entscheiden werden“, machte er im Bundesvorstand am 23. März 1990 klar. In Anbetracht der Bundestagswahl sei ein Gesamtkonzept erforderlich, das er mit de Maizière besprechen müsse, wozu aber bislang noch keine Möglichkeit gewesen sei.⁷³ Immerhin ging es um die Zusammenführung von 658.584 Mitgliedern der CDU (West)⁷⁴ und 131.351 Mitgliedern der CDU (Ost) eigenen Angaben zufolge mit Stand vom 31. März 1990⁷⁵, das waren 19,94 Prozent. Kohl zweifelte, „ob es richtig sei,

69 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 19. März 1990, in: ACDP 07-001-1117.

70 Wortlaut der Erklärung, Bonn, 22. März 1990, in: ACDP 07-001-6907. Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 51f.

71 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 26. März 1990, in: ACDP 07-001-1423.

72 Wallmann dringt auf eine schrittweise Fusion der CDU, in: FAZ, 27. März 1990. CDU-Landesverbände beanspruchen Vorreiterrolle, ebd., 30. April 1990.

73 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 23. April 1990, in: ACDP 07-001-1423.

74 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Organisation, Mitgliederbewegung im März 1990, 9. April 1990, in: ACDP 07-001-A12501.

75 Von Ende Dezember 1990 an wurden die in der zentralen Mitgliederkartei der ehemaligen Hauptgeschäftsstelle in Berlin geführten Mitglieder der alten CDU (Ost) in die zentrale Mitglieder-Kartei der CDU Deutschlands übernommen und bis Oktober 1991 einer Überprüfung unterzogen. Demnach umfasste die in Berlin geführte Kartei zum 31. Dezember

zu *einer* CDU Deutschlands vor diesen Wahlen zu kommen“. Dahinter stand die Überlegung, für eine Übergangszeit die CDU (Ost) als Dachverband aufrechtzuerhalten. Die Entwicklung wollte Kohl von der Entstehung der Länder in der DDR abkoppeln, denn erst dann würden auch richtige Landesverbände entstehen. Zudem sei eine Statutenänderung erforderlich, die nur unter Zustimmung der Gesamtpartei möglich wäre. Rühle sah das Jahr 1990 noch als „Phase der Kooperation zwischen CDU (West) und CDU (Ost)“, also nicht als Vereinigungsjahr. Gleichwohl kam es zu ersten Besprechungen der Bundesgeschäftsstelle mit den Kollegen der CDU (Ost) unter Einbeziehung der Kreisparteivorsitzenden.⁷⁶

Wallmann und Dieppen ließen sich von alledem nicht beirren. Mit Uwe Ehrlich liefen bereits konkrete Gespräche in Erfurt für eine erste hessisch-thüringische CDU-Versammlung Ende April in Eisenach, und Dieppen plante für den 7. Mai erstmals nach 42 Jahren einen gemeinsamen Kongress der Berliner Unionsverbände.⁷⁷ Nach Bildung der großen Koalition unter Lothar de Maizière am 2. April 1990 sorgte der Ausgang der Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 bei den kleinen Partnern für herbe Ernüchterung. Während die CDU (Ost) 34,37 Prozent verbuchen konnte, kamen die DSU nur auf 3,41 Prozent und die DBD auf 3,67 Prozent. Nachdem bei der Volkskammerwahl für den DA nur 0,9 Prozent herausgesprungen waren, war dieser praktisch politisch bedeutungslos geworden. Damit stellte sich für beide die Überlebensfrage im politischen System des wiedervereinten Deutschland. Während Teile der DSU für ein Zusammengehen mit der CDU (Ost) plädierten, entschloss sich aber die Mehrheit der DSU-Mitglieder für die weitere Eigenständigkeit.⁷⁸

Im Mai wurden im Adenauer-Haus mit Blick auf den sich abzeichnenden ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlkampf die Weichen für die Zusammenschlüsse gestellt.⁷⁹ Kohl drängte, die Erfolge seiner Politik mit dem

1990 134.409 Mitglieder, nach Überprüfung der Kartei betrug die Mitgliederzahl in den fünf neuen Landesverbänden 111.248 Mitglieder. Angaben in: 2. Parteitag der CDU. 14.–17. Dezember 1991. Dresden. Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, S. 24, in: ACDP 07-001-22435.

76 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 23. April 1990, in: ACDP 07-001-1118.

77 Berliner Ost-CDU versteht sich als Gegengewicht, in: FAZ, 7. Mai 1990.

78 Dazu Michael Richter: Zur Entwicklung der Ost-CDU vom Januar 1990 bis zum Vereinigungsparteitag am 1. Oktober 1990, in: Ders./Martin Reißmann (Hg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Weimar u. a. 1995, S. 235–251, hier S. 248.

79 CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Organisation sowie Justitiariat, Schumacher und Scheib, Ergebnis-Vermerk über die Besprechung am 11. Mai 1990 bei der HA IV, Rechtliche und organisatorische Vorüberlegungen für eine Zusammenführung der CDU Deutschlands (CDU-Bund) und der CDU der DDR (Ost-CDU) sowie für einen gesamtdeutschen Bundestagswahlkampf, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-A14069a.

Abschluss des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion dem Wähler zu kommunizieren und erhöhte nun auf innerparteilicher Schiene das Tempo der Zusammenführung. Der „Zug der deutschen Einheit fahre langsam durch den Bahnhof der deutschen Geschichte. Wenn man jetzt nicht aufsteige, werde der Zug eine längere Zeit nicht wiederkommen“⁸⁰, warnte der Parteivorsitzende den Bundesvorstand. Klare Entscheidungen waren erforderlich. Das Desaster der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen und die aufkommende Frage nach den Kosten der Wiedervereinigung konnten verheerende Wirkung auf die gesamtdeutschen Wahlen haben. Von kritischen Nachfragen würde der 38. Bundesparteitag in Hamburg voraussichtlich nicht verschont bleiben. Bis dahin musste die CDU als gesamtdeutsche Partei gebildet sein.⁸¹ Kohl hielt Hinweise für „unerheblich“, die vor einem ähnlichen Schicksal warnten, wie es 1945 Winston Churchills ereilte, der den Zweiten Weltkrieg gewonnen und die anschließenden Wahlen zum Unterhaus verloren hatte. Mehr sorgte er sich um das innenpolitische Klima. Würden das einst „rote“ Sachsen, die verbliebenen Protestanten und die zunehmende Zahl religiös ungebundener Wähler in der DDR auch weiterhin CDU wählen?⁸² Je mehr Fragen und Probleme der Wiedervereinigung öffentlich diskutiert wurden, desto größer wurde der Zeitdruck. Für Ende Mai waren Beratungen über eine deutschlandpolitische Resolution vorgesehen. Die Initiative für den Zusammenschluss sollte jedoch, wie Kohl sagte, „von drüben“ kommen. Zudem sei die Frage der Vermögenswerte zu lösen. Neumann schlug vor, den Allianzgedanken fallen zu lassen und stattdessen eine gesamtdeutsche CDU zu bilden.⁸³ De Maizière sollte unter Druck gesetzt werden, bei der Wiedervereinigung zum Abschluss zu kommen.⁸⁴

So einfach aber war das alles nicht zu bewerkstelligen. Das Büro des Bundesgeschäftsführers wies am 14. Mai 1990 zu Recht darauf hin, im Statut sei keine Bestimmung über den Zusammenschluss mit einer anderen Partei enthalten. Denkbar waren zwei Wege, ähnlich wie in Artikel 23 Grundgesetz vorgesehen, dass die neuen Landesverbände der CDU (Ost) der CDU (West) beitreten oder dass die CDU (Ost) als eine Körperschaft der CDU (West) beitrete unter Bezug auf § 65 Bundeswahlgesetz. Abgesehen davon stellte sich die

80 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1119.

81 Kohl: Erinnerungen 1990–1994, S. 108–110.

82 Ebd., S. 189.

83 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1119.

84 Sitzung des Präsidiums der CDU, 14. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1423.

Frage, wie der Zusammenschluss der Vereinigungen vonstatten gehen sollte.⁸⁵ In Gesprächen zwischen Kohl, de Maizière und den drei Landesvorsitzenden Ebeling, Eppelmann und Ulrich Junghanns, erster stellvertretender Vorsitzender der DBD, zeichneten sich Lösungen ab.

In der Präsidiumssitzung am 31. Mai 1990 berichtete Kohl, der Fahrplan sei geklärt. Der Bundesvorstand der CDU (West) sollte Empfehlungsbeschlüsse fassen, die dann dem Bundesparteiausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt würden. Delegierte der CDU (Ost) sollten bei der nächsten Bundesvorstandssitzung anwesend sein. Auf dem Parteitag selbst sollten 150 Delegierte gemäß dem 20-Prozent-Anteil der Mitglieder der CDU (Ost) an der künftigen Mitgliederzahl der gesamten CDU repräsentieren und über die Landesparteien oder auf dem Bundesparteitag hinzu gewählt werden. DDR-Delegierte wären dann Gäste der Beschlussfassung. Außerdem sollten Präsidium und Parteivorstand komplett neu gewählt werden, was zuvor den Rücktritt aller Präsidiumsmitglieder erforderlich machte.⁸⁶ Da Ernst Albrecht seinen Verzicht auf die Wiederwahl erklärte, schlug Kohl als Nachfolger Lothar Späth vor. Die sieben stellvertretenden Parteivorsitzenden würden künftig durch nur einen Stellvertreter, nämlich Lothar de Maizière, ersetzt. Der Parteivorstand sollte um vier Mitglieder von 20 auf 24 bei einer Amtszeit von zwei Jahren erhöht werden. Kohl kam dem Wunsch de Maizières nach, eine Programm-Kommission einzurichten,⁸⁷ allerdings erst auf dem Parteitag⁸⁸ und nicht bereits zuvor. Unklar war, welche Gremien welche Beschlüsse fassen. Die Fusionsbeschlüsse mussten die jeweiligen Landesparteitage fassen. Dabei galt es, „auf jeden Fall“ den „Vorwurf des Anschlusses“ zu vermeiden. Außerdem war ein Auflösungsbeschluss der Exil-CDU erforderlich. Und die DSU hatte sich aufgrund innerer Auseinandersetzungen zwischen ihren prominentesten Protagonisten, Peter-Michael Diestel und Pfarrer Ebeling, und der Parteibasis selbst ins Abseits gestellt. Damit wurde die Ausbreitung der CSU in die DDR gestoppt und ein möglicher Konflikt mit der CDU über deren

85 Vorlage Justitiar Scheib an Bundesgeschäftsführer Radunski, Zusammenführung der CDU Deutschlands (CDU-Bund) und der DDR-CDU auf dem bevorstehenden CDU-Bundesparteitag in Hamburg, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-22415.

86 Rücktritts-Erklärung von Helmut Kohl im Zusammenhang mit der Vereinigung der CDU in Deutschland, 12. September 1990, in: ACDP 07-011-1349.

87 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1423.

88 Vorlage Staudacher an Rühle, Grundsatzprogrammdiskussion, 12. Juli 1990, in: ACDP 07-001-A12500. Zu den Arbeiten der unter Leitung von Lothar de Maizière eingesetzten Kommission vgl. Ingrid Reichart-Dreyer: Das Zusammenwachsen der CDU durch die Meinungsbildung zum ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm „Frei in Verantwortung“, in: Heiner Timmermann (Hg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit. Berlin 2001, S. 617–646.

Ausweitung über Bayern hinaus der Boden entzogen. Übereinstimmend war das Präsidium der Meinung, die CDU solle die erste Partei sein, die die Teilung überwindet. Besonderen Wert legte Kohl auf die Dramaturgie und emotionale Wirkung des Parteitages nach außen. Es sollte ein Tag der Geschichte und der Totenehrung werden. Die wiedervereinigte CDU müsse in den Medien ein Bild der Geschlossenheit bieten, das ein Signal für die bevorstehenden Landestags- und Bundestageswahlen wäre.⁸⁹

Am Statut der Partei wollte man in der Bundesgeschäftsstelle (dem „Adenauer-Haus“) so wenige Änderungen wie möglich vornehmen. Doch waren noch wichtige rechtliche Fragen offen, vor allem ob bis zum Parteitag in der DDR die Landesverbände als funktionsfähige Organisationseinheiten wie in den Ländern der Bundesrepublik existieren würden. Lägen bis zum 20. September rechtskräftige Gesetze über die Ländergründungen vor, wäre die Fusion nicht nötig. Um dem zu entgehen, kam nicht eine Fusion im rechts- und parteirechtlichen Sinne in Frage, sondern nur die Zusammenführung von zwei Parteien, die aufgrund historischer Umstände getrennt waren. Somit bestand die Möglichkeit der Zusammenführung nach § 16 Absatz 1 Satz 1 des Statuts der CDU.⁹⁰

Wenige Tage später, am 6. Juni, erklärte Rühle öffentlich auf die Frage, ob es „ein ‚Beitritt‘ der CDU Ost“ sei oder es „sich um einen Zusammenschluss gleichberechtigter Partner“ handle, es gehe „um die Wiedervereinigung der CDU“. Am Ende des Parteitags am 1. Oktober werde „eine neue gemeinsame Führung“ stehen.⁹¹ In seinem Lagebericht vor dem Bundesvorstand am 11. Juni ging Kohl davon aus, es werde „zu einer wirklichen Fusion der beiden Parteien“ kommen. „Für eine Übergangszeit sollte die CDU-Ost einen bestimmten eigenen Rahmen behalten“, und zwar für etwa zwei Jahre. In erster Linie war damit wohl der Abbau des Personalbestandes gemeint, der auf Dauer nicht zu finanzieren war. Gleichzeitig mahnte Kohl die Klärung der vermögensrechtlichen Fragen an. Er wollte „die Frage des ‚ungerechtfertigten Vermögens‘ vor den gesamtdeutschen Wahlen für jedermann erkennbar geregelt“ wissen und in einen „Fonds für die Opfer des Stalinismus“ einbringen. Die Unterstützung der DSU seitens der CSU auf dem Gebiet der Bundesrepublik hatte der Parteivorsitzende in einem Gespräch mit dem CSU-Präsidium abge-

89 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-1423.

90 Vorlage Justitiar Scheib an Bundesgeschäftsführer Radunski, Zusammenführung der CDU Deutschlands (CDU-Bund) und der DDR-CDU auf dem bevorstehenden CDU-Bundesparteitag in Hamburg, 31. Mai 1990, in: ACDP 07-001-22415.

91 Interview Rühle mit der Augsburger Allgemeinen Zeitung am 6. Juni 1990, 7. Juni 1990, in: ACDP Dokumentation Rühle Interview.

lehnt, um deren Ausdehnung über Bayern hinaus keinen Vorschub zu leisten. Tolerieren wollte er lediglich die Hilfe der CSU für die DSU in der DDR und – in Absprache mit der CDU – eine denkbare Zusammenarbeit der CDU (Ost) mit der DSU dort. Berlin stellte diesbezüglich eine Sondersituation dar.⁹²

Am 14. Juni 1990 stellte das Präsidium der CDU (Ost) an den Parteivorstand den Antrag zur Wahl der Delegierten für den gemeinsamen Parteitag in Hamburg. Von den 150 Delegierten kamen nach Mitgliederstärke 131 Delegierte aus den Landesverbänden und 19 Delegierte aus dem Präsidium, je nach Stärke der Landesverbände.⁹³ Ursprünglich war geplant, den 17. Parteitag der CDU (Ost) am 9./10. März 1990 abzuhalten, er wurde dann auf den 28./29. September 1990 verschoben, fand jedoch aufgrund der Beschlüsse der Landesverbände nicht mehr statt.

Am 17. Juni 1990 empfahl das Präsidium, am 25. Juni 1990 der Parteivorstand der DBD den Mitgliedern die Aufnahme in die CDU (Ost) mit der Begründung, der gesellschaftliche Vertretungsauftrag sei im parteipolitischen Alleingang wenig erfolgversprechend. Um den Mitgliedern eine neue politische Heimat und Perspektive im gesamten Deutschland zu geben und zur Stärkung des konservativ-liberalen Lagers werde der Zusammenschluss erforderlich, wovon nur ehemalige SED-Mitglieder ausgeschlossen wurden, die nach dem 9. November 1989 ausgetreten waren.⁹⁴ Der Entscheidungsprozess, hieß es, gehe von der Basis aus und richte sich auf die Schaffung föderaler Parteistrukturen, die auf Landesebene vollendet würden. Um der DBD keinen Anspruch auf einen künftigen Sitz im Präsidium einzuräumen, ließ der DA seinen Anspruch und die dafür vorgesehene Kandidatin, Angela Merkel, fallen.

Am 18. Juni sprach Lothar de Maizière erstmals vor einem offiziellen Gremium der CDU (West), dem Bundesausschuss. Er betonte, wie belastend es für die CDU in der DDR gewesen sei, dass trotz „der gleichen Wurzel“ das Gespräch „von der einen Seite nicht gesucht und von der anderen Seite strikt

92 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 11. Juni 1990, in: ACDP 07-001-1120.

93 Antrag des Präsidiums an den Parteivorstand, Präsidiumsbeschluss vom 14. Juni 1990, in: ACDP 07-010-3520. VIII. Tagung des Parteivorstandes am 21./22. Juli 1990, Vorlage S-VIII-19, Antrag des Präsidiums an den Parteivorstand, Wahlmodus für die Delegierten zum gemeinsamen Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands am 1. und 2. Oktober 1990 in Hamburg, in: ACDP 07-011-3855.

94 VII. Tagung des Parteivorstandes der CDU am 26.6.1990, Vorlage S-VII-16, Antrag des Präsidiums an den Parteivorstand der CDU und Beschlussprotokoll der VII. Tagung des Parteivorstandes am 26. Juni 1990 sowie Beschluss der 6. Tagung des Parteivorstandes der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 25. Juni 1990, Entwurf, in: ACDP 07-011-3855.

verweigert wurde“. Mit Blick auf die gemeinsame CDU hob er einmal mehr hervor, das „C“ müsse das gemeinsame Zukunftsprogramm sein.⁹⁵

Fortan verhandelten Rühle und teils Peter Radunski mit Horst Korbella, dem geschäftsführenden stellvertretenden Vorsitzenden der CDU (Ost), über weitere Einzelheiten. Dazu gehörten Forderungen de Maizières, als stellvertretender Vorsitzender gemeinsam mit den Parteivorsitzenden das Vorschlagsrecht für den Posten des Generalsekretärs zu erhalten, ein Mitspracherecht beim Parteiprogramm hinsichtlich der christlichen Werte, des Gewichts ökologischer und sozialer Fragen und die Klärung des Sitzes der Bundesgeschäftsstelle.⁹⁶ Die Anpassung der Satzungen der neuen Landesverbände an das Bundesstatut war – mit Ausnahme Berlins – bis Ende 1992 vorgesehen. Der Zusammenschluss der Vereinigungen sollte erst nach dem gemeinsamen Parteitag erfolgen. Akzeptiert wurde lediglich der für September in Leipzig geplante Zusammenschluss der Jungen Union und der Christlich Demokratischen Jugend. Rühle und Korbella kamen zudem am 9. Juli 1990 überein, künftig solle es nur eine gemeinsame Parteizentrale geben, und zwar in Bonn.⁹⁷

Im Juli und August ging es um die Beschlusssentwürfe der Beitrittserklärung der Landesverbände, die Vorbereitung der Entscheidungen in den Gremien der Landesverbände sowie die Delegiertenwahlen und Ermächtigungen. Auf dem Sonderparteitag des DA am 4. August 1990 liefen die Meinungen über den richtigen Weg noch auseinander, ob der DA als eigene Partei in die bevorstehenden Landtagswahlen gehen oder geschlossen der CDU beitreten sollte.⁹⁸ Nach heftigen Diskussionen fiel der Beschluss über die Fusion mit der CDU (Ost), der allerdings an harte Bedingungen geknüpft wurde.⁹⁹ Es sollte eine angemessene Repräsentanz der DA-Mitglieder in Vorständen der CDU und bei Landtags- und Bundestagskandidaturen sichergestellt sein und ein „Arbeitskreis Demokratischer Aufbruch“ innerhalb der Partei gebildet werden. Überdies war die erste Teilnahme der fünf Landesgeschäftsführer der CDU (Ost) an der Geschäftsführerkonferenz der CDU (West) am 15. August 1990 überschattet von dem Vorwurf gegen den inzwischen beurlaubten Generalsekretär der CDU (Ost), Kirchner, er habe für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet.

95 Rede Lothar de Maizières vor dem Bundesausschuss, 18. Juni 1990, Bonn, in: ACDP 07-011-3632.

96 Kohl: 1990 wird das Jahr der deutschen Einheit, in: FAZ, 19. Juni 1990.

97 Die CDU bereitet Vereinigung vor, ebd., 10. Juli 1990.

98 Johannes Gerster: Nicht angepasst. Mein Leben zwischen Mainz, Bonn und Jerusalem. Ingelheim 2010, S. 194.

99 Zu Tagesordnung, Beschluss, Verhandlungsleitlinie und Vorstellungen zur inhaltlichen Ausgestaltung bzw. zur Organisation des Arbeitskreises „Demokratischer Aufbruch“ innerhalb der CDU: Demokratischer Aufbruch. Sonderparteitag, 4. August 1990, in: ACDP 06-064-003/1.

Nach dem Streit zwischen Kohl und de Maizière über den Termin des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes Anfang August und dem Zerfall der CDU (Ost)-geführten Koalition in der DDR gab Kohl am 22. August 1990 im Präsidium die Parole aus: Vom Parteitag solle das Signal ausgehen: „Wir sind wieder zusammen.“ 12 Tage vor der Landtagswahl in Bayern und vor den Landtagswahlen in der DDR müsse die CDU auf dem Parteitag ein Beispiel an Geschlossenheit bieten. Es gehe darum, den Parteimitgliedern das Gefühl zu vermitteln: „Wir sind die CDU. Wir sind die bestimmende Kraft in Deutschland. Wir gewinnen die Wahl“.¹⁰⁰ Die Wahlen würden gewonnen, wenn in ernster und offener Weise die schwierigen Probleme mit den Menschen erörtert würden, und der Bezug Deutschlands zu Europa hergestellt werde. Dabei seien Frauen, Familie, junge Generation sowie die Ökologie wichtige Sachthemen. Das künftige Präsidium sollte nun von 10 auf 14 Mitglieder aufgestockt werden, der Bundesvorstand von 20 auf 26 Mitglieder. Kohl schlug für das Präsidium die Kandidaten Lothar de Maizière, Günther Krause, Sabine Bergmann-Pohl und Hans-Joachim Meyer vor. Außerdem sollte ein Wahlmanifest, das auch keiner Absprache mit der CSU bedürfte, aber kein Wahlprogramm verabschiedet werden.

In der zweiten Augushälfte stimmten die neuen Landesverbände auf ihren Delegiertenversammlungen dem Vorgehen zu. Auf seinem 2. Landesparteitag beauftragte der CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt am 18. August in Magdeburg die Delegierten zum 1. Gesamtdeutschen Parteitag der CDU zu erklären, dass „ihr Landesverband ein Teil der Christlich-Demokratischen Union Deutschland ist“.¹⁰¹ Am 25. August 1990 fassten die Parteitage der CDU-Landesverbände Brandenburg in Potsdam¹⁰², Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin¹⁰³ und Thüringen in Weimar¹⁰⁴ die gleichen Beschlüsse sowie am 1. September der CDU-Landesverband Sachsen in Dresden¹⁰⁵.

100 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Bonn, 22. August 1990, in: ACDP 07-001-1423.

101 2. Landesparteitag der CDU Sachsen-Anhalt, Vorlage Nr. 4, Beschluss, 18. August 1990, in: ACDP 07-001-A14069a.

102 Beschluss des 2. Landesparteitages Brandenburg der CDU vom 25. August 1990 zur Vorbereitung der Zusammenführung der CDU Deutschlands, Vorlage Nr. 7, 38. Bundesparteitag, 1.–2. Oktober 1990, Congress Centrum Hamburg, Vereinigungsbeschlüsse der Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, in: ACDP 07-001-22415.

103 Beschluss des Landesverbandes der CDU Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung der Zusammenführung der CDU Deutschlands, Schwerin, 25. August 1990, ebd.

104 2. Landesparteitag CDU Thüringen, Beschlussvorlage Nr. 1, Beschluss des Landesparteitages der CDU Thüringen zur Zusammenführung der CDU Deutschlands, 25. August 1990, ebd.

105 2. Landesparteitag Sachsen, Beschluss zur Vorbereitung der Zusammenführung der CDU Deutschlands, 1. September 1990, ebd.

Am 27. August 1990 berichtete Rühle im Bundesvorstand über die Finanzsituation der CDU (Ost). Die Vereinigung werde keine Entlastung, sondern die Belastung der Finanzen der Union mit sich bringen, da die CDU (Ost) zwar erhebliche Nutzungsrechte von Objekten habe, aber kaum über Immobilien verfügte.¹⁰⁶ Zugleich sprach Kohl bereits von einem Enteignungsbeschluss für die Vermögenswerte der CDU (Ost)¹⁰⁷. Nach Vorlage der Vermögensbilanz der CDU (Ost) Ende Oktober¹⁰⁸ beschloss der Bundesvorstand am 12. November 1990 einstimmig mit einer Stimme Enthaltung den Verzicht auf das Vermögen der CDU (Ost). Zugleich wurden der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister beauftragt, die rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen und entsprechende Erklärungen abzugeben.¹⁰⁹ Am 15. November 1990 bekundeten der Parteivorsitzende Kohl und Generalsekretär Rühle in einer notariellen Erklärung den Verzicht.¹¹⁰

Der erste Vereinigungsschritt erfolgte am 8. September 1990 mit dem Zusammenschluss der Berliner CDU zu einem Landesverband. Elf Kreisverbände der CDU von Berlin (Ost) beschlossen mit den zwölf Kreisverbänden von Berlin (West) einen gemeinsamen Landesverband Berlin zu bilden. Eine Woche später, am 15. September 1990, stimmte die Zentrale Delegiertenversammlung der DBD dem Antrag des Präsidiums des Parteivorstands „auf Vollendung des Zusammenschlusses der DBD mit der CDU“ zu, und zwar „mit Wirkung der Beschlussfassung“ gemäß der Beschlüsse der Landesparteitage der CDU und der Delegiertenversammlung der DBD der Landesverbände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg/Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu.¹¹¹

Bereits in der Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 17. September hatte Kohl die Notwendigkeit unterstrichen, ein „Vereinigungsmanifest der CDU“ zu verabschieden, das „die wesentlichen programmatischen Grundsätze der wiedervereinigten CDU“ beschreiben sollte. Rühle übersandte den Entwurf des Manifests am 21. September 1990 an den Bundesvorstand, die

106 CDU bereitet Landtagswahlen in der DDR vor, in: FAZ, 28. August 1990.

107 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 27. August 1990, in: ACDP 07-001-1121.

108 CDU, Pressemitteilung, Erklärung Rühle anlässlich der Vorlage der Vermögensbilanz der ehemaligen CDU der DDR, 31. Oktober 1990, in: ACDP 07-001-12600.

109 Ergebnisprotokoll der Sitzung des CDU-Bundesvorstandes, Bonn, 12. November 1990, in: ACDP 07-001-1126.

110 Pressemitteilung der CDU mit Anlage der Kopie der notariellen Urkunde des Notars Dr. Karl Daniels, Bonn, der Erklärung des Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Kohl, und des Generalsekretärs der CDU, Rühle, URNr. K 1267/1990, 15. November 1990, ebd.

111 Beschlussprotokoll der Zentralen Delegiertenversammlung der DBD, Borkheide, 15. September 1990, in: ACDP 06-052-94/1.

Vorsitzenden der Landesverbände und der Bundesvereinigungen.¹¹² Es sollte die politische Urkunde der vereinigten CDU werden. Darin wurden die Grundprinzipien der Christlichen Demokraten in ganz Deutschland¹¹³ beschrieben, die gemeinsamen historischen Wurzeln im Widerstand gegen die NS-Diktatur sowie die Grundwerte Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, Würde des Menschen und die Soziale Marktwirtschaft. Horst Korbella, Egon Klepsch und Bernhard Vogel nahmen noch einige relevante Änderungen vor. Korbella schlug die Einfügung des Satzes vor: „Aus gemeinsamen historischen Wurzeln erwuchs ein neues gemeinsamen politisches Selbstverständnis für die Angelegenheiten der Gegenwart und Zukunft.“¹¹⁴ Klepsch regte an, die europapolitischen Bezüge stärker herauszustellen, vor allem die Politische Union und die Öffnung des Weges zu den Vereinigten Staaten von Europa.¹¹⁵ Vogel wollte die christlichen Werte mehr betont wissen und brachte Begriffe wie Christliche Demokraten, Verantwortung vor Gott, gegen den staatswirtschaftlichen Dirigismus und gegen die Übermacht marktbeherrschender Kräfte, die Anordnung der Begriffe Würde, Freiheit, vielfältige Chance, soziale Sicherheit und Geborgenheit, Beziehungen zu den USA ein.¹¹⁶ Abgelehnt wurden die Vorschläge des JU-Vorsitzenden, Hermann Gröhe, Chancen zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung, Förderung unterschiedlicher, aber gleichwertiger Begabungen, moderne Berufsausbildung, Ausbau des Hochschulwesens und die Förderung des Aufbaus freier, pluralistischer Jugendarbeit nach der Zwangsorientierung in der FDJ einzufügen.¹¹⁷

Nachdem am 30. September 1990 die Delegiertenversammlung der CDU (Ost) dem Antrag des Parteivorstands und des Präsidiums auf „vorfristige“ Beendigung ihrer Tätigkeit und Entlastung¹¹⁸ zustimmte, wurde am Morgen des 1. Oktober 1990 der 38. Parteitag der CDU (West) in Anwesenheit der Delegierten aus den neuen Ländern in Hamburg abgehalten. Im Mittelpunkt

112 Schreiben Rühle an die Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU, die Vorsitzenden der Landesverbände und die Vorsitzenden der Bundesvereinigungen, 21. September 1989, in: ACDP 07-001-22422.

113 Vorlage Sekretariat Antragskommission an Generalsekretär Rühle, Sprechzettel zur Leitung der Antragskommission am 1. Oktober 1990, 19.30 Uhr, Saal 17, 1. Oktober 1990, ebd.

114 Schreiben Korbella an Rühle, 27. September 1990, ebd.

115 Schreiben Klepsch an Rühle, 19. September 1990, ebd.

116 Schreiben Vogel an Rühle, 17. September 1990, ebd.

117 Schreiben Gröhe an Rühle, 26. September 1990, ebd.

118 Delegiertenversammlung der CDU der DDR, Hamburg, Antrag des Parteivorstands und des Präsidiums der CDU auf vorfristige Beendigung ihrer Tätigkeit und Entlastungserteilung, 30. September 1990, in: ACDP 07-001-A14069a.

standen die Beschlüsse zur Änderung des Statuts, der Geschäftsordnung, der Parteigerichtsordnung sowie der Finanz- und Beitragsordnung.¹¹⁹

Am Nachmittag eröffnete Helmut Kohl¹²⁰ um 13.21 Uhr den 1. Gesamtdeutschen Bundesparteitag. Mit Bezug auf den ersten Bundesparteitag der CDU (West) im Oktober 1950 in Goslar stellte er heraus: „Uns eint die Überzeugung, daß nur aus christlicher Verantwortung das Leben unseres Volkes in demokratischer Ordnung neu gestaltet werden kann.“ Unter dem Tagungsordnungspunkt 2 nahmen vereinbarungsgemäß Rühle und Korbella gemeinsam die Aufnahme vor.¹²¹ Karl-Heinz Kretschmer für Brandenburg, Heinrich Steinbrink für Mecklenburg-Vorpommern, Horst Rasch für Sachsen, Thomas Jakob für Sachsen-Anhalt und Christine Lieberknecht für Thüringen gaben als Vertreter der jeweiligen Landesverbände Erklärungen ab, dass diese nun Teil der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seien. Elke Hofmann erklärte für den Landesverband Berlin, dieser sei bereits seit dem 8. September 1990 Teil der CDU. Damit war die Einheit der Partei vollzogen.

Bei den nachfolgenden Wahlen wurden Helmut Kohl als Parteivorsitzender mit 943 von 957 gültigen Stimmen, also 98,5 Prozent, und Volker Rühle als Generalsekretär wiedergewählt. 908 von 932 Delegierten stimmten für Lothar de Maizière als stellvertretenden Parteivorsitzenden.¹²² In das Präsidium rückten Günther Krause, Sabine Bergmann-Pohl und Klaus Reichenbach statt Hans-Joachim Meyer auf. Am 2. Oktober 1990 wurde dann nach einer Aussprache das Vereinigungsmanifest einstimmig angenommen.¹²³ Damit war die äußere Verschmelzung der Partei vollzogen, die Überwindung der inneren Spaltung blieb nun die künftige Aufgabe.

III.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die Vereinigung der CDU war ein im Herbst 1989 von der Basis angestoßener Reformprozess in der CDU (Ost), der zunächst maßgeblich von der mittleren Parteiebene, den Landesverbänden in Berlin und Hessen aufgenommen und durch zahlreiche Kontakte fortgeführt wurde.

119 38. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Hamburg, 1. Oktober 1990. Hg. von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Bonn 1990.

120 Kohl: *Erinnerungen 1990–1994*, S. 232–239.

121 Ergebnisprotokoll der Sitzung des Präsidiums der CDU, Hamburg, 30. September 1990, in: ACDP 07-001-1423.

122 1. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Protokoll, S. 147–149.

123 Ebd., S. 133.

Die Parteispitze der CDU (West) lehnte die Zusammenarbeit mit den alten Kadern der Blockpartei ab, forderte die Abkehr vom Sozialismus und die Trennung von der SED durch Austritt aus der Regierung.

Mit der personellen und programmatischen Erneuerung auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 stellte die CDU (Ost) ihre Reformfähigkeit unter Beweis, die jedoch von Kohl und Rühle mit großer Skepsis beobachtet, jedoch nicht rundweg abgelehnt wurde. Gleichwohl existierten in der CDU (West) große Vorbehalte und unterschiedliche Auffassungen darüber, inwieweit die CDU (Ost) als Schwesterpartei zu akzeptieren sei.

Durch ihre arbeitsteilige Unterstützung der CDU (Ost) haben die Landesverbände der CDU (West) maßgeblich den Annäherungsprozess getragen.

Angesichts der Vorverlegung des Termins der Volkskammerwahl war die CDU (West) unter Handlungsdruck, sich auf Partner festlegen zu müssen. Ihre Doppelstrategie – Einbettung der belasteten CDU (Ost) und Unterstützung unverbrauchter, aber wenig professionell agierender oppositioneller Gruppen wie DA, DSU und DFP unter dem Dach der „Allianz für Deutschland“ – entschärfte das Problem der anrühigen Blockpartei CDU (Ost), hielt Beschädigungen von der CDU (West) fern und machte die CDU in der DDR für breite Schichten wählbar.

Gute Organisationsstrukturen der CDU (Ost), gepaart mit der Professionalität des Wissens um Wahlkampfführung der CDU (West), bescherte der „Allianz für Deutschland“ den Sieg bei der Volkskammerwahl und ebnete den Weg zur Vereinigung der Partei. Diese wurde nach den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1990 mit Nachdruck in Angriff genommen, als die Wiederherstellung der inneren Einheit Deutschlands durch das Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion konkrete Gestalt annahm.

Das Wahldebakel des DA und die absehbare Bedeutungslosigkeit der DBD beflügelte den Zusammenschluss. Die quasi Abspaltung der DSU entschärfte möglicherweise entstehendes Konfliktpotenzial mit der CSU über eine Ausdehnung auf die neuen Länder.

Erst nachdem die wirtschaftspolitische Wiedervereinigung durch Unterzeichnung des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion feststand, drängte Kohl in der zweiten Maihälfte auf die schnelle Vereinigung der Partei parallel zur staatlichen Wiedervereinigung, auch im Hinblick auf die unkalkulierbaren Auswirkungen der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl und die Gefahr eines Machtverlustes.

Die Vereinigung war ein Sieg der Vernunft und des politischen Willens, trotz der historischen Belastungen und zu überwindender Vorurteile gemeinsam den Weg der Christlichen Demokraten in die Zukunft zu gehen, um die Volkspartei CDU zu stärken.

LEBENSBLDER

Jugendarbeit und politische Bildung als lebenslanges Kontinuum – Josef Rommerskirchen (1916–2010)

Christopher Beckmann

Im Februar 1981 trat Josef Rommerskirchen in den Ruhestand und schied nach vier Jahren als Direktor aus den Diensten der Bundeszentrale für Politische Bildung aus. Bei der offiziellen Verabschiedung verband der Personalratsvorsitzende der Bundeszentrale, Will Cremer, seinen im Namen der Mitarbeiter ausgesprochenen Dank mit der Feststellung, im Leben des zu Ehrenden sei „politische Bildung keine Episode, sondern über Jugendarbeit, Bundeszentrale, Bundestag und dann wieder als Direktor der Bundeszentrale ein Kontinuum“ gewesen.¹ In der Tat bildete politische Bildung für Rommerskirchen, dessen Leben wie bei allen Angehörigen seiner Generation stark von den Verwerfungen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt war, einen Aufgabenbereich, von dem er sich nie völlig löste und der den weit überwiegenden Teil seines beruflichen und ehrenamtlichen Engagements bestimmte.²

Prägungen in der Jugend

Josef Rommerskirchen wurde am 16. Februar 1916 in Odenkirchen als Sohn eines Gärtnerehepaares in einfachen Verhältnissen geboren. Die Familie siedelte später nach Mönchengladbach über. Dort, wo sich damals der Sitz des einflussreichen Volksvereins für das katholische Deutschland befand,³ engagierte er sich früh im Rahmen der katholischen Jugend. 1933 verließ er das

1 Politische Bildung als Lebensaufgabe, in: Das Parlament, Nr. 9–10, 28. Februar/7. März 1981.

2 Der größte Teil seiner Papiere wurde von Rommerskirchen bereits zu Lebzeiten an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) abgegeben. Der Nachlass ist unter der Bestandsnummer 01-234 archiviert und umfasst vier laufende Meter. Nach seinem Tod erfolgte nochmals eine kleinere Nachlieferung, die zu einem großen Teil aus Fotos besteht. Die zahlreichen in diesen Akten enthaltenen Aufzeichnungen und Redemanuskripte sowie die publizistischen Beiträge ermöglichen einen guten Einblick in das Denken eines wichtigen Akteurs in der Jugendverbandspolitik und der politischen Bildung der Bundesrepublik Deutschland.

3 Vgl. Gotthard Klein: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 75). Paderborn u. a. 1996; Wolfgang Löhr: Der Volksverein für das katholische Deutschland (Zeugen städtischer Vergangenheit 26). Mönchengladbach 2009.

Gymnasium, weil er, wie er später berichtete, als überzeugter Katholik die Mitarbeit in nationalsozialistischen Organisationen verweigerte und „unentwegt eine oppositionelle Einstellung bekundete“.⁴ Deswegen sei ihm als „uneinsichtiger Querulant und Störenfried“ das Schulgeldstipendium entzogen worden.⁵ Das Angebot, seine Kompetenzen als Jugendführer in eine Führungsrolle bei der lokalen Hitler-Jugend einzubringen – „für mich als 17-jähriger eine Mordsverlockung“ – habe er nach einem Gespräch mit dem Kaplan und Nazi-Gegner Josef Thomé zurückgewiesen.⁶ Nach dem Abgang von der Schule absolvierte Rommerskirchen zunächst eine Handelslehre in seiner Heimatstadt und schloss eine Ausbildung im Verlags- und Zeitschriftenwesen des Katholischen Jungmännerverbands (KJMV) an. Nach deren Abschluss wurde er in die Zentrale des KJMV im Jugendhaus Düsseldorf übernommen, fungierte dort zunächst als Sekretär des Reichsobmanns Albert Steiner und übernahm ab 1. Oktober 1936 die Schriftleitung der Zeitschrift „Am Scheidewege“.⁷ Der Reichsobmann war der oberste Laienführer des Verbandes und stand nominell gleichberechtigt neben dem Generalpräses als dem geistlichen Führer. Der damalige Generalpräses, Ludwig Wolker, war eine der prägenden Gestalten der katholischen Verbandsjugend vor und nach dem Zweiten Weltkrieg.⁸ Unter seiner Ägide erreichte der KJMV bis zu seiner zwangsweisen Auflösung am 6. Februar 1939 eine „unumstrittene Führungsrolle“ innerhalb der katholischen Jugendverbände in Deutschland.⁹ Wie stark seine Position war zeigt die Tatsache, dass er nach Abschluss des Reichskonkordats 1933 mit der Vertretung aller katholischen Jugendverbände beauftragt wurde und zu diesem Zweck vom Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Adolf Kardinal Bertram, Vollmacht für Verhandlungen mit dem Reichsinnenministerium

-
- 4 Interview mit Elke Bahr, in: Sabine Hering/Hans-Georg Lützenkirchen (Hg.): Wegweiser. Die politische Erwachsenenbildung nach dem Kriege. Gespräche. Bonn 1992, S. 194–207, hier S. 196.
 - 5 Schreiben an Hans Jörg Oeschger vom 16. April 1993, in: ACDP 01-234-027/1.
 - 6 Hering/Lützenkirchen: Wegweiser, S. 196. Zu Thomé, der später als Gegner des Nationalsozialismus mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte, vgl. August Brecher: Mündiges Christsein. Zwischen Gesetz und Freiheit. Pfarrer Dr. theol. h. c. Josef Thomé 1891–1980. Aachen 1991.
 - 7 Vgl. Zeugnis des Kaufmännischen Direktors des Jugendhauses Düsseldorf für Josef Rommerskirchen vom 1. April 1937 (Kopie), in: ACDP 01-234-026/2.
 - 8 Barbara Schellenberger: Ludwig Wolker (1887–1955), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 5. Mainz 1982, S. 134–146.
 - 9 Barbara Schellenberger: Katholische Jugend und Drittes Reich. Eine Geschichte des Katholischen Jungmännerverbandes 1933–1939 unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 17). Mainz 1975, das Zitat S. 1; zur prägenden Rolle Wolkers S. 8–19.

erhielt.¹⁰ Auch für den beruflichen und privaten Lebenslauf von Josef Rommerskirchen, der dem „priesterlichen Freund“ später einen emphatischen Beitrag zu einer Gedenkschrift widmete,¹¹ spielte Wolker eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt fungierte er bei dessen Eheschließung als Traupriester. Aus der am 5. Dezember 1939 geschlossenen Ehe mit Gertrud („Trude“) Troullier gingen sieben Kinder hervor.

Vor seinem Engagement in der Zentrale des KJMV war Rommerskirchen Mitglied im „Bund Neudeutschland“ sowie – 1934 – im „Grauen Orden“ geworden. In der Zwischenkriegszeit gewannen im Bereich der Kirchen in Deutschland neben den an die Pfarreien angebundenen sowie den berufständisch organisierten Jugendorganisationen zunehmend auch Bünde an Bedeutung. Sie nahmen Gedanken und Elemente der früheren, u. a. vom „Wandervogel“ ausgehenden Jugendbewegung¹² – Zivilisationskritik und Naturverbundenheit¹³, „Auf-Fahrt-Gehen“, Formulierung und Praktizierung eigener Lebensziele und Lebensformen, Selbstverantwortung ohne zuviel Abhängigkeit von Erwachsenen – auf und suchten sie mit kirchlichem Engagement zu verbinden. Die Jugendbewegung war sich – trotz ihrer Heterogenität und Vielgestaltigkeit – in der 1913 bei der legendären Versammlung auf dem Hohen Meißner proklamierten Formel einig, die Jugend wolle „aus eigener Bestimmung, vor eigener Verantwortung, mit innerer Wahrhaftigkeit ihr Leben gestalten“. Nicht zu Unrecht ist dies als die „Geburtsstunde eines neuen Begriffs von ‚Jugend‘“ bezeichnet worden, in dem diese nicht mehr als vorübergehender Lebensabschnitt auf dem Weg ins Erwachsenenalter betrachtet, sondern mit einem Eigenwert versehen wurde.¹⁴

Der „Bund Neudeutschland“ (ND), 1919 vom Kölner Kardinal Hartmann zunächst als Schülerbund gegründet, adaptierte Methoden und Umgangsformen der Jugendbewegung, wollte aber mit der kirchlichen Führung verbunden bleiben und betonte die Begrenzung der Freiheit durch die von Gott gewollte Autorität der Eltern und der Kirche. Letztlich handelte es sich um den Versuch, einen „Mittelweg zwischen den Konzepten der freien Bünde und der älteren Vorstellung der Jugendpflege“ zu finden mit dem Ziel der Entwicklung einer

10 Ebd., S. 140.

11 ...und es in Fülle haben, in: Walter Berger (Hg.): Ad personam Ludwig Wolker. Buxheim 1975, S. 73–83.

12 Joachim H. Knoll/Julius H. Schoeps (Hg.): Typisch deutsch: die Jugendbewegung. Beiträge zu einer Phänomengeschichte. Opladen 1988.

13 Vgl. Walter Sauer: Der Mythos des Naturerlebnisses in der Jugendbewegung, in: Knoll/Schoeps: Typisch deutsch, S. 55–70.

14 Ebd., S. 5f. Vgl. auch Winfried Mogge/Jürgen Reulecke: Hoher Meißner 1913 – Der Erste Freideutsche Jugendtag in Dokumenten, Deutungen und Bildern (Edition Archiv der deutschen Jugendbewegung 5). Köln 1988.

„katholische[n] Form der Jugendbewegung“, die sich als Teil der Gesamtkirche verstand.¹⁵ Im „Hirschberg-Programm“ von 1923 proklamierte der Bund den „feste[n] Wille[n] zum innerlich echten Katholischsein“ und verpflichtete seine Mitglieder zu einer „neuen Lebensgestaltung in Christus“.¹⁶ Nicht zufällig übte der Religionsphilosoph Romano Guardini starken Einfluss innerhalb der katholischen bündischen Jugend aus, der sich intensiv mit der Frage der Liturgiereform beschäftigte und gegenüber der Jugend die Notwendigkeit der „Selbstbildung“ betonte.¹⁷ Die Mitglieder des ND bildeten in hohem Maße „die geistige und politische Führungsschicht der jungen Katholiken“.¹⁸

Beim „Grauen Orden“¹⁹ handelte es sich um eine gesonderte Gruppe, die sich v. a. aus Mitgliedern des „Bundes Neudeutschland“ und des „Quickborn“, einer anderen Organisation innerhalb der katholischen bündischen Jugend²⁰, gebildet hatte. Ein verbindendes Element dieser sich durchaus als Angehörige einer Elite (bzw. Gegen-Elite) betrachtenden jungen Männer war das Bestreben, sich ein Anders-Sein zu bewahren und nicht in der Masse aufzugehen. Man praktizierte – dem Vorbild des Kreises um den Dichter Stefan George²¹ nach-eifernd – die Kleinschreibung und gab sich „Fahrtennamen“, mit denen man im Kreise der Freunde angesprochen wurde. Josef Rommerskirchen wurde „rokki“ genannt, ein Spitzname, der von ihm beruflich oder persönlich Nahestehenden bis zu seinem Tode verwendet wurde. Der „Graue Orden“ hielt, wurzelnd im christlichen Menschenbild, das die unverlierbare Würde und den Wert jeder Einzelperson betont, an der Einzigartigkeit und Unaustauschbarkeit des Individuums fest. Die Gruppe unternahm z. T. sehr weite Fahrten, etwa

-
- 15 Vgl. Rolf Eilers: *Konfession und Lebenswelt. 75 Jahre Bund Neudeutschland 1919–1994*. Mainz 1998, S. 61ff.
- 16 Franz Henrich: *Die Bünde katholischer Jugendbewegung. Ihre Bedeutung für die liturgische und eucharistische Erneuerung*. München 1968, S. 181ff. Der Wortlaut des „Hirschbergprogramms“ ebd.
- 17 Hanna-Barbara Gerl-Falkowitz: *Romano Guardini: Konturen des Lebens und Spuren des Denkens*. Neuausg. Mainz 2005.
- 18 Schellenberger: *Katholische Jugend und Drittes Reich*, S. 4.
- 19 Zum „Grauen Orden“ siehe zuletzt Peter Goergen: *Der Graue Orden. Umfeld und Vorfeld der Weißen Rose*, in: *Imprimatur* Heft 1/2005, auch unter <http://www.phil.uni-sb.de/projekte/imprimatur/2005/imp050207.html> (Zugriff: 14. April 2011) sowie Sönke Zankel: *Mit Flugblättern gegen Hitler: der Widerstandskreis um Hans Scholl*. Köln 2008, S. 120–129 und Matthias von Hellfeld: *Bündische Jugend und Hitler-Jugend. Zur Geschichte von Anpassung und Widerstand 1930–1939*. Köln 1987, S. 140ff. Vgl. auch Martin Schmidt: *Lieder, die nicht opportun waren. Der Graue Orden als Beispiel bündischen Widerstands im Dritten Reich*, in: *Jahrbuch für Volksliedforschung* 37 (1992), S. 105–110.
- 20 Der 1909 gegründete „Quickborn“ nahm, für die damalige Zeit höchst ungewöhnlich, sowohl junge Männer als auch junge Frauen in seine Reihen auf. Vgl. Johannes Binkowski: *Jugend als Wegbereiter. Der Quickborn von 1909 bis 1945*. Stuttgart 1981.
- 21 Thomas Karlauf: *Stefan George. Die Entdeckung des Charisma*. München 2008.

nach Lappland, Sardinien und Montenegro.²² Man betrachtete sich als unpolitisch und strebte auch keinen bewussten Widerstand gegen das NS-Regime an. Gerade diese Betonung der Eigenart, Eigenständigkeit und Unabhängigkeit widersprach indes den Ansprüchen des nach Gleichförmigkeit strebenden NS-Staates und führte zwangsläufig zu Konflikten mit HJ und Polizei.²³ Rommerskirchen schrieb später, man habe versucht, „in der Zeit zunehmender Gleichmacherei und Gleichschaltung in Freiheit und eigener Verantwortung – ganz im Sinne der Hohen-Meißner-Formel der Deutschen Jugendbewegung – unseren eigenen Stil zu leben [...]“.²⁴

Auch der KJMV, hervorgegangen aus den katholischen Lehrlingsvereinen des späten 19. Jahrhunderts, lehnte sich – wohl v. a. durch den Einfluss Wolkers – seit Ende der 1920er Jahre hinsichtlich der Vereinsstruktur und der Gestaltung des Vereinslebens verstärkt an die insbesondere durch „Quickborn“ und den „Bund Neudeutschland“ repräsentierte katholische Jugendbewegung an. Man ging Wandern und Zelten, trug dabei Wimpel und eine spezielle Wanderkluft, adaptierte jugendbewegtes Liedgut und praktizierte neue Gottesdienstformen wie die „Gemeinschaftsmesse“ mit deutschen Texten und Liedern. Man bemühte sich auch, höhere Schüler sowie Angehörige sämtlicher Berufsgruppen zu gewinnen, blieb aber ein Verband, der seine Mitglieder ganz überwiegend aus den gewerblichen Berufen rekrutierte.²⁵ Innerhalb des KJMV trat besonders die „Sturmschar“ hervor, „eine jugendbewegte Elitetruppe“²⁶, der sich Rommerskirchen nach dem Ausscheiden aus dem Bund Neudeutschland, der über keine Sparte für in gewerblichen Berufen Tätige verfügte, anschloss.

Zwischen bündischer Jugend und Hitlerjugend gab es durchaus Berührungspunkte, die über Ähnlichkeiten bei Kleidung, Habitus und Liedgut hinausgingen. Zu nennen sind die Skepsis gegenüber der Demokratie als Herrschaft der anonymen „Masse“, die Hoffnung auf einen charismatischen „Führer“, die Ablehnung der Weimarer Demokratie mit ihrem „Parteiengezänk“ durch beachtliche Teile gerade der jungen Generation.²⁷ Auch die gera-

22 Goergen: Der Graue Orden, S. 44–55.

23 Zankel: Mit Flugblättern gegen Hitler, 123f.

24 Undatierte handschriftliche Notiz, in: ACDP 01-234-031/3.

25 Zur sozialen Zusammensetzung des Verbandes im Jahre 1933 vgl. Schellenberger: Katholische Jugend und Drittes Reich, S. 16f.

26 Martin Schwab: Kirche leben und Gesellschaft gestalten. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in der Bundesrepublik Deutschland und der Diözese Würzburg 1947–1989 (Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg). Würzburg 1997, S. 25.

27 Michael H. Kater hat vor geraumer Zeit in einem anregenden Beitrag die Frage gestellt, ob nicht ein in der Weimarer Zeit virulenter Generationskonflikt den Aufstieg der NSDAP wesentlich begünstigt habe. Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 217–243.

de in der Jugendbewegung verbreitete „Gemeinschaftsideologie“ mit ihrer Gegenüberstellung von angeblich organischer „Gemeinschaft“ und lediglich zweckrationaler „Gesellschaft“ resultierte nicht selten in einer kritischen Distanz gegenüber der Weimarer Republik und einer Zuwendung zum auch von den Nationalsozialisten propagierten Ideal der „Volksgemeinschaft“.²⁸ Das Verhältnis der Jugendbewegung zum NS-Staat stellt sich daher insgesamt ambivalent dar, bis in den katholischen Bereich hinein. Einerseits knüpfte die Hitler-Jugend zumindest in den ersten Jahren nach der Machtergreifung an „jugendkulturelle Errungenschaften der Jugendbewegung“ an, betonte die Eigenständigkeit der Jugend gegenüber den Erwachsenen und gewann so zumindest vorübergehend erhebliche Attraktivität. Im September 1933 erklärte die Führung des „Bundes Neudeutschland“, sie hoffe auf ein verträgliches Miteinander und positive Zusammenarbeit mit der NS-Bewegung, da man gemeinsame Anschauungen habe: „Volkwerdung, Wertordnung, staatliche Verantwortung, Überwindung des Klassenstaates, organischer Reichsgedanke, Anerkennung letzter absoluter Werte wie Gott und Gewissen.“²⁹ Neuro-mantische Vorstellungen von der Wiederherstellung des abendländischen Reiches, die nach 1918 in Teilen des deutschen Katholizismus virulent waren, veranlassten manche zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft trotz aller weltanschaulichen Differenzen zu der Frage, ob „es vielleicht Hitlers historischer Auftrag [sei], die äußeren Voraussetzungen für dieses Reich zu schaffen, und waren wir Christen dann dazu berufen, das Ganze mit Leben und Geist zu erfüllen?“³⁰ In gewisser Weise repräsentativ war die Haltung des KJMV, der sich grundsätzlich zum „neuen Staat“ und zur Mitarbeit in ihm bekannte, aber auf seiner Eigenständigkeit als kirchlicher Jugendverband unter Verweis auf die Vereinbarungen des Reichskonkordats beharrte.³¹

28 Heinz Hürten: *Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960*. Mainz 1986, S. 191.

29 Henrich: *Die Bünde katholischer Jugendbewegung*, S. 209. Siehe auch Eilers: *Konfession und Lebenswelt*, S. 143–154.

30 So ein Mitglied des Bundes Neudeutschland, zit. nach Eilers: *Konfession und Lebenswelt*, S. 151. Siehe allgemein Reinhard Richter: *Nationales Denken im Katholizismus der Weimarer Republik*. Münster 2000, hier u. a. S. 200f.

31 In einer Verlautbarung der Reichsleitung des KJMV hieß es: „Wir halten uns als Jugend der Kirche streng an die Weisungen der Kirche und als deutsche Jugend streng an die Ordnungen des Staates.“ Vgl. Schellenberger: *Katholische Jugend und Drittes Reich*, S. 91–113, das Zitat S. 101. Zum Reichskonkordat vgl. Thomas Brechenmacher: *Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente*. Paderborn 2007. Zur Rolle und Haltung der katholischen Kirche zuletzt Christoph Kösters/Mark E. Ruff (Hg.): *Die katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Einführung*. Freiburg/Breisgau 2011 sowie demnächst Christoph Kösters: „Kulturkampf‘ im Dritten Reich – Zur Deutung der Konflikte zwischen NS-Regime und katholischer Kirche im deutschen Episkopat, in: Thomas Brechenmacher/Harry Oelke (Hg.): *Die Kirchen und die Verbrechen im nationalsozialistischen Staat (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte 11)*. Göttingen 2011.

Andererseits gab es nicht wenige, die angesichts der Unvereinbarkeit des christlichen Welt- und Menschenbildes mit dem der Nationalsozialisten sich dem immer stärker hervortretenden totalitären Anspruch des Staates zu entziehen oder diesen gar zu begrenzen suchten. Einer derjenigen, den u. a. die Prägungen durch das katholische Milieu und die katholischen Jugendbünde zum Aufbegehren gegen das NS-Regime bis hin zum aktiven Widerstand veranlassten, war der 1943 als Mitglied der studentischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ hingerichtete Willi Graf.³² Ihm, der ebenfalls dem „Bund Neudeutschland“ angehörte, war Rommerskirchen im „Grauen Orden“ in der ersten Hälfte der 1930er Jahre begegnet. Aus dieser Zeit existiert ein Foto, das die beiden zusammen mit einigen anderen im Garten von Rommerskirchens Eltern zeigt.³³ Im Nachlass befindet sich ein kleiner Briefwechsel zwischen Graf und Rommerskirchen aus den 1930er Jahren, der einiges über die Vorstellungswelt in der katholischen bündischen Jugend jener Zeit aussagt.³⁴ Über seine Anstellung als Sekretär von KJMV-Reichsobmann Albert Steiner informierte Rommerskirchen den Freund, verbunden mit dem Eingeständnis, dass er schon „etwas stolz“ sei, an „verantwortlicher Stelle im grossen Bund der Kameraden in der Jungen Kirche“ zu stehen.³⁵ Dass innerhalb der katholischen Jugendbewegung die Anschauungen und Methoden des z. T. sehr konservativen und traditionsorientierten Klerus durchaus kritisch betrachtet wurden, man nach neuen Wegen in der Glaubensverkündigung und -praxis suchte und auch hier den aus der freideutschen Jugendbewegung übernommenen Gedanken von der „Eigenwertigkeit der Jugend“ betonte,³⁶ verdeutlicht die folgende Passage: „Gott, was nützt mir all das Geschwätz vieler alter Pastöre, wenn wir nicht einmal ganz einfach und echt glauben können. Was nützt alle Philosophie in Weinflaschen verpfropft, wenn die Dinge nicht gelebt werden. So ist es doch und das fehlt nicht der ‚lieben Jugend‘, dieser Glaube, sondern mehr, viel mehr denen, die darum klagen. Das kann mich immer so

32 Zur „Weißen Rose“, ihren Mitgliedern sowie zur Rezeptionsgeschichte liegen zahlreiche Untersuchungen und Darstellungen vor. Zu Graf zuletzt Peter Goergen: Willi Graf – Ein Weg in den Widerstand (Geschichte, Politik & Gesellschaft. Schriftenreihe der Stiftung Demokratie Saarland 11). St. Ingbert 2009.

33 Veröffentlicht ebd., S. 75.

34 Vgl. hierzu demnächst Christopher Beckmann: „Wir wollen doch menschenwürdiger leben...“ Katholische Jugendbewegung in den 1930er Jahren: Ein Schriftwechsel zwischen Willi Graf („Weiße Rose“) und dem späteren BDKJ-Mitgründer Josef Rommerskirchen, in: Hermann-Josef Scheidgen/Markus Lingen (Hg.): Kirche und Gesellschaft im Wandel der Zeiten. Festschrift für Gabriel Adriányi zum 75. Geburtstag. Nordhausen 2011.

35 Rommerskirchen an Graf, 25. März 1936, in: ACDP 01-234-008/2.

36 Allerdings war man innerhalb der katholischen Jugendbünde bestrebt, die „Eigenwertigkeit der Jugend einzuordnen in den Sinn für die Wirklichkeit, also auch für Alter und Autorität“. Henrich: Die Bünde katholischer Jugendbewegung, S. 103.

wild machen und erschlagen, wenn wieder einmal einer meint, dass man unser Tun ja doch nicht verstehen könne. Das meinen immer die Herren Präsidés für die Jungen. Wenn die wüssten, dass wir gar nicht so sehr bemuttert werden wollen.“³⁷

In einem anderen Brief an Graf berichtete Rommerskirchen über einen Besuch in der Schatzkammer der Wiener Hofburg, wo ihn der Anblick der alten Kaiserkrone ins Schwärmen gebracht hatte. Hier klingt die Faszination an, die der Reichsgedanke innerhalb der katholischen Jugendbewegung ausübte: „da wird einem mit einem mal der reichsgedanke ganz neu lebendig und ganz gross und herrlich, ein christliches reich! was wollen wir alle anders!“³⁸ Zu diesem Zeitpunkt – Sommer 1936 – hatten sich etwaige Überlegungen, ob Hitler den Weg zur Verwirklichung eines solchen Reiches bahnen könne, als obsolet erwiesen. Das NS-System mit seinem totalitären Anspruch konnte sich nicht mit der begrenzten Zustimmung begnügen, zu der sich die katholischen Verbände im Frühjahr 1933 bereit gefunden hatten, sondern verlangte letztlich die Kapitulation.³⁹ Der Gleichschaltungsdruck und die Angriffe verstärkten sich. Im November 1935 wurde das Jugendhaus in Düsseldorf vorübergehend geschlossen und der Generalsekretär des KJMV inhaftiert. Es folgten das Verbot der Verbandspresse und am 6. Februar 1936 die Verhaftung von 57 Mitarbeitern des Jungmännerverbandes, darunter Generalpräses Wolker.⁴⁰ Auch hierüber berichtete Rommerskirchen an Graf: „Dann, Düsseldorf! Alle sitzen noch! Wir haben aber begründete Hoffnung, daß bald die Ostersonne aufgeht! Schnauze halten! G. S. Clemens gehts jetzt gut, Wolker schlecht!“⁴¹

Nach weiteren Angriffen wurde am 6. Februar 1939 der KJMV aufgelöst, die katholischen Jugendverbände „Bund Neudeutschland“ und „Quickborn“ folgten wenige Monate später. Alle weitere Verbandsarbeit war von nun an illegal.⁴²

Zweiter Weltkrieg und Kriegsgefangenschaft

Zum Zeitpunkt des Verbots befand sich Rommerskirchen bereits nicht mehr in Diensten des Düsseldorfer Jugendhauses. Er war zum 31. März 1937 ausgeschieden, um seine Arbeitsdienst- und Wehrpflicht abzuleisten. Wie er rückblickend schrieb, wurde daraus aufgrund der Entfesselung des Zweiten

37 Rommerskirchen an Graf, undatiert, in: ACDP 01-234-008/2.

38 Rommerskirchen an Graf, 18. September 1936, ebd.

39 Hürten: Geschichte des deutschen Katholizismus, S. 223f.

40 Schellenberger: Katholische Jugend und Drittes Reich, S. 81–85.

41 Rommerskirchen an Graf, 1. Mai 1936, in: ACDP 01-234-008/2.

42 Schellenberger: Katholische Jugend und Drittes Reich, S. 173ff.

Weltkriegs „ein zehnjähriger ununterbrochener Einsatz mit schweren Gewissenskonflikten“.⁴³ Wie viele seiner Generation sei er „dem inneren Konflikt zwischen Verneinung des Regimes und der Bejahung vaterländischer Pflichterfüllung“ ausgesetzt gewesen.⁴⁴ Sowohl mit Wolker, der „ein umfangreiches Briefapostolat mit den jungen Freunden an der Front“ entfaltete,⁴⁵ als auch mit Jakob Clemens, mittlerweile Pfarrer an St. Engelbert in Köln-Riehl, blieb er während seines Soldatendaseins in brieflicher Verbindung. Aus der Feder von Clemens finden sich im Nachlass einige Briefe mit eindrucksvollen Schilderungen der Bombenangriffe auf Köln in der Endphase des Zweiten Weltkrieges.⁴⁶

Für den Einstieg in die Offizierslaufbahn dürften verschiedene Faktoren eine Rolle gespielt haben. So schloss eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus keineswegs die Überzeugung aus, im Kriegsfall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet zu sein. In einer später angefertigten Notiz hielt Rommerskirchen fest: „Das Problem der Wehr- bzw. Kriegsdienstverweigerung stellte sich mir nicht: der Makel des ‚vaterlandslosen Gesellen‘ schreckte ab und der trotzige Beweis des Gegenteils sollte die Verleumder Lügen strafen.“⁴⁷ Eine Rolle dürfte für ihn jenseits der sicher glaubhaften Gewissenskonflikte auch gespielt haben, dass die Offizierslaufbahn die Möglichkeit zu einer durchaus beachtlichen Karriere und damit verbundenem sozialen Aufstieg und Prestige bot, ohne sich allzu eng mit der Partei verbinden zu müssen. Schließlich bot die Wehrmacht regimekritischen bzw. nicht-konformen Personen häufig auch einen gewissen Schutz. Rommerskirchen profitierte davon, dass er zu einem Zeitpunkt seinen Wehrdienst antrat, als die Wehrmacht aufgrund der massiven Aufrüstungsanstrengungen einen „katastrophalen Offiziersmangel“ aufwies.⁴⁸ Das Kriegsgeschehen bewirkte weitere drastische Veränderungen innerhalb des Offizierskorps. So führten die massiven Verluste besonders in der zweiten Kriegshälfte für viele Wehrmachtsangehörige zum Aufstieg in Ränge und Funktionen, die unter „normalen“ Umständen nicht bzw. noch nicht hätten erreicht werden können.⁴⁹ Im Verlauf des Krieges

43 Manuskript einer Ansprache zum 40. Jahrestag der Gründung des BDKJ am 7. November 1987 in Hardehausen, in: ACDP 01-234-010/1.

44 Rommerskirchen: ...und es in Fülle haben, S. 74.

45 Schellenberger: Ludwig Wolker, S. 144. Teile des Schriftwechsels, in: ACDP 01-234-017/1.

46 ACDP 01-234-002/1.

47 Undatierte handschriftliche Notiz, in: ACDP 01-234-031/3.

48 Franz Werner Kersting: Wehrmacht und Schule im „Dritten Reich“, in: Rolf-Dieter Müller/Klaus-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität. München 1999, S. 436–455, hier S. 441.

49 Vgl. Wolfgang Petter: Militärische Massengesellschaft und Entprofessionalisierung des Offiziers, in: Müller/Volkmann: Die Wehrmacht, S. 359–370, hier S. 365f.

wurde Rommerskirchen, der von seinen Vorgesetzten stets hervorragende Zeugnisse ausgestellt bekam,⁵⁰ erst Bataillons-, dann Regimentsadjutant und war zum Zeitpunkt der Kapitulation Major und Kommandeur eines Jägerbataillons im norwegisch-finnischen Grenzgebiet in Lappland.⁵¹

Bei Kriegsende wurde er in Norwegen arretiert und später in französische Kriegsgefangenschaft überstellt, wo er, wie er später schrieb, „nach dem schrecklichen Konflikt zwischen soldatischer Pflichterfüllung und Ablehnung des Systems als solchem [...] zwei weitere Jahre das kostbare Gut der Freiheit entbehren“ musste.⁵² Zunächst im Lager Mulsanne untergebracht, redigierte er ab Juli 1946 im Lager Coudray bei Chartres eine Monatsschrift für Kriegsgefangene mit dem Titel „Licht ins Dunkel“, die vom Päpstlichen Hilfswerk für die Kriegsgefangenen initiiert und von der Katholischen Militärseelsorge gefördert wurde.⁵³ Er sei, so Rommerskirchen später, vom Kölner Erzbischof Frings auf Anregung von Pfarrer Clemens für diese Aufgabe vorgeschlagen worden.⁵⁴ Zudem beteiligte er sich am Aufbau einer Akademie für Kriegsgefangene, dem sogenannten „Stacheldraht-Seminar“ in Chartres, wo sämtliche deutsche und österreichische kriegsgefangene Theologiestudenten zusammen gezogen worden waren und die Möglichkeit erhielten, ihre theologische Ausbildung fortzusetzen.⁵⁵ Die Originalmanuskripte mehrerer Vorträge, die Rommerskirchen dort hielt, sind im Nachlass überliefert. Sie mussten vorab der Lagerleitung zur Kontrolle und Genehmigung eingereicht werden, was der jeweils auf der ersten Seite vorhandene „CONTROLE“-Stempel belegt.⁵⁶ Ein auf 1946 datiertes Manuskript trägt den Titel „Arbeiter und

50 Kopien dienstlicher Beurteilungen, in: ACDP 01-234-029/1. In einer Beurteilungsnotiz des Inselkommandanten von Harstadt vom 30. Oktober 1942 heißt es u. a., Rommerskirchen sei eine „ausgeprägte Führerpersönlichkeit mit reifer Offiziers- und Lebensauffassung“. Nach dem Krieg wurde er zum Oberstleutnant, dann zum Oberst der Reserve befördert. Die entsprechenden Urkunden, ebd.

51 Eine handschriftliche, auf kleinen Notizzetteln angefertigte chronologische Darstellung der Einsatzorte, Lehrgänge und Heimaturlaube findet sich in: ACDP 01-234-030/6.

52 Autobiografischer Artikel „Woher und wohin“ für „die neue welle“, Organ der Jungen Union im Kreis Grevenbroich. Undatiertes Typoskript mit dem handschriftlichen Zusatz „1961“, in: ACDP 01-234-024/1.

53 Einige Original-Titelblätter und -Inhaltsverzeichnisse sowie kleinere Beiträge aus Rommerskirchens Feder befinden sich im Nachlass, in: ACDP 01-234-026/1.

54 Manuskript einer Ansprache zum 40. Jahrestag der Gründung des BDKJ am 7. November 1987 in Hardehausen, in: ACDP 01-234-010/1.

55 Dazu Karl-Heinz Kloidt: Chartres 1945. Seminar hinter Stacheldraht. Eine Dokumentation. Freiburg/Breisgau 1988. Die aus dem Bistum Aachen stammenden ehemaligen Angehörigen des Stacheldraht-Seminars gründeten später die „Communitas Carnutensis“ und kamen noch jahrzehntelang zu regelmäßigen Treffen zusammen, an denen auch Rommerskirchen – wenn eben möglich – teilnahm.

56 Bei seiner Entlassung wurde Rommerskirchen bescheinigt, er habe nicht nur „mit großem Fleiß und Sachkenntnis“ an der Zeitschrift mitgewirkt, sondern „sich tatkräftig fuer die

Gemeinschaft“. Es ermöglicht Einblicke in Rommerskirchens Deutung des Geschehens der vergangenen Jahre und den seiner Meinung nach daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Eine Reihe der dort geäußerten Gedanken und Formulierungen sind auch in zahlreichen Gründungsaufufen und frühen Programmen der CDU zu finden,⁵⁷ was sich einmal aus der weltanschaulichen Nähe erklärt, aber auch dafür spricht, dass Rommerskirchen über die politischen Vorgänge in der Heimat recht gut informiert war.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist ein klares Bekenntnis zum christlichen Menschenbild mit seiner Betonung der unverlierbaren Würde der Einzelperson: „Der Mensch als Persönlichkeit steht am Beginn und in der Mitte allen Lebens. Er ist das Fundament, ohne seine Würde und ohne seine Freiheit ist gestaltende Kraft seiner selbst wie der Gemeinschaft nicht denkbar.“ Die Wurzeln der zurückliegenden Fehlentwicklungen lägen „in der Missachtung und Verletzung der natürlichen, sittlichen Lebenswerte: das sind die unantastbare Würde der freien menschlichen Persönlichkeit, die jeden und alle verpflichtende soziale Gerechtigkeit und die ordnende Einheit in der Vielheit, die organisch gewachsene und zusammengehörige Gemeinschaft“. In den vorgelegten Überlegungen schwingt auch noch einiges vom antimodernistischen, den Entwicklungen der modernen Gesellschaft und des industriellen Zeitalters gegenüber kritischen Geist der Jugendbewegung mit. So wird beklagt, dass der Mensch vom „vollwertige[n] Glied einer organischen Gemeinschaft zum gleichgeschalteten, ersetzbaren Rädchen eines mechanischen Getriebes“ geworden sei. (S. 1f.) Schrankenloser Individualismus und Kollektivismus seien als ungleiche Kinder von Rationalismus und Liberalismus entstanden. Als Formen des Kollektivismus werden sowohl Kommunismus und Sozialismus als auch Nationalsozialismus und Faschismus genannt – letztere mit der Bemerkung, bei ihnen handele es sich um „außerordentliche Entartungen“, die „sich als solche selbst gerichtet“ hätten. (S. 3f.) Die erlebte Katastrophe sei „das Werk des entgotteten Menschen, der in Hitler, der Inkarnation des Bösen, seinen Prototyp fand.“ (S. 6) Als Antwort auf die skizzierten Irrwege der Vergangenheit präsentiert Rommerskirchen sodann eine „Christlich-demokratische Lösung“. Ziel sei die Wiederherstellung einer Ordnung, in der „allein Gott ... das Maß aller Dinge“ sei (S. 6), resultierend in der Anerkennung vor- und überstaatlich-

Organisation der kulturellen Betreuung des Lagers“ eingesetzt. In diesem Zusammenhang wurden die genannten Vorträge gehalten. Bescheinigung und Manuskripte in: ACDP 01-234-010/1.

57 S. etwa die unter <http://www.kas.de/wf/de/71.9132/> online abrufbaren Dokumente, darunter die Gründungsaufufe von Berlin, Köln und Frankfurt. Zu den zahlreichen „Gründungskernen“ der CDU und ihrer durchaus unterschiedlichen politischen Ausrichtung vgl. Hans-Otto Kleinmann: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993, S. 23–96.

cher Prinzipien, allen voran der unantastbaren Menschenwürde. Genannt werden ferner das Recht auf Privateigentum als „uraltes Naturrecht“ sowie das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. In diesem Zusammenhang fällt auch der Begriff „christlicher Sozialismus“, allerdings unter ausdrücklicher Ablehnung „kollektivistischer Gleichmacherei“, da Ungleichheit in Lebensstellung und Besitz als Folge der „natürlichen ungleichen Anlagen“ zu akzeptieren sei (S. 7f.).⁵⁸ Auch hier werden z. T. naiv-romantische bzw. romantizistische Vorstellungen deutlich: „Der Boden- und Grundbesitz ist das wertvollste Gut zur Vervollkommnung der Gemeinschaft. Die Familie sichert aus ihrem Ertrag nicht nur ganz oder teilweise den Lebensbedarf, sondern durch Verbindung von Generation zu Generation auf bleibendem Grund wird sie zur fruchtbarsten Lebenszelle der Gesellschaft.“ (S. 9) Aus heutiger Sicht mögen solche Äußerungen als Nachgesang einer idealisierten Vergangenheit erscheinen, die es so wahrscheinlich nie gegeben hat und als Lobpreis von Lebensformen wirken, über die der gesellschaftliche und soziale Wandel längst hinweggegangen war. Andererseits stand die hohe Wertschätzung des Individuums und seiner persönlichen Fähigkeiten in deutlichem Kontrast sowohl zum Menschenbild des Nationalsozialismus als auch des Kommunismus und besaß insofern eine dezidiert antitotalitäre Komponente.

Die aus diesen Grundsätzen abgeleiteten praktischen Forderungen weisen Rommerskirchen als einen Sympathisanten des christlich-sozialen Flügels der heterogenen jungen CDU aus. Postuliert werden ein Arbeitsrecht als Konsequenz der „von Natur auferlegten Pflicht zur Arbeit“, die „Entproletarisierung des Proletariats“ durch die Ermöglichung des Erwerbs von Eigentum mittels Arbeit und Sparsamkeit, die „gerechte Aufteilung des Arbeitsertrages unter Arbeitgeber und Arbeitnehmer“, Steuergerechtigkeit, die Förderung von Wohnungs- und Siedlungsbau wobei „Mietskasernen zum Verdienst der Spekulanten“ abzulehnen seien, der Ausbau der Familienfürsorge und der Sozialversicherungen „auf beruflicher Basis“, eine „echte Solidarität zwischen Arbeiter und Unternehmer“, die sich u. a. in betrieblicher Mitbestimmung niederschläge sowie die Schaffung einer berufsständischen Ordnung (S. 10ff.). Dabei sei – entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip – die Rolle des Staates möglichst zu begrenzen: „Die öffentliche Gewalt soll nur ergänzend und ordnend dazwischentreten, wo Störungen der wirtschaftlichen Gleichgewichte entstehen.“ (S. 13)

58 Zu den unterschiedlichen programmatischen Tendenzen in der frühen CDU, einschließlich des „Christlichen Sozialismus“, siehe zusammenfassend Rudolf Uertz: Von den Gründungsaufrufen 1945 zu den Grundsatzprogrammen 1978 und 1994. Zur Programmgeschichte der CDU, in: Günter Buchstab (Hg.): Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU. Freiburg/Breisgau 2005, S. 94–138.

In zwei weiteren Vorträgen im Rahmen der Kriegsgefangenenakademie setzte sich Rommerskirchen mit den Möglichkeiten, Aufgaben und Formen zukünftiger Jugendarbeit auseinander: Zum einen grundsätzlich, zum anderen mit Blick auf die Zukunft katholischer Jugendarbeit.

Unter der Überschrift „Staatsjugend oder Jugendbewegung“⁵⁹ stellte er die auf den „Grundgesetzen“ Freiwilligkeit, Freiheit, Natürlichkeit und Ganzheit beruhende und damit den jugendlichen Bedürfnissen entsprechende Jugendbewegung der verpflichtenden, einseitig auf ein bestimmtes politisches Ziel ausgerichteten, uniformierten oder gar militarisierten Staatsjugend gegenüber. Die Bezugnahme auf die Hitlerjugend, aber auch die Anspielungen auf die unter starkem Einfluss und Druck der SED stehende FDJ, die sich zur Staatsjugend der DDR entwickeln sollte,⁶⁰ sind dabei mehr als deutlich. Rommerskirchen empfahl eine Rückbesinnung und Anknüpfung an zentrale Prinzipien und Überzeugungen der Jugendbewegung in der Zwischenkriegszeit. Allerdings sei angesichts der Nöte der Zeit nun die „soziale Tat in den Vordergrund gerückt“.

Wohl in direktem inhaltlichem Kontext legte er unter der Überschrift „Erbe und Zukunft kath. Jugend“⁶¹ ein leidenschaftliches Plädoyer für eine größere Einheitlichkeit kirchlicher Jugendarbeit und die enge Anbindung an Diözese und Pfarrei ab. Der der Jugend eigene „Drang nach Selbständigkeit, nach Freiheit, nach Autonomie und der Wille, etwas zu tun, zu gestalten, die Welt aus den Angeln zu heben“ müsse „aufgegriffen, in rechte Bahnen geleitet, reguliert und ventiliert werden“. Am besten geeignet hierfür sei, da Elternhaus und Pfarrei nicht ausreichen, die Gemeinschaft, v. a. verstanden als „Erlebnismgemeinschaft“. Katholische Jugendarbeit könne sich nicht in Jugendseelsorge erschöpfen und brauche darum Körperschaften, die „von der Jugend selbst getragen und geführt“ würden. Zwar dürfe man „nicht im Status der Zeit vor 1933 stecken bleiben“, man könne aber durchaus mit Stolz auf die Leistungen der Jugendbewegungen zurückblicken und an sie anknüpfen. Ausdrücklich wurden die Namen von Persönlichkeiten aus der katholischen Jugendbewegung genannt, die ihren Kampf „gegen die Inkarnation des Bösen“ mit der „Einbuße äußerer Freiheit“, also mit Zuchthaus und Gefängnis bezahlt hätten, „weil sie zwar wussten, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, aber auch die größere Pflicht kannten, Gott zu geben, was Gottes ist“. Von diesem „Erbe, das wir gebrauchen wollen“ gelte es nun den „Schritt von den

59 Typoskript, in: ACDP 01-234-010/1

60 Zur Entwicklung der FDJ siehe Ulrich Mählert: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Paderborn 1995; Ulrich Mählert/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden Rote Fahnen – Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996.

61 ACDP 01-234-010/1. Hieraus die folgenden Zitate.

Bünden zur ordnenden Einheit katholischer Jugend“ zu tun. Ein solcher körperschaftlicher Zusammenschluss könne dann „die großen Aufgaben katholischer Jugend nach innen zur Kirche hin und nach außen in die Bezirke der Welt hinein erfüllen“ und „eine Werbekraft im besten Sinne“ ausüben. Er müsse sich an Pfarrei und Diözese orientieren, die „das schönste Abbild der einen, heiligen katholischen Kirche“ sei. Besonders betont wurde auch der über eine reine Organisationsform hinausgehende Bewegungskarakter des zu schaffenden Bundes.

Noch deutlicher drückte er seine Forderung nach mehr Einheitlichkeit in einem Beitrag für die Gefangenenzeitschrift „Licht ins Dunkel“ im November 1946 aus.⁶² Darin machte er die Zersplitterung der katholischen Verbände in der Vergangenheit mitverantwortlich für die Anfälligkeit auch vieler katholischer Jugendlicher gegenüber nationalsozialistischen Organisationen, deren Attraktivität er interessanterweise damit erklärte, „dass Formen im neuen Lager lockten, die unseren gewesenen sehr ähnlich sahen“. Angesichts der Erfahrungen der Vergangenheit als auch der Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft könne man „nicht da fortfahren, wo wir aufhören mußten“, da „jede Verzettelung und Aufsplitterung [...] eine Schwächung unserer selbst“ sei. Notwendig sei eine „Sammlung der jungen, lebendigen Kräfte“ mit der „Pfarrgemeinschaft“ als entscheidendem Bezugspunkt, „die das schönste Abbild der am Pfingstfest gegründeten Kirche ist“. Man wird diese Forderung nach größerer Einheitlichkeit auch als Konsequenz aus den Erfahrungen der NS-Zeit betrachten können, in der angesichts des staatlichen Drucks geschlechtsspezifische oder berufsständische Grenzen an Bedeutung verloren hatten und aufgrund des Verbots der Verbände die Pfarrei oftmals zum Zentrum der Jugendarbeit geworden war.⁶³

Mitgründer und Vorsitzender des BDKJ und des Deutschen Bundesjugendrings

Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Februar 1947 war es erneut Prälat Ludwig Wolker, der für Rommerskirchens Lebenslauf eine wegweisende Rolle spielte. Dem früheren Generalpräses des KJMV war seitens der Bischöfe der Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit übertragen worden. Er habe, wie Rommerskirchen später berichtete,⁶⁴ von dem Artikel Kenntnis

62 „Um die deutsche katholische Jugend. Undatierter Ausriss mit handschriftlichem Zusatz „Josef Rommerskirchen – LICHT INS DUNKEL – in französischer Kriegsgefangenschaft November 1946“, in: ACDP 01-234-026/1. Daraus die folgenden Zitate.

63 Schwab: Kirche Leben, S. 26.

64 Vgl. undatiertes Typoskript „Gründung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend“, in: ACDP 01-234-024/2.

erhalten, den er in der Gefangenenzeitschrift zum Thema Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit verfasst hatte, und darin offenkundig die eigenen Vorstellungen wie auch die des deutschen Episkopats weitgehend wiedergefunden.⁶⁵ Allerdings hatte Rommerskirchen Druckfassungen programmatischer Ansprachen über die zukünftige Jugendarbeit von diesem persönlich übersandt bekommen, war also über dessen Ideen informiert.⁶⁶ Ferner hatte Wolker ihn als Mitarbeiter in der KJMV-Zentrale kennen- und schätzen gelernt, ihm bei seinem Ausscheiden ein Zeugnis ausgestellt und darin seine hohe Meinung zum Ausdruck gebracht: „Der Mann ist brauchbar. Er wird auf jedem Posten seine Pflicht tun. Und er wird vor größere Aufgaben gestellt das Größere leisten.“ Zudem sei er „„ein feiner Kerl‘, der in jedem Betrieb als Mitarbeiter gern gesehen und für die Leitung wie für die Gemeinschaft wertvoll sein wird.“⁶⁷ So erreichte Rommerskirchen kurz nach der Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft, die im Februar 1947 erfolgt war, die Einladung, an der „Hauptkonferenz der Führerschaft der Katholischen Jugend“ vom 24. bis 28. März 1947 in Hardehausen teilzunehmen.⁶⁸ Dort wurde nicht nur zäh um die Prinzipien und Strukturen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend gerungen und „Grundsätze zur inneren Ordnung“ beschlossen, sondern auch dessen Spitze gewählt. Bundespräsidenten wurden Ludwig Wolker und Hermann Klens, Bundesführerin für die weibliche Jugend Dr. Ludgera Kerstholt; in das Amt des Bundesführers für die männlichen Mitglieder wurde Josef Rommerskirchen gewählt, der, wie er rückblickend schrieb, dies „nicht erwartet, noch vorausgesehen“ hatte. Mit dieser Wahl habe für ihn „eine erlebnis- und erfahrungsreiche, zutiefst beglückende Zeit und ein unvergesslich bedeutsames Wegstück meines Lebens“ begonnen.⁶⁹

Im Kern vollzog sich der Wiederaufbau der katholischen Jugendarbeit in den Westzonen und der Bundesrepublik, an dem Rommerskirchen führend beteiligt war, im Rahmen der von ihm im „Stacheldraht-Seminar“ skizzierten Vorstellungen: Die Jugendbünde lebten wieder auf und konnten – nach anfänglichen Vorbehalten seitens der Bischöfe – auch wieder überdiözesane Strukturen aufbauen. Auf der anderen Seite war die kirchliche Anbindung enger, was den Bischöfen und Pfarrern bzw. den von ihnen beauftragten

65 Vgl. Schwab: Kirche leben, S. 19.

66 Z. B. „Rede an die deutsche Jugend“ mit handschriftlicher Widmung „Gruss dir, Rokki!“ sowie handschriftlicher Notiz Rommerskirchens auf dem Titelblatt: „Ein [sic!] ‘typische’ Wolker-Ansprache – meisterhaft!“, in: ACDP 01-234-026/2.

67 Kopie des auf den 5. Juli 1937 datierten Zeugnisses, in: ACDP 01-234-029/1.

68 Kopie, in: ACDP 01-234-026/2.

69 Vgl. Typoskript „Gründung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend“. Dort auch eine persönlich gefärbte Schilderung der Gespräche in Hardehausen sowie die Tagesordnung der Konferenz.

Geistlichen eine starke Stellung verschaffte. Die erste Bundesordnung des BDKJ von 1948 unterschied zwischen dem „Stamm“ als den Gemeinschaften in Pfarreien, Dekanaten und Diözesen und den durch die Bünde repräsentierten „Gliederungen“, z. B. die Christliche Arbeiterjugend, die Kolpingjugend, den Bund Neudeutschland und den Quickborn. Gemeinsam sollten sie eine „Lebensgemeinschaft, Erziehungsgemeinschaft, Notgemeinschaft und Tatgemeinschaft“ bilden.⁷⁰

Im Rahmen einer umfangreichen Reisetätigkeit als Bundesführer knüpfte Rommerskirchen in zahlreichen Ansprachen, Referaten und Grußworten an die im Rahmen der Kriegsgefangenenakademie formulierten Grundgedanken an und forderte die katholischen Jugendlichen auf, sich aus christlicher Überzeugung und Verantwortung heraus in Staat, Kirche und Gesellschaft zu engagieren.⁷¹ Nicht zuletzt das Erbe des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus verpflichtete zu gesellschaftlichem und politischem Engagement. In einer Gedenkrede für den im September 1944 hingerichteten katholischen Pfarrer Joseph Müller⁷² erklärte er: „Gerade wir jungen Menschen, die wunderbar aus dem Feuerofen des Verderbens errettet wurden, gerade wir haben die Pflicht, dienend und wachsam um ein Leben in Eintracht und Brüderlichkeit bemüht zu sein. [...] Es ist uns nicht das Leben erhalten geblieben oder in wunderbarer Errettung neu geschenkt worden, damit wir die Hände in den Schoß legen oder, wenn wir sie am Pflug haben, immerzu rückwärts schauen.“⁷³

Über das Selbstverständnis des BDKJ hielt er auf dem Katholikentag 1948 in Mainz eine programmatische Ansprache, in der sich bereits die Tendenz einer stärkeren Gewichtung der „Gliederungen“ abzeichnete, die sich in den folgenden Jahren noch verstärken und für Reibereien innerhalb des BDKJ sorgen sollte.⁷⁴ Darin begegnete Rommerskirchen offenkundig laut gewordenen Vorwürfen, der BDKJ erreiche nur eine kleine Minderheit der katholischen Jugend, mit dem Hinweis auf die Skepsis, die viele junge Menschen aufgrund der Erfahrungen der NS-Zeit gegenüber Organisationen entwickelt hätten, sowie auf grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einer konfessionell geprägten

70 Vgl. den knappen Abriss der Gründungsgeschichte des BDKJ bei Martin Schwab: Kirchlich. Kritisch. Kämpferisch. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) 1947–1989. Würzburg 1994, S. 20–34, das Zitat S. 31. Ausführlicher Ders.: Kirche leben, S. 25–43, zur Konferenz von Hardehausen 33ff.

71 Siehe etwa den in diesem Sinne programmatischen Titel eines Vortrags „Junger Christ – kennst du deine Verantwortung im öffentlichen Leben?“. Undatiertes Stichwortmanuskript, in: ACDP 01-234-010/1.

72 Zu Müller Th. Scharf-Wrede: Pfarrer Joseph Müller, in: Helmut Moll (Hg.): Zeugen für Christus. Bd. 1. Paderborn u. a. 1999, S. 267–270.

73 Manuskript der Ansprache, in: ACDP 01-234-010/1.

74 Schwab: Kirchlich. Kritisch. Kämpferisch, S. 34ff.

Jugendorganisation. Zudem handele es sich um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, wie sich im ebenfalls mangelhaften politischen Engagement vieler erwachsener Bürger zeige. Man könne daher billigerweise von den katholischen Jugendverbänden nicht erwarten oder gar verlangen, hier „eine wirklich bahnbrechende Abhilfe“ zu schaffen. Deren Aufgabe sei es vielmehr, „alle Wege und alle Mittel [zu] ergreifen [...], um möglichst viele ansprechbar zu machen für die von uns Dank der Gnade Gottes erkannten und geschätzten natürlichen und übernatürlichen Werte christlichen Lebens“. Eine wichtige Funktion käme hier den „Milieugemeinschaften“ wie etwa der Christlichen Arbeiterjugend⁷⁵ zu, „die einen ausdrücklichen Vorstoß in den Bereich der artgleichen Jugendlichen außerhalb der eigenen Reihen unternehmen“. Man trachte danach, eine solche „Breitenarbeit“ mit „den Formen der festgefügtten Jugendgemeinschaften“ zu verbinden und bediene sich daher unterschiedlichster Formen des Gemeinschaftslebens. Dies schließe auch die „sinnvolle Begegnung“ junger Frauen und Männer ein, während man Koedukation ebenso ablehne „wie die geselligen Veranstaltungen von minderjährigen Jungen und Mädchen“. Da man trotz dieser breiten Herangehensweise niemals auch nur annähernd die Zahl der Getauften erreichen werde, sei die Beteiligung an sozialcaritativer Hilfe ebenso erforderlich wie – wo möglich und vertretbar – die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Jugendorganisationen. Letzteres sei auf überzonaler Ebene eine schwierige Angelegenheit, v. a. mit Blick auf die im Grunde kommunistische Freie Deutsche Jugend (FDJ). Auf den unteren Ebenen hingegen „gedeiht die Zusammenarbeit recht erfreulich“.⁷⁶

Aus letzterem dürften auch die Erfahrungen eines Treffens sprechen, zu dem auf Einladung Rommerskirchens Vertreter der verschiedenen deutschen Jugendverbände vom 3. bis 5. November 1947 in Altenberg zusammen gekommen waren, wo sich die Hauptstelle des BDKJ befand. Als Vertreter der FDJ in der Sowjetischen Besatzungszone hatten daran auch der spätere Staats- und Parteichef der DDR bzw. der SED, Erich Honecker, sowie seine damalige Frau, Edith Baumann, teilgenommen. Bei den Gesprächen, die offenbar nicht protokolliert wurden und deren rückblickende Deutung durch die seinerzeitigen Protagonisten natürlich gegensätzlich ausfiel,⁷⁷ ging es in erster Linie um

75 1946 war der deutsche Zweig der 1925 in Brüssel von Joseph Cardijn gegründeten CAJ ins Leben gerufen worden.

76 Manuskript, in: ACDP 01-234-010/1.

77 Vgl. Die Auseinandersetzungen um einen Deutschen Jugendring – Das „Altenberger Gespräch“ 1947. Rückblicke, Einschätzungen, Meinungen von Erich Honecker. Josef Rommerskirchen und Heinz Westphal, in: Deutscher Bundesjugendring (Hg.): Kein Alter zum Ausruhen – 40 Jahre Deutscher Bundesjugendring. Düsseldorf 1989, S. 7–24. Nach der Wiedervereinigung tauchte im Archiv der FDJ eine Darstellung des Gesprächs auf. Vgl. FDJ-Protokoll über das Gespräch deutscher Jugendführer im Haus Altenberg, November

die Schaffung eines gesamtdeutschen Jugendrings, der v. a. von der FDJ propagiert wurde, welcher der Aufbau einer flächendeckenden Organisation in den Westzonen nicht gelungen war und die auf diesem Wege ihren Einfluss dort zu erhöhen hoffte.⁷⁸ Zudem entsprach ihre Propaganda für die „Einheit der deutschen Jugend“ der damaligen deutschlandpolitischen Linie von UdSSR und SED.⁷⁹ Weitere Motive waren der propagandistische Erfolg, den die Gründung eines gesamtdeutschen Jugendrings bzw. ernsthafte Gespräche hierüber für die FDJ bedeutet hätten sowie die damit verbundene Aufwertung ihrer führenden Repräsentanten gegenüber SED und Sowjetischer Militäradministration.⁸⁰ Der BDKJ begründete seine Zustimmung zu einer solchen Zusammenkunft in seinem Informationsdienst damit, dass man das Drängen der FDJ nicht habe ignorieren können, da dies „als Intoleranz“ hätte interpretiert werden können und „die Aufforderung zu solcher Zusammenkunft angesichts der großen materiellen und geistig-seelischen Not durchaus gerechtfertigt“ erscheine.⁸¹ Im Laufe der z. T. hitzigen Gespräche lehnten v. a. Rommerskirchen für den BDKJ und Heinz Westphal für die „Falken“⁸² konkrete Schritte zur Schaffung einer gesamtdeutschen Jugendvertretung unter den gegebenen Umständen ab, auch mit Hinweis auf die Haltung der britischen Militärregierung, die erklärt habe, die lediglich „halboffizielle Besprechung“ dürfe „keinerlei konstruierenden Charakter“ hinsichtlich einer zonenübergreifenden Zentralinstanz der deutschen Jugendverbände habe.⁸³ Stattdessen griffen sie die politischen Verhältnisse in der SBZ, wo eine Jugendarbeit „frei von Furcht“ nicht möglich sei, an und forderten immer wieder, die FDJ solle sich für die Freilassung Inhaftierter – etwa des bereits seit März inhaftierten Vertreters der katholischen

1947, in: Michael Herms/Karla Popp: Westarbeit der FDJ 1946–1989. Eine Dokumentation. Berlin 1997, S. 45–60.

- 78 Vgl. hierzu sowie zum Folgenden Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessevertretung – Jugendverbände in der Verantwortung. 50 Jahre Deutscher Bundesjugendring. Berlin 2003, S. 172–183.
- 79 Arno Klönne: „Jugendeinheit – Deutsche Einheit“. Die Bemühungen um eine gesamtdeutsche Jugendvertretung 1946–1948, in: Deutschland Archiv 21 (1988), S. 624–633, hier S. 627. Dort auch die Vorgeschichte des „Altenberger Treffens“.
- 80 Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessevertretung, S. 174.
- 81 Zit. ebd., S. 176.
- 82 Zur Frühgeschichte der „Falken“ vgl. Roland Gröschel: Zwischen Tradition und Neubeginn. Sozialistische Jugend im Nachkriegsdeutschland. Entstehung, Aufbau und historische Wurzeln der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Mit einer Einführung von Arno Klönne. Hamburg 1986.
- 83 So Rommerskirchen ausweislich des Berichts der FDJ-Führung. Vgl. Herms/Popp: Westarbeit der FDJ, S. 47.

Jugend im Zentralrat der FDJ, Manfred Klein⁸⁴ – sowie für unbeschränkte Koalitionsfreiheit der Jugend in der SBZ einsetzen.⁸⁵ Heinz Westphal notierte rückblickend, er und Rommerskirchen seien sich im Klaren gewesen, „dass eine Bereitschaft unsererseits, einen Jugendring für ganz Deutschland entstehen zu lassen, in dem der ganze östliche Teil des Landes durch eine von den dortigen Machthabern privilegierte Einheitsorganisation repräsentiert würde, ein Verrat an der jungen Generation in der Sowjetischen Besatzungszone gewesen wäre“.⁸⁶ Nachträgliche Vorhaltungen, die maßgeblichen westdeutschen Jugendvertreter hätten damals eine Chance verpasst, sich gar ohne Not „zu Aktivisten des Kalten Krieges“ gemacht,⁸⁷ sind angesichts des begrenzten Handlungsspielraums der Jugendverbände unter Besatzungsherrschaft sowie angesichts der Verhältnisse in der SBZ unhaltbar, ja abwegig.⁸⁸

Aus der Perspektive der katholischen Jugend in der Sowjetisch Besetzten Zone kann man das damalige Verhalten des BDKJ und Rommerskirchens indes durchaus kritisch betrachten. Schon eine in Hardehausen kurz nach der Verhaftung Manfred Kleins verabschiedete „Entschließung der deutschen katholischen Jugend zum Brandenburger Jugendparlament der FDJ“, in der man bei aller Kritik, v. a. am Anspruch der FDJ, Vertreterin der gesamten deutschen Jugend zu sein, eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit hatte erkennen lassen,⁸⁹ hatte die Stellung des innerhalb der SED ob seines kompromisslosen Vorgehens durchaus umstrittenen Erich Honecker gefestigt.

84 Michael Richter: Jugend zwischen den Diktaturen. Manfred Klein und die christlich-demokratische Jugendopposition in der SBZ, in: Historisch-Politische Mitteilungen 14 (2007), S. 67–78. Vgl. auch seine Erinnerungen: Manfred Klein: Jugend zwischen den Diktaturen 1945–1956. Mainz 1968.

85 Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessenvertretung, S. 178ff.; Klönne: Jugendeinheit – Deutsche Einheit, S. 631f. Zum Verhältnis von katholischer Jugend und FDJ in der SBZ vgl. Wolfgang Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 90). Paderborn u. a. 2001, S. 323–349, zur Verhaftung Kleins S. 344.

86 Heinz Westphal: Jugend braucht Demokratie. Demokratie braucht Jugend. Rostock 1994, S. 63.

87 So etwa Manfred Kappeler: Jugendverbände im Ost-West-Konflikt: Die Beziehungen zwischen den Jugendverbänden in den „Westzonen“ und der FDJ in der Gründungsphase des Bundesjugendringes, in: Helga Gotschlich (Hg.): „Links und links und Schritt gehalten.“ Die FDJ: Konzepte – Abläufe – Grenzen. Berlin 1994, S. 32–57, hier S. 34.

88 Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessenvertretung, S. 182.

89 Wortlaut u. a. in: Werner Dolata: Chronik einer Jugend. Katholische Jugend im Bistum Berlin 1936–1949. Hildesheim 1988, S. 254f. Rund zehn Wochen vor dem „Altenberger Treffen“ hatte Rommerskirchen an Dolata mit Blick auf den kommunistischen Einfluss in der FDJ und deren Unterstützung durch Moskau geschrieben: „Katholische Jugend ist nicht bereit, mit dem Antichristen ein Bündnis einzugehen, mit ihm gibt’s keine Zusammenarbeit.“ Brief vom 28. August 1947, abgedruckt ebd., S. 279ff., das Zitat S. 281.

Die Einladung nach Altenberg, mit der er als gleichrangiger Gesprächspartner akzeptiert wurde, verstärkte dies noch und erleichterte so letztlich die Gleichschaltungsbemühungen der FDJ in der SBZ.⁹⁰ Ob dies den Akteuren auf westlicher Seite damals bewusst gewesen ist, bleibt dahingestellt.

Entsprechend seiner Überzeugung, dass die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden, so sie demokratisch orientiert seien, eine unabweisbare Notwendigkeit sei, war Rommerskirchen als Bundesführer des BDKJ 1949 einer der Mitgründer des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und bis 1952 dessen erster Vorsitzender.⁹¹ Er habe den DBJR „wesentlich als Dienst zum Wohl der Gesamtjugend und als Begegnungsstätte von Kräften unterschiedlicher Prägung und Bindung zur Bezeugung der Toleranz“ angesehen. Ein weiteres Motiv sei gewesen, dass im Kalten Krieg allgemein und in der Frontstellung gegenüber den Kommunisten in Deutschland im Besonderen die „Zusammenarbeit mit allen Gutgewillten mehr denn zuvor“ erforderlich gewesen sei.⁹² Er habe die Arbeit in und für den Ring daher „als die wichtigste, geradezu entscheidende Aufgabe angesehen und ihr Jahre hindurch meinen besten Willen und die ganze Kraft geschenkt.“ Angesichts einer zunehmenden politischen Instrumentalisierung, in deren Verlauf sich v. a. die „Falken“ zum „Stoßtrupp der SPD“ entwickelt hätten, sei er erst „in den letzten Monaten vor meinem Ausscheiden nicht mehr so sehr, vor allem nicht mehr so froh wie zuvor bei der Sache“ gewesen.⁹³ Bemerkenswert bleibt aus heutiger Sicht trotz solcher Irritationen, wie gut offenbar die Zusammenarbeit der weltanschaulich unterschiedlichen Verbände und ihrer Protagonisten damals funktionierte, bis hin zur Entstehung ein Leben lang haltender Freundschaften. So blieb Rommerskirchen mit Heinz Westphal, dem späteren Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und kurzzeitigen Bundesarbeitsminister (SPD), der bis Ende der 1950er Jahre hinein eine führende Rolle in der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“ spielte und einer seiner Nachfolger im Vorsitz des Bundesjugendrings wurde, bis zu dessen Tod freundschaftlich verbunden.⁹⁴

Sowohl als BDKJ-Vorsitzender wie als Vorsitzender des Bundesjugendrings warb Rommerskirchen intensiv für den Gedanken eines vereinten, mit sich versöhnten Europa. Er brachte damit eine verbreitete Stimmung in nahezu

90 Vgl. Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR, S. 345f.

91 Vgl. die Materialien, in: ACDP 01-234-015/2, -023/1. Zur Gründungsgeschichte Deutscher Bundesjugendring: Gesellschaftliches Engagement und politische Interessenvertretung, S. 184–234.

92 „Woher und wohin“, in: ACDP 01-234-024/1.

93 Schreiben an Heinrich Köppler vom 11. September 1953, ebd.

94 Rommerskirchen nannte Westphal in einem Kondolenzschreiben an die Witwe „einen meiner besten Freunde“. Brief vom 8. November 1998, in: ACDP 01-234-027/1.

allen deutschen Jugendverbänden zum Ausdruck. Westphal schrieb rückblickend, „daß das Thema der europäischen Vereinigung wie eine Welle durch die Jugendarbeit unseres Landes“ gegangen sei. Nur wenige Jahre nach Kriegsende seien die deutschen Jugendorganisationen „überall anerkannt und aufgenommen, ja mitverantwortlich in internationalen Organisationen“ gewesen.⁹⁵ In der Tat liegt die Bedeutung der Jugendverbände in der jungen Bundesrepublik zu einem erheblichen Teil darin, dass sie maßgeblich daran beteiligt waren, die Isolation Deutschlands als Folge des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust zu überwinden.

Für Rommerskirchen persönlich brachte eine der ersten Auslandsreisen als BDKJ-Vorsitzender den wahrscheinlich spektakulärsten Auftritt seines Lebens: Im September 1948 nahm er an den Feierlichkeiten zum 80-jährigen Bestehen der Gioventu Italiana di Azione Cattolica teil. Als im Rahmen einer nächtlichen Jubiläumsfeier auf dem Petersplatz Vertreter aller Kontinente vor ca. 200.000 Teilnehmern ihre Grüße überbrachten, kam ihm die Rolle zu, für Europa zu sprechen. Er deutete die Übertragung dieser Aufgabe und sowie den „brausenden Beifall als Beweis des Vertrauens allen deutschen Brüdern und Schwestern“.⁹⁶ Am folgenden Tag wurde in Rom unter Beteiligung Rommerskirchens der „Weltbund der Katholischen Jugend“ gegründet, der v. a. die Verwirklichung des Laienapostolats auf seine Fahnen schrieb.⁹⁷

Drei Jahre später spielte er als Vorsitzender des Bundesjugendrings, der die organisatorische Leitung übernommen hatte, eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung eines mehrwöchigen, von der französischen Besatzungsmacht initiierten europäischen Jugendtreffens an symbolträchtigem Ort auf der Loreley (22. Juli bis 6. September 1951) mit mehreren 10.000 Teilnehmern. Die Hauptkundgebung am 19. August, auf der u. a. André François-Poncet und Vizekanzler Franz Blücher sprachen, stand unter dem Motto „Jugend baut Europa“. Wenngleich schon die zeitgenössische Beurteilung der Veranstaltung zwiespältig ausfiel und die hochgesteckten Erwartungen, „eine begeisterungsfähige europäische Jugendbewegung zu schaffen, die als

95 Jugendverbände und der Deutsche Bundesjugendring auf dem Weg in die internationale Gemeinschaft, in: Jürgen Reulecke (Hg.): Rückkehr in die Ferne. Die deutsche Jugend in der Nachkriegszeit und das Ausland (Materialien zur historischen Jugendforschung). Weinheim u. a. 1997, S. 103–123, hier S. 119, S. 122.

96 Zeitungsartikel Rommerskirchens, ohne Erscheinungsort und -datum, in: ACDP 01-234-026/1. Das Originalmanuskript des in italienischer Sprache gehaltenen Grußworts mit handschriftlicher deutscher Übersetzung, ebd.

97 Vgl. Carlo Corretto: „5 Jahre Weltbund der Katholischen Jugend“. Undatierter Zeitungs-ausschnitt, ebd. Im Nachlass findet sich ein Manuskript Ludwig Wolkers mit der Überschrift „Die Fahrt nach Rom. Bilder und Gedenken von der Fahrt der deutschen Delegation zum Jubiläumstreffen der Jugend der katholischen Aktion Italiens im September 1948“, in: ACDP 01-234-019/2.

dynamisches Element den europäischen Einigungsprozess hätte begleiten und stützen können“, letztlich nicht erfüllt wurden,⁹⁸ so stellte das Treffen doch für den Bundesjugendring einen Höhepunkt seines Engagements für die europäische Einigung dar.⁹⁹ Dieses Engagement war auch für Rommerskirchen persönlich einer der Fixpunkte seiner Tätigkeit als hauptamtlicher Jugendfunktionär – und sollte es sein gesamtes Leben hindurch bleiben. Ein Grußwort in der Abschlussveranstaltung eines Diözesanführertreffens des BDKJ in Köln am 28. September 1952 schloss er in Anwesenheit von Bundeskanzler Konrad Adenauer mit dem Bekenntnis: „Für Christi Reich und ein freies, einiges Deutschland im Vereinigten Europa!“¹⁰⁰ 1955 beendete er eine Ansprache in einer Jugendversammlung, die unter dem Motto „Jugend von heute, Träger der Verantwortung von morgen“ stand, mit der Aufforderung: „Darum lasst uns aufs neue als Aufgabe bekennen: Deutschland, das ganze Deutschland unsere Heimat – Europa, das Vereinigte Europa unser Vaterland!“¹⁰¹

Das Eintreten für ein einiges Europa hing nicht zuletzt eng mit der Wiederbewaffnungsfrage zusammen, denn dass die „geschundene Generation der Arbeitsdienstmänner, Frontsoldaten und Flakhelfer“ einen bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag schließlich akzeptierte, war zu einem nicht geringen Teil der Europa-Idee zu verdanken.¹⁰² Seit spätestens 1950 auf der politischen Tagesordnung stehend, wurde die Frage eines bundesdeutschen Verteidigungsbeitrages auf der 6. Vollversammlung des Bundesjugendringes vom 25. bis 27. April 1952 in Elmstein in der Pfalz intensiv diskutiert. Während die übrigen Jugendverbände, mit Ausnahme der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg, sich ablehnend oder indifferent verhielten,¹⁰³ bekannte sich der BDKJ in der berühmt gewordenen „Elmstein-Erklärung“ angesichts der weltpolitischen Lage zur Notwendigkeit eines solchen Beitrages. Auch hierin betonte man zunächst die Notwendigkeit „einer europäischen Solidarität“ und der

98 Gerhard Brunn: Das Europäische Jugendtreffen 1951 auf der Loreley und der gescheiterte Versuch einer europäischen Jugendbewegung, in: Reulecke: Rückkehr in die Ferne, S. 81–101, hier S. 100.

99 Zu Vorgeschichte, Ablauf und Bewertung des Treffens vgl. ebd. sowie Jacqueline Plum: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955. Jugendpolitik und internationale Begegnungen als Impulse für Demokratisierung und Verständigung. Wiesbaden 2007, S. 199–212, hier v. a. S. 210f. Einen Eindruck von den vielfältigen Aktivitäten im Rahmen des Treffens geben zahlreiche Fotos im Nachlass, vgl. ACDP 01-234-027/2.

100 Manuskript, in: ACDP 01-234-010/1.

101 Unbetitelt, undatiertes Manuskript (mit handschriftlich nachgetragener Jahreszahl „1955“), in: ACDP 01-234-010/1.

102 Kleinmann: Geschichte der CDU, S. 215.

103 Vgl. die gesammelten Stellungnahmen der verschiedenen Mitgliedsverbände des DBJR zum Thema „Verteidigungsbeitrag“, in: ACDP 01-234-013/3. Dort auch Pressestimmen und weitere Verlautbarungen des BDKJ und Rommerskirchens.

Aufgabe, „die im Werden begriffene europäische Gemeinschaft mehr und mehr festigen zu helfen“. Die nicht zu verkennende äußere Gefährdung, nämlich „das Streben des totalitären und atheistischen Kommunismus nach Weltherrschaft“ führe dazu, dass man zur Sicherung und Weiterentwicklung „der bisherigen großen Nachkriegserfolge“ aber auch die „militärische Abwehrbereitschaft“ brauche. Sollte also das Parlament als „die legale politische Autorität [...] nach wahrhaftiger und verantwortlicher Prüfung der Gegebenheiten und Notwendigkeiten eine Beteiligung Deutschlands an einem europäischen militärischen Verteidigungsbeitrag beschließen, so halten wir es für unsere Pflicht gegenüber Volk und Staat, die entsprechenden Konsequenzen mitzutragen“. Man erwarte natürlich, „daß alle Verteidigungsmaßnahmen ausschließlich der Verhinderung des Krieges und damit einzig dem Frieden dienen“. Zudem müssten die Soldaten „vor der Forderung eines blinden Gehorsams und vor Rechtlosigkeit geschützt“ sowie „selbstverständlich die Gewissensfreiheit des einzelnen in der Frage der Kriegsdienstverweigerung“ geachtet werden.¹⁰⁴ Dementsprechend folgte im Herbst 1953 eine „Stellungnahme zu Fragen des Inneren Gefüges der deutschen Streitkräfte“,¹⁰⁵ die in ihren Grundzügen dem späteren Modell der Inneren Führung entsprach.¹⁰⁶ Der BDKJ vertrat damit eine ähnliche Haltung wie die Junge Union, deren Vorsitzender Ernst Majonica die Zustimmung der Organisation zu einem deutschen Wehrbeitrag stets mit dem Hinweis verband, man wolle niemals wieder „eine Wehrmacht im alten Stil“, sondern den „Staatsbürger in Uniform“.¹⁰⁷ Unter diesen Voraussetzungen waren die beiden mitgliederstarken Organisationen bereit, einem deutschen Verteidigungsbeitrag als Konsequenz der Entwicklung des Ost-West-Konflikts nicht nur zuzustimmen, sondern aktiv für ihn einzutreten. Angesichts der ge-

104 Wortlaut in: Katholische Jugend und der Verteidigungsbeitrag. Stellungnahme des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend zu Fragen der Wiederbewaffnung und Soldatenbetreuung (Altenberger Dokumente. Quellenschriften zur katholischen Jugendseelsorge und Jugendführung 16). Hg. vom Bundespräses Willy Bokler für die Hauptarbeitsstelle für Jugendseelsorge und die Hauptstelle des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend. Düsseldorf 1956, S. 6–9. Rommerskirchen erklärte wiederholt mit Blick auf mögliche bundesdeutsche Streitkräfte, es gelte dafür Sorge zu tragen, dass „dieses notwendige Übel kein preußischer Barras werde“. Vgl. Handanlegen ist besser als schöne Worte. Josef Rommerskirchen sprach zur Katholischen Jugend Stuttgarts, in: Katholisches Sonntagsblatt Rottenburg, 3. Februar 1952.

105 Wortlaut ebd., S. 13–31.

106 Vgl. zum Gesamtzusammenhang Anselm Doering-Manteuffel: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der Wehrfrage (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe B: Forschungen 32). Mainz 1981, S. 213–223.

107 Vgl. Ernst Majonica: Das politische Tagebuch 1958–1972. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2011, S. XVII.

sellschaftlichen und politischen Brisanz des Themas Wehrbeitrag ist die „Elmstein-Erklärung“, der nach Aussage Rommerskirchens intensive „Beratungsgespräche mit Moralthologen“ vorausgingen,¹⁰⁸ mit Recht als „die bedeutendste politische Stellungnahme in der Geschichte des BDKJ“ bezeichnet worden.¹⁰⁹

Bundeszentrale für Politische Bildung I

Da für Josef Rommerskirchen als Mittdreißiger das Ende seiner Tätigkeit als hauptamtlicher Jugendfunktionär absehbar war, musste er sich ab Anfang der 1950er Jahre verstärkt Gedanken um seine berufliche Zukunft machen. Diese sah er im Bereich der politischen Bildung. Nachdem es zuvor vermutlich einige informelle Kontakte gegeben hatte, bekundete er im Juni 1952 brieflich gegenüber Paul Franken,¹¹⁰ dem ersten Direktor der kurz zuvor errichteten Bundeszentrale für Heimatdienst, wie die Bundeszentrale für Politische Bildung damals noch hieß, sein „grundsätzliches Interesse“ an einer Tätigkeit dort. Er habe in seinen bisherigen Positionen den Arbeitsschwerpunkt „auf die staatspolitische Erziehung und Schulung gelegt“ und sich so bemüht, „der jungen Demokratie einen festen Unterbau zu geben im Bewusstsein ihrer Bürger und vor allem ihrer Jugend“.¹¹¹ Kurze Zeit darauf erklärte er, an einer Position in der Bundeszentrale „sehr interessiert“ zu sein.¹¹² Am 1. November 1952 begann er seine Tätigkeit als Leiter des Referats „Demokratische und europäische Organisationen“, das für die Unterstützung von Bildungseinrichtungen und Verbänden zuständig und somit für den Aufbau der politischen Bildungsarbeit in der jungen Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung war. Die Bundeszentrale bediente sich in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit bevorzugt einer „indirekten Methode“ angesichts zu erwartender Vorbehalte gegenüber staatlich gelenkter politischer Erziehung. Man unterstützte Bildungsmaßnahmen, die dem eige-

108 Josef Rommerskirchen: Den Frieden sichern. Die Kirche in den Auseinandersetzungen um den Verteidigungsbeitrag in den fünfziger Jahren, in: Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt. 87. Deutscher Katholikentag vom 1. September bis 5. September 1982 in Düsseldorf. Die Vortragsreihen: Gestalten des Glaubens – Zeugen des Glaubens – Fragen zur Zeitgeschichte nach 1945. Paderborn 1982, S. 165–176, hier S. 170.

109 Schwab: Kirche leben, S. 65.

110 Zu Franken vgl. Michael F. Feldkamp: Paul Franken (1903–1984). Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans Otto Kleinmann (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg/Breisgau 2004, S. 172–178 sowie Stephen Schröder: Dr. Paul Franken (1903–1984). Ein katholischer Akademiker in den rheinischen Widerstandskreisen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 17 (2010), S. 175–204.

111 Rommerskirchen an Franken, 14. Juni 1952, in: ACDP 01-234-006/2.

112 Rommerskirchen an Franken, 25. Juni 1952, ebd.

nen Selbstverständnis und Auftrag entsprachen, bemühte sich aber, selbst „so wenig wie möglich nach außen hin in Erscheinung zu treten.“¹¹³ Kurz nach seinem Eintritt in die Bundeszentrale siedelte Rommerskirchen mit seiner inzwischen vielköpfigen Familie – das sechste Kind war zu diesem Zeitpunkt unterwegs – nach Bonn um. Mit Franken, den er rückblickend als „meinen großen Lehrmeister“ bezeichnete,¹¹⁴ verband ihn bald ein freundschaftliches Verhältnis.

Rommerskirchen sah in der Stärkung des demokratischen Fundaments die zentrale Aufgabe von politischer Bildung im Allgemeinen und der Bundeszentrale im Besonderen.¹¹⁵ In einem Vortrag über „Politische Bildung heute“ am 13. Mai 1955 in der hessischen Heimvolkshochschule „Haus Schwalbach“¹¹⁶ legte Rommerskirchen sein Verständnis von den Aufgaben politischer Bildung in der jungen westdeutschen Demokratie dar. Hierin finden sich zentrale Elemente wieder wie die antitotalitäre Ausrichtung, die Inanspruchnahme der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 als Ahnherren der bundesdeutschen Demokratie, die Leitbilder der wehrhaften Demokratie und des mündigen Bürgers sowie der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit, v. a. im (west-)europäischen Rahmen. Notwendig sei es zum einen, sowohl „Geist und Praxis des Nationalsozialismus [...] gründlich zu durchleuchten“ als auch, „die geistigen und politischen Grundlagen der westlichen Lebensordnung mit denen des Bolschewismus zu konfrontieren“. Zum anderen müsse man, das „Siegergeschenk“ der Demokratie „freiwillig bejahen und ihr eine Gestalt geben, deren wir uns nicht zu schämen brauchen“ (S. 2f.). Angesichts der tiefgreifenden Veränderungen der zurückliegenden Jahre gehe es um „Erziehung und Bildung zum „Mitbürger“, der ein Maximum an Gemeinsamkeit innerhalb der Gesellschaft anstrebe und Toleranz sowie Bereitschaft „zur geistigen Begegnung mit dem Andersdenken“ entwickle (S. 4), sodann zum „Staatsbürger“, der sich am Gemeinwohl orientiere, um die Verfassungsgrundlagen sowie „die entscheidenden staatlichen Struktur- und Gestaltungsgrundsätze“ wisse und diese mit Mut und Zivilcourage verteidige

113 „Memorandum über Organisation und Aufgaben der Bundeszentrale“ vom 20. August 1952. Zit. nach Benedikt Widmaier: Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Magisterarbeit Universität Heidelberg (Beiträge zur Politikwissenschaft 35). Frankfurt/Main 1987, S. 40f.

114 Ermutigendes Vertrauen erlebt, in: Das Parlament, Nr. 9–10, 28. Februar/7. März 1981.

115 In diesem Sinne auch Siegfried Schiele: Politische Bildung im öffentlichen Auftrag – Die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, in: Gotthard Breit/Ders. (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Schwalbach 2004, S. 257–266.

116 Typoskript, in: ACDP 01-234-024/1. Zur Geschichte der Bundeszentrale vgl. Widmaier: Die Bundeszentrale für politische Bildung.

(S. 5). Schließlich bedürfe die junge Demokratie des „Weltbürgers“, der nicht „den deutschen Standpunkt grundsätzlich zum Mittelpunkt der Betrachtung macht“, in der Lage sei, die deutsche Lage in weltpolitische Zusammenhänge einzuordnen und aufhöre, „Selbstbewusstsein [...] durch Selbstbezogenheit, Selbstsicherheit durch Kraftmeierei zu ersetzen“ (S. 7). Rommerskirchen teilte offenkundig die damals verbreitete Auffassung, wonach politischer Bildung die Funktion eines „positiven Verfassungsschutzes“ zukomme.¹¹⁷

Bei späterer Gelegenheit umschrieb er die Ziele politischer Bildungsarbeit mit dem Dreiklang „docere – educare – movere“. Aufgabe sei es, „Wissen zu vermitteln und Wollen zu erzeugen, das Erkennen zu bereichern, das Sein zu vertiefen und das Tun zu aktivieren“. Notwendig sei vor allem die Entwicklung eines „lebendigen Geschichtsbewusstseins“, um den „Mut zur Gestaltung der Gegenwart und Fundierung der Zukunft zu finden“.¹¹⁸

In einem Rückblick anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Bundeszentrale 1977 nannte er neben der „Hinführung zur Verantwortungsbereitschaft als Staatsbürger“ und der Vermittlung des „europäische[n] Gedanken[s] mit dem Ziel der politischen Union“ die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und „die ungeschminkte Klärung dessen, was gewesen war und wie es dazu kam“ als seinerzeit wichtigste Aufgaben politischer Bildung. Hinzu käme – als bleibende Aufgabe – die geistig-politische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Bestrebungen der Gegenwart.¹¹⁹ Noch als Pensionär betonte er: „Jede Mark, die im Bereich anerkannter Bemühungen der politischen Bildung gespart wird, missachtet den Grundsatz: Vorbeugen ist besser als heilen.“¹²⁰

Mitglied des Deutschen Bundestages

Bei der Bundestagswahl 1957 hatte Rommerskirchen erstmals auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen für den Deutschen Bundestag kandidiert. Aufgrund des historisch einmalig guten Wahlergebnisses verpasste er trotz des eigentlich aussichtslosen Platzes 63 den Einzug ins Parlament nur knapp. Als kurz nacheinander zwei nordrhein-westfälische Unionsabgeordnete wegen Tod bzw. Krankheit aus dem Bundestag ausschieden, rückte er mit Wirkung vom 12. Dezember 1960 nach.¹²¹ Bei den folgenden vier Bundestagswahlen

117 Ebd., S. 29.

118 Diskussionsbeitrag auf der Tagung des Arbeitskreises für politische Jugendbildung am 21. April 1959 im Jugendhof Vlotho. Durchschlag des überarbeiteten Manuskripts, in: ACDP 01-234-010/1.

119 Undatiertes Typoskript (mit handschriftlichem Zusatz „1977“), in: ACDP 01-234-024/1.

120 Gespräch mit Elke Bahr, S. 204.

121 Mitteilung des Bundeswahlleiters an Rommerskirchen vom 12. Dezember 1960, in: ACDP 01-234-028/2.

gewann er jeweils mit großem Vorsprung den Wahlkreis Neuss-Grevenbroich. Im Parlament engagierte er sich vor allem im Bereich der Verteidigungspolitik und wurde ordentliches Mitglied des entsprechenden Ausschusses. Außerdem gehörte er dem Ausschuss für Familien- und Jugendfragen sowie zeitweilig dem Ausschuss für Kulturpolitik und Publizistik sowie dem Sportausschuss an.¹²² Als im November 1964 der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmuth Heye, nach einigen skandalösen Vorfällen in der Bundeswehr, an die sich heftige Diskussionen um den inneren Zustand der Truppe und die Rolle des Wehrbeauftragten angeschlossen hatten, von seinem Amt zurücktrat,¹²³ wurde u. a. Rommerskirchen als möglicher Nachfolger ins Spiel gebracht.¹²⁴ Er lehnte eine Kandidatur allerdings ab, um weiterhin sein Abgeordnetenmandat ausüben zu können und weil er der Auffassung war, dass das Amt „keine konstruktive Arbeit“ ermögliche.¹²⁵ Anfang 1966 wurde er verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der entsprechenden Arbeitsgruppe. Als nach Bildung der ersten Großen Koalition 1966 erstmals Parlamentarische Staatssekretäre berufen wurden, galt Rommerskirchen in der Presse weithin als aussichtsreicher Kandidat für die entsprechende Position im Verteidigungsministerium,¹²⁶ kam aber letztlich nicht zum Zuge. Als Grund führte er rückblickend landsmannschaftliche Überlegungen an: Neben Minister Gerhard Schröder habe nicht noch ein Nordrhein-Westfale eine führende Rolle im BMVg erhalten sollen. Ebenso sei 1968 seine Berufung zum Bundesminister für Familie und Jugend daran gescheitert, dass die Frauenvereinigung der CDU das Amt mit einer Frau habe besetzt sehen wollte.¹²⁷ Wie konkret derartige Überlegungen jenseits von Pressespekulationen seinerzeit tatsächlich gewesen sind, muss dahingestellt bleiben.¹²⁸

122 Vgl. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. Hg. von Rudolf Vierhaus und Ludolf Herbst. Bd. 2: N–Z. München 2002, S. 701f.

123 Zu den Vorgängen vgl. Rudolf J. Schlaffer: Der Wehrbeauftragte 1951 bis 1985. Aus Sorge um den Soldaten. München 2006, S. 160–180.

124 Vgl. etwa Gesucht: Wehrbeauftragter, in: Hamburger Abendblatt, 12. November 1964.

125 Rommerskirchen lehnt ab, in: Rheinische Post, 18. November 1964 sowie Wehrbeauftragter ist kein Nebenverteidigungsminister, in: Echo der Zeit, 29. November 1964.

126 So etwa: Heute Wachablösung in Bonner Ministerien. Tauziehen um parlamentarische Staatssekretäre, in: Hamburger Abendblatt, 2. Dezember 1966; Eine Schule für Minister. Zum erstmaligen Parlamentarische Staatssekretäre, in: Rheinische Post, 3. Dezember 1966.

127 Undatierte handschriftliche Notiz, in: ACDP 01-234-031/3.

128 So vermutet etwa Gerhard Schröders Biograph Torsten Oppelland, dieser habe mit der Berufung von Eduard Adorno, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern, zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesverteidigungsminister versucht, „seine Basis innerhalb der Union zu verbreitern und somit zukünftig bessere Aussichten bei der Bewerbung um höchste Ämter zu haben“. Torsten Oppelland: Gerhard

Im Rahmen der Auseinandersetzungen innerhalb der CDU/CSU um den außenpolitischen Kurs in den 1960er Jahren wird man Rommerskirchen eher den für eine engere Anlehnung an Frankreich plädierenden „Gaullisten“ zu-rechnen können.¹²⁹ Eine eindeutige Festlegung vermied er allerdings. In einem zum Jahresbeginn 1969 erschienenen Aufsatz, betonte er, dass die „atlantische Verklammerung“ zur Sicherung von Freiheit und Frieden unverzichtbar sei, forderte aber zugleich die europäischen Staaten – u. a. mit Verweis auf die „andauernde überdurchschnittliche Inanspruchnahme der Vereinigten Staaten von Amerika“ – zu größeren eigenen Verteidigungsanstrengungen auf. So solle „mit Mut und Elan der erneute Versuch unternommen werden, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft als stärkeres Glied in der atlantischen Kette zu bilden“. Diese müsse über „jederzeit voll handlungsfähige Exekutivorgane“ und „ein politisches Kontrollsystem mit echter Kompetenz“ verfügen. So könne Europa sein Kraftfeld ausdehnen und dem „Wunsch nach mehr Freiheit und besseren Lebensbedingungen für alle Menschen in aller Welt“ dienen. Auf dem Weg zu einer „Friedensordnung der Völkergemeinschaft“ solle „als festes Haus aber endlich das Vereinigte Europa errichtet werden“.¹³⁰ Ein Jahr später nahm er den Gedanken erneut auf und begründete ihn mit dem wachsenden Disengagement der nicht zuletzt wegen des Vietnamkriegs überforderten USA und einer eingetretenen Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich, das „habe einsehen müssen, daß es sich verteidigungspolitisch der Gefahr einer Isolierung ausgesetzt“ habe. Ausgangspunkt eines solchen neuen Anlaufs könne die Westeuropäische Union (WEU) sein.¹³¹ Eine breite Resonanz erzielten diese Anstöße anscheinend nicht. Letzteres mag auch daran gelegen haben, dass Rommerskirchen einige Fraktionskollegen nachhaltig verärgert hatte. Als Anfang Juli 1967 die geplanten Kürzungen im Verteidigungshaushalt zu heftigen Diskussionen und Auseinandersetzungen innerhalb der Unionsparteien führten,¹³² wurde er in seiner Eigenschaft als verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion von dem Journalisten Rudi Strauch um ein Gespräch gebeten. Dieser habe erklärt, so Rommerskirchen in einer Aktennotiz, es gehe ihm

Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002, S. 687.

129 Zum Gesamtzusammenhang vgl. Tim Geiger: Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969 (Studien zur Internationalen Geschichte 20). München 2008.

130 Die Verteidigung Europas, in: Politisch-Soziale Korrespondenz Nr. 1, XVIII. Jahrgang, 1. Januar 1969, S. 7ff. Zum Konzept einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und ihrem Scheitern in der erste Hälfte der 1950er Jahre vgl. zusammenfassend Michael Gehler: Europa. Ideen, Institutionen, Vereinigung. Neuauf. München 2010, S. 194–198.

131 Europa braucht eine EVG. Die Bedeutung des amerikanischen Disengagements, in: Rheinischer Merkur, 13. Februar 1970.

132 Vgl. zusammenfassend Oppeland: Gerhard Schröder, S. 689–693.

um „einen allgemeinen Überblick“ und nicht um „zitierbare Erklärungen“.¹³³ Dennoch erschien am nächsten Tag in der „Welt“ ein Artikel unter der Überschrift „Arbeit für den Papierkorb muss aufhören“, in dem er mit harter Kritik am früheren Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, der „immer ‚eine übergroße Bereitschaft‘ gezeigt habe, finanziellen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen“, an Finanzminister Franz Josef Strauß, der zwecks Haushaltssanierung den Anstoß für die Kürzungen im Verteidigungsetat gegeben hatte sowie an der mangelnden Abstimmung zwischen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Verteidigungsminister Gerhard Schröder zitiert wurde. Rommerskirchen habe ferner verlangt, zugunsten der Kampftruppen stärker bei der Verwaltung und den zivilen Einrichtungen der Bundeswehr zu kürzen.¹³⁴ Die heftige Kritik seitens einiger Fraktionskollegen, die ihn – neben zustimmenden Zuschriften u. a. von Soldaten – daraufhin erreichte,¹³⁵ veranlasste Rommerskirchen, der in seinen Antworten immer wieder betonte, seine Äußerungen seien überspitzt wiedergegeben worden, seine Auffassungen in einem langen Interview mit dem „Rheinischen Merkur“ zu präzisieren. Indes wiederholte er den Vorwurf an die Adresse von Verteidigungsminister Schröder, dessen Erklärung, man müsse die Bundeswehr angesichts der geplanten Kürzungen um 60.000 Mann reduzieren, sei voreilig und „sehr bedauerlich“ gewesen und habe der bundesdeutschen Position international geschadet. Abschließend kommentierte Rommerskirchen die Äußerung seiner Gesprächspartner, anscheinend habe man im Verteidigungsministerium erst gehandelt und dann mit dem Nachdenken begonnen, mit dem Satz: „Diesem Eindruck kann ich mich allerdings nicht ganz entziehen.“¹³⁶ Von CDU-Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske erreichte ihn daraufhin ein geharnischter Brief, in dem dieser ihm vorhielt, er sei in der täglichen gemeinsamen Arbeit „ein Muster an Zurückhaltung, Bescheidenheit und Gemessenheit“, nutze dann aber „den ersten sich bietenden Anlaß während der Ferien zu publizistischen Parforceritten“. Zudem habe er den für alle Funktionsträger der Fraktion geltenden Grundsatz nicht beherzigt, dass man „nicht mehr ohne weiteres nach seinem eigenen Geschmack reden kann, sondern wenn irgend möglich auf die Meinung seiner Freunde Rücksicht zu nehmen hat“.¹³⁷ Der evangelische CSU-Abgeordnete Albrecht Schlee aus Bayreuth unterstellte

133 Aktennotiz vom 12. Juli 1967, in: ACDP 01-234-008/3.

134 Arbeit für den Papierkorb muss aufhören, in: Die Welt, 12. Juli 1967.

135 Kritik üben u. a. Rainer Barzel, Kai-Uwe von Hassel und Egon Klepsch. Positiv reagierte demgegenüber der Abgeordnete Alphons Horten. Vgl. die Schreiben, in: ACDP 01-234-008/3. Dort auch weitere Zuschriften sowie die Antworten Rommerskirchens.

136 Reformieren – nicht reduzieren!, in: Rheinischer Merkur, 21. Juli 1967.

137 Kraske an Rommerskirchen, 27. Juli 1967, in: ACDP 01-234-008/3.

ihm verletzten Ehrgeiz sowie konfessionelle Motive: Er könne sich „leider des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich hier um eine Auswirkung der Verteilung der Ämter der Staatssekretäre handelt“. Außerdem könne „die Vermutung nicht unterdrückt werden, daß diesen Angriffen Motive zugrunde liegen, die die Grundlagen der Union in Gefahr bringen“ und das Ziel hätten, „nach Herrn von Hassel nun auch Herrn Dr. Schröder und die von ihm vertretene Richtung in unserer Partei vollends an die Wand zu drücken“.¹³⁸ Wenngleich Letzteres wohl überinterpretiert ist, dürfte sich Rommerskirchen mit seinem Vorgehen in dieser Angelegenheit innerfraktionell wenig Freunde gemacht haben. Er blieb in seiner weiteren parlamentarischen Tätigkeit ein Mann allenfalls der zweiten Reihe und trat auch in der Fraktion nicht sonderlich hervor.¹³⁹

1976 verzichtete er auf eine erneute Kandidatur für das Parlament und begründete dies mit Rücksichtnahme auf Gesundheit und Familie sowie dem „Bedürfnis nach einer weniger hektischen Berufsausübung“.¹⁴⁰

Bundeszentrale für Politische Bildung II

Während der Zeit seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, in der das Angestelltenverhältnis mit der Bundeszentrale geruht hatte, war Rommerskirchen der Institution und besonders dem bis 1968 amtierenden Leiter Paul Franken eng verbunden geblieben. Im März 1966 war er von Bundesinnenminister Paul Lücke in das als parlamentarisches Kontrollgremium fungierende Kuratorium der Bundeszentrale berufen worden,¹⁴¹ dessen Vorsitz er von 1970 bis 1973 innehatte. Als solcher setzte er sich gegenüber dem Innenministerium immer wieder für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Bundeszentrale ein.¹⁴² Zum 20-jährigen Jubiläum hatte er bilanziert, die Bundeszentrale habe durch „redliche Bodenarbeit und sorgsame Aussaat bereits reiche Frucht hervorgebracht“.¹⁴³ Nachdem er sich für den Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Deutschen Bundestag entschlossen hatte, wurde er von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als Nachfolger des seinerseits erst-

138 Schlee an Rommerskirchen, 4. August 1967, ebd.

139 Vgl. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Bearb. von Stefan Marx (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 11/V). Düsseldorf 2010.

140 Vgl. Interview Josef Rommerskirchen kandidiert nicht mehr, in: Neuss-Grevenbroicher Zeitung, 27. September 1975.

141 Schreiben des Bundesministers der Innern an Rommerskirchen, 15. März 1966, in: ACDP 01-234-006/2.

142 Siehe etwa verschiedene Schreiben, in: ACDP 01-234-012/1.

143 Arbeit für eine krisenfeste Demokratie, in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 231, 4. Dezember 1972.

mals in das Parlament gewählten bisherigen Direktors Hans Stercken vorgeschlagen und trat am 15. Februar 1977 seinen Dienst in dieser Funktion dort an.¹⁴⁴

Als Kuratoriumsvorsitzender hatte er den von der sozialliberalen Koalition ab 1969 angestrebten Umstrukturierungen in der Spitze der Bundeszentrale deutlichen, indes vergeblichen Widerstand entgegengesetzt. Besonders die Einrichtung eines Direktoriums aus drei gleichberechtigten, von den damaligen Bundestagfraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zu benennenden Direktoren lehnte er ab, da er befürchtete, dies würde „zu einer unangemessenen politischen Polarisierung und personellen Aufblähung“ führen.¹⁴⁵ Seine Vorbehalte präzierte er in einer Sitzung des Kuratoriums am 28. Februar 1972, wo er u. a. darauf hinwies, dass die fachliche Selbständigkeit der Bundeszentrale gefährdet sei, da bei Meinungsverschiedenheiten im Direktorium das Weisungsrecht des Bundesinnenministeriums in Anspruch genommen werden müsste.¹⁴⁶

In seiner bis zur Pensionierung 1981 dauernden Amtszeit musste er nun mit diesen ungeliebten Bedingungen zurechtkommen und den nicht einfachen Spagat zwischen dem überparteilichen Auftrag der politischen Bildung sowie den Interessen seiner von SPD und FDP benannten Ko-Direktoren auf der einen und denen der Unionsparteien auf der anderen Seite meistern. Dennoch stellten, wie er rückblickend bilanzierte, diese Jahre „eine der schönsten Phasen meines Berufslebens“ dar.¹⁴⁷ Anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand würdigte ihn der damalige Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) u. a. dafür, dass ihm „parteiliche Winkelzüge ferngelegen“ hätten. Seine Amtszeit habe eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass es möglich sei, politische Bildung über Parteigrenzen hinweg sowie „im Kontakt mit der politischen Praxis bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Überparteilichkeit“ zu betreiben. Rommerskirchen sei, so Baum abschließend, „einer der Menschen, auf die eine demokratische Gesellschaft nicht verzichten kann“.¹⁴⁸

144 Schreiben des Fraktionsvorsitzenden Karl Carstens an Bundesinnenminister Werner Maihofer vom 18. Oktober 1976. Kopie, in: ACDP 01-234-006/2.

145 Vgl. Wortlaut einer Presseerklärung Rommerskirchens vom 21. Januar 1972, beide Dokumente in: ACDP 01-234-012/2. Dort auch eine Reihe von Presseartikeln und -kommentaren zur Entscheidung von Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, die Direktoriumslösung ohne abschließende Konsultation des Kuratoriums durchzusetzen, ferner Korrespondenz und Stellungnahmen zum Thema.

146 Protokollentwurf mit handschriftlichen Ergänzungen Rommerskirchens, ebd.

147 Ermutigendes Vertrauen erlebt, in: Das Parlament, Nr. 9–10, 28. Februar/7. März 1981.

148 Dank für beispielhafte Mitarbeit, ebd.

Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus

Wie von Freunden und Weggefährten nicht anders erwartet blieb Rommerskirchen auch als Pensionär aktiv. Im Januar 1982 wurde er vom Kuratorium als Nachfolger von Dr. Carl Gussone zum Vorsitzenden des Vorstands der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf gewählt.¹⁴⁹ Er habe diese Aufgabe gerne übernommen, um sich mit dem Erbe Adenauers besonders an die Jugend zu wenden, die ihre „unglaubliche Chance der Freiheit“ häufig nicht recht zu nutzen wisse.¹⁵⁰ Er behielt das Amt über zehn Jahre lang, bis er v. a. aufgrund einer Erkrankung seiner Frau auf eigenen Wunsch vor Ablauf seiner dritten Amtszeit mit Wirkung vom 1. Mai 1992 ausschied. In diese Zeit fielen u. a. die Neuerrichtung des Ausstellungsbaus sowie die Veröffentlichung der ersten Bände des Adenauerschen Briefwerks sowie der „Teegespräche“ des ersten Bundeskanzlers in der von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz herausgegebenen „Rhöndorfer Ausgabe“.¹⁵¹ Bei der Amtsübergabe an die frühere Bundesministerin Dorothee Wilms würdigte der stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums, Paul Adenauer, die von Rommerskirchen geleitete „entscheidende Aufbauarbeit“. Dieser erklärte, er sei froh, dass er an der Übermittlung des Erbes von Konrad Adenauer, der sein politisches Vorbild gewesen sei, habe mitwirken können.¹⁵² Seine Bereitschaft zur Übernahme der Funktion sei bestimmt gewesen „von der Dankbarkeit für das große Vorbild Adenauers im Dienst unseres Gemeinwesens“.¹⁵³

Josef Rommerskirchen, den bis ins hohe Alter eine bemerkenswerte Vitalität auszeichnete, blieb auch danach ausweislich zahlreicher mit Anstreichungen und Randbemerkungen versehener Zeitungsaustrisse und Zeitschriftenbeiträge im Nachlass ein interessierter Beobachter des politischen Geschehens, stellte sich häufig bei Tagungen sowie für Publikationen als Zeitzeuge zur Verfügung – u. a. bei den jährlichen „Rhöndorfer Gesprächen“ – und verfolgte

149 Schreiben des Kuratoriumsvorsitzenden Kurt Georg Kiesinger an Rommerskirchen, 15. Januar 1982, in: ACDP 01-234-028/3.

150 Das Bad Honnefer Gespräch. Heute: Josef Rommerskirchen, in: Honnefer Volkszeitung, Pfingstausgabe 29./30./31. Mai 1982.

151 Vgl. Rudolf Morsey: Der Beitrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus zur Adenauer-Forschung, in: Historisch-Politische Mitteilungen 15 (2008), S. 427–442, hier S. 436–439.

152 Vgl. Stabwechsel im Adenauer-Haus, in: Honnefer Volkszeitung, 4. Mai 1992.

153 Dorothee Wilms tritt an die Spitze der Stiftung, in: General-Anzeiger Bonn, 4. Mai 1992.

v. a. die Arbeit „seines“ BDKJ mit großer, indes zunehmend kritischer Aufmerksamkeit.¹⁵⁴ Geehrt mit zahlreichen hohen Auszeichnungen aus dem In- und Ausland, darunter das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und die Komtur des Päpstlichen Gregoriusordens, starb er am 9. März 2010 im Alter von 94 Jahren in seinem Haus in Wachtberg bei Bonn.

Bekanntlich wurde die politische Szenerie der jungen Bundesrepublik ganz überwiegend von den „Weimaranern“, also der den Jahrgängen 1875 bis 1906 entstammenden Vorkriegsgeneration dominiert. Die Angehörigen der „Zwischenkriegsgeneration“, d. h. diejenigen, die zwischen 1917 und 1930 geboren wurden und ihre politische Prägung in Weimarer Republik und „Drittem Reich“ erlebten,¹⁵⁵ waren zunächst eher auf der mittleren politischen Ebene sowie in der Bildungs- und Jugendarbeit von Gewerkschaften, Kirchen Verbänden und Parteien aktiv. Vor allem hier leisteten Persönlichkeiten wie Heinz Westphal, Ernst Majonica und eben Josef Rommerskirchen, auch wenn sie in ihrer weiteren politischen Laufbahn keine Spitzenämter mehr erreichen sollten, „einen frühzeitigen Beitrag zur langfristigen demokratischen Stabilisierung der Bundesrepublik“.¹⁵⁶

154 Vgl. etwa die Diskussion mit dem amtierenden BDKJ-Vorsitzenden Andreas Kampmann-Grünwald unter der Überschrift „Profillos oder zeitgemäß? Zwei BDKJ-Generationen im Streitgespräch“, in: KNA (Katholische Nachrichten-Agentur), Nr. 18, 12. März 1997.

155 Zur Kritik des inflationären und häufig beliebigen Gebrauchs des Generationenbegriffs Bert Schulz: Schick und trivial: Schlagwort Generation, in: Das Parlament, 14./22. April 2003. Zur Problematik auch Bernd Weisbrod: Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte, in: Aus Politik und Politik und Zeitgeschichte 8 (2005), S. 1–11. Vgl. ferner die Beiträge bei Jürgen Reulecke (Hg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert (Schriften des Historischen Kollegs; Kolloquien 58). München 2003.

156 Karl Tepe: Trümmersgesellschaft im Wiederaufbau, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18–19 (1995), S. 22–33, hier S. 31.



Rede auf einer Jugendkundgebung am 5. September 1948 im Rahmen des Deutschen Katholikentages in Mainz (ACDP 01-234-026/2).



Bei der Gründung des Deutschen Bundesjugendrings am 3. Oktober 1949; links: Erich Lindstaedt, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend „Die Falken“, mitte: Willi Ginhold, Vorsitzender der Gewerkschaftsjugend (ACDP 01-234-027/2).



Ansprache bei einer Kundgebung der Katholischen Jugend Kölns am 28. September 1952 in Anwesenheit Bundeskanzler Konrad Adenauers und des Kölner Erzbischofs Josef Kardinal Frings (ACDP 01-234-027/2).



Bei einem Empfang mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, Lyman Lemnitzer (ACDP 01-234-030/1).

Helga Wex (1924–1986)

Denise Lindsay

Helga Wex betrat die politische Bühne des Deutschen Bundestages am 28. April 1967 mit einem Paukenschlag. Bei der Bundestagswahl 1965 hatte sie einen Platz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste erhalten, weshalb sie für den verstorbenen Alt-Bundeskanzler Konrad Adenauer ins Parlament nachrückte.¹ Diese Tatsache allein war der Presse Schlagzeilen wert und sorgte für Gesprächsstoff.²

Die energische und engagierte Politikerin³, die 15 Jahre lang an der Spitze der CDU-Frauenvereinigung stehen sollte, formulierte im Mai 1967 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ äußerst selbstbewusst: „Gleichberechtigung als Privileg ist ohne Belang. Sie hilft einer Frau nicht weiter, wenn sie sich nicht durch Leistung gegenüber den Männern durchsetzen kann. Ich bin in der Politik mit Männern immer dann am besten zurechtgekommen, wenn ich sie meine Vorstellungen und meine Unabhängigkeit unmißverständlich spüren ließ.“⁴ Diese Aussage war für sie Handlungsmaxime.

Helga Anneliese Schimke kam am 5. Juli 1924 in der norddeutschen Kleinstadt Buxtehude zur Welt. Ihre Eltern, Hugo und Lina Schimke, stammten aus der Provinz Posen. 1919 hatten sich beide entschieden, nach Deutschland zu gehen, da die Provinz nach dem Ersten Weltkrieg zum größten Teil dem neugegründeten polnischen Staat zugeschlagen worden war. Hugo Schimke, preußischer Offizier und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, hatte nach dem Ersten Weltkrieg den Lehrerberuf ergriffen. Er unterrichtete die Fächer Mathematik und Englisch und war Rektor einer Volksschule. Die Mutter, ebenfalls SPD-Mitglied, hatte – als Angehörige der ersten Frauengeneration in Deutschland

1 Vgl. Helga Wex – An Adenauers Stelle, in: WAZ, 28. April 1967.

2 Vgl. Helga Wex: Partnerschaft heißt, daß Mann und Frau sich in ihrem Eigenwert erkennen, in: Renate Hellwig (Hg.): Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft. Stuttgart u. a. 1984, S. 243–259, hier S. 247.

3 Der schriftliche Nachlass von Helga Wex liegt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Bestandssignatur 01-379). Ihre Tätigkeit als Vorsitzende der Frauenvereinigung ist im Bestand der Frauen-Union dokumentiert, der sich ebenfalls im ACDP befindet (Bestandssignatur 04-003). – Eine Biographie von Helga Wex liegt bislang nicht vor, nur eine kurze autobiographische Selbstdarstellung in dem von Renate Hellwig herausgegebenen Band „Die Christdemokratinnen“. Vgl. auch den Beitrag von Denise Lindsay zum 25. Todestag von Helga Wex: www.kas.de/wf/de/71.9748/ (Zugriff: 31. März 2011).

4 Vgl. Werner Höfer: Nachgerückt für Adenauer, in: Die Zeit, 5. Mai 1967.

– ein Studium absolviert, 1916 das Examen als Gewerbelehrerin abgelegt und in Kontakt mit den Frauenrechtlerinnen Gertrud Bäumer und Helene Lange gestanden. Ein Vorbild war der jungen Helga Schimke neben ihrer Mutter Lina auch ihre Großmutter Luise Mann, die immer die Überzeugung vertreten hatte, dass Frauen genauso ein Anrecht auf eine gute Ausbildung hätten wie Männer.⁵ Hugo Schimke wurde 1934 – wegen seiner Mitgliedschaft in der SPD und im Reichsbanner – von den Nationalsozialisten gezwungen, die Lehrtätigkeit aufzugeben und ernährte seine Familie danach als Steuerberater. Durch diese einschneidenden Erlebnisse hatte die Tochter früh erkannt, dass „Politik nicht etwas Abstraktes war, das außerhalb des Hauses geschah und immer nur andere betraf, sondern daß Politik nicht zu trennen ist vom Schicksal der eigenen Familie“.⁶ Das Elternhaus war durch eine liberale und – auch durch die studierte Mutter – fortschrittsorientierte Grundhaltung sowie durch den protestantischen Glauben geprägt. Die Kirchenorientierung war für eine der SPD nahestehende Familie in dieser Zeit eher ungewöhnlich. Politische Gespräche und Diskussionen in der Familie gehörten zum Alltag. Der in der nationalsozialistischen Diktatur von Helga Schimke erlebte familiäre Zusammenhalt prägte auch ihr Bild von der Familie als „krisensichere“ Institution.⁷

Nach dem Abitur im Kriegsjahr 1942 wurde die junge Frau, wie in ihrer Generation üblich, zum Reichsarbeitsdienst eingezogen und leistete Kriegsdienst in einer Munitionsfabrik. Die begeisterte Leistungssportlerin gab zudem als Turnlehrerin ein kurzes Intermezzo am Reformrealgymnasium in Buxtehude, welches sie selbst besucht hatte. Direkt nach Kriegsende 1945 begann Helga Schimke an der Universität Hamburg das Studium der Germanistik, Klassischen Philologie, Geschichte und Soziologie sowie des Staatsrechts. Heidelberg und Tübingen waren weitere Stationen im Rahmen ihrer universitären Ausbildung. 1949 schloss die junge Frau ihre Studien mit einer mit „magna cum laude“ ausgezeichneten Dissertation zum Thema „Das Abschiedsmotiv in der deutschen Liebeslyrik vom Mittelalter bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts“ bei Professor Hans Pyritz ab und wurde zum Dr. phil. promoviert. Ihre erste berufliche Tätigkeit führte sie nach Hamburg als Assistentin in die Redaktion der literaturgeschichtlichen Fachzeitschrift „Euphorion“.

In den Jahren 1951 und 1952 konnte Helga Schimke ihre Ausbildung am Europa-Kolleg in Brügge sowie an der Akademie für Internationales Recht in Den Haag mit Hilfe eines Stipendiums der Bundesregierung und des

5 Vgl. CDU-Damenparade, in: Emma 4 (1985), S. 16–22.

6 Vgl. Wex: Partnerschaft, S. 244.

7 Helga Wex: Politik für die Frau. Politische Aspekte zur Situation der Frau heute. Sonderdruck aus: Die Neue Ordnung 4 (1973), S. 268–275.

Deutschen Akademischen Austauschdienstes fortsetzen. Im einen Fall kam die Empfehlung durch Christine Teusch⁸, im anderen Fall entschied Ernst Friedlaender⁹ über das Stipendium. Ihre Sprachkenntnisse vertiefte sie in Oxford und Paris. Die Auslandsaufenthalte und der damit verbundene Austausch mit Studenten aus anderen Ländern und Kulturkreisen vertieften ihr Interesse am politischen Geschehen.

1953 holte Carl Spiecker¹⁰, Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Bundesregierung, die junge Frau in seine Dienststelle nach Bonn, wo sie bis 1957 in der Funktion einer Ministerialreferentin tätig war und eng mit Rainer Barzel zusammenarbeitete. In der damaligen Bundeshauptstadt lernte sie auch ihren späteren Ehemann Günther Wex kennen. Der vormalige U-Boot-Offizier studierte zu diesem Zeitpunkt Jura, was ihm zuvor durch den Kriegseinsatz verwehrt gewesen war. 1954 heirateten beide, und 1957 gab sie – wie viele Frauen in ihrer Generation – ihre Berufstätigkeit auf und folgte ihrem Ehemann nach Mülheim/Ruhr, wo der mittlerweile promovierte Jurist als Vorstandsmitglied einer großen Stahlhandelsgesellschaft tätig wurde. 1958 wurde Tochter Katharina, 1960 Tochter Johanna geboren.

Für das Ehepaar Wex stand von Beginn an fest, dass – auch aufgrund ihrer besonderen Verantwortung als Angehörige der Kriegsgeneration – ein Engagement für die Gemeinschaft und den demokratischen Staat unabdingbar sein würde.¹¹ 1961 kandidierte die Hausfrau Helga Wex für den Rat der Stadt

8 Christine Teusch (1888–1968), Lehrerin; 1920–1933 Mitglied des Reichstags (Zentrum), 1936 Zwangspensionierung, 1945 Mitglied der CDU in Köln, 1947–1966 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, 1947–1954 Kultusministerin in Nordrhein-Westfalen. Vgl. Rudolf Lill: Christine Teusch (1888–1968). Kultusministerin in Nordrhein-Westfalen, in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Freiburg/Breisgau 2004, S. 501–509.

9 Ernst Friedlaender (1895–1973), Publizist; 1920–1929 Tätigkeit in der Wirtschaft, 1929–1931 Direktor und Filialleiter der I. G.-Farbenindustrie A. G. in den USA, 1931 Emigration in die Schweiz, 1934–1945 Aufenthalt in Liechtenstein, 1946–1950 stv. Chefredakteur und der Wochenzeitung „Die Zeit“, 1950–1960 Kolumnist beim „Hamburger Abendblatt“ und der „Berliner Morgenpost“, seit 1951 Kommentator des Nordwestdeutschen Rundfunks, 1954–1957 Präsident der Europa-Union.

10 Dr. Carl Spiecker (1888–1953), Redakteur; 1912–1919 Tätigkeit als Redakteur (zuletzt in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts), 1919–1922 Staatskommissar in Oberschlesien, 1922–1923 Verlagsdirektor des Zentrums-Parteiorgans „Germania“, 1923–1925 Ministerialdirektor in Berlin, 1925–1930 Tätigkeit im Auswärtigen Amt, 1933 Emigration nach Frankreich, USA und Kanada, 1948–1953 Landesminister als Bevollmächtigter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Länderrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der britischen und amerikanischen Zone bzw. ab September 1949 Bevollmächtigter des Landes beim Bund, 1949 CDU.

11 Vgl. Maria Stein: Nicht nur als Zierde in der Parteispitze, in: Deutsche Zeitung – Christ und Welt, 19. Dezember 1969.

Mülheim und gewann auf Anhieb einen traditionell sozialdemokratischen Wahlkreis. Für die CDU, der sie im gleichen Jahr beitrug, entschied sie sich, da es der Partei in ihren Augen gelungen war, Katholiken und Protestanten zu vereinen und somit „die politische Glaubenstrennung der Weimarer Republik zu überbrücken“.¹² Die Entscheidung hatte auch das Verständnis ihres Vaters gefunden.

In der Mülheimer Kommunalvertretung arbeitete sie in den Ausschüssen für Kultur und Volkshochschule mit und engagierte sich in der lokalen Kulturpolitik. Ihren Sitz im Stadtrat behielt sie bis 1973. In ihren Augen war das Engagement vor Ort ein wichtiger Lernprozess, auch für ihren weiteren politischen Weg, der sie auf die Landes- und Bundesebene führte.

Zur Bundestagswahl 1965 erhielt sie einen Listenplatz auf der nordrhein-westfälischen Landesliste, der ihr 1967 den Einzug ins Parlament ermöglichte. Ihre elegante und damenhafte Erscheinung sorgte in der Presse sofort für Aufsehen. Ihr Äußeres wirkte beruhigend auf die Männerwelt, da sie „nichts Suffragettenhaftes, nichts von schwerkalibrigem Frauenrechtlertum“ an sich hatte.¹³ Die Medien interessierte nicht – wie Wex ironisch anmerkte –, „was ich politisch wollte oder zu sagen hatte, sondern sie beschäftigte die Frage, ob in mir denn nun eine neue ‚Miß Bundestag‘ zu sehen war“.¹⁴ Die attraktive Jung-Parlamentarierin wurde in Konkurrenz gerückt zu Annemarie Renger und Dr. Ursula Krips (beide SPD) sowie Dr. Hedda Heuser (FDP); eine Diskussion, die sie – wie auch ihre Kolleginnen – als „unsachlich“ empfand. Trotz all dieser Kritik ließ sich die begeisterte Sportlerin – neben Tennis waren Schwimmen und Segeln Sportarten, die sie ausübte – dennoch 1971 für einen Artikel im „Stern“ im Tennisdress fotografieren.¹⁵

Wichtig war den Medien auch zu erfahren, wer die beiden kleinen Töchter der frischgebackenen Parlamentarierin künftig betreute.¹⁶ Für Helga Wex war ganz klar, dass ihre Töchter für die Berufstätigkeit der Mutter Opfer würden bringen müssen und der Spagat zwischen Politik und Familie ihr selbst nicht immer leicht fallen würde. Längere Abwesenheiten regelte sie mit Hilfe ihrer

12 Vgl. Wex: Partnerschaft, S. 246.

13 Vgl. Walter Henkels: Neue Bonner Köpfe. Düsseldorf 1975, S. 363–366, hier S. 364. – August F. Winkler attestierte ihr, eine „Kombination aus Charme und Köpfchen“ zu besitzen und „durchaus nicht vermännlicht zu sein“. Vgl. Bundeskanzlerin, in: General-Anzeiger Bonn, 6. Mai 1971.

14 Vgl. Die vier Schönen von Bonn, in: Abendzeitung, 3. November 1967; Kinder schäkern an der Strippe: Eine Hausfrau macht große Politik, in: Ruhr-Nachrichten, 20. Mai 1967. Vgl. auch Wex: Partnerschaft, S. 247.

15 Vgl. Reizen für Deutschland, in: Stern, Nr. 21, 27. Juni 1971.

16 Benedikta Bengsch: Helga Wex – Adenauers Nachfolgerin im Bundestag, in: FAZ, 16./17. Juni 1967.

Mutter, die aus Buxtehude kam und bei der Beaufsichtigung der Enkelinnen mithalf. Die Tatsache, dass ihr Mann als Anwalt über ein gutes Einkommen verfügte und sie sich eine Haushaltshilfe leisten konnten, erleichterte selbstverständlich auch den Alltag.¹⁷ Immer wieder betonte Wex in Interviews die partnerschaftliche Einstellung und bedingungslose Unterstützung ihres Ehemannes, ohne die ihr politisches Engagement nicht möglich wäre.¹⁸ Hier fand das von ihr im Laufe ihrer Tätigkeit immer wieder propagierte Konzept der „partnerschaftlichen Familie“ erste Anklänge.

Während ihrer ersten Mandatszeit im Deutschen Bundestag stellte die Bildungspolitik den Hauptschwerpunkt ihrer Tätigkeit dar. Sie sprach sich für die Einführung der sogenannten Akademiereife aus, die einen Schulabschluss vor dem Abitur vorsah und damit zum Besuch einer Fachhochschule berechtigen würde. Der Einführung der Gesamtschule erteilte sie eine Absage, außerdem plädierte sie für eine bundeseinheitliche Bildungsreform.¹⁹

1969 schaffte sie den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag nicht, da sie – aufgrund ihrer fehlenden Hausmacht im Kreisverband Mülheim – nur Platz 53 der nordrhein-westfälischen Landesliste erhalten hatte. Die WAZ monierte die kurzsichtige Entscheidung des Kreisverbandes, sie „kleinzuhalten“, und prophezeite, dass man in Zukunft mit ihr rechnen müsse.²⁰

Im gleichen Jahr wurde sie aber auf dem Mainzer Bundesparteitag mit 312 von 476 gültigen Stimmen auf Vorschlag von Aenne Brauksiepe²¹ als deren Nachfolgerin in das Präsidium der CDU gewählt. In der darauffolgenden ersten Präsidiumssitzung am 28. November 1969 erhielt die einzige Frau im Präsidium die Aufgabengebiete „Frauen“ und „Kulturpolitik“.²² Sie formulierte selbstbewusst, dass sie sich bei ihrer Tätigkeit im Präsidium mit allen Bereichen der Politik befassen wolle, denn „eine auf Frauen eingeeingte Politik

17 Vgl. Marlene Gerwin: Die Erste Dame der CDU, in: Vital 10 (1971), S. 46–49. – Vgl. zu diesem Thema auch die Studie von Birgit Meyer: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt/Main u. a. 1997.

18 Vgl. Martina Haamann: Interview mit Helga Wex zum Thema „Deshalb ging ich in die Politik“, in: *petra*, Januar 1968.

19 Vgl. Dr. Wex warnt vor Gesamtschule, in: *Neue Ruhr-Zeitung*, 10. August 1968.

20 Vgl. *Neue Plattform*, in: *WAZ*, 19. November 1969.

21 Aenne Brauksiepe (1912–1997), Fürsorgerin; 1945 Mitgründerin der CDU in Duisburg, 1946–1948 Stadträtin, 1949–1972 MdB (1964–1968 stv. Fraktionsvorsitzende), 1958–1971 Vorsitzende der Frauenvereinigung, 1967–1969 stv. Bundesvorsitzende der CDU, 1968–1969 Bundesministerin für Familie und Jugend. Vgl. Brigitte Kaff: Aenne Brauksiepe (1912–1997), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts*. Bd. 9. Münster 1999, S. 277–289.

22 Vgl. Protokoll der CDU-Präsidiumssitzung, in: ACDP 07-001-1402.

gibt es nicht, es gibt nur Politik zum Wohle der Gesellschaft“.²³ Trotz dieses Anspruchs blieb die Frauen- und Familienpolitik von diesem Zeitpunkt an ihr Hauptbetätigungsfeld. 1977 folgte der Wechsel in den Bundesvorstand der CDU, dem sie bis zu ihrem Tod angehörte.

Bei der Bundestagswahl 1972 gelang es ihr, einen sicheren Listenplatz zu erhalten und wieder in den Deutschen Bundestag einzuziehen. 1976 verzichtete der bisherige CDU-Direktkandidat Max Vehar auf eine erneute Kandidatur, und Helga Wex wurde mit 129 von 149 Stimmen (bei neun Enthaltungen und elf Nein-Stimmen) von der Mitgliederversammlung des KV Mülheim für den Wahlkreis nominiert. Dem Bundestag gehörte sie bis zu ihrem frühen Tod 1986 nunmehr ohne Unterbrechung an. Allerdings konnte sie ihren Wahlkreis nie direkt gewinnen. 1972 wurde sie stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion. Im folgenden Jahr übernahm sie den Vorsitz der von der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag eingesetzten Arbeitskommission „Frauen“, die ihre Tätigkeit am 25. Mai 1973 aufnahm.²⁴

Im Februar 1971 folgte Helga Wex Aenne Brauksiepe wieder im Amt nach und wurde auf dem 7. Bundesdelegiertentag in Lübeck-Travemünde zur Vorsitzenden der Frauenvereinigung der CDU (ab 1988 Frauen-Union) gewählt. Die Presse attestierte ihr einhellig, für neuen Schwung zu sorgen.²⁵ Wex formulierte als Ziel ihrer Arbeit kurz und bündig: „Die volle Integration der Frau in die Partei.“²⁶

In ihrer Amtszeit begann die programmatische Arbeit der Frauenvereinigung. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass die Frauen nicht mehr die Wählerklientel darstellte, derer sich die CDU absolut sicher sein konnte. Traditionell hatte die Union in der Wählergunst bei Frauen immer höher gelegen als bei Männern. So wählten 1953 47,2 Prozent der Frauen, aber nur 38,9 Prozent der Männer CDU oder CSU; 1957 hatte sich der Unterschied auf 53,5 Prozent zu 44,6 Prozent leicht vergrößert. Bis zur Bundestagswahl im Jahr 1969 änderte sich an dieser Präferenz fast nichts. Doch bei der Bundestagswahl 1972 schmolz die Differenz von ca. acht Prozent- auf drei

23 Vgl. „Statement“ vom 17. November 1969 zur Wahl ins Präsidium, in: ACDP 01-379-001/1.

24 Unterlagen zur Kommission, in: ACDP 01-379-032/1. – Die Kommission legte dem Bundesvorstand der CDU am 24. Februar 1975 die Vorlage „Frau und Gesellschaft – Grundsätze und Forderungen der CDU für Gleichberechtigung in einer sich wandelnden Welt“ vor, Unterlagen in: ACDP 04-003-070/2.

25 Nicht nur Dekoration für die Parteien, in: FAZ, 2. März 1971; Neuer Schwung bei der Union, in: Bayernkurier, 6. März 1971.

26 Die CDU-Frauen wollen ernst genommen werden, in: Kieler Nachrichten, 2. März 1971.

Prozentpunkte zusammen (43 Prozent zu 46 Prozent).²⁷ Dazu änderte sich das Wahlverhalten der Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen. Während 1969 noch 46,7 Prozent der 21- bis 30-jährigen Frauen die CDU gewählt hatten, entschieden sich 1972 nur noch 35,9 Prozent der 18- bis 25-Jährigen und 42 Prozent der 25- bis 35-Jährigen für diese Partei. Fast konstant blieb die Partei nur in der Gunst der über 60-jährigen Wählerinnen.²⁸

1975 wurde das erste „Grundsatz- und Aktionsprogramm der Frauenvereinigung der CDU“, das sogenannte Dortmunder Programm, veröffentlicht. In ihm forderte die Frauenvereinigung dezidiert die Verwirklichung der Partnerschaft in Bildung, Erziehung, Familie und Beruf und stellte einen konkreten Maßnahmenkatalog zur Durchsetzung der Forderungen auf.²⁹

Für Helga Wex galt das Motto „Politik braucht Ideen – Frauen haben sie“³⁰. Kurz nach ihrem Amtsantritt als Vorsitzende der Frauenvereinigung setzte sie sofort weitere Akzente und sprach sich für die gleiche Entlohnung von Mann und Frau aus. Weitere von ihr benannte Themen waren die Einführung einer Partnerrente und eines Erziehungsgeldes, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Teilzeitarbeit sowie der leichtere berufliche Wiedereinstieg von Frauen nach der Elternzeit, ebenso die Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente wie auch die Möglichkeit des Job-Sharings und damit verbunden neue Arbeitszeitmodelle. Diese Themen verdeutlichen die beginnende Abkehr der Frauenvereinigung vom bislang eher traditionellen Frauen- und Familienbild der CDU.³¹ 1957 war das Ehe- und Familienrecht reformiert worden, die sogenannte Hausfrauenehe hatte aber bis 1977 Bestand.³² Für die

27 Vgl. Beate Hoecker: Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch. Opladen 1995, S. 65.

28 Vgl. Ute Molitor: Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland (Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung 11). Baden-Baden 1992, S. 30f.

29 Abdruck in: Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Eine Auswahl in Dokumenten von 1973 bis 1985. Hg. von der CDU-Frauenvereinigung. O. O. [Bonn] O. J. [1985], S. 34–37.

30 Vgl. Vermerk von Marlene Lenz für Helga Wex vom 21. Oktober 1971, in: ACDP 04-003-077. Vgl. auch die Wandzeitung zur Bundestagswahl 1972, in: ACDP Plakatsammlung.

31 Vgl. Astrid Joosten: Die Frau, das „segenspendende Herz der Familie“. Familienpolitik als Frauenpolitik in der „Ära Adenauer“ (Forum Frauengeschichte 6). Pfaffenweiler 1990. Robert G. Moeller: Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik. München 1997. Lukas Rölli-Alkemper: Familien im Wiederaufbau. Katholizismus und bürgerliches Familienideal in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1965 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: 89). Paderborn u. a. 2000.

32 Die Frau hatte gemäß § 1356 BGB nur dann das Recht, erwerbstätig zu sein, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar war. Am 1. Juli 1977 wurde mit Inkrafttreten des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts dieses gesetzliche

engagierte Parlamentarierin stellte die Möglichkeit, an Reformen der CDU mitwirken zu können, eine „faszinierende Aufgabe“ dar.³³ Ihr war daran gelegen, junge Frauen, die sich von der aufkommenden neuen Frauenbewegung³⁴ und den dort artikulierten Themen – wie Chancengleichheit, gesellschaftliche Veränderungen oder, ganz konkret, Reform des § 218 – angesprochen fühlten, für die CDU zu gewinnen, ohne dabei konservative Wählerinnen zu verschrecken. Die Frauenvereinigung unter der Führung von Helga Wex sah Handlungsbedarf, auch im Hinblick auf den sinkenden weiblichen Stimmenanteil bei den Wahlen. Die Vereinigung und ihre Vorsitzende artikulierten frauenspezifische Themen, ohne sich die Positionen der feministischen Bewegung zu Eigen zu machen.³⁵ Denken und Handeln von Wex bestimmten die Konzepte der „partnerschaftlichen Familie“³⁶ und der „Wahlfreiheit“³⁷ zwischen Beruf und Familie. Das „Aktionsprogramm '78“ der CDU-Frauenvereinigung trägt nicht ohne Grund den Titel „Wahlfreiheit sichern – Partnerschaft verwirklichen“.³⁸

Am 28. Juni 1971 konstituierte sich zudem in Mainz unter dem Vorsitz von Dorothee Wilms der Arbeitskreis Medienerziehung der Frauenvereinigung, denn Helga Wex war es ein Anliegen, die Rolle des Fernsehens – für sie ein „unfreiwillige[r] Miterzieher“³⁹ in der Kindererziehung – kritisch zu hinterfragen und dabei auch dessen Chancen und Möglichkeiten auszuloten.

Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen stand vor allem, die Gleichwertigkeit von beruflicher und hausfraulicher Tätigkeit zu verdeutlichen. In einem Thesenpapier 1974 formulierte sie: „Es gibt keine ‚Hausfrauen‘. Es gibt Frauen,

Leitbild aufgehoben und die Verantwortung für den Haushalt und die finanzielle Versorgung der Familie ausdrücklich Mann und Frau gleichberechtigt zugewiesen. Vgl. Birgit Meyer: Frauenpolitiken und Frauenleitbilder der Parteien in der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 34/35* (1990), S. 16–28.

- 33 Wex: Partnerschaft, S. 249. Vgl. auch Vermerk von Edelgard Schönau für Helga Wex vom 27. November 1972 betr. Sachthemen, die von der Frauenvereinigung seit 1971 in Angriff genommen wurden, in: *ACDP 04-003-077*.
- 34 Vgl. Ute Frevort: *Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit* (Neue Historische Bibliothek 284). Frankfurt/Main 1986, S. 272–287.
- 35 Vgl. Sarah Elise Wiliarty: *The CDU and the Politics of Gender in Germany. Bringing Women to the Party*. New York 2010, S. 82f.
- 36 Vgl. Helga Wex: Bemerkungen zur Familienpolitik in der Bundesrepublik, in: *Die Frau in der offenen Gesellschaft 2* (1974), S. 1–4, hier S. 2.
- 37 Vgl. Redebeitrag von Helga Wex in der Bundestagsdebatte über den Bericht der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“ am 19. März 1981, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht*, Bd. 117, S. 1151–1154, hier S. 1152.
- 38 Abdruck in: *Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau*, S. 64–71.
- 39 Vgl. Helga Wex/Udo Kollenberg: *Frau und Industriegesellschaft. Plädoyer für die freiheitliche Alternative Partnerschaft*. Köln 1979, S. 134.

die im Hause oder außerhalb des Hauses berufstätig sind.“⁴⁰ Für Wex war es wichtig, beiden Lebensentwürfen Geltung zu verschaffen. Der von ihr auf dem Mannheimer Parteitag 1975 formulierte Grundgedanke, „Berufstätigkeit allein ist noch keine Gleichberechtigung, und Tätigkeit in Haus und Familie ist nicht etwa gleichbedeutend mit Rückständigkeit“⁴¹, zieht sich wie ein roter Faden durch viele ihrer Redebeiträge auf verschiedenen CDU-Bundesparteitagen. Sie plädierte energisch dafür, „den künstlich aufgerissenen Graben zwischen den berufstätigen Frauen und den Hausfrauen [zu] überbrücken“.⁴² Und 1984 mahnte sie erneut: „Heute ist in diesem Zusammenhang nicht nur an die Gleichberechtigung von Mann und Frau, sondern auch an die Gleichberechtigung von berufstätigen Frauen und Hausfrauen zu denken.“⁴³

Für Helga Wex war deshalb die soziale Absicherung der nicht-berufstätigen Frauen unabdingbar. Schon 1971 forderte sie in der Diskussion über die Reform des Scheidungsrechtes die bessere finanzielle Absicherung der Hausfrauen. Diese wären schlechter gestellt, wenn die Notwendigkeit einer materiellen Härteklausel verneint würde und der Unterhaltsanspruch nur beschränkt Geltung hätte. Zur Durchsetzung der besseren sozialen Absicherung der Frauen arbeitete Wex als Vorsitzende der Kommission „Frauen“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag mit Heiner Geißler⁴⁴, dem Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses Sozialpolitik, das Modell der Partnerrente aus.⁴⁵ Vorgesehen waren die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente, eine Anhebung der Witwenrente sowie eine Pflichtunfallversicherung für die Tätigkeit im Haushalt.

Ebenso trat Helga Wex für die Aufwertung der Kindererziehungszeiten ein und forderte die Schaffung eines Erziehungsgeldes. 1974 legte sie den

40 Vgl. Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Fünf Thesen zur Situation der ‚Hausfrau heute‘“, 27. Februar 1974.

41 Vgl. 23. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Mannheim, 23.–25. Juni 1975. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn o. J., S. 241.

42 Vgl. 24. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Hannover, 24.–26. Mai 1976. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn o. J., S. 210.

43 Vgl. 32. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Stuttgart, 9.–11. Mai 1984. 2. Tag. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn o. J., S. 213.

44 Dr. Heiner Geißler (geb. 1930), Jurist; 1965–1967 und 1980–2002 MdB, 1967–1977 Minister für Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz, 1977–1989 Generalsekretär der CDU, 1982–1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

45 Vgl. Helga Wex: Die Zukunft der Familie – Kriterien für eine bürgernahe Gesellschaftspolitik, in: Otmar Franz (Hg.): Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1975, S. 174–193, hier S. 185; Dies.: Das Modell der Partnerrente, in: Frau und Politik 2 (1975), S. 3–8.

„Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld“ vor.⁴⁶ Im gleichen Jahr präsentierte sie mit Hermann Götz das „Programm zur Förderung der Familien und zum Schutz des ungeborenen Lebens“.⁴⁷ Der zweifachen Mutter war es wichtig, den Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, die Kinder in den ersten drei Lebensjahren selbst betreuen zu können, „um dem Kind die bestmögliche Startchance zu seiner vollen persönlichen und sozialen Entfaltung zu geben“. Denn in ihren Augen hatte das Kind „ein Recht, in der Familie erzogen zu werden“.⁴⁸ Aus diesem Grund stand Helga Wex auch dem von der SPD befürworteten Modell der Tagesmutter, das sie nur als „zweitbeste Lösung“ für das Kind empfand, skeptisch gegenüber.⁴⁹ Zudem stellte sie konkrete Bedingungen an die Ausbildung der Frauen, die als Tagesmütter arbeiten wollten. Ihre Positionen vertrat sie immer klar und deutlich, so auch in der Frage des § 218 StGB. Die Fristenlösung lehnte sie strikt ab.⁵⁰ Für sie war die Indikationslösung die einzige Möglichkeit, das ungeborene Leben zu schützen. Sie war der festen Überzeugung, dass der Schutz des werdenden Lebens Vorrecht vor den persönlichen Rechten und Freiheiten der Frau haben sollte.⁵¹

Zur Politik der regierenden SPD/FDP-Koalition äußerte sich Helga Wex immer wieder kritisch. Der SPD machte sie zum Vorwurf, den Frauen keine Alternative zu bieten, sondern „die Frauen auf ein Rollenverständnis festzulegen, das eine Selbstverwirklichung allein in einer außerfamiliären Berufstätigkeit sieht“.⁵² Ihrer Ansicht nach hingen die Sozialdemokraten einem „marxistischen Menschenbild“ an.⁵³ Auf dem Bundesparteitag in Hannover 1976 setzte sie den „Irrwegen“ der Regierungspolitik ihre Idee der

46 Deutscher Bundestag, Drs. 7/2031, 24. April 1974.

47 Abdruck in: Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, S. 15–18.

48 Vgl. Helga Wex: Bemerkungen zur Familienpolitik in der Bundesrepublik, in: Die Frau in der offenen Gesellschaft 2 (1974), S. 1–3, hier S. 3.

49 Vgl. Presseerklärung der CDU-Frauenvereinigung, 14. September 1973, in: ACDP 08-011-22/4.

50 Vgl. Helga Wex: Fristenlösung – eine brüskierende Entscheidung, in: Frau und Politik 11 (1972), S. 15; CDU-Frauen lehnen Fristenlösung ab, in: General-Anzeiger Bonn, 31. März 1973.

51 Vgl. zur Diskussion über den § 218 Michael Gante: § 218 in der Diskussion. Meinungs- und Willensbildung 1945–1976 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 21). Düsseldorf 1991.

52 Vgl. 28. Bundesparteitag der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 19.–20. Mai 1980. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn o. J., S. 108.

53 Vgl. „Zehnjahresprogramm zur Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau“ vom 21. August 1980. Abdruck in: Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, S. 91–107, hier S. 100. – Vgl. auch „Das politische Versagen der SPD/FDP-Familienpolitik und Prinzipien zur Neuori-

„fortschrittlichen Partnerschaft“ gegenüber: „Sie beruht auf der gleichberechtigten Stellung von Mann und Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft, sie beruht aber vor allem auf der gleichen Verantwortung für die Familie und die Kinder. Partnerschaft beruht auch auf der freien Entscheidung der Frau, ob sie innerhalb oder außerhalb der Familie berufstätig sein oder beides miteinander verbinden will.“⁵⁴ Die herrschenden Gegebenheiten – die Doppelbelastung vieler Frauen durch Haushalt und Beruf – waren ihr sehr wohl bewusst, daher merkte sie kritisch an, dass eine bloße „Deklaration der Partnerschaft“ nichts an dieser Belastung ändern würde.⁵⁵ Aus diesem Grund war der Beginn eines gesellschaftlichen Umdenkens wie auch der Abschied von „geschlechtsspezifischen Stereotypen und Vorurteilen“ für sie der springende Punkt.⁵⁶ Dies beinhaltete, auch für Jungen und Mädchen Chancengleichheit in der Schule und bei der Ausbildung zu schaffen, denn „Bildung und Ausbildung werden für die Frau ebenso notwendig wie für den Mann“.⁵⁷ Auch sollten Mädchen von vornherein für „frauenuntypische“ Berufe gewonnen werden.⁵⁸

Ein erster großer Erfolg für die Politik der CDU-Frauenvereinigung war die Etablierung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Frau und Gesellschaft“. Am 8. November 1973 legte die CDU/CSU-Fraktion dem Deutschen Bundestag den Antrag auf Einsetzung vor.⁵⁹ Dieser ging wiederum auf eine Initiative der Frauenvereinigung zurück. Den Antrag auf Einsetzung der Kommission begründete Helga Wex für die CDU im Deutschen Bundestag und wies darauf hin, dass dies eine Chance darstelle, „den entscheidenden Schritt zur rechtlichen und sozialen Gleichberechtigung der Frau in unserer Gesellschaft zu tun“.⁶⁰ Am 19. Juni 1974 nahm die Kommission ihre Arbeit auf. Bedingt durch das Ende der Legislaturperiode im November 1976 konnte vorerst nur ein Zwischenbericht vorgelegt werden.⁶¹ Helga Wex plädierte sofort für eine Wiedereinsetzung der Enquete-Kommission in der folgenden Wahlperiode. Für sie lag die Chance darin, „die Frage einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau hier zu

entierung der Familienpolitik durch die CDU/CSU“, vorgelegt von Norbert Blüm und Helga Wex am 3. September 1980, in: ACDP 01-379-008/1.

54 Vgl. 24. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, S. 210.

55 Vgl. Wex: Zukunft, S. 182.

56 Ebd., S. 186.

57 Vgl. Helga Wex: Neue Aufgaben der Frau, in: Frau und Politik 2 (1970), S. 3f., hier S. 4.

58 Vgl. Wex/Kollenberg S. 179–184.

59 Vgl. Deutscher Bundestag, Drs. 7/1148, 23. Oktober 1973. Vgl. auch Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 85, S. 3806–3808.

60 Ebd., S. 3807.

61 Vgl. Deutscher Bundestag, Drs. 7/5866, 11. November 1976

behandeln“.⁶² Auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP beschloss der Deutsche Bundestag die erneute Einsetzung der Kommission.⁶³ Am 19. März 1981 wurde der Kommissionsbericht im Deutschen Bundestag abschließend debattiert.⁶⁴ In ihrer Rede appellierte Wex an alle im Bundestag vertretenen Parteien sowie an die gesellschaftlichen Gruppen und forderte diese zur Zusammenarbeit auf, „da die Gleichberechtigung über 30 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes noch nicht erreicht“ sei. Gleichzeitig lehnte sie – wie die Kommission auch – ein „Antidiskriminierungsgesetz“ ab.⁶⁵ Für sie war es von grundlegender Bedeutung, dass sich die Einstellung und das Bewusstsein der Menschen änderten, denn „Gleichberechtigung wird nicht allein über gesetzliche Bestimmungen erreicht, sondern vor allem durch soziale Praxis“.⁶⁶ Neue, in ihren Augen bürokratische, Regelungen wären nicht hilfreich, sondern würden nur zu Ärger und Ungerechtigkeiten führen.

Einen weiteren großen Erfolg für die Frauenvereinigung und ihre Vorsitzende stellte der Mannheimer Parteitag 1975 dar. Das Grundsatztprogramm „Frau und Gesellschaft“, das aus dem „Dortmunder Programm“ der Frauenvereinigung hervorgegangen war, wurde verabschiedet. Wex betonte in ihrer Rede auf dem Parteitag: „Wir sind Mitstreiter für eine freie Gesellschaft, in der die Stellung der Frau auf gleicher Verantwortung, gleichen Pflichten und gleichen Rechten beruht.“⁶⁷

Die Frauenvereinigung arbeitete in der Ära Wex eng mit der Jungen Union und den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, den beiden CDU-Vereinigungen, die als besonders reformorientiert galten, zusammen, um ihren Einfluss zu stärken.⁶⁸ Diese Kooperation wurde auf dem Mannheimer Parteitag 1975 evident, als es den drei Vereinigungen gelang, durch die Bündelung ihrer Stimmen die Wahl der von ihnen präferierten Kandidaten für Vorstand und Präsidium der Partei zu erreichen und eine Abstimmungsniederlage für den rechten Parteiflügel herbeizuführen. Die Presse sprach von einem geschlossenen „Mitte-Links-Block“, der seine Ziele

62 Vgl. Schreiben von Helga Wex an Helmut Kohl vom 9. Dezember 1976, in: ACDP 01-379-016/2. Vgl. auch Vermerk von Marlene Lenz vom 16. Dezember 1976 über die bisherige Arbeit der Enquete-Kommission und mögliche Änderungen künftiger Arbeitsabläufe durch die CDU, in: ACDP 04-003-154.

63 Vgl. Deutscher Bundestag, Drs. 8/305, 20. April 1977.

64 Vgl. Deutscher Bundestag, Drs. 8/4461, 29. August 1980.

65 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 85, S. 1153.

66 Vgl. Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag „Antidiskriminierungsgesetz – ja oder nein?“, 12. Juni 1984.

67 23. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, S. 279.

68 Vgl. Wiliarty: *The CDU and the Politics of Gender*, S. 89–92.

durchsetzen konnte.⁶⁹ Die Zusammenarbeit dauerte bis zum Beginn der 1980er Jahre an.⁷⁰

1979 regte die Vorsitzende der Frauenvereinigung die Einrichtung eines überparteilichen Forschungs- und Dokumentationszentrums „Frau und Gesellschaft“ zur wissenschaftlichen Erforschung der Stellung der Frau in der Gesellschaft an. In ihren Augen bestand auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik Nachholbedarf.⁷¹ Kritisch reagierte Helga Wex auf die ablehnende Haltung der SPD und warf der Partei vor, aus ideologischer Motivation die „Chance für eine bundesweit gültige Konzeption zur Erforschung der Frage der Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft“ zu vertun.“⁷² Das Institut konnte, trotz aller Widrigkeiten, am 1. März 1982 unter Leitung von Rita Süßmuth⁷³ in Hannover seine Arbeit aufnehmen.

Einen weiteren Meilenstein in der politischen Tätigkeit von Helga Wex stellte die Verabschiedung der „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ auf dem Essener Bundesparteitag 1985, dem „Frauenparteitag“⁷⁴, dar. Dies war der erste Bundesparteitag der CDU, der sich ausschließlich mit den Interessen der Frauen und dem Thema Gleichberechtigung befasste. Hier wurde die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau und die Überwindung der Benachteiligung der Frauen auf gesellschaftlicher Ebene als Vorhaben formuliert.⁷⁵ Auf dem Parteitag setzte sich Helga Wex vehement für die Einrichtung eines Gleichberechtigungsforums auf Bundesebene ein, da sie die Verwirklichung der Gleichberechtigung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe definierte. Wichtig war es ihr, niemandem einen bestimmten Lebensentwurf aufzuzwingen, denn „die Angleichung von

69 Rüdiger Moniac: Der rechte Flügel wurde überrumpelt, in: FAZ, 26. Juni 1975. Vgl. auch Hilde Purwin: Junge Union ließ sich keine Zähne ziehen, in: Neue Rhein-Zeitung, 26. Juni 1976; Walter Schmid: Mannheimer Bilanz, in: Kölnische Rundschau, 26. Juni 1975.

70 Vgl. Wiliarty: The CDU and the Politics of Gender, S. 91.

71 Vgl. Exposé Dokumentations- und Forschungsinstitut „Frau und Gesellschaft“ 1979. Abdruck in: Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, S. 79–89.

72 Ebd., S. 88.

73 Dr. Rita Süßmuth (geb. 1937), Professorin für Erziehungswissenschaft; 1982–1985 Direktorin des Instituts „Frau und Gesellschaft“, 1985–1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, 1986–2001 Bundesvorsitzende der Frauen-Union, 1987–2002 MdB, 1988–1998 Präsidentin des Deutschen Bundestages. Vgl. Johanna Klatt: Rita Süßmuth. Politische Karriere einer Seiteneinsteigerin in der Ära Kohl. Stuttgart 2010.

74 Vgl. Peter Radunski: Der CDU-Frauenparteitag als Modell politischer Willensbildung, in: Heiner Geißler (Hg.): Abschied von der Männergesellschaft. Mit dem dokumentarischen Anhang der „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“. Frankfurt/Main u. a. 1986, S. 170–177.

75 Vgl. dazu 33. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Essen, 19.–22. März 1985. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn o. J.

Männern und Frauen besteht heute nicht in der Angleichung ihres Wesens, sondern in der Angleichung der Interessen.“⁷⁶ Claudia Pinl, eine der neuen Frauenbewegung angehörende Journalistin, kommentierte das Ergebnis des Essener Bundesparteitags durchaus positiv: „Den fortschrittlichen Frauen in der Christen-Union ist nachhaltig der Rücken gestärkt worden. Sie sind selbstbewußter und aufmüßiger als zuvor.“⁷⁷

Wex sah in den Frauen den Motor für gesellschaftliche Änderungen. Aus diesem Grund war ihr immer daran gelegen, vor allem auch junge Frauen für die Mitarbeit in der CDU zu gewinnen. Nach der Regierungsübernahme der Union 1982 machte sie ihrer Partei immer wieder deutlich, dass ein Umdenken – auch aus Gründen des Machterhalts – notwendig sei.⁷⁸ Ihren Parteikollegen schrieb sie ins Stammbuch: „Wer die junge selbstbewußte und mitdenkende Frauengeneration vorschnell in eine feministische Schublade einordnet, dokumentiert, daß er blind ist für Entwicklungsprozesse unserer Zeit.“⁷⁹ Ihr war bewusst, dass sich immer mehr junge Frauen von der CDU abwandten, und sie befürchtete deren Hinwendung zu den Grünen.⁸⁰ Nicht zu Unrecht, denn der Stimmenanteil der Grünen unter jungen Frauen war seit 1980 stetig angestiegen.⁸¹

In einem weiteren Thesenpapier ermahnte sie ihre Partei, die auf dem Essener Parteitag erarbeiteten Leitsätze „Punkt für Punkt und Schritt für Schritt“ durchzusetzen. Nur so könne die CDU bei den Wählerinnen Vertrauen gewinnen, denn „die CDU ist immer dann stark, wenn sie die Frauen von ihrer Politik überzeugen kann“.⁸² Die Frauen selbst forderte sie auf, immer wieder aufs Neue zu kandidieren, sich nicht entmutigen zu lassen, denn „der Einfluß der Frauen in einer Partei hängt nach demokratischen Grundsätzen vor allem von ihrer Anzahl ab. Wer etwas verändern will, muß bereit sein, sich zu

76 Ebd., S. 460.

77 Claudia Pinl: Halber Rückzieher, in: taz, 23. März 1985.

78 Vgl. Helga Wex: Frauen und CDU – Thesen zur aktuellen Situation der CDU in ihrem Verhältnis zu jüngeren Frauen, vorgelegt auf der Klausurtagung des Bundesvorstandes der Frauenvereinigung und der Landesvorsitzenden am 9. und 10. November 1984 in Bonn. Abdruck in: Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, S. 238–255, hier S. 249.

79 Ebd., S. 248.

80 Vgl. das Positionspapier „Junge Frauen und die CDU“ vom 21. November 1985, in: ACDP 01-379-009/3.

81 Während 1980 nur 4,3 Prozent der 18- bis 25-Jährigen „grün“ wählte, so betrug der Anteil 1983 schon 13,5 Prozent und stieg 1987 auf 16,5 Prozent an. Fast ebenso hoch war der Stimmenanteil bei den 25- bis 35-jährigen Frauen (1980: 2,1 Prozent; 1983: 10,1 Prozent; 1987: 17,9 Prozent), vgl. Molitor: Wählen, S. 31.

82 Vgl. Helga Wex: Positionspapier zur Situation der CDU im Sommer 1985 unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zu Frauen, vorgelegt am 14. Juni 1985 in Bonn, in: ACDP 01-379-009/3.

engagieren.⁸³ In ihrer Amtszeit als Vorsitzende der Frauenvereinigung stieg der Anteil der weiblichen CDU-Mitglieder von 44.820 (1970) auf 158.090 (1985) – ein Anstieg von 13,6 auf 22 Prozent.⁸⁴

Berührungsgängste kannte Helga Wex nicht. Sie hatte keine Scheu, sich mit Vertreterinnen der neuen Frauenbewegung – der sie kritisch gegenüberstand – zu treffen und in eine lebhaftige Diskussion über Frauenfragen einzutreten. Den Frauen in der CDU wurden von Teilnehmerinnen aus den Reihen der Frauenbewegung attestiert, fortschrittlicher zu denken als die „Partei-patriarchen“.⁸⁵ Sieselbstlehnte, „Emanzipationsillusionen“ und „Emanzipations-getöse“ ab.⁸⁶ Den Feministinnen warf sie eine „einseitige Ausrichtung auf den Kampf der Geschlechter“ vor, die einer Problemlösung nicht zuträglich sei.⁸⁷

Helga Wex wollte sich aber nicht nur auf Frauenfragen reduzieren lassen. Ein weiteres Interessengebiet stellte – seit ihrer Tätigkeit im Mülheimer Stadtrat – die Kulturpolitik dar. Grundlagen hierzu waren schon durch ihr Studium und die erste berufliche Tätigkeit bei einer literaturgeschichtlichen Zeitschrift gelegt worden. Ihr Augenmerk galt der Förderung des Kindertheaters⁸⁸ ebenso wie dem Dialog mit Schriftstellern. Die Vorsitzende der Frauenvereinigung lobte einen Preis für das beste Kindertheaterstück aus.⁸⁹ Sie organisierte kulturpolitische Symposien in ihrer Heimatstadt Mülheim⁹⁰ und Podiumsdiskussionen wie zum Beispiel im August 1980 zum Thema „Frauenliteratur – Frauenrealität“ in Köln oder Treffen mit Schriftstellern in der Bonner CDU-Parteizentrale.⁹¹ Außerdem setzte sie sich für die Probleme von Frauen ein, die in künstlerischen

83 Vgl. Politischer Bericht der Vorsitzenden Dr. Helga Wex MdB, in: Partnerschaft 2000. 14. Bundesdelegiertentagung der CDU-Frauenvereinigung, 27./28. September 1985, Bonn. Hg. von der Frauenvereinigung der CDU. Bonn o. J., S. 6–16, hier S. 16.

84 Vgl. Hoecker: Politische Partizipation, S. 80.

85 Das Gespräch fand am 25. April 1978 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus statt, Unterlagen in: ACDP 01-379-033/3. Vgl. auch: Heike Mundzeck: Auf der Suche nach dem richtigen Weg, in: Hannoversche Allgemeine, 27. Mai 1978.

86 Vgl. 23. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, S. 279f.

87 Vgl. Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, „Helga Wex: Politik und Gleichberechtigung“, 12. Juni 1984.

88 Vgl. Streit ums liebe Stiefkind, in: Die Welt, 17. Mai 1980; Mülheim: Wovon lebt das Theater für Kinder?, in: Westfälische Rundschau, 6. Februar 1981; Langsam weg vom Weihnachtsmärchen, in: WAZ, 7. Februar 1981.

89 Der mit 10.000 DM dotierte Preis wurde für das Jahr 1980 ausgeschrieben, 173 Personen beteiligten sich am Wettbewerb. Gewinner war der Autor Peter Welk mit dem Stück „Ich komm' in allen Farben“. Vgl. Presseerklärung der CDU-Frauenvereinigung, 16. Juni 1981.

90 Vgl. Heiner Stachelhaus: Kultur – das ist auch ein Wirtschaftsfaktor, in: Neue Rhein-Zeitung, 1. Juli 1983.

91 Vgl. Gisela Reiners: Die CDU-Frauen, die Frauen und die Frauen-Literatur, in: Die Welt, 28. August 1980.

Berufen tätig waren.⁹² Der Bundesverband der Bildenden Künstler würdigte ihr „beharrliches“ und „ideenreiches“ Engagement für die Berufsgruppe.⁹³ Im Mai 1983 wurde sie zudem zur Vorsitzenden des Gesprächskreises „Kunst und Kultur“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gewählt.⁹⁴

Obwohl Helga Wex in den Führungsmannschaften der Unions-Kanzlerkandidaten Rainer Barzel, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß 1972, 1976 und 1980 vertreten war, erhielt sie 1982 kein Amt in der neuen, von Helmut Kohl gebildeten Bundesregierung. Wenngleich sie schon lange als ministrabel galt, wurde sie nicht – wie von vielen erwartet – Familienministerin. Dieses Amt übernahm Heiner Geißler, zusätzlich zu seiner Funktion als Generalsekretär der CDU⁹⁵ – eine Tatsache, die sie bitter enttäuschte. Das Angebot, Staatssekretärin im Geißler-Ministerium zu werden, lehnte sie aus verständlichen Gründen ab. Trotzdem resignierte sie nicht, sie blieb stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, im Oktober 1982 wurde sie mit 153 von 173 Stimmen in ihrem Amt bestätigt. Zudem übernahm sie 1984 als Nachfolgerin von Carl Otto Lenz das Amt der Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit.

1985 erlebte sie eine weitere Enttäuschung und Niederlage. Als Heiner Geißler das Amt des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit wieder abgab, wurde zur Überraschung vieler Frauen in der Union auf seinen Vorschlag hin Rita Süßmuth als Nachfolgerin im Amt nominiert.⁹⁶ Wex selbst hatte Bundeskanzler Kohl brieflich mitgeteilt, dass sie – sicherlich bedingt durch ihre Erkrankung – nicht für ein Ministeramt zur Verfügung stünde und ihn eindringlich gebeten, eine Kandidatin aus den Reihen der äußerst qualifizierten und geeigneten Frauen der CDU/CSU-Fraktion auszuwählen.⁹⁷ Ihre Bitte blieb unberücksichtigt. Diese Entscheidung wurde von Helga Wex mit Empörung aufgenommen. Sie monierte, dass die Frauen der Fraktion und

92 Helga Wex: Sich für die Belange der Künstlerinnen einsetzen, in: Deutschland-Union-Dienst, Nr. 160, 3. September 1981, S. 2.

93 Vgl. Kondolenzschreiben von Otto Dreßler an Alfred Dregger vom 13. Januar 1986, in: ACDP 08-001-733/3.

94 Zu den vielfältigen Aktivitäten des Arbeitskreises vgl. die Unterlagen in: ACDP 08-007-115/1.

95 Helmut Kohl kommentiert seine Entscheidung in seinen Memoiren nicht. Er erwähnt Helga Wex einzig und allein im Zusammenhang mit ihren jeweiligen Ergebnissen bei den Bundesvorstandswahlen. Vgl. Helmut Kohl: *Erinnerungen 1930–1982*. München 2004 sowie Ders.: *Erinnerungen 1982–1990*. München 2005. – Der „Spiegel“ fällt das Urteil, er „konnte die unbequeme Dame mit der hellen Stimme nicht leiden“, vgl. Spiegel, Nr. 3, 13. Januar 1986, S. 188.

96 Vgl. Nachdenken bei den CDU-Frauen, in: *Die Welt*, 28. Januar 1986. Vgl. auch Heiner Geißler: *Zugluft – Politik in stürmischer Zeit*. München 1990, S. 176.

97 Schreiben von Helga Wex an Helmut Kohl vom 6. August 1985, in: ACDP 01-379-009/3.

der CDU vorab über die Entscheidung nicht informiert worden seien und dass deren jahrelange „Kärnerarbeit“ unbeachtet bliebe.⁹⁸ Halt gaben ihr in diesen Zeiten ihre glückliche Ehe und das ausgeglichene Familienleben.

Bis zuletzt war Helga Wex – trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen – kämpferisch und vertrat ihre Anliegen mit Verve. Auf der 14. Bundesdelegiertentagung der Frauenvereinigung im September 1985 in Bonn forderte sie, schon schwer krank, energisch „das Ende der Bescheidenheit der Frauen in der CDU“.⁹⁹ Mit dem Programm „Partnerschaft 2000“ setzten die Frauenvereinigung und ihre Vorsitzende einen konkreten Termin für die Verwirklichung der auf dem Essener Bundesparteitag postulierten Ziele. Die Rolle der Frauenvereinigung wollte Wex nicht als „Interessenvertretung innerhalb der Partei“ verstanden wissen, sondern sie definierte „Frauenpolitik als integralen Bestandteil der Politik“¹⁰⁰. Sie wollte erreichen, dass Frauen an der Mitgestaltung aller politischen Bereiche beteiligt werden. Die „Bonner Erklärung“¹⁰¹ der Frauenvereinigung, verabschiedet auf der 14. Bundesdelegiertentagung, zeigte konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Frauen in der Partei auf. In der Bundespartei sollte eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte etabliert und die CDU dazu verpflichtet werden, ihre Gremien prozentual mit der Anzahl von Frauen zu besetzen, wie es dem Frauenanteil an der Gesamtmitgliedschaft entsprach. Die Einführung einer verbindlichen Quotenregelung lehnte Wex dagegen entschieden ab: „Frauenreservate haben wir satt.“¹⁰²

In einem Buchbeitrag, der posthum erschien, zog Wex die realistische und nüchterne Bilanz: „Frauen sind heute noch die einzige Mehrheit, die in unserem politischen und sozialen Leben wie eine Minderheit behandelt wird.“¹⁰³ Ihr war bewusst, dass noch ein langer Weg bis zur Verwirklichung ihres Ziels, der gesetzlichen Gleichberechtigung der Frauen auch die gesellschaftliche

98 Vgl. den undatierten Vermerk „Gespräch mit dem Bundeskanzler“, ebd. Vgl. auch Mal was Neues, in: Spiegel, Nr. 37, 9. September 1985, S. 26.

99 Vgl. CDU-Frauen geben sich kämpferisch, in: Bonner Rundschau, 30. September 1985.

100 Vgl. Brief von Helga Wex an Ursula Huffmann vom 9. Januar 1986, in: ACDP 04-003-161/2.

101 Vgl. Partnerschaft 2000, S. 27–31.

102 Vgl. ebd., S. 10. – Die Änderung der Statuten der CDU-Bundespartei, die die Einführung eines Quorums vorsah, wurde 1996 auf dem Bundesparteitag in Hannover verabschiedet. § 15 sieht die „Gleichstellung von Männern und Frauen“ vor. Vgl. 8. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Hannover, 21./22. Oktober 1996. Hg. von der Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn o. J., S. 262f. – Die Verabschiedung der Statutenänderung war im Jahr zuvor auf dem Karlsruher Bundesparteitag an fünf fehlenden Stimmen gescheitert.

103 Vgl. Helga Wex: Frauen. Die Mehrheit als politische Minderheit, in: Geißler: Männergesellschaft, S. 134–145, hier S. 136.

Gleichstellung folgen zu lassen, zurückzulegen sei, denn Parteien seien immer noch „Männerparteien“.¹⁰⁴ Auch in ihrer eigenen Partei sah sie ganz konkreten Nachholbedarf: „Außerdem müssen CDU-Politiker in Führungspositionen ein größeres Verantwortungsgefühl für die Gleichstellung der Frau entwickeln.“¹⁰⁵

Die politische Umsetzung¹⁰⁶ einiger ihrer Forderungen – wie etwa das Bundeserziehungsgeld oder die Anerkennung von Erziehungszeiten für die Rentenberechnung – durfte Helga Wex noch erleben, bevor sie ihrem schweren Krebsleiden am 9. Januar 1986 erlag.

Helga Wex war, um mit den Worten von Maria Böhmer zu sprechen, eine „Wegbereiterin“¹⁰⁷, die dem berechtigten Anliegen der Frauen nach tatsächlicher Gleichstellung in ihrer Partei Gehör verschaffte.

Sie war in der Lage, politische Visionen zu entwickeln und diese auch beharrlich zu verfolgen. Die von ihr entwickelten Konzepte von „Partnerschaft“ und „Wahlfreiheit“ bestimmten ihr Handeln. Immer wieder ging sie gegen Klischees und Vorurteile in der eigenen Partei energisch vor, um eine Bewusstseinsänderung herbeizuführen und gegen die Einschätzung gerade junger Frauen, die CDU propagiere das Idealbild vom „Heimchen am Herd“, anzugehen.¹⁰⁸ Für sie galt als Handlungsmaxime: „Es geht nicht darum, *für* Frauen Politik zu machen, sondern *mit* Frauen.“¹⁰⁹ Die engagierte „Streiterin für Frauenfragen“¹¹⁰ in der CDU wollte unter keinen Umständen eine „Alibi-Frau“ in ihrer Partei sein – und war es zu Beginn ihrer Tätigkeit auf der Bundesebene doch. Ihre Berufung in das Präsidium der CDU 1969 hatte sie genau der Tatsache zu verdanken, dass eine Frau im Gremium gebraucht wurde.

104 Ebd., S. 136.

105 Ebd., S. 144.

106 Vgl. dazu Ursula Münch: Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Maßnahmen, Defizite, Organisation familienpolitischer Staatstätigkeit. Freiburg/Breisgau 1990.

107 Vgl. Maria Böhmer: Keine Wegbeschreiterin ohne Wegbereiterin. Frauen kämpfen für Gleichberechtigung und Demokratie, in: Rita Süßmuth (Hg.): Mut zur Macht in Frauenhand. Herford 2001, S. 36–54, hier S. 36.

108 Rita Süßmuth zieht Jahre später das Resümee: „Frauenpolitik gehörte und gehört nicht zu den traditionellen Stärken der CDU.“ Als wesentlichen Impulsgeber sieht sie die Frauenvereinigung bzw. die Frauen-Union. Vgl. Rita Süßmuth: Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Meine Erfahrungen in der Politik. 2. Aufl. Düsseldorf 2000, S. 141.

109 Vgl. dazu Helga Wex: Frauen und CDU – Thesen zur aktuellen Situation der CDU in ihrem Verhältnis zu jüngeren Frauen: Abdruck in: Der Beitrag der Frauen in der CDU zur Politik für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau, S. 248 [Hervorhebung im Original].

110 Frankfurter Rundschau, 11. Januar 1986.

Im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns aber standen die Familie, um deren Erhalt sie sich sorgte, und das Kindeswohl. Ihr war an einer Aufwertung der Familienarbeit sowie an einer besseren sozialen Absicherung der nicht-berufstätigen Frauen gelegen. Wichtig war ihr aber auch, Frauen die Möglichkeit zu geben, Kleinkinder zuhause betreuen zu können und ihnen im Anschluss an die Erziehungszeiten eine Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen. Frauen sollte die Chance gegeben werden, sich für Familie und Beruf entscheiden zu können. Helga Wex wollte niemandem einen Lebensentwurf aufzwingen. Am Herzen lag ihr eine Stärkung der Partnerschaft innerhalb der Familie sowie eine partnerschaftliche Verteilung der häuslichen Aufgaben, die Frauen eine Berufstätigkeit erleichtern sollten. Dies setzte eine veränderte Einstellung voraus. Diesen Umdenkungsprozess einzuleiten, war das Anliegen von Helga Wex, denn für sie war die Verwirklichung der Gleichberechtigung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Viele der von ihr schon in den 1970er Jahren artikulierten Themen wie neue Arbeitszeitmodelle, Erziehungsurlaub, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder soziale Sicherung der Frau haben ihre Gültigkeit bis heute nicht verloren.



Wahlplakat zur Bundestagswahl 1972 (ACDP Plakatsammlung).



Auf dem 33. Bundesparteitag 1985 in Essen (ACDP Bildarchiv).

AUS DEM ACDP

**20 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit:
Die wichtigsten Neuerscheinungen der Gedenkjahre
2009 und 2010**

Manfred Agethen

Bis zu den großen Gedenkjahren 2009 und 2010, die eine Flut von Dokumentationen, von Forschungs- und Erinnerungsliteratur anlässlich der zwanzigsten Wiederkehr der Friedlichen Revolution in der DDR und der aus ihr sich ergebenden deutschen Einheit erwarten ließen, gab es noch keinen Versuch, diese beiden Vorgänge – oder doch besser: diesen einen Vorgang, weil doch beide unlösbar miteinander verbunden sind – in eine überzeugende, alle wesentlich beteiligten Komponenten integrierende Gesamtdarstellung zu fassen. Bei dieser Feststellung können wir von der Arbeit von Ehrhart Neubert absehen: Sie erschien zwar schon 2008, gehört aber fraglos in den Zusammenhang der Gedenk- und Jubiläumsliteratur der Jahre 2009/2010.¹

Neuberts Werk bildete den Auftakt zu einer Reihe beachtlicher und voluminöser Gesamtdarstellungen, die sehr rasch zu Standardwerken avancierten und deren wichtigste im Folgenden vorgestellt werden sollen. Natürlich tragen sie alle eine je eigene Handschrift, doch fördern sie keineswegs nur Neues, nur Originelles oder nur Spezifisches zutage, wollen vielmehr im klassisch Ranke'schen Sinn zunächst einmal nur „erzählen“², wie es eigentlich gewesen ist. Das ist bei so komplexen Vorgängen wie der Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung schwierig und insofern Anspruch genug. Zwangsläufig führt aber der über weite Strecken ereignisgeschichtliche Zugriff dazu, dass sich für den Rezipienten vieles wiederholt, zumal es nach 20 Jahren reger Forschungstätigkeit durchaus einen gesicherten Grundbestand an Wissen über Voraussetzungen, Ursachen, Anlässe, Ereignisse, Abläufe, Höhepunkte, Personal, Träger, Kräfte und Gegenkräfte, Schwierigkeiten und Erfolge der Umwälzungsprozesse vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 gibt.

Wir wollen also zuerst einen zusammenfassenden Blick auf den gesicherten Wissensbestand zu Friedlicher Revolution und deutscher Einheit werfen, der in allen hier zu besprechenden Werken mehr oder minder gleich oder ähn-

1 Ehrhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008 (2. Aufl. 2009).

2 So z. B. Wolfgang Schuller: Die deutsche Revolution 1989. Berlin 2009, S. 280.

lich referiert wird – weshalb auf Einzelbelege zum Teil verzichtet werden kann –, bevor wir uns den einzelnen Autoren und ihrem spezifischen Profil zuwenden:

Entscheidend für Aufbruchstimmung, Handlungsbereitschaft und Wagemut der Menschen in der DDR waren die Reformen des im April 1985 als Generalsekretär der KPdSU installierten Michael Gorbatschow, die an die Begriffe „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestroika“ (Umgestaltung) geknüpft sind.³ Gorbatschow verband seine Reformpolitik, die im Innern vor allem auf Zulassung demokratischer und marktwirtschaftlicher Elemente zielte und außenpolitisch auf Entspannung und Abrüstung ging, mit dem Willen zur Selbstbeschränkung der Sowjetunion im Blick auf Dominanz und Anleitung gegenüber ihren Satellitenstaaten, wie er in einer Rede vor den Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 bekundete.⁴ Dieser neue Kurs wird deutlich formuliert im Kommuniqué des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Warschauer Pakt-Staaten vom 7./8. Juli 1989 in Bukarest, wo es hieß, dass „jedes Volk selbst das Schicksal seines Landes bestimmt und das Recht hat, selbst das gesellschaftspolitische und ökonomische System, die staatliche Ordnung, die es für sich als geeignet betrachtet, zu wählen“.⁵

Gorbatschows Reformpolitik war sowohl Folge als auch Ausgangspunkt von Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen in den „Volksrepubliken“ des Ostblocks, die sich – nach wichtigen Zwischenstationen wie dem Juniaufstand 1953 in der DDR, dem Ungarnaufstand 1956, dem „Prager Frühling“ 1968 und zuletzt mit der Solidarność-Bewegung in Polen 1980/81 – gegen Ende der 1980er Jahre verstärkten und 1989 zum Durchbruch der Demokratie führten.⁶ Auch in der DDR wurden Krisen- und Aufbruchstimmung seit Mitte der 1980er Jahre deutlich erkennbar. Anfang 1986 bildete sich mit der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ die erste organisiert arbeitende Bürgerrechtsgruppe; sie war am Vorbild der tschechoslowakischen „Charta 77“ orientiert. Das war der Beginn einer oppositionellen Bürgerrechtsbewegung mit einer allerdings noch verschwindend geringen Mitgliederzahl. In der vor allem auf Demokratie und Pluralismus gerichteten Oppositionsbewegung dominierten Vorstellungen von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, also von einem verbesserten, demokratisch orientierten Sozialismus in der DDR. An eine Übernahme

3 Neueste Gorbatschow-Biographie, die bis zu seinem Rückzug vom Amt des Staatspräsidenten im Dezember 1991 reicht: György Dalos: Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biographie. Deutsche Bearbeitung von Elsbeth Zylla. München 2011.

4 Die Rede ist abgedruckt in: Europa-Archiv 44 (1989), D 23–37, v. a. 26f.

5 Abdruck des Kommuniqués in: Archiv der Gegenwart 59 (1989), S. 33518–33520, Zitat S. 33520.

6 Vgl. dazu Manfred Agethen/Günter Buchstab (Hg.): Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock. Freiburg/Breisgau 2003.

der westlich-marktwirtschaftlichen Lebensform oder gar an eine Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland war nicht gedacht. Offenbar war den Oppositionellen kaum bewusst, dass es in der schweigenden Bevölkerung einen starken Wunsch nach Wiedervereinigung gab.

Zu einer ersten ‚konzertierten Aktion‘ der sozial und ideologisch heterogenen Gruppen der oppositionellen Bürgerbewegung kam es im Zusammenhang der Kommunalwahl in der DDR vom 7. Mai 1989. Nachdem in Polen und Ungarn bereits (halb-)freie Wahlen stattgefunden hatten, griffen bei dieser Wahl erstmals Bürgerrechtler in der DDR aktiv in den politischen Prozess ein. Mit der Überwachung der Wahllokale, der Kontrolle der Stimmenauszählung und dem anschließenden Nachweis der Manipulation und Fälschung läuteten sie den Anfang vom Ende der DDR ein.

Vom Nachweis des Wahlbetrugs im Mai 1989 führte ein direkter Weg zu den großen Herbstdemonstrationen und damit zum Mauerfall und zum Sturz der SED. Die hohe Bedeutung freier Wahlen im revolutionären Prozess kommt etwa darin zum Ausdruck, dass der Zentrale Runde Tisch in Berlin gleich in seiner ersten Sitzung als Kern seines Selbstverständnisses bekundete, seine „Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen“⁷ – gleichsam der ‚Ballhauschwur‘ der Friedlichen Revolution von 1989. Tausende DDR-Bürger kehrten im Sommer 1989 ihrem Staat den Rücken und flohen über Ungarn und Österreich oder über die bundesdeutschen Botschaften in Prag und in Warschau in den freien Teil Deutschlands, wobei die Enttäuschung über den Wahlbetrug für viele den letzten Anstoß gegeben haben mag.

Die Flucht- und Ausreisebewegung, diese ‚Abstimmung mit den Füßen‘, war wohl die stärkste Bedrängnis für die SED in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. 1987 warteten ca. 100.000 DDR-Bürger trotz vieler Schikanen auf ihre Ausreise. Dazu gab es weitere Krisenzeichen: Infrastruktur, Versorgungslage und medizinische Betreuung waren desaströs. Die Umweltbelastung nahm unerträgliche Ausmaße an. Die Wohnungsnot war trotz der massenweise errichteten Plattenbausiedlungen nicht zu beheben. Die Reisebeschränkungen drückten bei einer immer offener und globaler werdenden Welt die Bürger immer mehr.

Besonders dramatisch war die wirtschaftliche Lage: 1988 legte Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, ein Papier vor, das zwingend gegen eine weitere Staatsverschuldung und für Einschränkungen

7 Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. 5 Bde. Bearb., mit einem einleitenden Essay versehen und hg. von Uwe Thaysen. Wiesbaden 2000, hier: Bd. 1: Aufbruch, S. 62.

bei den Sozialausgaben plädierte, was auf eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent hinauslief. Bei fortgesetzter Neuverschuldung sei die DDR 1991 zahlungsunfähig.⁸ Schürer wies darauf hin, dass die DDR jetzt bereits weitestgehend von kapitalistischen Geldgebern abhängig sei. Eine an Marktbedingungen orientierte Reform der Planwirtschaft sei unumgänglich. Als nach Honeckers Abgang der neue Staatsratsvorsitzende Egon Krenz die dramatische Lage Gorbatschow im Kreml vortrug, konnte man ihm dort nicht helfen, weil es der Sowjetunion noch viel schlechter ging.⁹

Bei alledem erstarkten 1988/89 die oppositionellen Kräfte in der DDR immer mehr. Sie fanden sich vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirchen zusammen. Die Kirchen waren die einzigen Großinstitutionen, die sich dem Absolutheits- und Omnipräsenzanspruch des Staates hatten widersetzen und sich Freiräume für autonomes Reden und Handeln hatten erhalten können. Dabei blieben sie staatsloyal, wurden aber trotzdem intensiv vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) observiert und unterwandert. Insbesondere in den evangelischen Kirchen war infolge des KSZE-Prozesses eine verstärkte Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzarbeit erkennbar. Im „Konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ kamen seit 1988 führende Vertreter der Amtskirchen und Teile der Oppositionsgruppen zusammen. Es gab über 200 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, die zahlreiche Verbindungen untereinander hatten. Trotz Stör- und Zerschlagungsversuchen durch die Stasi konnten sie sich behaupten. Sie pochten gegenüber der SED auf offiziell verfassungsmäßig garantierte Rechte, vor allem auf das der freien Meinungsäußerung. Die katholische Kirche lehnte das kommunistische SED-System grundsätzlich ab, vermied es aber, sich öffentlich in politische Angelegenheiten zu mischen und verblieb im Ghetto.

Im Spätsommer 1989 lösten insbesondere die Fluchtwellen über die ungarische Grenze nach Österreich und in die bundesdeutschen Botschaften nach Prag und Warschau die Gründung neuer Oppositionsgruppen und Parteien aus. Das „Neue Forum“, die „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“, der

8 Gerhard Schürer u. a.: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen. Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der DDR, 30. Oktober 1989, in: Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. 2. Aufl. Opladen 1999, Dokumentenanhang S. 448–462.

9 Das Gespräch Gorbatschows mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz vom 1. November 1989 ist abgedruckt in: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986-1991. Deutsche Ausgabe hg. von Helmut Altrichter/Horst Möller/Jürgen Zarusky. Kommentiert von Andreas Hilger. Aus dem Russischen übertragen von Joachim Glaubitz (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 83). München 2011, S. 213–227, Dok. Nr. 52.

„Demokratische Aufbruch“ und eine sozialdemokratische Partei, die SPD (anfangs SDP), wurden trotz starker Stasi-Behinderung gegründet. Sie alle forderten „uneingeschränkte Grundrechte“ und das Ende der SED-Herrschaft. Auch die Kirchen meldeten sich jetzt immer vernehmlicher kritisch zu Wort. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen vom 15.–19. September 1989 in Eisenach forderte eine „pluralistische Medienpolitik“, „demokratische Parteienvielfalt“, „Reisefreiheit für alle Bürger“, „wirtschaftliche Reformen“ und die Möglichkeit zu friedlichen Demonstrationen.

Diese gingen vor allem von den wöchentlichen Friedensgebeten des Pfarrers Christian Führer in der Leipziger Nikolaikirche aus. Trotz des brutalen Vorgehens der Sicherheitskräfte gegen die aus den Kirchen kommenden friedlichen Demonstranten wurden die Gebete nicht abgesetzt. Sie mündeten schließlich in die DDR-weiten Montagsdemonstrationen; diese brachten in Leipzig, Dresden und Berlin zigtausend Menschen zu gewaltfreiem Protest auf die Straße. Entscheidend wurde die Montagsdemonstration mit 70.000 Menschen in Leipzig am 9. Oktober 1989, weil sie zeigte, dass die Staatsmacht keine Panzer und Schusswaffen einsetzte, obwohl 6.000 Mann dazu bereitstanden. Die zentralen Losungen der Demonstranten waren „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt!“ Am Montag darauf demonstrierten dann in Leipzig schon 120.000 Menschen. Auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin waren am 4. November mindestens 500.000 Menschen versammelt. Sie demonstrierten für Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit und für freie Wahlen. Der ehemalige DDR-Spionagechef Markus Wolf und SED-Politbüro-Mitglied Günter Schabowski¹⁰, die – wie bislang auch die oppositionellen Kräfte der Bürgerbewegung – für einen reformierten Sozialismus warben, wurden dabei niedergeschrien. Die Menschen auf der Straße wollten nicht mehr nur Reformen, sie wollten eine Revolution: das Ende der SED, das Ende der DDR und schließlich die deutsche Einheit. Inzwischen waren ihnen auch die dramatischen Zahlen aus dem Schürer-Bericht bekannt. Krenz sah nach der Abfuhr durch Gorbatschow keinen Ausweg mehr, als über den SED-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski in Bonn um einen 13-Milliarden-Kredit zu bitten. Bundeskanzler Kohl war dazu generell bereit, stellte aber klare Bedingungen, deren Erfüllung den SED-Staat in seiner Substanz verändern,

10 Schabowski nahm als einziger SED-offizieller Redner an der Veranstaltung teil. Auch er hat sich übrigens mit einem Erinnerungsbuch an dem Gedenkreigen des Jahres 2009 beteiligt: Günter Schabowski (im Gespräch mit Frank Sieren): Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR. Berlin 2009; zu der Alexanderplatz-Veranstaltung S. 22–27. Der Buchtitel weist zugleich auf das hin, was Schabowski auszeichnet: Er ist der einzige SED-Spitzenmann, der öffentlich mit seiner Vergangenheit gebrochen und sich deutlich zu seiner Mitverantwortung und moralischen Schuld bekannt hat.

wenn nicht sogar abschaffen müssten: „Die SED muß auf ihr Machtmonopol verzichten, muß unabhängige Parteien zulassen und freie Wahlen verbindlich zusichern.“¹¹ Dazu verlangte er eine grundlegende Reform des gesamten Wirtschaftssystems und den Abbau des bürokratischen Planwirtschaftssystems zugunsten einer marktwirtschaftlichen Ordnung, weil sonst die Milliardenhilfe sowieso vergeblich bleiben würde.

Bevor Egon Krenz diese Forderungen bei der ZK-Tagung vom 8.–10. November vortragen konnte, kam es zum Fall der Mauer. Die Vorgänge vom 9. November sind hinreichend bekannt, so dass ich sie hier übergehen kann.¹² Festzuhalten bleibt aber, dass zu den eindrucksvollsten Bildern der Nacht des 9. November die Besetzung der Mauer am Brandenburger Tor durch die Berliner von beiden Seiten gehört. Im Deutschen Bundestag sangen die Abgeordneten aller Parteien, außer den Grünen, tiefbewegt die Nationalhymne. Bundeskanzler Kohl unterbrach seinen Besuch in Polen, um am nächsten Tag in Berlin sein zu können.

Ob der Mauerfall zum Ende der DDR oder gar zur Wiedervereinigung führen würde, war nicht von Anfang an klar. Aber bei den fortdauernden Demonstrationen wurde jetzt die Losung „Wir sind das Volk!“ durch „Wir sind ein Volk!“ ersetzt. Die Menschen demonstrierten gegen die SED, gegen die Regierung, gegen das MfS, für freie Wahlen und immer energischer auch für die Einheit Deutschlands.

Darauf zielte letztlich auch das von Bundeskanzler Kohl am 28. November im Deutschen Bundestag vorgelegte „Zehn-Punkte-Programm“ zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas ab. Das Angebot finanzieller Hilfen an die DDR wurde erneuert, falls es zu einem „grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems“ käme. Über die Zwischenstufen einer Vertragsgemeinschaft und „konföderativer Strukturen“, also einer bundesstaatlichen Ordnung der beiden deutschen Staaten, soll-

11 So Kohl in seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ vor dem Deutschen Bundestag am 8. November 1989, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 151, Plenarprotokolle 11/173–11/186, 8. November 1989–15. Dezember 1989, S. 13010–13018, Zitat S. 13016.

12 Im Zuge des Gedenkens an den Umbruch in der DDR sind auch zahlreiche neue Titel zum Thema Mauerbau und Mauerfall erschienen. Besonders hervorgehoben seien: Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Die Mauer. Errichtung, Überwindung, Erinnerung, München 2011; Hans-Hermann Hertle: Die Berliner Mauer//The Berlin Wall, Monument des Kalten Krieges//Monument of the Cold War. 4. korrigierte Aufl. Bonn 2009; Hope M. Harrison: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach. Aus dem Amerikanischen von Klaus-Dieter Schmidt. Berlin 2011 (Originalausgabe Princeton 2003); Frederick Taylor: Die Mauer. 13. August 1961 bis 9. November 1989. Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt. München 2009 (Originalausgabe London 2006); Edgar Wolfrum: Die Mauer. Geschichte einer Teilung. München 2009.

te es schließlich dazu kommen, dass „das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.“¹³ Man dachte dabei an einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren. DDR-Ministerpräsident Hans Modrow hatte in seiner Regierungserklärung vom 17. November von einer „Verantwortungsgemeinschaft beider deutscher Staaten“ gesprochen, die nach und nach in eine „Vertragsgemeinschaft“ überführt werden sollte.¹⁴

Freie Selbstbestimmung konnte nur „freie Wahlen“ bedeuten. Bis es dazu kam, dauerte es nicht lange: Am 13. November tagte erstmals nach langer Pause wieder die Volkskammer und wählte Hans Modrow als Nachfolger von Willi Stoph zum Ministerpräsidenten. An Modrows Regierung waren auch die kleineren Blockparteien mit mehreren Ministern beteiligt. Am 1. Dezember strich die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung. Bis Ende November verlor die ursprünglich 2,3 Millionen Mitglieder starke Partei ein Viertel ihres Bestandes. Am 3. Dezember lösten sich ZK und Politbüro der Partei auf. Seit dem 4. Dezember besetzten oppositionelle Akteure der Bürgerbewegung die Stasi-Gebäude, am 15. Januar 1990 stürmten Oppositionelle im Beisein von 100.000 Demonstranten die Stasi-Zentrale in der Normannenstraße in Berlin.

Am 7. Dezember hatte in Berlin erstmals der Zentrale Runde Tisch mit Vertretern der Bürgerbewegung, der Parteien, der Regierung und der Kirchen getagt. Er verstand sich als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in der DDR, und er wollte seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortsetzen. Er bekundete dies im Rahmen einer nach langer Diskussion schließlich gefundenen Definition seines Selbstverständnisses, in der es hieß, man treffe sich „aus tiefer Sorge um unser in eine Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung“.¹⁵ War es tatsächlich die „Eigenständigkeit und ... dauerhafte Entwicklung“ der DDR, also letztlich eine Reform des sozialistischen Modells, was die Menschen in der DDR und vor allem die späteren Wähler der Volkskammer vom Runden Tisch erwarteten?¹⁶ Als Bundeskanzler Kohl am 19. Dezember Dresden besuchte, um mit Modrow über finanzielle Hilfen und eine Vertragsgemeinschaft zu verhandeln, schallten ihm vor unzähligen schwarz-rot-goldenen Fahnen 100.000-fach die Rufe „Wir sind *ein* Volk!“ und „Deutschland! Deutschland!“

13 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 151, Plenarprotokolle 11/173-11/186, 8. November 1989–15. Dezember 1989, S. 13510–13513.

14 Abdruck der Regierungserklärung in: Protokolle der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. WP, 12. Tagung, 17. und 18. November 1989, S. 272–281, Zitate S. 281.

15 Der Zentrale Runde Tisch der DDR, Bd. 1, S. 62.

16 Vgl. Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990, S. 50f.

entgegen. Kohl bekundete: „Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation“. Und er schrieb an Gorbatschow: „Die Menschen selbst haben die Deutsche Frage auf die Tagesordnung gesetzt!“¹⁷

Auch nach dem Mauerfall gingen die Massendemonstrationen weiter und der Übersiedlerstrom hielt an – im Dezember/Januar 1989/90 verließen täglich 1.000 Menschen die DDR. Durch die massenhaften Aktenvernichtungsaktionen in den verhassten Stasi-Zentralen und durch Modrows Versuch, die Strukturen des MfS im Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zu konservieren, waren sie zusätzlich aufgebracht. Bei der Montagsdemonstration in Leipzig am 22. Januar 1990 hieß die Losung: „Es wird langsam zur Qual – wir brauchen im März die Wahl!“ Tatsächlich war der rasche Autoritätsverfall der Regierung Modrow offensichtlich. Auch seine am 5. Februar installierte „Regierung der nationalen Verantwortung“, der acht Minister ohne Geschäftsbereich aus der Opposition angehörten, brachte keine Hilfe mehr.

So wurde der gleich bei der ersten Sitzung des Runden Tisches am 7. Dezember auf den 6. Mai festgelegte Termin für die Volkskammerwahl am 28. Januar auf den 18. März vorgezogen. Es blieben somit nur sieben Wochen Zeit für den Wahlkampf. Dieser war stark westlich geprägt. Alle Parteien wurden durch Redner, Berater und materielle Hilfen aus der Bundesrepublik massiv unterstützt – die SPD von den Altkanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, das Wahlbündnis der Liberalen von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der aus Halle stammte, die Allianz für Deutschland von Bundeskanzler Kohl, der die größte Anziehungskraft ausübte. 24 Parteien bzw. Wahlbündnisse standen zur Wahl. Allen war an einem friedlichen Übergang zur Demokratie gelegen, alle Parteien und die meisten Gruppierungen traten mehr oder weniger entschieden für die deutsche Einheit ein – auch die PDS. Auch die große Masse der Bevölkerung wünschte zu diesem Zeitpunkt keine ‚andere DDR‘, sondern die rasche Einheit Deutschlands.

Insofern war es nicht wirklich erstaunlich, dass aus der Wahl diejenigen Kräfte als klare Sieger hervorgingen, die sich am entschiedensten zur parlamentarischen Demokratie, zur raschen Herstellung der Einheit, zur Sozialen Marktwirtschaft und zur sofortigen Einführung der D-Mark bekannten. Diese waren im Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ (AfD) zusammengeschlossen. Das Bündnis aus eher konservativen, in der rechten Mitte des Parteienspektrums angesiedelten Kräften war am 5. Februar 1990 auf

17 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90; bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann (Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit 1989/90 – Sonderedition). München 1998, S. 645–650, Dok. Nr. 123: Bundeskanzler Kohl an Generalsekretär Gorbatschow, Bonn 14. Dezember 1989, Zitat S. 646.

Initiative und im Beisein von Bundeskanzler Kohl in Berlin geschmiedet worden. Es setzte sich zusammen aus der DDR-CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Lothar de Maizière, der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA). Gegen ein ‚Zusammengehen‘ mit der ehemaligen Blockpartei CDU hatten sich Kohl und sein Generalsekretär Volker Rühle lange gesperrt.¹⁸ Sie hatten sich schließlich doch dazu durchringen können, weil die Ost-CDU sich bei einem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 in Berlin organisatorisch, programmatisch und personell erneuert, ihre Mitschuld an den Fehlentwicklungen und Deformationen in der DDR bekannt und den Sozialismus als „leere Hülse“, so Lothar de Maizière in seinem Parteitageferat, abgetan hatte. Der besonders SED-getreue Parteichef Gerald Götting war auf massiven Druck von Mitgliedern der Basis bereits am 2. November zurückgetreten. Für eine Unterstützung der Ost-CDU sprach auch, dass sie auf Drängen der West-CDU Ende Januar 1990 aus der Modrow-Regierung ausgetreten war und dass sie in der Allianz für Deutschland mit unbelasteten Kräften aus der Bürgerbewegung verbunden war. Sie verfügte überdies über eine intakte Infrastruktur und einen eingespielten Parteiapparat – mit Zeitungen, Buchverlagen, Büros und Immobilien. Und schließlich konnte man bei dieser Partei, zu der es allerdings bislang kaum Kontakte gegeben hatte, einen gemeinsamen Fundus christlich orientierter Grundwerte vermuten.

Die DSU hatte sich unter dem Leipziger Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling nach dem Umsturz in der DDR als letzte unter den Oppositionsbewegungen formiert und sich erst am 20. Januar als Partei gegründet. Sie orientierte sich nach dem klassischen Motto „Freiheit statt Sozialismus“ klar an der bayerischen CSU und hatte ihren Schwerpunkt in der südlichen DDR.

Der Demokratische Aufbruch unter der Führung des Rechtsanwalts Wolfgang Schnur und des Berliner Pfarrers Rainer Eppelmann war als eine der führenden Oppositionsgruppen aus der Bürgerbewegung hervorgegangen und hatte sich Mitte Dezember in Leipzig als förmliche Partei konstituiert. Er setzte sich entschieden für die deutsche Einheit ein und warb mit marktwirtschaftlichen, antisozialistischen Positionen. Er lehnte sich eng an die West-CDU an, in der er später, nach einem ‚Umweg‘ über eine Fusion mit der Ost-CDU, aufging.

Die Beteiligung an der Volkskammerwahl lag mit 93,4 Prozent unerwartet hoch. Die Allianz für Deutschland erreichte 48,0 Prozent der Stimmen, von denen allein 40,8 Prozent auf die CDU entfielen; das entsprach 163 Abgeordnetenmandaten von 400. Der DA erzielte nur 0,9 Prozent – nicht zuletzt wohl eine Folge davon, dass sein Vorsitzender Wolfgang Schnur vier

18 Vgl. den Beitrag von Hanns Jürgen Küsters in diesem Band.

Tage vor der Wahl als Stasi-Spitzel enttarnt wurde. Dabei hatte Schnur sogar auf einen eigenen Wahlsieg des DA gehofft und sich bereits als künftigen Ministerpräsidenten der DDR gesehen. Bemerkenswert war das schlechte Abschneiden der in der DDR neu gegründeten SPD (ursprünglich SDP); sie erzielte nur knapp 22 Prozent der Stimmen, obwohl auch sie, wie nahezu alle beteiligten Parteien und Bündnisse, starke Unterstützung von der westlichen Schwesterpartei erfahren hatte und obwohl die Meinungsforscher ihr einen klaren Wahlsieg bis hin zur absoluten Mehrheit prophezeit hatten. Aber die junge Partei war personell und organisatorisch noch ungefestigt. Außerdem blieb die zur PDS (ursprünglich SED/PDS) umgetaufte SED mit 16,3 Prozent immer noch recht stark, auch wenn ihr die Mitglieder scharenweise davonliefen. Und schließlich schadete der entschieden vereinigungsorientierten DDR-SPD wohl auch die Tatsache, dass die SPD im Westen hinsichtlich der Wiedervereinigung uneinig war. Auf der einen Seite stand der in der DDR beliebte Willy Brandt, der schon nach dem Mauerfall gesagt hatte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“¹⁹ und der damit offenbar sein früheres Votum, „die Hoffnung auf Wiedervereinigung [sei] geradezu zur Lebenslüge der Zweiten Deutschen Republik“ geworden²⁰, vergessen machen wollte. Auf der anderen aber der vereinigungsskeptische Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine. Er absolvierte nur drei Wahlkampfauftritte in der DDR und ließ dabei eine spürbare Distanz zur Ost-SPD erkennen. Allerdings trat auch die Ost-SPD mehrheitlich nicht für eine *rasche* Wiedervereinigung ein.²¹ Vielmehr sollte diese im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses und über den Artikel 146 GG erfolgen, d. h. über die (womöglich langwierige) von Ost und West gemeinsam erarbeitete und gebilligte Verfassung. Übrigens erging es dem Vorsitzenden der Ost-SPD, Ibrahim Böhme, ähnlich wie Wolfgang Schnur vom DA: Wenige Tage nach der Wahl musste er wegen Stasi-Vorwürfen zurücktreten.

Die oppositionellen Gruppen der Bürgerbewegung, die als erste auf die Straße gegangen waren, schnitten unerwartet schlecht ab: Das Bündnis '90 aus Demokratie Jetzt, Neuem Forum und Initiative Freiheit und Menschenrechte

19 Laut dpa-Meldung Nr. 250 vom 10. November 1989 verwendete Brandt die Worte am selben Tag in Berlin. Er bestätigte und wiederholte sie wörtlich in der ZDF-Fernsehsendung „Kennzeichen D“ am 6. Dezember 1989, wobei er erläuterte, er habe sie zugleich auf Deutschland und Europa bezogen.

20 So Brandt am 14. September 1988 anlässlich der Eröffnung einer Veranstaltungsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zum Grundgesetz. Auszugsweiser Abdruck der Rede in: Frankfurter Rundschau, 15. September 1988.

21 „Erklärung der SDP zur deutschen Frage“, Berlin, 3. Dezember 1989, in: Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren. Hg. von Eberhard Kuhrt, in Verbindung mit Hansjörg F. Buck und Gunter Holzweißig. Bd. 3: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 683f.

bekam nur 2,9 Prozent der Stimmen, ihrem ursprünglichen und z. T. auch noch beibehaltenen Ziel einer sozialistisch erneuerten, eigenständigen DDR erteilten die Wähler eine klare Absage. Die zersplitterten liberalen Gruppierungen einschließlich der alten Blockpartei LDP hatten sich ebenfalls zusammengeschlossen; sie nannten sich „Bund Freier Demokraten“ und erhielten 5,3 Prozent – gemeinsam noch weniger als die DSU mit 6,3 Prozent.

Die erste und letzte freie Volkskammerwahl war die entscheidende Nahtstelle des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie in der DDR. Sie setzte als „Revolution an der Wahlurne“²² die Revolution auf der Straße fort und besiegelte nach dem Machtverlust der SED nach der Freiheits- auch die Einheitsrevolution. Denn es setzten sich eindeutig die politischen Kräfte durch, die entschieden für die Abwicklung des eigenen Staates und den raschen Beitritt zur Bundesrepublik eintraten – dies war der dezidierte Auftrag an die Wahlsieger. Die Kommunalwahlen in der DDR am 6. Mai 1990 bestätigten weitgehend das politische Kräfteverhältnis der Märzwahl.

Nach der Wahl bildete die Allianz für Deutschland zusammen mit den Sozialdemokraten und den Liberalen eine Koalitionsregierung unter dem CDU-Vorsitzenden und großen Wahlsieger Lothar de Maizière; er wurde am 12. April 1990 von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten gewählt. Der am 2. März 1940 in Nordhausen als Sohn eines Rechtsanwalts französischer Abstammung geborene de Maizière war seit 1954 Mitglied der DDR-CDU, ohne dort jemals ein Amt bekleidet zu haben. Nachdem er eine Musikerkarriere aufgrund einer Erkrankung aufgeben musste, wandte er sich dem Rechtsanwaltsberuf zu. Insbesondere engagierte er sich dabei für DDR-Bürger, die mit dem SED-Regime in Konflikt geraten waren. Von 1985 bis 1990 gehörte er der Synode des Bundes der Evangelischen Kirche der DDR an.

De Maizière sah zusammen mit seinen Koalitionspartnern in konsequenter Umsetzung des Volkskammerwahlergebnisses das Hauptziel seiner Regierung in der möglichst raschen und zugleich geordneten Herstellung der deutschen Einheit. Als am 1. Juli 1990 die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft trat und die D-Mark in der DDR Einzug hielt, war dieses Ziel nahezu schon erreicht. Und nachdem bereits im Februar sowohl die USA als auch die Sowjetunion, also die wichtigsten Mächte unter den alliierten Siegern des Zweiten Weltkrieges, ihre Zustimmung zu einer deutschen Wiedervereinigung signalisiert hatten, waren auch auf internationaler Ebene bedeutende erste Schritte zu diesem Ziel getan. Überdies hatte Gorbatschow bei einem Treffen

22 Hans-Michael Kloth: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“ (Forschungen zur DDR-Gesellschaft). Berlin 2000, S. 722.

mit Helmut Kohl im Kaukasus im Juli 1990 in der wichtigen Frage nach der zukünftigen Struktur der NATO nachgegeben und den Verbleib auch eines wiedervereinigten Deutschland in der NATO zugestanden.

Am 23. August 1990 beschloss die Volkskammer, die in diesen Monaten nach der Wahl ein unglaubliches Pensum – und dies mit zumeist jungen, politisch unerfahrenen Kräften – erledigte, mit überwältigender Mehrheit den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 GG zum 3. Oktober. Es wurden 294 Stimmen für den Beitritt, 62 dagegen und sieben Enthaltungen abgegeben. Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ vom 31. August 1990, kurz „Einigungsvertrag“ genannt, und der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990, kurz „2+4-Vertrag“ genannt, mit dem die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes anerkannten und ihm die volle Souveränität zugestanden, schufen national wie international die vertraglichen Grundlagen zur Herstellung der deutschen Einheit. Sie wurde am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vollzogen.

Dass die Menschen in der DDR ihr in der Freiheitsrevolution neu erworbenes Selbstbestimmungsrecht eindeutig im Sinne einer raschen Wiedervereinigung ausübten, war natürlich primär ihr eigenes Verdienst. Aber es war auch, wie der „Spiegel“ damals titelte, „Kohls Triumph“.²³ Der Bundeskanzler hat die Gunst der historischen Stunde genutzt und die untergehende DDR in die Einheit der deutschen Nation überführt. Er musste dies tun, denn gemäß der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik war das Bemühen um die Wiedervereinigung Verfassungsauftrag. Als „Kanzler der Einheit“ ist er in die Geschichte eingegangen.

Bevor wir uns nun den einzelnen vorzustellenden Arbeiten widmen, sei noch kurz zumindest bibliographisch auf einige wichtige Titel aus den fraglichen Gedenkjahren hingewiesen, die hier aus Platz- und Zeitgründen keine Berücksichtigung mehr finden konnten: Hier sind zunächst einige, meist aus einschlägigen Tagungen hervorgegangene Sammelbände zu nennen.²⁴ In

23 Vgl. Spiegel, Nr. 12, 19. März 1990.

24 Dagmar Schipanski/Bernhard Vogel (Hg.): Dreißig Thesen zur deutschen Einheit. Hg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. Freiburg/Breisgau 2009; Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgarten (Hg.): Die demokratische Revolution 1989 in der DDR. Köln u. a. 2009; Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009; Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hg.) Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden. Hg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V. des Berliner Landesbeauf-

der Kategorie „Erinnerungsliteratur“ ist neben dem weiter unten behandelten Buch von Joachim Gauck vor allem auf die Publikationen von Richard von Weizsäcker, Günter Schabowski und Lothar de Maizière hinzuweisen²⁵ sowie auf gesammelte Einzelstimmen von Prominenten aus Politik, Kirche und Kultur.²⁶ Was die regionale Erforschung des Revolutions- und Vereinigungsprozesses betrifft, so sind an erster Stelle die Arbeiten von Michael Richter zu Sachsen zu nennen.²⁷ Schließlich noch Literatur, die sich nachbetrachtend mit Erfolg und Folgen des Vereinigungsprozesses befasst.²⁸

Ehrhart Neubert, geboren 1940 in Thüringen, legte mit seinem bereits erwähnten Buch „Unsere Revolution“²⁹ die erste Gesamtdarstellung des revolutionären Prozesses 1989/90 vor. Der studierte Theologe und spätere Pfarrer schreibt aus der Kenntnis des unmittelbaren Zeitzeugen, denn er gehörte als Mitgründer des Demokratischen Aufbruchs zu den führenden Bürgerrechtlern in der DDR, und er war Mitinitiator des am 7. Dezember 1989 in Berlin erstmals zusammengetretenen Zentralen Runden Tisches. Neubert stützt sich vor allem auf Schriftgut des DDR-Staates, insbesondere aus dem Ministerium für Staatssicherheit. Bei der Aufarbeitung dieses Quellenfundus kam ihm seine Tätigkeit als Fachbereichsleiter in der Abteilung „Bildung und Forschung“ bei dem/der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staats-

tragen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin 2010; Tilman Mayer (Hg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme. Mit Grußworten von Angela Merkel und Thomas de Maizière (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 97). Berlin 2010; Tilman Mayer (Hg.): Deutscher Herbst 1989 (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 99). Berlin 2010.

- 25 Richard von Weizsäcker: Der Weg zur Einheit. München 2009; Günter Schabowski: Wir haben fast alles falsch gemacht; Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Unter Mitarbeit von Volker Resing. Freiburg/Breisgau 2010.
- 26 Jan Schönfelder (Hg.): Das Wunder der Friedlichen Revolution. Prominente Stimmen zum Herbst 1989. Leipzig 2009; Renatus Deckert (Hg.): Die Nacht in der die Mauer fiel. Schriftsteller erzählen vom 9. November 1989. Frankfurt/Main 2009.
- 27 Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90. 2 Bde. (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 38). Göttingen 2009. Dass Richter im November 2010 in den Medien als zeitweiliger Inoffizieller Mitarbeiter (IM) des MfS enttarnt wurde, tut der Qualität seiner wissenschaftlichen Arbeit keinen Abbruch. – Informativ auch: Eckhard Jesse/Thomas Schubert (Hg.): Zwischen Konfrontation und Konzession. Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen. Berlin 2010.
- 28 Karl-Heinz Paqué: Die Bilanz. Eine wirtschaftliche Analyse der Deutschen Einheit. München 2009; Klaus Schroeder: Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört. Berlin 2010; Heike Tuchscheerer: 20 Jahre vereinigt Deutschland: eine „neue“ oder „erweiterte Bundesrepublik“? Baden-Baden 2010.
- 29 Neubert: Unsere Revolution. Die im Folgenden in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich immer auf das jeweils besprochene Werk.

sicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in den Jahren 1997 bis 2005 zugute. Außerdem nutzte er Materialien der Bürgerbewegung und überhaupt aus dem Oppositionsmilieu, aus kirchlichen Archiven, aus der „Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv“ (SAPMO-BArch). Und natürlich kann er als Zeitzeuge auf umfangreiche eigene Aufzeichnungen und Sammlungen zurück greifen. Neuberts beeindruckende wissenschaftliche Produktivität fand einen ersten Höhepunkt mit seinem 1998 erschienenen Werk über die Geschichte der Opposition in der DDR.³⁰

Neuberts Nähe zu den Ereignissen erklärt die intime und stupende Detailkenntnis, an der sein Buch den übrigen hier vorgestellten überlegen ist. Er schildert minutiös und kompetent, wie die Massen entschlossen und demonstrativ, aber doch besonnen und friedfertig, Geschichte machten. Die zahlreichen Grüppchen, Gruppen und Zirkel der Opposition und deren Protagonisten – er kennt sie alle und weiß sie treffend zu charakterisieren. Er berichtet zwar merklich mit innerer Bewegtheit, Freude und auch mit Stolz, aber doch in einer sachlichen, unaufgeregten-unpathetischen, bisweilen fast nüchternen Sprache, die aber doch zugleich die unglaubliche Dynamik, Dramatik und bisweilen irritierend-beängstigende Offenheit der Prozesse in spannendes, ja mitreißendes Erzählen überführt. Ein charakteristisches Beispiel für diesen Sprachstil ist das Kapitel über die Tage vom 2. bis 9. Oktober, das mit „Ein Revolutionskalender“ überschrieben ist (S. 111–131). Generell sind die einzelnen Kapitel knapp, übersichtlich und tragen präzise treffende Überschriften. Dabei erweist sich Neubert als ein Meister der Wucht des ersten Satzes: „Der September wurde zum Auftakt einer politischen Revolution, die nichts so beliebte, wie es einmal war“ (S. 63); „Der nervös gewordenen SED-Führung fällt nur noch Abschottung ein.“ (S. 120); „Die westdeutsche politische Klasse saß im Oktober an den Fernsehapparaten.“ (S. 206): Klar, apodiktisch und unpräzise erfolgt der Einstieg in jedes Kapitel – das schafft Orientierung und hält die Spannung.

Jenseits des eigenen sprachlichen Zugriffs auf sein Thema misst Neubert der Sprache für den Verlauf, ja für den Sieg der Friedlichen Revolution entscheidende Bedeutung bei; ihr schenkt er höchste Aufmerksamkeit. Im Prozess der Revolution wirft das Volk die verlogene, ideologisch-verquaste, steril-uniformierte Sprache der SED-Diktatur ab, macht sich mündig *in* einem und *mit* einem eigenen Sprechen, das kurz zuvor noch Zuchthausstrafen eingebracht hätte. Auf Transparenten, Spruchbändern, Handzetteln und Plakaten, in Losungen, Sprechchören, Gedichten und Liedern, bahnt sich die Revolution ihren Weg. In immer wieder neuen Wortschöpfungen und Wendungen, spon-

30 Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 2. Aufl. Bonn 1998.

tan, originell, meist witzig-ironisch, doppelbödig, frech, subversiv, entlarvt sie die politisch-ideologischen Leerformeln der SED, stellt Forderungen („Neues Forum zulassen!“), droht („Montag sind wir wieder da!“), ermuntert unschlüssige Demonstranten („Losgehen, losgehen!“; „Schließt Euch an, wir brauchen jeden Mann!“), wirkt deeskalierend („Keine Gewalt!“; „Kein neues China!“) oder blamiert und verhöhnt die SED („Kaputte Städte, Wälder, Seen – SED, wir danken schön!“). Insbesondere in den Friedensgebeten finden die Menschen zu ihrer eigenen Sprache, ihrem eigenen Denken und Wollen (S. 158). So wurde die Selbstbefreiung in der und durch die Sprache zu einer elementaren Form der Selbstbestimmung und damit der politischen Emanzipation. Sprache und Sprechen gewannen handlungsauslösende und handlungsleitende Bedeutung und wurden damit zu einem Machtfaktor (S. 18). Neubert sagt geradezu: „Das Sprechen war der Vollzug der Revolution.“ (S. 167) Mit Recht weist er darauf hin, dass ein Großteil der Erinnerung an die Friedliche Revolution an mächtige Sprachschöpfungen geknüpft ist: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“; „Wir wollen ,raus!“; „Wir bleiben hier!“; „Wir sind das Volk!“; „Wir sind *ein* Volk!“. Neuberts schier unerschöpflicher Fundus an Beispielen für die befreiende Sprache der Revolution, mit der die Menschen mutig und intelligent die Diktatur überwand, macht das Buch bei aller Ernsthaftigkeit des Themas auch zu einem unterhaltsamen Lesevergnügen.

Der Haupttitel von Neuberts Buch „Unsere Revolution“ ist in einem doppelten Sinn zu verstehen: Auf der einen Seite formuliert er den berechtigten Anspruch der DDR-Bürger und der Oppositionsgruppen, diese Revolution gegen ein totalitäres System – die erfolgreichste in der deutschen Geschichte – in einem an Revolutionen so armen Land initiiert und sie entschlossen und doch behutsam und friedfertig zu einem siegreichen Ende gebracht zu haben. Stolz über diese Leistung schwingt in dem Titel durchaus mit, in den sich Neubert als einer der Protagonisten einbeziehen darf. Zum anderen will Neubert mit dem Titel auch zum Ausdruck bringen, dass es sich um eine Revolution aller Deutschen handelte, also auch um die im Westen, denn sie endete ja mit der deutschen Einheit. Und seit Anfang 1990, als die schon seit Ende November/Anfang Dezember zu hörende Forderung der Demonstranten nach Wiedervereinigung sich deutlich stabilisierte und zugleich die Bedeutung der oppositionellen Bürgerbewegung, deren Option ja eher ein reformierter Sozialismus war, immer mehr zurück ging, spätestens aber nach der Volkskammerwahl, die den Wunsch nach Einheit überragend bestätigte, war „Bonn“, war die Bundesrepublik mit Finanzen, Demokratieerfahrung, Logistik und mit der gemeinsamen Erarbeitung der notwendigen Vertragswerke intensiv an der Vollendung der Friedlichen Revolution beteiligt, hat sie gleichsam „die Architektur der postrevolutionären Ordnung“ geliefert. Die Revolution

müsse man deshalb, so Neubert, „aus einem Guss“, also vom Spätsommer 1989 bis zum 3. Oktober 1990 erzählen.

Neubert verfolgt offenbar bei diesem etwas gesucht und mechanistisch wirkenden Ansatz – die Ostdeutschen haben die Revolution ‚gemacht‘, die Westdeutschen haben sie, zumindest gemeinsam mit den Ostdeutschen, vollendet – den in die Zukunft gerichteten geschichtspädagogischen Zweck, die Erinnerung an diese erfolgreichste deutsche Revolution zum „gesellschaftlichen Allgemeingut“, zum historisch-kulturellen Erbe aller Deutschen zu machen. Außerdem kann er in dieser bilateralen Sichtweise auf die Revolution seine ausgeprägte Sympathie für die Vereinigungspolitik Helmut Kohls und für alle Gruppierungen, die sich zu einer raschen Wiedervereinigung bekannnten, zum Tragen kommen lassen. Kohls Handeln auf dem Weg zur deutschen Einheit wird durchweg als klug und besonnen charakterisiert – etwa wenn er am Tag vor dem Fall der Berliner Mauer bei seiner Ansprache „zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ im Deutschen Bundestag erklärte, die Bundesrepublik sei nicht weiter bereit, in der DDR „unhaltbar gewordene Zustände“ zu stabilisieren.³¹

Dies war auch gegen die Oppositionsgruppen in der DDR gerichtet, die – mindestens bis zum Frühjahr 1990 – an einen „verbesserlichen Sozialismus“ in der DDR glaubten und die, wie v. a. das Neue Forum, durch ein Festhalten an der verfassungsmäßig garantierten Führungsrolle der SED ein völliges Wegrutschen der DDR glaubten verhindern zu können. Angesichts dieser Perspektive steht ihnen Neubert deutlich kritisch gegenüber. Die entscheidenden Akteure der Revolution sind für ihn die Volksmassen, die seit September/Oktober zu zigtausenden mutig auf die Straße gingen und beim Mauerfall zu den Grenzübergängen strömten. Sie garantierten letztlich auch den friedlichen Verlauf der Revolution, denn die bereit gehaltenen Waffen der Staatsmacht schwiegen in erster Linie deshalb, weil die bloße Masse der Demonstranten eine völlige Überraschung und ein unüberwindliches Hindernis für die Sicherheitsorgane darstellte (S. 136). Dies wurde bei der Demonstration der 70.000 Menschen in Leipzig am 9. Oktober unverrückbar klar; Neubert wertet dies als einen qualitativen Sprung hin zum staatlichen Gewaltverzicht; bis dahin verlief die Revolution keineswegs friedlich, die Demonstranten sahen sich Prügelorgien der Polizei ausgesetzt. Dass es sich tatsächlich um eine echte Revolution im Sinne einer „Selbstermächtigung der Gesellschaft“ (S. 15) handelte, die vor allem auch das alte System endgültig beseitigte, steht für Neubert außer Frage.

31 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Bd. 151, Plenarprotokolle 11/173–11/186, 8. November 1989–15. Dezember 1989, S. 13016.

Als ehemaliger Pfarrer und aufgrund seiner Beschäftigung in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR seit 1984 verfügt Neubert natürlich über erhebliche kirchliche Insiderkenntnis. Insofern ist es von besonderem Gewicht, dass er den Kirchen, insbesondere ihren Pfarrern und Bischöfen, eine so hohe Bedeutung für den Prozess der Friedlichen Revolution beimisst. Er stellt aber auch klar, dass die Kirchen nach ihrem Wesen nicht selbst revolutionär waren. Denn die Überzeugung, dass nur eine stabile staatliche Ordnung protestantische Existenz garantieren könne, war tief in der protestantischen Mentalität verwurzelt (S. 42). Haltungen und Strategien gegenüber dem revolutionären Prozess waren keineswegs einheitlich.

Die Bedeutung der Kirchen für die Revolution macht Neubert etwa an dem von Propst Heino Falcke initiierten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ klar, der die Ökumenischen Versammlungen 1989 in Dresden und Magdeburg und 1989 erneut in Dresden zur Folge hatte. Dort kamen Vertreter der Amtskirchen auch mit Teilen der Oppositionsgruppen zusammen, und es wurden Texte von wahrhaft revolutionärem Gehalt verabschiedet. Dazu gehörten Forderungen nach mehr „Rechtssicherheit“, nach freiem und ehrlichem „Meinungsaustausch“, nach Trennung von Partei- und Staatsfunktionen, nach Wahlrechtsreform, Mündigkeit und Versammlungsfreiheit. Neubert vergisst nicht zu erwähnen, dass die katholische Kirche in der DDR sich in der Regel hinter die Forderungen des „Konziliaren Prozesses“ stellte, er benennt auch immer wieder einmal katholische Pfarrer, die sich ins Lager der Demonstranten stellten – beachtlich bei jemandem, der in früheren Arbeiten gern von einer „protestantischen Revolution“ gesprochen hatte, der aber jetzt generell den Charakter einer breiten Volksbewegung betont und dabei durchaus auch die kleinen Zentren der Revolution wie Arnstadt, Nordhausen oder Plauen im Blick hat. Überall entfaltete sich fast explosionsartig die Zivilgesellschaft und nahm mit den alten Kräften erfolgreich den Kampf um die Macht auf, bei dem für beide Seiten alles auf dem Spiel stand. Diese Konstellation: die Revolution als ultimativer Machtkampf zwischen den alten und den neuen Kräften, wird bei Neubert besonders akzentuiert. Übrigens: Gerade, weil er den flächendeckenden Charakter der Revolution betont, wäre es sinnvoll gewesen, dem Band neben dem vorhandenen Personen- auch ein Ortsregister beizugeben.

Zwar war *Ilko Sascha Kowalczuk*, Jahrgang 1967, heute als Projektleiter bei der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beschäftigt, bei Beginn der Friedlichen Revolution auch bereits 22 Jahre alt, doch kann er, anders als Neubert, nicht unmittelbar als Zeitzeuge gelten. Er hat die von ihm geschilderten Ereignisse nicht aus eigener Anschauung erlebt, denn er gehörte

weder einer Partei noch einer der Gruppen der Bürgerbewegung an, sondern nur der „uneinheitlichen Masse dazwischen“, wie er selber sagt (S. 18). An Authentizität verliert seine Darstellung dadurch aber nicht, denn er greift auf eine beachtliche Fülle an Quellen zurück, die er vor allem im Bundesarchiv, in der Behörde des Bundesbeauftragten für die MfS-Unterlagen, im Archiv der Bürgerbewegung Leipzig und in zahlreichen anderen Archiven der DDR-Opposition fand. Außerdem hat er Zeitzeugen in großer Zahl schriftlich und mündlich befragt, Samisdat-Literatur, Tages- und Wochenzeitungen sowie Materialien des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und intensiv auch die insgesamt 33 Bände der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zu Geschichte und Folgen der SED-Diktatur und zum Prozess der deutschen Einheit ausgewertet.

Anders als Neubert sieht Kowalczuk die Friedliche Revolution in der DDR mit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 als beendet an; das Schicksal von SED und MfS war besiegelt. Der Weg in die deutsche Einheit ist eine andere Geschichte, die nicht mehr zentral die Eigenleistung der DDR-Bürger betrifft und die Kowalczuk deshalb außer Acht lässt. Was übrigens den Begriff „DDR-Bürger“ betrifft: Die meisten der hier vorgestellten Arbeiten tun sich verständlicherweise schwer mit einem differenzierenden Gebrauch der Begriffe „Volk“, „Bürger“, „Demonstranten“, „Ausreisewillige“, „Flüchtlinge“, „Oppositionelle“, „Bürgerrechtler“ u. ä., was deren Einbindung in den revolutionären Prozess betrifft. Kowalczuk geht hier klugerweise ganz pragmatisch vor, indem er den gesamten revolutionären Prozess als „Bürgerbewegung“ begreift: Alle, die sich im Herbst 1989 durch praktisches Freiheitsstreben und durch die Forderung nach Menschenrechten auszeichneten, sind für ihn „Bürger“ – ein Ehrentitel im Sinne des französischen Citoyen, der aus dem Geist der Aufklärung heraus den Staat aktiv und eigenverantwortlich mitgestaltet; ansonsten verwendet er neutral den Terminus „DDR-Menschen“ (S. 15f.).

Kowalczuks Verkürzung der Friedlichen Revolution auf die Phase zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 hat auch mit seinem generellen Erkenntnisinteresse zu tun: Er will vor allem das vermeintliche Paradoxon auflösen, wie es geschehen konnte, dass ein scheinbar stabil in sich ruhendes und seit Beginn der 1970er Jahre im internationalen Ansehen gestärktes Staats- und Gesellschaftssystem wie die DDR innerhalb weniger Wochen zerbrach und zerfiel. Bei diesem Ansatz muss er natürlich einen Schwerpunkt bei der Vorgeschichte setzen, und so zeichnet er in einem ersten großen, vielleicht doch etwas zu ausgedehnten Kapitel (300 Seiten!) die Krise in Staat und Gesellschaft der DDR nach, wobei vor allem die Lebensbedingungen in der DDR als Ausgangslage für die aufkeimende Unzufriedenheit, die Rolle oppositioneller Strömungen, die Rolle der Kirchen, die Bedeutung der Kultur- und Kunstszene geschildert werden.

Bei der Analyse des inneren Zerfalls der DDR seit Mitte der 1980er Jahre kann Kowalczuk die initiatorische Wirkung von Gorbatschows Reformpolitik natürlich nicht außer Acht lassen. Er beschreibt den sowjetischen Parteichef als unfreiwilligen Totengräber des kommunistischen Systems im Ostblock. Seine Glasnost- und Perestroika-Politik glich dem Versuch der Quadratur des Kreises: Seine gegen den Willen des Parteiapparats durchgesetzten Abrüstungsinitiativen und Wirtschaftsreformen, die Stärkung der innerparteilichen Demokratie, die Zulassung marktwirtschaftlicher Elemente, die Aufarbeitung stalinistischer Terrors, die geistig-kulturelle Liberalisierung – all dies sollte zugleich die Grundlagen des kommunistischen Systems unangetastet lassen: die marxistisch-leninistische Staatsideologie, die Einparteienherrschaft, das Gewaltmonopol der Partei, das Monopoleigentum an den Produktionsmitteln: „Er wollte alles ändern und zugleich sollte alles so bleiben“ (S. 31). Seine Reformpolitik macht ihn im Westen zum Heros, doch gleicht er dem Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht mehr beherrschen kann. Die Folge ist der Untergang des Kommunismus im Ostblock. Insofern – so Kowalczuk – war der DDR-Widerstand gegen Gorbatschows Glasnost- und Perestroika-Politik herrschafts- und machtlogisch durchaus verständlich und ‚richtig‘: Die SED hatte offenbar besser als andere Ostblockstaaten und als Gorbatschow selbst verstanden, dass das Kommunismus-Projekt nicht wirklich reformierbar war, ohne es zu zerstören (S. 83).

Mit der strikten Ablehnung der Reformpolitik Gorbatschows zerstörte die DDR auch die Hoffnungen auf Veränderungen im eigenen Land. Nachdem die SED jahrzehntelang die deutsch-sowjetische Freundschaft glorifiziert hatte und von der Sowjetunion das Siegen hatte lernen wollen, verbot sie nun den Vertrieb sowjetischer Filme und Zeitschriften in der DDR, was insbesondere beim Verbot der Monatszeitschrift „Sputnik“ heftigen Unmut erregte, deren Beiträge über Gang und Erfolg der Gorbatschowschen Reformen berichteten. Doch dies ist nur *ein* Beispiel für die Krisensymptome und den schleichenden Zerfallsprozess von Staat und Gesellschaft in den 1980er Jahren. Kowalczuk beschreibt diese Gesellschaft, die be- und durchherrscht ist von einem vielgliedrigen Macht- und Unterdrückungsapparat, als unheilbar krank. Die Menschen litten unter den unzulänglichen materiellen Lebensbedingungen, unter den Reisebeschränkungen, der maroden Infrastruktur, unter der Mangel- und Kommandowirtschaft, dem Wohnungsproblem, den Umweltschäden, der unzulänglichen medizinischen Versorgung, den unansehnlichen Innenstädten, den rückständigen Produktionsanlagen, wobei sie als Gegenbild, insbesondere in der Konsum- und Jugendkultur, immer das von den westlichen Medien vermittelte „Schaufenster Bundesrepublik“ vor Augen hatten. Kowalczuk stellt hier vor allem die tiefe Unzufriedenheit der Jugend heraus und akzentuiert die

Rolle der Punk- und Rockgruppen als subversive Kräfte; ihre Songs drückten das Lebensgefühl jener Jugendlichen aus, die im Herbst 1989 zu den ersten Demonstranten gehörten.

Gegen diese Krisenerscheinungen entwickelten sich die von Kowalczuk beschriebenen „Gegenbewegungen“ vor allem in den Kirchen und in Gestalt der oppositionellen Gruppen der Bürgerbewegung.

Die Kirche als Institution blieb trotz intensiver gegenteiliger Bemühungen des SED-Staates fester Bestandteil der DDR-Gesellschaft. Sie war die „einzige verbliebene Großinstitution die eigenständig und unabhängig von der SED in der DDR agierte“ (S. 196). Wie alle hier vorgestellten Autoren misst Kowalczuk ihr entscheidende Bedeutung bei Entfaltung und Durchsetzung der Friedlichen Revolution zu. Engagierte Pfarrer und Bischöfe trugen zur Politisierung der Bevölkerung bei, stellten Kirchenraum zur Verfügung, wo die Bürger „die Freiheit des Wortes“ zu nutzen lernten. Theologen und Kirchenmitarbeiter waren in hohem Maße an den Ereignissen von 1989/90 beteiligt (S. 201). Ausschließlich von und in den Kirchen wurden Informationen für Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer geliefert. Insbesondere in den Kirchen wurden auch kulturelle Freiräume bewahrt, vor allem durch Kirchenzeitungen und in der Kirchenmusik. Bei allem Respekt vor den ‚revolutionären‘ Möglichkeiten und Leistungen insbesondere der evangelischen Kirchen weist Kowalczuk aber auch differenzierend auf deren pluralen Charakter und ambivalentes Verhalten hin. Sie konnten zum Ausgangspunkt und Schutzraum, bei zahlreichen Mitgliedern auch zum Bestandteil politischer Opposition werden, konnten aber auch staatsloyal sein und insbesondere darauf bedacht, die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche nicht zu belasten (S. 203).

Mit den oppositionellen Gruppen der Bürgerbewegung in den 1980er Jahren waren die evangelischen Kirchen eng verbunden. Kowalczuk benennt und beschreibt eine Vielzahl von Gruppierungen, die weitgehend unbekannt blieben. Zu den bekanntesten gehörten die „Frauen für den Frieden“, die „Jenaer Friedensgemeinschaft“ oder die Gruppe „Wolfspelz“ aus Dresden (S. 235). Es waren diese Personen und Gruppen, die den Kern der ersten Demonstrationen und der neu hinzukommenden oppositionellen Gruppen im Herbst 1989 bildeten. Zwischen ihnen bestand von Anfang an ein Richtungskonflikt hinsichtlich ihrer Motivationsstrukturen und politischen Zielprojektionen: Teile der Oppositionsbewegung zielten auf Überwindung des SED-Systems überhaupt, was an den Wunsch nach Überwindung auch der deutschen Teilung geknüpft sein konnte. Andere hofften darauf, den DDR-Sozialismus in Richtung auf Demokratie und Pluralismus reformieren zu können. Dieser Grundkonflikt, so Kowalczuk, löste sich nie auf (S. 237). Kowalczuk richtet sich aber auch hier, wie so oft in seinem Buch, gegen undifferenziertes Schwarz/Weiß-Denken

und nimmt die oppositionelle Bürgerbewegung gegen die oft gehörte These in Schutz, sie habe als einzige Option den „verbesserlichen Sozialismus“ gesehen und sei von daher an der deutschen Einheit nicht interessiert gewesen; für die meisten unter ihnen sei es in dieser Frage nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“ gegangen (S. 542).

In zwei weiteren großen Inhaltsblöcken zeichnet Kowalczuk die Ereignisgeschichte des revolutionären Geschehens vom Frühjahr 1989 bis zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 nach. Aus dieser außerordentlich fakten- und kenntnisreichen Darstellung sei das Kapitel über die Fälschungen bei der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 hervorgehoben. Von der Wut und Enttäuschung über den Wahlbetrug nahmen die Massenflucht und die Ausreisewellen des Sommers 1989 ihren Ausgang. Auch bei diesem Kapitel zeigt Kowalczuk einsichtig die enge Verbindung von Kirche und Revolutionsgeschehen. Denn auch die Kirchenleitungen protestierten gegen die Fälschungen und forderten ein neues Wahlsystem. Und nur zu oft versammelten sich die zuvor als „Wahlbeobachter“ tätigen Oppositionellen nach getaner Arbeit in kirchlichen Räumen, wie etwa in der Samaritergemeinde von Pfarrer Eppelmann in Berlin und verbrachten dort Stunden mit Andacht und Gebet. Bei den Montagsgebeten stand das Wahlthema eine Zeitlang im Mittelpunkt (S. 327f.).

Außerdem geht es in diesen beiden Inhaltsblöcken etwa um das Auseinanderbrechen des Ostblocks im Sommer 1989, um die für die SED verheerenden Folgen von Massenflucht und Massenausreise ihrer Bürger, um die Folgen der Grenzöffnung von Ungarn nach Österreich im September 1989, um die Ereignisse am 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 sowie um Leipzigs Weg zur Hauptstadt der Demonstrationen mit dem entscheidenden 9. Oktober als Höhepunkt, der klar machte, dass die SED-Führung in ihrem Überlebenskampf auf eine „chinesische Lösung“ verzichtete. Sichtbar wird auch der rasche Bedeutungsverlust der Bürgerrechtler nach dem Mauerfall, weil bald danach klar wird, dass der Weg nicht zu einer Reform der DDR, für die es längst viel zu spät war, führt, sondern in die deutsche Einheit. Bundeskanzler Kohls Politik in diese Richtung wird von Kowalczuk ähnlich klar befürwortet („In dieser Phase war es ein historisches Glück, einen Mann wie Helmut Kohl zum Kanzler zu haben“, S. 542) wie von Neubert; er sieht zu ihr auch keine Alternative. Zudem wurde sie durch den Wählerwillen bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 nachdrücklich bestätigt.

Kowalczuk macht unter Berufung auf einige klassische Revolutions-theoretiker wie Crane Brinton, Kurt Lenk oder Hannah Arendt klar, dass es sich bei den Vorgängen von 1989/90 in der DDR tatsächlich um eine Revolution handelte. Dies vor allem, weil sie aus dem „Willen zur Freiheit“,

dem entscheidenden *Movens* von Revolutionen, entstand und weil sie die herrschenden politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Strukturen völlig beseitigte und durch eine neue Ordnung ersetzte (S. 540). Bei diesen Ausführungen werden Rolle und Einfluss der heutigen ‚Revolutionsignoranten‘, ‚Revolutionsleugner‘ und ‚Revolutionsneider‘, wie er sie nennt (v. a. S. 546ff.), klar überschätzt bzw. überstilisiert.

Einigermaßen unverständlich ist auch Kowalczyks fast wütendes Anschreiben gegen „die Rede von der ‚friedlichen Revolution‘“ (S. 401). Natürlich ist es richtig, dass vor dem Tag der Entscheidung, dem 9. Oktober 1989 in Leipzig, es immer wieder massiven staatlichen Gewalteinsetz gegen Demonstranten gegeben hatte, insbesondere am 7. Oktober. Doch weiß Kowalczyk natürlich auch, dass der Terminus „Friedliche Revolution“ zuallererst und nahezu ausschließlich den Verzicht der Demonstranten auf Gewalt meint, dass er den Respekt vor der großartigen Leistung der DDR-Bürger bekunden soll, den Sieg über die SED-Diktatur auf friedlichem Wege erreicht zu haben. Der Ruf „Keine Gewalt!“ war ja nicht nur als Aufforderung an die Staatsgewalt gerichtet, sondern war vor allem auch Selbstbekenntnis und Aufforderung an die Mitdemonstranten: „Wir wollen und werden keine Gewalt anwenden!“ Man kann außerdem konstatieren, dass sich der Terminus „Friedliche Revolution“ zur Bezeichnung des revolutionären Geschehens in der DDR 1989/90 nach und nach durchgesetzt hat.

Kowalczyks Sprachstil ist bei aller aus den dargestellten Ereignissen sich ergebenden Lebendigkeit und Spannung nüchtern, sachlich, unaufgeregt, wobei aber kein Zweifel an seiner Verachtung für das SED-Unrechtsregime aufkommt. Mit feiner Ironie oder auch herbem Spott begegnet er der Borniertheit, dem Starrsinn, der Ahnungs- und Tatenlosigkeit der SED-Oberen. Über diese gelangen ihm glänzende Charakterstudien. Er beschreibt sie in ihrem erhabenen Gefühl als Sachwalter unerschütterlicher Wahrheiten – immer um das Wohl der Partei besorgt, deshalb immer in Arbeit, immer mit ernster Miene, steril, frostig, unnahbar, unfreundlich, mürrisch. Sie waren omnipräsent, immer im „Parteiauftrag“ unterwegs, und sie verkörperten die „Parteidisziplin“. Angeblich repräsentierten sie die Staatsmacht, in Wirklichkeit handelte es sich um „organisierte Verantwortungslosigkeit“ (S. 42).

Leider kommt es, vielleicht einer zeitbedrängten Endredaktion geschuldet, recht häufig zu sprachlichen Unsauberkeiten orthographischer, grammatischer und vor allem stilistischer Art (z. B. S. 37, 38, 40, 60, 100, 102, 544). Bei allem Respekt vor Kowalczyks stupendem Detailwissen erscheint die Darstellung doch streckenweise, vor allem im ersten, hinführenden Teil, als zu detailbesessen, so, als habe er seinen Zettelkasten nun auch wirklich bis auf den letzten Rest leeren wollen. Der ist ihm ausgerechnet bei Honeckers Geburtsort im

Saarland ein wenig durcheinander geraten: richtig wäre Neunkirchen, nicht Saarlouis. Akzeptabel ist, dass Kowalczuk nur wörtliche Zitate belegt, um bei dem ohnehin beträchtlichen Umfang des Bandes den Fußnotenapparat nicht aufzublähen und den Lesefluss nicht zu stören.

Andreas Rödder, Jahrgang 1967, ist Professor für Neueste Geschichte an der Universität Mainz. Er ist ein Schüler von Klaus Hildebrand, und er hat u. a. in der Reihe „Grundriß der Geschichte“ den Band über die Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1969 bis 1990 verfasst. Auch seine Darstellung kann heute bereits als Standardwerk gelten. Man kann sie zugleich als die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung der Phase von Friedlicher Revolution und deutscher Einheit bezeichnen. Zwar sind auch die Arbeiten von Neubert und Kowalczuk von unbezweifelbarer wissenschaftlicher Seriosität und Qualität, doch schreibt Neubert eher aus der Sicht und der Erfahrung des mitwirkenden Zeitzeugen und Kowalczuk beschränkt sich eben auf die erste Phase des Geschehens bis hin zur Volkskammerwahl. Ähnlich wie für Neubert bildet für Rödder die Zeit vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 eine Einheit, die Wiedervereinigung sieht er als „untrennbaren Bestandteil des Gesamtvorgangs“ (S. 369) der „deutschen Revolution“, wie er sie durchgängig nennt; an dem echten revolutionären Charakter der Vorgänge lässt er wie Neubert und Kowalczuk und aus denselben Gründen wie diese keinen Zweifel. Er sieht die Revolution in den Traditionen der bürgerlich liberalen Bewegung des 19. Jahrhunderts, bei der es um Volkssouveränität, Freiheit und nationale Einheit ging.³²

Auch Rödder stützt sich auf eine beeindruckende Fülle gedruckten und ungedruckten Quellenmaterials. Hervorzuheben sind, vor allem für den Prozess der Herstellung der deutschen Einheit, die Akten des Bundeskanzleramtes, deren wichtigste bereits 1998 in einem voluminösen Dokumentenband veröffentlicht wurden.³³ Auch Helmut Kohls Erinnerungen und die seines außenpolitischen Beraters Horst Teltschik nutzt er ausgiebig.³⁴ Dass in Rödders Darstellung das Bundeskanzleramt mit Recht als „Schaltstelle der westdeut-

32 So auch die Gesamteinschätzung bei Gerhard A. Ritter: *Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung* (beck'sche reihe 1937). München 2009. Ritters Buch wird hier nicht weiter besprochen, weil es sich im Wesentlichen um eine verkürzte Ausgabe seiner bereits 2006 erschienenen, großartigen Arbeit „Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates“. München 2006, handelt. Im Vordergrund stehen wirtschafts-, finanz- und vor allem sozialpolitische Implikationen von Friedlicher Revolution und deutscher Einheit. Zusammenfassung seiner Thesen auch in: Gerhard A. Ritter: *Sozialpolitik im Prozess der Wiedervereinigung*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 15 (2008), S. 255–270.

33 *Deutsche Einheit*. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90.

34 Helmut Kohl: *Erinnerungen 1982–1990*. München 2005; Ders.: *Erinnerungen 1990–1994*. München 2007; Horst Teltschik: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*. Berlin 1991.

schen Wiedervereinigungspolitik“ erscheint (S. 452), ist vor allem diesen Quellen zu verdanken. Für die DDR-Seite zieht Rödder insbesondere Quellen der Staatsorgane, des SED-Politbüros und des Ministerrats heran. Dazu natürlich Unterlagen aus den Gruppen und Parteien der Bürgerbewegung, persönliche Quellen und Selbstzeugnisse von Akteuren und Zeitzeugen-Interviews. Dazu kommen Vertragstexte, Parlamentsprotokolle, massenmediale Quellen u. v. a. m. Rödders Leistung liegt weniger in der Bereitstellung neuer Fakten zur Friedlichen Revolution, als in der souveränen Art, in der er die Stoffmassen anordnet und komponiert und sich dabei, bei allem Detailreichtum, nicht im Detail verliert, sondern die großen Linien im Auge behält. Dabei weiß er informativ, verständlich und spannend zu erzählen.

Klarer und ausführlicher als andere Autoren widmet sich Rödder der internationalen Vor- und Nachgeschichte und den diplomatischen Implikationen der Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung. Beides beschreibt er als Teil des welthistorischen Umbruchs von 1989/91, als das sowjetische Imperium in Ostmitteleuropa und Südosteuropa zusammenbrach. Also muss auch Rödder mit Gorbatschows Reformpolitik beginnen, die alles ins Rollen brachte; sein Auftaktsatz „Am Anfang war Gorbatschow“ ist dafür Programm (S. 15). Wie Kowalczuk gebraucht auch er das Bild vom „Zauberlehrling“, der die von ihm gerufenen ‚Geister‘ nicht mehr los wird. Im Blick auf seine ursprünglichen Absichten zwar scheiterte seine Reformpolitik, doch indem er diesem Scheitern nicht mit Anwendung von Gewalt zu begegnen suchte, konnte es zu einem friedlichen Zusammenbruch des Imperiums kommen.

Vor dem Hintergrund des Niedergangs der Führungsmacht im Warschauer Pakt ist auch Gorbatschows Haltung zur deutschen Frage zu sehen, die von einem anfänglichen klaren „Njet“ zur schließlichen Zustimmung sogar zum Verbleib eines vereinigten Deutschland in der NATO schwenkte. Rödder beschreibt diese „Zickzackdiplomatie“ (S. 230) meisterhaft. Schon im Dezember 1988 hatte Gorbatschow in Abrückung von der Breschnew-Doktrin jedem Staat des Ostblocks seinen eigenen Weg hinsichtlich des politischen Systems und der gesellschaftlichen Entwicklung zugestanden. In diesem Sinne hatte sich auch das bereits erwähnte Abschlusskommuniqué des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Staaten des Warschauer Pakts im Juli 1989 geäußert.³⁵ Mit diesem Zugeständnis des Selbstbestimmungsrechts für jedes Volk war der spätere deutsche Einigungsprozess praktisch schon a priori abgesegnet.

35 Siehe oben Anmerkungen 4 und 5.

Von den übrigen Alliierten hat am ehesten und entschiedensten die USA den Weg zur deutschen Einigung geebnet. Präsident Bush unterstützte in einem Schreiben an Bundeskanzler Kohl vom 9. Februar 1990 dessen Einigungsbestrebungen und bekräftigte, die USA würden jede Entscheidung der Deutschen akzeptieren.³⁶ Bush war klar, dass die Lösung der Deutschen Frage das endgültige Ende des Kalten Krieges und zugleich das für den Westen siegreiche Ende des Ost/West-Konfliktes bedeuten würden. Mit Bushs Brief als Faustpfand reisten Kohl und Genscher tags darauf zu einem Blitzbesuch nach Moskau. Der Kanzler erhielt von Staats- und Parteichef Gorbatschow die Zusage, dass es die Sache der Deutschen selbst sei, eigenverantwortlich Weg, Bedingungen und Zeitfaktoren ihrer nationalen Einigung festzulegen.³⁷

Rödder macht klar, dass diese weitgehenden Zusagen auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlich missglückten Perestroika-Reformen Gorbatschows zu sehen sind. Moskau brauchte die Bonner Milliarden – zwischen 1989 und Frühjahr 1991 sind 57,3 Milliarden DM geflossen –, musste konzessions- und kompromissbereit sein. Bei den westeuropäischen Partnern der Bundesrepublik ging der heftigste Widerstand gegen die deutsche Einheit zunächst von Frankreich, dann aber von Großbritannien aus. Premierministerin Margaret Thatcher fürchtete, ein vereinigtes Deutschland wäre „schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre“ (zit. S. 46)³⁸. Im erfolgreichen Zwei-Plus-Vier-Prozess, den Rödder ausführlich schildert, konnten alle Vorbehalte schließlich ausgeräumt werden.

Hinsichtlich der Bündniszugehörigkeit eines zukünftigen vereinigten Deutschland korrigiert Rödder den nicht zuletzt von Kohls Memoiren, die er übrigens als Quelle generell sehr schätzt, erweckten Eindruck, das sowjetische Einverständnis zum Verbleib auch eines vereinigten Deutschlands in der NATO sei ein Ergebnis von Kohls Besuch im Kaukasus im Juli 1990 gewesen; tatsächlich hatten sich darüber Gorbatschow und US-Präsident Bush bei Gorbatschows Besuch in Washington Ende Mai schon geeinigt. (S. 259)

Ausführlich widmet Rödder sich der Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Sie markiert das Ende des Übergangs zwischen den beiden Hauptphasen der Revolution. In der ersten Phase war diese ganz überwiegend eine ostdeutsche

36 Das Schreiben ist abgedruckt in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 784.

37 Das Gespräch zwischen Kohl und Gorbatschow vom 10.2.1990 in Moskau ist wiedergegeben, ebd., S. 795–807, siehe vor allem S. 805f.

38 Zu Thatchers Haltung vgl. Günter Heydemann: Zwischen Widerstand und Obstruktion. Großbritanniens Rolle und Politik unter Margaret Thatcher während der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90, in: Deutschland Archiv 42 (2009) 1, S. 31–43.

Angelegenheit, wobei die im September/Oktober zu festen Bündnissen und Gruppen sich formierende oppositionelle Bürgerbewegung die entscheidende Kraft war. Rödder reduziert ihre überragende Bedeutung praktisch auf diese zwei Monate. Denn in dieser Zeit verband sie sich mit der Ausreisebewegung und mit dem Massenprotest auf den Straßen, was sehr rasch zum Mauerfall und zum Ende des SED-Regimes führte. Hier brachte die Oppositionsbewegung im engeren Sinn die Revolution um einen entscheidenden Schritt voran. Dann aber zeigte sich, dass die Ziele doch recht unterschiedlich waren: Während die „Ausreiser“ von der DDR einfach nichts mehr wissen und ihr nur den Rücken kehren wollten, wollten die Oppositionellen zu großen Teilen doch ihre zentralen Forderungen wie Partizipation, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die sich natürlich größtenteils mit den Wünschen der Ausreiser und der Demonstranten auf der Straße deckten, im Rahmen einer reformierten DDR verwirklichen. Nachdem seit dem Mauerfall die Forderungen der Demonstranten auf den Straßen immer deutlicher in Richtung auf Wiedervereinigung gingen, eine Option, die die Oppositionellen zumindest vorläufig nicht auf der Agenda hatten, verloren sie erheblich an Einfluss und politischer Bedeutung.

Schon 199 Tage nach der Volkskammerwahl war Deutschland vereinigt. Die warnenden Stimmen vor einem zu großen Vereinigungstempo glaubten sich schon in der zweiten Jahreshälfte bestätigt zu sehen, als die DDR-Wirtschaft rascher abstürzte als erwartet. Das lag vor allem daran, dass die Menschen nach der Währungsumstellung ihre kostbare D-Mark nicht mehr für die ungeliebten Ost-Produkte ausgeben mochten. So konnten die DDR-Betriebe ihre Produkte nicht mehr absetzen, und der zuvor ausgedehnte Export nach Osteuropa brach mit der Erosion des Sowjetreiches auch zusammen. Rödder nimmt Kanzler Kohl und seine Bundesregierung, deren Einigungspolitik bei ihm generell als klug und alternativlos erscheint, gegen jeden Vorwurf eines zu schnellen Tempos in Schutz. Dabei betont er auch hier, wie an vielen Stellen in seinem Buch, den im gesamten Einigungsprozess zu beobachtenden Vorrang des Politischen vor dem Ökonomischen: Natürlich seien die Warnungen der Ökonomen vor den möglicherweise fatalen Folgen einer zu raschen Währungsunion berechtigt gewesen. Aber der Vorschlag des Sachverständigenrates, vor der Einheit stufenweise die ostdeutsche Wirtschaft an die westdeutsche anzugleichen, wäre nur in langen Fristen, in einem geschlossenen Wirtschaftsraum und in einem Niedriglohnggebiet möglich gewesen. Es ist außerdem in allen hier vorgestellten Arbeiten unstrittig, dass ohne die Währungsunion die DDR spätestens im Sommer 1990 angesichts ihrer Auslandsschulden an Devisen in Höhe von ca. vier Milliarden Mark völlig zahlungsunfähig gewesen wäre. Oskar Lafontaines Vorschlag, der in ähnli-

che Richtung wie Modrows Ansinnen an die Bundesrepublik ging, voraussetzungslose, wengleich für die Westdeutschen akzeptable Finanzhilfen für die DDR zu leisten, hätte deren aussichtslos marode und funktionsunfähige ökonomische Strukturen nur weiter subventioniert und perpetuiert. Und vor allem hätte der Zustrom der DDR-Bürger in die Bundesrepublik weiter angehalten und sich wahrscheinlich dramatisch verstärkt. Allein zwischen November 1989 und Juli 1990 übersiedelten 400.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Die Demonstranten drohten mit dem Ruf: „Kommt die D-Mark bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“

Die günstige weltpolitische Lage als Grund für das rasche Handeln wurde bereits besprochen. Nur wenige Monate nach der Wiedervereinigung wurde Gorbatschow gestürzt – da wäre das sowjetische Einverständnis kaum noch zu bekommen gewesen. Natürlich lag ein Grund für die Schnelligkeit auch darin, dass 1990 in der Bundesrepublik nun einmal Wahljahr war und Kohl deshalb unter dem Zugzwang stand, die deutsche Einheit bis dahin vollendet zu haben. Generell ist Rödder mit Recht der Meinung, dass ein Unternehmen von einer Größenordnung wie die Wiedervereinigung nicht ohne Unwägbarkeiten, Widersprüche, Fehleinschätzungen und Nachteile in Einzelfeldern zu haben ist und keine allseits zufriedenstellenden Lösungen zulässt (S. 279). Vielleicht darf man hier durchaus einmal an ein klassisches Zitat aus Schillers „Wilhelm Tell“ erinnern: „Wer allzu viel bedenkt, wird wenig leisten!“

Der 1935 in Berlin geborene, seit 2004 emeritierte Konstanzer Althistoriker *Wolfgang Schuller* hat die Etablierung der kommunistischen Diktatur in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) miterlebt. Er hat danach das Ziel der deutschen Einheit zeitlebens nicht aus den Augen verloren und hat früh die Zeichen der Zeit in dieser Richtung erkannt. Schon 1987 regte er angesichts der Entwicklung im sowjetischen Imperium und unter seinen Satelliten an, die Wiedervereinigung Deutschlands müsse wieder gedacht werden. Insofern zeigt er auch keinerlei Verständnis für die „zum Teil wütenden Stellungnahmen gegen die Wiedervereinigung“ aus der Bundesrepublik, die für ihn „von deutschem Selbsthass zeugten“ (S. 290).

Sein Buch³⁹ nimmt unter den hier besprochenen Titeln eine Sonderstellung ein. Natürlich behandelt auch er die bedeutenden Zentren der Revolution wie Leipzig, Dresden und Berlin, stellt auch den 9. Oktober in Leipzig als den „Tag der Entscheidung“ nicht in Frage, doch legt er den Fokus eindeutig auf die dezentrale Perspektive, will die Ereignisse vor allem in der Fläche und in der Breite erfassen. Kleine, bislang eher unbeachtet gebliebene Zentren der Revolution kommen in den Blick: Plauen im Vogtland, Crivitz in Mecklenburg-

39 Schuller: Die deutsche Revolution 1989.

Vorpommern, Arnstadt und Rudolstadt in Thüringen oder auch die alte Bischofsstadt Magdeburg – alle mit alten Stadtkernen und Marktplätzen auf denen die Kundgebungen stattfanden.

Schuller meint, dass es Versammlungen und Demonstrationen in über 320 Städten und Dörfern gegeben habe und dass der Erfolg der Revolution nicht primär in den Zentren, sondern eben primär durch diesen flächendeckenden Charakter entschieden worden sei. Er setzt dieses dezentrale Element, die von ihm stark akzentuierte weite Verbreitung über Städte und Landschaften, das Vordringen der Revolution auch in kleine Dörfer und schließlich auch das Fehlen eines eindeutigen Zentrums überzeugend in Zusammenhang mit der aus dem Heiligen Römischen Reich überkommenen dezentralen Struktur Deutschlands und dem „allgemeinen historischen Befund, dass Deutschland schon immer die meiste politische, gesellschaftliche und kulturelle Kraft aus seiner Kleinteiligkeit und Vielfalt gezogen hat.“ (S. 308)

Auch vom Zeitfaktor her hatten die kleineren Zentren der Revolution oft die Nase vorn. Schuller stellt Plauen im Vogtland als erste Massendemonstration in der DDR vor, vor der die Staatsmacht kapitulieren musste. Er bezeichnet sie als die „außergewöhnlichste, weil aus dem Nichts kommende Massenkundgebung“ am Beginn der Friedlichen Revolution (S. 110). Dort gab es prozentual zur Einwohnerschaft die höchste Zahl an Demonstranten, dort wurde schon am 7. Oktober die Wiedervereinigung gefordert. Im Anschluss an die erneut gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 hatte sich hier eine kleine mutige Gruppe gebildet, die sich „Umdenken durch Nachdenken“ nannte und die furchtlos, mit Namen und Adressen, gegen die Falschwahl protestierte. Nach einer Friedensandacht am 5. Oktober, bei der Handzettel mit Demonstrationsaufrufen zum 7. Oktober verteilt worden waren und nachdem wenige Tage zuvor die Bewohner die durchfahrenden Züge mit den Botschaftsflüchtlingen mit „Das Vogtland grüßt den Zug der Freiheit“ begrüßt und dabei zahlreiche Verletzungen durch prügelnde Polizisten und Verhaftungen in Kauf genommen hatten, fanden sich am Tag des DDR-Staatsjubiläums zwischen 15.000 und 20.000 Menschen auf dem Theaterplatz zu einer Protestdemonstration ein. Die Forderungen auf den Handzetteln lauteten: „Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Streikrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, Zulassung der Oppositionsgruppe Neues Forum sowie anderer unabhängiger Parteien und Umweltgruppen, freie, demokratische Wahlen, Reisefreiheit für alle Bürger!“ Dieses von den Ostmedien ohnehin verschwiegene Ereignis wäre auch von den Westmedien unbeachtet geblieben, hätte nicht eine unauffällige und unscheinbare 77-jährige Rentnerin Fotos von der Demonstration und dem brutalen Zuschlagen der Vopo über die Grenze nach Hof geschafft, wo sie von der „Frankenpost“ veröffentlicht wurden (S. 109f.).

Schuller macht an diesem Beispiel klar, dass die Revolution zwar gewaltfrei, aber vor dem 9. Oktober keineswegs harmlos und friedlich verlief.

Beeindruckend das Beispiel der Freiwilligen Feuerwehr in Plauen, weil sich daran zeigen lässt, dass die Friedliche Revolution auch als demokratischer Lern- und Selbstfindungsprozess verlief: Zunächst beeindruckt von dem entsprechenden Befehl des örtlichen Polizeichefs, hatte die Feuerwehr in Ermangelung von Wasserwerfern Löschwasser in die Menschenansammlungen gespritzt, distanzierte sich aber schon am nächsten Tag bei klarer Besinnung schärfstens davon und versicherte der Bevölkerung, „das zweckentfremdete Einsetzen von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen fast ausschließlich friedliche, unbewaffnete Bürger und Kinder“ werde nie wieder vorkommen; es vereinbare sich in keiner Weise mit den Aufgaben der Feuerwehr. (S. 113) Drei Tage später setzt man durch ein Spruchband noch eins drauf: „Feuerwehr für das Volk: JA! Wasserwerfer gegen das Volk: NIE WIEDER!“

Der Bedeutung, die Schuller der dezentralen Perspektive, den kleineren lokalen und regionalen Zentren beimisst, entspricht seine Beobachtung, dass in erster Linie die Bürger und die Masse der einfachen Menschen auf der Straße den Erfolg der Revolution sichergestellt haben, wengleich er den oppositionellen Intellektuellen die Initiativrolle nicht abspricht. Von den Demonstranten kam zuerst die Forderung nach parlamentarischer Demokratie nach westlichem Muster und nach Wiedervereinigung, während die Bürgerrechtler und oppositionellen Intellektuellen auf Basisdemokratie und Reform der DDR abzielten. In der Friedlichen Revolution, die Schuller als eine echte Revolution der Freiheit und vor allem der Selbstbefreiung begreift, sieht sich der Marxismus-Leninismus mit seiner eigenen geschichtstheoretischen Prognose konfrontiert – freilich mit negativem Vorzeichen –, wonach die Idee zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift.

Schuller gliedert seine angenehm flüssige und verständliche „Erzählung“ (S. 280) – er belegt nur wörtliche Zitate, verzichtet aber ansonsten auf (störende) Fußnoten – von der Friedlichen Revolution in einen ereignisgeschichtlichen und einen systematischen Teil, wobei der erstgenannte quantitativ wie qualitativ stärker erscheint. Der zweite, in dem Träger, Institutionen, Verlaufsmuster und Ziele der Revolution behandelt werden sollen, fällt doch ein wenig knapp und wohl von daher gelegentlich auch ein wenig undifferenziert aus – etwa wenn „die vielen Selbstmorde“ mit Verbitterung und Verzweiflung über den Verlust des alten Systems in Verbindung gebracht werden oder wenn er kirchliche Gebäude und Gemeindesäle als den „einzigsten Ort“ bezeichnet, an dem die Oppositionellen Betätigungsmöglichkeit fanden. (S. 285f.) Weit über den materiellen Gewinn an Lebenschancen und an Lebensqualität hinaus, den die revolutionäre Selbstbefreiung den Menschen in der DDR brachte, sieht Schuller

den Haupteffekt in der Chance zu einer neuen deutschen Identität, darin, „dass Deutschland in seinen jetzigen Grenzen zum ersten Mal in seiner Geschichte befriedet ist und weder durch äußere Mächte bedrängt wird, noch glaubt, eine Vorherrschaft in Europa anstreben zu müssen.“ (S. 311)

Ed Stuhler, Jahrgang 1945, hat in den 1970er Jahren an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin Kultur- und Literaturwissenschaften studiert und sich danach als freiberuflicher Autor mit zahlreichen Lied- und Theatertexten, Hörfunkfeatures und Buchveröffentlichungen hervorgetan, darunter eine Biographie über Margot Honecker.⁴⁰ In dem vorliegenden Buch⁴¹ will er die Arbeit der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière in Erinnerung rufen, die, wie er meint, fast vollständig aus dem Bewusstsein der Deutschen verschwunden sei. Er greift dabei im Wesentlichen auf Interviews zurück, die Minister und Staatssekretäre dieser Regierung sowie Mitglieder der letzten Volkskammer, insgesamt 34 Personen, im Rahmen der Fernsehdokumentation „Der Beitritt“ aus der Rückschau von 20 Jahren gegeben haben. Am ausführlichsten kommt Lothar de Maizière selbst zu Wort.⁴²

Stuhler will mit seiner Arbeit vor allem das immense Arbeitspensum und die Leistung würdigen, die die damaligen, im Politikgeschäft meist unerfahrenen Protagonisten in der Zeit von der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 bis zum 3. Oktober 1990 bei der Herstellung der deutschen Einheit erbracht haben. An de Maizières Allparteien-Regierung waren die CDU als der große Sieger der Volkskammerwahl, dann der DA, die DSU, die SPD und der liberale Bund Freier Demokraten (BFD) beteiligt. In nur 199 Tagen wurden von der Volkskammer 164 Gesetze verabschiedet, darunter drei Staatsverträge. Die kommunale Selbstverwaltung wurde wieder eingeführt, die 1952 zugunsten einer Bezirksstruktur aufgelösten Länder wurden wiederhergestellt, die Rechtsordnung der Bundesrepublik angeglichen; dazu kam die Mitarbeit an der Herstellung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, am Einigungsvertrag und am Zwei-plus-Vier-Prozess zur Wiedervereinigung. Die meisten der an diesen Prozessen beteiligten Akteure empfanden diese Zeit als die intensivste, spannendste und kreativste ihres Lebens. Viele von ihnen kamen aus dem Umfeld der Kirchen, waren Wissenschaftler, Lehrer oder Techniker; Lothar de Maizière hätte sich mehr Juristen in seinem Kabinett

40 Ed Stuhler: Margot Honecker. Eine Biographie. Wien 2003; Ders.: Margot Honecker. Die Biographie. München 2005.

41 Ders.: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit. Berlin 2010.

42 Zu de Maizières Wahrnehmung dieser Zeit vgl. auch: Lothar de Maizière: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Außer dem oben genannten Grund, warum dieser Band hier nicht separat besprochen wird, liegt ein weiterer darin, dass de Maizière bei Stuhler ausgiebig zu Worte kommt.

gewünscht. Die politische Erfahrung dieser Akteure stammte zumeist aus ihrer Mitarbeit am Zentralen Runden Tisch, der die Regierung Modrow als außerparlamentarisches Beratungs- und Verhandlungsgremium unterstützt hatte. De Maizière selbst war froh, dass er Detailfragen in der Regel mit Wolfgang Schäuble verhandeln konnte; von Kohl fühlte er sich offenbar geradezu an die Wand gedrückt (S. 58f.).

Eine besondere Schwierigkeit bestand für die Verantwortlichen darin, unbelastete und vertrauenswürdige Mitarbeiter zu finden, denn die bisherigen Funktionseleiten waren ja Teil des kommunistischen Systems gewesen; ohne westliche Berater kam man auch deshalb nicht aus. Die Urteile über sie aus ostdeutscher Sicht sind ambivalent: Laut de Maizière leisteten sie gute Arbeit, waren bemüht, „sich sehr sehr schnell in die östlichen Probleme und die Ostdenke einzufühlen“, ja, sie „waren zum Schluß die besseren Osis“ (S. 49). Andere beklagen an ihren Westhelfern Karrierestreben, mangelndes Eingehen auf DDR-Probleme und ein Denken und Handeln nach dem Motto „Alles weg und fertig“, wie die damalige Staatssekretärin im Kultusministerium, Gabriele Muschter, es formuliert (S. 173). Die These, seine Regierung sei „von den westlichen Beratern ferngesteuert gewesen“, weist de Maizière als „Legende“ zurück (S. 50).

Häufig richteten die Interviewten ihren Unmut gegen die Arbeit der Treuhand. Walter Siegert, Staatssekretär im Finanzministerium, meint, etwa ein Drittel der abgewickelten oder reprivatisierten Betriebe und Unternehmen hätten sich durchaus am Markt behaupten können, ein weiteres Drittel wäre sanierungsfähig gewesen. Insbesondere Rohwedder-Nachfolgerin Birgit Breuel habe die Privatisierung der Volkseigenen Betriebe „in unverantwortlicher Weise vorangetrieben“ und damit die industrielle Grundlage des Staates weitgehend zerstört (S. 147). Bedenklich, dass Stuhler solche Aussagen unkommentiert übernimmt und ihnen damit offenbar zustimmt. Dabei konnte man bereits im Jahr 1990 sehen, wie wenig konkurrenzfähig die ostdeutsche Wirtschaft war, was sich insbesondere nach dem Ausstieg der osteuropäischen Handelspartner nach der Währungsstellung zeigte.

Stuhler behandelt einige signifikante Teilgebiete, auf denen dringender Handlungsbedarf bestand, etwa die Umweltproblematik oder den Verfall der Städte, der Landwirtschaft und der Armee. Ein besonders ‚heißes Eisen‘ war der Umweltschutz. Bezeichnend der Seufzer des zuständigen Ministers Karl-Hermann Steinberg: „Es war katastrophal!“ (S. 160); Pseudokrapp und Asthma durch dramatisch überhöhten Schwefelausstoß, Verunreinigung der Gewässer etwa durch die Rückstände bei der Zellstoffproduktion, radioaktive Belastung durch Uranabbau für die sowjetische Atomindustrie. Das Umwelt-Thema war für den Umbruch in der DDR von vorrangiger Bedeutung, denn viele unter den Bürgerrechtlern waren Umweltschützer.

Die Dramatik, auch bisweilen ‚Komik‘ der Vorgänge und Situationen beim DDR-Weg in die deutsche Einheit kommen in den Schilderungen der Zeitzeugen gut zur Geltung. Sichtbar werden Enttäuschung und Frust über die weitgehende Weststeuerung der Prozesse in dieser Phase, aber auch die Zunahme von Rivalität der Ostpolitiker untereinander, je näher die Wiedervereinigung und die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl rücken. Spannend, wie der Klappentext verspricht, ist dies alles durchaus, auf tief-schürfende Analysen und Wertungen dagegen verzichtet der Verfasser, bietet nur den chronologisch ereignisgeschichtlichen Rahmen für die subjektive Sicht derer, die den Prozess der Einigung gestaltet haben. Die Wiedervereinigung erscheint dabei eher wie eine Übergabe der DDR an die Bundesrepublik. Indem Stuhler hinter die Aussagen seiner Zeitzeugen zurücktritt, pflichtet er ihrer Enttäuschung, bisweilen Verbitterung weitgehend bei, greift nicht mit einer kommentierenden oder korrigierenden Außenperspektive ein, zum Beispiel mit anderen zeitgenössischen Quellen. Er bekennt sich allerdings bewusst zu diesem methodischen Vorgehen. Am ehesten ‚korrigiert‘ noch Lothar de Maizière, der schon wegen des eigenen Selbstwertgefühls, aber offenbar auch aus wirklicher Überzeugung nicht den Eindruck aufkommen oder stehen lassen will, als habe er nur die Akquisition der DDR durch die Bundesrepublik moderiert. Beipflichten kann man dem Verfasser gewiss in dem Respekt vor der Leistung der ostdeutschen „Laienspielschar“, wie der damalige bayerische Ministerpräsident Max Streibl die Akteure nannte. Knappe biographische Abrisse zu den auftretenden Zeitzeugen hätten dem Buch gut getan.

Der Band von *Hanns Jürgen Küsters* beschreibt und erläutert kenntnisreich, umfassend und umsichtig das ‚Management‘ des Wiedervereinigungsprozesses im deutschen Bundeskanzleramt.⁴³ Küsters’ Darstellung ist im Wesentlichen die Wiedergabe seiner voluminösen Einführung, die er 1998 zu der von ihm hauptverantwortlich bearbeiteten und bereits erwähnten Sonderedition von Akten zur deutschen Einheit aus dem Bundeskanzleramt verfasst hatte.⁴⁴ Küsters ist nun, gut 10 Jahre nach Erscheinen des Dokumentenbandes, der Anregung eines Rezensenten gefolgt und hat aus der damaligen Einleitung ein eigenständiges Taschenbuch gemacht. Er hat seinen früheren Text an solchen Stellen aktualisiert, „wo neue Veröffentlichungen vertiefte Erkenntnisse bieten“ (S. 12), und er hat ihn um einige Anmerkungen erweitert.

Da es sich also um eine erweiterte Neuauflage handelt, wird hier nicht so ausführlich auf die Arbeit eingegangen, wie auf die übrigen. Sie zu besprechen

43 Hanns Jürgen Küsters: *Das Ringen um die deutsche Einheit. Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1989/90.* Freiburg/Breisgau 2009.

44 *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90: Einführung* S. 21–236.

ist aber in unserm Zusammenhang lohnend, auch um an die dahinterstehende Sonderedition aus dem Jahr 1998 zu erinnern, denn sie bildet den wichtigsten verfügbaren Quellenfundus zur deutschen Einheit von westdeutscher Seite. Der Rezensent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat sie seinerzeit als „das fesselndste Buch dieses Sommers“ gelobt.⁴⁵ In der Tat ist der Dokumentenband – er wiegt zwei Kilogramm und hat 1.667 Seiten, wovon Küsters' Einleitung 225 Seiten umfasst – nicht nur nach Gewicht und Umfang ein ‚Schwergewicht‘. Vor allem wird inhaltlich die unglaubliche Dynamik der Ereignisse erkenn- und erlebbar, die von Mitte 1989 bis zum Herbst 1990 der Vereinigung Deutschlands vorausgingen. Der Band zeigt gleichsam minutiös, wie denn die Wiedervereinigung genau abgelaufen ist. Er belegt nachdrücklich, dass das Bundeskanzleramt die Zentrale der westdeutschen Wiedervereinigungspolitik war. Er geht zurück auf eine geschichtspolitische Initiative des Bundeskanzlers und ist ein wahrer Glücksfall für alle an der Zeitgeschichte und insbesondere an der Geschichte der untergehenden DDR und der deutschen Einheit interessierten Leser. Abweichend von allen auch international gültigen Regeln, Regierungsdokumente frühestens 30 Jahre nach ihrem Entstehen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, werden hier 430 der wichtigsten Dokumente aus dem Bundeskanzleramt im Rahmen der vierbändigen „Geschichte der Deutschen Einheit“ publiziert, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Gewiss wäre es sinnvoll, auch die Akten des Auswärtigen Amtes in ähnlicher Weise zu publizieren oder zumindest zugänglich zu machen. Aber sie sind bis heute unter Verschluss.

Küsters' Arbeit unterstreicht den von den Akten vermittelten Eindruck, dass neben den Regierungszentralen in Washington und Moskau das Bundeskanzleramt in Bonn das wichtigste „Koordinations- und Entscheidungszentrum des Wiedervereinigungsprozesses“ war (S. 11). Es wird deutlich, dass unter den westlichen Verbündeten die USA am frühesten und konsequentesten den Einigungsprozess unterstützt haben. Präsident Bush stellt allerdings zwei Bedingungen: Die Deutschen bleiben Mitglied der NATO, und sie halten auch im Fall der Wiedervereinigung ihre Truppen in Europa und auch in Deutschland präsent (S. 161f.), was Kohl später zusagt. Nach erfolgter Einheit schickt Bush Kohl eine Proklamation, mit der er mit Einwilligung des Kongresses den 6. Oktober 1990 zum Deutsch-Amerikanischen Tag erklärt – zur Erinnerung an das erste Eintreffen deutscher Einwanderer auf amerikanischem Boden am 6. Oktober 1683. In der Proklamation kommt der Stolz der Amerikaner zum Ausdruck, zur deutschen Einheit beigetragen

45 Heinrich Maetzke, in: FAZ, 1. September 1998.

zu haben. Bush setzt der Ausfertigung der Urkunde für Helmut Kohl handschriftlich hinzu: „Dear Helmut – I had a tear of joy in my eye when I signed this“.⁴⁶

Diese persönliche Widmung von Bush an den „Kanzler der Einheit“ steht symptomatisch dafür – und davon zeugt auch Küsters’ Darstellung – in welchem hohem Maße Bundeskanzler Kohl unmittelbar als Person die Schlüsselrolle bei der Herstellung der Einheit einnahm. Es gelang ihm mit hunderten von Telefonaten und Besuchen, bei allen relevanten Gesprächspartnern Vertrauen in seine persönliche Verlässlichkeit und die der Deutschen zu begründen oder zu sichern, die europäischen Nachbarn zu beruhigen und ihre Furcht vor einem national erstarkenden Deutschland zu zerstreuen.⁴⁷ Das geschah etwa mit der Zusage zu einem Milliardenkredit an Moskau, zur fortdauernden Anerkennung der Oder/Neiße-Linie als polnische Westgrenze, zum Verzicht auf ABC-Waffen, zum Abbau der Truppenstärke, zum bereits erwähnten Verbleib der Deutschen in der NATO und im EU-Prozess gegenüber den USA sowie zum Verzicht auf Korrektur der sowjetischen Bodenreform in den Jahren 1945 bis 1949. Dazu kamen Kohls Beharrungsvermögen, nachdem er einmal die Chance zur raschen Einheit erkannt hatte sowie sein Gespür, im richtigen Moment die passende Strategie zu haben oder – wie er es Gorbatschow gegenüber mit einem von Bismarck benutzten Bild erläutert: „Wenn Gott durch die Geschichte schreitet, muss man versuchen, einen Zipfel seines Mantels zu erfassen“. Indem Kohl fortfährt, diese Worte seien charakteristisch für „unsere Zeit“, fordert er sehr geschickt Gorbatschow auf, es ihm gleichzutun und die Gunst der Stunde und des Schicksals zu nutzen, Europa und die Welt zu verändern.⁴⁸

Aus der Fülle der in den fraglichen Gedenkjahren erschienenen Erinnerungsliteratur ragt das Buch von Joachim Gauck wegen seiner sprachlichen Kraft und seines authentischen moralischen Anspruchs, der sich auf Wesen

46 Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 1555.

47 Diese war beim französischen Staatspräsidenten Mitterrand besonders ausgeprägt. Anders als seine britische Amtskollegin Margaret Thatcher war er aber durchaus für eine möglichst rasche deutsche Wiedervereinigung. Nur wollte er insbesondere die Fragen der polnischen Westgrenze und der deutschen Bündniszugehörigkeit geregelt sehen und den Fortgang des europäischen Einigungsprozesses, vor allem die Einführung des Euro, durch die deutsche Vereinigung nicht behindert sehen. Vgl. Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit, v. a. S. 24–26, S. 123–127 u. ö.

48 Galkin/Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow, S. 458, Dok. Nr. 102: Gespräch Gorbatschows mit Bundeskanzler Kohl am 15. Juli 1990. – In der Wiedergabe des Gesprächs von deutscher Seite ist diese Kohl-Passage verkürzt wiedergegeben – der Aufforderungscharakter an Gorbatschow kommt deshalb weniger klar zum Ausdruck; vgl: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 1340, Dok. Nr. 350: Gespräch Bundeskanzler Kohl mit Präsident Gorbatschow am 15.7.1990 in Moskau.

und Begriff der Freiheit richtet, heraus; es sei deshalb als einziges aus dieser Gattung hier besprochen.⁴⁹

Joachim Gauck, geboren 1940 in Rostock, gehörte zu den führenden Köpfen der demokratischen Oppositionsbewegung in der DDR. Er hat nicht rebelliert, ist nicht als Fundamentaloppositioneller aufgetreten, war aber ein Gegner des Regimes von Anfang an. Ein traumatisches Erlebnis seiner Kindheit trug früh dazu bei: 1951 wurde sein Vater „abgeholt“ (S. 33) und von einem sowjetischen Militärtribunal wegen angeblicher Spionage und „antisowjetischer Hetze“ zu zweimal 25 Jahren Haft in Sibirien verurteilt – das damals übliche Strafmaß; nach vier Jahren wurde er vorzeitig entlassen.

Gauck wuchs an der Ostseeküste in Mecklenburg auf, engagierte sich in der offen verfolgten Jungen Gemeinde, studierte Theologie in Rostock, war Pfarrer in Lüssow im Kreis Güstrow, später in Rostock-Evershagen; er stand in diesen Jahren dauerhaft im Visier der Staatssicherheit. In der Friedlichen Revolution, die im Norden mit leichtem zeitlichen Verzug begann, schloss er sich dem „Neuen Forum“ an und wurde Anfang Dezember an den Zentralen Runden Tisch berufen. In der letzten Volkskammer leitete er als Mitglied des Innenausschusses einen Sonderausschuss zur Auflösung der Stasi; damit wurde die Aufarbeitung der SED-Diktatur vorwiegend über Sicherung, Auswertung und Bereitstellung der Stasi-Akten fortan zu seiner Mission. Sehr ausführlich und doch äußerst spannend beschreibt Gauck die Arbeit dieses Ausschusses, dem es gelingt, ein Stasi-Unterlagen-Gesetz vorzubereiten, das schon am 24. August 1990 von der Volkskammer angenommen wird. Es regelt für den Einzelnen und für die Öffentlichkeit das Recht des geregelten Zugangs zu den Akten.

In der vereinigten Bundesrepublik wurde Gauck nach dieser Bewährung zum ersten „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ berufen. Heute ist er als Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ weiter mit der Aufarbeitung von Unrecht in Diktaturen befasst.

Als Pfarrer engagierte Gauck sich vor allem in der Jugendarbeit, war Stadtjugendpfarrer in Rostock. Wie Hunderte seiner Amtskolleginnen und -kollegen hat er inhaltlich und organisatorisch daran mitgewirkt, ein Netzwerk engagierter, an Bürger- und Menschenrechten, an ökologischen und Friedensfragen interessierter Menschen zu schaffen, die dann dem revolutionären Aufbruch Gerüst und Kontur gaben (S. 202). Wie die meisten seiner Gesinnungsgenossen erlebt er in Rostock seit Sommer 1989 die „Wiedergeburt

49 Joachim Gauck: Winter im Sommer, Frühling im Herbst. Erinnerungen. In Zusammenarbeit mit Helga Hirsch. 15. Aufl. München 2009.

des mündigen Bürgers“ (S. 207): Frühling im Sommer! Was den Leipzigern der Montag ist, wird den Rostockern der Donnerstag. Gauck erstellt für die Friedensgottesdienste die politische Predigt und wird damit in den Medien zum „Revolutionspastor“ (S. 213). Die Stasi notiert über ihn, er gehöre zu den „Organisatoren demonstrativer, gegen Staat und Gesellschaft gerichteter Handlungen“ (Zitat S. 218).

Anders als die meisten seiner Mitstreiter aus der bürgerlichen Oppositionsbewegung tritt Gauck schon frühzeitig für die deutsche Einheit ein, ja, er beginnt, „für die Einheit zu werben“ (S. 227). Werftarbeitern in Rostock erklärt er: Wenn wir sowieso den Sozialismus in Richtung auf westliche Modelle von Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft reformieren wollen, „wozu sollte dann ein eigener ostdeutscher Staat gut sein?“ (S. 227).⁵⁰ Die Sicht auf das politische Wollen der Bürgerrechtler ist zwar auch bei Gauck durchaus differenziert, aber in der Hauptsache sieht er sie doch auf der Suche nach einem verbesserten Sozialismus (S. 198). Dem Mauerfall und damit der Aufbruchmöglichkeit nach dem Westen standen sie skeptisch gegenüber, weil sie fürchteten, damit gehe menschliches Potenzial für die Reformen in der DDR verloren – Bärbel Bohley vom Neuen Forum sah die Gefahr eines „Ausverkaufs der DDR“; die meisten Bürgerrechtler, so Gauck, waren „weiter Feuer und Flamme für die Veränderungen der Gesellschaft zu Hause“ (S. 222). In Rostock entstand sogar als Allianz aus Kirchenleuten und Oppositionellen eine „Vereinigte Bürgerinitiative für einen neuen Sozialismus in einer eigenständigen DDR“ (S. 226). Hinter solcher Abneigung gegen die Einheit stehe oft ein von der SED übernommenes Zerrbild von der Bundesrepublik als eines von Konsumterror, Arbeitslosigkeit, Drogen und Prostitution beherrschten kapitalistischen Staates. In der Skepsis der Bürgerrechtsgruppen gegenüber der Einheit sieht auch Gauck den Hauptgrund für ihre bittere Niederlage bei der Volkskammerwahl. Gauck kann sich hier einmal einer milde ironisch-spöttischen Wortwahl nicht erwehren, die ansonsten nicht zu der unaufgeregt-nüchternen, integrativen Sprache des Buches passt: „Sie allein meinten zu wissen, was für das Volk gut sei, das aber ließ sich in seiner Unreife leider vom Westen, von Helmut Kohl verführen“. (...) Er, der Einheitsbefürworter, ist der einzige Kandidat aus der Bürgerbewegung in Mecklenburg-Vorpommern, der für das Bündnis 90, in das das Neue Forum integriert ist, in die Volkskammer einzieht.

50 Gaucks Frage erinnert an eine ebenfalls rhetorische Frage, die beim Beginn des Aufbruchs in der DDR der Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, in einem Gespräch mit dem stellvertretenden US-amerikanischen Außenminister Eagleburger stellt und in der ganz früh die Frage der möglichen Einheit schon anklingt: Was sei die DDR ohne das kommunistische System: „Deutschland!“ Eagleburgers Antwort: „Sehr gut!“ (Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, S. 397).

Den breitesten Raum nehmen in Gaucks Erinnerungen verständlicherweise die zehn Jahre von 1990 bis 2000 als Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR ein. Aus einfachsten äußeren Verhältnissen baut Gauck diese Behörde auf, die schon bald wie selbstverständlich mit seinem Namen identifiziert wird: die Gauck-Behörde. Er wird darin zur personifizierten Aufarbeitung der Stasi- und DDR-Vergangenheit und zu einem „reisenden Demokratielehrer“, wie er es selbst gern versteht (S. 327). Unschätzbare Hilfe leistet ihm dabei „sein“ Direktor Hansjörg Geiger, ein Jurist mit Verwaltungserfahrung, der zuvor Referatsleiter beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz war; ihn und seinen Nachfolger Peter Busse lobt Gauck über den grünen Klee. Bereits im Dezember 1991 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Stasi-Unterlagen-Gesetz, das in seinen Möglichkeiten zur Einsichtnahme in die Stasi-Akten weiter geht als das erste, noch von der DDR verabschiedete und das die Opfer besser schützt: Die Akten sind der Öffentlichkeit zur politischen, juristischen und historischen Aufarbeitung zugänglich zu machen, dabei dürfen nun sogar die Klarnamen von Informellen Mitarbeitern (IM) angegeben werden. Die Akten der Opfer bleiben nur für diese selbst offen, es sei denn, sie gestatten Dritten die Einsicht. Gauck sieht dieses Stasi-Unterlagen-Gesetz als Erfolg und Bestätigung für die Arbeit seiner Behörde, in der er „Leuchttürme der Aufklärung“ versammelt sieht (S. 278). Sie hat bei seinem Weggang über 3.000 Mitarbeiter; ca. 96 Prozent davon stammten zu Gaucks Zufriedenheit aus den neuen Bundesländern. In den ersten 100 Tagen nach Geltung des neuen Gesetzes stellen 420.000 Personen einen Antrag auf private Akteneinsicht; bis Frühjahr 2006 waren es deutlich mehr als sechs Millionen.

Gauck widmet sich seiner Arbeit als Bundesbeauftragter vor allem deshalb so engagiert, weil er offenbar darin die Vollendung der Friedlichen Revolution von 1989 sieht. Er ist überzeugt, dass im Kampf gegen den Stasi-Apparat der „revolutionäre Charakter“ des Umbruchs in der DDR am deutlichsten zum Ausdruck kam. Denn die Stasi, so seine These, war als „Schild und Schwert der Partei“ *die* Machtgrundlage der SED schlechthin – loyaler und schlagkräftiger noch als Volksarmee und Volkspolizei, so dass mit ihrer Ausschaltung auch dem System als Ganzem die Grundlage entzogen war. Deshalb ist für Gauck auch die Einnahme des Stasi-Hauptquartiers in Berlin-Lichtenberg am 15. Januar 1990 der revolutionäre Höhepunkt des Umbruchs, nicht der Mauerfall (S. 277f.).

Entschieden wendet Gauck sich gegen jede Schlussstrich-Mentalität in der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Von „Verständnis-Wessis“, die das Unrecht entschuldigen, indem sie ‚den Deckel draufmachen‘ wollen, ist da in ironisierender Distanz die Rede. Für Helmut Kohls Position, der – nicht nur im

Blick auf seinen eigenen Fall – die Stasi-Akten am liebsten in ein großes Loch hätte verschwinden lassen, zeigt er bei allem Respekt vor dessen politischer Leistung, keinerlei Verständnis – ebenso wenig übrigens, wie für Einheits-Zweifler in der SPD wie Willy Brandt und Walter Momper. Vergeben, so Gauck auf den häufig gehörten Einwand, ob das Wissen aus den Akten nicht Versöhnung und Vergeben erschwere, könne man nur das, was man zunächst einmal wisse (S. 322). Deshalb seien Aktenöffnung und Aufarbeitung notwendig und müssten auch weitergehen; schließlich handelt es sich um eine Aktenmenge von insgesamt 204 Kilometer.

Gaucks Nachfolgerin wurde Marianne Birthler, ebenfalls eine prominente Protagonistin der Friedlichen Revolution. Gauck selbst hätte sich nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundesbeauftragten die Übernahme einer politischen Aufgabe vorstellen können. Aber als ein Parteiloser, der er offenbar auch bleiben wollte und der sich als „linker, liberaler Konservativer versteht“, sah er dazu keinen Aktionsraum – zumindest nicht im Deutschen Bundestag (S. 326).

Joachim Gauck hat ein sehr politisches und zugleich emotional anrührendes Buch geschrieben. Seine entscheidende Antriebskraft war seit seiner Kindheit und Jugend, in der Zeit des revolutionären Aufbruchs, in seinem Amt als Bundesbeauftragter und ist bis heute der Glaube an die und die Sehnsucht nach der Freiheit, die ihm zugleich als engste Verwandte der Menschenwürde erscheint – dies bekundet er in überzeugender Weise im letzten Kapitel seines Buches. Freiheit vor und von allem ideologischen, politischen, rassischen, sozialen oder wie auch immer gearteten Unrecht, das man freilich kennen muss, um es zu verzeihen und sich zukünftig vor ihm zu schützen. Die „weiche Landung“ von Mitgliedern der DDR-Funktionseleiten nach dem Untergang der Diktatur (S. 283) wundert und ärgert ihn zwar, aber er begegnet ihnen nicht als Eiferer und Inquisitor, sondern im Bemühen um Versöhnung. Die moralische Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit seines Anliegens machen die Stärke von Gaucks Erinnerungen aus, sie zeugen von einer authentischen, charismatischen Persönlichkeit. Mit unverkennbarem Stolz, aber fern aller Selbstgefälligkeit berichtet er vom Erfolg seiner Aufklärungsarbeit. Offen spricht er auch von der Trennung von seiner Frau. Er bindet die Aufgabenfülle im neuen Amt des Bundesbeauftragten zwar durchaus in den Ursachenkomplex für das Scheitern der Ehe ein, ohne jedoch alles darauf zu schieben: „Was symbiotisch begonnen hatte, war nicht in einen Prozess des gemeinsamen Reifens übergegangen.“ (S. 249)

Gaucks Erinnerungen sind glänzend formuliert und sehr sorgfältig redigiert. Sprachliche oder inhaltliche ‚Ausrutscher‘ kommen praktisch nicht vor, sieht man einmal davon ab, dass Ibrahim Böhme der Allianz für Deutschland statt der SDP bzw. SPD zugeordnet wird (S. 266). Das Buch wurde 2010 mit

dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet. Dieser wird vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels vergeben und ehrt ein Buch, das von geistiger Unabhängigkeit zeugt und dazu beiträgt, bürgerliche Freiheit sowie moralischen, intellektuellen und ästhetischen Mut zu fördern.

Abschließend sei noch auf eine Publikation hingewiesen, die erst nach Fertigstellung des Rohmanuskripts zum vorliegenden Beitrag erschien und auf die deshalb nur knapp eingegangen werden kann, die aber für den hier behandelten sachthematischen Zusammenhang der Geschichte der deutschen Wiedervereinigung höchst aufschlussreich ist. Es handelt sich um die bereits erwähnte (Anm. 9) deutsche Übersetzung von sowjetischen Dokumenten zur Deutschen Frage aus den Jahren 1986 bis 1991, in deren Mittelpunkt Denken und Handeln Michael Gorbatschows stehen. Geboten werden vor allem Protokolle und Aufzeichnungen zu Telefonaten und Treffen Gorbatschows mit deutschen und nichtdeutschen, ausländischen Staatsmännern und Politikern (z. B. H. Kohl, H.-D. Genscher, W. Brandt, R. v. Weizsäcker, E. Honecker, E. Krenz, H. Modrow, G. Gysi, L. de Maizière sowie G. Bush, F. Mitterrand, M. Thatcher, G. Andreotti, J. Baker, R. Dumas, D. Hurd, G. de Michelis). Dazu kommen Notizen zu Sitzungen des Politbüros der KPdSU oder zu Besprechungen zwischen Gorbatschow und seinen engen Beratern. Der sehr sorgfältig gestaltete Band ist durch ein Orts- und Sachregister sowie durch ein annotiertes Personenregister erschlossen. Außerdem durch einen gründlichen, detaillierten Fußnotenapparat, der die abgedruckten Dokumente in ihren Überlieferungszusammenhang stellt und inhaltliche Erläuterungen gibt.

Nachdem Gorbatschows Glasnost und Perestroika-Reformen nicht den erhofften Erfolg gezeitigt hatten, sich insbesondere die wirtschaftliche Talfahrt weiter fortsetzte, geriet auch der Führungsanspruch der kommunistischen Partei immer mehr in Bedrängnis; Anfang des Jahres 1990 wurde er aus der sowjetischen Verfassung gestrichen. Reformen in Richtung auf mehr Demokratie, Teilhabe, Rechtssicherheit, wirtschaftliche Prosperität und materiellen Wohlstand, konnte man nun den sozialistischen „Bruderländern“ kaum verweigern, zumal Gorbatschow bei seinem Auftritt vor der UNO Anfang Dezember 1988 die Unumkehrbarkeit des Übergangs der UdSSR zu einer grundsätzlich neuen Politik bekundet hatte, zum Verzicht auf ideologische oder politische Vorgaben gegenüber den Staaten ihres bisherigen Machtbereichs. All dies war eine entschiedene Abkehr von der Breschnew-Doktrin, auch ein Bekenntnis zu den Werten der KSZE-Schlussakte von Helsinki und zu der Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses“.⁵¹

51 Galkin/Tschernjajew (Hg.): Michail Gorbatschow, S. 38–48, Dok. Nr. 16: Gespräch Gorbatschows mit Bundespräsident von Weizsäcker am 7. Juli 1987 in Moskau, Zitat S. 47.

Die Ereignisse in der DDR 1989 und die damit sich neu stellende Deutsche Frage lieferten gleichsam eine Probe aufs Exempel, wie ernst es der Sowjetführung mit dem „neuen Denken“ tatsächlich war. Hier erweist es sich als sehr günstig, dass die Dokumentation bereits mit dem Jahr 1986 einsetzt und so sichtbar wird, dass atmosphärische Veränderungen in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sich schon im Juli 1987 bei der Moskaureise von Bundespräsident Richard von Weizsäcker gezeigt hatten; hier schon hatte Gorbatschow dafür plädiert, in den beiderseitigen Beziehungen „eine neue Seite aufzuschlagen“ und eine Vereinigung Deutschlands im Prinzip nicht ausgeschlossen.⁵² Mit Kohls Besuch in Moskau im Oktober 1988 und Gorbatschows Gegenbesuch in Bonn Anfang Juni 1989 wurde diese Linie fortgesetzt und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut. Die bei diesen Besuchen entstandenen Dokumente lassen erkennen, dass es sich hier um einen echten Durchbruch handelte und dass hier faktisch schon der Anfang für den Prozess der Vereinigung Deutschlands gemacht wurde. Gorbatschow bekundete im Vieraugengespräch mit Kohl noch einmal: „In Bezug auf unsere Bündnispartner gilt bei uns ein festes Konzept: Jeder ist für sich selbst verantwortlich.“⁵³ In einer „Gemeinsamen Erklärung“ zu diesem Besuch bekräftigen beide „das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei zu bestimmen ...“ (S. 166) und in einer abschließenden Pressekonferenz äußert Gorbatschow auf eine entsprechende Journalistenfrage: „Die Mauer kann verschwinden, wenn die Voraussetzungen wegfallen, die sie hervorgebracht haben. Ich sehe hier kein großes Problem“ (S. 185).

In der DDR zeigten die SED-Machthaber freilich kein Gespür für diese neuen Entwicklungen, die Gorbatschow dadurch bekräftigte, dass er bei den Massendemonstrationen und beim Fall der Mauer auf Waffeneinsatz verzichtete und die DDR, wie angekündigt, ihrem Schicksal überließ. Zwar glaubte Gorbatschow nach dem Sturz Honeckers zunächst noch, dass die neue Führung der SED mit Egon Krenz in der Lage sein werde, den Sozialismus in der DDR im Sinne von Glasnost und Perestroika zu reformieren und zu erhalten und dass damit eine schrittweise Annäherung an westlich-demokratische Muster und irgendwann auch einmal die Wiedervereinigung möglich sein werde. Doch spätestens seit Krenz' Besuch in Moskau am 1. November 1989, der die wirtschaftlich desolate Lage der DDR offenbarte, wusste Gorbatschow, dass die Tage der SED und der DDR überhaupt gezählt waren.⁵⁴ So war es auch

52 Ebd., Zitat S. 38.

53 Ebd., S. 143–152, Dok. Nr. 34: Vieraugengespräch Gorbatschow mit Kohl am 12. Juni 1989 in Moskau, Zitat S. 148.

54 Ebd., S. 213–227, Dok. Nr. 52: Gespräch Gorbatschows mit dem Staatsratsvorsitzenden Krenz am 1. November 1989. Hier endlich erkennt und bekennt Krenz auch den „Kardi-

aus diesem Blickwinkel nur konsequent, dass Bundeskanzler Kohl bei seinem Besuch in Moskau am 10. Februar 1990 von Gorbatschow die Versicherung erhielt, „dass zwischen der Sowjetunion, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Einheit der deutschen Nation bestehen und dass die Deutschen diese Frage selbst entscheiden.“ (S. 326) Bei einem weiteren Besuch in Moskau, der mit einem gemeinsamen Besuch in Gorbatschows Landhaus in Archys im Kaukasus abschließt, erhält Kohl dann auch die Zusage: „Das vereinigte Deutschland ist Mitglied der NATO.“ (S. 465)⁵⁵, was zuvor freilich schon Gorbatschow und Bush untereinander abgestimmt hatten.

Zum Verständnis des Prozesses der deutschen Einheit im Gefolge der Friedlichen Revolution in der DDR ist der hier vorgestellte Band eben so unverzichtbar wie die Sonderedition „Deutsche Einheit“ aus den Akten des Bundeskanzleramtes. Er verdeutlicht, wie angesichts des Machtverfalls der SED in der DDR die sowjetische Staats- und Parteiführung auf die weitere Entwicklung Einfluss zu nehmen versucht, die unausweichlich auf die deutsche Einheit zuläuft, die, für Gorbatschow schon seit langem denkbar, freilich nur in langfristigen Perspektiven, nun auch in ihrem unerwartet raschen Verlauf von ihm nicht mehr behindert wird, weil er entschlossen ist, sich an die KSZE-Beschlüsse und an seine Zusagen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker im Geiste einer neuen, ‚entideologisierten‘ Zeit zu halten. So sieht er, nachdem die generelle Linie feststeht, seine Hauptaufgabe darin, „den unausweichlichen Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands in geordnete Bahnen zu lenken.“ (S. XXXI) Der Band erweitert beträchtlich unser Hintergrundwissen über die Motive der handelnden Personen und über die Interessen der Staaten, für die sie stehen.

Mit Recht auch steht der letztgenannte Band am Ende unserer Übersicht zu wichtiger jüngst erschienener Literatur zur Friedlichen Revolution und zur deutschen Einheit. Er führt noch einmal eindringlich vor Augen, in wie hohem Maße die deutsche Einigung ein multinationaler Prozess war. Keineswegs war es so, wie oft gehört, dass die Friedliche Revolution in der DDR gleichsam wie von selbst zur Wiedervereinigung führte, vielmehr bedurfte es erheblichen politischen und diplomatischen Geschicks der führenden Staatsmänner und ihrer Beamten, zumal die deutsche Einheit in den Prozess der europäischen

nalfehler“ der DDR; dieser „bestand wahrscheinlich darin, dass keine ernsthaften Schlussfolgerungen aus den neuen Prozessen der gesellschaftlichen Entwicklung gezogen wurden, die in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern begonnen hatten und in der DDR selbst überfällig waren“ (S. 215).

55 Vgl. zu diesem Kohl-Besuch ausführlich Küsters: Das Ringen um die deutsche Einheit, S. 343–357.

Integration einzubinden war. Dass die Revolution in der DDR friedlich ablief, war Voraussetzung, aber zugleich auch schon Ergebnis der bei allem Tempo der Ereignisse doch im neuen Geist von Versöhnung und Partnerschaft besonnen ablaufenden Verhandlungen. Man kann sagen, dass die Lösung der Deutschen Frage ein entscheidender Faktor zum endgültigen Abbau der Konfrontation der Systeme und der hinter ihnen stehenden Weltmächte war.

Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2010–2011

Editionen

- Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1966–1969. Bearb. von Stefan Marx (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 4. Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 11/V). Halbbd. 1 und 2. Düsseldorf 2011.
- Majonica, Ernst: Das politische Tagebuch 1958–1972. Bearb. von Hans-Otto Kleinmann und Christopher Beckmann. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55). Düsseldorf 2011.
- Paulus van Husen 1891–1971. Erinnerungen eines Juristen vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Bearb. und eingel. von Karl-Joseph Hummel unter Mitarb. von Bernhard Frings (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen 53). Paderborn 2010.

Monographien, Aufsätze, Sammelbände Deutschland

- Axthelm, Wolfram (Hg.): 20 Jahre CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern. Aufbruch in die Demokratie. Textband (Schriftenreihe der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 6). Schwerin 2010.
- Ders. (Hg.): 20 Jahre CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern. Aufbruch in die Demokratie. Fotoband (Schriftenreihe der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 7). Schwerin 2010.
- Bayern, Anna von: Karl-Theodor zu Guttenberg. Aristokrat, Politstar, Minister. 4. Aufl. Köln 2010.
- Beckstein, Günther: Die Zehn Gebote. Anspruch und Herausforderung. Holzgerlingen 2011.
- Biedenkopf, Kurt: Wir haben die Wahl. Freiheit oder Vater Staat. Berlin 2011.
- Borup, Allan: Demokratisierungsprozesse in der Nachkriegszeit. Die CDU in Schleswig-Holstein und die Integration demokratieskeptischer Wähler. Übersetzt von Detlef Siegfried (Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte. IZRG-Schriftenreihe 15). Bielefeld 2010.
- Brunner, Benedikt: Den Blick nach vorn – Zehn Gedanken zur deutschen Christdemokratie. In: *Civis mit Sonde* (2010) 2/3, S. 4–10.

- Bukow, Sebastian/Seemann, Wenke (Hg.): Die Große Koalition. Regierung – Politik – Parteien 2005–2009. Wiesbaden 2010.
- Conze, Eckart (Hg.): Die Herausforderung des Globalen in der Ära Adenauer. (Rhöndorfer Gespräche 24). Bonn 2010.
- Egle, Christoph/Zohlnhöfer, Reimut (Hg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005–2009. Wiesbaden 2010.
- Eith, Ulrich/Schlipphak, Bernd: Politische Lagerbildung versus fluider Wettbewerb. In: Manuela Glaab/Werner Weidenfeld/Michael Weigl (Hg.): Deutsche Kontraste 1990–2010. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Frankfurt/Main 2010, S. 75–99.
- Feist, Ursula/Hoffmann, Hans-Jürgen: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 9. Mai 2010: Vom Abwarten zur Kehrtwende. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 4, S. 766–787.
- Fischer, Wolfgang: Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949 bis 1974 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 157). Düsseldorf 2010.
- Fuhrer, Armin: Christian Wulff. Die Biografie. 2. Aufl. München 2010.
- Gerster, Johannes: Nicht angepasst. Mein Leben zwischen Mainz, Bonn und Jerusalem. Ingelheim 2010.
- Gillies, Peter/Koerfer, Daniel/Wengst, Udo: Ludwig Erhard. Berlin 2010.
- Gloe, Markus/Reinhardt, Volker (Hg.): Politikwissenschaft und Politische Bildung. Nationale und internationale Perspektiven. Festschrift für Udo Kempf. Wiesbaden 2010.
- Gothe, Heiko: Die thüringische Landtagswahl vom 30. August 2009: Desaster für Althaus-CDU mündet in schwarz-rottem Bündnis. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 2, S. 304–322.
- Granieri, Ronald J.: Odd Man Out? The CDU-CSU, Ostpolitik, and the Atlantic Alliance. In: Matthias Schulz/Thomas A. Schwartz (Hg.): The Strained Alliance. U.S.-European Relations from Nixon to Carter. New York 2010, S. 83–101.
- Grau, Andreas: Willy Brandt und Polen aus der Sicht der CDU/CSU-Opposition. In: Friedhelm Boll/Krzysztof Ruchniewicz (Hg.): Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen (Willy-Brandt-Studien 4). Bonn 2010, S. 169–182.
- Grube, Norbert: Regierungspropaganda in der Ära Adenauer im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. In: Klaus Arnold u. a. (Hg.): Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert. Leipzig 2010, S. 267–285.

- Handke, Lars-Gunnar/Sobotta, Andreas A. (Red.): 40 Jahre MIT in Niedersachsen 1971–2011. Bissendorf 2011.
- Hopp, Gerhard/Sebaldt, Martin/Zeitler, Benjamin (Hg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei. Wiesbaden 2010.
- Horst, Patrick: Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 27. September 2009: Ministerpräsident auf Abruf kann nach vorgezogener Neuwahl schwarz-gelbe Wunschkoalition bilden. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 2, S. 372–389.
- Huber, Ludwig: Rainer Barzel: Koordinator der deutsch-französischen Zusammenarbeit. In: Gloe/Reinhardt, S. 195–203.
- Jesse, Eckhard: Die sächsische Landtagswahl vom 30. April 2009: Sachsens Vorreiterrolle für den Bund. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 2, S. 322–339.
- Jung, Franz Josef: Die letzten Tage der Teilung. Wie die deutsche Einheit gelang. Freiburg/Breisgau 2010.
- Junge Union Landesverband Baden-Württemberg (Hg.): Chronik 40 Jahre Junge Union Baden-Württemberg 1970–2010. Stuttgart 2010.
- Kersting, Wolfgang (Hg.): Freiheit und Gerechtigkeit. Die moralischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft. Frankfurt/Main 2010.
- Kiesewetter, Roderich: CDU/CSU: Prioritätensetzung für eine operative Außenpolitik. In: Josef Braml/Thomas Risse/Eberhard Sandschneider (Hg.): Einsatz für den Frieden. Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit (Jahrbuch Internationale Politik 28). München 2010, S. 368–371.
- Klatt, Johanna: Rita Süßmuth. Politische Karriere einer Seiteneinsteigerin in der Ära Kohl (Göttinger Junge Forschung 4). Stuttgart 2010.
- Klößner, Julia: Christliche Parteien als Volkspartei – ein Zukunftsmodell. Das christliche Bild vom Menschen gibt Orientierung, ohne einzuengen. In: Die Politische Meinung 56 (2011) 496, S. 12–14.
- Dies.: Christliche Werte. Ein MUT-Interview mit der CDU-Politikerin Julia Klößner. Das Gespräch führte Reinhard Scholzen. In: Mut 46 (2011) 519, S. 89–95.
- Koch, Roland: Konservativ. „Ohne Werte und Prinzipien ist kein Staat zu machen!“. Freiburg/Breisgau 2010.
- Köhler, Kristina: Gerechtigkeit als Gleichheit? Eine empirische Analyse der objektiven und subjektiven Responsivität von Bundestagsabgeordneten. Wiesbaden 2010.
- Korte, Karl-Rudolf: Parteienwettbewerb. Wählen und Regieren im Schatten der Großen Koalition. In: David Gehne/Tim Spier (Hg.): Krise oder Wan-

- del der Parteiendemokratie? Festschrift für Ulrich von Alemann. Wiesbaden 2010, S. 121–131.
- Kost, Andreas/Rellecke, Werner/Weber, Reinhold (Hg.): Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München 2010.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha: Beschleunigung des Einigungsprozesses und Einfluss der West-Parteien – „Dolchstoß“ für einen Dritten Weg der DDR? In: Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden. Berlin 2010, S. 109–125.
- Kronenberg, Volker: Totgesagte leben länger. Anmerkungen zur Debatte um die Zukunft der Volksparteien im Wahljahr 2011. In: Die Politische Meinung 56 (2011) 496, S. 26–30.
- Kürschner, Isabelle (Hg.): Frauen in der Politik (Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 70). München 2010.
- Küstlers, Hanns Jürgen/Uertz, Rudolf (Hg.): Christlich-Soziale im DGB. Historische und aktuelle Fragen. Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2010.
- Kulhawy, Andreas: Geschichte der Frauen Union Niedersachsen. Hannover 2011.
- Kurze, Markus: 65 Jahre Christdemokraten in Burg und im Jerichower Land/Sachsen-Anhalt. Burg 2010.
- Lammert, Norbert: Einheit muss wachsen. Von Osis und Wessis, Hunden und Katzen, Kaffee und Kuchen. In: Deutschland Archiv 43 (2010) 5, S. 773–777.
- Ders.: Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit. 20 Blicke auf unser Land. Freiburg/Breisgau 2010.
- Langebach, Martin: Eintrittsmotive in die Junge Union. In: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung (MIP) 16 (2010), S. 91–102.
- Lensing, Helmut: Ludwig Windthorst. Neue Facetten seines politischen Wirkens (Studien und Quellen zur Geschichte des Emslandes und der Grafenschaft Bentheim 1). Haselünne 2011.
- Lieberknecht, Christine: 20 Jahre Deutsche Einheit – angekommen in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. In: Jahrbuch des Föderalismus 11 (2010), S. 15–25.
- Lohse, Eckart/Wehner, Markus: Guttenberg. Biographie. München 2011.
- Lorenz, Robert: Siegfried Balke. Grenzgänger zwischen Wirtschaft und Politik in der Ära Adenauer (Göttinger Junge Forschung 3). Stuttgart 2010.
- Lucke, Albrecht von: Volkspartei neuen Typs. Die Merkel-Union. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 23 (2010) 12, S. 75–77.

- Maier, Hans: Adenauer-Zeit: Spuren ihrer Wahrnehmung in der deutschen Nachkriegsliteratur und -publizistik (2006). In: Ders.: Die Deutschen und ihre Geschichte (Gesammelte Schriften 5). München 2010, S. 277–296.
- Ders.: Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff. München 2011.
- Maizière, Lothar de: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Unter Mitarb. von Volker Resing. Freiburg/Breisgau 2010.
- Mappus, Stefan: Die Volksparteien am Scheideweg. „Stiller Tod“ – oder Comeback aus dem Geist der Gründer? In: Die Politische Meinung 56 (2011) 496, S. 5–11.
- Massud, Abdel-Hafiez: Einblicke in die verbale Wahlkampfkommunikation der Schlagwörter-Parteien CDU und SPD. Berlin 2011.
- Mayer, Tilman: Volksparteien. Voreilige Grabgesänge? In: Gloe/Reinhardt, S. 59–67.
- Merkel, Angela: Eine neue Chance. Zum Geschenk der deutschen Einheit. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 490, S. 7–11.
- Merz, Hans-Georg: Französische Besatzungspolitik und deutsche Nachkriegspolitik. Die Beispiele Jakob Kaiser und Kurt Schumacher. In: Gloe/Reinhardt, S. 195–203.
- Mohring, Mike (Hg.): Was heißt heute konservativ? Freiheit – Verantwortung – Ordnung. Bausteine für einen modernen Konservativismus. Jena 2010.
- Müller-Härlin, Maximilian: Die Integrationsgipfel der Bundeskanzlerin und der Nationale Integrationsplan. Genese, Funktion, Kritik. In: Frank Baasner (Hg.): Migration und Integration in Europa. Baden-Baden 2010, S. 299–312.
- Neugebauer, Gero: NRW: Nach der Wahl ist vor der Wahl. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte (2010) 7/8, S. 10–13.
- Niedermayer, Oskar: Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften von 1990 bis 2009. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (2010) 2, S. 421–437.
- Ders.: Die Erosion der Volksparteien. In: Zeitschrift für Politik 57 (2010) 3, S. 265–277.
- Nooke, Günter: Who is Promoting the Stability of the Human Rights Pillar? Lessons from our Own Experience of Dictatorship. In: European View 9 (2010) 1, S. 111–114.
- Probst, Lothar: Der Abstieg der Volksparteien. Die neue Beweglichkeit im Fünfparteiensystem. In: Forum Kommune 28 (2010) 3, S. 18–21.
- Rauscher, Anton: Das Ringen um die Soziale Marktwirtschaft (Mönchengladbacher Gespräche 30). Köln 2010.
- Resing, Volker: Angela Merkel: So wahr mir Gott helfe. Ein Porträt. Neuauf. Leipzig 2010.

- Salg, Olaf/Klein, Thomas: Wertebewusst mit Vorbildfunktion – die Rolle des RCDS als Zukunftsmotor. In: *Civis mit Sonde* (2010) 4, S. 10–13.
- Schäuble, Wolfgang: Religion, Demokratie, Gesellschaft – eine politische Perspektive. In: Christian Peters/Roland Löffler (Hg.): *Der Westen und seine Religionen. Was kommt nach der Säkularisierung?* Freiburg/Breisgau 2010, S. 18–31.
- Ders.: Zum christlich-islamischen Dialog aus der Sicht des Staates. In: Peter Hünslers/Salvatore Di Noia (Hg.): *Kirche und Islam im Dialog. Europäische Länder im Vergleich.* Regensburg 2010, S. 41–46.
- Scharf, Jürgen (Hg.): *20 Jahre CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt 1990–2010.* Magdeburg 2010.
- Schavan, Annette: Bildungsrepublik Deutschland. In: Heinrich Oberreuter (Hg.): *Bildungspolitik im Umbruch (Zeitschrift für Politik, Sonderbd. 4).* Baden-Baden 2011, S. 91–97.
- Schneider, Beate/Schütz, Walter J.: Zur Entwicklung und Struktur parteinaher Zeitungen seit 1945 (I). Grundrichtung: christlich-demokratisch. In: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 11 (2009), S. 82–94.
- Schönbohm, Jörg: *Wilde Schwermut. Erinnerungen eines Unpolitischen. Mit Beiträgen von Eveline Schönbohm.* Berlin 2010.
- Schröder, Kristina: Mündigkeit im Informationszeitalter. In: Hubert Burda u. a. (Hg.): *2020 – Gedanken zur Zukunft des Internets.* Essen 2010, S. 123–127.
- Schütz, Armin: *65 Jahre CDU im Kreis Schleswig-Flensburg. Eine Jubiläumsschrift aus der Sicht des Autors und Zeitzeugen Dr. Armin Schütz.* Schleswig 2010.
- Schwarz, Hans-Peter: Reichsgründung und Wiedervereinigung: Variationen zum Thema „Vergleichbarkeit und Unvergleichbarkeit“ von Otto von Bismarck und Helmut Kohl. In: Tilman Mayer (Hg.): *20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 97).* Berlin 2010, S. 27–45.
- Schwießelmann, Christian: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Mecklenburg und Vorpommern. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes (1945–1952) (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 58).* Düsseldorf 2011.
- Seils, Christoph: *Parteiendämmerung – oder was kommt nach den Volksparteien?* Berlin 2010.
- Seliger, Bernhard/Sepp, Jüri/Wrobel, Ralph (Hg.): *Chancen und Risiken für die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme (Ordnungspolitische Dialoge 2).* Frankfurt/Main 2010.
- Spruck, Arnold/Stein, Volkmar/Wollner, Manfred: *Geschichte der CDU im Kreis Büdingen 1945–1972.* Nidda 2010.

- Szatkowski, Tim: Die CDU/CSU und die deutsch-polnischen Vereinbarungen vom Oktober 1975. Humanität oder Konfrontation? In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59 (2011) 1, S. 53–78.
- Thiele, Ulf: Die Basis der Partei ist engagiert. Die CDU in Niedersachsen hat ihre Mitglieder befragt – mit erstaunlichen Ergebnissen. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 488/489, S. 77–80.
- Vogel, Bernhard: Impulse der katholischen Soziallehre für die Politik. In: Nils Goldschmidt/Ursula Nothelle-Wildfeuer (Hg.): Freiburger Schule und Christliche Gesellschaftslehre. Joseph Kardinal Höffner und die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 2010, S. 361–372.
- Ders.: Mann ohne Schablonen. Zum 100. Geburtstag von Gerhard Schröder. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 490, S. 73–76.
- Voigt, Mario: Die Volkspartei der Mitte. Suche nach den Kräften und Werten des Bewährten. In: Die Politische Meinung 56 (2011) 496, S. 21–25.
- Weibel, Nico: Die Entwicklung der CDU in Ludwigshafen am Rhein im Lichte der Wahlen von 1968 bis 2006. Diss. Mannheim 2010.
- Weigl, Michael: Kein Platz für Legenden. Die westdeutschen Parteien im Einigungsprozess. In: Andreas H. Apelt/Robert Grünbaum/Martin Gutzeit (Hg.): Der Weg zur Deutschen Einheit. Mythen und Legenden. Berlin 2010, S. 127–141.
- Zieschang, Tamara: Das Ganze im Blick haben. Zu den zukünftigen Herausforderungen der Volkspartei. In: Die Politische Meinung 56 (2011) 496, S. 15–19.
- Zimmer, Matthias: Paulus und die Politik. In: Die Neue Ordnung 64 (2010) 3, S. 164–176.
- Ders.: Zweierlei Konservative. In: Die Politische Meinung 55 (2010) 492, S. 60–63.

Europa, Asien, Lateinamerika

- Bitsch, Marie-Thérèse: Robert Schuman. Apôtre de l'Europe 1953–1963 (Cahiers Robert Schuman 1). Brüssel 2010.
- Brok, Elmar: Die neue Macht des Europäischen Parlaments nach „Lissabon“ im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik. In: Integration 33 (2010) 3, S. 209–223.
- Gehler, Michael: Geschichte vergleichender Parteien – Außenpolitik und Mitgliedschaft in der Europäischen Union: SPÖ und ÖVP in internationalen Organisationen und transnationalen Netzwerken 1945–2005. In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen; Forschungen und Forschungsberichte 43 (2010), S. 7–46.

- Grabow, Karsten (Red.): *Christliche Demokratie: Grundsätze und Politikgestaltung*. Handbuch für die europäische und internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2010.
- Gröhe, Hermann: *Por una cooperación responsable entre Europa y América Latina*. In: *Diálogo Político* 27 (2010) 3, S. 13–33.
- Kalyvas, Stathis N./Kersbergen, Kees van: *Christian Democracy*. In: *Annual Review of Political Science* 13 (2010), S. 183–210.
- Mittag, Jürgen/Steuer, Janosch: *Politische Parteien in der EU*. (Europa kompakt 6). Wien 2010.
- Orosz, Adele: *Mehr Europa oder mehr Spanien? Spaniens Europapolitik unter González und Aznar*. Baden-Baden 2010.
- Pöttering, Hans-Gert: *The Schuman Plan 60 Years Later: A Model for the Middle East?* In: *European View* 9 (2010) 1, S. 93–96.
- Rinke, Andreas: *The EU Chancellor. Angela Merkel Carries her Governing Style to the European Level*. In: *Internationale Politik, Global Edition* 12 (2011) March/April, S. 50–53.
- San Miguel Pérez, Enrique: *La democracia cristiana y la democracia de los Cristianos* (Publicaciones de la Fundación Universitaria Española, Monografías 131). Madrid 2010.
- Schmidt, Egmont: *Krisen, Kämpfe, Kontroversen. Die Konflikte innerhalb der großen Koalition von 1986 bis 2000* (Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs 26). Frankfurt/Main 2011.
- Stenger, Matthias: *Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974–1992)* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 60). Düsseldorf 2011.
- Sutterlüty, Georg: *„Der chilenische Reformpolitiker Eduardo Frei Montalva und seine schweiz-, österreichischen Wurzeln im Hintergrund der Auswanderung von Vorarlberg nach Chile im 19. Jahrhundert“*. Diss. Wien 2010.
- Thesing, Josef: *La Fundación Konrad Adenauer en América Latina: historia de una larga cooperación*. In: *Diálogo Político* 27 (2010) 3, S. 173–192.
- Vytiska, Herbert: *Wo sind sie geblieben, die Döblinger Regimenter? Die österreichische Parteienlandschaft und die Herausforderung für die ÖVP*. In: *Die Politische Meinung* 56 (2011) 496, S. 41–43.
- Wahl, Jürgen: *Von Mazowiecki zu Tusk. Solidarität europäischer Christdemokraten mit Polen*. Bonn 2011.
- Zotti, Stefan: *Politische Parteien auf europäischer Ebene. Grundzüge der politischen und rechtlichen Entwicklung des europäischen Parteiensystems* (Austria-Institut für Europa- und Sicherheitspolitik; AIES-Beiträge zur Europa- und Sicherheitspolitik 2). Baden-Baden 2010.

Abstracts*

Klaus Naumann: What is to be expected of a reform of the Bundeswehr? (pp. 1–12)

The former Inspector General of the Bundeswehr weighs the risks and opportunities of an armed forces' reform. He holds the view that the chances predominate, if the question of the financial management is adjusted flexibly and the policymakers bear in mind that the Bundeswehr is still the most important instrument of the German foreign and security policy and that Germany still has to assume international responsibility.

Stefan Donth: The Soviet Military Administration in Germany and the CDU's policy towards the displaced persons in Saxony between 1945 and 1952 (pp. 13–47)

For the first time the tense relationship between the Soviet Military Administration and the CDU in Saxony and its impacts on the policy towards the refugees is investigated with the help of Russian sources. The small room for manoeuvre in which the CDU attempted to implement her perception of Christian democracy under Soviet rule becomes evident.

Andreas Grau: Goslar 1950. Preparation, conception and progress of the first national party convention of the Christian Democratic Union of Germany (pp. 49–86)

The background and progress of the CDU's first national party convention are described in detail. The choice for the meeting-place Goslar is illustrated. At the same time intra-party proportional representation, denominational considerations and general political reflections, which influenced the convention's program and the personnel decisions, played a role.

Dorothea Oelze: Margot Kalinke and the changeover of nine Bundestag members of the German Party to the CDU in 1960 (pp. 87–117)

Margot Kalinke, a determined and to a large extent forgotten member of the Bundestag, was instrumental in organizing the changeover of nine Bundestag members of the Deutsche Partei (German Party/DP) to the CDU. Starting with Kalinke's biography, the reasons for the changeover, which are to be found in the DP's structural problems between the Hanoverian core party and the parliamentary group tied in a coalition with the union party, are depicted.

Torsten Oppelland: Defensive democracy and democratic national consciousness: Interior minister in the Adenauer administration (pp. 125–137)

From 1953 up to 1961 the CDU politician Gerhard Schröder held the office of Interior minister. The advocate of a defensive democracy quite soon advanced to be one of the most di-

* Translated by Denise Lindsay.

stinguished members of the Adenauer government. Very dedicated during the lawsuit against the German Communist Party, he was also interested in less sensational topics such as the setup of administrative bodies. He could however not push through his concept concerning the emergency acts.

Joachim Wintzer: In the period between the building of the Berlin Wall and the NATO double-track decision (pp. 139–160)

As Foreign minister and later on Defence Secretary the CDU politician Gerhard Schröder had decisive influence on the shaping of foreign policy. Even as an opposition politician he was still able during the 1970s to influence the Foreign Committee considerably, for example in the issue of the diplomatic recognition of the People's Republic of China.

Thomas de Maizière: Gerhard Schröder – a politician with a sense of proportion (pp. 161–166)

The author, like Gerhard Schröder before him minister of the Interior as well as later on Defence Secretary, looks back on his predecessor's impressive career. He especially pays tribute to the Protestant Christian Schröder, who acted as a long-time chairman of the CDU's Protestant Committee and who made his contribution to vitalize the interdenominational structure of the party. As a person as well as a politician Schröder epitomised the transition from the political system stamped by Prussian Protestantism to the democratic Federal Republic.

Hanns Jürgen Küsters: The unification of CDU East and West in 1990 (pp. 167–192)

The merger of CDU (West) and CDU (East) simultaneously to the national reunification is often seen as a natural process. In reality the gradual opening process was characterized within the CDU (West) by varying evaluations and a great deal of concern about the role of the CDU (East) as a former bloc party. The reform process within the CDU (East), the integration of new opposition groups such as the Democratic Renewal in the Alliance for Germany during the first free election to the People's Parliament in March 1990 and the necessity to have an organisational powerful partner available in the GDR led to a further rapprochement and later on to the unification of both parties at the CDU's national party convention in Hamburg on 1 October 1990.

Christopher Beckmann: Youth work and political education as a lifetime continuum – Josef Rommerskirchen (1916–2010) (pp. 193–227)

In the biography of Josef Rommerskirchen, former chairman of the German Catholic Youth Federation (BDKJ), long-time CDU Member of the Bundestag and later on Director of the Federal Agency for Civic Education, hardly anything is known about his earlier activities. To him his socialization in the Catholic youth movement during the interwar period was formative. The part Rommerskirchen assumed at the BDKJ during the early post-war period was the basis for his political career, albeit he never gained a senior office.

Denise Lindsay: Helga Wex (1924–1986) (pp. 229–248)

It was the desire of Helga Wex, CDU member of the Bundestag and long-time chairwoman of the CDU's Women's Union, to modernise her party's the perception of women and families. Not till her period in office the programmatic work of the Women's Union began. The energetic politician contrived the concepts of "partnership" and "freedom of choice" to help make the CDU once more attractive to women.

Manfred Agethen: 20 years of Peaceful Revolution and German reunification: The most important new books concerning the commemorative years 2009 and 2010 (pp. 249–290)

The events which led to the Peaceful Revolution in the GDR and the reunification are summed up based on the current state of research. A discussion on the most important new books concerning this topic ensues.

Résumés*

Klaus Naumann: Que faut-il attendre de la réforme de la Bundeswehr? (p. 1–12)

L'ancien chef d'état-major de la Bundeswehr évalue les risques et les atouts de la réforme militaire. Il considère que les points positifs l'emportent, à condition toutefois de traiter avec suffisamment de flexibilité la question des finances et de ne pas oublier que la Bundeswehr reste l'instrument le plus important de la politique de sécurité et de la politique étrangère de l'Allemagne, ni que l'Allemagne porte une responsabilité sur la scène internationale.

Stefan Donth: L'administration militaire soviétique en Allemagne et la politique de la CDU saxonne à l'égard des expulsés entre 1945 et 1952 (p. 13–47)

La contribution étudie pour la première fois à la lumière de sources russes les rapports tendus entre l'administration militaire soviétique et la CDU en Saxe ainsi que leurs répercussions sur la politique à l'égard des expulsés. Sous la coercition du pouvoir soviétique, la CDU disposait seulement d'une faible marge de manœuvre pour imposer ses convictions démocratiques chrétiennes.

Andreas Grau: Goslar 1950. Préparation, conception et déroulement du premier congrès fédéral du parti de l'Union chrétienne-démocrate d'Allemagne (p. 49–86)

La contribution décrit la préhistoire et le déroulement du premier congrès fédéral de la CDU et explique le choix du lieu de ce congrès, Goslar. S'y sont mêlés des facteurs de représentation proportionnelle en interne, des considérations confessionnelles et des réflexions politiques germano-allemandes qui ont pesé à la fois sur le programme du colloque et sur les nominations.

Dorothea Oelze: Margot Kalinke et le ralliement de neuf députés du Deutsche Partei (DP) à la CDU (p. 87–117)

Margot Kalinke, une députée au Bundestag engagée et quasiment tombée dans l'oubli, a considérablement influencé la décision de neuf députés du Bundestag de passer du DP à la CDU. À partir de la biographie de Kalinke l'auteur présente les dessous de ce changement, qui s'expliquent essentiellement par des problèmes structurels du Parti allemand, tiraillé entre le noyau dur de Hanovre et la fraction parlementaire liée par sa coalition gouvernementale avec la CDU.

Torsten Oppelland: Démocratie combattante et conscience étatique démocratique: le ministre fédéral de l'Intérieur dans le gouvernement Adenauer (p. 125–137)

* Traduit par Valentine Meunier.

De 1953 à 1961, Gerhard Schröder (CDU) fut à la tête du ministère fédéral de l'Intérieur. Apôtre d'une démocratie combattante, il est rapidement devenu l'une des personnalités les plus marquantes du gouvernement Adenauer. Très engagé pendant le procès d'interdiction du KPD en 1956, il s'intéressa cependant aussi à des questions moins sensationnelles comme le développement de son administration. Il n'est en revanche pas parvenu à faire adopter son projet de lois d'exception.

Joachim Wintzer: Entre la construction du Mur et la double décision de l'OTAN: la politique étrangère et de défense de Gerhard Schröder (p. 139–160)

En qualité de ministre des Affaires étrangères d'abord, de ministre de la Défense ensuite, Gerhard Schröder (CDU) a notablement forgé la politique étrangère de la République fédérale d'Allemagne dans les années 1960. Bien que dans l'opposition il a pu faire valoir ses vues dans la Commission des Affaires étrangères au début des années 1970, par exemple sur la question de la reconnaissance diplomatique de la République populaire de Chine.

Thomas de Maizière: Gerhard Schröder – Un homme politique doué de jugement (p. 161–166)

L'ancien ministre fédéral de l'Intérieur, puis de la Défense, offre un regard rétrospectif sur la carrière impressionnante de son prédécesseur Gerhard Schröder. Il rend particulièrement hommage au protestant qu'était Schröder, qui a longtemps présidé le groupe de travail protestant de la CDU et a contribué à insuffler la vie à la structure interconfessionnelle du parti. Que ce soit dans sa vie civile ou politique, Schröder a foncièrement participé à la transformation d'un État prussien en une République fédérale démocratique.

Hanns Jürgen Küsters: La fusion de la CDU (Est) et de la CDU (Ouest) en 1990 (p. 167–192)

La fusion de la CDU (Ouest) et de la CDU (Est), en parallèle de la réunification étatique, est souvent considérée comme un processus naturel. En réalité le processus d'ouverture progressif au sein de la CDU occidentale a été empreint d'appréciations divergentes et de profondes réserves sur le rôle de la CDU orientale en tant qu'ancien parti du bloc. Le processus de réforme interne à la CDU-Est, l'intégration de nouveaux groupes oppositionnels comme le Demokratischer Aufbruch (Renouveau démocratique) au sein de l'Allianz für Deutschland lors des premières élections démocratiques de mars 1990 ou encore la nécessité pour l'Ouest de disposer d'un partenaire percutant sur le plan organisationnel en RDA ont permis le rapprochement qui a débouché sur l'union des deux partis lors du congrès fédéral de la CDU à Hambourg, le 1^{er} octobre 1990.

Christopher Beckmann: Toute une vie d'éducation politique et le travail auprès de la jeunesse – Josef Rommerskirchen (1916–2010) (p. 193–227)

Les activités de jeunesse de Josef Rommerskirchen – ancien président de la Fédération de la jeunesse catholique allemande (Bund der Deutschen Katholischen Jugend – BDkJ), longtemps député CDU au Bundestag avant de prendre la direction de l'Office fédéral

d'éducation politique – sont des aspects peu connus de sa biographie. Sa socialisation dans le mouvement de jeunesse catholique dans l'entre-deux guerres a marqué le futur parcours de Rommerskirchen. Son rôle au sein de la BDKJ juste après la seconde guerre mondiale a été le levier de sa carrière politique, qui ne l'a jamais conduit à occuper des fonctions politiques de premier plan.

Denise Lindsay: Helga Wex (1924–1986) (p. 229–248)

Helga Wex, députée CDU au Bundestag et longtemps présidente de l'Union des femmes de la CDU, s'est vouée à la modernisation du regard de son parti sur les femmes et la famille. C'est pendant son mandat qu'a débuté le travail programmatique de l'Union des femmes. Cette femme politique énergique a élaboré les concepts de « partenariat » et de « liberté de choix » dans le dessein de rendre la CDU plus attirante aux yeux des femmes.

Manfred Agethen: 20 ans de révolution pacifique et d'unification allemande: les principales parutions des années commémoratives 2009 et 2010 (p. 249–290)

Les événements qui ont conduit à la révolution pacifique en RDA et à la réunification sont résumés dans cette contribution à l'aune des résultats de recherche récents. Suit une discussion sur les dernières parutions majeures relatives à ces questions au regard de l'état actuel de la recherche.

Zusammenfassung

Klaus Naumann: Was ist von der Reform der Bundeswehr zu erwarten? (S. 1–12)

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr wägt Risiken und Chancen der Bundeswehrreform ab. Seiner Ansicht nach überwiegen die Möglichkeiten, wenn es gelingt, die Finanzfragen flexibel zu handhaben, und die politischen Entscheidungsträger berücksichtigen, dass die Bundeswehr immer noch das wichtigste Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist und Deutschland weiterhin internationale Verantwortung zu tragen hat.

Stefan Donth: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Vertriebenenpolitik der CDU in Sachsen von 1945 bis 1952 (S. 13–47)

Erstmals wird anhand russischer Quellen das spannungsgeladene Verhältnis zwischen der Sowjetischen Militäradministration und der CDU in Sachsen unter Einbeziehung der Auswirkungen auf die Politik gegenüber den Vertriebenen untersucht. Unter dem Druck sowjetischer Militärherrschaft verfügte die CDU nur über geringe Handlungsspielräume, ihre Vorstellungen von Christlicher Demokratie umzusetzen.

Andreas Grau: Goslar 1950. Vorbereitung, Konzeption und Ablauf des ersten Bundesparteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (S. 49–86)

Detailliert werden Vorgeschichte und Verlauf des ersten Bundesparteitages der CDU beschrieben. Die Entscheidung für den Tagungsort Goslar wird erläutert. Innerparteilicher Proporz, konfessionelle Rücksichtnahmen und deutschlandpolitische Überlegungen spielten dabei eine erhebliche Rolle; sie bestimmten ebenso das Tagungsprogramm wie die zu treffenden Personalentscheidungen.

Dorothea Oelze: Margot Kalinke und der Wechsel von neun Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei (DP) zur CDU 1960 (S. 87–117)

Margot Kalinke, eine resolute und weitgehend in Vergessenheit geratene Bundestagsabgeordnete, beeinflusste maßgeblich den Übertritt von neun Bundestagsabgeordneten der DP zur CDU. Ausgehend von Kalinkes Biographie werden die Hintergründe des Wechsels dargestellt, die maßgeblich in den Strukturproblemen der DP zwischen der hannoverschen Kernpartei und der in der Koalition mit der Union gebundenen Bundestagsfraktion zu suchen sind.

Torsten Oppelland: Wehrhafte Demokratie und demokratisches Staatsbewusstsein: Der Bundesminister des Innern in der Regierung Adenauer (S. 127–135)

Gerhard Schröder übte von 1953 bis 1961 das Amt des Bundesministers des Innern aus. Der Verfechter einer wehrhaften Demokratie avancierte schnell zu einem der profiliertesten Mi-

nister der Regierung Adenauer. Er war nicht nur im KPD-Verbotsprozess 1956 sehr engagiert; sein Interesse galt auch weniger spektakulären Themen wie dem Behördenaufbau. Seine Vorstellungen zur Notstandsgesetzgebung konnte er allerdings nicht durchsetzen.

Joachim Wintzer: Zwischen Mauerbau und NATO-Doppelbeschluss: Der Außen- und Sicherheitspolitiker Gerhard Schröder (S. 139–160)

Als Außenminister und später als Bundesminister der Verteidigung hatte der CDU-Politiker Gerhard Schröder entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren. Auch als Oppositionspolitiker nahm er im Auswärtigen Ausschuss Anfang der 1970er Jahre weiterhin Einfluss, so etwa in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China.

Thomas de Maizière: Gerhard Schröder – Ein Politiker mit Augenmaß (S. 161–166)

Der damalige Bundesminister des Innern und anschließende Bundesminister der Verteidigung blickt auf die eindrucksvolle Karriere seines Amtsvorgängers Gerhard Schröder. Besonders würdigt er den evangelischen Christen Schröder, der in der CDU als langjähriger Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises wirkte und seinen Beitrag leistete, dass die interkonfessionelle Struktur der Partei mit Leben gefüllt wurde. Als Mensch wie Politiker verkörperte Schröder überzeugend den Übergang vom borussisch-protestantisch geprägten Staatswesen zur demokratischen Bundesrepublik.

Hanns Jürgen Küsters: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990 (S. 167–192)

Der Zusammenschluss von CDU (West) und CDU (Ost) parallel zur staatlichen Wiedervereinigung wird oftmals als selbstverständlicher Vorgang angesehen. In Wirklichkeit war der allmähliche Öffnungsprozess innerhalb der CDU (West) von unterschiedlichen Bewertungen und großen Bedenken über die Rolle der CDU (Ost) als ehemalige Blockpartei geprägt. Der Reformprozess innerhalb der CDU (Ost), die Einbeziehung neuer oppositioneller Gruppen wie dem Demokratischen Aufbruch in die Allianz für Deutschland bei der ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 und die Notwendigkeit, über einen organisatorisch schlagkräftigen Partner in der DDR zu verfügen, führten zur weiteren Annäherung und mündete in die Vereinigung beider Parteien auf dem Bundesparteitag der CDU in Hamburg am 1. Oktober 1990.

Christopher Beckmann: Jugendarbeit und politische Bildung als lebenslanges Kontinuum – Josef Rommerskirchen (1916–2010) (S. 193–227)

In der Biographie des ehemaligen Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), langjährigen CDU-Bundestagsabgeordnete und späteren Direktors der Bundeszentrale für Politische Bildung, Josef Rommerskirchen, ist bislang wenig über seine frühen Aktivitäten bekannt. Prägend war für Rommerskirchen die Sozialisation in der katholischen Jugendbewegung der Zwischenkriegszeit. Seine Rolle im BDKJ der ersten Nach-

kriegszeit bildete das Fundament seiner politischen Karriere, sie führte ihn allerdings nie in politische Spitzenämter.

Denise Lindsay: Helga Wex (1924–1986) (S. 229–248)

Das Frauen- und Familienbild ihrer Partei zu modernisieren, war das Anliegen von Helga Wex, der CDU-Bundestagsabgeordneten und langjährigen Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung. Erst in ihrer Amtszeit begann die programmatische Arbeit der Frauenvereinigung. Die energische Politikerin entwarf Konzepte von „Partnerschaft“ und „Wahlfreiheit“ in der Absicht, die CDU für Frauen wieder attraktiver zu machen.

Manfred Agethen: 20 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit: Die wichtigsten Neuerscheinungen der Gedenkjahre 2009 und 2010 (S. 249–290)

Die Ereignisse, die zur Friedlichen Revolution in der DDR und zur Wiedervereinigung führten, werden aufgrund der aktuellen Forschungslage resümiert und die wichtigsten Neuerscheinungen zu dieser Thematik im Hinblick auf den aktuellen Forschungsstand diskutiert.

Mitarbeiter dieses Bandes

- Manfred Agethen*, Dr. phil., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Christopher Beckmann*, M. A., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Stefan Donth*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro des CSU-Bundestagsabgeordneten Ernst Hinsken, Berlin
- Andreas Grau*, Dr. phil., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Hanns Jürgen Küsters*, Dr. rer. pol. habil, Hauptabteilungsleiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin; apl. Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn
- Denise Lindsay*, M. A., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Klaus Naumann*, Dr. h. c., General der Bundeswehr a. D., Otterfing
- Thomas de Maizière*, Dr. jur., Bundesminister der Verteidigung, Berlin
- Dorothea Oelze*, M. A., Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin
- Torsten Oppeland*, Dr. phil., apl. Professor für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität, Jena
- Joachim Wintzer*, Dr. phil., Wissenschaftlicher Projekt-Mitarbeiter in der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V., Berlin

